DIE ZEIT

PREIS DEUTSCHLAND 4,00 € WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT UND KULTUR 12. Mai 2011 DIE ZEIT N° 20

Die Angst vor Alzheimer

Gunter Sachs zog daraus die extremste Konsequenz und nahm sich das Leben. Was Hoffnung macht: Mediziner zeichnen längst ein positiveres Bild vom Umgang mit der Krankheit und den Patienten

WISSEN SEITE 37–40

Illustration: Smetek für DIE ZEIT

Moralweltmeister Deutschland

Fukushima, Libyen, die Tötung Osama bin Ladens: Die Deutschen wissen es immer besser. Gutmenschen nerven, findet Josef Joffe. Sie sind nötiger denn je, antwortet Katrin Göring-Eckardt

Politik Seite 2–4
Feuilleton Seite 49

Der alte Mann und das Drama der FDP

Ein Gespräch mit dem Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Und: Philipp Rösler versucht, sich die Zukunft vorzustellen

Magazin; Politik S. 7

Schluss mit luftig

Die EU hat alles versucht, um Griechenland aus der Krise zu helfen. Jetzt hilft nur noch ein Schuldenschnitt VON UWE JEAN HEUSER

Der Fall Griechenland zerrt an Europa wie kein Problem zuvor. Doch das heißt nicht, dass sich der Kontinent ins Weiter-so flüchten darf. Er muss sich öffnen für etwas Unerhörtes: eine unerprobte Lösung mit ungewissen Folgen.

Aus Berliner Sicht sieht jede Antwort zunächst einmal gleich unattraktiv aus. Ob man Hellas aufs Neue rettet oder umschuldet, man macht sich unbeliebt.

»Retten« ist ein hübsches Wort, aber die Deutschen können es nicht mehr hören. Es kostet nur wieder Milliarden, und trotzdem beschimpft Europa uns, weil wir – und was könnte uns im Ausland unbeliebter machen – Disziplin im Gegenzug für unser gutes Geld verlangen.

»Umschulden«, die andere Möglichkeit, ist auch eine hässliche Sache, die im Englischen *haircut* heißt. Dabei würden die Griechen einen Teil ihrer Schulden einfach wegschneiden. Vergessen. Nicht mehr bezahlen. Auch das käme alle teuer zu stehen. Die Griechen, denen erst einmal niemand mehr Kredit gewährte, ebenso wie die Deutschen und andere, die ihnen Geld liehen und Teile davon nie mehr wiedersähen.

Europa will sich Ruhe kaufen. Aber die ist auch für Geld derzeit nicht zu haben

Retten oder nicht retten? Europa spielt eine neue Runde seines seit Ausbruch der Schuldenkrise währenden Spiels. Diejenigen, die – überwiegend mit anderer Leute Geld – großzügig neue Milliarden ausschütten wollen, positionieren sich als die guten Europäer. Die Skeptiker aus dem Norden stehen im Süden als Geizhälse da, obwohl doch alle gleichermaßen wissen, dass es ohne Europa nicht geht.

Wir erleben einen Austausch von Forderungen, Schuldzuweisungen und Dementis, in dem eigentlich niemand seiner Sache sicher sein dürfte. Sooft dieser Tage in Ministerien, Geheimrunden und Medien die Szenarien rauf- und runterbuchstabiert werden – keiner weiß annähernd, was kommt. Klar ist einzig, dass die Griechen mit dem ersten, 110 Milliarden Euro schweren Hilfspaket nicht auskommen und uns nicht nur Bürgschaften, sondern echtes Geld kosten werden. Viel Geld.

Eigentlich sollte Griechenland schon im Jahr 2012 wieder gesund sein, doch könnte die Genesung das ganze Jahrzehnt über dauern. Gleichwohl verlangen die EU, die Euro-Gruppe und die Zentralbank, dass Europa weiter für die Griechen bezahlt. Angeführt vom Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker, dem Vertreter des kleinen Luxemburgs, will das offizielle Europa Ruhe, was sie auch kostet. Bloß ist Ruhe nicht zu haben. Zwar beruhigen sich die Spekulanten in aller Welt, wenn Europa weiter zahlt. Aber was ist mit Bürgern und populistischen Politikern?

Schon jetzt sind viele erzürnt. Niemand schien europäischer gesinnt als der EU-Musterschüler Finnland – bis die europafeindlichen Rechtspopulisten im April fast 20 Prozent der Stimmen holten. In Deutschland spielen FDP-Politiker mit dem europäischen Feuer und torpedieren die deutsche Beteiligung am Rettungsfonds. Die Mehrheit haben sie nicht einmal in ihrer Partei hinter sich, wohl aber die Stimmung. Und wenn auch *Spiegel Online* gerade mit der Meldung überzog, die Griechen überlegten, aus dem Euro auszutreten: Selbst dort, im Land, in das so viel Geld fließt, wächst die Lust auf einen Befreiungsschlag, so desaströs seine Folgen wären.

Jeder verfolgt eigene Interessen im Spiel um die Zukunft des Euro. Der Rettungsfonds will weiter retten, die EU dabei mitregieren. Sogar die Europäische Zentralbank ist Partei, seit sie gegen den erklärten Willen des damaligen Bundesbankchefs Axel Weber die ersten Staatsanleihen kaufte. Käme es jetzt zum griechischen *haircut,* dann würde ihre Bilanz besonders stark leiden.

Nein, Ruhe wird in keinem Fall eintreten, auch nicht beim *haircut.* Deutschland wäre mit einem Schlag Milliarden los, einige seiner Banken brauchten neue Hilfen, und für Griechenland müsste Europa eine Art Marshallplan auflegen, damit der Südosten der Union nicht abstürzt. Und doch hätte der Schock etwas Heilsames.

Warum sind wir denn in einer fortdauernden Schuldenkrise? Weil Banken und Fonds zockten, als gäbe es kein Morgen – und der Staat, der nicht aufgepasst hatte, deshalb unser aller Geld retten musste. Wenigstens einmal sollten Finanzinstitute und Spekulanten mitbezahlen. Viele haben griechische Staatsanleihen gekauft. Griechenland umzuschulden würde deshalb das Signal an alle Hasardeure senden: Nehmt eure Verantwortung ernst, der Staat steht nicht immer für euch ein!

So ungewiss die genauen Folgen einer Umschuldung sind – allein das wäre ein ungemein wertvolles Signal. Was dagegen geschieht, wenn Europa immer weiterzahlt, zeichnet sich schon ab. Irland, seit einem halben Jahr unter dem Rettungsschirm, will weniger Vorgaben und niedrigere Zinsen. Wer wollte sie den Iren abschlagen, wenn die Griechen sie bekommen? Es gäbe kaum noch ein Halten. Europa kann eben nicht nur an zu wenig Solidarität zerbrechen, sondern auch an zu viel.

Sosehr sie die Gefahren einer Umschuldung beschwören, so beharrlich verschweigen die »guten Europäer« also, an welche Abgründe ihr eigener Weg führt. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wer der bessere Europäer ist, da haben alle führenden Politiker einschließlich Angela Merkel ihre Defizite. Die Frage ist vielmehr, was auf lange Sicht besser für Europa ist.

Die Antwort gibt die Wirklichkeit: Die Rettung Griechenlands hat trotz aller Milliarden nicht funktioniert. Europa sollte die Umschuldung wagen.

www.zeit.de/audio

Es grünt im Klub

Mit der Wahl Winfried Kretschmanns zum Ministerpräsidenten etabliert sich die dritte deutsche Volkspartei VON GIOVANNI DI LORENZO

Auch wenn man die Grünen nie gewählt hat, jetzt kann man ihnen nur Glück wünschen. Am Donnerstag wird die erste Landesregierung in Deutschland unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten vereidigt, und es steht dabei mehr auf dem Spiel als der Erfolg einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg, die für sich schon eine historische Zäsur in der Parteiengeschichte ist. Es geht auch um die Hoffnung auf politische Erneuerung in Deutschland und um die grundlegende Frage, ob und in welcher Form Volksparteien eine Zukunft haben.

Grün-Rot also – ein politischer Umsturz ausgerechnet in einem wohlhabenden Bundesland, das jahrzehntelang als Trutzburg von Parteien galt, die einst als bürgerlich bezeichnet wurden. Man hat das als fällige Reaktion auf eine 58 Jahre währende Herrschaft der CDU (mit zeitweiliger Hilfe der FDP) interpretiert. Als Ausdruck einer Stimmungswahl, die ohne die Reaktorkatastrophe in Fukushima undenkbar gewesen wäre.

Aber die Diagnose ist unvollständig, wenn sie nicht ein anderes Symptom berücksichtigt, das für die etablierten Parteien die stärkste Herausforderung seit der Wiedervereinigung darstellt: Noch nie waren die Präferenzen der Wähler so schwer voraussehbar, noch nie schienen sie so entschlossen zu sein, ihre Wut zu demonstrieren – sei es durch Wahlboykott, sei es durch die Stimmabgabe für eine Partei, die sie früher nie gewählt hätten. Das hat diesmal Grüne und SPD an die Regierung gebracht. Doch dieser Erfolg ist nicht mehr als eine Belobigung auf Bewährung.

Grün-Rot – ein politischer Umsturz ausgerechnet in Baden-Württemberg

Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist sich seiner Verantwortung offenbar bewusst. Schon in der Stunde des Wahltriumphs erinnerte er daran, nun gelte es, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, die zum ersten Mal Grün gewählt hätten. In Interviews sprach er davon, man wolle keine »feindliche Übernahme des Landes«, und er lobte den Amtsstil seines Vorvorgängers Erwin Teufel von der CDU. Auch wenn er vor der Wahl Wert auf die Feststellung legte, dass die Grünen eine volksnahe und keine Volkspartei sein wollten, weil dies ein überholter Begriff sei, so lassen diese Erklärungen doch den Schluss zu: Die Grünen unter Winfried Kretschmann sind auf dem besten Wege, das zu werden, was gemeinhin eine Volkspartei ist.

Nach der Definition von Parteienforschern zeichnen sich Volksparteien heute vor allem dadurch aus, dass sie ungefähr 30 Prozent der Wähler vertreten und durch ein relativ unideologisches Parteiprogramm wählbar für Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sind. Das klingt weit unattraktiver als das, was sie für die Bundesrepublik über viele Jahrzehnte tatsächlich gewesen sind: eine große Erfolgsgeschichte, jede Volkspartei für sich eine kleine Koalition, bestrebt, möglichst viele Menschen mitzunehmen, statt Standesinteressen oder Berufsgruppen zu vertreten.

Das alles haben die Grünen nahezu geschafft, und darin liegt eine Chance: In einer Zeit, in der die Zersplitterung der politischen Landschaft in lauter Klientelparteien befürchtet wird, könnte eine dritte Volkspartei entstehen – vorausgesetzt, die SPD, die zweite Volkspartei, bleibt auch eine.

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben kaum mehr als 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können, bei diesem Ergebnis ist ein Kriterium der Volkspartei schon nicht mehr erfüllt. Die Entscheidung Kretschmanns, der SPD dennoch die Mehrzahl und die wichtigsten Ministerien der Landesregierung zu überlassen, ist ihm als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden. Womöglich war es aber auch ein Akt der Klugheit gegenüber einem Partner, der sich tief gedemütigt fühlen muss. Das ist umso generöser, als Kretschmann und seine Mitstreiter in den Wochen der Koalitionsverhandlungen schwer an der SPD gelitten haben: Sie beklagten das Fehlen jeder politischen Fantasie, das Beharren auf Posten und alten Positionen.

Paradoxerweise stellte ein Erfolg von Grün-Rot in Baden-Württemberg für die SPD eher ein Risiko dar. Der Rest der Republik könnte sich an den Gedanken grüner Ministerpräsidenten gewöhnen, als Nächstes bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Aus dieser Gefahrenlage kommen die Sozialdemokraten nur heraus, wenn sie wieder Anker in die ganze Gesellschaft werfen, die sie aus Rücksicht auf ihre Parteibasis aus den Augen verloren haben, und bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten weniger auf die Stimmung der Parteifunktionäre als auf die Erfolgsaussichten bei den Wählern achten.

Auch in diesem Punkt haben die Grünen in Baden-Württemberg ein Beispiel gegeben: Vor einem Jahr, bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, stellte eine linke Fronde in der Partei dem Zugpferd Kretschmann noch misstrauisch ein Team zur Seite. Als Ministerpräsident hat er sich nun der Jahrhundertaufgabe zu stellen, in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas die Ökonomie des Landes mit der Ökologie zu versöhnen; nun muss er nach den aufreibenden Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 auch einen Konsens finden. Geschockt von einigen fanatischen Forderungen von Baum- und Bahnhofsschützern, plädiert er bereits für den »zivilisierten Streit«. Konsens? Zivilisierter Streit? Klingt verdammt nach regierungsfähiger Volkspartei: Willkommen im Klub!

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Bienen am Schaalsee. Wellen am sardischen Strand. Kleine Augenblicke, die verzaubern

Eine neue Videoserie unter **www.zeit.de/video-momente**

PROMINENT IGNORIERT

Skandal auf Samoa

Dass der Inselstaat Samoa, bislang östlich der Datumsgrenze gelegen, beschlossen hat, um den Austausch mit dem westlich gelegenen Australien zu erleichtern, dessen Datum anzunehmen, also einen Tag zu überspringen, ist schlicht ein Skandal. Wenn jeder das Datum (»das Gegebene« notabene) nach Belieben festlegte, würden Schulden nicht getilgt, Geburten hinfällig, und dieses Glösslein wäre längst Makulatur. GRN.

kleine Abb. (v.o.n.u.): DZ-Grafik (nach einer Idee von Markus Roost); Jonas Unger für DZ; Mauritius

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
**) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/
Kanaren 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/
CHF 7.30/I 5,20/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/
L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:
20
66. JAHRGANG
C 7451 C

4 190745 104005 20

Worte der Woche

»Das waren die längsten 40 Minuten meines Lebens.«

Barack Obama, US-Präsident, auf die Frage, wie er sich während des tödlichen Angriffs auf Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden gefühlt habe

»Pakistan behält sich vor, mit voller Kraft zurückzuschlagen.«

Yousuf Raza Gilani, Regierungschef Pakistans, nach dem aus seiner Sicht rechtswidrigen Einsatz der Amerikaner auf dem Staatsgebiet seines Landes, der sich nicht wiederholen dürfe

»Diese Leute werden in den sicheren Tod geschickt.«

Laura Boldrini, UNHCR-Sprecherin in Italien, zum Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer

»Ich bitte alle: Lasst Griechenland in Frieden seinen Job tun.«

Giorgos Papandreou, griechischer Premierminister, zu den Gerüchten, sein Land drohe aus der Euro-Zone auszuscheiden

»Diejenigen, die das Treffen organisiert haben, haben ein ziemliches Desaster angerichtet.«

Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialisten im EU-Parlament, zu dem zunächst geheimen Treffen von Vertretern der Euro-Zone

»Ich war immer gerne Fraktionsvorsitzende.«

Birgit Homburger nach ihrem eher widerwilligen Verzicht auf den FDP-Fraktionsvorsitz

»Die FDP hat immerhin Humor.«

Volker Beck, Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, zu den Personalquerelen der Liberalen

»Wenn wir alle ein bisschen zusammenrücken, haben wir dazwischen viel mehr Platz für Natur.«

Matthias Horx, »Zukunftsforscher« und Gründer des Zukunftsinstituts, über eine ökologischere Stadtplanung

»Blut! Es ist immer Blut. Da schreien die Leute.«

Wes Craven, Horrorfilmregisseur, auf die Frage, wovor sich die heutige Jugend grusele «

ZEITSPIEGEL

Ausgezeichnet

Das *ZEITmagazin* wurde am vergangenen Wochenende mehrfach ausgezeichnet. Am Freitag bekam Susanne Leinemann in Hamburg den Henri-Nannen-Sonderpreis für ihr Stück »Der Überfall« (Nr. 49/10). Darin beschrieb sie, wie Jugendliche sie brutal zusammenschlugen. Am Samstag wurde das *ZEITmagazin* bei der Preisverleihung des Art Directors Club (ADC) in Frankfurt am Main elfmal ausgezeichnet. Damit war es der meistprämierte Titel und zugleich der einzige, der Gold gewann – und zwar für das Doppelcover mit dem Schauspieler Gérard Depardieu (Nr. 41/10). Die Infografik-Seite im Ressort Wissen der *ZEIT* wurde zweimal ausgezeichnet, darunter einmal mit Silber.

Für seine Reportage »Ich denke, dass es meine Bestimmung ist, hier zu sein« ist der Autor Frederik Obermaier mit dem CNN Journalist Award ausgezeichnet worden. Obermaier hatte in Ausgabe 4/10 von *ZEIT CAMPUS* die Radikalisierung der niederländischen Studentin Tanja Nijmeijer nachgezeichnet, die sich den Farc-Rebellen im Kolumbianischen Dschungel angeschlossen hatte. DZ

NÄCHSTE WOCHE IN DER ZEIT

Regional ist das neue bio. Das behaupten die Marktforscher, so sagen es die Kochbuchverlage. Weil wir Lebensmitteln mehr vertrauen, die aus unserer Nähe kommen? Weil Essen auch ein Kulturgut ist? – In einer 40-seitigen Beilage zu regionalen Zutaten und regionaler Küche beschäftigen wir uns mit diesem Trend. Darin interpretieren zwölf junge Spitzenköche exklusiv zwölf Rezepte ihrer Heimat neu WISSEN

Foto: Michael Brauner/stockfood

MORALWELTMEISTER DEUTSCHLAND

Ob Deutschland sich bei der Entscheidung der Vereinten Nationen über einen Militäreinsatz gegen den libyschen Diktator Gadhafi enthält, die Regierung mal eben aus der Kernkraft aussteigen will oder das Land erregt über die Tötung des Al-Qaida-Chefs bin Laden diskutiert – manch einer im Ausland wundert sich in diesen Tagen. Der Vorwurf steht im Raum: Die Deutschen wüssten wieder einmal alles besser. Aber stimmt das? Sind wir wirklich Moralweltmeister? Die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt und ZEIT-Herausgeber Josef Joffe streiten über das deutsche »Gutmenschentum« **(Seite 4).** Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigt den Alleingang der Bundesregierung beim geplanten Ausstieg aus der Kernenergie: »Jedes Land diskutiert bestimmte Fragen besonders gründlich« **(diese Seiten).** Und Adam Soboczynski erklärt, warum der moralische Idealismus, der nun wieder zum Vorschein kommt, tief in der deutschen Geistesgeschichte wurzelt **(Seite 49)**

»Ausbüxen gibt's nicht mehr«

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt ihre ganz persönliche Energiewende, warum die Deutschen besonders fundamental über Kernenergie streiten und warum Deutschland auch mit mehr Windrädern ein schönes Land bleiben wird

DIE ZEIT: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das schwerste Projekt Ihrer Amtszeit vor sich: die Energiewende. Ist Ihnen bewusst, dass Freund und Feind große Schwierigkeiten haben, da mitzukommen?

Angela Merkel: Es ist ein interessantes, spannendes und großes Projekt. Aber ich weiß nicht, ob es das schwerste ist.

ZEIT: Mit das schwierigste!

Merkel: Natürlich hat das entsetzliche Unglück von Fukushima, dessen ganzes Ausmaß ja immer noch nicht abzusehen ist, uns vor eine unerwartete Situation gestellt. Daraus jetzt die nötigen Konsequenzen zu ziehen kann zum ersten Mal zu einem umfassenden Konsens in dieser Frage, zu einem Zusammenrücken der Gesellschaft führen, auch wenn einige Unterschiede bleiben.

ZEIT: Was war für Sie als Politikerin und als Physikerin das Unerwartete?

Merkel: Ich habe persönlich nicht erwartet, dass das, was ich für mich bis dahin als ein theoretisches und nur deshalb verantwortbares Restrisiko gesehen hatte, Realität wird – und zwar in einem Hochtechnologieland wie Japan. Wie sehr aber auch ein Industrieland wie Japan, das an technischem Können, Disziplin, Ordnung, Gesetzlichkeit uns in nichts nachsteht, davon erschüttert werden kann und in welche Lage die Menschen dort gestürzt wurden – das ist das Einschneidende dieser Katastrophe. Ich weiß, dass andere Menschen vor solchen Gefahren durchaus gewarnt haben; für mich lagen sie für ein Hochtechnologieland mit hohen Sicherheitsstandards bis vor Kurzem außerhalb dessen, was ich in meinem Leben erleben werde.

> Ich habe nicht erwartet, dass das, was ich für mich bis dahin als ein theoretisches und nur deshalb verantwortbares Restrisiko gesehen hatte, Realität wird «

ZEIT: Was hat ein Physiker eher vor Augen, das Restrisiko oder die große Wahrscheinlichkeit, dass nie etwas passieren wird?

Merkel: Die Frage muss anders gestellt werden. Jeder Mensch muss in seinem Leben Risiken eingehen. Auch die Teilnahme am Verkehr, wo ich jeden Tag überrascht werden kann, ist ein Risiko, das ich eingehe. Aber das Risiko bei der Kernenergie ist sowohl wegen der über Generationen reichenden zeitlichen als auch der über Ländergrenzen hinausgehenden räumlichen Auswirkungen, wenn das an sich Unwahrscheinliche doch eintrifft, ein völlig anderes. Hinzu kommt die Unsichtbarkeit, also Nichtfassbarkeit der Strahlung. Das Restrisiko der Kernenergie kann man deshalb überhaupt nur akzeptieren, wenn man überzeugt ist, es tritt nach menschlichem Ermessen nicht ein. Für mich ist infolge Fukushimas deshalb die Frage übermächtig geworden: Welche Alternativen hast du, um zu zeigen, dass man ohne das Restrisiko der Kernkraft leben kann?

ZEIT: In Japan haben ein Tsunami und ein Erdbeben zugleich dieses Restrisiko eintreten lassen. Halten Sie so etwas auch bei uns für denkbar?

Merkel: Exakt mit diesen konkreten Ereignissen natürlich nicht. Denn man weiß ja, dass Japan erdbebengefährdeter ist als Deutschland. Man weiß, dass Japan anders als Deutschland schon unter Tsunamis zu leiden hatte. Man weiß, dass deswegen dort die Küstenregionen gefährdet sind, und trotzdem hat man dort Kernkraftwerke hingebaut. Wir in Deutschland brauchen vor einer exakten Wiederholung der japanischen Katastrophe bei uns natürlich keine Sorge zu haben. Aber wir haben dennoch allen Grund, zu fragen, ob sich auch bei uns unglückliche Umstände zu etwas Katastrophalem zusammenballen könnten: zivilisatorische Risiken, aber auch naturbedingte Ereignisse, verbunden etwa mit einem Stromausfall über längere Zeit, eine Verkettung also von Umständen, die nach menschlichem Ermessen und allen Wahrscheinlichkeitsberechnungen bis jetzt nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschlossen wurde. Es geht also um die Belastbarkeit von Wahrscheinlichkeitsanalysen und Risikoannahmen. Deshalb haben wir eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke angeordnet. Nach einem Ereignis der Größenordnung von Fukushima sehe ich mich außerstande, diese bei uns zuvor nur theoretisch ins Auge gefassten Verkettungen von Risiken einfach zu verdrängen und zu sagen, um die kümmere ich mich nicht.

ZEIT: Wo waren Sie am 12. März, wie haben Sie von der nuklearen Katastrophe erfahren?

Merkel: Ich war in der Nacht vom EU-Rat aus Brüssel zurückgekehrt. Schon das Erbeben und die Bilder von der gewaltigen Flutwelle hatten mich tief erschüttert. Während der Sitzung des EU-Rates haben mich Mitarbeiter des Kanzleramtes über die dramatischen Ereignisse stets auf dem Laufenden gehalten, am Freitagabend hatte Japan ja den atomaren Notstand ausgerufen. Als ich Samstag früh aufstand, sah ich im Fernsehen Berichte von der Wasserstoffexplosion im Kernkraftwerk. Ich bin dann zu einer Wahlkampfveranstaltung nach Rheinland-Pfalz gefahren. Die Stimmung dort war sehr gedrückt. Alle standen unter dem Eindruck der vielen Todesopfer, der Zerstörung und eben auch der nuklearen Gefahr, die offenkundig wurde.

ZEIT: Sie haben sich gerade an die bedrückte Stimmung im Wahlkampf erinnert. Glauben Sie, den Deutschen wäre ein Festhalten an den verlängerten Laufzeiten vermittelbar gewesen?

Merkel: Ich habe mich nicht gefragt, was vermittelbar ist, sondern ich hatte – wie viele andere mit mir – den Impuls, dass wir unsere Entscheidungen vom letzten Herbst und damit die Sicherheitsstandards in Deutschland noch einmal auf den Prüfstand stellen müssen. Vermittelbar ist es dann – das sage ich jetzt auch als Parteivorsitzende der CDU –, wenn wir nachweisen können, dass wir Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit vernünftig zusammenbringen. Die CDU hat mit der sozialen Marktwirtschaft schon einmal vermeintlich Unversöhnliches zusammengebracht, nämlich Kapital und Arbeit. Jetzt haben wir die Chance, auch die Verpflichtung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit unter der Leitlinie der Nachhaltigkeit zusammenzubringen. Es geht darum, unseren Anspruch als Industrieland in Einklang zu bringen mit unserem Ehrgeiz, eines Tages ganz auf die erneuerbaren Energien zu setzen. Wir werden es schaffen, viele dafür zu begeistern.

ZEIT: Sie hatten bei Ihrer Entscheidung zwei Landtagswahlen vor sich.

Merkel: Richtig. Und wenn man – wie ich nach Fukushima – eine politische Position zu überprüfen und zu verändern hat, dann ist Wahlkampf auf der einen Seite eine ungünstige Zeit, weil natürlich sofort der Vorwurf gemacht wird, dass ich das jetzt nur mache, weil halt Wahlkampf ist. Das kann man nicht vermeiden, aber davor darf man auch keine Angst haben. Auf der anderen Seite aber ist es genau die richtige Zeit, weil man als Politiker auf all den Wahlkampfveranstaltungen mehr unter Menschen ist als sonst. Und da muss man einfach über die Themen sprechen, die alle gerade bewegen. Ich sage Ihnen, auch wenn ich das nie beweisen kann: Wäre kein Wahlkampf gewesen, hätte ich es genauso gemacht.

> Man kann die zusätzlichen Windräder entlang der Autobahnen bauen. Daran wird unser Land nicht zerbrechen, und es wird immer noch schön sein «

ZEIT: Wäre das Wahlergebnis schlechter ausgefallen, wenn Sie es anders gemacht hätten?

Merkel: Meine These ist: eher ja, aber das ist natürlich rein spekulativ, und das war es nicht, was mich angetrieben hat. Wahlkampf kann Politiker durchaus eher schneller dazu bringen, das Richtige zu tun, aber aus rein taktischen Gründen, also wenn sie gar nicht ehrlich gemeint gewesen wäre, hätte ich diese Entscheidung, die neue Ausrichtung der Energiepolitik vom vergangenen Herbst deutlich zu beschleunigen, nie getroffen, weil ich sie dann nie mit innerer Überzeugung hätte vertreten können. Ich bin nun über fünf Jahre Bundeskanzlerin – nein, so etwas scheidet für mich aus!

ZEIT: Wie haben Sie denn in diesem Zusammenhang den Namensbeitrag von Helmut Kohl am Tag vor der Wahl gelesen – der ja eine Aufforderung zum Festhalten an längeren Laufzeiten war?

Merkel: Ich habe ihn als Unterstützung wahrgenommen.

ZEIT: *(Interviewer lachen)* Wie haben Sie dieses Wunder der Wahrnehmung vollzogen?

Merkel: *(lacht nicht)* Ich habe nachgeschaut, ob das Wort »Brückentechnologie« vorkommt. Es kam vor. So war ich zufrieden. Schauen Sie, die Volkspartei CDU ist vielleicht diejenige Partei, die in dieser Frage die größte Spannbreite von Meinungen hat.

ZEIT: Der Riss geht quer durch CDU und CSU.

Merkel: Ja. Die Grünen haben damit kein Problem, für sie ist die Sache klar, das Thema ist ein Gründungsimpuls dieser Partei. Bei uns stellen sich viele die Fragen: Kann Deutschland es schaffen? Ist es wirtschaftlich? Trägt das Vertrauen in die erneuerbaren Energien? Deshalb wird es in den kommenden Wochen wichtig sein, diese Bedenken ernst zu nehmen und darauf Antworten zu finden.

ZEIT: Sie haben ja zwei Wenden in der Atomenergie vollzogen, erst eine Verlangsamung des Ausstiegs und jetzt eine Beschleunigung des Ausstiegs. Sie haben im letzten Herbst zur Laufzeitverlängerung gesagt, dass die Kernenergie nicht länger als »unbedingt notwendig« laufen solle. Damals waren für Sie aber viel längere Laufzeiten »unbedingt notwendig« als heute. Wieso?

Merkel: In der Tat: Wir haben gesagt, auch wir steigen aus der Kernenergie aus – dieser Konsens, den es in Deutschland gibt, wird oft übersehen –, allerdings später als bei Rot-Grün, deshalb die Laufzeitverlängerung. Das unterscheidet uns Deutsche von weiten Teilen Europas: Wir bauen keine neuen Kraftwerke. Wir steigen aus. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.

Unser Energiekonzept vom Herbst hat eine klare Zielsetzung: Deutschland soll konsequent den Weg in die erneuerbaren Energien gehen. Nur so lange, wie sie auf diesem Weg notwendig ist, soll die Kernkraft noch eine Rolle spielen. Wir haben also ein in sich schlüssiges Konzept erarbeitet. Aus heutiger Sicht würde ich sagen: Wir haben im Herbst einen durchaus machbaren Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien beschrieben – und damit schon weit mehr getan als Rot-Grün damals.

ZEIT: Ein bequemer Weg!

Merkel: Nein, das im Herbst formulierte Ziel, im Jahr 2050 80 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren zu beziehen, ist schon sehr ambitioniert, man darf sich da keinen Illusionen hingeben. Aber gemessen an der Entschlossenheit heute, war es damals ein, sagen wir mal, ruhigerer Weg, zurückhaltender.

ZEIT: Sie haben in jenem Herbst auch gesagt, man dürfe aus der Atomenergie nicht vorzeitig »aus ideologischen Gründen« aussteigen. Sind Sie jetzt die Ideologin, oder waren Sie es damals?

Merkel: Wäre ich das jemals gewesen, dann hätte ich in den neunziger Jahren schon als Umweltministerin keine Energiekonsensgespräche mit dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder führen können, die damals übrigens auch nicht an uns beiden gescheitert sind. Dennoch: Die Auseinandersetzung um die Kernenergie hatte in Deutschland schon lange auch eine fast kulturelle Dimension, da standen sich Parteien und Milieus fast unversöhnlich gegenüber. Ein unguter Zustand, zu dem alle Seiten ihren Beitrag geleistet haben.

Kernkraftgegner haben gesagt, sie wollten mit diesem Restrisiko nicht leben, haben sich aber immer sehr darauf konzentriert, den Ausstieg umzusetzen, und die Frage, wie man in eine bessere Energieversorgung einsteigt, schleifen lassen. Auch über das Problem, dass man möglicherweise aus dem Ausland Strom, auch Strom aus Kernkraft importieren muss, haben sie zu sehr hinweggesehen. Uns dagegen haben viele im Herbst nicht abgenommen, dass wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien wirklich erreichen wollen, weil die öffentliche Diskussion nur um die Frage »Verlängerung, ja oder nein?« kreiste und es uns nicht gelungen ist, mehr Augenmerk auf die anderen wesentlichen Elemente des Energiekonzepts zu lenken.

Interessanterweise werfen andere, die immer einen schnellen Ausstieg verlangt haben, plötzlich Fragen auf, die sie sich selbst bis dahin gar nicht gestellt haben. Sie mahnen nun, wir sollten aufpassen, dass der Strom bezahlbar bleibt. Das war für die Union immer schon ein zentraler Gedanke. Dieser ganze Prozess führt nun vielleicht dazu, dass die Gesellschaft den Ausstieg als gemeinsame Anstrengung annimmt und auch Nachteile – siehe Netzausbau, siehe Speicherwerke, siehe Windmühlen im Landschaftsbild – in Kauf nimmt, weil wir uns alle gemeinsam auf einen ehrlichen Weg machen müssen.

ZEIT: Bevor wir uns der Zukunft zuwenden, wollen wir noch ein paar Minuten nachtragend sein.

Merkel: Bitte!

ZEIT: Haben Sie, als Sie die Bilder von Fukushima gesehen haben, die Laufzeitverlängerung bereut?

Merkel: Nein, ich spürte aber sofort, dass das, was ich damals aus Überzeugung vertreten habe, auf den Prüfstand muss. Wir haben über die Laufzeitverlängerung jahrelang gesprochen – im Übrigen auch im Wahlkampf –, es konnte also keiner überrascht sein, dass wir das getan haben. Ich habe, wie gerade dargestellt, schon im Herbst bedauert, dass wir nicht ausreichend deutlich machen konnten, dass es uns wirklich um einen konsequenten Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien geht. Gerade auch als ehemalige Umweltministerin habe ich das bedauert. Andere haben uns den Vorwurf gemacht, wir würden den Energieversorgungsunternehmen einen Gefallen tun, damit die möglichst viel erlösen.

ZEIT: Und das stimmte gar nicht?

Merkel: Das hat nie gestimmt. Durch unser Energiekonzept wurden die Energieversorgungsunternehmen erheblich belastet. Ihre wirtschaftliche Lage ist im Übrigen nicht so exorbitant gut, dass sie jede Belastung schultern könnten. Wir haben schließlich ein Interesse an erfolgreichen großen heimischen Energieerzeugern; die Stadtwerke alleine werden es nicht schaffen.

ZEIT: Es entstand auch der Eindruck, dass Sie bei Ihrer Entscheidung unter Druck gesetzt wurden.

Merkel: Ein falscher Eindruck, niemand setzt mich unter Druck.

ZEIT: Mehrere namhafte Wirtschaftsvertreter und andere Prominente veröffentlichten damals eine Anzeige, um die Verlängerung der Laufzeiten zu unterstützen. Haben Sie das als hilfreich empfunden?

Merkel: Nein. Wenn ich so große Anzeigen sehe, bin ich eher traurig über das ausgegebene Geld, weil ich als Parteivorsitzende aus Wahlkämpfen weiß, wie viel das kostet. Als hilfreich habe ich sie nicht empfunden.

ZEIT: Sie haben im vergangenen Herbst auch gesagt, sowohl die Atomenergie als auch Kohlekraftwerke sind Brückentechnologien. Jetzt soll die Brücke der Atomenergie verkürzt werden. Muss dadurch die Kohlebrücke verlängert werden? Und was sagt die Klimakanzlerin dazu?

Merkel: Wenn wir nun schneller aus der Kernenergie aussteigen, dann wird sich zeigen, dass wir Ersatzkraftwerke brauchen, nach meiner Meinung vornehmlich Gaskraftwerke. Auf jeden Fall werden wir hoch effiziente Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen benötigen. Das verändert unsere CO_2-Bilanz, was wiederum bedeutet, dass wir Wege finden müssen, um an anderer Stelle mehr einzusparen, um das auszugleichen. Wir müssen die Gebäudesanierung schneller vorantreiben und die Energieeffizienz unserer Produkte und unserer ganzen Wirtschaft noch rascher verbessern, um diese zusätzlichen CO_2-Emissionen anderswo einzusparen.

ZEIT: Die Zahl steht: neun bis zehn neue Kohlekraftwerke in den nächsten zwei Jahren.

Merkel: Das haben die Unternehmen und der Markt zu entscheiden und teilweise schon entschieden. Bei künftigen Festlegungen über Kraftwerksprojekte spricht vieles auch für Gas: Gaskraftwerke können am schnellsten gebaut werden, sie sind flexibel als Ergänzung erneuerbarer Energien einsetzbar, und Gaskraftwerke haben weniger CO_2-Emissionen.

ZEIT: Sehen Sie das Klimaziel für 2020 gefährdet?

Merkel: Nein, das müssen und werden wir schaffen. Wir schalten ja ganz sicher nicht alle Kernkraftwerke sofort ab. Danach erst stellen sich die entscheidenden Fragen, die Schwierigkeit wird also sein, von etwa 2020 bis 2035 oder 2040 zu kommen.

Fotos: Anatol Kotte für DIE ZEIT; Vignette: Smetek für DIE ZEIT

»Ich bin nun über fünf Jahre Bundeskanzlerin.« Angela Merkel am Dienstag der vergangenen Woche im Kanzleramt

ZEIT: Wie stellen Sie sich die Lastenverteilung dieser Energiewende vor: mehr zulasten des Verbrauchers oder des Steuerzahlers?

Merkel: Jeder Steuerzahler ist auch Verbraucher, nicht alle Verbraucher sind Steuerzahler. Wir haben uns schon vor Jahren entschieden, dass wir mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz alle Verbraucher in die Lastenverteilung einbeziehen. Gerade zwischen 2009 und 2011 gab es einen großen Sprung in der Umlage, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz entstand, nämlich von knapp 1,5 Cent auf über 3 Cent pro Kilowattstunde.

ZEIT: Die Frage nach den Kosten beschäftigt die Menschen sehr. Wann können Sie ihnen greifbare Zahlen nennen?

Merkel: Bald. In der Wirtschaftskrise hatten wir einen Ölpreis von 50 Dollar je Barrel, in den letzten Wochen lag er wieder zwischen 120 und 130 Dollar. Mit diesen Schwankungen leben die Menschen heute schon. Sie werden auch mit den Schwankungen beim Strompreis leben müssen, die sich aus veränderten Restlaufzeiten von Kernkraftwerken ergeben.

ZEIT: Wird es ein schöneres Land sein, mit neuen Stromtrassen, wärmegedämmten Häusern und vielen hohen Windrädern?

Merkel: Im Vergleich zur Zeit vor 20, 30 Jahren ist unser Land doch an vielen Stellen schöner geworden. Damals waren viele Flüsse vergiftet, heute baden und fischen die Menschen wieder in ihnen. Die Industrie arbeitet insgesamt viel umweltschonender, nicht nur in meiner ostdeutschen Heimat, dort ist der Unterschied natürlich frappierend. Also wirklich: Ich glaube nicht, dass unser Land viel weniger schön wird, nur weil wir Energie anders produzieren und den Strom auch durchleiten müssen.

ZEIT: Das sagen Sie, obwohl Sie in Ihrem Heimatland so schöne Landschaften vor Augen haben.

Merkel: Mecklenburg-Vorpommern hat 1 Prozent seiner Fläche für Windenergie ausgewiesen, 99 Prozent also nicht. Natürlich sieht man diese Windräder zum Teil schon von Weitem, in meinem Wahlkreis stehen zum Beispiel besonders viele. Aber man kann die zusätzlichen teilweise entlang der Autobahnen, der großen Verkehrstrassen bauen. Hochspannungsleitungen können vielleicht zum Teil entlang der Eisenbahnstrecken geplant werden. Daran wird unser Land nicht zerbrechen, und es wird noch immer schön sein.

ZEIT: Wir könnten stundenlang zuhören, wie Sie die Härten der Energiewende vertreten! Geschmacksfragen sind da nicht so wichtig?

Merkel: Selbstverständlich ist der Erhalt der Schönheit unserer Landschaft wichtig, aber die Diskussion ist nicht neu. Denken wir nur daran, was los war, als vor 150 Jahren plötzlich die Eisenbahnen zu rattern begannen. Da sahen manche auch das Ende gekommen. Jede Generation hat die Aufgabe, die Infrastruktur der Zukunft möglich zu machen. Auf der anderen Seite bauen wir heute auch Industriebauten wieder zurück. Kohlezechen sind heute Kulturstätten, und manch altes Tagebaugebiet dient der Naherholung.

ZEIT: Sie verteidigen diesen Weg ganz anders, als Grüne das machen. Die Grünen sagen: Es wird alles ganz schön, und Sie sagen: Stellt euch nicht so an! Ist das die Merkelsche Energiewende?

Merkel: Ich sage nicht: Stellt euch nicht so an. Ich lese jetzt von Designerwettbewerben um schöne Hochspannungsleitungen. Damit will ich nicht kommen, ich versuche, die Aussichten ganz realistisch zu beschreiben. Ja, es wird sich mancherorts etwas ändern. Mancher wird erleben, dass in der Nähe seines Wohnorts eine Leitung gebaut wird, wo vorher keine war. Das hat es zu allen Zeiten und in vielen Formen gegeben. Bei dem einen wird eine Straße gebaut, bei dem anderen eine Fabrik. In Berlin entsteht gerade ein Flughafen neu. Wir Politiker haben die Pflicht, gut zu begründen, warum das manchmal nötig ist, wir müssen auf die Fragen der Menschen Antworten haben.

ZEIT: Planen Sie eine verbindliche Laufzeit für jedes einzelne AKW?

Merkel: Es gibt die Möglichkeit, die Summe an Kilowattstunden festzulegen. Es gibt die Möglichkeit, die Restlaufzeit in Jahren festzulegen. Und es gibt die Möglichkeit, diese beiden Varianten zu mischen. Wir haben das noch nicht entschieden.

ZEIT: Wie wollen Sie die Endlagerfrage lösen? Wollen Sie außer in Gorleben noch woanders bohren? Erwarten Sie mehr Kooperation von Baden-Württemberg zum Beispiel?

Merkel: Ich denke nicht, dass man jetzt überall parallel bohren sollte. Das wäre Unsinn. Die Endlagerfrage kommt auf den Tisch, wir werden über sie sprechen, wenn das neue Energiekonzept steht. Grundsätzlich bin ich überzeugt, dass es nicht dadurch leichter wird, dass man die Last der Suche und Erkundung auf fünf Orte verteilt.

ZEIT: Was nutzt dieser ganze schöne Ausstieg, wenn wir umringt sind von Ländern, die die Kernenergie weiter ausbauen?

Merkel: Eine sehr berechtigte Frage, zumal in einem europäischen Binnenmarkt: Was nützt es Deutschland, wenn es sich nach seiner Überzeugung richtig verhält, und alle anderen tun es nicht? Wenn ich jedoch zuallererst danach frage, ob auch alle anderen von meiner Haltung überzeugt sind, oder wenn ich nur an die anfänglichen Nachteile meines eigenen, von mir für richtig erachteten Verhaltens denke – dann drehen wir uns im Kreis.

Als in Deutschland Bertha Benz mit dem ersten Automobil über die Straßen gerumpelt ist, haben auch viele Zeitgenossen gesagt: So ein Quatsch, die eine Pferdestärke einer Kutsche reicht doch, und wer weiß, wie gefährlich diese neue Erfindung ist. In ihren Augen war Bertha Benz eine Geisterfahrerin auf einem seltsamen Sonderweg – aber das Auto hat sich durchgesetzt. Deutschlands Wohlstand gründet sich auch darauf, dass wir manchmal als Erste einen neuen Weg gegangen sind. Als ich 1994 Umweltministerin wurde, kamen 4 Prozent unserer Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Heute sind wir bei 17 Prozent. Das ist schon beachtlich. Jetzt wollen wir bis 2020 auf 40 Prozent kommen, was sehr ambitioniert ist. Das wird uns Kraft kosten. Aber wenn wir glauben, dass wir Vorteile davon haben, und das ist ja offensichtlich, dann ist das zu schaffen.

ZEIT: Unser Sonderweg ist also eine Avantgarderolle?

Merkel: Es gibt eine ganze Reihe europäischer Länder, die nicht auf Kernkraft setzt. Deutschland hat immer einen Energiemix gehabt. Bei uns macht die Kernenergie ein Fünftel aus. Wenn man die Diskussion verfolgt, denkt man manchmal, wir bezögen 80 Prozent aus Kernenergie. Das ist ja gar nicht der Fall.

ZEIT: Aber keiner hat so radikal und schnell reagiert wie Deutschland.

Merkel: Das ist richtig.

ZEIT: Wie kommt das?

Merkel: So fundamental wie bei uns wird fast nirgendwo sonst über Kernenergie diskutiert. Hier ist eine ganze Partei darüber entstanden.

ZEIT: Sind die Deutschen so ängstlich wegen des Restrisikos, oder sind sie nur mutig genug, neue Wege zu gehen?

Merkel: Jedes Land diskutiert bestimmte Fragen sehr gründlich. In den Debatten über die Solidarität in der Euro-Zone und die Stabilität unserer Währung stelle ich auf europäischer Ebene Fragen, die sonst kaum einer stellt und die manche wohl auch manchmal anstrengend finden, die sagen dann, das sei schon wieder so eine Merkel-Idee. Das ist vielleicht eine Kehrseite unserer Präzision und unseres Erfindungsgeistes.

Die Kanzlerin beim Interview mit Bernd Ulrich (links) und Giovanni di Lorenzo

Ich werde darauf achten, dass wir den richtigen Weg finden, unsere Energie zu erzeugen, einen Weg, der zu einem ökologisch denkenden Industrieland und einer bedeutenden Wirtschaftsmacht passt. Dieser Weg ist dann aber auch eine Verpflichtung. Dann kann nicht jeder kommen und sagen: So viele neue Leitungen wollen wir nicht, und die Windenergie passt uns eigentlich auch nicht, die Umlage für die Photovoltaik ist eh zu hoch, und gegen den Anbau von Pflanzen zur Energieerzeugung bin ich aus Prinzip auch, aber aus der Kernenergie müssen wir sofort raus.

Einen Ausstieg mit Augenmaß zu schaffen ist die große Herausforderung im Augenblick. Wir müssen in den nächsten ein, zwei Monaten alle sagen: Dazu stehen wir! Ein Ausbüxen gibt's jetzt nicht mehr.

Das Gespräch führten GIOVANNI DI LORENZO und BERND ULRICH

Energie: Wie die Wende funktionieren kann
www.zeit.de/energie

BÜCHER MACHEN POLITIK

Der Käfighalter

Geradlinig? Nun ja. Zwei Autoren porträtieren Winfried Kretschmann

Der Mann, der an diesem Donnerstag in Stuttgart zum ersten grünen Ministerpräsidenten der Republik gewählt werden soll, hat ein prägnantes Image: Winfried Kretschmann sei konservativer, als es die CDU erlaube, heißt es, prinzipienfest bis zur Halsstarrigkeit und ein ausdauernder Leser der Philosophin Hannah Arendt.

Nun ist pünktlich zur geplanten Vereidigung des 62-Jährigen eine Biografie erschienen, in der die gängigen Klischees über Kretschmann mit Lust zerlegt werden. Zum Vorschein kommt ein Mann, der einen weiten Weg hinter sich hat – und unterwegs ziemlich geschmeidig agiert hat. Ganze drei Wochen haben die Journalisten Peter Henkel und Johanna Henkel-Waidhofer für diese Neubewertung gebraucht, was der Sache nicht geschadet hat. Das Tempo führt sie ohne Umschweife zu den Themen, die ihnen am Herzen liegen: Kretschmanns antiautoritärer Katholizismus, sein Kulturpessimismus, seine Art von Liebe zur Natur, der Weg »von Mao zur Mitte«. Die beiden Stuttgarter Journalisten – er jahrzehntelang bei der *Frankfurter Rundschau,* sie Lokalkorrespondentin – kennen Winfried Kretschmann, seit er seinen allerersten Auftritt im Stuttgarter Landtag verpasste: Im März 1980 gehörte Kretschmann zu der sechsköpfigen Fraktion, mit der die Grünen erstmals in das Parlament eines Flächenstaates einzogen. Aber die Vereidigung von Lothar Späth (CDU) zum Ministerpräsidenten versäumte der Neuparlamentarier, weil er es wichtiger fand, in Gorleben zu protestieren.

Als Kretschmann die Grünen mitgründete, war er alles andere als ein Konservativer. Als Sohn einer katholischen Vertriebenenfamilie aus dem Ermland war er mit der Erfahrung aufgewachsen, wie man in der Fremde erst verachtet und dann aufgenommen wird. Er hatte ein katholisches Internat mit viel schwarzer Pädagogik hinter sich gebracht, aber auch die befreiende Wirkung des Zweiten Vatikanischen Konzils erfahren. Bei der Bundeswehr erlebte er die klassische Schinderei, was ihn aber nicht daran hinderte, den Pazifismus der grünen Gründerjahre für eine Lebenslüge zu halten – schon im Hinblick auf die Befreiung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten. »Ich bin von Hause aus kein Pazifist«, hat er damals klargemacht. »Ich habe nicht den Kriegsdienst verweigert und bin schon von Natur aus ein Typ, der sich verteidigt und dem anderen dabei auch mal eine in die Fresse bügelt.«

Peter Henkel/ Johanna Henkel-Waidhofer: Winfried Kretschmann. Das Porträt Herder, 14,95 €

Aus manchen Landtagsprotokollen der achtziger Jahre lässt sich die Verzweiflung ermessen, die Kretschmann gelegentlich in der CDU-geführten Republik erfasste. »Es hört doch niemand auf einen«, rief Kretschmann einmal ins Plenum. »Erst wenn man mal ein Ei wirft, dann ist die Presse da. Wenn Grundrechte in ihrer Substanz gefährdet werden, dann sind wir auch zu Regelverletzungen bereit. Wir sind eine radikale Partei, weil man eine Politik machen muss, die die Probleme an der Wurzel löst.« Keine sonderlich konservative Position.

Im Laufe der Jahre hat sich Kretschmanns Verhältnis zu den beiden Volksparteien viel rasanter verändert, als es das Image vom stets prinzipienfesten grünen Konservativen glauben machen will. 1982 wirbt er in einem ausführlichen Aufsatz für ein Bündnis mit der SPD, ausgerechnet wegen der großen Übereinstimmungen in der Sozialpolitik; ein Bündnis mit der Union hält er »auf absehbare Zeit kaum für möglich«. Schon ein Jahr später begeistert er sich für ökolibertäre Überlegungen. Über die Sozialpolitik sagt er in jener Phase: »Nur wo Mangel herrscht, kann es Freiheit geben.« Dann wieder, 1992, plädiert er für Rot-Grün, während er 1999 findet, es sei »bitter notwendig, dass es irgendwo zu einer schwarz-grünen Koalition kommt«. Die Republik, so glaubt er 2000, braucht die CDU. 2010 ist es dann »an der Zeit, dass die Schwarzen in der Opposition landen«.

Auch zu Kretschmanns eigener Ökologie haben die beiden Autoren Interessantes zutage gefördert. Die Familie von Kretschmanns Frau Gerlinde besaß in Laiz eine Hühnerfarm mit 600 Tieren in Käfigen – die Art der Tierhaltung, die demnächst verboten sein wird. Als die drei Kinder klein waren, machten die Kretschmanns dort regelmäßig Urlaub. Der künftige Ministerpräsident Baden-Württembergs sammelte die Eier ein, fütterte die Tiere, hielt die Käfige sauber und reparierte. »Wer von der Eierproduktion leben will«, so sah er es, »kommt ohne Käfighaltung in Probleme.«

Die Konstante in Kretschmanns Charakter lassen die Autoren von einem Parteifreund zusammenfassen: »Winfried Kretschmann ist der anständigste Mensch, der je in Deutschland Regierungschef wurde.« MARIAM LAU

Wissen wir es besser?

Im Kampf gegen den Terrorismus, im Streit um die Energieversorgung der Zukunft, bei der Entscheidung über den Krieg gegen Gadhafi: Stets denken und handeln die Deutschen anders, als die große Mehrheit im Westen es tut. Sollten wir stolz darauf sein – oder steckt ein wahrer Kern im hässlichen Wort vom »Gutmenschen«?

Siehe auch Feuilleton, **Seite 49**

Ja

KATRIN GÖRING-ECKARDT

ist Vizepräsidentin des Bundestags, Grüne und EKD-Präses. Gut-Bürger, sagt sie, nehmen die eigenen Werte ernst

Der sogenannte Gutmensch hat es schwer. Bücher, die sich über seinen politisch überkorrekten Betroffenheitskitsch belustigen, füllen ganze Regale. Er gilt als zurückgeblieben und naiv, als Vertreter einer typisch deutschen Weltbeglückungsfolklore, die es sich im Gewirr der Globalisierung einfach und bequem macht. Im politischen Alltag ertönt »Gutmenschentum« meist dann als Vorwurf, wenn Einwände gegen Entscheidungen vorgebracht werden, die angeblich alternativlos sind. Der Heuchler, der Pharisäer, der lieber politisch korrekt ist als realistisch, das ist der Gutmensch, wie ihn schon die Nazipropaganda im *Stürmer* zum Feind erklärte.

Heute wirft man ihm vor, Weichei und Nervensäge in einem zu sein, seine übersteigerte Gesinnungsethik wird zum Gesinnungsterror, weil er einer ist, der sich den Notwendigkeiten der Macht und des Machbaren verweigert. Ist er also nichts anderes als ein störender Geselle, der sich auf Moral beruft? Nehmen wir die Erschießung Osama bin Ladens und den schlichten Hinweis auf den Verstoß gegen internationales Recht und darauf, dass triumphale Freude über den Tod des Massenmörders bin Laden unangemessen sei – schon bekommt der Gutmensch das Attribut »antiamerikanisch« obendrauf. Dabei dachte man doch, es wären einfach nur Demokratie und Rechtsstaat, die wir da einfordern.

Was also steckt an Gutem im Gutmenschen, jenseits von einfacher Polemik und schlichter Pointe? Mit dem Gutmenschen-Vorwurf sollen doch Moral und Maßstäbe insgesamt lächerlich gemacht werden. Die Polemik hat es eben nicht auf selbstgerechten Gesinnungskitsch abgesehen, sondern auf den wertegebundenen Einwand gegen die angeblichen Zwänge der Realpolitik überhaupt. Zugegeben: Allzu oft drängt sich eine wohlfeile und populistische Variante des Gutmenschen in den Vordergrund: der Besserwisser. Er redet bewusst undifferenziert und vereinfachend, weil das Publikum starke Sprüche mag. Besserwisser sind allerdings auch diejenigen, die gegen den Gutmenschen polemisieren, sich selbst als wahre Faktenkenner und gesunde Realisten darstellen und leider immer nur die Seite der Münze mit der Zahl ansehen, weil ihnen die besser ins Konzept passt als der Charakterkopf auf der anderen.

Doch war der besserwisserische Pseudo-Gutmensch wirklich maßgeblich in den politischen Debatten der letzten Monate, der letzten Jahrzehnte? Erlebten wir bei Stuttgart 21 und beim Thema Atomenergie, in der Verteidigung unserer multikulturellen Republik nicht vielmehr den wirkungsmächtigen Auftritt des Gutmenschen als Gut-Bürger? Dem geht es nicht um eine abstrakt menschelnde Wohlfühl-Moral, sondern um bürgerliche Werte wie Solidarität, Öffentlichkeit, Transparenz, politische Teilhabe und Partizipation, mitunter schlicht um die Einhaltung von Gesetzen. Im Gut-Bürger und in der Gut-Bürgerin verbinden sich Pragmatismus und Idealismus, Orientierung und Maßstäbe mit dem klaren Blick fürs Machbare. Es ist das Gut-Bürgertum, das Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu einem lebenswerten und zivilen Land gemacht hat. Und es ist das Gut-Bürgertum, dem wir die kritische Öffentlichkeit bei vielen Themen zu verdanken haben. Ob es um Auslandseinsätze der Bundeswehr geht, um Atomenergie, Ökologie oder Einwanderung: Seit den Bürgerinitiativen der siebziger und achtziger Jahre redet und streitet der Gut-Bürger Gott sei Dank mit. Er ist der lebende Beweis dafür, dass werteorientierte Politik alles andere als naiv und wirklichkeitsfern ist – sondern ganz reale Wirkungen hat. Übrigens sogar wirtschaftliche: Die Ökologiebewegung hat zum Beispiel dafür gesorgt, dass Deutschland zum technologischen Vorreiter für erneuerbare Energien wurde.

Der Gut-Bürger meint es ernst mit dem, wofür er sich einsetzt, im Zweifel lebt er oder sie selbst danach. Viele Debatten der letzten Monate haben es gezeigt: Der gute Bürger und die gute Bürgerin sind informiert bis ins Detail. Mit werteorientiertem Handeln widersetzen sie sich der pragmatischen Beliebigkeit und einer blinden Logik der Sachzwänge, stehen aber auch zu den Widersprüchen zwischen Ideal und Wirklichkeit. Sie weisen Thilo Sarrazin mit den von ihm selbst genannten Zahlen nach, dass seine Theorie Unsinn und dem Fremden feindlich ist. Wer den Abgesang auf diesen Gut-Bürger singt, muss sich darum fragen lassen, wie eine Welt ohne ihn aussehen würde. Es wäre wohl eine zynische Welt, ohne Sinn für das Mögliche, in der die Werte, die das Leben lebenswert machen, keine Rolle mehr spielen. Die Polemiker gegen den Gutmenschen tun so, als bräuchten wir weder Ideale noch gesellschaftlichen Zusammenhalt – noch die Zuversicht, dass der Mensch zum Guten fähig ist. Was für eine triste Welt das wäre!

Nein

JOSEF JOFFE

ist Herausgeber der ZEIT. Er meint, den Deutschen komme es nicht darauf an, gut zu handeln; sie wollten sich nur gut fühlen

Libyen? Da machen wir nicht mit, weil bekanntlich Gewalt keine politischen Probleme löst. Atomausstieg? Auch hier leitet uns die höhere Einsicht, während ringsum in Europa 137 Kernkraftwerke den Strom erzeugen, den wir demnächst importieren werden. Bin Laden? Ein eklatanter Bruch des Völker- und Kriegsrechts, den wir genüsslich geißeln.

Deutschland ist wieder Großmacht, jedenfalls eine moralische. Der mahnende Zeigefinger ist heute so deutsch, wie es einst Pickelhaube und Knobelbecher waren. Bin Laden ist der jüngste Beweis. Und er zeigt exemplarisch, wie das Land tickt. Im *stern*-Titel heißt es: *Amerikas Rache,* im britischen *Economist: Now, kill his dream.* Rache, das klingt vorchristlich; das ist die atavistische Selbstjustiz. »Jetzt wollen wir seinen Traum töten« spiegelt die reale Welt, in der Kontext zählt, also Größenordnungen und Ursachen. Das britische Blatt nennt die Zusammenhänge; es spricht von einer »Mord-Orgie«, die bin Laden entfesselt hat, von einem »Kampf, der einen fürchterlichen Preis an Blut und Gut gefordert hat« und just den »Krieg der Kulturen« provozieren sollte, den der Getötete wollte. Fügen wir hinzu, dass die Massaker an Unschuldigen das gemeinste Verbrechen in jeder Kultur sind.

Ein solches Sündenregister verdient Empörung und Verdammung. Aber weite Teile des deutschen Kommentariats haben die Gräueltaten allenfalls am Rande erwähnt. Ihr Mitleid galt nicht den Opfern, ihr Zorn nicht dem Täter, der als älterer Herr mit Familienanhang firmierte. Die Entrüstung zielte auf die üblichen Verdächtigen: die Amerikaner und ihre Soldateska, dazu auf die Kanzlerin, die es gewagt hatte, Freude über den Tod eines Massenmörders zu äußern.

Natürlich soll man sich auch über den Tod eines Feindes nicht freuen. Laut rabbinischer Überlieferung ermahnte schon der liebe Gott seine Engel, die über den Untergang des pharaonischen Heeres jubelten: Auch die Ägypter sind meine Kinder. Aber Erleichterung und Genugtuung darf man sehr wohl empfinden, wenn ein Unmensch stirbt.

Darf man das? Soeben hat ein Richter die Kanzlerin wegen »Billigung von Straftaten« angezeigt. Ein Völkerrechtler dozierte: Kriegsrecht gilt nicht, weil al-Qaida weder Staat noch Bürgerkriegspartei sei. Also: Beim nächsten Mal bitte anklopfen und dem Mann seine Rechte vorlesen. So simpel ist das.

Ist es aber nicht. Vorweg fehlt das moralische Augenmaß. Was ist denn das größere Übel: einen Mann weiter morden zu lassen, der den Tod von Tausenden verantwortet – oder im Einzelfall die Regeln des Rechtsstaates zu verletzen? Auch Deutschland kennt den »finalen Rettungsschuss«, auch Helmut Schmidt hat in Mogadischu den Tod der wenigen autorisiert, um die vielen zu retten. Auf dem Hochsitz der Moral aber sieht man keine Konflikte zwischen Schlimm und Schlimmer. Natürlich passt der Terrorismus weder ins Völker- noch ins Landesrecht. Aber vom »Nicht zuständig« das »Nicht zulässig« abzuleiten ist kein Beweis des Besserseins, sondern der Denkverweigerung.

Terrorismus ist weder Krieg noch gewöhnliche Kriminalität, sondern Massenmord mit kriegerischen Mitteln. Ist das Verbrechen geschehen, helfen nur noch Leichenwagen. Also muss der Staat vorbeugend jene treffen, die im Dunkeln die Drähte ziehen. Leider wohnen sie dort, wo die Polizei keinen Haft- oder Auslieferungsbefehl präsentieren kann. Zum Beispiel in Pakistan, das bin Laden Unterschlupf gewährte – fünf Jahre lang. Wehe dem Staat, der in diesem Schattenkrieg agierte, als befände er sich im eigenen Verfassungsgebiet. Er würde wider seine höchste Pflicht sündigen: den Bürgern Sicherheit und Freiheit zu garantieren – Sicherheit vor der Heimtücke, Freiheit vor dem totalen Überwachungsstaat, der im Namen der Terrorabwehr die Bürgerrechte daheim dezimiert.

Warum also die eifernde Selbstgerechtigkeit? Die Antwort ist nicht neu. Sie wurzelt in der Selbstvergewisserung einer wieder gut gewordenen Nation, die einst für das Menschheitsverbrechen verantwortlich war. Eigentlich wäre der Zeigefinger nach 66 Jahren mustergültiger Entwicklung nicht mehr nötig; die Welt hat diese Leistung längst anerkannt. Doch der Reflex lebt fort, in der dritten Generation: die Enkel als Bewährungshelfer der Noch-nicht-Geläuterten.

Warum? Weil Moralismus nicht nur erhebend, sondern auch nützlich ist. So entzieht man sich den Händeln der Welt, so darf man im Namen der höheren Sittlichkeit der Verantwortung ausweichen. Wer nicht handelt, muss keine moralischen Konflikte bewältigen, abkanzeln ist einfacher als abwägen. Dass so viele Deutsche die Macht verachten, die sie nicht mehr haben (wollen), ist eine Erblast der Geschichte. Doch moralische Bescheidenheit ist auch eine Tugend, eine der höchsten überhaupt.

Fotos: Peter Steffen/dpa (l.); Matthias Bothor/Photoselection (r.); Vignette: Smetek für DIE ZEIT

Mail aus: ABIDJAN

Von: bartholomaeus.grill@zeit.de, Betreff: Freund und Helfer

Allein hätte ich mich niemals ins Café Cacao an der Rue Princesse in Abidjan gewagt. Dieser Nachtklub ist eine Höhle der Jeunes Patriotes, der militanten Anhänger des Ex-Präsidenten Laurent Gbagbo; sie verachten Weißnasen, insbesondere Franzosen, die gerade Gbagbos Räuberregime stürzten. Aber ich hatte ja A. dabei, einen Gewährsmann, der die Jungpatrioten beschwichtigte. Und so war ich als neutraler *allemand* sogleich willkommen, durfte eine Flasche Johnny Walker ausgeben und bekam eine verführerische Hostess zugeteilt – die ehemalige Miss Abidjan.

Wir Korrespondenten sind auf Helfer wie A. angewiesen, vor allem in Kriegs- und Krisengebieten. Fixer werden sie genannt. Sie führen uns zu Informanten, arrangieren Interviews, sorgen für unsere Sicherheit, zeigen uns Orte, die wir nie finden würden. In brenzligen Situationen sind wir auf Gedeih und Verderb von ihnen abhängig. Mein Fixer A. arbeitete als Presseattaché bei der deutschen Botschaft, ein aufgeweckter junger Mann, der fließend Deutsch sprach und über exzellente Landeskenntnisse und Kontakte verfügte. Ich wunderte mich zwar über seine Golduhr und die teuren Designerklamotten. Auch der Zusatz »de Luxe« in seinem Namen hätte mich stutzig machen müssen. Aber A. erwies sich als absolut zuverlässiger Führer in der chaotischen, vom Bürgerkrieg geplagten Metropole der Elfenbeinküste. Für ihn hätte ich meine Hand ins Feuer gelegt.

Zum Dank wollte ich A. ein Geschenk senden. »Das können Sie sich sparen«, bremste der Botschafter. Warum? »Weil ich den Burschen feuern musste.« Er hatte nebenher einen lukrativen Handel mit Einreisepapieren nach Deutschland betrieben. Der hilfsbereite, kompetente A., ein Visafälscher, dem ich vorbehaltslos vertraut hatte! Wer weiß, welche Deals er nebenher im Café Cacao eingefädelt hatte. So kann man sich täuschen. A. soll sich unterdessen in Ghana herumtreiben. Er hatte sich nach dem Rauswurf flugs aus dem Staub gemacht und noch einen Dienstwagen mitgehen lassen.

Mail aus: MOSKAU

Von: johannes.voswinkel@zeit.de, Betreff: Krieg und Eishockey

Einen Feiertag gibt es, der Russland vereint, den 9. Mai. Die einen setzen die Kartoffeln in die Erde des Datschagartens, die anderen strömen ohne Befehl von oben auf die Straßen, um des Sieges über den Faschismus zu gedenken.

Der Morgen beginnt mit der Militärparade auf dem Roten Platz und einem vieltausendstimmigen »Hurra!« der Truppen. Manchmal gibt es ein neues Panzer- oder Raketenmodell zu bestaunen. In diesem Jahr waren die neu geschneiderten Baretts der Soldaten die größte Innovation. Später zogen die Kommunisten durch Moskau und feierten den Generalissimo Stalin, dessen Abbild auf offiziellen Plakaten verboten war. Ein paar Gadhafi-Anhänger und orthodoxe Monarchisten durften sich anschließen.

Das Fernsehprogramm ist patriotisch: Im ersten Kanal verteidigt sich heroisch die Brester Festung, im zweiten geht es um Sowjetspione im Hitlerregime (»Unser Mann in der Gestapo«), im dritten läuft die Jagd auf militärische Werwölfe und im vierten ein Spielfilm über die Suche nach Verrätern in der Roten Armee. Familien und Liebespaare spazieren durch die Parks. An den Autos hängen orange-schwarze Sankt-Georgs-Bändchen als Erinnerung an den Krieg. Manche malen auf die Heckscheibe, was einst auf den T34-Panzern geschrieben stand: »Nach Berlin!« Der Fahrer eines bayerischen Nobelwagens hat auf seine dunkelblaue Motorhaube mit weißer Farbe das Wort »Trophäe »gepinselt«, auf die Fahrerseite »Das Blut ist nicht vergeblich vergossen«. Den Rückspiegel zierte ein roter Stern. Andere hielten eine Russlandflagge aus dem Autofenster, bis der Arm schwer wurde oder Russland bei der Eishockey-Weltmeisterschaft seine Führung gegen Finnland einbüßte. Russland verlor 2 : 3.

Es war die erste Niederlage der Eishockey-Nationalmannschaft an einem Siegestag. Der russische Trainer sagte im Interview nach dem Spiel, er werde jetzt erst mal den Fernseher anschalten und einen Kriegsfilm anschauen. Und riet dem Journalisten, dasselbe zu tun. »Dann werden Sie«, erklärte er, »ganz anders schreiben.«

Auf dem Wasser verdurstet

Das Mittelmeer wird für immer mehr Flüchtlinge aus Libyen zur Todesfalle. Kennt Europa keine Gnade? VON ANDREA BÖHM

Operation »Lifeline« hat begonnen. In Abstimmung mit dem UN-Sicherheitsrat, der EU und der Nato werden in den nächsten Tagen mehrere Schiffe der deutschen Marine ins Mittelmeer auslaufen, um Bootsflüchtlinge zu retten und in mehrere europäische Aufnahmelager, darunter auch zwei in Deutschland, zu verteilen. Wie Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) am Dienstag vor der Presse verkündeten, sehe es die Bundesregierung als ihre Pflicht an, die humanitäre Katastrophe vor der libyschen Küste zu beenden. Seit Ende März sind im Mittelmeer über 800 Menschen bei dem Versuch ertrunken, in kleinen Booten aus dem umkämpften Libyen nach Italien zu gelangen. An Operation »Lifeline« beteiligen sich auch die Küstenwachen Italiens, Spaniens, Maltas und Griechenlands. Deutschland, so betonte Westerwelle, habe sich zwar bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über eine Militärintervention in Libyen enthalten, doch müsse es nun humanitären Prinzipien und dem Flüchtlingsschutz gerecht werden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk und mehrere Menschenrechtsorganisationen begrüßten die deutsche Initiative, Papst Benedikt XVI. sprach sogar von einer ...

STOPP!

Alles erfunden. Bis auf eines: Seit Ende März sind nach Schätzungen des UNHCR tatsächlich mindestens 800 Menschen bei dem Versuch ertrunken, von Libyen über das Mittelmeer nach Italien zu gelangen.

Sollten sich Berichte bestätigen, wonach Ende vergangener Woche ein Boot mit bis zu 600 Menschen vor der libyschen Küste auseinandergebrochen ist, könnte die Zahl der Toten um mehrere Hundert steigen. Blieben noch jene rund 72 Flüchtlinge zu erwähnen, die nach Recherchen der englischen Zeitung *The Guardian* am 25. März von Libyen aus Richtung Italien aufgebrochen und sechzehn Tage manövrierunfähig auf dem Mittelmeer umhergetrieben sein sollen. 61 Menschen, darunter mindestes zwei Kleinkinder, sind nach Aussagen von Überlebenden verdurstet und verhungert, obwohl es den Bootsinsassen nach wenigen Tagen auf See gelungen war, über einen katholischen Priester in Rom die italienische Küstenwache zu alarmieren. Überlebende behaupten, mindestens ein Militärhubschrauber und ein Flugzeugträger hätten ihr Boot gesichtet, ohne einen Rettungsversuch zu unternehmen. Die UN und der Europarat wollen den Vorfall nun untersuchen lassen.

Egal, was dabei herauskommt: Knapp zwei Monate nach der UN-Resolution 1973 und nach den ersten Angriffen westlicher Kampfbomber auf Stellungen der Armee Muammar al-Gadhafis steht man vor der Erkenntnis, dass ein erheblicher Teil der zivilen Opfer nicht durch Bomben und Kugeln gestorben ist, sondern durch unterlassene Hilfeleistung. Denn es gibt in dieser Militäroperation keinen koordinierten Schutz von Flüchtlingen. Es gibt bislang lediglich einen verzweifelten Hilferuf des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) an die europäischen Staaten, endlich eine effektive Aktion zur Rettung von Bootsflüchtlingen zu starten. Die Reaktion in London, Paris und Berlin? Schweigen.

Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verschleiern oft mehr, als sie klarstellen. Aber Resolution 1973 – besser bekannt unter dem Schlagwort »Stoppt Gadhafi!« – enthält einige sehr weitreichende Sätze. Am 17. März ermächtigte der Sicherheitsrat die UN-Mitgliedsstaaten, in Libyen »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen zu schützen« – mit Ausnahme der Entsendung von Besatzungstruppen. Seitdem beobachten AWACS-Flugzeuge jede Bewegung von Gadhafis Militäreinheiten, Flugzeugträger und kleinere Kriegsschiffe patrouillieren nahe der libyschen Küste, westliche Kampfjets bombardieren Kommandozentralen des Diktators. Und seitdem wähnt sich Europa, das in den vergangenen Jahren eher dazu neigte, arabischen Diktatoren Waffen zu verkaufen, als sie damit zu bekämpfen, wieder auf der richtigen Seite der Geschichte: Auf der Seite eines prodemokratischen Aufbruchs, der für jeden Einzelnen Freiheit und Würde einfordert. Dem steht nun eine düstere Zwischenbilanz von mindestens 800, wahrscheinlich über 1000 Toten gegenüber. Auch Flüchtlinge sind bedrohte Zivilpersonen, aber offenbar fallen sie nicht unter Resolution 1973.

Natürlich kann man fragen: Was ist daran neu? Seit Jahren schon ziehen italienische Fischer mit ihren Netzen immer wieder die Gebeine ertrunkener Flüchtlinge an Bord. Das Mittelmeer ist längst nicht mehr nur Urlaubsraum und Handelsweg, sondern auch ein großes Grab, seit Europa an seinen unsichtbaren Mauern baut. Soll heißen: seit die Abwehr von Flüchtlingen zum ideologischen Kern der Migrationspolitik geworden ist und eben diese Abwehr den Mitgliedsländern am Rande Europas aufgebürdet worden ist. Wo der Flüchtling zuerst europäischen Boden betritt, soll er auch bleiben. Schlupflöcher bieten fast nur noch der Landweg über die Türkei nach Griechenland oder der Seeweg mithilfe von Schmugglern und verrotteten Booten nach Malta und Italien. Wer die Reise übersteht, den erwartet die Unterbringung in einem überfüllten Sammellager, einem Abrisshaus oder einer selbst gezimmerten Bretterhütte. Diese Strategie der geduldeten oder gezielten Verwahrlosung ist die logische Folge einer europäischen Politik, die den Flüchtling nicht als Individuum mit Anspruch auf Würde und Schutz, sondern als in der Masse auftretendes Flutrisiko sieht. Und wenn das Thema Flucht und Migration auf ein Problem innerer Sicherheit und öffentlicher Hygiene reduziert wird, dann findet sich auch in der Außen-und Sicherheitspolitik niemand, der bei der Vorbereitung einer Militäraktion darüber nachdenkt, wie man mit dem erwartbaren Anstieg der Flüchtlingszahlen umgeht.

Und doch stellen die 800 Toten der vergangenen acht Wochen einen Skandal dar, der weit über Europas inzwischen chronische Gleichgültigkeit gegenüber Flüchtlingen hinausgeht. Warum? Weil Europa, allen voran Frankreich und Großbritannien, mit der Unterstützung des Aufstands gegen Gadhafi doch eine moralische Läuterung reklamiert. Nicolas Sarkozy aber fällt nichts anderes ein als die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen im Schengen-Raum. Dass Silvio Berlusconi bei solchen Vorschlägen sofort mit von der Partie ist, muss niemanden überraschen. Dass Deutschlands Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dem zustimmt, vielleicht auch nicht. Trotzdem ist es beschämend. Friedrich verkündete unlängst im deutschen Fernsehen – sichtlich von sich selbst beeindruckt –, dass Deutschland dem EU-Mitgliedsland Malta 100 Bootsflüchtlinge abnehmen werde. Zur Einordnung dieser humanitären Geste: In Dehiba, einer kleinen tunesischen Stadt an der Grenze zu Libyen, sind bis auf Weiteres 20 000 Flüchtlinge untergekommen – die meisten in den Häusern der Bewohner.

Nach Angaben des UNHCR sind seit Ausbruch der Kämpfe in Libyen über 600 000 Menschen geflohen, die meisten über die Landesgrenzen nach Tunesien und Ägypten. Dort sind ihre Lebensumstände alles andere gut. Aber Mitarbeiter des UNHCR zeigen sich verblüfft, wie bereitwillig die ägyptischen und vor allem die tunesischen Behörden und die Bewohner der Grenzgebiete die Flüchtlinge empfangen und versorgen.

Im Vergleich dazu sind die Bootsflüchtlinge, die gen Europa aufbrechen, keine »Welle«, sondern ein Rinnsal – ganze zwei Prozent sind auf EU-Territorium gelangt. Die meisten *boat people* sind übrigens keine Libyer, sondern Schwarzafrikaner, Migranten, die in Libyen gearbeitet haben, sowie Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und Diktaturen wie Somalia, Darfur oder Eritrea, die bereits eine monatelange Odyssee hinter sich haben und in Libyen gestrandet waren. Sie sind – und dieses Detail ist wichtig – mit Beginn des Aufstands gegen Gadhafi zwischen die Fronten geraten. Offenbar werden manche von ihnen von Gadhafis Soldaten erst ausgeplündert und dann auch Flüchtlingsboote gezwungen. Der Diktator möchte Europa wohl zeigen, dass es mit seinem Sturz den wichtigsten Türsteher verliert. Noch mehr müssen sich Somalis, Eritreer oder Sudanesen aber vor den Rebellen fürchten. Weil sich unter Gadhafi-treuen Kämpfern auch Söldner aus anderen afrikanischen Ländern befinden, stehen nun alle Ausländer mit dunkler Hautfarbe unter dem Generalverdacht der Gadhafi-Gegner. Flüchtlinge berichten von Misshandlungen und Menschenjagden. Vielleicht sollte man den Text von Resolution 1973 auch dem Übergangsrat im befreiten Bengasi noch einmal vorlegen.

Die Nato bestreitet übrigens vehement, zu irgendeinem Zeitpunkt ein Schiff mit Flüchtlingen in Seenot bemerkt zu haben. Die maltesische und die italienische Küstenwache weisen ebenfalls jede Schuld von sich. Die italienische Küstenwache hat übrigens gerade erst in einem wagemutigen Manöver 500 Flüchtlinge gerettet, die vor Lampedusa auf einen Felsen aufgelaufen waren. Und womöglich hat im Fall des Schiffs, das mit 72 Menschen an Bord über zwei Wochen im Mittelmeer umherirrte, niemand vorsätzlich oder gar böswillig Hilfe verweigert. Vielleicht ging dieses Schiff einfach im Durcheinander der Prioritäten, Zuständigkeiten und Befehlshierarchien verloren: ein tödliches Chaos.

www.zeit.de/audio

Foto: Francesco Malavolta/dpa (Flüchtlinge erreichen Lampedusa, 7. Mai 2011)

Gerettet, aber nicht willkommen: Libysche Flüchtlinge treffen auf Lampedusa ein

Illustration: Beck für DIE ZEIT / www.schneeschnee.de

Die neue Berliner Balance

Immer mehr Politiker fordern Zeit für Familie und Privates ein. Aber wie viel Freiheit darf sein in ihrem Job? VON TINA HILDEBRANDT

Es gibt Jobs, in denen verdient man keinen Euro mehr als am Tag bevor man sie antrat, aber sie verändern den Alltag dramatisch. Auf einmal steht ein BKA-Kommando im Haus, und es heißt: Das Fenster hier muss raus, ins Schlafzimmer kommt eine Stahltür, und übers Bett sollte ein Knopf. Damit Sie die Polizei rufen können.

Gerhart Baum hatte so einen Job. Wenn er im Auto saß, fuhr hinter ihm ein gepanzerter Wagen mit Sicherheitsleuten, vor ihm einer und daneben drei Motorräder. Wenn nachts ein Hase durch den Vorgarten hoppelte, wurde es taghell wegen der Lichtschranken. »Ich bin viereinhalb Jahre nicht alleine aufs Klo gegangen«, sagt Baum. Der FDP-Politiker war Innenminister unter Helmut Schmidt, am Ende seiner Dienstzeit war der rechte Arm vom Öffnen der schweren Auto-Panzertür lädiert. Baum, Vater von drei Kindern, in zweiter Ehe verheiratet, kann etwas erzählen über die Zumutungen der Politik.

Was denkt einer, der für die Politik härteste Einschränkungen in Kauf genommen hat, wenn er hört, dass der neue Parteichef Philipp Rösler seine Frau fragt, ob er sein Amt antreten soll, und sagt: »Mit 45 höre ich wieder auf«? Beneidet der 78-Jährige den 38-Jährigen, oder denkt er: Alles Memmen heutzutage? »Ich finde diesen Satz sehr sympathisch«, sagt Baum. Weil er zum Nachdenken anrege über die Frage: Was ist die Rolle eines Politikers?

Röslers Satz ist der Versuch eines Spitzenpolitikers, sich vor der Politik in Sicherheit zu bringen, einen Cordon sanitaire zu schaffen zwischen der Macht und dem Menschen. Es ist ein ungewöhnlicher Satz, weil Rösler sich damit angreifbar macht, er stattet sich selbst mit einem Verfallsdatum aus. Der Satz ist auch zwiespältig, weil er das Klischee nährt, das Rösler bekämpfen will: dass die Politik etwas Schmutziges ist, an dem man sich infizieren kann, vor dem man sich in Acht nehmen muss.

Es gibt nicht viele wie Rösler in der Politik, aber es gibt immer mehr, die so denken. »Ich werde alles daransetzen, zu beweisen, dass man auch als Politiker ein normales Privatleben haben kann und sich nicht verbiegen muss«, sagt Rösler. Politiker müssten auch Vorbild sein. Der Berliner Volker Ratzmann zog 2008 seine Kandidatur für den Bundesvorsitz der Grünen zurück, weil seine Frau ein Kind erwartete und sich im Jahr darauf wieder für den Bundestag bewerben wollte. Katja Kipping von der Linken erklärte kürzlich, sie könne sich vorstellen, irgendwann mal ihre Partei anzuführen, aber mit Mitte 35 stehe für sie »die Familienplanung im Vordergrund«. Und als ein Nachfolger für Karl-Theodor zu Guttenberg gesucht wurde, winkten mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann gleich zwei konservative Politiker mit dem Hinweis ab, so einen Posten, Sicherheitsstufe 1, wollten sie sich und ihrer Familie nicht antun. Worauf der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer schließlich erbost verbot, dass irgendjemand noch irgendetwas erst mit seiner Frau besprechen dürfe.

Das Thema Work-Life-Balance hat die Politik erreicht. Immer mehr Politiker wollen nicht nur ein Leben *nach* der Politik, sondern ein Leben *während* der Politik. Vätermonate, politikfreie Wochenenden, berufstätige Ehefrauen – was bei Grünen und Sozialdemokraten noch programmatischen Charakter hatte, ist längst auch bei bürgerlich-konservativen Politikern normal. Begriffe wie »in den Sielen sterben«, wie eine Metapher aus der Welt der Zugtiere lautet, sind out; wer sich für die Partei aufopfert, wird nicht mehr bewundert, sondern beäugt. Aber das Familienleben mit dem Beruf zu vereinen, kann dieser Wunsch in der Politik Wirklichkeit werden? Das ist die eine Frage. Die andere Frage lautet, was es mit der Politik macht, wenn immer mehr Politiker ihren Posten als Teilzeitjob statt als Lebensinhalt begreifen.

»Die Anforderungen werden immer heftiger«, sagt Kristina Schröder

Inzwischen lässt sich die Schwangerschaft nicht mehr verbergen. Kristina Schröder sitzt in einem Besprechungsraum in ihrem Ministerium, eine Hand auf dem Bauch, zwischen den Antworten atmet sie ein bisschen schwerer als sonst. Schröder wollte Privatleben und Politik immer trennen. Bei ihrer Hochzeit hat sie die Kirche gewechselt, um die Paparazzi irrezuführen. Nun ist die Familienministerin in einer Situation, in der sie, wie sie selbst sagt, »offenkundig Privatleben und Beruf vereinbaren muss«. Sie hat sich vorgenommen, das offensiv zu tun, »nicht verdruckst zu sagen: Ich habe einen anderen Termin, sondern: Nein, dieses Wochenende ist für die Familie reserviert.« Wo so viele nicht zu ihren familiären Verpflichtungen stehen, sehe sie für sich als Ministerin »eine Bringschuld«.

Ein Enddatum würde Schröder ihrer politischen Laufbahn nicht öffentlich setzen, weil sie weiß, dass das gegen sie verwendet würde. Aber ein Leben lang Politikerin zu sein, kann auch sie sich nicht vorstellen. »Die Anforderungen an Politiker werden immer heftiger«, sagt Schröder, und viele ihrer Kollegen empfinden es ähnlich. Die Schnelligkeit, mit der man reagieren müsse, sei »Lichtjahre« von früheren Verhältnissen entfernt. Gleichzeitig steigen die Anforderungen, die Familie und Partner stellen – die Modernisierung der Gesellschaft macht auch vor ihren Volksvertretern nicht halt. Die Politiker werden weicher – man könnte auch sagen: normaler –, während die Politik immer härter wird.

Familienfeindlich seien andere Jobs auch, darauf legt Kristina Schröder Wert. In Spitzenjobs der Wirtschaft habe man es auch schwer. Nur schaut bei denen nicht die ganze Republik zu. Kristina Schröder hat sich auf das Gespräch vorbereitet, sie hat überlegt, was sie sagen wird, wenn die Frage kommt: Kann eine Kanzlerin Mutter werden? Von Amts wegen müsste sie sagen: Natürlich! Denn moderne Frauen, das muss sie als Ministerin sagen, können alles. Wenn sie ehrlich ist, weiß sie: Nein, das würde wohl nicht gehen. Aber das wäre auch so ein Satz, den die Gegner schnell gegen einen verwenden können. »Meistens«, sagt Schröder mit einem feinen Lächeln, »wird man in Deutschland unter 50 Jahren ja ohnehin eher nicht Kanzlerin.«

Miriam Meckel war Staatssekretärin in Nordrhein-Westfalen, heute ist sie Professorin an der Universität in St. Gallen, sie hat ein Buch geschrieben, das vom Burn-out handelt. In der Politik hat Meckel Menschen gesehen, die in einem »Zwangssystem aus Terminen, noch mehr Terminen, immer mehr Entscheidungen und auch einer Menge Alkohol im Grunde bedauernswerte Existenzen führten«. Ein gutes Vorbild für die Gesellschaft sei das nicht, meint sie, und auch deshalb sei ein Satz wie der von Rösler gut. »Es ist wichtig, dass Menschen sagen, ich bin nicht Instrument eines Systems.« Wie es ist, Instrument eines Systems zu sein, beschreibt Walter Kohl, der Sohn Helmut Kohls, in seinem Buch *Leben statt gelebt werden.* Es handelt vom Preis der Politik für die, die nicht gefragt wurden, ob sie einen solchen Preis zahlen wollten: die Familien und Angehörigen von Politikern. Einmal kommt das BKA und legt den Höchstpreis, der im Fall einer Entführung des kleinen Walter zu zahlen sei, in dessen Beisein auf fünf Millionen Mark fest.

Kaum einer der jüngeren Politiker mag sich so etwas vorstellen, kaum ein Partner sieht sich heute noch als stiller Dulder. Als in Berlin die Nachfolge von Guido Westerwelle ausgehandelt wurde, ließ sich Philipp Rösler telefonisch zuschalten, weil seine Frau Facharztprüfung hatte. Man kann sagen: Da ist einer der wichtigsten Politiker Deutschlands in der wichtigsten Stunde seiner Karriere nicht dabei. Man kann aber auch sagen: Was ist eine Partei-Intrige gegen eine Facharztprüfung? Einer wie Peer Steinbrück, der als Finanzminister einen der tragenden Jobs hatte und als harter Hund gilt, sagt: »Ich will lieber von Leuten regiert werden, die sich auch vorstellen könnten, wieder aufzuhören, als von machtversessenen Typen, die sich ausschließlich über eine politische Stellung definieren.«

Aber wo genau kippt die Work-Life-Balance in der Politik aus dem Politischen hinaus? Für Horst Seehofer sind bei allem Verständnis für mitentscheidende Ehegatten irgendwann die »Grenzen der Verantwortungslosigkeit erreicht«. »Wenn jemand beispielsweise Fraktionsvorsitzender ist, muss er auch bereit sein, andere Spitzenpositionen in der Politik zu übernehmen.« Nachdem Peter Ramsauer nicht Verteidigungsminister und Joachim Herrmann nicht Innenminister werden wollte, platzte Seehofer der Kragen; er befahl Hans-Peter Friedrich, gefälligst ein Amt im Kabinett anzutreten. »Es gibt heute ein anderes Rollenverständnis in der Familie, in der der Partner viel mehr Einfluss nimmt«, stellt Seehofer fest. Es sei eine neue Erfahrung, dass selbst etablierte Politiker nicht ohne Weiteres bereit seien, auf »gefahrengeneigte Posten« zu wechseln, »die nicht in die persönliche Lebensplanung passen oder in denen Unwägbarkeiten drohen«.

Horst Seehofer gilt vielen als Prototyp des Machtpolitikers, als Gegen-Rösler par excellence. Doch Seehofer ist einer der wenigen, die offen bekennen: »Für mich ist Politik ein Stück Sucht.« Zweimal hat er plötzlichen Machtverlust erfahren. 1998, als die Regierung Kohl abgewählt wurde, und 2004, als er im Streit um die Gesundheitspolitik als Fraktionsvize zurücktrat. Einmal stand Seehofer am Fenster, sah draußen keinen Fahrer mehr und keine Sicherheitsbeamten und merkte voller Schreck, dass er keine Befreiung empfand, sondern Angst und die bange Frage: Gibt es mich eigentlich noch?

Seehofer glaubt nicht an selbst gesetzte Verfallsdaten, er glaubt, dass man die Macht umarmen muss: »Ich würde jede Wette eingehen, dass Philipp Rösler nicht mit 45 aufhört, jedenfalls wenn nichts Unvorhergesehenes passiert.« Das Work-Life-Problem empfiehlt er auf traditionelle Weise zu lösen, nämlich dadurch, »dass er künftig die Termine für die Telefonkonferenzen bestimmt. Dann werden andere die Probleme haben.«

Bloß nicht wie Kohl werden oder wie Westerwelle, denken viele

Bloß nicht wie Kohl werden oder wie Westerwelle, denken viele und meinen: keine Maske, kein Gefangener der Macht. Und nichts wünscht sich das Publikum mehr als Politiker, die »authentisch« sind, »menschlich«, Politiker, die mitten im Leben stehen, Familie haben, immer für ihre Kinder da sind, aber natürlich jederzeit in der Lage, Staatskrisen abzuwenden. Es ist einer von vielen Widersprüchen, mit denen Politiker umgehen müssen. »Die Menschen haben ein realistisches Gespür dafür. Wenn einer Kanzler ist und Kinder hat, dann sind das arme Kinder«, sagt Thomas Steg, ehemaliger Regierungssprecher. Denn was wollen die Bürger im Zweifel lieber: dass ihr Kanzler nachts am Schreibtisch sitzt oder am Kinderbett?

Die Röslers suchen jetzt eine große Wohnung in Berlin-Mitte, probehalber, ein Umzug sei das noch nicht. Rösler sagt, er mache sich keine Gedanken, ob er seinen Satz zurücknehmen müsse eines Tages. Darum gehe es ja: keine Ausrede zu finden, warum man inzwischen unabkömmlich sei, wie es so schön heißt.

Gerhart Baum ist seit Jahren nicht mehr Politiker, er ist wieder Rechtsanwalt, allerdings ein politischer. Er vertrat sowjetische Zwangsarbeiter und verklagte die Telekom wegen ihrer Datenskandale. Zurzeit ärgert er sich über die Jungen in seiner Partei. Nicht weil sie nicht hart genug seien, sondern weil sie die Politik nicht verstanden hätten. »Falsche Loyalität darf es in der Politik nicht geben«, sagt Baum. Falsche Loyalität sei es zum Beispiel, die private Kategorie der Dankbarkeit ins Politische zu übertragen und Guido Westerwelle nicht zu stürzen.

Er wünscht all den jungen Politikern, dass ihnen das alles gelingt: ehrlich bleiben, sich selbst treu, der Familie gerecht werden und den Wählern. »Ich habe es nicht geschafft«, sagt er. »Wenn Sie in die Politik gehen, werden Sie verführt. Sie entfremden sich Ihrem privaten Bereich, und wenn der private Bereich dann auch noch Schwierigkeiten macht, dann umso mehr, dann flüchten Sie.« Was verführt einen? »Die Möglichkeit, Entscheidungen zu fällen, interessante Menschen zu treffen, die Chance, die in all dem liegt.«

Das Gefährliche an der Politik, sagt Baum, das sei ja nicht das Hässliche, Abstoßende. »Das Gefährliche ist das Anziehende daran.«

»Am Ende gewinne ich«

Führungschaos, Euro-Skepsis, Atomausstieg: Wie Philipp Rösler die zerrüttete FDP erneuern will

Foto (Ausschnitt): Anatol Kotte für DIE ZEIT

DIE ZEIT: Herr Rösler, mit Ihnen an der Spitze wollte die FDP attraktiver und sympathischer werden. Finden Sie, dass das mit dem Personalgerangel der vergangenen Tage gelungen ist?

Philipp Rösler: Wir wollen vor allem wieder erfolgreicher werden. Ich will, dass unser Parteitag am Wochenende ein Neuanfang wird. Und ich wollte nicht, dass wir schon am Montag danach statt über den Euro oder die Energiewende über die Besetzung der Fraktionsführung reden. Der beste Weg, die Diskussion zu beenden, war eine schnelle Entscheidung.

ZEIT: Sie werden Wirtschaftsminister, Rainer Brüderle wird Fraktionsvorsitzender. Sie wollen die Partei programmatisch verbreitern, Brüderle fordert eine Konzentration auf die Kernthemen der Liberalen, Freiheit und Wirtschaftskompetenz. Kann das funktionieren?

Rösler: Wenn es diesen Gegensatz gäbe, wäre das schwierig. Ich halte Wirtschaftskompetenz nicht für weniger wichtig, als Rainer Brüderle es tut. Sonst wäre ich auch falsch in meinem künftigen Ministerium. Wir geben unseren Markenkern nicht auf, im Gegenteil – es ist ein Signal, wenn der Parteichef gleichzeitig das Wirtschaftsministerium führt.

ZEIT: Bisher haben viele Ihnen die nötige Härte für ein Spitzenamt nicht zugetraut. Haben wir gerade eine Häutung zum Machtpolitiker erlebt?

Rösler: Sie haben erlebt, dass wir auch schwierige Entscheidungen anders fällen als andere Parteien. Zwischen Birgit Homburger und mir wird menschlich nichts Negatives zurückbleiben. Das Gleiche gilt für Guido Westerwelle und Rainer Brüderle.

ZEIT: Wird es mit Ihnen an der Spitze mehr oder weniger Konflikte in der Koalition geben? Ihre Partei wünscht sich beides: weniger Streit und dass die FDP sich häufiger durchsetzt.

Rösler: Mit den Inhalten ist es nicht anders als mit dem Personal: Wenn Sie etwas für sich als wichtig entschieden haben, müssen Sie es auch durchsetzen. Aber für das Ansehen der Regierung ist nicht nur wichtig, welche Inhalte wir vorantreiben, sondern auch, wie wir miteinander umgehen. Da sind viele Menschen enttäuscht – leider wird dieser Frust vor allem bei uns abgeladen.

ZEIT: Sie wollen einen anderen Umgang mit Frau Merkel pflegen als Guido Westerwelle?

Rösler: Das ist eine Selbstverständlichkeit, weil Menschen nun mal unterschiedlich sind. Ich bin zuversichtlich, weil ich glaube, dass Frau Merkel und ich grundsätzlich ähnliche Typen sind.

ZEIT: Inwiefern?

Rösler: Ohne mich auf eine Ebene mit der Kanzlerin stellen zu wollen: Frau Merkel sieht sich Dinge ruhig an, wartet ab, lässt sich nicht irritieren von äußeren Einflüssen und Kommentaren – und am Ende kommt oft das heraus, was sie sich wünscht.

ZEIT: Die FDP hingegen verliert, und im Herbst wird in drei Bundesländern gewählt. Wie kommt Ihre Partei aus dem Vier-Prozent-Loch?

Rösler: Indem ich mich als Bundespolitiker bei den anstehenden wichtigen Entscheidungen über den Euro, die Bundeswehr oder die Energiewende nicht von Wahlterminen in den Ländern beeindrucken lasse. Das war ein Fehler, den wir zu Beginn der Legislaturperiode gemacht haben. Übrigens hat es auch nicht funktioniert.

ZEIT: Mit welcher Bilanz soll die FDP 2013 um Wiederwahl werben?

Rösler: Auch da gilt, dass Sie nur verkrampfen, wenn Sie ständig an den Wahltag denken. Wenn die FDP gute Regierungsarbeit macht, wird sie 2013 gewählt. Es ist jetzt die Aufgabe der FDP, und so wird es unter meiner Führung sein, für die nötige Gelassenheit innerhalb der Regierung zu sorgen. Nehmen Sie die Energiewende: Da ist man sehr hektisch von einem Extrem ins andere umgeschwenkt. Das muss anders werden.

ZEIT: Sie reden viel über Stilfragen, über Glaubwürdigkeit, Gelassenheit. Gibt es kein großes Projekt, das Sie als FDP-Chef vorantreiben wollen?

Rösler: Glaubwürdigkeit gewinnt man nicht dadurch zurück, dass man alte, bekannte Forderungen ständig wiederholt, möglichst noch etwas lauter als bisher, sondern durch Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Entschlossenheit in der Sache. Deswegen, richtige Feststellung, kündige ich jetzt nicht groß an, was wir Tolles machen werden.

ZEIT: Sie wollen also immer noch die Steuern senken, reden aber weniger darüber?

Rösler: Wenn die Wirtschaft weiter so gut läuft, gibt es dafür zumindest mehr Spielräume.

ZEIT: Sie haben der FDP mal in einem Essay empfohlen, den Begriff der Heimat zu entdecken. Ist Europa für Sie Heimat?

Rösler: Heimat – da denke ich an die Region, in der ich aufgewachsen bin. Und insgesamt glaube ich, dass meine Generation zu Europa leider ein weniger emotionales, eher intellektuelles Verhältnis hat als diejenigen, die noch das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt haben.

ZEIT: Wir wüssten gern, warum ausgerechnet zur FDP, einer Partei mit großer außenpolitischer Tradition, heute so viele Euro-Skeptiker gehören.

Rösler: Meine Erklärung ist, dass beides zusammenhängt: Wenn diejenigen, die kritisch über europäische Bürokratie oder mangelnde Transparenz sprechen, immer wieder hören: Bitte nicht, du darfst nicht die europäische Idee gefährden, wenn Kritiker also reflexhaft in die europafeindliche Ecke gestellt werden, führt das zu Gegenreaktionen. Es wird meine Aufgabe sein, sachliche Kritik aufzugreifen und zu zeigen, wo sich Europa ändern muss.

ZEIT: Was wollen Sie am geplanten Euro-Rettungspaket ändern?

Rösler: Erstens brauchen wir harte Auflagen, etwa für die Haushaltskonsolidierung, damit klar ist, dass es sich bei allen Hilfen nur um Maßnahmen zur Überbrückung von Schwierigkeiten handelt, nicht um Dauerlösungen. Zweitens sind Sanktionsmaßnahmen erforderlich für Länder, die sich nicht an die Vereinbarungen halten. Drittens muss das Parlament bei jeder Rettungsaktion mitentscheiden. Das ist mir besonders wichtig. Wenn Sie mehr Akzeptanz für Europa wollen, müssen Sie neben den Regierungen auch die Abgeordneten beteiligen.

ZEIT: Die FDP steht für große außenpolitische Grundsatzentscheidungen. Verpflichtet das einen jungen Parteichef wie Sie?

Rösler: Zur Zeit des Kalten Krieges war das erste Ziel, Stabilität und Frieden zu erhalten, dafür steht die Generation von Hans-Dietrich Genscher. Das hat sich verschoben. Es gibt keine Ost-West-Auseinandersetzung mehr, keine Blockkonfrontation. Deutsche Interessen zu vertreten bedeutet heute auch, Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen.

ZEIT: Wie lässt sich der Schaden beheben, der durch den deutschen Alleingang in der Libyen-Frage entstanden ist?

Rösler: Ich halte die Entscheidung für richtig, keine deutschen Soldaten in einen Auslandseinsatz nach Libyen zu schicken. Aber wir dürfen niemals einen Zweifel an unserer Bündnistreue auch nur aufkommen lassen.

ZEIT: Haben Sie sich gefreut über den Tod von bin Laden, wie die Kanzlerin?

Rösler: Ich habe großes Verständnis dafür, dass sich viele Menschen erlöst fühlen. Osama bin Laden war ein Terrorist, verantwortlich für den Tod Tausender. Als Mitglied des Zentralkomitees Deutscher Katholiken habe ich mich allerdings stets sehr stark engagiert gegen die Todesstrafe.

ZEIT: Und was war Ihr erster Gedanke?

Rösler: Stimmt das wirklich? Der zweite: Wie war das, was ist da passiert? Ich war einfach neugierig.

ZEIT: Sind Sie patriotisch?

Rösler: Definitiv ja.

ZEIT: Hier steht aber keine Fahne.

Rösler: Nein, aus Platzgründen. Wir haben einen offiziellen Saal, da stehen die Deutschlandfahne und die Europafahne.

ZEIT: Was ist cool an Deutschland?

Rösler: Der Begriff patriotisch wirkt ja ein wenig pathetisch, und cool passt irgendwie nicht. Deutschland ist meine Heimat, hier bin ich groß geworden. Diesem Land habe ich nicht nur viel, sondern alles zu verdanken. Deutschland bietet allen Menschen alle Chancen. Eine ostdeutsche Frau ist hier Bundeskanzlerin geworden, ein in Vietnam geborenes Adoptivkind wird jetzt ihr Stellvertreter. Nirgends kann man den Amerikanischen Traum besser leben als in Deutschland.

ZEIT: Wie hat Ihre Herkunft Ihren Blick auf Deutschland geprägt?

Rösler: Meine Dankbarkeit macht es mir leichter, das Positive zu sehen. Dass das ein großartiges Land ist, das spüre ich jeden Tag, auch jedes Mal, wenn ich zum Reichstag fahre und die große schwarz-rot-goldene Fahne da oben sehe.

ZEIT: Zwanzig Prozent sind gegen einen schnellen Atomausstieg. Sind das nicht Ihre Wähler?

Rösler: Beim Atomausstieg müssen wir die Partei der Vernunft sein. Und dazu gehört, dass wir an die Jahreszahlen, die aktuell diskutiert werden, Preisschilder hängen. Was kostet der Ausstieg 2020, 2030, 2040? Wenn sich andere überbieten bei den Ausstiegsdaten, wollen wir ein realistisches Ausstiegsszenario anbieten, das Sicherheitsaspekte, Kosten und Versorgungssicherheit berücksichtigt. Christian Lindner und ich sind uns vollkommen einig, dass dieses Projekt vergleichbar ist mit der Mondlandung.

ZEIT: Der Preis ist der FDP also wichtiger als ein möglichst schneller Ausstieg?

Rösler: Nein. Bisher haben wir aber zu Recht primär über die Sicherheit der Kernkraftwerke diskutiert. Eine vernünftige Partei, also die FDP, muss dafür sorgen, dass auch über den Preis des Ausstiegs geredet wird. Das werden wir tun. Die Balance muss stimmen in dieser Debatte.

ZEIT: Sie sind demnächst Wirtschaftsminister. Sehen Sie in der Energiewende eher eine Belastung für die Wirtschaft wegen der steigenden Preise oder eher eine Chance zur Erneuerung?

Rösler: Da man keine Wahl hat, muss man Optimist sein. Ich sehe die Energiewende daher als Chance für Deutschland. Sie wird einen Innovationsschub auslösen. Mein Ziel als Wirtschaftsminister muss es sein, in Deutschland produzierte Windanlagen überall in der Welt anzutreffen. Vielleicht gelingt es der deutschen Industrie jetzt sogar, eine Kaffeemaschine zu entwickeln, deren Heizplatte man abschalten kann, ohne dass man erst zehn Menüpunkte auf einem Display durchblättern muss. Das wäre ein Renner.

ZEIT: Bei der Katastrophe von Tschernobyl waren Sie 13 Jahre alt. Wie haben Sie diese Tage erlebt?

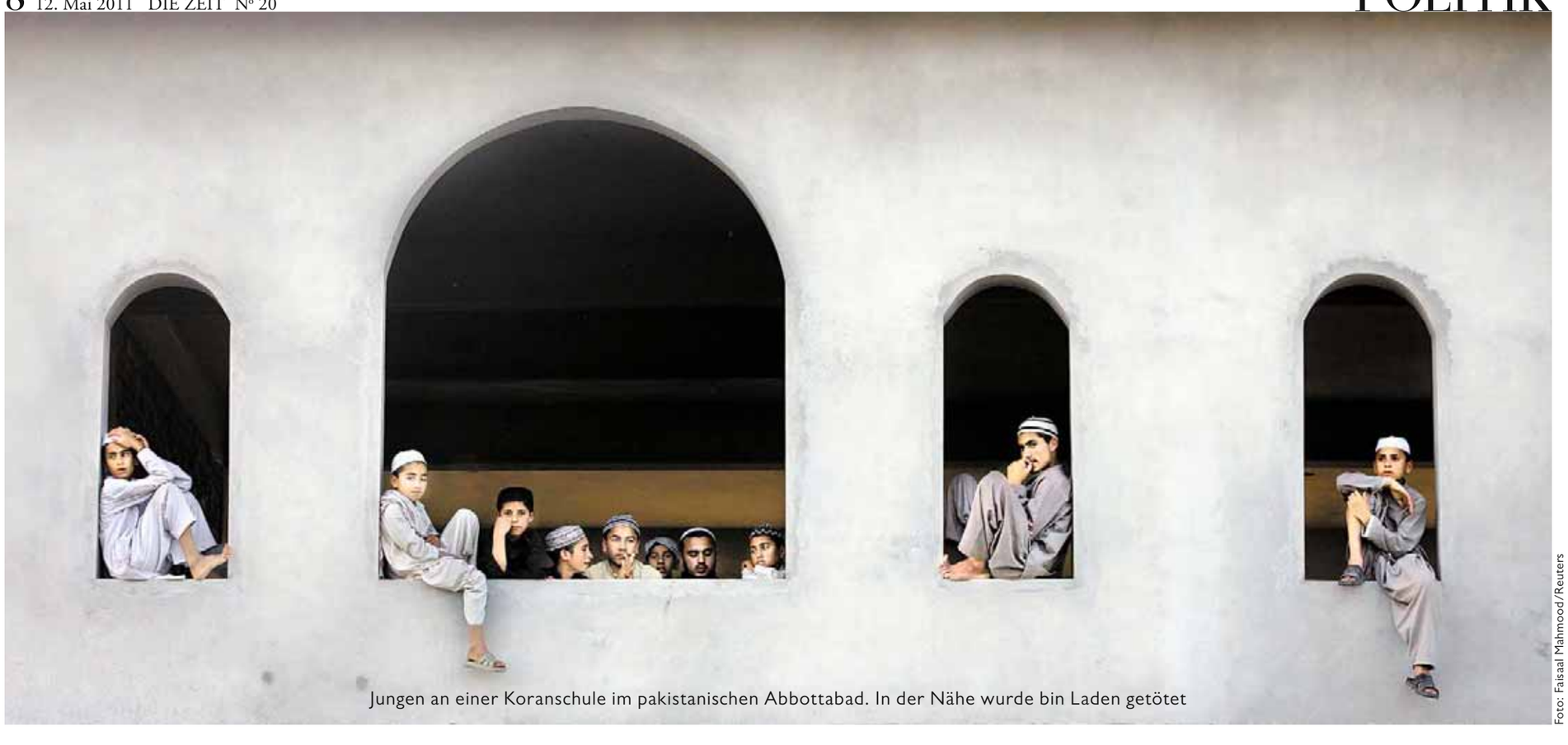
Rösler: Wir durften nicht rausgehen zum Sportunterricht. Und neulich habe ich das erste Mal seit 25 Jahren frischen Rhabarber gegessen. Meine Oma hatte ihn immer in ihrem Garten in Hamburg-Harburg, damals hieß es aber, Rhabarber dürfe man wegen der radioaktiven Verseuchung auf gar keinen Fall essen. Trotzdem habe ich später zu denen gehört, die Atomkraft für eine akzeptable, beherrschbare Technologie hielten. Mit Fukushima hat sich das auch für mich geändert, weil ein Ereignis, das angeblich nur einmal in 100 000 Jahren eintritt, plötzlich Realität wurde – und das im Hochtechnologieland Japan. Die Welt ist schöner, wenn man immer Rhabarber essen darf.

Das Gespräche führten PETER DAUSEND und ELISABETH NIEJAHR

FDP: Berichte vom Parteitag auf ZEIT ONLINE
www.zeit.de/FDP

Der Neue

1973 geboren in Vietnam, adoptiert von einem Ehepaar in Norddeutschland
1992–1999 Sanitätsoffizier und Medizinstudium bei der Bundeswehr
2000–2009 FDP-Generalsekretär, Landesvorsitzender und, mit 36, jüngster Wirtschaftsminister in Niedersachsen
2008 In einem Thesenpapier (»Was uns fehlt«) kritisiert er die Bundespartei. Ihr »ordoliberaler Kurs« gehe »an den Menschen vorbei«. In der Wirtschaftskrise müsse die FDP sich deutlicher zu Werten wie Solidarität bekennen
2009 Bundesgesundheitsminister, Vorbereitung der Krankenkassenreform
2011 Kandidat für den Parteivorsitz
Hobby: Bauchredner



Jungen an einer Koranschule im pakistanischen Abbottabad. In der Nähe wurde bin Laden getötet

Foto: Faisaal Mahmood/Reuters

Der Sieg wird unser sein

Von Osama bin Ladens Tod lassen sich die Islamisten nicht beirren. Sie wittern ihre Chance. Eine Reise durch Pakistan VON GEORG BLUME

Peschawar/Lahore/Islamabad

Der Tod Osama bin Ladens, der Krieg um Libyen, die Revolutionen in Ägypten und Tunesien – weshalb die Aufregung? Der Weg, sagt Mohammed Ibrahim, ist klar, das Ziel auch. Nur keine Eile. Nur nicht drängen lassen von den Ereignissen.

Ibrahim ist der politische Kopf der größten islamischen Partei in Pakistan, Dschama'at al-Islamija. Er war Senator im pakistanischen Oberhaus, er war Provinzpräsident, noch immer ist er ein Mann mit viel Einfluss in Peschawar. Kaum einer in seiner Partei hat so viel Regierungs- und Amtserfahrung wie er. Ibrahim ist ständiger Gast der pakistanischen Talkshows. Würden die Islamisten in Pakistan die nächste Wahl gewinnen: Ibrahim würde Regierungssprecher oder Außenminister werden. »Ist es nicht denkbar, dass die USA heute nur deshalb ein Osama-Drama aufführen, weil sie ihre peinliche Niederlage in Afghanistan kaschieren und uns glauben machen wollen, Osama sei tot?«, fragt er seelenruhig am Telefon mit seiner leisen, aber betonten Predigerstimme. Kein Wort davon, ob Pakistan Osama bin Laden all die Jahre geschützt hat.

Ibrahim glaubt, dass die Revolutionen ein Kampf für islamische Ideen sind

Ibrahim sieht aus wie ein Weiser aus dem Morgenland: langer weißer Bart, ruhiger klarer Blick, vornehme beige Kleider. Kurz bevor die Nachricht vom Tod bin Ladens eintraf, hatte er in das nordwestpakistanische Peschawar eingeladen. Eine ungewöhnliche Reise, denn seit Monaten dürfen westliche Journalisten nicht nach Peschawar. Zu gefährlich. Wir können in keinem Hotel übernachten, da extremistische Gruppen einen Anschlag auf Ausländer planen könnten. Jede Nacht schlafen wir woanders, meistens in irgendeinem Büro. Tagsüber fährt uns ein Taxi, die Scheiben sind verdunkelt. Aber Ibrahim will endlich reden, worüber die Islamisten bisher geschwiegen haben: über sein Land, über Tunesien, Ägypten, über die Hoffnungen, die seine islamistische Partei hegt, seit der arabische Frühling herrscht. Ibrahim sieht darin die Chance für eine Wende. Keine demokratische, sondern eine islamische.

Den Ort für das Treffen wählt er mit Bedacht. Er lässt zwei Stühle aus seinem Büro bringen, das in einem neu gebauten Moschee-Komplex mit islamischer Schule liegt. Er stellt die Stühle in die Sonne auf den grünen Rasen, im Westen erheben sich die Berge um den Khyber-Pass nach Afghanistan, im Osten strahlt die weiße Moschee vor blauem Himmel. Bald tönen Kinderstimmen aus der Schule herüber. Genau das will Ibrahim zeigen – seine heile islamische Welt. Unter den Mullahs herrscht nicht nur Chaos. Und wenn, dann sind andere dafür verantwortlich. »Die wirkliche Gefahr für uns ist der sogenannte Krieg gegen den Terror, den die USA führen«, sagt Ibrahim. »Wenn unsere Führer es wagen würden, sich von diesem Krieg zu distanzieren, wären die Taliban und al-Qaida keine Bedrohung mehr für uns.«

Über Jahrzehnte konnten die säkularen Regierungen in Islamabad derartige Äußerungen aus dem Lager des Islamisten ignorieren. Zwar gründet Ibrahims Partei Dschama'at al-Islamija auf einer über hundert Jahre alten, in der Geistlichkeit tief verwurzelten antikolonialen Bewegung. Doch politisch bedeutsam wurde sie erst, als sie vor acht Jahren die Wahlen in der Nordwestprovinz gewann. Ibrahim gilt als Architekt dieses Wahlsiegs. Fünf Jahre lang erlebte seine Partei, was es heißt, zu regieren. Dann verlor sie die Wahlen. Dennoch: Die politischen Islamisten hatten gelernt, wie man auf demokratischem Weg die Macht erobert. Ibrahims Partei ist heute in modernen Wahlkampftaktiken erprobt. Und obwohl ihre radikalsten Anhänger dieser Tage Bin-Laden-Porträts auf den Straßen schwenken, hat sie sich im öffentlichen Meinungsbild erfolgreich von al-Qaida abgegrenzt. Seither wird sie auch in der Hauptstadt Islamabad ernst genommen.

Jeder, der Ibrahim trifft, erhält seine politische Bibel: eine Schrift des bedeutendsten Theoretikers von Dschama'at al-Islamija aus den dreißiger Jahren. Das Büchlein ist kein Appell, zu den Waffen zu greifen. Aber es ruft zum Kampf gegen die Ungläubigen auf. Es fordert die strenge Wahrung der islamischen Gesetze, der Scharia. Es neigt zur Intoleranz gegenüber Andersgläubigen. Ibrahim muss sich mit diesem Büchlein nicht verstecken. Es zählt heute zu den weltweit meistverbreiteten islamischen Schriften. Nicht zufällig stammt es aus Pakistan: Operativ war das Land für die islamistische Bewegung bedeutungslos, ideologisch aber umso einflussreicher.

Für Ibrahim ist die Demokratie nicht Ziel, sondern Mittel zum Zweck eines islamischen Staates – wie die arabischen Revolutionen. Er, ein früherer Universitätsprofessor, hat jedes betroffene Land genau studiert. Besonders bedauert er die Lage in Syrien: kein Licht am Ende des Tunnels. Und ein allzu weltlicher Präsident an der Macht. »Die arabischen Völker kämpfen gegen ihre Despoten. Ihre Geduld ist aufgebraucht. Alle Räder stehen still.« Für Ibrahim geht die Geschichte weiter. Weil er in einer Demokratie lebe, die ihre Despoten abgeschüttelt hat, komme es nun zum entscheidenden Kampf – dem zwischen den USA und der islamischen Welt. »Die USA haben Verbindungen mit allen Despoten der Region. Deshalb fürchten sie jetzt, dass islamische Bewegungen die Herrschaft

in den arabischen Ländern erringen. Ich aber zweifele daran nicht. Ich habe volles Vertrauen in die Massen der Muslime. Sie werden die USA und ihre Ideen besiegen und das heutige politische Vakuum füllen – sofern man sie frei wählen lässt«, sagt Ibrahim. Es ist sein Vereinnahmungsversuch. Westliche Intellektuelle betonen, der Zorn Arabiens richte sich nicht gegen die USA, sondern gegen die eigenen Herrscher und sei deshalb ein Votum für die westliche Demokratie. Ibrahim dagegen glaubt, dass die Revolutionen ein Kampf für die islamischen Ideen sind.

Ibrahim schaukelt mit seinem Stuhl auf dem Rasen und schaut in den Himmel. »Ich sehe keine Notwendigkeit, auf die Straße zu gehen. Wir können friedlich entscheiden. In zwei Jahren haben wir Wahlen«, sagt er. Nur keine Eile. Nichts überstürzen.

Wo immer man in Pakistan heute hinhört – alle liberalen Kräfte betonen, wie abgewirtschaftet die alte demokratische Elite, wie sehr das Militär von Islamisten unterwandert sei und wie sich letztlich das ganze Land Schritt für Schritt, mit großer Beständigkeit seit über 20 Jahren dem islamischen Glauben zuwende. Und zwar nicht dem moderaten, sondern dem strengen, sogar radikalen Islam, der keinen anderen Glauben neben sich duldet.

Lahore zum Beispiel, acht Millionen Einwohner, alte Mogul- und Kolonialpracht, einst Vorzeigestadt Pakistans, die lange abseits von Gewalt und Terrorismus lag. Aber in den vergangenen Jahren gab es immer wieder brutale Anschläge. Nach und nach ist die Stimmung gekippt – wann, das weiß niemand mehr so genau. Die vielen liberalen Intellektuellen der Stadt, die einst Lahores Ruf als Kulturhauptstadt Pakistans begründeten, haben Angst. Frauen verschleiern sich und schicken die eigenen Kinder auf die strengsten Koranschulen. Wer den islamischen Gesetzen öffentlich widerspreche, müsse um sein Leben fürchten, klagt eine Frau, die bei einer Stiftung arbeitet. Kürzlich sind zwei Politiker ermordet worden, die sich gegen das strenge Blasphemie-Gesetz des Landes ausgesprochen hatten. Die Empörung war schwach. Dagegen rief die Erschießung bin Ladens durch die US-Streitkräfte deutlich mehr öffentliche Kritik hervor.

»Pakistan ist der zukünftige Staat al-Qaidas. Die Gefahr eines Atomstaats in Terroristenhand steht hier unmittelbar vor der Tür«, warnt der international bekannte Autor und Journalist Khalid Ahmed. Ahmed hat Angst vor Anschlägen. Er leitet eine Journalistenschule in Lahore, politisch hält er sich zurück. Doch er reist immer noch viel in der Region. »Die Demokratie, die sich der Westen wünscht, wird nicht kommen«, sagt er. »Sogar auf dem Tahrir-Platz in Kairo warfen sich alle auf die Knie und beteten. Es war angsterregend. Sehr bald werden die Bewegungen in den arabischen Ländern islamistische Züge bekommen.«

Im Gegensatz zu westlichen Beobachtern, die glauben, die arabischen Revolutionen stünden für Modernisierung und Säkularisierung, spricht Ahmed aus pakistanischer Erfahrung. Für ihn schreitet mit Revolution und Instabilität in der Region nur die »Talibanisierung der Köpfe« voran.

Längst ist die Ideologie der Islamisten in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Angesehene Männer wie der frühere ranghöchste Richter am Obersten Gerichtshof von Lahore klingen wie Islamisten. Sie sprechen davon, dass ausländische Mächte für Terror und Gewalt in Pakistan verantwortlich seien, dass die USA und auch Deutschland kein Recht auf Intervention in der Region hätten. Das ist einer der größten Erfolge der Islamisten: Sie haben die Grenze zwischen radikalen und gemäßigten Muslimen verschwimmen lassen. So sehr, dass selbst radikalste Koranprediger in Pakistan salonfähig geworden sind.

»Der Heilige Krieg wird nicht durch den Tod einer Person geschwächt«

Es ist ein warmer Tag, als Maulana Abdul Aziz aus der Hauptstadt Islamabad in ein kleines Dorf aufbricht, um den Bau einer Mädchen-Koranschule zu besichtigen. Er wird begleitet von vier bewaffneten Männern mit AK-47-Gewehren. Aziz ist Vorsteher der Roten Moschee. Er trägt eine weiße Kutte und einen schwarzen Turban, er lächelt. Als ihn später die Nachricht von bin Ladens Tod erreicht, sagt er, dass er die islamische Sache nicht in Gefahr sehe. »Es muss heute Tausende geben, die bereit sind, Osamas Platz einzunehmen. Der Heilige Krieg kann nicht durch den Tod einer Person geschwächt werden.«

Aziz entstammt einer berühmten Predigerfamilie, seit 1965 führt sie die Rote Moschee, ein Gotteshaus mitten im Regierungsbezirk der Hauptstadt. Ein kompakter roter Backsteinbau mit roten Mosaikfenstern, in dem vor wenigen Jahren eine spektakuläre Geiselnahme der Taliban endete. Militärs hatten die Moschee gestürmt, es gab zahlreiche Tote. Aziz und seine Predigerfamilie aber unterstützten die Geiselnahme. Bestraft wurden sie dafür nie. Seitdem gilt die Moschee als Hochburg der radikalislamischen Bewegung. Und neuerdings als Ort der Hoffnung.

Aziz' Neffe kommt, ein junger Mann mit Brille und brauner Predigerkappe. Er führt durch die Moschee. Überall liegen rote Teppiche aus, er zeigt auf kunstvolle Deckenmalereien und lässt sich vor einer Bücherwand in seinem Büro nieder. »Im Augenblick herrscht in der islamischen Welt Aufruhr«, sagt er. »Aber der Wandel hat gerade erst begonnen. In fünf bis zehn Jahren wird er dauerhaft sein. Bis dahin wird eine neue Generation der islamischen Bewegung an seiner Spitze stehen. Dafür müssen wir jetzt schon hart arbeiten.« Er ist erst 35 Jahre alt und Imam, ein Prediger wie sein Onkel. Er ist sich sicher, dass seine Stunde noch kommen wird. Dass die Geschichte ihm noch recht geben wird. Bald schon, nur keine Eile.

»Ich fühle mich umzingelt«

Das syrische Regime verhaftet wahllos Menschen und kappt das Internet. Wie lebt es sich dort jetzt? VON RAZAN ZEITOUNEH

Am vergangenen Freitag um 15 Uhr habe ich in meinem Versteck noch ein Stück Freiheit verloren: Das Regime hat die Internetverbindung über unseren Provider und vorübergehend auch die Einwahl übers Telefon gesperrt. Seither habe ich kaum noch Verbindung zur Außenwelt. Seit Tagen habe ich mit keinem Menschen mehr gesprochen, weil ich mich nicht mehr bei Skype einwählen kann. Mein Mobiltelefon hat die Regierung schon vor Wochen gesperrt, eine neue Sim-Karte auf meinen Namen zu besorgen wäre zu riskant. Und alle Freunde, die mir auf ihren Namen eine kaufen könnten, sind entweder verhaftet oder werden gesucht.

Online-Chats – wenn denn die Telefoneinwahl funktioniert – sind jetzt meine Nabelschnur zur Welt, Buchstabe für Buchstabe morse ich meine Nachrichten nach draußen, im Telegrammstil laufen die Meldungen von außen bei mir ein. Zwölfjähriger Junge bei Protesten in Homs getötet. Mehr als 250 Menschen in Banyas verhaftet. Strom und Internet in vielen Vierteln von Homs unterbrochen.

Die Isolation schlägt mir aufs Gemüt. Ich esse kaum, rauche viel zu viel. Wenn ich fernsehe, wird es noch schlimmer: Das syrische Staatsfernsehen zeigt stundenlang falsche Geständnisse von angeblichen Terroristen – deren Familien sich dann wenig später bei uns Aktivisten melden und uns erzählen, dass nichts davon stimme und die Geständnisse allesamt unter Folter erzwungen worden seien. Die Waffen, die angeblich bei diesen »Terroristen« gefunden wurden? Lachhaft! Wenn ich die Bilder sehe, weiß ich genau, dass die Sicherheitskräfte ihre eigenen Bestände vorführen. Wer sonst hat denn in Syrien solche Waffen? Die Demonstranten jedenfalls nicht.

RAZAN ZEITOUNEH lebte in der Hauptstadt Damaskus, bevor sie im März untertauchte aus Furcht vor Verhaftung. Die Anwältin wird auch in den kommenden Wochen berichten, was ihr als Dissidentin widerfährt

Natürlich sehe ich auch die Berichte über die getöteten Sicherheitskräfte, die Bilder misshandelter Körper. Aber ich glaube einfach nicht, dass dies das Werk der Protestierenden ist. Immer wieder hören wir von Familien getöteter Soldaten, diese seien erschossen worden, weil sie sich geweigert hätten, auf Demonstranten zu schießen. Beweisen können wir es nicht, und das Regime sendet fleißig seine Propaganda. Es wundert mich aber, dass es damit offenbar einen gewissen Erfolg haben und Skepsis an den Motiven unserer Bewegung säen kann. Die Welt sollte doch inzwischen wissen, wozu dieses Regime fähig ist.

Fotos: Reuters

Steine gegen einen Panzer: Von den Protesten gibt es keine Fotos, nur solche Internet-Videos

Immer wieder erwischen wir es bei Lügen: Vergangene Woche zum Beispiel traten zwei Männer im Fernsehen auf, die als Fahrer im Grenzverkehr zwischen Libanon und Syrien arbeiten. Sie wurden an der Grenze ohne ersichtlichen Grund festgenommen; zwei weitere Fahrer, die sich weigerten mitzukommen, wurden erschossen, und am nächsten Tag behaupteten die beiden anderen Männer im Fernsehen, diese zwei seien Terroristen gewesen. Wir haben die Namen der Erschossenen und wissen, dass diese Beschuldigung falsch ist.

Ich fühle mich regelrecht umzingelt. Vor ein paar Tagen haben Sicherheitskräfte ein Viertel in der Nähe durchkämmt. Oft nehmen sie einfach alle Männer eines Haushalts mit, die älter als 15 Jahre sind. Wenn der Gesuchte nicht angetroffen wird, nehmen sie gern auch ein anderes Familienmitglied als Geisel, so wie meinen Schwager. Von dem haben wir kein Lebenszeichen, seit Sicherheitskräfte am 30. April in unsere Wohnung eingedrungen sind und ihn mitnahmen, weil mein Mann und ich nicht da waren. Nicht ein Wort seither! Wir wissen nicht, wer ihn verhaftet hat, wo er festgehalten wird, wie es ihm geht oder ob sie ihn gefoltert haben, um unser Versteck zu finden (das er gar nicht kennt).

Bislang also keine guten Nachrichten diese Woche. Daraa wird immer noch belagert, und wir bekommen von dort praktisch keine Informationen mehr. Allenfalls ab und an ein paar Updates über Satellitentelefon, davon gibt es einige wenige in der Stadt. Im Moment sieht es aus, als würde das Regime mit seiner brutalen Unterdrückungsstrategie die Oberhand gewinnen. Trotzdem werden die Proteste weitergehen. Sie können uns verlangsamen, aber nicht stoppen.

Einen Lichtblick immerhin gab es diese Woche: Ich habe meinen Mann wiedergesehen. Er hat mich kurz in meinem Versteck besucht. Das war zwar riskant, aber das war es uns wert. Jetzt sind wir wieder jeder für sich, in derselben Stadt und doch wie aus der Welt. Nicht einmal telefonieren können wir im Augenblick. Nur kleine Textbotschaften wandern zwischen unseren Verstecken hin und her.

Aufgezeichnet von SUSANNE FISCHER

www.zeit.de/audio

Feuer für den Propheten

Ägypten nach Mubarak: Wer sind die radikalen Muslime, die Kirchen anzünden? VON MICHAEL THUMANN

Nach dem Regimesturz nun der Religionskonflikt? Die Angst geht um in Ägypten. Im Kairoer Arbeiterviertel Imbaba mussten sich koptische Christen am vergangenen Wochenende Attacken muslimischer Radikaler erwehren. In dieser furchtbaren Nacht brannten zwei Kirchen. Zwölf Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. Die Armee nahm 190 Randalierer fest und kündigte Militärgerichtsverfahren an. Zur Abschreckung. Doch die Fundamentalisten drohen wiederzukommen. Rollt nun die Welle des radikalen Islamismus an, vor der das alte Regime des gestürzten Herrschers Hosni Mubarak immer gewarnt hatte?

Längst bedrohen die Übergriffe von muslimischen Extremisten nicht mehr nur Christen. Säkulare Politiker sehen sich im Fernsehen und im Internet verleumdet. Schreine von ägyptischen Sufis, Anhängern eines mystischen Islams, werden beschädigt oder zerstört. Radikale schnitten einem Kopten in Qena ein Ohr ab, weil er seine Wohnung angeblich an Prostituierte vermietet hatte. Die Extremisten greifen Alkoholgeschäfte an. Medien berichten von Säureattacken auf unverschleierte Frauen.

Die Angreifer sind meist Salafisten. Sie berufen sich auf die Vorfahren (as-Salaf), bestehen auf dem, was sie für die Lebensformen der Prophetenzeit halten. Dabei huldigen sie oft erfundenen Traditionen, die sicherlich im Internet, aber nicht unbedingt für das 7. Jahrhundert stehen: ultralange Bärte, knöchelfreie Pluderhosen, Musikhass, Vollverschleierung. Salafisten gibt es heute in der gesamten islamischen Welt, jüngst brachten sie in Gaza einen italienischen Friedensaktivisten um. Dort liefern sie sich auch Gefechte mit der islamistischen Hamas. Salafisten konkurrieren von rechts mit den Muslimbrüdern, der mächtigsten islamistischen Bewegung im Nahen Osten. Viele salafistische Prediger in Ägypten wurden in Saudi-Arabien ausgebildet, prägten dann aber am Nil einen eigenen radikalen Stil. Wie viele Anhänger sie wirklich haben, weiß niemand genau. Der Lärm, den sie machen, dürfte ihre Bedeutung aber weit übertreffen.

Aufmerksamkeit im Westen erregen vor allem ihre Scharmützel mit Christen. Oft geht es dabei um Frauen, die angeblich zum Islam übergetreten sind. Irgendjemand streut dann etwa das Gerücht, diese Frauen würden von Christen festgehalten, damit sie keinen Muslim heiraten. So ging jedenfalls das Gassengerede am vergangenen Wochenende. Die Salafisten in Imbaba forderten die Herausgabe Kamiliya Shihatahs, der Frau eines koptischen Priesters. Kopten, hieß es, hielten sie gefangen, weil sie zum Islam übergetreten sei. Soweit das Gerücht.

Es half nicht, dass Shihatah mit ihrem Mann in einem christlichen Satellitensender beteuerte, nie übergetreten zu sein. Auf Twitter und Facebook wurde gemunkelt, die Sendung sei nachträglich gefälscht worden. Schon hatten die Salafisten wieder Munition.

Die bekommen sie übrigens auch von den Kopten frei Haus. Cornelis Hulsman, Leiter des ArabWestReport in Kairo und ein langjähriger Beobachter konfessioneller Beziehungen, wirft den Kopten »mangelnde Transparenz« vor. Die Kirche betreibe Geheimniskrämerei, wenn Frauen sich von ihren Männern trennen wollten. Scheidung ist verboten. Viele ultrakonservative Priester bestehen streng auf dieser Tradition. Mitunter wechseln christliche Frauen nur den Glauben, um endlich von ihrem Mann wegzukommen. Doch verbietet das koptische Bekenntnis den Übertritt zu einer anderen Religion – wie auch der Islam. In der hiesigen Kultur von »Ehre und Scham«, sagt Hulsman, werde so etwas sofort zur öffentlichen Angelegenheit. Dann stürmen die Salafisten dankbar die Bühne.

Warum Fundamentalisten gerade nach der Revolution vom Februar so schrill und sichtbar geworden sind, darüber kursieren in Ägypten zwei Lesarten. Viele Kopten sagen, dass nun die Islamisten überall Auftrieb gewönnen. Viele radikale Muslime seien aus den Gefängnissen entlassen worden. Im Verfassungsreferendum hätten Salafisten und Muslimbrüder Seite an Seite für die Annahme gekämpft, weil sie den Passus über den Koran als eine Hauptquelle der Gesetze erhalten sehen wollten. Das ist richtig und dennoch nur die halbe Wahrheit.

Die zweite Lesart unterscheidet stärker zwischen den oft unpolitischen Salafisten und den Muslimbrüdern, die derzeit eine eigene Partei gründen – und vielleicht gar mehrere. Die Muslimbrüder wurden vom alten Regime stark bekämpft, sie saßen im Gefängnis, ihre Medien wurden behindert und verboten.

Die Salafisten hingegen genossen erstaunliche Freiheiten. Nicht nur, dass ihre Prediger geduldet wurden, sie hatten unter Hosni Mubarak sogar Fernsehkanäle, welche die Massen mit hochangereicherter spiritueller Nahrung versorgten. Die Muslimbruderschaft konnte davon nur träumen. Ihr populärster Prediger, Jussuf al-Qaradawi, musste seine Botschaften aus dem fernen Qatar senden.

Deshalb sind viele Ägypter überzeugt, Anhänger des alten Regimes förderten die Salafisten, um ein Chaos zu säen, in dem die Menschen nach bewährter Ordnung riefen. Der Verdacht erhärtete sich, als voriges Wochenende vor der Koptenkirche ähnliche Schlägertrupps auftauchten wie schon im Februar auf dem Tahrir-Platz und früher bei Wahlkämpfen der inzwischen verbotenen Staatspartei.

Niemand hat dabei vergessen, dass der schlimmste Anschlag auf Kopten mit 21 Toten und 79 Verletzten am Neujahrstag dieses Jahres geschah. Damals saß Präsident Hosni Mubarak noch fest im Sattel.

ROBERTO SAVIANO: ITALIENISCHE LEKTIONEN, TEIL 6

Italien ist uns fremd geworden. Eine Serie zur Erklärung eines rätselhaften Landes

Warum versinkt Neapel im Müll?

Fotos: Laura Lezza/Getty Images; Franck Courtes/VU/laif

Wie von Geisterhand immer wieder da: Abfall auf den Straßen von Neapel

6 ITALIENISCHE LEKTIONEN

Neapels Probleme mit der Abfallentsorgung haben nichts damit zu tun, dass die Neapolitaner keine sauberen Menschen wären. Da gibt es ganz andere Gründe. Auf jeden Fall leiden die Neapolitaner unter der ständigen Wiederholung des Müllnotstandes, und sie leiden natürlich auch darunter, dass ihre Stadt als »Müllhauptstadt« geschmäht wird. Wenn der SSC Neapel auswärts Fußball spielt, verspotten die gegnerischen Fans die Spieler als »Müllmänner«. Einige ausländische Fußballer wollten angeblich wegen der Abfallberge erst gar nicht beim neapolitanischen Klub anheuern. Die Neapolitaner vertreiben inzwischen sogar Postkarten, auf denen Müllhaufen zu sehen sind, sie sind eben ein selbstironisches Volk. Aber in Wirklichkeit empfinden sie die Dauerkonfrontation mit dem Müll als unwürdig, für sie sind die Abfallhaufen ein weiterer Beweis dafür, dass sie nur Bürger zweiter Klasse sind, um die sich der Staat nicht kümmert.

Es gibt 16-jährige Jugendliche in Neapel, die ihre Heimatstadt praktisch noch nie ganz vom Müll befreit erlebt haben. Denn der sogenannte Müllnotstand existiert seit 16 Jahren – also so lange, dass die Bezeichnung »Notstand« schon gar nicht mehr angebracht ist. Ein »Notstand« ist nur eine Episode, ein Ausnahmezustand eben. Wenn er jedes Jahr wieder eintritt, dann handelt es sich nicht mehr um einen »Notstand«. In Neapel ist die Müllkrise zum Normalzustand geworden: Wie es im Sommer heiß ist und im Winter kalt, so wachsen jedes Jahr die Müllberge. Neuerdings ereignet sich der Notstand sogar häufiger als einmal im Jahr. Vor Weihnachten lagerten auf den Straßen und Plätzen von Neapel 3000 Tonnen Müll, die schließlich mit Baggern weggeschafft wurden. Jetzt, wenige Tage vor der Bürgermeisterwahl, sind es erneut über 3000 Tonnen. Die Regierung hat wie so oft Soldaten geschickt, die in Neapel als Müllmänner eingesetzt werden.

Um den Müll ranken sich mittlerweile viele Geschichten, und manche sind geradezu grotesk. Da gab es zum Beispiel im Hinterland plötzlich einen Boom von Klimaanlagen. Jeder Haushalt wollte eine haben, auch in den entlegensten Dörfern. Der Grund dafür war der Müll, dessen Gestank derart aufdringlich in die Häuser drang, dass die Leute die Fenster geschlossen halten mussten. In der Ortschaft Maddaloni in der Provinz Caserta wurden 2008 die Schulen geschlossen, die Postangestellten verweigerten die Arbeit, es wurden keine Märkte mehr abgehalten – die Müllberge machten ein normales Alltagsleben unmöglich. Eine Lehrerin aus Boscoreale erzählte mir, wie sie jeden Morgen von ihrer Wohnung zur Schule nach Neapel fuhr, und der Gestank reiste mit. Ein beißender Fäulnisgeruch hatte sich in den Sitzen des Autos und in ihrer Kleidung festgekrallt, die arme Frau wurde deswegen von ihren Schülern gehänselt.

Aber warum geschieht so etwas nicht in Genua, Mailand oder Bologna, sondern nur in Neapel? Auf diese Frage gibt es eine einfache Antwort. Erstens hat die Camorra bei dem dauernden Müllproblem ihre Hand im Spiel. Sie verhindert zusammen mit korrupten Politikern eine funktionierende Entsorgung, um den Clans riesige Gewinne durch eine ineffiziente, mit überhöhten Preisen operierende Müllwirtschaft zu sichern. Zweitens wird die Abfallentsorgung in Neapel und der umliegenden Region Kampanien zu einem ganz überwiegenden Teil durch Müllkippen betrieben. Diese Kippen füllen sich mit der Zeit, und wenn das geschieht, verfügt ein Gericht die Schließung. Nicht selten erfolgt die Sperrung der Kippen auch wegen Umweltproblemen, wenn austretende Flüssigkeit den Boden verschmutzt. Auf jeden Fall kommt der Schließungsbefehl immer plötzlich, der Müll kann dann nicht mehr abgeladen werden und bleibt auf der Straße. Natürlich ist das grundlegende Problem dahinter das Fehlen einer nachhaltigen Abfallpolitik. Aber das ist nicht alles: In den 1990er Jahren wurden viele Kippen eröffnet, die laut einem Bericht der Umweltschutzorganisation Legambiente ein ganzes Jahrhundert lang neapolitanischen Hausmüll hätten fassen können. Doch dazu kam es nicht – die Camorra füllte die Kippen umgehend mit Müll aus ganz Italien.

Der Abfall auf der Straße hat verheerende Auswirkungen, wenn man versucht, das Volumen der Müllberge zu verringern, indem man sie in Brand steckt. Es gibt da ein Dreieck im Hinterland von Neapel zwischen den Orten Giugliano, Villaricca und Qualiano, das alle nur noch »Feuerland« nennen. Oft sieht man da an den Straßenrändern pechschwarzen Rauch aufsteigen. Die Brände werden in bewährter Manier gelegt: Die besten »Brandstifter« sind ausländische Jugendliche, denen die Clans der Camorra 50 Euro pro verbrannten Müllhaufen zahlen. Die Jungen umwickeln die Müllberge mit den Bändern von Videokassetten, schütten Alkohol und Benzin darauf und entfernen sich. Mit dem Feuerzeug zünden sie die Videobänder an, die wie eine richtige Zündschnur funktionieren. In wenigen Sekunden brennt dann alles lichterloh, Hausmüll und Gewerbeabfälle wie Lacke, Klebstoff, Schmieröl, die jeden Quadratzentimeter Erde mit Dioxin verseuchen.

In Neapel hat die Mülltrennung nie funktioniert, und das ist wirklich eine Schande. In der Millionenstadt gibt es nur wenige Viertel, in denen der getrennte Abfall zu Hause abgeholt wird – die einzig effiziente Methode, weil sie so etwas wie Sozialkontrolle impliziert. Wenn der Nachbar trennt, dann trenne ich auch, deshalb funktioniert das in diesen Vierteln hervorragend. Es sind nur zu wenige. Fast 84 Prozent des Abfalls werden nicht getrennt und landen auf der Müllkippe, dabei dürften es laut Gesetz nur 35 Prozent sein. Die Mülltrennung funktioniert nicht etwa deswegen nicht, weil die Neapolitaner sie nicht beherrschten oder nicht wollten. Sie funktioniert nicht, weil das Geschäft mit dem Abfall blüht, solange er nicht getrennt wird. Mülltrennung bedeutet weniger Abfall, und weniger Abfall bedeutet weniger Verdienst für die Müllwirtschaft, die mit dem Organisierten Verbrechen verfilzt ist. So absurd es klingt: In Neapel ist Mülltrennung eine Antimafiaaktion. Bisher hat sich noch keine Stadtverwaltung getraut, das wirklich durchzusetzen.

Am Geschäft mit dem Müll verdienen alle. Es verdient die Organisierte Kriminalität. Es verdienen die Abfallunternehmen. Es verdienen am Müll auch die sogenannten Entsorgungsgesellschaften. Das sind Konsortien mehrerer Kommunen, die sich zusammentun, um die Mülltrennung billiger zu machen. Doch in Wirklichkeit werden diese Konsortien zum Paradies des Klientelismus, der getürkten Ausschreibungen und der gefälschten Rechnungen. Sie bilden regelrechte Kartelle – nicht um den Preis zu senken, sondern um ihn in die Höhe zu treiben und den Müll letztendlich von der Camorra »entsorgen« zu lassen. Längst haben die Clans die Müllkonsortien mit ihren Mittelsmännern infiltriert. Denn der Abfallberg ist jener Ort, wo Politik, Camorra-Clan und Unternehmen sich treffen. Die Grenzen sind dabei fließend.

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Neapel zeigen, dass diese Müllkonsortien zu wahren Machtzentren der Organisierten Kriminalität geworden sind. Die Camorra betätigt die Hebel im Müllgeschäft – so wurde der Bock zum Gärtner gemacht. Wie, das illustriert eine Anekdote des Kronzeugen Gianfranco Mancaniello. Als ein kleiner Camorrista seinen Boss darauf aufmerksam macht, wie das nächste große Geschäft mit Giftmüll das Grundwasser verschmutzen könnte, antwortet der Boss ungerührt: »Was kümmert uns das, wir trinken Mineralwasser.«

Das Business der sogenannten Ökomafia kennt keine Krisen, Abfall gibt es schließlich immer, und er wird sogar immer mehr. Laut Legambiente haben die Clans mit Müllgeschäften allein in 2009 einen Umsatz von 20 Milliarden Euro erzielt, ungefähr so viel wie die Telefongesellschaft Telecom Italia und zehnmal so viel wie die Kleiderfirma Benetton. Doch der Müllnotstand war auch Manna für die Politik in Kampanien, um ihn drehen sich schließlich Unmengen von Beraterverträgen und Krisenmanagement-Aufträgen. Wenn ganze Provinzen unter dem Müll begraben werden, muss man eben viel Geld lockermachen, um sie von dem Abfall zu befreien. Wer aber viel Geld zu vergeben hat, der kann auch auf viele Wählerstimmen hoffen, er kann in jedem Fall seine eigene Position festigen. Nur wer Neapel zumindest zeitweise vom Müll befreien kann, der darf auf politischen Erfolg hoffen.

Im Notfall werden die Entsorgungsunternehmen nicht ganz so streng nach dem Antimafiagesetz kontrolliert, Hauptsache, der Müll ist erst einmal weg. Und natürlich wird die Entsorgung umso teurer, je länger der Abfall schon auf der Straße liegt. Die Camorra kennt die fundamentalen Regeln von Angebot und Nachfrage. Von 1998 bis 2008 wurden zur Bewältigung der Müllkrisen in Kampanien 780 Millionen Euro jährlich ausgegeben. Fast acht Milliarden in zehn Jahren. Und das Ergebnis sehen wir auch jetzt wieder auf den Straßen von Neapel. Kein Zufall, dass der Müll kurz vor der Bürgermeisterwahl die Stadt verstopft. Die Camorra benutzt den Abfall als Mittel der politischen Erpressung. Sie zeigt damit im Wahlkampf ihre Macht.

Was die Politik, links wie rechts, zur Lösung des Müllproblems beigetragen hat, war bisher nur oberflächlich, kurzsichtig, ja desaströs. Es wurden jede Menge Fehler gemacht, immer wieder falsche Entscheidungen getroffen. In Neapel regiert die linke Mitte, in Kampanien die rechte Mitte. In Rom regiert Berlusconi, der immer wieder behauptet, er habe Neapel vom Müll befreit, in Wirklichkeit geht der Notstand auch unter seiner Regierung weiter. Berlusconi hatte zudem zum Staatssekretär im Finanzministerium einen Politiker berufen, den die Staatsanwaltschaft beschuldigt, ein Gewährsmann der Camorra im Müllgeschäft gewesen zu sein. Inzwischen ist dieser Nicola Cosentino von seinem Amt als Staatssekretär zurückgetreten – aber er ist immer noch Berlusconis starker Mann in Kampanien. Als Parteikoordinator des »Volkes der Freiheit« trat Cosentino trotz des schwerwiegenden Verdachts nicht zurück. Berlusconi hat ihn auch nicht dazu gedrängt.

Ich werde nie müde zu sagen: Wenn man den Müll, den die Clans der Mafia verwalten und verwaltet haben, aufeinandertürmen würde, dann käme man bei einer Basis von drei Hektar auf 15 600 Meter Höhe. Dieses schmutzige Business hat also ein langes Leben. Der Müll auf den Straßen von Neapel bedeutet das Scheitern der Politik. Hoffentlich nicht mehr lange.

Aufgezeichnet und übersetzt von BIRGIT SCHÖNAU

© 2011 by Roberto Saviano – Agentur R. Santachiara

DER AUFKLÄRER

Der Schriftsteller Roberto Saviano wurde mit seinem Buch »Gomorrha« berühmt. Für die ZEIT erklärt er Italien in zwölf Lektionen. Fünf sind bereits erschienen – zwei zu Silvio Berlusconi, eine zu der Frage, ob Italien eine Nation ist, und zwei zur Macht der Mafia

Die früheren Folgen von Roberto Saviano finden Sie unter **www.zeit.de/saviano**

Seit dem 10. März versuchen wir im Politikteil der ZEIT, Politik von einer anderen Seite und auf andere Art wahrzunehmen.
Elf Lyrikerinnen und Lyriker verfassen eigens für die ZEIT Gedichte, sie zeigen uns ihre Sicht auf die Politik. Mal schreiben sie unabhängig von den Ereignissen, mal gehen sie direkt auf politische Erlebnisse ein.

Womit wir anfangs nicht gerechnet hatten, das ist die Fülle und Dichte der Ereignisse, wie wir sie seit Anfang dieses Jahres erleben. Die Gedichte wurden dabei häufig sehr aktuell, einige wurden am Tag nach politischen Entscheidungen oder nach Katastrophen verfasst. Diesmal handelt eines unserer beiden Gedichte von der Erschießung Osama bin Ladens, während das andere sich mit dem starken Andrang moralischer Anforderungen in letzter Zeit befasst.

Bislang sind vierzehn Gedichte erschienen.

POESIE NR°: 10

Inkarnation

In diesem Gedicht wird kein Fleisch gegessen.
Dieses Gedicht ist nicht animalisch, es besteht
aus *Luftgespinst* und Liebe, und stirbt es einmal,
wird es, ohne zu stinken, aus dem Buch rieseln.
Dieses Gedicht tötet kein Lebewesen, niemand
soll sagen: Der Täter war ein so freundlicher
Familienmensch! Es emittiert kein CO_2 und leistet
keine Kompensation, es fliegt nicht nach Fuerte
und sagt »Scheiß drauf!«, weil irgendwo Koniferen
dafür gepflanzt werden. Ab und zu ritzt es sich
mit Realität, um sich zu spüren. Licht dringt ein.
Es blutet nicht, es lebt vorzüglich von Substanz.
Das Gedicht rettet. Genießen Sie's. Schlucken Sie
nicht alles. Bitte verschonen Sie Ihre Liebsten.

Foto: privat

HENDRIK ROST,
Jahrgang 1969, wurde im Münsterland geboren. Studierte Philosophie und Literaturwissenschaft. Lebt als Autor und Übersetzer mit seiner Familie in Lübeck. Seine Übersetzungen (zusammen mit Mirko Bonné) der Gedichte von Rutger Kopland erschienen 2008 im Hanser Verlag. Im Frühjahr 2010 erschien sein fünfter Gedichtband »Der Pilot in der Libelle« im Göttinger Wallstein Verlag

Die Lebenden sind Legenden

aber was sind die Toten?

(B. O.)

Nicht war es die Zeit in solche Leere
zu irren wie die morgens sehr früh
als die Katze einer Amsel Gedärme
über die Kellertreppe hochzog
die rechte Zeit war es nicht zum
Briefkasten zu gehen zu sagen:
nichts heute nacht ist nichts
geschehen nein nicht war es
die Zeit nicht war es wahr nicht
geschehen das Nichts als ich
im Schlaf einem Kampf zusah:
der Vogel im Sperrfeuer mir
aus dem Grau ins Gesicht fiel nicht
war es Zeit zu schlafen für sich sein
nicht Zeit gleichzeitig die Katze zu
loben und die Amsel begraben

Foto: Nils-Christian Engel

DANIELA DANZ,
1976 in Eisenach geboren, lebt nach Stationen in Tübingen, Prag, Berlin und Leipzig in Halle (Saale). Die Autorin und Kunsthistorikerin unterrichtet als Lehrbeauftragte der Universität Hildesheim Methodik des kreativen Schreibens. Ihr letzter Gedichtband »Pontus« erschien 2009 im Wallstein Verlag

ZEITGEIST

Wer den Griechen hilft

JOSEF JOFFE: Europa wird für Hellas bluten, um sich selber zu retten

Die Kassandras haben recht behalten: Geld- ohne Politikunion geht nicht. Vor zwölf Jahren hat Europa mit dem Euro den »Zug der Hoffnung« auf die Schiene gesetzt: 16 Lokomotiven mit 16 Führern. Die fromme Hoffnung? Jede Lok werde im gleichen Tempo – mit gleicher Steuer- und Ausgabenpolitik – fahren; sonst würden die Kupplungen brechen oder alle zusammen entgleisen.

Der Bruchpunkt ist jetzt. Um im Bild zu bleiben: Manche Lokführer, Athen vorweg, haben so lange so heftig geheizt, bis die Kohle ausging. Der Remeduren sind nur drei: 1. Athen nimmt Dampf weg, also spart und wird wieder wettbewerbsfähig. 2. Es wird zum europäischen Sozialfall, den die anderen mit ihrer Kohle alimentieren. 3. Hellas koppelt sich ab oder wird abgehängt.

Heute ist jede Lösung so hässlich wie die nächste. Griechenland, ein üppiger Sozialstaat mit verharzter Privilegienwirtschaft, kann nicht sparen. Trotz seiner Schwüre sind seine Schulden – private wie öffentliche – im Vorjahr gestiegen, von 325 auf 340 Milliarden Euro. Und blähen sich weiter auf. Das Wachstum lag im vierten Quartal 2010 bei einem Minus von knapp sieben Prozent.

Weiter Kohle zuschießen? Griechische Bonds sind nach jeder Finanzspritze wieder abgestürzt; die Zinsen liegen bei 15 Prozent, die Rating-Agentur S&P hat die Papiere auf »B« gedrückt – weit unter »Müll«. Wer nun den Griechen Geld leiht, sollte es besser im Kasino verjuxen. Mit Glück kriegt er 70 oder nur 50 Cent auf den Euro zurück. Die Euphemismen für den Bankrott lauten »Umstrukturieren« oder »Umprofilieren«, sprich: Schuldenschnitt oder Stundung. Wie aber käme dann Hellas zu neuem Geld – bei einem Schuldenstand von 160 Prozent des Inlandsproduktes?

Also Abkoppeln (freiwillig) oder Abhängen (erzwungen), wie es der medienerprobte Ifo-Chef Sinn fordert? Erstens erlauben die Verträge den Rausschmiss nicht, und zweitens ist die Medizin mörderischer als die Sepsis. Noch bevor der Drachmen-Druck angelaufen wäre, bräche das Höllenfeuer aus:

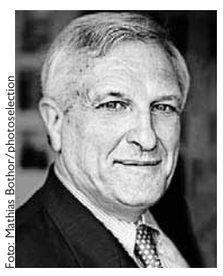


Foto: Matthias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

erst ein Run auf griechische Banken, dann Panikverkäufe von Griechenbonds im Ausland. Denn die Besitzer müssten kalkulieren, dass die Neo-Drachme etwa die Hälfte ihres Wertes gegenüber Hartwährungen verliert, die Griechen also doppelt so viel zurückzahlen müssten, was sie erst recht nicht könnten. Besonders pikant wäre die Lage in Deutschland, wo das meiste Gift bei Krisenbanken wie der HRE liegt. Schließlich: Wie würden die Pleitiers je wieder frisches Geld kriegen, um allein die steigenden Schulden zu bedienen?

Europa wird also weiter zahlen müssen – auch bei einem Schuldenschnitt. Denn auch dann gerieten die Euro-Zonen- und Griechenbanken mit jeweils 80 und 65 Milliarden an Schuldscheinen in die Bredouille, derweil EU, IWF und EZB 100 Milliarden wertberichtigen müssten. Finanzkrise II nicht ausgeschlossen. Fazit: Wer den Griechen hilft, hilft seinen Banken. Europa wird zuschießen und stunden müssen. Es lebe die Transfer-Union!

Wie lange? Bis der Euro-Zug nur einem einzigen Lokführer, also einer gemeinsamen Steuer- und Ausgabenpolitik gehorcht. Und wenn er bis dahin entgleist? Vertrauen wir auf den Bushido-Song: »Die Hoffnung stirbt zuletzt.«

Foto: Denis Sinyakov/Reuters

HEUTE: 9.5.2011

Erinnern

Als Deutscher ist man ja heutzutage eher wehrkraftzersetzend eingestellt. Ordenbehangene Heldenbrüste erinnern unsereinen an Schützenvereine und Epauletten an den Karneval. Hier aber ist das Original zu sehen, nicht die Kopie. So sehen Sieger aus.

Siegesfeier in Moskau: Was muss das für ein Gefühl sein, voller Stolz auf die Jahre 1941 ff. zurückzublicken, auf den Großen Vaterländischen Krieg, den sie mit Recht so genannt haben? »Keiner ist vergessen«, singt die Sängerin – wie sonst soll sich ein Volk an eine Katastrophe erinnern, deren Opfer noch immer nicht auf eine Million genau gezählt sind? »Nichts ist vergessen«, singt sie. Und man wünscht diesen alten Herren, dass diese Zeile falsch sein möge. Wer hätte schon gerne ihre Erinnerungen? Und wenn die Ordenssammlung hilft, damit fertig zu werden, wer hätte das Recht, darüber zu spotten? F. D.

Mord und Totschläger

Jugendgewalt: Zu viel Milde untergräbt das Vertrauen ins Recht

Wie Jugendliche zu grausamen Schlägern werden, das bleibt trotz aller Forschungen ein verstörendes Rätsel. Wie ihnen zu begegnen ist und ob die Jugendgewalt insgesamt brutaler wird – all das ist heftig umstritten. Nur über eines sind sich alle Fachleute einig: Die Justiz muss schnell arbeiten, wenn sie es mit jugendlichen Gewalttätern zu tun bekommt. Vergeht zwischen Straftat und Strafe zu viel Zeit, verpufft die Wirkung der Sanktion.

Das immerhin hat die Berliner Justiz im Fall des Torben P. richtig gemacht, der in der Nacht auf Ostersamstag am U-Bahnhof Friedrichstraße einen Passanten offenbar ohne jeden äußeren Anlass niedergeschlagen und dann immer wieder gegen den Kopf getreten hatte. Schon zwei Wochen später ist gegen den 18-Jährigen Anklage erhoben worden. Das ist ungewöhnlich schnell – und ein gutes Signal. Die Beweislage sei einfach, sagen die Staatsanwälte, der Täter habe gestanden, der Tathergang stehe fest, da eine Videokamera den Angriff aufgezeichnet hatte. Allerdings darf man wohl annehmen, dass auch das Entsetzen in der Öffentlichkeit über die Tat einiges zur Beschleunigung beigetragen hat.

Angeklagt wird Torben P. wegen versuchten Totschlags. Das ist ein Mittelweg. Lange wurden vergleichbare Fälle milder beurteilt, meist als Körperverletzung – mit entsprechend niedrigeren Strafen. Das haben Deutschlands höchste Strafrichter am Bundesgerichtshof gebilligt, sogar befördert. Denn sie wollten nicht einmal bei heftigen Tritten mit Springerstiefeln gegen den Schädel ohne weiteres einen Tötungsvorsatz annehmen.

Das sahen die Berliner Staatsanwälte nun anders. Grobe Nachsicht wird man ihnen also nicht unterstellen können. Für versuchten Totschlag sieht das Jugendstrafrecht zehn Jahre Haft als Höchststrafe vor. Ob Torben P. die bekommt, entscheidet das Gericht, Anklage ist nicht gleich Urteil. Aber die Anklage ist eine erste Weichenstellung. Für Täter und Opfer. Und für die Öffentlichkeit.

Deshalb ist es auch legitim, wenn in Berlin jetzt nachgefragt wird, warum die Tat auf dem Bahnsteig nicht als versuchter Mord angeklagt worden ist. Die mögliche Höchststrafe wäre dieselbe, das Signal aber ein anderes. Mord ist mehr als ein Totschlag, eine besonders verwerfliche Tat, sei es wegen besonderer Grausamkeit, sei es wegen »niedriger Beweggründe«. Grausam ist nach den gängigen Definitionen eine Tat, die dem Opfer besonderes Leid zufügt, die gängige Hemmschwellen infrage stellt oder besonders erschütternd wirkt. Wer das Video der Tat am Bahnhof Friedrichstraße gesehen hat, kommt schon ins Grübeln, ob hier von dem geradezu wie besinnungslos zutretenden Täter nicht alle gängigen Hemmschwellen überschritten werden.

Nein, es geht nicht darum, eine möglichst harte Strafe zu finden. Es geht darum, das Gesetz ernst zu nehmen – und die friedensstiftende Funktion des Rechts. Wenn einer wie Torben P. von Untersuchungshaft verschont wird, wenn Heranwachsende sehr häufig nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, obwohl für sie auch Erwachsenenstrafrecht in Betracht käme, wenn schon bei der Anklage regelmäßig heruntergezoomt wird, dann mag das in jedem Fall begründet sein. Das Routinierte der Nachsicht jedoch, der Eindruck, Spielräume würden nur in eine Richtung genutzt – solche Tendenzen untergraben das Zutrauen ins Recht. WFG

Ein Land bleibt cool

Der Staat hätte bei der Volkszählung mehr Fragen stellen sollen

Die Bürger bleiben cool. Am 9. Mai war Stichtag des »Zensus 2011«, der neuen Volkszählung. Der ersten seit 1987. Volkszählung, das klingt nach historischer Parallele, nach enormem Erregungspotenzial. Am Montag aber mahnten bloß müde einzelne Landesdatenschützer, fanden sich ein paar nölige Kommentare in den Zeitungen (und ebenso viele wohlwollende). Mehr öffentliche Reaktion war da nicht.

Mit Überrumpelung kann man das kaum erklären: Schon 2010 fanden die Haus- und Wohnungsbesitzer Fragebögen in der Post. Seit Monaten wird plakatiert und informiert. Und jetzt werden zufällig ausgewählten Bürgern 46 Fragen zu Person, Lebensumständen, Ausbildung und Beruf gestellt. Rund zehn Millionen müssen antworten – ein ganz schöner Teil der Bevölkerung. Aber empört sie sich? Verweigert sie sich in nennenswerter Zahl? Nein.

Wer hätte das gedacht! Eine bürokratische Großaktion (zumal eine, die Brüssel vorschreibt), doch die Deutschen bleiben cool. Bei jenem Thema, das in den achtziger Jahren zur Chiffre für den vermeintlichen Überwachungsstaat wurde. Die Reaktion lässt sich ganz gegensätzlich deuten – entweder als Zeichen von Abstumpfung oder von Akzeptanz.

Erklärung Nummer eins: Wir sind einfach desensibilisiert durch ständige halb öffentliche Selbstinszenierung à la Facebook (wo fast 18 Millionen Deutsche angemeldet sind). Außerdem liegen in mehr als der Hälfte der Haushalte Kundenkarten (knapp 50 Millionen allein von Payback), die Spione der Konsumwirtschaft. Und selbst in einer H&M-Filiale wird man beim Bezahlen gefilmt. Da schert es die Leute auch nicht mehr, wenn der Staat etwas mehr wissen will.

Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution und ihren technischen Möglichkeiten lässt sich aber auch das entgegengesetzte Argument führen: Die Bürger finden die Fragebögen okay. Dabei wissen sie sehr wohl um die Risiken der Datensammelei. Bloß sind die Chiffren dafür heute Apples Ortungsdatei, Googles Fotoautos oder Hacker-Raubzüge durch unsichere Onlineshops. Sammelwut und Schlamperei sind die Zutaten jedes Datenskandals. Doch die Schauplätze sind stets Privatunternehmen, vorzugsweise kalifornische Konzerne. Im Vergleich zu deren Machen-was-geht-Mentalität erscheint die Neugier der Volkszähler verhältnismäßig, ja zurückhaltend.

Vielleicht zu zurückhaltend. 700 Millionen Euro soll der Zensus kosten, das ist nur eine Schätzung, also wird es teurer. Vor dem nächsten Zensus 2021 wird es heißen: Können wir für das ganze Geld nicht etwas mehr erfahren? Und zu Recht. 43 der Fragen schreibt die EU vor. Nur drei fügte die Bundesrepublik hinzu (davon die freiwillige nach dem religiösen Bekenntnis). Dabei hatten Statistiker, Ökonomen und Sozialwissenschaftler gefordert, weitere Fragen zu drängenden gesellschaftlichen Problemen zu stellen: etwa zu Sprachen (Integration) und Kinderzahl (Demografie), zum Pendlerverhalten (Verkehrsplanung) und, ganz simpel, zur Heizung (Klimaschutz).

Der Staat – im Bestreben, die Befragten nur nicht zu verschrecken – verzichtete auf all das. Angesichts der Coolness der Bürger muss man sagen: Da wäre mehr drin gewesen. STX

ZEIT ONLINE www.zeit.de

DURCHSCHAUEN SIE JEDEN TAG.

POLITIK WIRTSCHAFT MEINUNG GESELLSCHAFT KULTUR WISSEN DIGITAL STUDIUM KARRIERE LEBENSART REISEN AUTO SPORT

Foto: Sean Gallup/Getty Images

FDP

Rösler übernimmt

Neue Führung, neue Linie: Es ist ein Parteitag des Umbruchs, zu dem sich die FDP am kommenden Wochenende trifft. Und bei den Themen Euro-Krise und Energiewende droht Streit. *ZEIT ONLINE* berichtet aus Rostock

www.zeit.de/politik

Foto: Raigo Pajula/AFP/Getty Images

HAUSHALT

Volle Kassen

Die gute Konjunktur füllt die Kassen von Bundesfinanzminister Schäuble. Am Donnerstag stellen die Steuerschätzer ihre aktuelle Prognose vor. Erwartet wird ein Plus von mehr als 100 Milliarden Euro bis 2015. Welche Begehrlichkeiten werden entstehen?

www.zeit.de/wirtschaft

Foto: Andrew H. Walker/Getty Images for DIFF

FILM

Nach der Revolution

Der ägyptische Regisseur Magdy Ahmed Aly hatte die lähmenden Strukturen in Ägypten unter Mubarak beschrieben. Nun macht er die Ereignisse der Revolution zum Thema seines nächsten Films. Ein Gespräch mit dem Filmemacher aus Kairo

www.zeit.de/kultur

Foto: Gordon Hempton

HÖREN

Das Ohr zur Welt

Gordon Hempton ist akustischer Ökologe. Er reist um die Welt auf der Suche nach unberührten Landschaften und unverfälschten Geräuschen, die so noch niemand gehört hat. Für *ZEIT ONLINE* beschreibt, fotografiert und vertont er seine Erlebnisse

www.zeit.de/reisen

Schreiben Sie für uns!
Welches Thema brennt Ihnen schon seit Längerem auf der Seele? Schreiben Sie einen Leserartikel. *ZEIT ONLINE* präsentiert Ihre Texte nun noch prominenter
www.zeit.de/leserartikel

Schüler arbeiten wissenschaftlich
Bei ZEIT für die Schule erfahren Schüler, wie sie Literatur und Quellen finden und korrekt mit Bildern und Statistiken umgehen
www.zeit.de/schule

***ZEIT ONLINE* auf Facebook**
Werden Sie einer von mehr als 58.000 Fans von *ZEIT ONLINE* auf Facebook und diskutieren Sie aktuelle Themen mit uns
www.facebook.com/zeitonline

***ZEIT ONLINE* twittert**
Folgen Sie *ZEIT ONLINE* auf twitter.com, so wie schon mehr als 70.000 Follower. Sie erhalten ausgewählte Hinweise aus dem Netz
www.twitter.com/zeitonline

DAMALS: 1945

Vergessen

Nur Ahnungslose träumen davon, die Zukunft entschlüsseln zu können, und nur Verrückte wünschen, nicht zu vergessen. Wüsste sie, was kommt, würde sie dann so lachen? Könnte er so tief versinken in ihren Geruch und das Gefühl ihrer Haut? Könnten sie beide das, wenn ihnen die vergangenen Jahre gegenwärtig wären? Die Gegenwart ist ein unmögliches Komprimat, ein Nichts zwischen dem, was kommt, und dem, was war, und doch ist dieses Foto ein Beweis ihrer Wirklichkeit. Wie wäre so ein strahlendes Glück in Moskau im Jahr 1945 möglich, im Angesicht dieser Vergangenheit und dieser Zukunft? Das Foto selbst ist ein undatierbares Dokument, so verschwommen wie das Wissen über die Zeit seiner Entstehung. Ein Jahr, ein Ort, der Name des Fotografen, mehr ist nicht bekannt. So hat der Sieg ausgesehen. So hat er sich angefühlt, an diesem Ort, in diesem Moment. F. D.

Fotos: Alexander Meledin/Mary Evans Picture Library/Interfoto; Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V. (u.)

Mit gebremster Macht

Die westliche Intervention in Libyen wird am Ende Erfolg haben – gerade weil sie auf Bodentruppen verzichtet VON THOMAS SPECKMANN

In Libyen haben sich die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten auf eine Strategie besonnen, die bereits in früheren Konflikten erfolgreich war: Anstatt sich wie in Somalia, Afghanistan oder im Irak mit dem Einsatz von Bodentruppen auf das Risiko eines langwierigen und verlustreichen Krieges einzulassen, setzt der Westen in Nordafrika auf die Überlegenheit seiner Luftwaffe und unterstützt mit Geheimagenten, Spezialeinheiten, Militärberatern und Waffenlieferungen die Streitkräfte der verbündeten Konfliktpartei vor Ort.

Eine ähnliche Strategie brachte bereits im jugoslawischen Bürgerkrieg die Wende: Es waren nicht allein die Bombardements der Nato, die Bosniens Serben und ihre Helfer in Belgrad zur Waffenruhe zwangen – es war vielmehr die Entscheidung von US-Präsident Bill Clinton, die kroatischen Streitkräfte im Kampf gegen die serbischen Truppen von einer amerikanischen Beratungsfirma für Militärfragen ausbilden zu lassen; und es war der Beschluss Washingtons, zusammen mit einer internationalen Koalition, die schon damals islamische Staaten einschloss, das UN-Waffenembargo zugunsten von Bosniern und Kroaten de facto aufzuheben.

Diese indirekte Form westlicher Kriegsführung zeigte Wirkung. Nur wenige Wochen nach dem serbischen Massaker in Srebrenica waren die bosnischen und kroatischen Truppen im Sommer 1995 in der Lage, eine Gegenoffensive zu starten und mehr als die Hälfte von Bosnien-Herzegowina zurückzuerobern. Die Operation – bei der es ebenfalls zu schweren Kriegsverbrechen kam – war militärisch so erfolgreich, dass sich die Serben zu Verhandlungen bereit erklärten. Ergebnis war der Vertrag von Dayton. Doch um Symmetrie auf dem Schlachtfeld und dann später am Verhandlungstisch zu erreichen, waren keine Bodentruppen des Westens eingesetzt worden.

Im Kosovo-Krieg beschränkte sich die Nato gleichfalls auf Luftschläge. Wie heute in Libyen schreckte der Westen auch damals aus guten Gründen vor dem Einsatz von Bodentruppen zurück. Ihre Rolle übernahm die Kosovo-Befreiungsarmee UCK. Gemeinsam startete man koordinierte Angriffe. Zwar mussten Washington und Brüssel dafür 78 Tage Bombenkrieg politisch rechtfertigen. Aber den Kampf zwischen UCK, serbischen Truppen und der Nato entschied die Allianz aus Albanern und westlichen Interventionsmächten schließlich für sich.

Anstatt sich die Strategie in Bosnien und im Kosovo zum Vorbild für kommende Interventionen zu nehmen, beschloss Washington 2001 in Afghanistan und 2003 im Irak den Großeinsatz der eigenen Infanterie – mit fatalen Konsequenzen: Bis heute sind Tausende alliierter Soldaten gefallen, Zehntausende wurden verwundet. Auch ökonomisch sind derlei Einsätze ein Desaster. Allein der dritte Golfkrieg hat den amerikanischen Steuerzahler nach Berechnungen von Joseph Stiglitz drei bis fünf Billionen Dollar gekostet – Mittel, die anderswo schmerzhaft fehlen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger sieht in der ökonomischen Schwäche seiner Heimat eine unmittelbare Folge des Waffengangs im Irak.

Dabei hätte die amerikanische Strategie auf dem Balkan auch am Hindukusch und am Golf zum Erfolg führen können: Zu Beginn des »Krieges gegen den Terror« beschränkten die USA ihre Operationen gegen dieTaliban und al-Qaida auf den Einsatz von Air Force und Spezialeinheiten – wie nun erneut bei der Tötung Osama bin Ladens. Den Krieg am Boden führte die Nordallianz in Afghanistan. Es waren ihre Truppen, die in Kabul einmarschierten. Erst danach begann die Stationierung von größeren Verbänden westlicher Infanterie – rückblickend ein schwerer Fehler. Das ursprüngliche Ziel nach dem 11. September 2001, Afghanistan den islamistischen Terrorgruppen als Rückzugsraum zu nehmen, war bereits erreicht worden. Die Nordallianz und weitere verbündete Afghanen hätten einen Staat aufbauen können, der zwar nicht einer mustergültigen Demokratie geglichen, aber zumindest keine Bedrohung für den Westen dargestellt hätte. Heute, zehn Jahre später, haben UN und Nato ebenfalls nicht viel mehr erreicht – aber um welchen Preis?

Auch im Irak hätte sich ein neuer Staat ohne amerikanische Invasion aufbauen lassen – und das bereits direkt nach dem zweiten Golfkrieg. Die Schiiten wurden von den USA nach der Befreiung Kuwaits 1991 und angesichts der stark geschwächten Armee von Saddam Hussein zu offenem Widerstand ermutigt, dann aber im Kampf gegen die verbliebenen Panzer und Kampfflugzeuge des Bagdader Regimes im Stich gelassen – ein Fehler, der sich heute in Libyen nicht wiederholen darf.

Schon 1991 wurde der Volksaufstand im Süden des Iraks von Soldaten mitgetragen, die dem Despoten nicht länger dienen wollten. Diese oppositionellen Kräfte hätten die Alliierten spätestens bei ihrer Invasion 2003 fördern müssen, um rasch einen neuen Staatsapparat aufbauen und die eigenen Bodentruppen in die Heimat zurückholen zu können. Doch die fahrlässige Auflösung der irakischen Sicherheitskräfte verhinderte dies – eine Fehlentscheidung mit gravierenden Folgen. Auch im Norden des Iraks warteten 1991 wie 2003 kurdische Kräfte darauf, Saddam Husseins Diktatur loswerden zu können. Mit wirkungsvoller Unterstützung aus der Luft hätten sie sich selbst befreien können.

In Krisenregionen, wo militärisch schlagkräftige Partner fehlen, kann es für den Westen hingegen notwendig erscheinen, mit eigenen Bodentruppen einzugreifen. Ein langjähriges Engagement mit hohen menschlichen wie materiellen Kosten muss daraus aber nicht entstehen. Eine Alternative sind langfristige Sicherheitsgarantien, wie sie Sierra Leone von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien erhalten hat. London hat der Regierung in Freetown zugesichert, dass umgehend Truppen eingeflogen werden, wenn es zu einem Konflikt kommt wie zuletzt im Jahr 2000, als die Briten einen Rebellenangriff stoppten. Der Erfolg, damit bislang einen Rückfall in den mehr als zehn Jahre währenden Bürgerkrieg verhindert zu haben, spricht für das britische Modell. Sierra Leone hat nicht nur Wahlen abgehalten, sondern auch einen Regierungswechsel friedlich überstanden.

Nach den Langzeitstatistiken über 66 Konfliktherde, die Paul Collier, ehemaliger Forschungsleiter der Weltbank, an der Universität Oxford zusammengetragen hat, sorgten auch die von Paris unterhaltenen Militärbasen in Afrika für Sicherheit – wie jüngst im Fall der Elfenbeinküste. Denn dort haben sich die französischen Schutzversprechen mit der Entsendung von Kampfhubschraubern als genauso glaubwürdig erwiesen wie die britischen Garantien für Sierra Leone.

Will der Westen auch in Konflikten wie in Libyen militärisch und politisch die Oberhand behalten, dann sollte er die Tradition britischer und französischer Interventionen in Afrika und das kluge Handeln der USA auf dem Balkan zu einer neuen Doktrin verschmelzen: In allen Fällen war Bedingung für den nachhaltigen Erfolg, dass der Westen militärisch Partei ergriff und damit den Konflikt entschied. Dies gelang ihm aber nur, weil er sich zugleich Einsatzrestriktionen auferlegte, die ihm vor Ort wie an der Heimatfront die politische Unterstützung sicherten. Hierzu zählten vor allem der Verzicht auf einen langwierigen Einsatz von eigenen Bodentruppen und die weitgehende Beschränkung auf Luftschläge und Waffenlieferungen – auch wenn sich dadurch der Krieg scheinbar in die Länge zog. In Wirklichkeit erwies sich ebendiese Zurückhaltung als die schärfste Waffe. Sie wird es auch im Fall Libyens sein.

THOMAS SPECKMANN

lehrt am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

WIDERSPRUCH

Zu früh gefreut

Der Terror ist noch nicht besiegt VON PHILIP DINGELDEY

In seinem Leitartikel *Ein Krieg weniger (ZEIT* Nr. 19/11) entwirft Jan Ross ein optimistisches Bild von der Zukunft. Er schreibt, mit dem Tod von Osama bin Laden ende auch die irregeleitete Vorstellung des *war on terror* als Epochenthema. Der arabische Frühling könne sich entfalten, und der Westen solle sich dabei bescheiden zeigen.

Bei näherem Hinsehen ist dieses Szenario allerdings wenig realistisch. Ein Abzug aus Afghanistan wäre nicht sinnvoll, will man das Land nicht in Schutt und Asche zurücklassen. Auch der Terrorismus ist mit bin Ladens Tod keineswegs am Ende. Der Al-Qaida-Chef war schlau genug, ein Terrornetzwerk aufzubauen, in dem einzelne Zellen unabhängig von einer zentralen Figur agieren. Das werden wir noch zu spüren bekommen.

Für Ross gehört der amerikanische Jubel noch einer »abschließenden Zeit« an, er sei ein Rückfall in das emotionale Klima von 2001. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um einen krönenden Abschluss, sondern um einen neuen Höhepunkt dieser aufgeheizten Atmosphäre. Anstatt bin Laden festzunehmen, um ihn vor Gericht zu stellen – er wäre zweifellos verurteilt worden –, ließen ihn die USA töten und unter Missachtung muslimischer Bestattungsbräuche von einem Flugzeugträger aus ins Meer werfen. Damit schüren sie Rachegedanken. Ross gibt dies zwar zu, doch im Gegensatz zu seiner zuversichtlichen Prognose wird die Gefahr größer, nicht kleiner. Nun werden selbst moderate islamische Kräfte radikalisiert und mobilisiert.

Dies ist also leider nicht der Anfang einer neuen, sondern höchstens ein Erfolg innerhalb der gegenwärtigen Epoche, der allerdings leicht in Misserfolg umschlagen kann. Der arabische Frühling bedeutet nicht, dass der Terror auf der ganzen Welt besiegt ist. Und Länder wie das chaotische Jemen stehen bereit, um den Terroristen neuen Unterschlupf zu gewähren.

Philip Dingeldey, 20, studiert Geschichte und Politikwissenschaft in Erlangen-Nürnberg

Jede Woche erscheint an dieser Stelle ein »Widerspruch« gegen einen Artikel aus dem politischen Ressort der ZEIT, verfasst von einem Redakteur, einem Politiker – oder einem ZEIT-Leser. Wer widersprechen will, schickt seine Replik (maximal 2000 Zeichen) an widerspruch@zeit.de. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor

Foto: Anatol Kotte für DIE ZEIT

ZEIT nah

»Ein Ausbüxen gibt's nicht mehr«

Dass gemeinsam mit Interviewern meist auch Fotografen anrücken, hält Bundeskanzlerin Angela Merkel grundsätzlich für überflüssig; es gebe, sagt sie dann, doch schon genug Bilder von ihr. Fotograf Anatol Kotte durfte trotzdem bleiben – für wenige Minuten. Nach dem Gespräch – es ging um die Energiefrage – waren sich die ZEIT-Redakteure Giovanni di Lorenzo und Bernd Ulrich (oben im Büro der Kanzlerin) einig: Frau Merkel hat mehr Gesichter, als sie zeigen möchte. Das aktuelle ist zu sehen auf Seite 2/3

Abb.: Haus d. Bayerischen Geschichte/Augsburg

Zucker und Wahn

VON CHRISTOPH DIECKMANN

Sein »Königreich der Kunst« entzog sich zwar den Realitäten der politischen Welt, aber verrückt war der Mann keineswegs: Eine große Ausstellung in Herrenchiemsee entkitscht den »Märchenkönig« Ludwig II. GESCHICHTE SEITE 21

Foto: Thomas Rabsch/RTL

Die Quotenfrau

Mit Formaten wie »Deutschland sucht den Superstar« hat sie die Konkurrenz überholt. Angeblich weiß sie, was Deutschland sehen will: Ein Gespräch mit der Senderchefin Anke Schäferkordt über das Menschenbild von RTL FEUILLETON SEITE 51

POLITIK

2 **Interview** Kanzlerin Angela Merkel erklärt den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg

3 **Bücher machen Politik**

4 **Gutmenschen** Ist Deutschland ein Vorbild für die Welt? Ein Pro und Contra VON KATRIN GÖRING-ECKARDT UND JOSEF JOFFE

5 **Libyen** Die ersten Kriegsopfer sind die Flüchtlinge VON A. BÖHM

6 **Generation Rösler** Passen Familie und Politik zusammen? VON TINA HILDEBRANDT

7 **FDP** Ein Gespräch mit Philipp Rösler über seine Regierungspläne

8 **Pakistan** Die Islamisten freuen sich über die arabischen Revolutionen VON GEORG BLUME

9 **Syrien** Tagebuch einer Dissidentin VON RAZAN ZEITOUNEH

Ägypten Die neue Regierung kämpft gegen religiöse Gewalt VON MICHAEL THUMANN

10 **Italienische Lektionen** Warum Neapel im Müll versinkt VON ROBERTO SAVIANO

11 **Politische Lyrik** »Inkarnation«/ »Die Lebenden sind Legenden«

12 **Zeitgeist** VON JOSEF JOFFE

Volkszählung Warum der Zensus niemanden aufregt VON S. SCHMIDT

Justiz Eine milde Anklage im Fall des Berliner U-Bahn-Schlägers VON HEINRICH WEFING

13 **Libyen** Wie der Westen erfolgreich sein kann VON T. SPECKMANN

Widerspruch Auch nach dem Tod von bin Laden lebt der Terrorismus weiter VON PHILIP J. DINGELDEY

DOSSIER

15 **München** Ein Prediger will ein weltoffenes Islamzentrum gründen. Plötzlich gilt er als Verfassungsfeind VON ALBRECHT METZGER

20 WOCHENSCHAU
Eurovision Song Contest Die Geschichte eines Liedes aus Island – und wovon Europa singt VON D. STEINBORN UND C. RIETZ

GESCHICHTE

21 **Ausstellung** Bayern feiert Ludwig II.

Zeitmaschine VON U. SCHNABEL

22 **CSU** Schon 1949 zeigte die Partei ihre besondere Fähigkeit zum geschlossenen Sowohl-dafür-als-auch-dagegen VON RALF ZERBACK

WIRTSCHAFT

23 **Euro** Rettung oder Schuldenschnitt – die Politik ist überfordert VON MARC BROST UND MARK SCHIERITZ

Microsoft Der Kauf von Skype

24 **EZB-Chef** Angela Merkel stützt Mario Draghi

25 **Staatsschulden** Der Harvard-Historiker Niall Ferguson über die Krise des Westens

26 **VW** Der Konzern will jetzt auch noch die meisten Laster bauen VON DIETMAR H. LAMPARTER

26 **Elektroauto** Warum es falsch ist, nur die Autokonzerne zu fördern VON PETRA PINZLER

27 **Kinderarmut** Die Not ist viel geringer als bisher gedacht, sagen Forscher VON KOLJA RUDZIO

28 **Pharma** Die Industrie verdient zulasten von altersblinden Patienten Milliarden VON NICOLA KURTH

Atompolitik Was der Chef von Greenpeace International will

29 **Lebensmittel** Ein Internetportal für Verbraucher ärgert die Industrie VON GUNHILD LÜTGE

30 **Kika-Skandal** Gegenseitige Schuldzuweisungen VON A. MAROHN

Soziale Netzwerke Industriespionage wird erleichtert VON ULRICH HOTTELET

31 **Telekom-Aktie** Das Urteil in dem Massenverfahren steht bevor VON MARCUS ROHWETTER

32 **Tunesien** Der schwierige wirtschaftliche Neubeginn VON KARIN FINKENZELLER

33 **Lettland** Ein Krisenopfer kommt auf die Beine VON JAN PALLOKAT

34 **Ratenzahlung** Versicherer verschleiern die wahren Kosten VON TOBIAS ROMBERG

Finanzkolumne

35 **Kohle** Deutschland sollte die CO_2-Speicherung ausprobieren VON CHRISTIAN TENBROCK

ThyssenKrupp Der schwerfällige Konzern startet den lange fälligen Umbau VON JUTTA HOFFRITZ

Prozesse Medienkampagnen beeinflussen Richter kaum, sagt Anwalt TOBIAS GOSTOMZYK

36 **Was bewegt …** Armin Falk, Ökonom und Verhaltensforscher?

WISSEN

37 **Plagiatsaffäre** Eine Reform der Promotion ist nötig

Alzheimer Plädoyer für einen neuen Blick auf die Krankheit VON THOMAS VAŠEK

39 Besuch in einem Heim für schwer demenzkranke Menschen VON BURKHARD STRASSMANN

40 Wie pflegende Angehörige Urlaub machen können VON FRAUKE LÜPKE-NARBERHAUS

41 **Infografik** Die Renaissance der Bilder in Medien und Wissenschaft VON CHRISTOPH DRÖSSER

44 Der Medienforscher Michael Stoll über gute und schlechte Grafik

47 KINDERZEIT
Fremde Was es bedeutet, Flüchtling zu sein VON A. BÖHM

48 **Kinder- und Jugendbuch** LUCHS – Anne-Laure Bondoux »Die Zeit der Wunder«

FEUILLETON

49 **Gesellschaft** Die Deutschen im Geisterreich der Moral VON ADAM SOBOCZYNSKI

Kunst und Zensur Der Mut iranischer Filmregisseure

50 **Kulturgeschichte** Eine Ausstellung über das Schicksal VON THOMAS ASSHEUER

51 **Fernsehen** Gespräch mit RTL-Senderchefin Anke Schäferkordt

52 **Max Frisch** Er würde jetzt 100. Wiederbegegnung mit dem jung gebliebenen Klassiker VON IRIS RADISCH

53 Biografie, Essay-Sammlung und ein Bildband VON A. ISENSCHMID

Erfahrungen eines Journalisten mit Frischs Fragebogen VON STEPHAN LEBERT

54 **Essay** Eberhard Straub »Zur Tyrannei der Werte« VON HUBERT WINKELS

Roman Nicolas Dickner »Tarmac« VON CATHARINA KOLLER

55 Margaux Fragoso »Tiger, Tiger« VON IJOMA MANGOLD

56 **Nachruf** Zum Tod von Gunter Sachs VON H.-BRUNO KAMMERTÖNS

57 **Umbruch** Eine Ägypten-Reportage der Philosophin SUSAN NEIMAN

58 **Brüssel** Toshio Hosokawas neue Oper »Matsukaze«, getanzt von Sasha Waltz VON CLAUS SPAHN

Kunst Der Medienkünstler Paul Pfeiffer in München VON HANNO RAUTERBERG

59 **Kunstmarkt** Mit Asiatika erzielt das Stuttgarter Auktionshaus Nagel Rekorde VON TOBIAS TIMM

Museumsführer (101) Das Museum Rade am Schloss Reinbek VON SVEN BEHRISCH

61 **Kino** »Joschka und Herr Fischer« VON GÖTZ ALY

Kulturkanäle Das neue Fernsehprogramm zdf.kultur VON NINA PAUER

62 GLAUBEN & ZWEIFELN
Islamismus Der Prediger Pierre Vogel reagiert auf bin Ladens Tod VON ANNABEL WAHBA

Vergeltung Ein junger Amerikaner über die Jubelvideos aus seiner Heimat VON PATRICK BRUGH

Heuchelei Merkels Kritiker

REISEN

63 **Schweiz** In Berzona fand der ewige Reisende Max Frisch ein Zuhause VON BERNADETTE CONRAD

65 **Eurovision** Ein Lob auf Düsseldorfs Kö, das Altbier und das japanische Viertel

67 **Seychellen** Wo William und Kate angeblich ihre Flitterwochen verbringen VON WINFRIED SCHUMACHER

CHANCEN

71 **Bachelor und Master: Ein Spezial auf 10 Seiten**

96 ZEIT DER LESER

RUBRIKEN

2 Worte der Woche

24 Macher und Märkte

44 Stimmt's/Erforscht & erfunden

54 Taschenbuch

56 Impressum

61 Wörterbericht/Das Letzte

95 LESERBRIEFE

AUSGABE:
20
12. MAI 2011

ZEIT MAGAZIN

Foto: Marco Valdivia

Gutes Gras: Blumen werden überschätzt, glaubt der Landschaftsarchitekt Peter Wirtz. Zu Besuch bei seiner legendären Familie

Kulinarische Wüste: Wolfram Siebeck reist durch Ägypten und kostet aus der Küche der Revolution

Der Schauspieler Robert Hunger-Bühler über den Tag, an dem er fast ertrunken wäre

ZEIT ONLINE

Foto: Allzweckjack/Photocase

Das Netz zivilisiert sich selbst
Das ganze Internet krawallig, grob und unfair? Nein, längst gibt es dort Räume, in denen Selbstkontrolle funktioniert, und Gemeinschaften, in denen Menschen respektvoll miteinander umgehen
www.zeit.de/ziviles-netz

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

Anzeigen in dieser Ausgabe
Spielpläne (Seite 19), Link-Tipps (Seite 28), Museen und Galerien (Seite 45), Bildungsangebote und Stellenmarkt (ab Seite 80)

Früher informiert!
Die aktuellen Themen der ZEIT schon am Mittwoch im ZEIT-Brief, dem kostenlosen Newsletter www.zeit.de/brief

»EINE STUNDE ZEIT«
Das Wochenmagazin von radioeins und der ZEIT, präsentiert von Katrin Bauerfeind und Anja Goerz: Am Freitag 18–19 Uhr auf radioeins vom rbb (in Berlin auf 95,8 MHz) und www.radioeins.de

WOCHENSCHAU
Eurovision Song Contest: Wovon Europa singt S. 20

GESCHICHTE
Große Entkitschung: Wer war Ludwig II. wirklich? S. 21

Fotos: Kai Wiedenhöfer für DIE ZEIT

Unter Verdacht

Ein Imam aus Bayern will ein weltoffenes Islamzentrum in München gründen, Politiker aller Parteien sind begeistert. Doch plötzlich gilt der Prediger als Verfassungsfeind. Bedroht er den Staat, oder fürchten Staatsschützer nur den Islam? VON ALBRECHT METZGER

Am 25. Mai 2007 schreibt Imam Benjamin Idriz einen Brief an den damaligen bayerischen Innenminister Günther Beckstein, um ihm von einem neuartigen Plan zu berichten. Als Absender steht oben rechts die Islamische Gemeinde Penzberg, in den Sprachen Deutsch, Arabisch, Englisch, Türkisch, Bosnisch und Albanisch – Ausdruck der nationalen Vielfalt der kleinen Gemeinde des Imams. »Sehr geehrter Herr Innenminister«, so geht es los. »Wie Sie sicherlich in der Presse mitverfolgen, setzt die Islamische Gemeinde in Penzberg seit Jahren auf die Schwerpunktarbeit einer gesunden Integration von Muslimen in die hiesige Gesellschaftsverordnung.«

Der Imam sucht Unterstützung für ein Islamzentrum, das er in München gründen möchte und in dem er muslimische Geistliche in deutscher Sprache ausbilden lassen will. Es habe schon zwei Treffen mit Münchner Muslimen gegeben, das »Projekt fand großes Interesse und stieß auf einen positiven Anklang der Teilnehmer«, fährt der Imam in seinem Brief fort. Erste Kontakte mit der bayerischen Staatsregierung »sind bereits erfreuend zu verzeichnen«, die Stadt München sei informiert. Jetzt möchte der Imam den Innenminister treffen. Sein Gesprächsangebot versteht er als vertrauensbildende Maßnahme. Schließlich gibt es genug islamische Geistliche in Deutschland, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden. Idriz rechnet sich nicht zu ihnen. Noch glaubt der Imam, er sei ein unverdächtiger Mann. Aber vier Jahre später, im Mai 2011, wird Imam Idriz als Feind der deutschen Verfassung gelten. Er wird einen Rechtsanwalt engagiert haben und Gerichtsprozesse führen, und er wird sich fragen: Was ist nur mit mir geschehen? Und warum?

Von Penzberg aus, eine Zugstunde südlich von München, kann man schon die Umrisse der Alpen am Horizont sehen. Die kleine Moschee am Ortsausgang liegt inmitten eines Gewerbegebietes, gegenüber ein Autohändler, nebenan ein Getränkemarkt. Bis 1966 war ein Kohlebergwerk der größte Arbeitgeber, dann siedelte sich der Lkw-Hersteller MAN an, später der Schweizer Pharmakonzern Roche Diagnostics. Als die Firmen Menschen aus der Türkei, aus Bosnien, aus dem Nahen Osten einstellten, wurde auch der Islam heimisch in Penzberg. 2005 eröffnete die Moschee.

Benjamin Idriz, Imam der Islamischen Gemeinde Penzberg, gilt als Erneuerer. Im Gebetsraum der Moschee (Bild oben) dürfen auch Frauen beten

Benjamin Idriz kam 1994 nach Penzberg und trat bald darauf seine Stelle als Imam an. Ein Imam steht der Gemeinde vor und hält jeden Freitag die Predigt. Idriz trägt stets ein mildes Lächeln im Gesicht, kleidet sich mit T-Shirt und Jeans. Nur wenn er auf die Kanzel steigt, setzt er sich einen weißen Turban auf und legt einen schwarzen Umhang um. Seiner ruhigen Stimme hört man gerne zu, oft predigt er die Vorzüge der Demokratie. Er ermahnt die Männer, ihre Frauen gut zu behandeln, und 2009, zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes, lobt er das politische System der Bundesrepublik.

Progressiven Muslimen gilt Idriz als Hoffnungsträger. Er hat eine Buch mit dem Titel *Grüß Gott, Herr Imam!* geschrieben, das die *Süddeutsche Zeitung* in den höchsten Tönen lobte. Zwangsheiraten hält er für einen Rückfall in die Steinzeit; die ungleiche Erbverteilung, welche die Söhne den Töchtern vorzieht, verurteilt er. Imam Idriz ist der Muslim, den sich Deutschland wünscht: weltoffen, tolerant, eloquent.

Die Penzberger Moschee, ein zweistöckiger Bau aus Kalksandstein mit großen Fenstern und einem Minarett, ist als solche erst auf den zweiten Blick zu erkennen. Das Minarett hat deshalb keine Spitze, weil Idriz nicht provozieren will. Den Bauplan sprach er mit dem Bürgermeister ab. »Was würden Muslime im Nahen Osten denken, wenn Christen kämen und eine Kirche mit extra hohem Kirchturm errichteten?«, fragte sich Idriz. Er hat seiner Moschee sogar einen deutschen Namen gegeben: »Islamisches Forum«. Moscheen, die nach islamischen Eroberern benannt sind, mag er nicht.

Der Imam will Deutschland beweisen, dass der Islam zu Europa gehört und mit den Werten der Aufklärung vereinbar ist. Er versteht sich als europäischer Muslim. 1972 wurde er in Makedonien geboren, er spricht fließend Makedonisch, Türkisch, Bosnisch, Arabisch und Deutsch. Mit 15 ging er nach Damaskus und besuchte ein Gymnasium mit dem Schwerpunkt islamischer Theologie. Sieben Jahre später schrieb er sein Diplom zum Thema »Emanzipation der Frau im Islam«.

Idriz will der islamischen Welt den »Geist der Erneuerung« bringen, ein »europäisches Klima der Offenheit«. Die rechtlichen Anweisungen im Koran müssten aus ihrer Zeit heraus verstanden werden, findet er. »Es muss darum gehen«, sagt Idriz,

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung von S. 15

»eine Verbindung zwischen der Lehre und der Wirklichkeit herzustellen – eine auf die Bedingungen unserer Zeit passende Antwort: Was hat Gott gemeint?« Leider, sagt der Imam, hätten im Laufe der islamischen Geschichte »texttreue Dogmatiker« die Vorherrschaft bei der Koranauslegung übernommen: »Sie verteufelten im Namen der Herrschaft des Textes die Realität und die Vernunft, sodass die islamische Kultur erstarrt ist.«

Idriz geht noch weiter. Er kritisiert die islamischen Verbände in Deutschland für ihre Fixierung auf ihre Herkunftsländer. Die Vermischung von Religion und Herrschaft habe dort zur »Entstehung und Zementierung von Despotien« geführt, meint der Imam. Seine Worte provozieren die mächtigen Verbände und konservative Muslime gleichermaßen. Idriz sucht den Kontakt zu den christlichen Gemeinden in Penzberg, es gehe nicht mehr nur um einen Dialog, sondern um Freundschaft, sagt er. Der katholische Pfarrer sagt dasselbe.

In der modernen Moschee hängen nur wenige religiöse Symbole, man sieht einige Frauen mit Kopftüchern und einige ohne, sie geben Männern die Hand. Im zentralen Gebetsraum, der in Moscheen normalerweise den Männern vorbehalten ist, beten auch Frauen. In der Bibliothek stehen neben islamischen Klassikern die Werke von Islamkritikern, zum Beispiel von der evangelikalen Autorin Christine Schirrmacher und dem Amerikaner Mark A. Gabriel. Diese kontroverse Welt möchte Idriz nach München exportieren. Einer seiner Unterstützer ist Alois Glück, der frühere CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, ein Vordenker der Partei. Glück hält Idriz für einen Hoffnungsträger im Dialog der Religionen.

Der Imam will kämpfen, aber er weiß noch nicht, was auf ihn zukommt

Am 24. Juli 2007, zwei Monate nachdem Idriz den Brief abgeschickt hat, antwortet ihm das bayerische Innenministerium, unterschrieben hat Ministerialdirigent Dr. Wolf-Dieter Remmele. Er schreibt: »Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse über die Zuordnung der Islamischen Gemeinde Penzberg e. V. und von Führungsmitgliedern der Gemeinde zu der islamistischen Organisation IGMG vor.« Gemeint ist offenbar Bayram Yerli, der Vorsitzende der Islamischen Gemeinde Penzberg.

Yerli ist ein Schlosser, der als Kind aus der Türkei nach Deutschland kam. 1985 trat er in Bad Tölz einer Gemeinde der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) bei. Er bleibt auch dann Mitglied, als er nach Penzberg zieht und sich der Gemeinde von Imam Idriz anschließt. Am 21. März 2005 schließlich kündigt er schriftlich seine Mitgliedschaft bei Milli Görüş, ein Vorgang, der dem Verfassungsschutz bekannt wird. Trotzdem glauben die Verfassungsschützer in Bayram Yerli einen Islamisten vor sich zu haben, denn die IGMG wird als extremistisch eingestuft.

Die Staatsschützer sehen weitere Verbindungen zu den türkischen Islamisten: Bevor die Islamische Gemeinde Penzberg 1994 entsteht, gibt es dort einen Ortsverein von Milli Görüş, der sich allerdings bald auflöst. Dennoch, der Regionalverband Südbayern von Milli Görüş führt danach die Islamische Gemeinde Penzberg als Ortsverein in seinem Register weiter. Mehrfach verlangen die Penzberger, aus dem Vereinsregister entfernt zu werden, zuletzt in einem Brief vom 14. März 2006. Auch davon erfährt der Verfassungsschutz. Trotzdem hält der Ministerialdirigent Remmele an dem Vorwurf fest, die Islamische Gemeinde sei eine Zelle von Milli Görüş. »Als Imam können Ihnen die Verbindungen dieser Gemeinde zur IGMG nicht verborgen geblieben sein«, schreibt der Ministerialdirigent. Idriz' geplantes Islamzentrum in München, »unter der Trägerschaft einer extremistischen Bestrebung«, könne nicht unterstützt werden. Deshalb gebe es auch keinen Gesprächstermin beim Minister. Ende der Debatte.

Idriz liest den Brief und ist geschockt. Er will aber nicht aufgeben. Er will kämpfen, aber er weiß noch nicht, was auf ihn zukommt. Er hat es mit einer Bürokratie zu tun, einem Gegner, der ihm nicht vertraut ist.

Am 1. August 2007 macht das Innenministerium in einer Presseerklärung seine Bedenken gegenüber Idriz' Projekt »Zentrum für Islam in Europa München« (ZIEM) öffentlich. Viele Medien greifen das Thema auf, und Staatssekretär Georg Schmid aus dem bayerischen Innenministerium weist auf die Verbindungen zu Milli Görüş hin. Dass ausländische Geldgeber das Projekt finanzieren wollten, gebe Anlass zu der Befürchtung, dass ein »fundamentalistisch geprägtes Islamverständnis« dahinterstecke.

Als Finanziers nennt der Imam Scheichs aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Der Emir von Schardscha hat bereits die Moschee in Penzberg mit 2,5 Millionen Euro unterstützt. Allein für das neue Grundstück in zentraler Lage in München veranschlagt Idriz bis zu zehn Millionen Euro. Der Bau selbst würde um die 30 Millionen Euro kosten. Den jährlichen Unterhalt in Höhe von 500 000 Euro will Idriz jedoch ohne ausländische Hilfe finanzieren, durch Mitgliedsbeiträge und die Verpachtung von Läden und einem Restaurant im neuen Zentrum. Außerdem hofft Idriz auf Zuschüsse der Stadt München, zum Beispiel für Deutsch- und Integrationskurse. Bei der Imam-Ausbildung in deutscher Sprache will er mit deutschen Hochschulen kooperieren und hofft auch hier auf öffentliche Gelder.

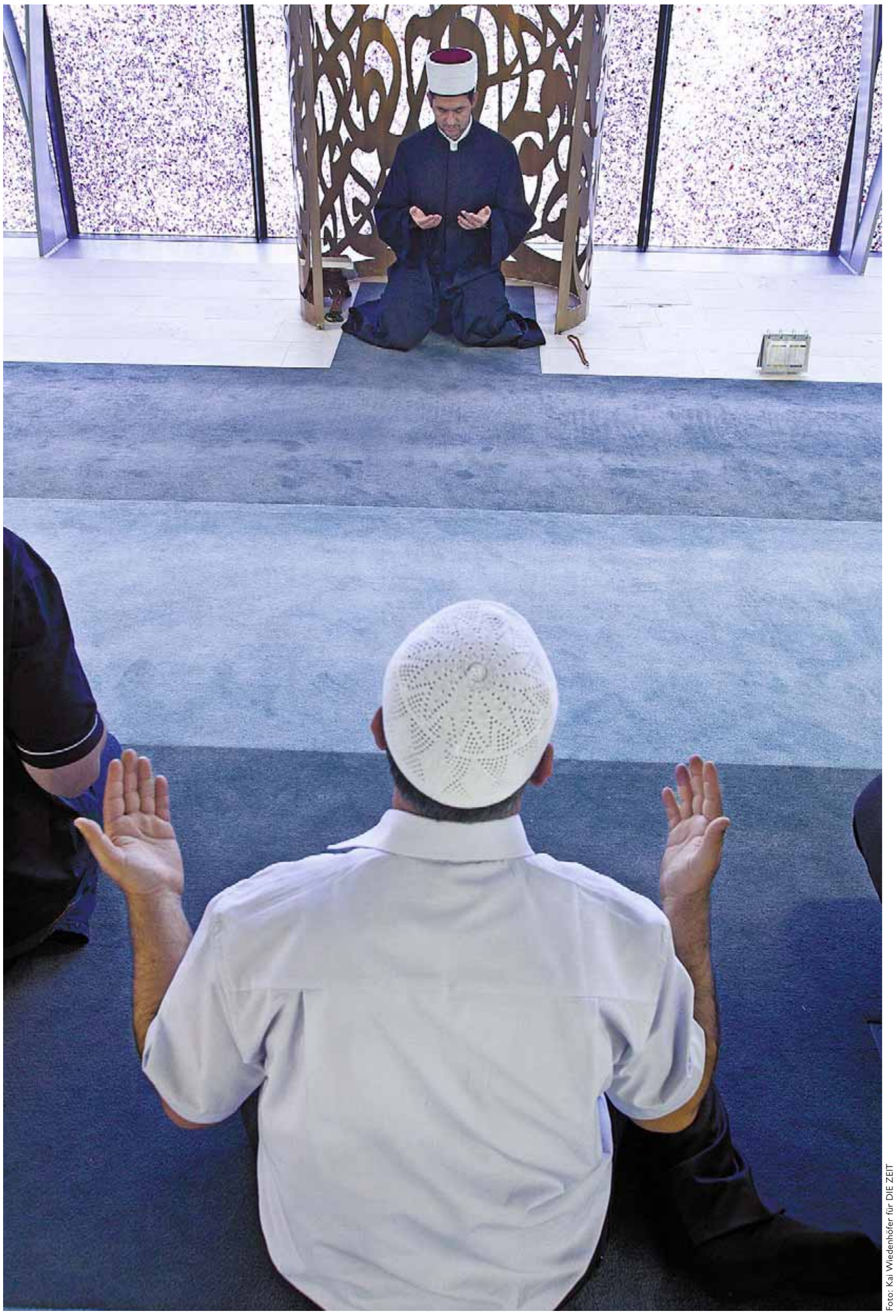


Foto: Kai Wiedenhöfer für DIE ZEIT

Imam Benjamin Idriz (oben) beim Freitagsgebet im Gebetsraum der Moschee im bayerischen Penzberg

Im August 2007 glaubt Imam Idriz immer noch an ein Missverständnis. In einem unterwürfigen Brief an Staatssekretär Schmid bedauert er die »Irritationen« über sein Konzept und bittet erneut um ein Gespräch. Die Gelegenheit dazu kommt schneller als erwartet: Der Staatssekretär schlägt den 13. August vor, der Imam bläst seinen Urlaub in Makedonien ab. Das Treffen findet in den Räumen des Verfassungsschutzes im Innenministerium statt. Staatssekretär Schmid nimmt teil sowie die Sachgebietsleiterin Ausländerextremismus, Marion Frisch. Aus Penzberg ist neben Imam Idriz auch Bayram Yerli gekommen, der Vorsitzende der Islamischen Gemeinde.

Nach vier Stunden glauben die Penzberger, die Staatsschützer von sich überzeugt zu haben. Doch dann passiert etwas, womit die Besucher nicht gerechnet haben. Von dem Vorfall gibt es zwei Versionen. Das Innenministerium, sagen die Penzberger, habe ihnen eine Presseerklärung vorgelegt, die sie sofort unterschreiben sollten, ohne sich beraten zu können. Das Innenministerium habe die Unterschriften zur Bedingung gemacht, andernfalls werde man das Treffen als gescheitert betrachten. In dem Schreiben sollen die Penzberger erklären, nichts mit Milli Görüş zu tun zu haben, außerdem sollen sie sich verpflichten, künftig keine Milli-Görüş-Mitglieder in ihren Reihen zu »dulden« beziehungsweise sie »auszuschließen«. Unter Punkt 5 soll sich Imam Idriz von jeglichen islamistischen Organisationen distanzieren, er hat sich der Bewertung der Staatsschutzbehörden anzuschließen, »dass es sich bei der IGMG um eine Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung handelt«. Eine islamische Organisation als »verfassungsfeindlich« zu bezeichnen wäre jedoch sehr ungewöhnlich für einen Imam und könnte ihm von muslimischer Seite viele Anfeindungen einbringen.

Andere Muslime halten den Imam jetzt für einen Lakaien des Staatsschutzes

Aus der Sicht des Innenministeriums war alles ganz anders: Demnach sind es die Vertreter der Islamischen Gemeinde Penzberg, die sich vom Extremismus distanzieren wollen, um ihr Münchner Projekt nicht zu gefährden. Die Presseerklärung sei in beiderseitigem Einvernehmen erarbeitet worden.

In jedem Fall kommt es zur Unterschrift, und das Gespräch ist beendet. Noch am selben Tag veröffentlicht das Innenministerium die Erklärung auf seiner Website. Die Penzberger aber gehen in den Pizza Hut am Münchner Hauptbahnhof und diskutieren. Sie sind nicht glücklich mit der Presseerklärung und beschließen, eine zweite Presseerklärung zu veröffentlichen, in der Imam Idriz das Unterschriebene relativiert.

Am selben Abend noch erhält Idriz einen Anruf, der ihn noch Jahre später verfolgen wird. Er wächst sich zum wichtigsten Beweisstück aus, mit dem das bayerische Innenministerium belegen will, dass Imam Idriz mit Extremisten gemeinsame Sache mache. Bei Idriz meldet sich Ibrahim el-Zayat, eine schillernde Figur in der islamischen Szene. Geboren und aufgewachsen in Deutschland, der Vater ist Ägypter. Bis zum Januar 2010 ist er Vorsitzender der Islamischen Gemeinde in Deutschland, der IGD. Sie ist nach Einschätzung des Verfassungsschutzes der verlängerte Arm der islamistischen Muslimbrüder, die in Kairo ihren Ursprung haben und bis zum Umsturz des Mubarak-Regimes offiziell verboten waren. Der damalige Führer der ägyptischen Muslimbrüder, Mohammed Mahdi Akef, bezeichnet Ibrahim el-Zayat im Februar 2007 als »Chef der Muslimbrüder in Deutschland«. Ibrahim el-Zayat selbst bestreitet jegliche Verbindungen zur Muslimbruderschaft, im April 2005 verklagt er die damalige CDU-Abgeordnete Kristina Schröder, heute Bundesfamilienministerin, die ihn als »Funktionär der Muslimbruderschaft« bezeichnet hat. Er verliert den Prozess, die Bezeichnung sei eine zulässige Meinungsäußerung.

Kenner der islamischen Szene bezeichnen Ibrahim el-Zayat als Strippenzieher. Jahrelang ist er Europavertreter der World Assembly of Muslim Youth, einer aus Saudi-Arabien stammenden Jugendorganisation. Außerdem ist er Generalbevollmächtigter der Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft, die auch die etwa 300 Moscheen der Islamischen Gemeinde Milli Görüş verwaltet. Zur Zeit des Telefonats läuft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, das später eingestellt wird; es geht um Spenden an die islamistische Hamas in Palästina. Die Münchner Polizei hört also mit und schneidet das auf Deutsch geführte Gespräch mit. Demnach sagte el-Zayat: »Du musst dich fragen, wer du sein möchtest. Wer ist der Benjamin Idriz? Möchtest du jemand sein, der sich gegen die Muslime wendet?«

Imam Idriz: »Ich sage doch, dass ich damit nicht einverstanden bin, aber was ist die Lösung?«

El-Zayat: »Das Richtige zu sagen. Du musst wissen, wofür du stehst, wenn du gemeinsam mit dem Innenministerium der Meinung bist, dass die IGMG verfassungsfeindlich ist, dann kannst du aber nicht damit rechnen, dass dir islamische Organisationen in Zukunft helfen. Es ist nicht deine Angelegenheit, andere islamische Organisationen zu beurteilen.

Imam Idriz: »Ich bin ja deiner Meinung. Was soll ich tun?«

El-Zayat: »Du musst das richtigstellen. Du kannst ja sagen, dass du sie nicht unterstützt. Aber du kannst nicht sagen, dass sie verfassungsfeindlich sind.«

Tatsächlich veröffentlicht Idriz am nächsten Tag eine Presseerklärung, in der er sich erneut vom Extremismus distanziert. Allerdings sagt er jetzt, es sei nicht seine Aufgabe, einzelne islamische Gemeinschaften für verfassungsfeindlich zu erklären. »Diese Verantwortung obliegt allein den zuständigen Behörden«, schreibt er. Wenige Wochen später lobt Staatssekretär Schmid in einem Brief die Distanzierungen der Penzberger von Milli Görüş. »Sie sind ein erster und auch notwendiger Schritt Ihrerseits gewesen, um für die Zukunft eine neue Bewertung zu ermöglichen«, schreibt Schmid. Idriz glaubt nun, in Zukunft keine Probleme mehr zu bekommen – auch wenn islamische Organisationen wie Milli Görüş ihn jetzt für einen Lakaien der Staatsschutzbehörden halten. Doch Idriz versteht nur wenig vom Innenleben eines Innenministeriums.

Als am 30. März 2008 der bayerische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2007 veröffentlicht wird, ist Staatssekretär Georg Schmid längst nicht mehr im Amt. Geblieben sind all die Ministerialdirigenten und Ministerialräte, die Staatsbeamten auf Lebenszeit, die offensichtlich den Beteuerungen des Imams aus Penzberg nicht glauben.

Da sind vor allem der Ministerialdirigent Wolf-Dieter Remmele und die Ministerialrätin Marion Frisch. Beide machen im Gespräch mit der *ZEIT* keinen Hehl aus ihrem Misstrauen gegenüber Idriz und seinen Plänen. Sein Verein sei noch im Jahr 2004 auf Mitgliedslisten von Milli Görüş geführt worden, heißt es im Verfassungsschutzbericht, wenngleich der Vereinsvorsitzende Bayram Yerli mittlerweile Schreiben vorgelegt habe, »mit denen er um Streichung des Vereins aus dem IGMG-Register bittet und seine persönliche Mitgliedschaft ab März 2006 kündigte«, heißt es in dem Bericht. Das stimme mit den Methoden der IGMG überein, gesellschaftliche Akzeptanz zu suchen und Ortsvereine zu gründen, bei denen direkte Bezüge zur eigenen Organisation fehlten.

Alois Glück von der CSU rät den Muslimen, vor Gericht zu ziehen

Imam Idriz hat noch nie einen Verfassungsschutzbericht in den Händen gehalten. Erst sein Rechtsanwalt macht ihm klar: Wer im Verfassungsschutzbericht auftaucht, gilt als verfassungsfeindlich; und wer als verfassungsfeindlich gilt, kann nicht darauf hoffen, von staatlicher Seite unterstützt zu werden. Idriz, meint der Anwalt, müsse schleunigst daran arbeiten, dass er aus diesem Bericht gestrichen werde. Noch hält die Stadt München zu Idriz, die Verhandlungen über sein Projekt laufen weiter. Aber selbst Oberbürgermeister Christian Ude macht sich angreifbar, wenn er mit einem Imam verhandelt, der als extremistisch gilt. »Die bisherige Nennung im Verfassungsschutzbericht konnte alle anderen Eindrücke und Informationen nicht widerlegen, neue Tatsachen müssten natürlich neu geprüft werden«, betont Ude. »Einen negativen Automatismus gibt es nicht, aber auch keinen fahrlässigen Umgang mit Erkenntnissen des Verfassungsschutzes.«

Imam Idriz kommt sich vor wie in einem Hamsterrad: Er läuft und läuft und kommt nicht voran. Als der neue Innenminister vereidigt wird, schöpft er Hoffnung: Joachim Herrmann war CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, und nachdem Idriz ihm zu jener Zeit die Entwürfe seines Zentrums geschickt hatte, schrieb Herrmann zurück: »Das von Ihnen angestoßene Projekt ist sehr interessant und sollte auf jeden Fall Gegenstand eines intensiven und kontinuierlichen Dialogs zwischen Ihnen und der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag bleiben.« Idriz hofft jetzt, dass Herrmann sich daran erinnern und mithelfen werde, dass die Islamische Gemeinde Penzberg aus dem Verfassungsschutzbericht gestrichen wird. Idriz bittet um ein Gespräch, bekommt eine Zusage – und kurz darauf eine Absage: Der Innenminister sei verreist.

Im März 2009 wird der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 vorgestellt – und wieder steht die Islamische Gemeinde Penzberg e. V. darin. Die Gemeinde sei ein Beispiel für »formal nach außen hin vollzogene Distanzierungsbemühungen« gegenüber Milli Görüş, heißt es nun, doch im Berichtsjahr habe die Gemeinde erneut für eine Veranstaltung der Islamisten in Ingolstadt geworben. Es handelte sich um eine Koranrezitation, die auch der dortige Oberbürgermeister besuchte – ein Mitglied der CSU. Die Geschichte lasse sich leicht aufklären, sagt Imam Idriz heute: Die Penzberger Moschee stehe immer offen, jeder könne ein und aus gehen. Gleich links neben dem Eingang hänge ein Schwarzes Brett, wo jemand, ohne zu fragen, das Milli-Görüş-Plakat angebracht habe. Es sei umgehend entfernt worden, nachdem es entdeckt worden sei.

Das Innenministerium sieht die Sache anders: Diese Begebenheit bestätige die Nähe der Penzberger zu Milli Görüş. Jetzt schaltet Idriz seinen Anwalt Hildebrecht Braun ein. Er soll herausfinden, was genau der Verfassungsschutz verfolgt: Was konkret wirft man ihm vor? Braun trifft sich mit Innenminister Herrmann. Der windet sich und rät dem Anwalt, er solle das Gespräch mit den zuständigen Beamten suchen. Am 12. Februar 2009 trifft Braun unter anderem den Ministerialdirigenten Remmele. Seit 1994 sitzt er auf seinem Posten, inzwischen ein grau melierter Herr von 63 Jahren. Auch Ministerialrätin Marion Frisch ist wieder dabei. Sie begrüßt den Anwalt Braun mit den Worten: »Eigentlich treffen wir uns nicht mit den Objekten unserer Beobachtung.« Das sind die Worte, an die Braun sich erinnert. Frisch sagt heute, sie wisse nicht mehr genau, was ihre Worte waren.

Der Anwalt ist über die Begrüßung pikiert, er hat mehrere Jahre lang im Bundestag gesessen, für die FDP. Er bekommt keine Einsicht in die Akten des Verfassungsschutzes. Und so bleibt unklar, was genau gegen die Penzberger vorliegt. Allerdings lernt der Anwalt etwas über das bayerische Innen-

Fortsetzung auf S. 17

Fotos: Kai Wiedenhöfer für DIE ZEIT; Heide Fest (r.)

Große Fenster, dezentes Minarett: Die Penzberger Moschee soll Offenheit ausstrahlen

Fortsetzung von S. 16

ministerium. Auf die Frage, was denn so gefährlich an der Islamischen Gemeinde Penzberg sei, habe der Ministerialdirigent Remmele erwidert: »Uns macht die Gefahr islamistischer Gewalttäter deutlich weniger Sorge als die Gefahr der schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft.« Und dann habe er noch von der hohen Geburtenrate der Muslime gesprochen, die ein Problem für Deutschland sei. So lautet die Version des Anwalts Braun, die in den Prozessakten des Verfahrens auftaucht, das die Penzberger später gegen das Innenministerium wegen der Nennung im Verfassungsschutzbericht anstrengen.

Hat Ministerialdirigent Remmele etwas gegen den Islam? »Das ganze Gespräch drehte sich um islamischen Extremismus und nicht um den Islam«, wehrt sich Remmele im Nachhinein. »Hildebrecht Braun hat das Gespräch verfälscht wiedergegeben, ich könnte gegen ihn eine gerichtliche Unterlassungsanordnung erwirken.« Hat er aber bislang nicht.

Idriz' alter Freund Alois Glück von der CSU rät den Penzbergern, vor Gericht zu ziehen. Lange diskutiert der Vorstand der Gemeinde darüber, doch manche fürchten, ihnen könnte die Moschee genommen werden, wenn sie den Freistaat verklagen. Auch der SPD-Bürgermeister von Penzberg, der bei Festen die Moschee in Lederhosen betritt, hat Bedenken. »Den Staat verklagen – da kann doch nichts Gutes bei rauskommen«, sagt er. Am Ende klagen die Penzberger gegen ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 2008. Sie wollen eine einstweilige Anordnung erwirken. Ein solches Eilverfahren dauert normalerweise wenige Wochen. In diesem Fall lässt sich das Gericht ein Jahr Zeit.

Das Vorgehen des Innenministeriums bringt auch Idriz' christliche Freunde auf. Sie sehen in ihm einen Hoffnungsträger, der zerrieben werden soll. »Wenn wir den wegbeißen – wer bleibt dann noch übrig?«, fragt etwa Mathias Rohe, Professor für Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen. Von Anfang an hat Stefan Jakob Wimmer, Lehrbeauftragter an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München, den Konflikt miterlebt. Er ist das einzige nichtmuslimische Mitglied im Vorstand von ZIEM.

Wimmer ist seit Langem im interreligiösen Dialog engagiert, er hat in Jerusalem an der Hebräischen Universität studiert. Seine Frau ist Palästinenserin. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern hat er die »Freunde Abrahams« gegründet, ein Dialogforum für Christen, Juden und Muslime. Im März 2010 schreibt Wimmer einen öffentlichen »Brandbrief«: Im bayerischen Innenministerium, so der Religionswissenschaftler, säßen Beamte, die offensichtlich inspiriert seien von der islamfeindlichen Website *Politically Incorrect,* deren Methoden man mit der »antisemitischen Hetze« früherer Zeiten vergleichen könne. Bloß seien diesmal nicht Juden die Opfer, sondern Muslime. Was wäre, fragt der Religionswis-

Fortsetzung auf S. 18

»Da wird ein Popanz aufgeblasen«

Um sich selbst wichtiger zu machen, übertreibe der Verfassungsschutz seine Informationen unzulässig, kritisiert der Sozialwissenschaftler Werner Schiffauer

DIE ZEIT: Was bedeutet es für islamische Gemeinden, im Verfassungsschutzbericht erwähnt zu werden?

Werner Schiffauer: Das kommt einem Urteil gleich. Die Aussage »vom Verfassungsschutz beobachtet« wird gleichgesetzt mit: »ist verfassungsfeindlich«. Damit hat der Verfassungsschutz in der Öffentlichkeit eine Rolle übernommen, die ihm ursprünglich nicht zugedacht war. Er ist zur Prüfinstanz der Verfassungstreue geworden. Eigentlich soll aber das Verfassungsgericht darüber entscheiden.

ZEIT: Wie entsteht ein Verfassungsschutzbericht?

Schiffauer: Die Mitarbeiter fassen aufgrund verschiedener Quellen – vor allem von Informanten und Publikationen – Erkenntnisse zusammen, die dann im Innenministerium die Behördenleiter rauf und runter gehen. Am Ende kommt ein politisch gewichteter Text heraus. Ich kenne Fälle, bei denen Beamte nicht sehr glücklich darüber waren, was aus ihren Erkenntnissen geworden ist. Einige von ihnen kenne ich seit Langem. Die haben ein Berufsethos als unabhängige Ermittler. Der Verfassungsschutz ist aber nicht politisch unabhängig.

ZEIT: Diese Ermittler liefern Belege für eine politische Wertung, die schon feststeht?

Schiffauer: Das Material wird oft sehr zugespitzt und stark gewertet. Zum Beispiel wird aus jemand, der zur Zeit des Kriegs im Irak Solidarität mit dem irakischen Volk fordert, einer, der zur Rekrutierung von Selbstmordattentätern aufruft.

ZEIT: Welche islamischen Organisationen sollten Ihrer Meinung nach beobachtet werden?

Schiffauer: Bei manchen Islamisten ist das absolut unstrittig wie etwa bei Hisb ut-Tahrir oder der Gruppe Kalifatstaat, die beide eindeutig die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen möchten. Schwieriger wird es beim sogenannten legalistischen Islamismus.

ZEIT: Was sind »legalistische Islamisten«?

Schiffauer: Aus der Perspektive der Sicherheitsorgane: Wölfe im Schafspelz. Sie halten sich an die Gesetze und verzichten auf Gewalt. Dennoch unterstellt man ihnen, langfristig eine islamische Ordnung in Deutschland errichten zu wollen. Indizien dafür sind dann oft personelle Verflechtungen mit Organisationen in den Herkunftsländern – etwa mit den Muslimbrüdern in Ägypten. Auch wer für die Bewahrung einer »islamischen Identität« eintritt, erregt schon den Verdacht, er wolle Parallelgesellschaften bilden und die jungen Leute in Distanz zur gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik bringen.

ZEIT: Ist das plausibel? Verläuft so die Radikalisierung?

Schiffauer: Nein. Die islamistischen Attentäter der letzten Jahre waren entfremdete und entwurzelte junge Männer, die sich im Internet selbst radikalisiert haben. Sie waren gerade nicht Mitglieder »legalistisch islamistischer« Gemeinden. Und wenn sie doch Kontakt zu ihnen hatten, sind sie meist schnell wieder ausgestiegen, weil ihnen das Angebot dort zu langweilig und kompromisslerisch war. Das sollte den Sicherheitsbehörden viel mehr Sorgen machen, weil man solche hoch individualisierten Prozesse nicht beobachten kann wie das Leben in einem Moscheeverein.

Professor Werner Schiffauer lehrt an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)

ZEIT: Heißt das, man beobachtet eben, was man beobachten kann, auch wenn es die Falschen sind?

Schiffauer: Ja, ich glaube, es geht manchmal mehr darum, zu zeigen, dass man etwas tut, um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen. Da wird dann ein Popanz aufgeblasen. Das ist für die Sicherheit unseres Landes kontraproduktiv, denn man trifft damit diejenigen, die sich für die Integration eines konservativen Islams in die Gesellschaft einsetzen.

ZEIT: Was sind die Quellen des Verfassungsschutzes?

Schiffauer: Auf der untersten Ebene sind das die Informanten. Die sind von Natur aus problematisch. Informant wird oft, wer von seiner eigenen Organisation enttäuscht ist, oder auch, wer einfach Geld braucht. Solche Leute können zwar benötigt werden, wenn es um Sachinformationen geht, etwa um Pläne zu einem Attentat. Aber wenn sie Wertungen über ihre Organisation abgeben, ist das mit Vorsicht zu genießen.

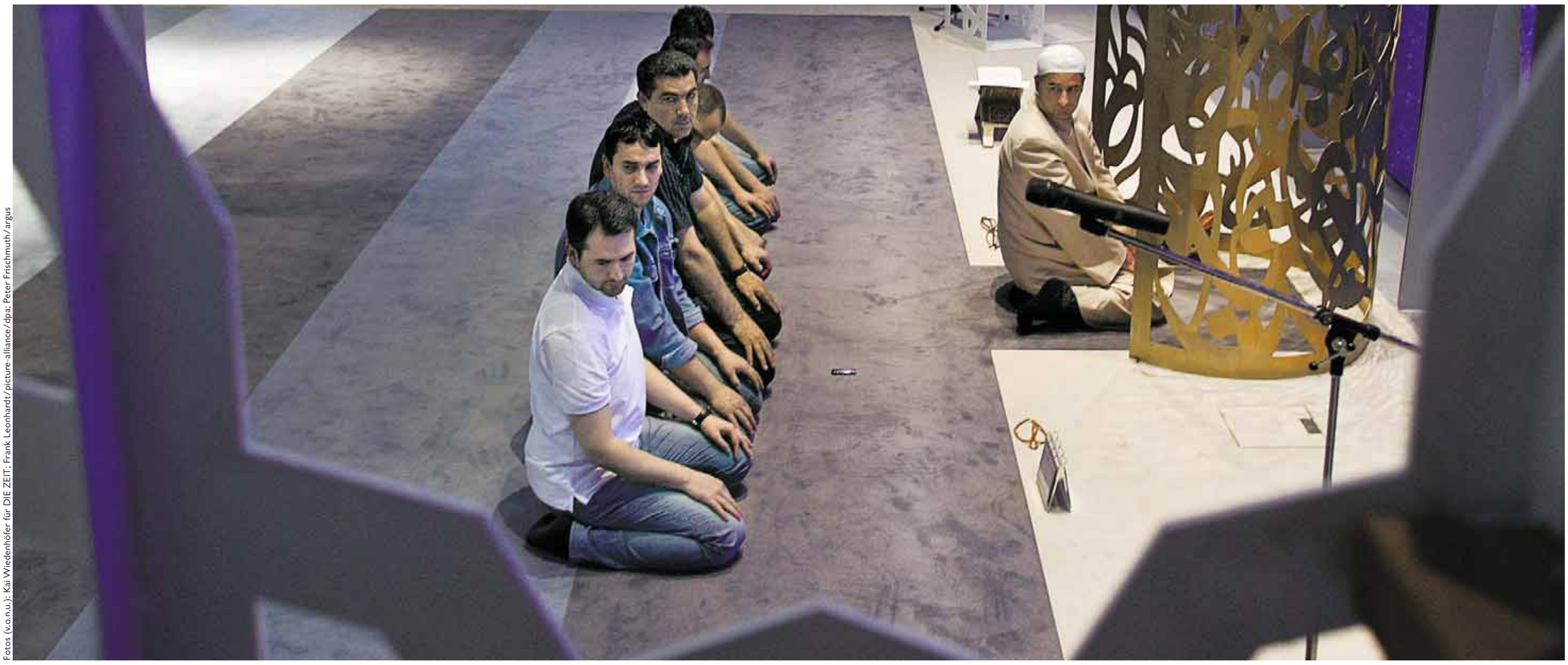
ZEIT: Schafft sich der Verfassungsschutz manchmal seine Objekte auch selbst, um die eigene Existenz zu rechtfertigen?

Schiffauer: Kurz nach dem 11. September 2001 war ich einmal bei einer Tagung des Verfassungsschutzes, da sagte ein Amtschef: Die schweren Zeiten sind vorbei. Nach dem Ende des Kommunismus hatten sie befürchtet, der Verfassungsschutz könnte als überflüssig betrachtet werden. Nach 2001 wurden dann viele junge Islamwissenschaftler eingestellt. Und die müssen nun auch etwas tun, um ihre Beschäftigung zu rechtfertigen. Also üben sie das Lesen gegen den Strich ein, wo aus scheinbar unbedenklichen Äußerungen durch Zuspitzung und Selektion Verdachtsmomente werden. Auf einer Tagung hat zum Beispiel ein führender Kopf von Milli Görüş gesagt, es gebe Probleme mit gewissen antisemitischen Äußerungen von Imamen, die er sich deshalb zur Brust nehme. Im Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg wurde daraus: Der Funktionär bestätigt die Existenz von Antisemitismus bei Milli Görüş. Wenn die Sicherheitsperspektive den Blick so stark bestimmt, macht sie die Integrationspolitik kaputt.

ZEIT: Wozu brauchen wir den Verfassungsschutz? Was wäre seine Aufgabe?

Schiffauer: Er muss nachweisbaren Gefahren nachgehen. Dieses allgegenwärtige Misstrauen war vielleicht in den fünfziger Jahren angemessen, in einer Zeit mit vielen alten Nazis und einer kommunistischen Gefahr im Kalten Krieg. Inzwischen ist die Demokratie längst gefestigt.

Das Gespräch führte JÖRG LAU



Fotos (v.o.n.u.): Kai Wiedenhöfer für DIE ZEIT; Frank Leonhardt/picture-alliance/dpa; Peter Frischmuth/argus

Angehörige der Islamischen Gemeinde Penzberg beim Gebet in der Moschee

Fortsetzung von S. 17

senschaftler, »wenn in einer bayerischen Behörde Personen mit offen antisemitischer Gesinnung mit der Zuständigkeit für jüdische Gemeinden betraut wären?«

Kurz darauf erhält Wimmer Post von einem Ministerialdirektor im bayerischen Innenministerium. »Ihren Unterstellungen trete ich mit Nachdruck entgegen«, schreibt der Beamte. Die Arbeit des bayerischen Innenministeriums richte sich keinesfalls gegen den Islam als Religion, »sondern gegen den Islamismus, der im Widerspruch zu unserer freiheitlichen Grundordnung steht. Wer das Gegenteil behauptet, betreibt bewusste Fälschung.«

Die radikale Bürgerbewegung Pax Europa fühlt sich bestärkt vom Innenministerium. Sie warnt schon lange vor der Islamisierung der deutschen Gesellschaft und vergleicht den Islam mit dem Nationalsozialismus. Das Minarettverbot in der Schweiz hat sie begeistert gefeiert. Statt sich von diesen Leuten zu distanzieren, lässt Minister Herrmann im Jahr 2010 einen Ministerialrat in seinem Namen an Pax Europa schreiben. »Kritik an bestimmten Ausprägungen des Islam ist auch in muslimischen Gemeinden in Bayern nicht nur legitim, sondern geradezu notwendig«, heißt es. Der Staatsminister habe sich deswegen in Interviews immer dagegen ausgesprochen, Islamkritik als »Islamophobie« abzustempeln. »Wir dürfen uns nicht scheuen, antiemanzipatorische und menschenrechtsferne Mentalitäten, Sitten, Gebräuche und Traditionen der muslimischen Minderheit klar zu thematisieren. Für die Unterdrückung von Frauen oder die Scharia ist bei uns kein Platz.«

Nachvollziehbare Positionen, die jedoch Pax Europa für seine Zwecke benutzt. Es stellt den Brief ins Internet. »Chapeau, Herr Innenminister«, heißt es dazu. »Auf dieser Basis können wir Islamkritiker gut weiterarbeiten.«

Am 2. April 2010, es ist Karfreitag, verteilt die Organisation Pax Europa vor den Kirchen in Penzberg Flugblätter: »Penzberger Bürger!, wussten Sie, dass die Islamische Gemeinde Penzberg mit Hilfe der extremistischen Milli Görüş gegründet wurde? Wussten Sie, dass laut Koran alle Christen ›Ungläubige‹ sind? Wussten Sie, dass im Koran an 27 verschiedenen Stellen in Befehlsform zum Töten der Ungläubigen aufgefordert wird?«

Am 30. März 2010 erscheint der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2009, und wieder tauchen die Penzberger darin auf. Jetzt wird Imam Idriz zusätzlich vorgeworfen, er habe sich von den Muslimbrüdern helfen lassen, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Was ist geschehen?

Imam Idriz hat zweimal die Hilfe eines gewissen Ahmad Khalifa angenommen. Khalifa ist ein Prediger im Islamischen Zentrum München, der ältesten Moschee der Stadt, die mithilfe der Muslimbrüder gebaut wurde. Sie gilt als europäische Anlaufstelle der Organisation und wird deswegen im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Khalifa hatte Kontakt zu vielen finsteren Gestalten, wie etwa Mahmud Abouhalima, der 1993 versuchte, das World Trade Center in die Luft zu jagen, oder Mamduh Mahmud Salim, einem engen Vertrauten Osama bin Ladens. Ungeachtet dessen galt Khalifa lange Zeit als angesehener Mann in München, die Moschee wird von vielen unbescholtenen Muslimen besucht, und noch im Jahr 2008 rühmte sich der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Ludwig Spaenle, er besuche regelmäßig das Islamische Zentrum München – es sei ein Beispiel dafür, »wie Integration funktioniert«.

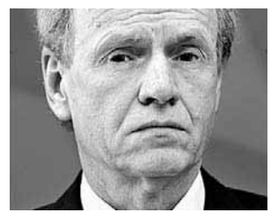
So auch für Imam Idriz. Als er 1994 nach Deutschland kommt, braucht er eine Bestätigung von einer islamischen Autorität, damit er als Imam arbeiten darf. So verlangt es das Landratsamt im bayerischen Weilheim, in dessen Landkreis Penzberg liegt. »Außer Ahmad Khalifa gab es damals niemanden, der so etwas auf Deutsch schreiben konnte«, sagt Idriz. Ein ähnlicher Vorgang wiederholt sich fünf Jahre später. Die Aufenthaltsgenehmigung ist abgelaufen, das Landratsamt in Weilheim sieht sich nicht in der Lage, sie eigenmächtig zu verlängern, und ein Beamter rät Idriz, sich Unterstützung zu holen. Sein Anwalt wendet sich ganz nach oben, an Ministerpräsident Edmund Stoiber, zu dessen Wahlkreis Penzberg gehört. Die Penzberger schicken Stoiber einen Brief ihres Bürgermeisters und ein weiteres Schreiben von Ahmad Khalifa, dazu Zeitungsartikel, aus denen hervorgeht, dass sich die Penzberger Gemeinde um die Integration von Muslimen bemühe. Kurze Zeit später trifft die Nachricht ein: »Die von Herrn Ministerpräsident veranlasste Prüfung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern hat ergeben, dass der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nichts entgegensteht«, schreibt die Staatskanzlei. Obwohl sich der düstere Islamist Ahmad Khalifa für Imam Idriz starkmachte, hatte das Innenministerium damals keine Bedenken. Zehn Jahre später taucht der Fall im Verfassungsschutzbericht auf.

Im Mai 2010 urteilt das Verwaltungsgericht, die Islamische Gemeinde Penzberg werde zu Recht im Verfassungsschutzbericht 2008 erwähnt. Die Verbindungen zur Islamischen Gemeinde Milli Görüş seien unbestreitbar. Kurz darauf findet jenes Treffen im Innenministerium statt, in dessen Anschluss Imam Idriz die IGMG als verfassungsfeindlich bezeichnet. Ibrahim el-Zayat, der umstrittene Strippenzieher, der Idriz zuvor am Telefon genau davor gewarnt hat, ist erbost. In einem Gespräch mit einem hohen Funktionär von Milli Görüş bezeichnet er Imam Idriz als »Schwachkopf« und »Idioten«. »Das ist ja nur noch peinlich«, sagt el-Zayat. »Ich werde ihm jetzt drei bis vier Geldquellen schließen.«

Der Kontakt zu el-Zayat schadet Imam Idriz' Glaubwürdigkeit. Andererseits: Ist es verboten, mit Ibrahim el-Zayat zu telefonieren? Wer sich in der islamischen Szene in Deutschland engagiert, kommt um den umtriebigen Funktionär kaum herum. Und el-Zayat hat nicht nur Kontakt mit islamischen Organisationen. Er nahm im Jahr 2006 auch an einer Konferenz in Südafrika teil, die von der Evangelischen Akademie Tutzing veranstaltet wurde. Emilia Müller, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, sprach ein Grußwort. »Die Regierung hat selbst Kontakt mit Ibrahim el-Zayat, und mir wird vorgeworfen, ich sei ein Extremist«, sagt Imam Idriz.

Ibrahim el-Zayat selbst sich hat sich zu der ganzen Angelegenheit bislang nicht geäußert. Gegenüber der *ZEIT* beschreibt er Imam Idriz als naiv, weil der glaube, er könne sich mit dem Innenministerium einigen. Diese Beamten seien doch nur darauf aus, einen Keil zwischen die Muslime zu treiben. Idriz könne das aber nicht erkennen. Der Frage nach den finanziellen Quellen, die er dem Imam verschließen wollte, weicht er im Gespräch mit der *ZEIT* aus. Idriz hingegen bestreitet vehement, jemals Geld von Ibrahim el-Zayat oder Leuten, die ihm nahestehen, bekommen zu haben. Finanziert werde die Gemeinde aus Mitgliedsbeiträgen und den Mieteinnahmen aus einer Immobilie.

Im November 2010 erfährt Imam Idriz etwas Neues über sich: Unter dem Titel *Hitler? Ach so* veröffentlicht der *Focus* einen Bericht über Hussein Djozo, einen bosnischen Militärimam der Waffen-SS. Ausgerechnet diesen Hussein Djozo zählt Imam Idriz zu seinen Vorbildern. Er bezieht sich dabei auf die Schriften, die Hussein Djozo nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte. Über dessen Vergangenheit als Imam der Waffen-SS habe er, beteuert Idriz, bis dahin nichts gewusst. Ist Idriz naiv, oder lügt er?



Ministerialdirigent Wolf-Dieter Remmele (oben) und der bayerische Innenminister Joachim Herrmann

Der *Focus* muss ein paar Wochen später unter Androhung einer Verleumdungsklage eine Gegendarstellung drucken, in der Idriz schreibt, dass er die Shoah als »beispielloses Menschheitsverbrechen« verurteile. Zudem entschuldigt sich das Magazin: »*Focus* bedauert, dass der Eindruck entstand, der Penzberger Imam nehme sich die Waffen-SS zum Vorbild.«

Trotz dieser Irritationen halten die nichtmuslimischen Unterstützer weiter zu Idriz. Unter ihnen ist auch Marian Offman, CSU-Mitglied und Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde in München. Er hat erlebt, wie das Jüdische Zentrum in München das jüdische Leben erneuert hat. Er glaubt, ein Islamzentrum könnte für die Muslime dieselbe Wirkung haben. Auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP steht hinter Idriz. Am Tag, als der Verfassungsschutzbericht 2008 veröffentlicht wird, besucht sie demonstrativ die Gemeinde in Penzberg. Auch der amerikanische Konsul in München kommt regelmäßig vorbei. Der evangelische Landesbischof Johannes Friedrich sagt nach seinem Besuch in Penzberg: »Ich bin beeindruckt von der Offenheit der Gemeinde.«

Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2010, der am 3. März 2011 veröffentlicht wird, tauchen die Penzberger wieder auf, diesmal auf zweieinhalb Seiten, so ausführlich wie nie zuvor. Benjamin Idriz hofft noch immer darauf, dass er den Kampf gegen die bayerischen Behörden gewinnen wird, die Hoffnung ist kleiner geworden von Jahr zu Jahr, und sie wäre vollständig zerstört, wenn da nicht dieser eine Satz stünde: »Neue Erkenntnisse über verfassungswidrige Aktivitäten«, heißt es jetzt über die Penzberger im Bericht des Verfassungsschutzes, »ergaben sich im Berichtsjahr jedenfalls nicht.«

Frohnaturstatus im Härtetest

Kaum ist die Londoner Hochzeit verklungen, kaum ist Osamas Leichnam bei den Haien, wird schon wieder gejubelt, wieder geschossen. In Gstaad gibt es einen prominenten Toten zu beklagen, der sich nach Meinung vieler »stilvoll« aus dem Leben verabschiedete. »Die Kugel sei zur einen Schläfe ein- und zur anderen wieder ausgetreten«, konnte *Bild* am Schreibtisch ermitteln. Ein sauberer Schuss. Aber richtet ein Mann von Welt ein Blutbad an? *Penthouse,* ausgerechnet, informierte vor geraumer Zeit über das Berufsbild des Putzmannes im Sondereinsatz: »Wer Tatortreiniger werden möchte, muss starke Nerven haben.« Und natürlich Feudel und Eimer. Und damit gleiten wir zwanglos nach Düsseldorf ins Rheinische über, dessen Frohnaturstatus sich diese Woche einem Härtetest ausgesetzt sieht. Drei Tage lang geht es um die Endausscheidung beim Eurovision Song Contest. Endausscheidung, besser kann man es nicht sagen. Aber lesen Sie selbst *(unten).* Die Stadt hat sich auf das Event eingestimmt. Man singt seit Jahrzehnten und durchaus Bedenkenswertes: »Wärst du doch in Düsseldorf geblieben, schöner Playboy, du wirst nie ein Cowboy sein.« *(Mehr Düsseldorf auf S. 65)*

Trauern und hoffen

Eurovision Song Contest in Düsseldorf: Ein Sänger stirbt, seine Freunde singen statt seiner. Die Geschichte des Liedes aus Island VON DEBORAH STEINBORN

Fotos [M]: ESC/RUV/Gassi (2); Nigel Treblin/dapd (u.)

Sjonnis Friends – sie trugen Sjonni zu Grabe, zwei Tage später traten sie erstmals auf

Matthias Matthiasson war auf dem Weg zu seinem Freund Sjonni, sie wollten zusammen frühstücken, da klingelte das Telefon: Sjonni habe gerade eine Hirnblutung erlitten. Er starb, mit 36 Jahren. An jenem 17. Januar 2011 waren es noch zwölf Tage bis zur Vorrunde im Eurovision Song Contest. Dann würden die Isländer entscheiden, welche Lieder es ins nationale Finale schaffen. Zwölf Tage, bevor Matthiassons Freund Sigurjon »Sjonni« Brink mit *Coming Home* in der Hauptstadt Reykjavík auftreten sollte, einem Song, halb Folk, halb Rock, zum Mitsummen.

Der Text handelt von der Flüchtigkeit des Seins. Es war ein Appell, das Leben so zu leben, als ginge es morgen zu Ende – eine Botschaft an seine krisengeschüttelten Landsleute, ja an alle Europäer. Im letzten Moment hatte Sjonni Brink das Lied beim Wettbewerb eingereicht. Seine Frau Thorunn Clausen, eine Schauspielerin, hatte ihm geholfen. Am Abend vor dem Abgabetermin schrieb er mit ihr die letzten Zeilen auf Englisch, sie übersetzte den Text ins Isländische.

Unüblich war diese Zusammenarbeit nicht. Die beiden waren sich 2002 während der Arbeit am Musical *Le Sing* in Reykjavík begegnet, seitdem hatten sie gemeinsam Liedertexte fürs Theater geschrieben, für Sjonnis Band The Flavors und für sein Soloalbum, das im Jahr 2009 erschien. Sjonni war seit mehr als einem Jahrzehnt als Sänger in Island bekannt, außerdem hatte er die Theatergruppe Vesturport mitgegründet.

Und nun das: Er war als Solist schon bis ins nationale Halbfinale gekommen. »Als Sjonni dann so unerwartet starb, war uns allen klar, dass wir nur eine Wahl hatten«, sagt Matthias Matthiasson, »wir mussten das Lied in seinem Namen singen.«

Sjonnis Witwe stimmte zu. Noch vor dem Begräbnis versammelte die 35-Jährige sechs Freunde, alle aus der isländischen Musikszene, und gründete mit ihnen die Gruppe Sjonnis Friends. Matthiasson singt, die anderen spielen, Thorunn Clausen produziert und managt. Sie sagt: »Wir können Sjonni nicht ersetzen, aber die sechs Freunde zusammen können ihn vertreten, und wir helfen einander. Einfach ist es für keinen von uns.«

Zwei Tage nach der Beerdigung traten Sjonnis Friends erstmals auf. Dann, im Finale, einige Tage später, entschied sich ein Zehntel der Bevölkerung für sie. Das war der Sieg. »Ein sehr merkwürdiges Gefühl, wir sind furchtbar traurig und doch so froh darüber, dass sein Lied ausgewählt wurde und in ganz Europa gehört werden kann«, sagt Thorunn Clausen.

Seither bereiten sich die Freunde auf Halbfinale (10. 5.) und Finale (14. 5.) des Eurovision Song Contest in Düsseldorf vor. »Es wird unsere Hommage an den Freund«, sagt Matthias Matthiasson. Sie werden ihren Auftritt so inszenieren, wie Sjonni es gefallen hätte. Der Schlagzeuger sitzt auf einem Sattel, denn Sjonni ritt so gern. Das Video zum Lied wurde in einem Stall bei Reykjavík gedreht, in dem Sjonni sein Pferd hatte. Sein Bruder und ein Cousin haben das Video gedreht, seine Witwe, seine Söhne und seine Freunde tanzen.

Sjonni Brink sei zwar ein Rocker gewesen, wie die Witwe sagt, aber auch ein großer Fan des Eurovision Song Contest, und er habe alles gewusst: Wer im Jahre 1986 Island zum ersten Mal vertrat, in welchen Jahren Island später fehlte, wie viele Punkte die Sänger in anderen Jahren sammelten.

Viermal schon hatte Sjonni Brink an der heimischen Vorauswahl teilgenommen. 2010 kam er mit *Waterslide* ins Finale: ein lustiges, lebendiges Lied über die Wasserrutschen in Reykjavíks Thermalbädern, die er oft mit den vier Kindern – sie sind jetzt drei, fünf, elf und 16 Jahre alt – besuchte. Es war ein Lied ohne Zweifel.

Sigurjon »Sjonni« Brink. Eine Hirnblutung, und sein Leben war vorbei

Ganz anders 2011: »Warum er *Coming Home* ausgesucht hat, so kurz vor seinem Tod, bleibt mir ein Rätsel«, sagt seine Witwe. Vielleicht hatte das Lied mit ihr zu tun, sie hatte vor zwei Jahren einen Schlaganfall erlitten. »Das Lied erinnert uns daran, dass wir unser Leben heute leben müssen«, erklärt sie. »Es erzählt die Geschichte eines Menschen, der es nicht abwarten kann, nach Hause zu kommen zu seiner Familie oder seinen Freunden, um ihnen zu sagen, dass er sie liebt. Und dass, egal, was auch geschieht, sogar nach dem Leben auf der Erde, diese Liebe uns wieder zusammenführen wird.«

»Wenn meine Zeit auf der Erde endet, finde ich dich, und ich weiß, du wirst wieder meine Liebe sein«, heißt es im Lied. Es gilt in Düsseldorf als ein Favorit.

Na na na, uo uo, ding dong!

Beim Eurovision Song Contest starten 43 Länder: Wovon singt Europa? Eine Textanalyse VON CHRISTINA RIETZ

Im Anfang war die Geschichte. Eine gesungene Geschichte merkte sich der frühe Mensch besser als eine erzählte. So entstand das Lied, als noch niemand ans Aufschreiben dachte. Später, als man schreiben konnte, behielt man das Singen bei, verfeinerte es und machte es zur Kunstform.

Viele, viele Hundert Jahre später entstand der Eurovision Song Contest, und immer noch ging es um die Liebe. Aber beim europäischen Gesangswettstreit im Jahre des Herrn 2011, der an diesem Samstag in Düsseldorf sein pompöses internationales Fernsehende findet, wollen die Lieddichter keine Geschichten mehr erzählen. Sie wollen nur noch wegfliegen und möglichst viele möglichst platte Metaphern aneinanderreihen. So begegnet man in den 43 Liedern, die es dieses Jahr ins Halbfinale geschafft haben, fast durchweg einer geistlosen Vögel-und-Engel-Metaphorik. Die Liebenden mögen ihre Flügel spreizen und wegfliegen, höher fliegen, weiterfliegen, niemals landen. Himmel! Mühelos erkennt der Analytiker vier Kategorien des Begehrens: »Komm her«, »Komm näher«, »Bleib hier« oder »Wo bist du hin?«.

Beispiele? Lettland bringt *Angel In Disguise* an den Start, den »verkleideten Engel«:

Kill mich mit einem Killer-Kuss
Liebe mich mit üppigen Schenkeln
Verkleideter Engel

Die Ukraine setzt *Angel* dagegen, einen schlichten »Engel«:

Wir sind Vögel
Wir fliegen so hoch
Und wir fallen runter
Wenn ich von dir träume
Ist mein Traum so furchtlos
Wir sind Menschen des Planeten
Wir leben menschliche Leben
Wir sind Engel, wir sind in Gefahr
Wir sind kristallweiß, kristallweiß

Der Makedonier Vlatko Ilievski träumt währenddessen vom Wodkatrinken mit einer Russin, deren Haut so rein sei wie »ungeschlagener Schnee« und deren Augen so »schön und strahlend wie der Himmel über Moskau« seien. Dabei verlangt es den Sänger ständig nach »Wodka!«, »Raki!« – zur Hilfe!

Viele Komponisten haben Buchstabengebilde eingebaut, die nichts bedeuten, die man aber gut mitsingen kann – als da sind »eeeeeh«, »chaka chaka«, »da da da da da da«, »da da dam«, »oh-oh-pop oh-oh-pop«, »na na-na na na na«, »ouo uo uo«, »ding dong«.

Haben sich die Librettisten an Shakiras WM-Kiefergymnastik orientiert? *Waka waka?* Im spanischen Lied macht das »ouo uo« fast den ganzen Refrain aus. Das »ding dong« stammt aus dem Lied von Dana International. Die Gewinnerin des Jahres 1999 tritt nochmals für Israel an. »Ding dong« machen die »Glocken der Seele«, geflogen wird auch wieder:

Ding dong,
sag nichts
mehr

Deutschlands Lena singt quasi eine Sado-Hymne, mit betonten Schlägen

Ich höre ein stilles Gebet, und das macht mich
High und ich fliege. Ich weiß, wo ich hinmuss
Und ich komme jetzt!

Zarte Ansätze von Komplexität sind womöglich in den deutschen Beitrag der Vorjahressiegerin Lena hineinzuinterpretieren. *Taken By A Stranger* ist ein Liebeslied der Kategorie »Bleib hier«. Ein Mann und eine Frau sind sich nähergekommen, er würde das gern fortführen, sie geht. Der mysteriöse Refrain fasst den Stand der Dinge zusammen:

Taken by a stranger
Stranger things are starting to begin
Lured into the danger
Trip me up and spin me round again

Auf Deutsch hieße die letzte Zeile wohl: »Führ mich aufs Eis, und dreh mich im Kreis.«

Der Fairness halber muss man sagen: Übersetzung hat noch keinem Song gutgetan. Der von den Briten immerhin zum besten Lied der vergangenen 25 Jahre gewählte Robbie-Williams-Song *Angels* verliert an Kraft, wenn *»my pain walks down a one-way street«* zu »mein Schmerz geht eine Einbahnstraße hinunter« wird.

Für Lenas Quasi-Sado-Hymne *Taken By A Stranger* bediente sich ihr Komponist, der Amerikaner Gus Seyffert, bewährter Stilmittel. Im Refrain treffen die beiden betonten Schläge des Vierviertelstakts mit den metrisch betonten Wortsilben zusammen – der Refrain wird dem Hörer ins Ohr gehämmert. Am Ende jeder Zeile endet auch der Satz. Vier Verse, vier Einheiten, der Kreuzreim tut ein Übriges: reimt sich rhythmisch.

Masen Abou-Dakn, Dozent an der Mannheimer Pop-Akademie, erklärt uns auf Anfrage, dass *Taken By A Stranger* doch ein ganz guter »Hook« sei, ein Haken, an dem der Hörer hängen bleibe. Abou-Dakn hört im Refrain eine sexuelle Fantasie anklingen, die dann in den Strophen, in denen von Augenbinden und Stühlen die Rede ist, präzisiert werde. »Aber die Strophen interessieren sowieso keinen mehr.« Für den Song Contest zu komponieren sei so ähnlich, wie für *Bild* Schlagzeilen zu machen. Der Impuls zählt, der Verstand weniger.

Einen eingängigen Haken hat auch die Weißrussin Anastasia Vinnikova: *»I love Belarus!«* Ihre Liebe gilt dem Vaterland. Ursprünglich hatte sie einen Song namens *Born in Belorussia* eingereicht, der den weißrussischen Diktator Alexander Lukaschenko mutmaßlich entzückte:

Als ich einen Stern trug
Damals in der UdSSR
War ich so gut wie Mama
Fühl meine Leidenschaft
Wenn alles vorbei ist
Wird dein Name wie die Sonne strahlen
Du bleibst immer noch das Beste
Schön altmodisch

Im März musste das Lied zurückgezogen werden, nicht etwa, weil Propaganda in Weißrussland verboten worden wäre, sondern weil es regelwidrig bereits im vergangenen Jahr veröffentlicht worden war. Der Lieddichter ließ sich nicht entmutigen und hatte flugs ein paar neue patriotische Zeilen auf Lager. *Ich liebe Weißrussland* heißt also das Stellvertreterlied, und es fällt insofern etwas tauwettrig aus, als es nicht mehr von Bedrohungen durch den Westen spricht, an dessen Wettbewerb es ja gerade teilnimmt.

In den Foren des Internets gehen die Meinungen dazu auseinander. »Schön, endlich ein bisschen Patriotismus zu hören, es ist eine Schande, dass sie nicht in ihrer Muttersprache singt!«, heißt es hier, aber da: »Wäre es der Eurovision Propaganda Contest, würde Weißrussland einen Kantersieg hinlegen. Das Ganze ist grauenhaft und eine Schande für den Wettbewerb.«

Die eingereichte Liebeslyrik ist in jeder Hinsicht grauenhaft. Im vergangenen Jahr enthielt das Gewinnerlied wenigstens so etwas wie einen originellen physikalischen Vergleich. »Wie ein Satellit« wollte Lena in elliptischen Bahnen um den Geliebten fliegen, stets auf Kurs gehalten durch seine Anziehungskraft. »Es ist Physik, da gibt es kein Entkommen«, sang sie. Atomkraftgegner wissen das.

Apropos Politik. »Da da dam« heißt der Haken des gleichnamigen finnischen Lieds, es ist der einzige gesellschaftlich ambitionierte Beitrag in Düsseldorf. Der 20-jährige Axel Ehnström tritt unter dem Decknamen Paradise Oskar an, um die Welt zu retten. In *Da da dam* erfährt sein kleiner Held Peter von seinem Lehrer, »dass dieser Planet stirbt«. Das will Peter verhindern:

Und ich komme nicht zurück
Bis er gerettet ist
Ich werde zum König gehen und zum Parlament
Und wenn sie nicht helfen wollen
Tu ich's eben selbst

Ein dummer Text, aber wenigstens nicht erzdumm. Für den könnte man stimmen.

Oder man sehnt sich, wie einst, nach einer Geschichte. Dann votiere man für Islands Beitrag *Coming Home.* Dessen Zeile »Denn niemand kennt sein Wann oder Wo« hat sich als hellsichtig entpuppt, das Schicksal hat eine Geschichte geschrieben – siehe oben. Freilich singen sie auch in *Coming Home* von wenig mehr als vom »Lachen in den Bäumen« und vom »Flüstern im Wind«.

Gehört Bayern zur Bundesrepublik? Sein Landtag lehnte 1949 die Verfassung ab **S. 22**

Zucker und Wahn

Eine große Ausstellung auf der Herreninsel im Chiemsee entkitscht den »Märchenkönig« Ludwig II. VON CHRISTOPH DIECKMANN

Wir kommen spät. Der Chiemsee leuchtet im Abendschein, alpin überragt von Hochfelln und Kampenwand. Gegenüber liegt die Herreninsel. Ihr dichter Wald birgt König Ludwigs Schloss. Die Schifffahrt ruht bereits, doch der Priener Bootsvermieter Stöffl hat noch auf. Wir entleihen den Nachen *Hansl* und rudern zur Insel, in die Mündungsbucht des Grand Canal. Dort klafft der Wald. Ein Rehkitz äst. Fern und in letzter Sonne schimmert ein Orplid: Herrenchiemsee, das bayerische Versailles.

Wir kommen früh, am nächsten Morgen. Der Dampfer *Barbara* wimmelt von Kindern. Südtiroler Schüler aus Meran wallfahrten auf König Ludwigs Spuren. Was wisst ihr denn vom Ludwig?

Dass er der Sonnenkönig war, sagt Isabella Modanese. Nein, ruft Esther Osenberg, das ist der andere gewesen, der Ludwig von Frankreich. Ludwig II. von Bayern, erklärt Kathrin Holzknecht, war ein bisschen verrückt, weil er niemals einen Menschen sehen wollte. Man weiß nicht, wie er gestorben ist. Er hat ganz viel Schönes bauen lassen, damit er sich in eine andere Welt und Zeit versetzen kann.

Ist euer Berlusconi auch ein Sonnenkönig?

Schreckenskreischen, Augenrollen. Nein!

Barbara legt an. Zunächst durchwandern wir den wunderbaren Buchenwald. Es amselt, finkt und piroliert. Vom See her quarren Enten. Dem Wald verdankt sich das Schloss. 1873 wollte ein württembergisches Holzkonsortium die urmächtigen Bäume fällen. Ludwig II., von empörten Fischern zu Hilfe gerufen, erwarb die Herreninsel für seine Versailles-Kopie, die ursprünglich nahe Linderhof im Graswangtal entstehen sollte. Der Chiemgau war dem Hochgebirgsschwärmer eigentlich zu flach. Der Wald blieb, damit Ludwig das ebene Land und den See nicht sähe und das Volk nicht seines Königs Schloss.

Bekanntlich kam es anders. Nach Ludwigs Amtsenthebung wegen angeblicher Geisteskrankheit und seinem mysteriösen Tod am 13. Juni 1886 im Starnberger See öffnete Bayerns Regierung die Königsschlösser. Man wollte den Verschwendungswahnsinn des Verewigten beweisen und mit den Eintrittsgeldern die Staatsfinanzen aufbessern. Letzteres glückte, bis zum heutigen Tag. Begeistert walzen die Touristenvölker dieser Welt durch Ludwigs Prunkrefugien. Die Kitschindustrie überkleisterte den »Märchenkönig« mit einer dicken Zuckerkruste. Ein Übriges taten Filme, von Käutner bis Visconti. Die Ikone des Verklärten verdeckt die historische Gestalt.

Ändern soll das die Bayerische Landesausstellung 2011. Vom 14. Mai bis zum 16. Oktober erzählt sie im Schloss Herrenchiemsee die Götterdämmerung König Ludwigs II. Wir dürfen schon vorher gucken. Auf der Schlosstreppe, zwischen Fama- und Fortunabrunnen, erwartet uns geballte Ludwig-Kompetenz: der Projektleiter Peter Wolf vom Augsburger Haus der Bayerischen Geschichte sowie Katharina Heinemann und Sybe Wartena von der Schlösserverwaltung. Der Palast empfängt wie einst Versailles: mit der Escalier des Ambassadeurs im südlichen Treppenhaus, wobei die doppelläufige Protzstiege Ludwigs XIV. bereits 1752 wieder abgebrochen wurde. Der bayerische Ludwig kopierte, zelebrierte, imaginierte sein französisches Idol; er überbot es gar. Ratlos staunend stehen wir im Paradeschlafzimmer; soeben hat Bayern die Orgie aus Gold und Brokat weihwürdig restauriert. Auroras Strahl bricht durch purpurbeschleierte Lünetten und rötet den Raum. In diesem güldenen Alkoven unterm Baldachin, von Venus malerisch umschlungen, täten wir kein Auge zu. Der König desgleichen. Nie schlief er hier, noch hatte er es vor.

Ludwig, der Kronprinz, Porträtpostkarte (1910) nach einem Foto von Joseph Albert 1863

Formal bietet dieses Chambre de Parade, doppelt so groß wie das in Versailles, eine historistisch perfektionierte Nachschöpfung. Ideell ist es ein Memorial der absoluten Monarchie, wie Ludwig II. sie im »Sonnenkönig« inkarniert empfand und selbst ersehnte. Auch der Spiegelsaal von Herrenchiemsee steigert das Versailler Original. Uns platzen die Augen. Genug!

Und dann die Erlösung: das nördliche Treppenhaus. Kahl. Nackte Ziegel, blankes Licht. Viele Schlossgemächer blieben unvollendet: funktionsloser Hohlraum. Versailles war Hofstaat, politisches Zentrum; Herrenchiemsee ist L'art pour l'art. In den Rohbauräumen wird die Landesausstellung gezeigt. Sie inszeniert Ludwigs Lebensdrama in fünf Akten: Die Werdejahre. Wie der König Krieg führen musste. Wie er seine Gegenwelten schuf. Bayerns Modernisierung. Tod und Mythos. Man sieht Ludwigiana vom Taufkleid bis zu seinem letzten Regenschirm. Da, die Kinderflinte, eine funktionable Waffe, mit aufgepflanztem Bajonett. Ludwigs Ausspruch: »Ich hasse, ich verachte den Militarismus.« Daneben Bismarcks Diktum: »Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...], sondern durch Blut und Eisen.«

Mit 18 Jahren musste Ludwig König werden. Der plötzliche Tod seines Vaters Maximilian II. beförderte den kunstdurchglühten Jüngling 1864 auf den Thron der Wittelsbacher. Zwei Jahre später befand sich Bayern im Krieg gegen Preußen, an Österreichs Seite. Königgrätz: Die Niederlage geriet katastrophal.

1870 provozierte Bismarck den nächsten Krieg und nötigte Ludwig zur deutschen Waffenbruderschaft wider Preußens »Erbfeind«, Ludwigs Traumland Frankreich. Alsdann diktierte Bismarck ihm den »Kaiserbrief«. Namens der deutschen Bundesfürsten hatte Ludwig dem Preußenkönig Wilhelm die Kaiserkrone anzutragen. Die Krönung stieg 1871 ausgerechnet im Spiegelsaal von Versailles. Wenigstens diesem idiotischen Akt des antifranzösischen Triumphalismus hat Ludwig sich entzogen.

All das brach den Realpolitiker und trieb ihn in die Gegenwelt der Kunst. Die Schlossbauten wurden Ludwigs »Hauptlebensfreude«. Zum Weibe, gar zur Ehe zog's ihn nicht. Die Verlobung mit seiner Cousine Sophie von Bayern löste er 1867 auf. Gewaltiger Skandal! Allerdings fühlte Sophie sich insgeheim nicht minder befreit als der entsprungene Gespons; sie hatte sich in Edgar Hanfstaengl, den Verlobungsfotografen, verknallt. Ludwig erfuhr es wohl nie. Er notierte in sein Tagebuch: »Sophie abgeschrieben. Das düstere Bild verweht; nach Freiheit verlangt mich, nach Freiheit dürstet mich, nach Aufleben von qualvollem Alp.« Der Schwulst ist Zitat. Mit ähnlichen Worten entringt sich Tannhäuser den Armen der Venus.

Denn Ludwig hatte Gott gefunden: Richard Wagner. Er wurde der Mäzen des sächsischen Komponisten; Wagner dankte es dem hochfühligen Monarchen mit Ideologie. Die heilige Mission des Königs sei der bewusste Wahn. Als Mönch der Kunst müsse er sie leben und zur idealen Blüte bringen.

Durchaus war Ludwig kein bloßer Fantast. Er lebte im Zeitalter der Industrialisierung und Elektrifizierung. Schön zeigt die Ausstellung Ludwigs Faible für die technische Moderne – im Kontrast zu seinem anachronistischen Eigenbild. Entschlossen ignorierte er das Wesen des konstitutionellen Königtums, dieser Friedensbrücke vom Absolutismus zur Demokratie. *In politicis* war Ludwig rechtlich eingeschränkt, gestraft mit Kabinett, Parlament, aufkommender Sozialdemokratie und ähnlichem Erdenleid. Also schwelgte er *in artibus,* als gottunmittelbarer Königskünstler. Überließ seinen Ministern das Regieren. Empfing und sprach sie nie. Unterzeichnete, delegierte, schottete sich ab. Machte die Nacht zum Tage. Ließ mitternachts Theater spielen, nur für sich. Wallte durchs nächtliche Hochgebirge, wandernd oder im Rokoko-Schlitten. Und er baute, baute, baute.

Ludwigs uferlose Schlossprojekte wurden zur einzigen Realität seines Königtums. Er lief aus dem Ruder. Er wurde zum Freak. Die Schulden wuchsen. Die Staatskasse konnte Ludwig nicht plündern, aber die Erbschatulle der Wittelsbacher. Sein Finale bleibt dunkel. Drei Tage nach seiner Verhaftung und Amtsenthebung starb Ludwig, erst vierzig Jahre alt, im Flachwasser des Starnberger Sees. Dort endete auch sein Begleiter, der Irrenarzt Bernhard von Gudden. Das Sterberegister vermerkt: »Seine Majestät [...] hat sich in seiner Geisteszerrüttung selbst in den See gestürzt.« Das wäre ein *Tristan*-Schluss: »Ertrinken, versinken – unbewusst – höchste Lust!«

War es so? Oder Mord? Und von Guddens Tod? Die Ausstellung bietet ein Pro und Contra möglicher Varianten und Motive. Eines fehlt: Wurde Ludwig von den Wittelsbachern exekutiert, als Verschleuderer des Sippenschatzes? Davon orakelt mit Begeisterung unser Bootsvermieter Stöffl. Man kann nur rätseln, sagt er. Der Ludwig liegt in der Gruft der Münchner Michaelskirche, und die Familie lässt den Sarg nicht öffnen.

Wären Sie dafür?

Nein, sagt Stöffl. Dann käme höchstens die Wahrheit raus. Der Mythos ist viel schöner.

Die Ausstellung »Götterdämmerung – König Ludwig II.« des Hauses der Bayerischen Geschichte (Augsburg) wird vom 14. Mai bis zum 16. Oktober im Neuen Schloss auf der Insel Herrenchiemsee gezeigt; Katalog (2 Bde.), Primus Verlag, 39,90 €. Tel. 0821/329 51 21

Abb. [M]: Haus d. Bayerischen Geschichte/Augsburg

Zeitmaschine

Ein Ausflug in die Vergangenheit – diese Woche mit ULRICH SCHNABEL

Kernie's Familienpark verspricht eine Kettenreaktion des Vergnügens. Auf dem Gelände des einstigen Kernkraftwerks in Kalkar am Niederrhein, das nie in Betrieb ging, locken heute Karussell, Achterbahn und Kletterwand am Kühlturm. Doch was ist das? Bei unserem Besuch stehen wir plötzlich vor einer Attraktion, die nicht im Plan verzeichnet ist: »Nukleus Panopticum« wirbt ein atomgelbes Schild. Fröhlich winkt uns ein Herr im Strahlenschutzanzug heran.

»Herein, herein«, ruft er mit fremdländisch klingendem Akzent und drückt uns Geigerzähler in die Hand. Wir betreten einen Geisterbahn-ähnlichen Tunnel. Gleich am Eingang schlagen die Geigerzähler wild aus, links sehen wir die geisterhaften Gerippe von Fukushima, rechts den noch rauchenden Trümmerhaufen von Tschernobyl.

Doch unser Führer drängt weiter. In der Ferne erklingt Swingmusik. Wir nähern uns dem goldenen Zeitalter der Physik. Heisenberg grübelt über der Unschärfe, Otto Hahn gelingt die Kernspaltung, Enrico Fermi bringt in einem Stapel von Uran- und Grafitblöcken – mitten in der Großstadt Chicago – die erste Kernreaktion zum Laufen. »Das waren noch heldenhafte Zeiten«, seufzt unser Führer und zieht den Schutzanzug aus.

Darunter kommen ein antikes Gewand und Sandalen zum Vorschein. »Hätte nie gedacht, was aus meiner Idee alles werden würde«, sagt er mit unverkennbarem Stolz. Da erkennen wir ihn: Demokrit! Der »lachende Philosoph«, der 400 v. Chr. behauptete, die Natur sei aus kleinsten, unteilbaren Einheiten zusammengesetzt. »Ja, *átomos* habe ich das genannt, das Unzerschneidbare«, kichert er. »Damals hat mir das ja keiner geglaubt. Aber die Wissenschaft hat mir recht gegeben.«

»Ihnen haben wir also den ganzen Schlamassel zu verdanken«, antworte ich vorwurfsvoll. Aber da wird der Alte grantig. »Mir ging es doch um etwas ganz anderes«, brummt er, »mir ging es um die Seele. Denn wer das Wesen der Dinge erkennt, weiß: Auch Seelenatome haben ewigen Bestand!« Dann bricht er in lautes Gelächter aus. »Atomkraft, pff. Um Seelenfrieden ging es mir!«

Unvermittelt öffnet er eine Tür und schiebt uns ins Freie. »Wie konntet ihr meine Theorie nur so missverstehen!«, ruft er uns hinterher. Verwirrt blinzeln wir ins Sonnenlicht. Nur das Lachen Demokrits dröhnt noch lange in unseren Ohren.

ZEITLÄUFTE

Il y a des juges à Berlin«, »es gibt noch Richter in Berlin«. So lautet die hübsche Pointe einer hübschen historischen Legende. Sie erzählt von einem Müller in Potsdam, der sich gegen Friedrich den Großen zur Wehr setzte und am Ende vor Gericht in Berlin obsiegte. Eine Legende, nichts weiter. Aber in der Pointe versteckt sich die ewige Hoffnung, dass die Gerechtigkeit die Macht in die Schranken weist, dass ein Richter den Souverän daran hindert, Unrecht zu tun.

Dies ist die Zeit der Könige nicht mehr, der Souverän ist das Volk. Das Volk hatte die Wahl, und es geruhte in Rheinland-Pfalz, die alte Industrie-Partei SPCDU zu wählen (70,9 Prozent). Der Souverän also will diese grauenvolle Brücke über das Moseltal, wo einer der besten Weine der Welt wächst, will dieses Monstrum, das die Landschaft mit den uralten Rebhängen zerschneidet. Seine Majestät, das Volk, wünscht es, daran besteht überhaupt kein Zweifel. Aber wer die Modellzeichnung sieht, dieses angekündigte Verbrechen betrachtet, der fragt sich doch: Gibt es denn keine Richter mehr in Mainz? B.E.

Heimaterde, Vaterland

Gehört Bayern überhaupt zur Bundesrepublik Deutschland? Im Mai 1949 lehnte sein Landtag das Grundgesetz ab. Dabei zeigte vor allem die CSU schon früh ihre besondere Fähigkeit zum geschlossenen Sowohl-dafür-als-auch-dagegen VON RALF ZERBACK

Weiß-blau knattern die Fahnen, weiß-blau glühen die Herzen der Volksvertreter. Aus allen Winkeln des Freistaats sind sie nach München geeilt, zu streiten für Bayerns Freiheit. Es ist der 19. Mai 1949. Der Landtag, den die Nazis 1934 aufgehoben und dessen Sitz die Bomben zerstört haben, ist in sein neues Quartier, das wiederhergerichtete Maximilianeum, gezogen; es thront über der kriegsversehrten Stadt wie zu Königs Zeiten. Unterm Arm tragen die Parlamentarier die *Verfassung des Freistaats Bayern* vom 2. Dezember 1946. Doch heute wird im Plenum über eine andere Verfassung abgestimmt, eine Verfassung, die sich – verdächtig bescheiden – »Grundgesetz« nennt. Soll Bayern Teil eines westdeutschen Bundesstaats werden, einer »Bundesrepublik«? Um neun Uhr morgens beginnt die Debatte, sie endet um halb drei nachts. Dann stimmt eine große Mehrheit gegen das Grundgesetz.

Zu diesem Zeitpunkt ist das neue, das Nachkriegsbayern unter US-Verwaltung bald fünf Jahre alt. Territorial blieb es fast unberührt. Lediglich die verlorenen Westgebiete – die Rheinpfalz und der Kreis Lindau am Bodensee – stehen unter französischer Verwaltung. Schon im Mai 1945 haben die Amerikaner Fritz Schäffer zum Ministerpräsidenten ernannt, einen strammen Konservativen; bis 1933 war er Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei. Bald kommt es zu Spannungen zwischen ihm und der Militärverwaltung, nach einem halben Jahr wird er seines Amtes enthoben.

Den Herren aus dem protestantischen Norden ist nicht zu trauen

Die Ministerpräsidenten lösen sich nun ab wie die Faschingsprinzen. Der Nachfolger Schäffers, der SPD-Mann Wilhelm Hoegner, ist ebenfalls nur kurz im Amt, gut ein Jahr. Derweil ertrinken die deutsche Zivil- und die amerikanische Militärverwaltung in Arbeit. Überall herrschen Zerstörung und Mangel. Zur Not der Einheimischen kommt die der Flüchtlinge aus dem Osten und der Displaced Persons.

Das alles aber hindert Bayerns Politiker nicht, sich dem wichtigsten Thema überhaupt hinzugeben: der »bayerischen Frage«. Wie kann das Land seine Identität wahren? Soll es mitmachen bei einem künftigen geeinten Deutschland? So schickt Hoegner gleich eine Sonderration Kartoffeln in die Rheinpfalz, allein in der Hoffnung, dass sich die Bevölkerung für den Wiederanschluss an Bayern erklärt. Und er jammert, als die Amerikaner ihm zunächst das Hissen der geliebten weiß-blauen Fahne verbieten.

Am 15. Juli 1946 tritt die Verfassunggebende Versammlung in München zusammen. Bei den Wahlen zu diesem Konvent haben sich 58,3 Prozent der Wähler für die CSU entschieden, auf die SPD entfielen 28,8 Prozent. Trotz des Ergebnisses bleibt Hoegner auf Wunsch der Militärregierung Ministerpräsident, da es sich noch nicht um Landtagswahlen gehandelt hat. Hoegner ist es auch, der den Versammelten einen Verfassungsentwurf präsentiert, den er im Schweizer Exil ausgearbeitet hat. Dort ist er, im Geiste der Confoederatio Helvetica, vom deutschen Zentralisten zu einem überzeugten Föderalisten geworden. Bereits im November 1945 gab er die Parole aus: »Vor allem aber wollen wir wieder unsere eigenen Herren im ›Gasthaus zum Bayerischen Löwen‹ sein.«

Die Mehrheitspartei der Konstituante, die CSU, kennt, abgesehen von einigen wenigen Mitgliedern, bloß zwei Gruppen: entschlossene Anhänger einer bayerischen Eigenstaatlichkeit und feurige Anhänger einer bayerischen Eigenstaatlichkeit. Wenn überhaupt, dann wollen sie nur einem stark föderalistischen Deutschland beitreten. Nicht immer freilich herrscht Eintracht. Um die Souveränität zu betonen, fordern einige Mitglieder neben dem Ministerpräsidenten auch ein richtiges Staatsoberhaupt, einen eigenen bayerischen Staatspräsidenten. Eine knappe Mehrheit verwirft die Idee.

Die US-Besatzer haben ihre liebe Not. Sie wollen eine zu weit gehende Eigenstaatlichkeit vermeiden. Der Stellvertretende Militärgouverneur Lucius D. Clay hält in einem Schreiben fest, dass der Ausdruck »bayerischer Staatsangehöriger« nicht im Gegensatz zum Begriff des deutschen Staatsangehörigen zu sehen sei. Zudem beinhalte Artikel 178 der neuen bayerischen Verfassung, wonach Bayern einem künftigen deutschen Bundesstaat beitreten wolle, kein Recht, dies gegebenenfalls zu verweigern. Auf Druck der Amerikaner war der Artikel ohnehin umformuliert worden, hatte es doch zunächst »deutscher Bund« und nicht »Bundesstaat« geheißen.

Staatsstolz wird das Land in den ersten drei Artikeln als »Freistaat« – also als Republik –, ferner als »Volks-«, »Rechts-«, »Sozial-« und als »Kulturstaat« bezeichnet. Gut 70 Prozent aller abstimmenden Bayern billigen am 1. Dezember 1946 die neue Verfassung. Es ist die vierte in der bayerischen Geschichte nach 1808, 1818 und 1919. Zugleich finden die ersten Landtagswahlen statt, die der CSU erneut eine kräftige Mehrheit bescheren. Nun muss Hoegner weichen. In seiner Bilanz hält er als einen Haupterfolg den »Kampf um die Eigenstaatlichkeit Bayerns« fest. Immer wieder hat er wegen seiner Heimatliebe Rüffel von der SPD-Zentrale in Hannover erhalten, wo der allzeit explosionsbereite Kurt Schumacher sogar das Recht auf einen eigenen bayerischen Landesverband der SPD infrage stellt. Die FDP höhnt über »Hoegners Traum, aus der SPD eine SPB (Sozialdemokratische Partei Bayerns) zu machen«.

Die neue starke Kraft im Lande, die CSU, streitet indessen hingebungsvoll vor sich hin. Schon bei der Wahl von Hoegners Nachfolger kann man sich nicht einigen. Der erste Nachkriegslandtag versammelt sich am 21. Dezember 1946 noch in der Aula der ausgebombten Universität. Die Fenster sind mit Brettern vernagelt, es ist eisig kalt, die Beleuchtung schummrig. Die beiden Hauptkontrahenten innerhalb der CSU, die Liberalkonservativen und die Erzkonservativen, versuchen, die SPD zu sich herüberzuziehen, um einen Kandidaten gegen den jeweils anderen Flügel durchzusetzen. Die Ämter sind genau verteilt: Alois Hundhammer, der Heros des rechten Flügels, ist Fraktionsvorsitzender, Josef Müller, der »Ochsensepp« und Vertreter des liberalen Flügels, ist Parteichef. Doch keiner von beiden hat eine Chance.

Schließlich präsentieren die Hundhammer-Leute einen Kompromisskandidaten: Hans Ehard, einen bedächtigen Fahrensmann, der keinem der Flügel angehört und der zudem auch der SPD zu vermitteln ist. Ehard berichtet später, er habe beim ersten Wahlgang noch »mit Mantel und hochgeschlagenem Kragen im hinteren Teil des Saales« gestanden, »an einen Heizkörper gelehnt«, nicht ahnend, dass er in Kürze zum neuen Chefbayern bestellt werden sollte.

Unter Ehard zeigt die Regierung zunächst gesamtdeutsches Engagement. Als die Diskussion um die zukünftige deutsche Verfassung beginnt, lädt er Experten aus den elf westdeutschen Ländern für den August 1948 auf die Herreninsel im Chiemsee ein. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer, führt den Vorsitz. Auch die Diskussionsgrundlage, der »Entwurf eines Grundgesetzes«, ist von bayerischen Experten verfasst. Aus dem berühmten »Verfassungskonvent von Herrenchiemsee« geht ein weiterer Entwurf hervor. Das ist der Beitrag der Länder zum Grundgesetz. Dementsprechend fallen deren Rechte üppig aus. Der Text bildet eine wichtige Basis für den Parlamentarischen Rat in Bonn, der am 1. September seine Arbeit aufnimmt.

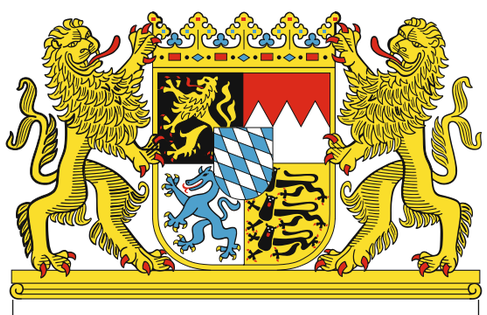


Bild oben: Bayerns Ministerpräsident Ehard (l.) mit Adenauer (r.). Darunter eine turbulente Szene im Landtag: Ehard (l.), Alois Hundhammer (mit Bart) und Josef »Ochsensepp« Müller (M.). Unten: Hundhammer stimmt ab

65 Delegierte entsenden die Länderparlamente nach Bonn, hinzu kommen fünf Abgesandte aus West-Berlin, die aber nicht stimmberechtigt sind. 14 Abgeordnete stellt Bayern, davon sind acht Mitglied der CSU, fünf der SPD, einer ist Freidemokrat. Als V-Mann Ehards dient der gebürtige Pfälzer Anton Pfeiffer. Er ist sogar Leiter der CDU/CSU-Fraktion. Ehard ist der einzige Ministerpräsident, der regelmäßig in die Debatten eingreift, seine Regierung die einzige, die in Bonn ein Verbindungsbüro unterhält.

Seinen größten Coup landet der Bayer bei der Gestaltung der zweiten Kammer, des Bundesrats. Von Pfeiffer eingefädelt, trifft sich Ehard am 26. Oktober 1948 im Bonner Hotel Königshof am Rhein zu einem Abendessen mit dem nordrhein-westfälischen Innenminister Walter Menzel, einem SPD-Mann. Gemeinsam heckt die Rhein-Isar-Entente eine »Bundesrats-Lösung« aus, in der die Länderregierungen das Sagen haben und nicht – wie bei der »Senats-Lösung« – die Wähler. Der Präsident des Parlamentarischen Rats, Konrad Adenauer, ein Anhänger der Senats-Idee, schäumt, als er von der Absprache hinter seinem Rücken erfährt. Doch die Bayern siegen.

Und setzen ihren Kampf sogleich fort. Der Bund ist ihnen im Grundgesetz-Entwurf immer noch viel zu dominant geraten, etwa bei der Finanzverwaltung oder bei der Aufteilung der Steuern. Da kommt Hilfe in höchster Not. Die Alliierten monieren am 2. März 1949 den Grundgesetz-Entwurf, und zwar – oh Wunder! – in denselben Punkten wie die CSU: Die Bundesrechte seien zu stattlich. Zwar empfindet Pfeiffer den Beistand als »peinlich«, denn noch immer ist es unpopulär, allzu eng mit den Besatzern zu kooperieren. Ehard aber ist zufrieden.

Denn er selber ist es, der die Amerikaner um Unterstützung gebeten hat. Weiteren Geländegewinn vor Augen, empfiehlt er seinen CSU-Freunden nun die Zustimmung: Man könne nicht immer Nein sagen. Bayern habe eine »Chance, wie sie nie mehr wiederkehrt«. Doch da revidieren die Alliierten ihr Urteil und zeigen sich am 22. April auf einmal flexibler gegenüber dem Verfassungsentwurf – schlecht für die CSU, die SPD jubiliert.

Die Bayern querulieren weiter. Mal ist es die Finanzverfassung, die ihnen nicht passt, dann wieder sind es die Rechte des Bundesrats. Einigen Herrgottswinkel-Advokaten ist das Ganze auch zu wenig christlich. Außerdem böte das Grundgesetz »unheilvollen Entwicklungen im Parteileben« keine Schranke.

Der Argwohn der Südländer ist gewaltig. »Ich traue den Herren, je weiter sie im Norden wohnen, umso weniger«, meinte bereits 1946 der spätere Landtagspräsident Michael Horlacher. Einmal platzt Ratspräsident Adenauer der Kragen ob der »bayerischen Parteifreunde«. Die CSU habe »immer und immer wieder« die Frage der Bundes- oder Landesfinanzverwaltung als Hindernis bezeichnet, und nun, »nachdem im Sinne der Bayern die Entscheidung gefallen ist«, bedeute die Sache plötzlich nichts mehr. Tatsächlich bringt die CSU am Ende ganz neue Themen auf wie zum Beispiel das Elternrecht – gemeint ist das Recht, die Kinder auf »Bekenntnisschulen« zu schicken, säuberlich getrennt nach Konfessionen. Thomas Dehler, damals bayerischer, später Bundesvorsitzender der FDP, resümierte, über allen Verhandlungen in Bonn habe der »bayerische Zweifel« gestanden.

Das hehre Werk der Verfassungsgebung, es verkommt zu einem Klein-Klein. Und doch hat sich die Renitenz der Bayern am Ende für sie gelohnt. Sie haben »viel erreicht«, wie Adenauer mürrisch bilanziert. Auch andere Verfassungsväter sehen überall Weiß-Blau. Theodor Heuss reimt ein *ABC des Parlamentarischen Rates,* gleich die beiden ersten Buchstaben A und B behandeln die Bayern-Frage: »Der Anton pfeift aus dem ff / adagio jetzt und jetzt andante / die Arien des Ochsenseph / der Aloys schnalzt die Älplervariante …« Und Carlo Schmid dichtet im homerischen Stil: »Wo auf den Bergen der Schütz, talwärts gezwiebelter Turm / Hüten die Freiheit, die fernher vom Norden der grimmige Preusse / Heldentümlich bedroht. Doch er wütet umsonst« – umsonst, denn Pfeiffer und Ehard haben ganze Arbeit geleistet.

Bayern im Glück. Doch da passiert etwas Seltsames: Ehard empfiehlt, das Grundgesetz abzulehnen.

Was treibt ihn um? Es ist die Angst. Angst vor dem rechten Flügel der CSU. Angst dazu noch vor einer anderen Partei, die sich als junge Alternative empfiehlt: die Bayernpartei. In ihr versammeln sich Anhänger eines souveränen Freistaats; auch die Monarchisten, treu dem Hause Wittelsbach, finden dort Unterschlupf. Selbst aus der Bayernhymne will die Partei jeden Hinweis auf Deutschland getilgt sehen. Statt »deutsche Erde, Vaterland« soll es jetzt »Heimaterde, Vaterland« heißen.

Ehard befürchtet, dass die Mannen um Hundhammer und Schäffer zur Bayernpartei wechseln. Vom Wählervolk ganz zu schweigen. Schäffer intrigiert bereits seit 1948. Er will ein breites Bayern-Bündnis schmieden mit Bonn-Gegnern aus CSU, Bayernpartei und SPD. Man träumt von einem Aufstand des Volkes gegen das Grundgesetz. Am 1. Mai 1949 halten Hundhammer wie auch Bayernparteiler flammende Reden für ein freies Bayern. Hundhammer werden – nicht zum ersten Mal und nicht ohne Grund – separatistische und monarchistische Neigungen nachgesagt.

Ehard muss dem Hundhammer-Flügel etwas bieten: das Nein zum Grundgesetz. Doch eigentlich will Ehard den Beitritt Bayerns zum Bund. Zumal das Verfassungswerk zu einem beträchtlichen Teil sein eigen Kind ist, auch wenn er es sich *noch* föderalistischer gewünscht hätte.

Es gibt jedoch einen Ausweg. Die Alliierten und der Parlamentarische Rat haben festgelegt, dass eine Zustimmung von zwei Dritteln der elf Landtage zum Grundgesetz ausreichen soll. So kann die CSU in Bonn wie in München guten Gewissens gegen das Grundgesetz stimmen – folgenlos, sofern die meisten anderen Landtage Ja sagen.

Mehr noch: In einer höchst akrobatischen Volte kommen Ehard und seine Christgenossen auf die Idee, in einer zweiten Abstimmung im Landtag dann ausdrücklich den Grundsatz der Zweidrittelmehrheit zu billigen und das Grundgesetz für rechtsgültig auch in Bayern zu erklären. Die Formel für diese wirre Dialektik ist rasch gefunden: Nein zum Grundgesetz, ja zu Deutschland. Ein denkwürdiger Doppelbeschluss. Die Militärregierung kennt Ehards Nöte und billigt am 5. Mai seine Kompromissformel.

Die neue deutsche Republik wird ein »gottloser Zwangsstaat«

Drei Tage später stimmt der Rat in Bonn ab. Die beiden Abgeordneten der katholischen Zentrumspartei und die beiden Kommunisten (alle vier aus NRW), die beiden Delegierten der rechtsnationalen Deutschen Partei aus Niedersachsen und sechs der acht CSU-Männer aus Bayern votieren gegen das Grundgesetz (nur zwei fränkische CSU-Abgeordnete sind dafür). Vergebens hat Adenauer noch am Tag zuvor Ehard um ein Votum zur neuen Verfassung gebeten.

Jetzt steht die Ratifizierung an, jetzt muss Ehards komplizierter Plan glücken. Schon am 13. Mai geht es im Landtag zur Sache. Die SPD hat eine »Interpellation gegen die Bemühungen monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern« eingebracht. Ehard muss mehrere Spagatkunststückchen zugleich vorführen: zum einen stolz präsentieren, was er an Länderrechten im Grundgesetz durchgeboxt hat, zum andern begründen, warum dies nicht genug ist. Außerdem muss er einerseits Hundhammer vom Vorwurf des Separatismus freisprechen, andererseits ihn dazu bringen, dass er dies selbst vor dem Parlament deutlich macht.

Prompt schießen die Wogen hoch. »Separatisten!«, tönt es von links nach rechts, »Landesverräter!«, schallt es von dort zurück. Gegenseitig schlägt man sich die Geschichte um die Ohren: vom Heiligen Römischen bis zum »Dritten Reich«. Waldemar von Knoeringen (SPD) reizt die Rechte bis aufs Blut mit der These, Hitlers Münchner Anfänge hätten im Dunstkreis des bayerischen Föderalismus gelegen; die Gegenseite sieht ebendiesen Föderalismus als Hitlers erstes Opfer.

Am 19. Mai dann die entscheidende Sitzung. Ehard muss um seinen Doppelbeschluss fürchten, denn in einer Probeabstimmung hat sich Hundhammer beim zweiten Teil der Kompromissformel – dem »Ja zu Deutschland« – enthalten. Ehard droht nun mit Rücktritt für den Fall eines doppelten Nein.

Im Plenum stimmt die CSU ihren Klagegesang an. Ehard sieht im Grundgesetz die Hoheit der Länder gefährdet, kritisiert die Finanzverfassung und die zu geringen Rechte des Bundesrats. Das Elternrecht sei geschmälert. Für Joseph »Pepperl« Baumgartner von der Bayernpartei ist das Grundgesetz ein Bruch der bayerischen Verfassung. Manchem erscheint das Bonner Werk als der pure Gottseibeiuns. So beschwört der fromme CSU-Abgeordnete Georg Meixner, seit 1910 priestergeweiht, die Heraufkunft eines »gottlosen Zwangsstaats«. Und Eugen Rindt, ebenfalls von der CSU, lässt in Abwesenheit zu Protokoll geben, die Formel, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe, stehe dem christlichen Glauben an die göttliche Allgewalt diametral entgegen.

SPD und FDP sind empört. Es gebe »keine Freiheit in Portionen« und »auch kein Deutschland in Portionen«, ruft Thomas Dehler. Knoeringen spottet, mit ihrem Nein geselle sich die CSU den Kommunisten zu. Spannend wird es, als gegen Ende der Debatte Wilhelm Hoegner das Wort ergreift. Er ist schon seit 1947 nicht mehr Chef der bayerischen SPD und hat sich mit seiner erzbajuwarischen Position weit von der Haltung seiner Partei entfernt. Während seiner Rede bekommt er vor allem Beifall von der CSU. Am Ende freilich bekennt er sich »angesichts der weltpolitischen Lage« zur neuen Konstitution.

Dann die Abstimmung, lange nach Mitternacht, der 20. Mai ist angebrochen. Geschlossen votiert die CSU gegen das Grundgesetz. 101 zu 64, so lautet das Ergebnis. Aus der SPD-Fraktion sind »Pfui«-Rufe zu hören. Es folgt die zweite Abstimmung. 97 Parlamentarier bekennen sich zur Rechtsgültigkeit der Bonner Verfassung; SPD und FDP enthalten sich.

Orgeltöne erklingen, als am 23. Mai das Grundgesetz in der Pädagogischen Akademie zu Bonn feierlich verkündet und unterzeichnet wird. Auch Hans Ehard setzt seinen Namen unter die Urkunde. Er hat am 19. Mai die Ablehnung als visionären Schachzug präsentiert, der »die föderalistischen Prinzipien im neuen Bundesstaat stärken« werde.

Man sollte also meinen, dass die Partei heute stolz auf ihren Kampf gegen das Grundgesetz zurückblickt. Doch seltsam: Auf der Internetseite der CSU findet sich zwar eine detaillierte Chronik jener Jahre. Aber über das gloriose Votum vom 20. Mai erfährt man dort nichts. Warum nur?

Der Autor ist Historiker und Journalist, er lebt in Frankfurt a. M.

Fotos (Ausschnitte v.o.n.u.): AP, Archiv Friedrich (2); Grafik: Anne Gerdes

Schutz vor Schwindlern?
Lebensmittelverbraucher wehren sich im Netz **S. 29**

Wie kommen wir da raus?

Die Deutschen ringen um die Zukunft des Euro. Und keiner gibt zu, wie wenig er weiß VON MARC BROST UND MARK SCHIERITZ

Die jüngste Niederlage hat ihn siegessicher gemacht. Frank Schäffler, 42 Jahre, Finanzexperte der FDP, Euro-Gegner und Parteirebell: Ginge es nach ihm, bekämen die Griechen schon lange kein Geld mehr aus Deutschland. Die deutschen Steuerzahler müssten auch nicht für Irland oder Portugal bürgen. 22 Milliarden Euro soll Deutschland vom Herbst an für den europäischen Rettungsfonds aufbringen. Für einen wie Schäffler sind das 22 Milliarden Euro zu viel.

Am vergangenen Wochenende, beim Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen, brachte er seine Forderungen als Antrag ein – und scheiterte knapp. Am kommenden Wochenende, beim Bundesparteitag in Rostock, werde die Abstimmung anders ausgehen, daran glaubt Schäffler fest. »Die Basis tobt«, sagt er. »Viele Delegierte wollen sich nicht länger hinhalten lassen.«

750 Milliarden Euro nahmen die Regierungen Europas vor genau einem Jahr in die Hand, um die Probleme der Krisenstaaten zu lösen. Nun ist das Geld fast weg, die Probleme aber sind immer noch da. Griechenland steht vor der Pleite, Portugal und Irland wackeln. Europaweit rebellieren Bürger und Parlamentarier. In Deutschland, in den Niederlanden, in Finnland, wo die Euro-Skeptiker bei den jüngsten Wahlen 22 Prozent der Stimmen abräumten.

Es hat sich eingebürgert, von Europa als »Schicksalsgemeinschaft« zu sprechen. Doch nun erlebt dieses Europa seine Schicksalstage. In der kommenden Woche treffen sich die Finanzminister der 17 Euro-Staaten, um zu beraten, ob man den Griechen überhaupt noch helfen kann – und wie. Möglich, dass die FDP zu diesem Zeitpunkt beschlossen haben wird, dass Deutschland nicht mehr mitmacht. Verweigert die Regierungspartei der eigenen Regierung die Gefolgschaft, wäre das ein dreifacher Schaden – für die Partei, für die Koalition, für Europa.

All das ist typisch für die Krise des Euro: Internationale Entscheidungen haben nationale Folgen, das Nationale drückt aufs Internationale. Die Regierungen agieren unter enormem Zeitdruck. Und mit jedem Versuch, das Problem zu lösen, erschaffen sie zig neue. Es ist wie in einer antiken Tragödie: Es mag zwar Alternativen geben – aber alle erscheinen sie schrecklich.

1. Drama, Baby, Drama

Wenn Frank Schäffler redet, klingt es, als könne man die Probleme Europas mit der Präzision eines Chirurgen lösen. Ein einziger Schnitt, und alles wäre vorbei. Die Griechen haben zu viele Schulden angehäuft? Dann werfen wir sie aus der Währungsunion! Oder lassen sie pleitegehen! Deutschland wäre nicht länger Zahlmeister, die Griechen könnten frei von Spardiktaten agieren. Statt mühsam die Löhne zu senken, um wieder konkurrenzfähig zu werden, könnten sie die Drachme wieder einführen. Der Vorteil für Griechenland: Man könnte die eigene Währung beliebig abwerten, damit würden griechische Waren im Ausland billiger. Die Abkehr vom Euro verspräche ein Exportwunder ohne Schmerzen.

Diese Option klingt so verlockend, dass sie auch in der Bundesregierung erörtert wird. In verschiedenen Ministerien beschäftigen sich Regierungsbeamte mit den Details. Und sie rechnen. Das Ergebnis: Verließe Griechenland die Euro-Zone, käme das Deutschland teuer zu stehen.

Die Griechen haben ihre Schulden in Euro aufgenommen. Diese blieben auch nach Wiedereinführung der Drachme bestehen. Würde die Drachme dann gegenüber dem Euro deutlich abgewertet, könnten die Griechen ihre Euro-Schulden erst recht nicht mehr bezahlen. Die Staatspleite wäre perfekt.

Weil deutsche Banken sehr viel Geld in Griechenland verliehen haben – geschätzte 17 Milliarden Euro allein an den griechischen Staat –, müsste die deutsche Regierung bei einer Staatspleite erst einmal einige deutsche Banken retten. Auch die Europäische Zentralbank ist in Griechenland engagiert – angeblich mit 153 Milliarden Euro. Auch sie bräuchte wohl eine Kapitalspritze. Und der europäische Rettungsfonds hat 37,9 Milliarden Euro verliehen, ein Drittel der Verluste müsste Deutschland tragen.

All das wären freilich nur die direkten Kosten. Die indirekten wären weitaus größer – für die Deutschen *und* für die Griechen. Wie hoch sie genau wären, ist unkalkulierbar.

In Griechenland würden die Bürger die Banken stürmen, aus Angst vor der Zwangsumstellung und dem Wertverlust ihrer Sparguthaben. Das Bankensystem würde kollabieren, der Zahlungsverkehr zusammenbrechen. Das würde auch in Irland, Portugal oder Spanien drohen. Auch dort müssten Bürger und Investoren um ihr Geld fürchten. Panik wäre die Folge. Ein Land nach dem anderen könnte aus dem Währungsverbund herausbrechen. Für Deutschlands Steuerzahler hieße das: noch mehr Verluste, noch höhere Kosten. Das Ende der Währungsunion würde auf dem ganzen Kontinent eine Spur der Verwüstung hinterlassen.

Die schöne Option vom griechischen Ausstieg könnte also grässliche Folgen haben. Zwar muss es so weit nicht kommen. Aber zur Realität in einer komplexen Welt gehört, dass man sich immer wieder fragen muss, welche Risiken man eingehen will – und welche nicht.

Deshalb bereitet die EU ein neues Hilfsprogramm vor, mit neuen Auflagen. In der Hoffnung, dass die Griechen ihre Kredite zurückzahlen können, wenn sie nur genug Zeit bekommen – und genug Geld. 110 Milliarden Euro wurden schon zugesagt, allein im kommenden Jahr braucht die Regierung rund 27 Milliarden Euro zusätzlich, sollte sie sich am Markt kein Kapital leihen können. Im Jahr darauf wären weitere 38 Milliarden Euro nötig. »Wir retten Griechenland seit einem Jahr, und wir werden damit weitermachen«, sagt die französische Finanzministerin Christine Lagarde. Gebracht hat die Retterei wenig. Die Griechen sparen, aber die Kürzungen haben die Krise weiter verschärft. Allein in diesem Jahr könnte die griechische Wirtschaftsleistung um mehr als drei Prozent schrumpfen. Und der Widerstand gegen neue Kürzungen wächst. Genau wie der Schuldenberg.

Schrecken ohne Ende oder Ende mit Schrecken? Sicher kann niemand sagen, was besser ist. Und das ist das wahre Euro-Drama.

2. Wieselwörter

Ende März vergangenen Jahres erscheint in der *Bild am Sonntag* ein Artikel über das Treffen der europäi-

Fortsetzung auf S. 24

ZUM THEMA:
Interview zur Schuldenkrise mit dem Harvard-Historiker Niall Ferguson auf Seite 25

Illustration: Smetek für DIE ZEIT/www.smetek.de

INTERNET

Punkt für Microsoft

Mit dem Kauf von Skype greift der Konzern Apple und Google an

Microsoft kauft Skype. Für 8,5 Milliarden Dollar übernimmt der Softwarekonzern den Anbieter von kostenlosen Internettelefonaten. Mit dem Kauf zeigt Microsoft Siegeswillen im Kampf um die Kommunikation von morgen.

Skype betrachtet Telefonate und Videogespräche ebenso als Datenverkehr wie das herkömmliche Surfen im Internet. Warum also Gesprächsminuten extra zahlen, wenn man schon eine Flatrate fürs Surfen hat? 145 Millionen aktive Kunden konnte Skype damit gewinnen, zum Argwohn von Deutscher Telekom & Co., die Skype in ihren Netzen lange unterdrückt haben, um ihr eigenes Geschäftsmodell zu schützen.

Mit Microsoft hat Skype nun einen starken Partner, der viel Geld investiert, um seinen Rückstand zu Apple und Google aufzuholen. In die Spielekonsole Xbox, in ein neues Betriebssystem für Mobiltelefone, in eine Kooperation mit dem Handyhersteller Nokia. Überall könnte Skype nun eingebunden werden und Menschen verbinden: ob beim virtuellen Tennismatch vor dem Wohnzimmerbildschirm, unterwegs bei der Autofahrt oder beim Spaziergang. Die Erlebniswelten von Microsoft werden gegenüber denen von Apple und Google attraktiver.

Ist der Kaufpreis nun zu hoch? Schwer zu sagen. Es kommt auf die Zahlungsbereitschaft der Kunden an. Die ist bei Microsoft traditionell stärker ausgeprägt als bei Skype: Gerade mal sechs Prozent nutzen dort bisher die kostenpflichtigen Zusatzdienste, die das Unternehmen neben den Gratisgesprächen anbietet. Umgerechnet zahlt Microsoft für jeden Nutzer knapp 1000 Dollar. Das scheint nicht allzu viel, wenn es um die eigene Zukunft geht. MARCUS ROHWETTER

30 SEKUNDEN FÜR

Generation 55 plus

Bundesregierung, Parteien und Arbeitgeber betonen neuerdings, wie wichtig ihnen ältere Arbeitnehmer seien. Kein Wunder: Schließlich wird uns der demografische Wandel schon bald einen akuten Nachwuchsmangel bescheren.

Positiv zu spüren bekommt das die Generation 55 plus aber kaum, wie sich nicht nur an den vielen Langzeitarbeitslosen dieser Altersklasse zeigt, sondern auch daran, dass sie bei betrieblichen Fortbildungsangeboten meist außen vor bleibt.

Auch wenn man die Vorgänge bei der FDP beobachtet, bei der jetzt schon die 45-Jährigen zu alt für einen Führungsjob sind, ist das wenig ermutigend. Gerade noch rechtzeitig haben Mannheimer Forscher entdeckt: Arbeitnehmer bis 65 sind nicht weniger leistungsfähig als jüngere. Die Oldies könnten sogar besser mit Stress umgehen und machten weniger Fehler. Für die FDP ist es wohl zu spät, aber vielleicht könnten ja andere Organisationen aus der Studie lernen. DIETMAR H. LAMPARTER

MACHER UND MÄRKTE

Atom-Versicherung

Müssten RWE & Co. ihre Kernkraftwerke gegen einen schweren Atomunfall wie in Fukushima versichern, wäre Atomstrom in Deutschland unbezahlbar – und alle 17 Meiler würden sofort stillgelegt. Das geht aus einer Studie der **Versicherungsforen Leipzig GmbH** hervor, einer Ausgründung aus der Universität Leipzig, die sich als »Brücke zwischen Versicherungswissenschaft und Versicherungspraxis« versteht. Pro Kilowattstunde würde sich Atomstrom laut der Expertise um mindestens 14 Cent verteuern. Das ist weit mehr als doppelt so viel wie der Preis an der Leipziger Strombörse.

Schon der noch moderat erscheinende Cent-Betrag bedeutete deshalb das ökonomische Aus für die Meiler. Tatsächlich dürfte aber die zu erwartende Kostensteigerung weit höher sein. Denn bei den 14 Cent bliebe es nur, wenn die Versicherungssumme über 100 Jahre angespart werden könnte, eine unrealistische Annahme. Kürzere Ansparfristen, beispielsweise zehn Jahre, verteuerten den Atomstrom um mindestens vier Euro pro Kilowattstunde. »Anders als bislang vielfach behauptet, wäre der durch Kernenergie erzeugte Strom nicht mehr als preisgünstig im Vergleich zu anderen Energiequellen anzusehen«, heißt es in der 150-seitigen Studie der Versicherungsfachleute.

Finanziert wurde sie vom **Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)** – und der Auftrag erging schon im Januar, noch vor der Katastrophe von Fukushima. Die Ergebnisse zeigten, so **Björn Klusmann**, Geschäftsführer des BEE, »wie verlogen die Debatte um die Kosten unserer Energieversorgung geführt wird«. VO

Sozialbewusst

In Deutschland haben Verbraucher im vergangenen Jahr **Fair-Trade-**Produkte im geschätzten Wert von rund 340 Millionen Euro gekauft. Das war fast ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. Die vor allem nach sozialen Produktionsbedingungen ausgewählten Waren werden in etwa 30 000 Supermärkten, Bioläden und sogenannten Weltläden angeboten. Am beliebtesten war zuletzt wiederum fair gehandelter Kaffee (7200 Tonnen). Auch Rosen gehen gut, aber ihr Marktanteil betrug zuletzt erst 2,4 Prozent. LÜT

27

Prozent beträgt das Wachstum von Fair-Trade-Produkten

Ungleiche Erben

Ost- und Westdeutsche erben annähernd gleich oft, aber im Westen erbt man üblicherweise deutlich mehr. Das ergab eine Studie der **Postbank.** Ihr zufolge beträgt der Wert eines Erbes im Osten in rund 60 Prozent der Fälle weniger als 25 000 Euro; im Westen trifft das nur auf 45 Prozent zu. Dagegen haben in den alten Bundesländern 19 Prozent aller Hinterlassenschaften einen Wert von mehr als 100 000 Euro. Im Osten gilt das nur für knapp drei Prozent. LÜT

Geheimtreffen in Luxemburg: Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker am vergangenen Freitag

Fotos: www.tvr-news.de (4); action press (u.)

Fortsetzung von S. 23

schen Staats- und Regierungschefs wenige Tage zuvor. Die griechische Krise hat sich zugespitzt, dem Land geht das Geld aus. Die Zeitung beschreibt, wie sich Angela Merkel in Brüssel erfolgreich gegen andere Mitgliedsstaaten zur Wehr gesetzt habe, die Griechenland konkrete Hilfszusagen machen wollten. Als »Kämpferin für die Stabilität des Euro und deutsche Interessen« wird sie bejubelt, als »eiserne Kanzlerin« gefeiert.

Merkel braucht solche Berichte, denn wenige Wochen nach dem Treffen wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Die deutschen Bürger sind gegen ein Hilfspaket für Griechenland. Merkels Koalition hat einen schlechten Start hingelegt, die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers empört das Volk, die Umfragewerte sind mies. Wenn das größte Bundesland verloren geht, ist die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat weg. Von einer drohenden Regierungskrise ist die Rede, sogar von der Gründung einer rechtspopulistischen Partei.

Was damals keiner ahnt: Im Prinzip haben Europas Politiker das Hilfspaket längst beschlossen. Sie haben es sogar verkündet – in einem dieser diplomatisch verschwurbelten Bulletins, direkt nach einem Gipfeltreffen Monate zuvor.

Am 11. Februar 2010 heißt es in der Abschlusserklärung nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs: »Die Mitgliedstaaten der Euro-Gruppe werden entschlossen und koordiniert handeln, sofern das nötig ist, um die finanzielle Stabilität in der Euro-Zone insgesamt zu sichern.« Entschlossen und koordiniert bedeutet: Europa ist bereit, Griechenland zu stützen. Nur sagt das niemand offen. Weil der Druck auf die Griechen aufrechterhalten werden soll. Aber auch, weil in Nordrhein-Westfalen gewählt wird.

Als Griechenland dann Ende April tatsächlich Finanzhilfe beantragt, wird sie innerhalb von wenigen Tagen genehmigt.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek hat den Begriff der Wieselwörter bekannt gemacht. Gemeint sind Sprachhülsen, gut klingend, aber ihres Inhalts beraubt – so wie ein von einem Wiesel ausgesaugtes Ei, denn das Tier schafft es, keine Spuren an der Schale zu hinterlassen. »Eisern« ist so ein Wieselwort. Denn was bedeutet es, »deutsche Interessen« zu verteidigen? Hart sein um der Härte willen? Die Griechen pleitegehen lassen, auch wenn es der hiesigen Wirtschaft schadet? Vielleicht wäre es ja im deutschen Interesse gewesen, einzugreifen, bevor die Lage eskaliert? Auch um den Preis, als »weich« zu gelten.

Der Streit um die Rettung des Euro ist voller Wieselwörter. Etwa die »Gläubigerbeteiligung«. Anstelle der Steuerzahler sollten die Banken ran, wenn ein Staat pleitegeht – das klingt sozial gerecht und ordnungspolitisch sauber. Es klingt nach Eigenverantwortung und Härte gegenüber der Finanzindustrie. Dabei würde sich die Politik nur den Launen der Märkte ausliefern. Wenn Investoren wissen, dass sie ihren Einsatz verlieren könnten, ergreifen sie erst recht die Flucht. Dann steigen die Marktzinsen für alle Staaten. Und für die angeschlagenen Länder könnten sie schnell zu hoch sein. Je öfter in Berlin die Beteiligung der Gläubiger gefordert wird, desto näher rücken die Krisenländer dem Staatsbankrott. Alle wissen das – es sagt nur keiner. Aus Angst vor der Wut des Volkes.

Es sei nicht Aufgabe der Politik, »ein naturwüchsiges Meinungsspektrum bloß abzubilden«, schrieb der Philosoph Jürgen Habermas kürzlich in der *Süddeutschen Zeitung.* Vielmehr gehe es darum, an »einem öffentlichen Prozess der Meinungsbildung« mitzuwirken.

Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Eine Diktatur des Volkes sollte sie nicht sein.

3. Dort steht er und kann nicht anders

Dies ist der Mann, der über das Grauen spricht. Hans-Werner Sinn, 63 Jahre, Wirtschaftsprofessor und Chef des Münchner ifo Instituts. Ein Mann, der polarisiert. Einer, den die Gegner der Griechenlandhilfen gern als ihren Kronzeugen anführen. Das Grauen trägt bei Sinn den Titel *Warum Deutschland ein Schulden-Tsunami droht;* so heißt ein Vortrag, den er in diesen Tagen oft hält. Die Rettungsprogramme sind für ihn »eine tickende Zeitbombe, deren Sprengkraft selbst die schlimmsten Ahnungen der Öffentlichkeit übersteigt«. Und so beschränkt er sich nicht mehr darauf, die Politik zu analysieren und zu bewerten – sondern greift selbst ein. Als der Bundestag im vergangenen Jahr über das Griechenlandpaket abstimmte, schrieb er Abgeordnete an und riet ihnen, dagegen zu votieren.

Am Montag dieser Woche präsentiert er seine Thesen an der Humboldt-Universität in Berlin. Sinn wirft lange Zahlenreihen an die Wand; er zeigt Diagramme mit Kurven, die ins schier Bodenlose stürzen; er häuft einen Turm aus bunten Bausteinen an, wobei jeder Stein für einen Geldbetrag steht, den Deutschland zahlen muss. Am Ende ist der Turm unfassbar hoch. Fast 400 Milliarden Euro würde es Deutschland kosten, wenn Griechenland, Irland, Portugal und Spanien pleitegingen. 400 Milliarden Euro sind mehr als der gesamte Bundeshaushalt.

Hans-Werner Sinn hat eine klare Vorstellung von der Welt. Früher ging es den Deutschen schlecht, weil es den Griechen und den Iren gut ging. Heute geht es den Deutschen gut, weil es den Griechen und den Iren schlecht geht. Denn das Kapital bleibt zu Hause, statt in die Peripheriestaaten zu fließen. Für Sinn ist das weitgehend ein Nullsummenspiel – was der eine gewinnt, verliert der andere. Seine These ist umstritten, für viele Bürger und Parlamentarier aber auch attraktiv.

Als Sinn fertig ist, ergreift Michael Burda das Mikrofon, gebürtiger Amerikaner und Wirtschaftsprofessor an der Humboldt-Universität. Er stimme seinem »Freund Hans-Werner« in fast allen Punkten zu, sagt Burda. Seine Sicht sei jedoch ein wenig »national«.

Bisher war die Idee der europäischen Integration, dass vom engeren Zusammenrücken alle profitieren. Dass die Deutschen mehr exportieren können, wenn in Griechenland die Wirtschaft rund läuft. Dass griechische Rettungspakete auch deutschen Unternehmen zugutekommen. Dass die Menschen sich irgendwann einmal nicht in erster Linie als Deutsche oder Franzosen begreifen, sondern als Bürger eines geeinten Europas – in dem es keinen Unterschied macht, ob ein reicher Bayer für einen armen Saarländer bezahlt oder ein reicher Finne für einen armen Griechen. Ob bewusst oder unbewusst: An diesem Abend entwift Hans-Werner Sinn das Gegenmodell.

4. Geheimdiplomatie, ganz offen

Als Wolfgang Schäuble am vergangenen Freitag im Luxemburger Schloss Senningen eintrifft, muss er eigentlich gar nichts mehr sagen. Seine europäischen Kollegen, die mit ihm an der geheimen Zusammenkunft der Finanzminister teilnehmen, wissen bereits, was ihn beschäftigt. Sie kennen seinen Sprechzettel.

Wenige Stunden zuvor hat *Spiegel Online* berichtet, Griechenland wolle die Euro-Zone verlassen. Das Nachrichtenportal zitiert aus einer »internen Vorlage« des Bundesfinanzministeriums. Das Papier ist das für solche Treffen übliche Briefing der Beamten für ihren Minister: eine Auflistung von Optionen, Szenarien, Kosten. Im Ministerium kennen diesen Sprechzettel nur acht oder neun Personen. Dass er überhaupt bekannt wird, zeigt: Der Konflikt um die Rettung des Euro teilt nicht nur Europa. Er geht auch mitten durch die deutsche Regierung.

Schäuble gilt als Verfechter eines weiter zusammenwachsenden Europas. Viele in CDU und CSU sind dagegen, erst recht in der FDP. Sie fürchten vor allem das T-Wort – T wie Transferunion. Europa darf alles sein, nur keine Haftungsgemeinschaft, bei der die Starken dauerhaft für die Schwachen bezahlen. Das war die Leitlinie bei den Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht, und es war die Leitlinie bei den Beratungen zu den Rettungspaketen. Deshalb dürfen bis jetzt nur Kredite vergeben werden, die von den Krisenländern mit Zinsen zurückbezahlt werden müssen. Und deshalb betonen deutsche Politiker immer wieder, die Krise habe den Steuerzahler noch keinen Cent gekostet.

Bis jetzt stimmt das auch. Das Problem ist nur, dass in der Wirtschaftsgeschichte alle Versuche scheiterten, einen Währungsraum ohne Haftungsgemeinschaft zu errichten. Zumal wenn er so unterschiedliche Länder umfasst wie Deutschland und Griechenland.

Europa müsse jetzt für die Fehler der Vergangenheit bezahlen, heißt es oft. Vielleicht ist es eher so: Entweder korrigiert Europa die Fehler der Vergangenheit. Oder es bezahlt.

Draghis Chancen

Es ist die wichtigste Personalentscheidung, die in Europa 2011 zu treffen ist: Wer wird der nächste Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der neue Herr über den Euro? Der Amtsinhaber Jean-Claude Trichet tritt im Herbst ab. Seit sich der deutsche Kandidat, der frühere Bundesbankpräsident Axel Weber, zurückgezogen hat, ist der italienische Notenbankgouverneur Mario Draghi Favorit. Neben Italien hat sich auch Frankreich für Draghi ausgesprochen. Nur die Bundesregierung hatte sich noch nicht festgelegt – und als größte Wirtschaftsmacht hat Deutschland de facto ein Vetorecht.

Im Gespräch mit der *ZEIT* (siehe S. 2/3) hat sich Angela Merkel nun erstmals direkt zur Kandidatenfrage geäußert – und ihre Sympathien für Draghi erkennen lassen. »Ich kenne Mario Draghi«, sagte sie. »Er ist eine sehr interessante und erfahrene Persönlichkeit. Er steht unseren Vorstellungen von Stabilitätskultur und solidem Wirtschaften sehr nahe. Deutschland könnte eine Kandidatur von ihm für das Amt des EZB-Präsidenten unterstützen.«

Damit geht die Bundeskanzlerin ein innenpolitisches Risiko ein. Ein Italiener an der Spitze der Notenbank – das wird jenen Kritikern neue Nahrung liefern, die Angela Merkel vorwerfen, sie knicke vor den Staaten Südeuropas ein. Dagegen kann sie auf das Lob der Fachwelt zählen. Draghi gilt nach dem Rückzug Axel Webers weithin als der beste Mann für den Posten. Er ist ein Anhänger einer stabilen Währung, er ist erfahren im Zentralbankgeschäft, und er hat für die G 20 die Reform der internationalen Finanzmärkte koordiniert.

Ohnehin waren Merkels Optionen begrenzt: Außer Weber hatte Deutschland keinen qualifizierten Kandidaten.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/finanzkrise

»Russisches Roulette mit dem Haushalt«

Der britische Historiker Niall Ferguson glaubt, dass die USA mit ihren Schulden in die gleiche Lage geraten könnten wie Griechenland

DIE ZEIT: Professor Ferguson, Europa debattiert über die drohende Pleite Griechenlands, aber auch die amerikanischen Staatsschulden haben ein Niveau erreicht, das die Finanzmärkte beunruhigt. Unter den Rating-Agenturen macht sich Zweifel über die Kreditwürdigkeit der Amerikaner breit. Kurzum, Amerika hat ein Problem ...

Niall Ferguson: Das ist milde ausgedrückt. Amerika hat ein Riesenproblem, denn die Regierungen spielen seit fast zehn Jahren russisches Roulette mit dem Staatshaushalt. Es ist eine ziemlich gefährliche Strategie, wenn die gesamte Haushalts- und Fiskalpolitik darauf basiert, riesige Konjunkturpakete zu schnüren, wenn die Gelddruckmaschine der wichtigsten Leitwährung heiß läuft und wenn sich die USA bei den Chinesen immer mehr verschulden. Die Märkte haben allen Grund, unruhig zu sein.

ZEIT: Amerika stellt nicht nur eine Gefahr für sich dar, sondern auch für den Rest der Welt?

Ferguson: Ganz genau. Die USA sind immer noch die größte Volkswirtschaft, und wenn die ihre Schulden nicht in den Griff kriegt, wird das viel schlimmere Konsequenzen haben, als wenn Griechenland oder Portugal pleitegehen ...

ZEIT: Hat die Politik eine Antwort darauf?

Ferguson: Allmählich sehen nicht nur die Politiker ein, dass es so nicht weitergehen kann. Auch die Öffentlichkeit hat langsam begriffen, dass die Schulden ein Problem sind. Dennoch herrscht keine große Eile in Washington, und das liegt vor allem daran, dass die Amerikaner sich an ihren Status als Supermacht zu sehr gewöhnt haben. Seit 1872 sind sie die größte Volkswirtschaft, seit 1945 eine politische Supermacht, und seit 1991 ist diese Vorherrschaft konkurrenzlos. Kaum ein Amerikaner kann sich eine Welt vorstellen, in der das anders wäre. Deswegen wird in Washington auch kein glaubwürdiges Szenario diskutiert, das die Schuldensituation in den nächsten fünf bis zehn Jahren stabilisieren würde. Bitte betrachten Sie das in einem größeren Zusammenhang: Der Aufstieg des Westens, der vor sechshundert Jahren mit den portugiesischen Seefahrern begann, hat seinen Höhepunkt längst überschritten. Wir erleben gerade das Ende der westlichen Vorherrschaft. Indien und China holen auf. Das wirtschaftliche Zentrum der Welt wandert vom Westen in den asiatisch-pazifischen Raum, und dieser Prozess könnte ohne Weiteres beschleunigt werden, wenn Amerika seine Schulden nicht in den Griff bekommt.

ZEIT: Die Tage der Weltmacht Amerika sind also Ihrer Meinung nach gezählt?

Ferguson: Nicht nur die Tage Amerikas sind gezählt. Der Aufstieg des Westens insgesamt geht zu Ende. Ich habe mich in letzter Zeit viel mit Komplexitätstheorie beschäftigt, und ich glaube, wir Historiker müssen uns von den zyklischen Modellen verabschieden, mit denen wir bisher gearbeitet haben.

ZEIT: Was nimmt man stattdessen?

Ferguson: Wir müssen von der Wissenschaft lernen, dass komplexe Systeme nicht unbedingt linearen Gesetzen folgen, sondern sich sehr plötzlich verändern. Zivilisationen sind komplexe Systeme, und die Geschichte zeigt, dass Weltmächte nicht langsam verschwinden, sondern plötzlich in sich zusammenfallen. Das Römische Reich verschwand binnen weniger Generationen. Genau wie das Byzantinische Reich und die Habsburgermonarchie. Bedenken Sie, wie rasant die Sowjetunion kollabierte. Warum sollte der Niedergang Amerikas schrittweise vonstattengehen? Bei einer Analyse der amerikanischen Wirtschaftskrise wird oft ein willkürlicher Zeithorizont gesetzt. 2050 könnten unsere Enkelkinder ein Problem haben, heißt es dann. Aber wenn der Anleihenmarkt die Risikoprämie für US-Staatsanleihen nächste Woche verdoppelt, wird das Problem schon nächste Woche verdammt ernst.

ZEIT: Angenommen, die Weltmacht Amerika stürzt von der Klippe, was passiert dann genau?

Ferguson: Ganz einfach, viele Amerikaner werden sich mit einem wesentlich niedrigeren Lebensstandard abfinden müssen. Und genau genommen ist das ja jetzt schon der Fall. In weiten Teilen des Landes müssen die Menschen schon jetzt mit viel weniger Geld auskommen – und zwar nicht erst seit der Finanzkrise. Durch den Aufstieg von China und Indien ist mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung dem globalen Arbeitsmarkt zusätzlich beigetreten. Das Leben für den ungelernten amerikanischen Arbeiter ist dadurch ungleich schwieriger geworden, als es für frühere Generationen war. Um sich aber auszumalen, wie die Zukunft aussehen könnte, lohnt sich ein Blick zurück in die siebziger Jahre. Als ich ein Teenager war, befand sich Amerika in einem lausigen Zustand. Das Wirtschaftswachstum war schwach, die Inflation außer Kontrolle, und nach dem verlorenen Vietnamkrieg herrschte ein allgemeines Gefühl von amerikanischer Schwäche. Die Sowjetunion breitete sich in Afrika und Mittel- und Südamerika aus, und alles sah danach aus, als würden die Russen den Kalten Krieg gewinnen. Die Zukunft könnte ganz ähnlich aussehen: Die Prognosen sagen der US-Wirtschaft allenfalls ein Wachstum von 1,25 Prozent voraus, und steigende Inflation wird immer wahrscheinlicher ...

ZEIT: ... Stagflation also.

Ferguson: Genau, davon gehe ich aus. Wenn Sie den steigenden Goldpreis als Anzeichen dafür nehmen, dass Investoren immer weniger Vertrauen in die Zukunft des Dollar haben, ist das ein ziemlich wahrscheinliches Szenario. Und auch außenpolitisch scheint Amerika schwächer denn je. Die Ermordung von Osama bin Laden mag den Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan zwar vereinfacht haben, aber als Sieger werden sie sich dennoch nicht feiern können. Afghanistan ist so instabil wie eh und je.

ZEIT: Sie sprechen von einer Verschiebung des globalen Weltmachtanspruchs nach Osten. Aber bisher gibt es kaum Anzeichen dafür, dass die Chinesen ihren wirtschaftlichen Einfluss in strategische und militärische Macht ummünzen ...

Ferguson: Wir wissen, dass die Chinesen ihre U-Boot-Flotte erneuern, und wir müssen ebenfalls davon ausgehen, dass sie einen Flugzeugträger bauen. Dennoch wird es Jahrzehnte dauern, bis China die US-Militärdominanz im Pazifik herausfordern kann. Eine akute strategische Gefahr existiert im Cyberspace. Wir bilden uns ein, dass uns das Internet gehört, weil wir es erfunden haben. Darauf basiert das amerikanische Selbstbewusstsein. Aber der Paradigmenwechsel, von dem ich rede, lässt sich auch auf geostrategische Fragen anwenden. Die Chinesen haben längst das Know-how, um den Status quo mit neuen Technologien aus den Angeln zu heben. Es ist bekannt, dass amerikanische Militärausrüstung mit chinesischen Computerchips ausgestattet wurde. Aber sind die sauber? Oder werden sie eines Tages unvermittelt den Dienst versagen? Wenn das militärische Ziel darin besteht, mit Computerviren das Stromnetz des Gegners auszuschalten, dann hat China längst aufgeholt und könnte ein sehr aggressiver Gegner sein.

ZEIT: Wo sehen Sie Europa und die Euro-Zone in dieser apokalyptischen Zukunftsvision? Immerhin herrscht in der europäischen Politik Entschlossenheit, das Schuldenproblem zu lösen.

Ferguson: Ich frage mich, wie entschlossen die Europäer wirklich sind. Schließlich haben sie erst gehandelt, als die Finanzmärkte nacheinander den Griechen, den Iren und den Portugiesen das Vertrauen entzogen haben. Was Amerika von den Europäern lernen kann, ist, dass man handeln muss, bevor das Vertrauen verloren geht.

ZEIT: Was hätten die tun sollen?

Ferguson: Das ist ja das Problem der Euro-Zone. Sie war von Anfang an institutionell defekt und wirtschaftlich extrem ungleich. Und anstatt Konvergenz zu schaffen, hat das Ungleichgewicht zwischen den großen Ländern und denen an der Peripherie zugenommen. Nehmen Sie das Beispiel Lohnstückkosten: Sobald die wirtschaftlich schwächeren Länder dem Euro beigetreten waren, fingen sie an, deutsche Löhne zu zahlen, ohne dabei jemals das Niveau deutscher Produktivität zu erreichen.

ZEIT: Gleichwohl hat die europäische Politik es unter den gegebenen institutionellen Voraussetzungen immer wieder geschafft, die Märkte zu beruhigen.

Ferguson: Fürs Erste vielleicht, aber das war schwierig genug, und es hat vor allem eines gezeigt: Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat das europäische Projekt den Rückwärtsgang eingelegt, und zwar so überraschend, dass wir es noch gar nicht wahrgenommen haben. Und im Zentrum der europäischen Desintegration liegt Deutschland. Zum ersten Mal seit drei Generationen fühlen die Deutschen sich nicht dafür verantwortlich, den europäischen Integrationsprozess durch ihre Wirtschafts- und Finanzkraft auf Kurs zu halten. Wenn Sie so wollen, ist das historische Mandat verloren gegangen, und unzufriedene CDU-Wähler fragen sich, warum sie Iren oder Portugiesen unterstützen sollen. Wenn es eine Gruppe gibt, die von der Euro-Krise bisher verschont geblieben ist, dann ist es der deutsche Mittelstand, der still und zufrieden seine Produkte weiter nach China exportiert. Das sind die Stammwähler, die Frau Merkel nicht verscheuchen will. Das größte Versagen der Bundesregierung liegt darin, den Wählern nicht deutlich zu machen, dass deutsche Banken vom Zusammenbruch bedroht sind, wenn anderen Euro-Ländern nicht geholfen wird.

ZEIT: Dann ist der Zusammenbruch des Euro Ihrer Meinung nach nur eine Frage der Zeit?

Ferguson: Nein, ganz so spektakulär wird es, glaube ich, nicht kommen, dafür ist der Austritt aus dem Euro zu teuer. Aber die Zukunft wird scheußlich genug werden: Griechenland wird pleitegehen, Irland auch, und die EZB wird wie immer versuchen, zwei sich widersprechende Ziele zu verfolgen, nämlich das Bankensystem über Wasser zu halten und gleichzeitig die Inflation unter Kontrolle zu bekommen. Ich halte es für plausibel, dass wir von Europa in Zukunft ebenfalls nur ein schwaches Wachstum erwarten dürfen. Der Unterschied zwischen den Kernländern und der Peripherie wird zunehmen, und als Konsequenz werden populistische Bewegungen an Einfluss gewinnen. Nehmen Sie das Problem der schlecht integrierten muslimischen Immigranten und die demografische Entwicklung von immer älter werdenden Gesellschaften. Angesichts dessen können Sie zu keinem anderen Schluss kommen, als dass Europa keiner besonders rosigen Zukunft entgegenblickt. Wenn es einen Wirtschaftsraum gibt, der die japanische Stagflation der neunziger Jahre erleben wird, dann ist es Europa.

ZEIT: Das klingt ja danach, als könnten wir alle einpacken. Oder ist es doch nur Ihr Kulturpessimismus? Der »Untergang des Abendlandes« wurde ja von dem Historiker Oswald Spengler schon vor neunzig Jahren vorausgesagt.

Ferguson: Also, was Spengler angeht, der hat argumentiert, dass Geschichte saisonal verläuft und jede Zivilisation eines Tages einen schrecklich kalten Winter erlebt. Ich sage dagegen, dass der Lauf der Geschichte eben nicht so linear ist. Davon abgesehen, bin ich absolut kein Kulturpessimist.

ZEIT: Ein Optimist sind Sie nicht gerade.

Ferguson: Doch, denn am Ende rede ich doch vom Aufstieg des Ostens. Mal abgesehen von den möglichen ökonomischen und strategischen Konsequenzen für die Zukunft des Westens: Was wir erleben, ist, dass höhere Produktivität in den asiatischen Ländern zu einem höheren Lebensstandard führt und dort viel weniger Menschen in Armut leben als noch vor zwanzig Jahren. Und das ist doch positiv, oder nicht? Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin nicht für den Niedergang Amerikas. Schließlich lebe ich dort. Ich sehe mich als Warnlicht, das die Amerikaner vor einer unmittelbar drohenden Gefahr warnt. Noch können sie den Niedergang abwenden. Aber in zwei Jahren oder sogar noch früher könnte es zu spät sein.

ZEIT: Was muss also geschehen?

Ferguson: Die Amerikaner haben jetzt die Wahl: Entweder kehren sie zu dem alten Modell zurück, senken die Steuern und führen die Staatsquote zurück, oder sie entscheiden sich für den europäischen Weg, den Obama gehen will. Der bedeutet hier und da ein paar Einsparungen und höhere Steuern. Ich würde ihnen zu der ersten Alternative raten. Die Republikaner müssen einen neuen Ronald Reagan finden. Gesucht: Hollywoodschauspieler fürs Präsidentenamt. Charaktereigenschaften: jovial, volkstümlich und genial.

Das Gespräch führte JOHN F. JUNGCLAUSSEN

Foto (Ausschnitt): Tom Stockill/Camera Press/Picture Press

Niall Ferguson vor dem Swiss-Re-Tower in London

Zur Person

Der Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson begann seine Karriere vor knapp zwanzig Jahren mit einer Detailstudie über die **Hyperinflation** von Weimar, die das große Bild der Geschichte um ein Puzzlestück vervollständigte. Mittlerweile schlägt der Harvard-Professor mit seinen Büchern und Fernsehdokumentationen lieber den großen historischen und globalen Bogen. »Dass wir aus der Geschichte lernen können, ist eine alte Weisheit«, sagt er. »Nur tut es keiner.« Ferguson will Geschichte anwendbar machen und einen Beitrag zu den **politischen Entscheidungen** der Gegenwart leisten. JFJ

Und bist du nicht willig …

Volkswagen ergreift die Macht bei MAN, um Synergien bei den Lkw zu erzwingen VON DIETMAR H. LAMPARTER

Ein Drama in drei Akten: Erst versucht der Münchner Lkw-Bauer MAN, den Konkurrenten Scania zu übernehmen, die Schweden wehren sich erfolgreich gegen den als feindlich empfundenen Akt. Dann holt sich Scania bei seinem Großaktionär Volkswagen das Plazet, seinerseits MAN zu übernehmen, was bei den Münchnern prompt Abwehrreflexe auf allen Ebenen auslöst. Eine vertrackte Situation. Und nun das dramatische Finale: Volkswagen will selbst die Macht bei MAN übernehmen, die Stimmenmehrheit bei Scania besitzen die Wolfsburger bereits. So wollen sie die beiden störrischen Lkw-Bauer unter ihrer Regie endlich zum gemeinsamen Glück zwingen.

Dahinter steckt zuallererst der Traum eines Mannes: Ferdinand Piëchs. Der Aufsichtsratsvorsitzende von Volkswagen hatte seine Liebe zu den großen Brummern bereits entdeckt, als er noch selbst Vorstandschef in Wolfsburg war. Mitte der neunziger Jahre ließ er seinen damaligen Wundermanager, Ignacio López, eine völlig neuartige Lkw-Fabrik in Brasilien hochziehen. Später, als ein größeres Paket des schwedischen Lkw-Bauers Scania zu haben war, schlug Piëch zu. Dahinter, so erläuterte der Stratege seinerzeit, stehe ein Kalkül: Für das Flottengeschäft mit Großkunden sei es von Vorteil, wenn man die komplette Fahrzeugpalette aus einer Hand bieten könne – vom Vertreterkombi über den Transporter bis hin zum schweren Lkw.

Das Engagement in Brasilien entwickelte sich gut, mit Scania aber lief wenig. Was Piëch gewaltig wurmte. Die stolzen Schweden vertrauten auf ihren eigenen Erfolg. Schließlich gilt Scania, das sich ausschließlich auf das lukrative Segment schwerer Laster konzentriert, mit seinen Spitzenrenditen »als Porsche unter den Lkw-Bauern«, wie es ein Manager der Konkurrenz formuliert.

Dann kam im Jahr 2006 der damalige MAN-Chef Håkan Samuelsson auf die Idee, Scania zu übernehmen. Der Schwede, zuvor selbst Scania-Manager, holte sich eine Abfuhr. Der Coup war psychologisch und taktisch schlecht vorbereitet. Die VW-Führung ergriff Partei für Scania, wohl auch, weil sich Piëch übergangen fühlte. Danach ging Volkswagen in die Offensive, erwarb ein größeres Aktienpaket bei MAN und stockte seinen Scania-Anteil bis zum Erreichen der Stimmenmehrheit auf. Piëch selbst übernahm den Aufsichtsratsvorsitz bei MAN. Die beiden VW-Beteiligungen wurden zur engeren Kooperation aufgefordert. Seither wurde viel geredet, aber wenig erreicht. Selbst die wiederholten Mahnungen von Martin Winterkorn, dem mittlerweile zum Volkswagen-Konzernchef avancierten langjährigen Piëch-Weggefährten, bewirkten keine sichtbaren Fortschritte. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer »integrierten Nutzfahrzeug-Gruppe« gelang immerhin, als MAN die brasilianische Lkw- und Busfabrikation von VW übernahm. So kamen die Münchner zu einem starken Standbein in Südamerika.

Anfang der Woche hat Volkswagen seinen Anteil an MAN auf mehr als 30 Prozent erhöht, deshalb müssen die Wolfsburger nun ein Übernahmeangebot an alle übrigen Aktionäre machen. Das könnte mehr als zehn Milliarden Euro kosten. Das Geld dafür hätte VW nach dem Höhenflug der jüngsten Zeit, doch bietet man den MAN-Aktionären einen wenig attraktiven Preis. Das Ziel sei erst mal nur ein Stimmrechtsanteil »zwischen 35 und 40 Prozent«, erklärte VW-Finanzvorstand Hans Dieter Pötsch. Die Motivlage hatte Konzernchef Winterkorn eine knappe Woche zuvor schon auf der Hauptversammlung in Hamburg dargelegt: »Der Volkswagen-Konzern hat es sich zum Ziel gesetzt, der weltweit führende Mobilitätskonzern zu werden! Daher ist für uns das Segment der schweren Lkw und Busse ein hochinteressantes, strategisches Geschäftsfeld.«

Fraglich bleibt, ob sich die Zwangsheirat der widerstrebenden Lkw-Bauer am Ende auch lohnt. Weitere Querelen bei der »Ingegration« könnten das Wolfsburger Management über Gebühr belasten. Denn Winterkorn und Co. müssen auch noch die unvollendete Fusion mit Porsche und die unerwartet zähe Annäherung an den Kleinwagenpartner Suzuki meistern.

Und die Widerstände bei den beiden Lkw-Bauern scheinen fest in deren Identität verwurzelt: Beide fühlen sich als technologische Vorreiter. Scania musste immer befürchten, als kleinerer Partner untergebuttert zu werden. Beim Traditionsunternehmen MAN wiederum herrschte stets die Sorge, dass nach einer Fusion der Lkw-Sparten das zweite Standbein des Unternehmens, zu dem Schiffsdiesel, Turbinen und Turbopumpen gehören, abgestoßen wird.

Vorsorglich erklärte Winterkorn alle Geschäftsfelder und die markenspezifischen Eigenschaften von Scania und MAN für »unantastbar«. Reicht das, um die Ängste in München und Södertälje abzubauen? Viele Branchenbeobachter sind skeptisch. »Das wäre, wie wenn man bei Pkw Mercedes und BMW zwangsverheiraten würde«, sagt einer.

Rein zahlenmäßig würde eine MAN-Scania-VW-Allianz aber an Marktmacht gewinnen: Bislang führen bei den international tätigen Herstellern noch Daimler (252 000 Lkw von 6 Tonnen aufwärts im Jahr 2010) und Volvo (129 000) das Feld an, MAN (98 000) plus Scania (46 000) könnten deutlich aufrücken. In Wachstumsmärkten wie China oder Indien wäre Größe ein Vorteil.

Die jetzt fällige Kartellprüfung (mit positivem Ausgang) werde eine engere Zusammenarbeit ermöglichen, sagt Finanzchef Pötsch. Rund 200 Millionen Euro könne man etwa durch einen gemeinsamen Einkauf einsparen.

Wenn Scania und MAN sich eher zusammengerauft hätten, wäre mehr drin gewesen. In diesen Wochen führen die großen Lkw-Bauer die neue Motorengeneration Euro 6 ein, die von 2013 an Pflicht ist. Rund eine Milliarde Euro kostet so eine Entwicklung. Branchenprimus Daimler etwa kann die Entwicklungskosten jetzt auf seine drei Hauptmarken Mercedes-Benz (Europa, Südamerika), Freightliner (USA) und Fuso (Asien) umlegen. Scania und MAN haben beide ihre Euro-6-Aggregate völlig unabhängig entwickelt. Klar, dass jeder seinen Motor auch in die eigenen Lkw einbauen will. Etwa zehn Jahre ist eine Motorengeneration im Einsatz – so lange sind die Synergien jetzt in diesem zentralen Bereich verstellt. Diese vergeudete Milliarde wird Ferdinand Piëch gehörig geärgert haben.

www.zeit.de/audio

ZWISCHENRUF

Umdenken, dann umsteigen

Nicht das E-Auto gehört gefördert, sondern E-Mobilität VON PETRA PINZLER

Neu, umweltfreundlich, aber für das normale Leben ziemlich unbrauchbar: So knapp lässt sich das Elektroauto bisher beschreiben. Denn die Autos, die nicht Benzin im Tank, sondern Strom in der Batterie haben, sind zwar gut fürs Klima – wenn sie Ökostrom laden. Doch noch fehlt es an günstigen Modellen, am Service, an Ladestationen, an der Bekanntheit und damit an fast allen Zutaten, die ein neues Produkt für eine erfolgreiche Markteinführung braucht.

Das alles soll sich nun ändern. In der kommenden Woche wird die Nationale Plattform Elektromobilität, in der Vertreter von Autoindustrie, Stromkonzernen und verschiedenen Verbänden sitzen, der Bundeskanzlerin ihren Bericht übergeben, verbunden mit großen Hoffnungen. Denn danach soll die Bundesregierung der E-Mobilität endlich zum Durchbruch verhelfen und dafür tief in die Staatskasse greifen. Die Autoren wünschen sich eine Hilfe von fast vier Milliarden Euro. Damit soll der Bund die Entwicklung neuer Batterien und eine Antriebstechnologie fördern, das Recycling und die neue Infrastruktur. Lang ist die Wunschliste, ordentlich teuer, und sie legt die Vermutung nahe, dass sich wieder einmal eine Industrie die Entwicklung neuer Produkte zumindest zum Teil vom Steuerzahler finanzieren lassen will. Noch-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle hat denn auch schon mal vorsorglich abgewinkt.

Doch zu Ende ist die Geschichte damit noch nicht, und das ist auch gut so. Denn in einem sind sich Industrielobbyisten wie auch unabhängige Verkehrsexperten sicher: Elektromobilität ist tatsächlich ein Thema mit Potenzial. Überall auf der Welt entstehen auf diesem Gebiet derzeit neue Ideen, neue Produkte und damit auch neue Arbeitsplätze. Das klassische Autoland Deutschland kann und sollte das nicht ignorieren, ebenso wenig wie seine Wirtschaftspolitiker. Zwar darf der Staat der Industrie nicht die Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Produkte abnehmen. Über eine kluge Hilfe, beispielsweise beim Aufbau der nötigen Infrastruktur, aber sollte er schon nachdenken. So könnte der Bund beispielsweise dabei helfen, Standards für die Ladestationen zu entwickeln oder Schilder für Plätze erfinden, an denen die neuen, umweltfreundlichen Autos überall ans Netz können. Und auch die Förderung von Modellprojekten oder die steuerliche Begünstigung der klimafreundlichen E-Autos sind sinnvoll, um die Menschen an die neue Technologie heranzuführen. Und warum nicht das Dienstwagenprivileg für große Spritschlucker kürzen – zugunsten von E-Mobilen? Noch wichtiger aber wäre etwas, das auch im Gutachten der Plattform nur beiläufig erwähnt wird: das Umdenken.

Statt über das »Auto« sollten alle Beteiligten mehr über »Mobilität« nachdenken. Das klingt theoretisch, hat aber praktische Folgen: In den kommenden Jahren werden sich Menschen anders als in der Vergangenheit von einem Ort zum anderen bewegen. Sie werden weiterhin mobil sein, aber nicht mehr unbedingt das eigene Auto benutzen. Denn gerade viele junge Leuten träumen heute nicht mehr vom eigenen Auto. Vor allem in den großen Städten taugt es offensichtlich immer weniger als Statussymbol, es wird im Gegenteil zu einer teuren Last, für die man auch noch stundenlang einen Parkplatz suchen muss.

Für die E-Mobilität wäre genau das die Chance – wenn Bund, Länder und vor allem auch Städte durch viele kleine Maßnahmen die kluge Kombinationen von Leihautos, Fahrrädern, Elektroscootern, Bahn und Bus erleichterten. Gerade kompakte Elektroautos böten sich als Teil eines solchen Konzeptes dann wie von selbst an. Denn deren Batterien reichen für längere Touren noch nicht aus, gut sind die kleinen Wagen hingegen für kurze Strecken. Das macht sie zu den idealen Verleihautos für die Stadt. Wenn ihre Nutzung auch noch durch reservierte Parkplätze, den Erlass von Parkgebühren, gut erreichbare Ladestationen und kluge Buchungssysteme unterstützt würde, könnten sie tatsächlich eine attraktive Alternative zum eigenen Auto werden. Nötige Gesetzesänderungen sollten ein Leichtes sein.

Dass viele Autobauer immer noch lieber nur den Ottomotor einfach durch einen Elektroantrieb austauschen und den Rest beim Alten lassen würden, ist verständlich. Denn die neuen Mobilitätskonzepte könnten irgendwann auch mal dazu führen, dass weniger Autos gekauft werden. So etwas ist zwar heute noch ein Tabu, zumindest darf es wohl kein Politiker laut fordern. Aber wer sagt denn, dass Deutschland in der Welt künftig nicht statt Autos gleich ganze Mobilitätskonzepte für Städte ohne Staus und Luftverschmutzung verkaufen könnte? Von »systemischen Lösungen« träumt die Nationale Plattform. Mehr Elektromobile auf Deutschlands Straßen wären dann tatsächlich ein Einstieg.

Foto: Jens Gyarmaty/VISUM

Ein Junge in Berlin sammelt Pfandflaschen, um sich etwas Geld zu verdienen

Auf einmal gut?

Anteil der Kinder bis 18 Jahre, die in Armut* leben, Angaben in Prozent

Dänemark	3,7
Norwegen	5,5
Frankreich	8,0
Deutschland	8,3 (2008)
Schweiz	9,4
Niederlande	9,6
Großbrit.	10,1
OECD **	12,7
Japan	14,2
Italien	15,3
Deutschland	16,3 (2004)
Spanien	17,3
Polen	21,5
USA	21,6
Israel	26,6

*Arme Haushalte verfügen über weniger als 50 % des jeweiligen mittleren Einkommens; die Daten stammen meist aus dem Jahr 2008, **Durchschnitt

ZEIT-Grafik/Quelle: OECD

Der Armuts-Irrtum

Es gibt in Deutschland offenbar viel weniger arme Kinder als bisher gedacht – Forscher wollten das für sich behalten VON KOLJA RUDZIO

Die Zahl platzte mitten in den Bundestagswahlkampf. Jedes sechste Kind in Deutschland, verkündeten Experten der Industrieländerorganisation OECD im September 2009, lebe in Armut. Schlimmer sei die Situation nur in wenigen Ländern der entwickelten Welt, etwa in Mexiko, Polen und der Türkei. Es war ein Schock und eine Blamage für die deutsche Politik.

Die Berechnungen sorgten in Berlin zuerst für hitzige Debatten – und dann für Milliardenausgaben. Sie werde die Kinderarmut entschieden bekämpfen, versprach Ursula von der Leyen, damals noch Familienministerin. Dazu wolle sie als Erstes das Kindergeld erhöhen. Was wenig später auch geschah.

Heute, eineinhalb Jahre später, ist klar: Die Zahl von der OECD war falsch. Datenmüll.

Einige Experten wissen das seit Langem. Sie mochten es aber nicht an die große Glocke hängen – schließlich hätten sie einräumen müssen, dass die Lage anders ist, als sie es bisher dargestellt haben: Deutschland rangiert bei der Bekämpfung der Kinderarmut im internationalen Vergleich tatsächlich nicht ganz hinten, sondern weit vorne. Hierzulande sind nicht mehr, sondern deutlich weniger Kinder von Armut betroffen als im OECD-Durchschnitt. Im Untersuchungsjahr 2004 waren nach den neuen Erkenntnissen statt 16,3 Prozent nur 10 Prozent aller Jungen und Mädchen in der Bundesrepublik arm. Und zuletzt – 2008, neuere Zahlen gibt es nicht – waren es bloß 8,3. So rasant hat sich die Armut wohl noch nirgendwo halbiert.

Hinter der wundersamen Schrumpfung verbirgt sich ein Skandal. Ein Zahlenspiel, das zeigt, wie wenig verlässlich wissenschaftliche Expertisen bisweilen sind, selbst bei einem gesellschaftlich so brisanten Thema wie der Armut von Kindern. Und wie schwer es den beteiligten Experten fällt, das einzugestehen. Das Armutsproblem ist auch nach den neuen Zahlen nicht gelöst, aber die Frage, wie erfolgreich die deutsche Politik es angeht, muss neu beantwortet werden.

Eine vierköpfige Familie mit weniger als 1985 Euro netto gilt als arm

Im Mittelpunkt dieser Datenaffäre steht ausgerechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, das nach einer Reihe negativer Schlagzeilen und hausinterner Querelen gerade einen neuen Chef bekommen hat. Die von der OECD für Deutschland publizierten Zahlen stammen vom DIW. Das Berliner Institut lässt jedes Jahr einige Tausend Bundesbürger nach ihren Einkommen befragen. Daraus ermitteln die Forscher die Armutsquoten.

Vor knapp zwei Jahren haben die Experten begonnen, alte Befragungen neu auszuwerten. Der Grund: »Wir bekommen immer häufiger nur lückenhafte Auskünfte«, sagt Markus Grabka, der beim DIW für die Erhebung zuständig ist. »Früher war das Problem vernachlässigbar, aber in den vergangenen Jahren wurde es immer größer.« Deshalb sei es nötig geworden, die Methoden zu verfeinern, mit denen fehlende Angaben ergänzt würden. Dazu werden komplexe Hochrechnungsverfahren und Plausibilitätsüberlegungen genutzt. Das ist bei solchen Erhebungen durchaus üblich, und dass sich Daten bei einer Neujustierung ändern, gehört zum Alltag von Statistikern. Aber so krasse Veränderungen wie bei den neuen Armutszahlen sind ungewöhnlich. Zentrale Botschaften der früheren Untersuchungen werden dadurch in ihr Gegenteil verkehrt.

So warnte Monika Queisser, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik bei der OECD, als sie die alten Zahlen auf einer Pressekonferenz vorstellte, das deutsche Sozialsystem funktioniere nicht richtig. Die Bundesrepublik gebe besonders viel Geld für die Familien aus, doch bei den Bedürftigsten komme wenig davon an, deshalb lebten hier überdurchschnittlich viele Kinder in Armut. Nach den neuen Zahlen gehört das hiesige Sozialsystem nun eher zu den erfolgreichen. Auch wenn, wie Familienministerin Kristina Schröder nach Bekanntwerden der revidierten Werte verlauten ließ, »jedes arme Kind eines zu viel ist«.

Fragwürdig erscheint jetzt eher, wie Teile des hiesigen Wissenschaftsbetriebs funktionieren. Wenn die Datengrundlage so wackelig ist, dass eine Neuberechnung frühere Ergebnisse auf den Kopf zu stellen vermag – hätten die DIW-Forscher das nicht früher erkennen und warnen müssen: Achtung, unsere Armutszahlen sind mit extremer Unsicherheit behaftet? Statt die Werte bis auf eine Stelle nach dem Komma auszuweisen, was aus heutiger Sicht eine absurde Scheingenauigkeit darstellt. »Es wird viel zu selten auf die Unsicherheit von Stichprobenuntersuchungen hingewiesen«, sagt Christian Arndt, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. »Das ist aber nicht nur ein Problem des DIW.«

Befremdlich erscheint allerdings der Umgang des öffentlich finanzierten Instituts mit der Öffentlichkeit. Bekannt wurde der extreme Rückgang der Armutsquote, weil einer Journalistin der *Financial Times Deutschland* auffiel, dass von der OECD veröffentlichte Zahlen plötzlich nicht mehr zu früheren Angaben passen. Nach einem entsprechenden Zeitungsbericht *(Fauler Zahlenzauber)* berief das DIW eilig eine Pressekonferenz ein, auf der der neue Institutschef Gert Wagner nun behauptete, man habe in früheren Veröffentlichungen längst »auf die verbesserte Methodik und ihre Konsequenzen« hingewiesen.

Das ist nur zur Hälfte richtig. Denn in den angeführten Publikationen erläutern die Forscher zwar veränderte Berechnungsmethoden und allerlei Detailergebnisse – wie radikal sich die Kinderarmut insgesamt verändert hatte, blieb aber bewusst ausgeblendet. Das geben Mitarbeiter offen zu: »Wir hatten erwogen, die alten und die neuen Zahlen einander gegenüberzustellen«, sagte Markus Grabka der *ZEIT,* »aber wir wollten dann nicht noch Salz in diese Wunde streuen und haben darauf verzichtet.« So wurde die Öffentlichkeit absichtlich im Unklaren darüber gelassen, von was für einer Qualität die von ihr mitfinanzierten Untersuchungen tatsächlich waren.

Der Vorgang dürfte das Vertrauen in wissenschaftliche Expertisen auf sozialpolitischem Gebiet erschüttern. Einmal mehr scheint sich der Uralt-Spruch von der Statistik zu bestätigen, der man nur trauen dürfe, wenn man sie selbst gefälscht habe. Dabei ist die Politik auf methodisch sauber ermittelte Daten angewiesen. Sie bewegt sich sonst im Blindflug, und es lässt sich kaum beurteilen, welche Wege zur Armutsbekämpfung tatsächlich Erfolg bringen und welche nicht.

Klar ist, dass Deutschland auch nach den neuen Zahlen ein Armutsproblem hat. Rund 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche lebten danach zuletzt in finanzieller Bedürftigkeit. Wohl kaum ein Grund, im Kampf gegen Kinderarmut nachzulassen. Für die OECD ist ein Haushalt arm, wenn er netto über weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens im Land verfügt. Es geht dabei also um relative Armut, um Einkünfte, die in Bezug zur Haushaltsgröße und zum Durchschnitt besonders niedrig liegen. In Deutschland hieß das im Jahr 2008: Eine Familie mit zwei kleinen Kindern war arm, wenn sie netto weniger als 1667 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Bei zwei älteren Kindern (über 14 Jahre) erhöht sich die statistische Armutsschwelle auf 1985 Euro.

Viele Sozialexperten setzen die Grenze zur Armut deutlich höher an, etwa bei 60 Prozent des mittleren Einkommens. Deshalb gibt es je nach Definition unterschiedliche Armutszahlen. Aussagekräftiger als ein einzelner Wert ist aber ein Vergleich – zu anderen Ländern oder zur Vergangenheit. International schneidet Deutschland nun offenbar besser ab als gedacht, allerdings bleiben einige Länder ein gutes Stück voraus. Das gilt vor allem für die skandinavischen Staaten, deren Steuer- und Sozialsysteme Einkommensunterschiede stärker dämpfen, als es hierzulande der Fall ist.

Was zeitliche Trends betrifft, gibt es widersprüchliche Signale. Nach den DIW-Zahlen ist die Kinderarmut bis 2004 rasant gestiegen und danach etwas gesunken. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs sie beständig. Allerdings ist dessen jährliche Erhebung noch recht neu und wurde methodisch verändert. So bleibt ausgerechnet bei dieser brennenden Frage unklar: Befindet sich Deutschland auf einer schiefen Ebene – oder auf dem richtigen Weg?

Dass die Armut zunimmt, scheint plausibel, schließlich breitete sich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten der Niedriglohnsektor aus. Allerdings ist auch das Gegenteil denkbar: Die Armut verringert sich, weil heute mehr Menschen einen Job haben und Arbeitslosigkeit das Armutsrisiko schlechthin darstellt. »Wahrscheinlich gibt es beide Effekte«, sagt Christian Arndt. »Unklar ist, welcher überwiegt.« Armut sei allerdings auch nicht allein ein Geldproblem. »Das Schlimmste für ein Kind ist sicher, wenn es in einem Elternhaus aufwächst, in dem niemand eine Arbeit hat. Dann ist es besonders schwer, aus der Armut herauszukommen.« Was tatsächlich die Ursachen für die Kinderarmut sind – niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, zerfallende Familien, ungleiche Bildungschancen –, untersucht der Professor gegenwärtig. Er arbeitet zusammen mit anderen Wissenschaftlern an einem neuen, umfassenden Armutsbericht für die Bundesregierung. Nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit ist jede verlässliche Studie recht. Datensalat gab es schon genug.

www.zeit.de/audio

»Sie sind Vorreiter!«

Kumi Naidoo, Chef von Greenpeace International, über die Versorgung der Welt mit Energie und den deutschen Atomausstieg

ZEIT: Herr Naidoo, halten Sie den deutschen Atomausstieg für einen »Sonderweg«?

Kumi Naidoo: Nein, Sie sind Vorreiter! Aber auch Angela Merkel scheint zu beschäftigen, dass ein Alleingang Deutschland isolieren könnte.

ZEIT: Vergangene Woche waren Sie ja bei der Kanzlerin. Konnten Sie sie beruhigen?

Naidoo: Wir sind die Länder durchgegangen, um zu zeigen, dass die Bevölkerungen die Atomkraft weltweit ablehnen. Selbst in Frankreich mit seinem hohen Anteil an Atomstrom sind 57 Prozent der Menschen für einen Ausstieg.

» Es ist also eine völlig unrealistische Darstellung, dass die Atomkraft das Klima wirksam schützen könnte «

ZEIT: In den energiehungrigen Schwellenländern ist das aber anders.

Naidoo: Ob in der Türkei, in Brasilien oder Chile: Auch dort gibt es überall Debatten über die Risiken der Atomkraft. Im indischen Jaitapur wurden gerade Demonstranten gegen ein geplantes Atomkraftwerk von Areva festgenommen.

ZEIT: Proteste gibt es da zwar, aber auch die Hoffnung, dass Atomkraft den Klimawandel bremsen kann. Man investiert weiter in Atom.

Naidoo: Die realen Investitionen decken aber nicht die Behauptung, dass es da eine Renaissance gebe. Regierungen finden weltweit kaum Finanzierungsmöglichkeiten, weil die Atomkraft zu teuer und zu riskant ist. Gerade haben wir erlebt, wie hilflos selbst die Hightechnation Japan war. Stellen Sie sich einen atomaren Unfall im indischen Rajasthan vor!

ZEIT: Viele rechnen aber mit einem Geschäft. Die Bundesregierung, die daheim aussteigt, unterstützt den Export deutscher Atomtechnik.

Naidoo: Ja, da wird mit zweierlei Maß gemessen. Nach meinem Eindruck ist das der Kanzlerin bewusst.

ZEIT: Ein Argument der Kernkraftbefürworter stimmt ja: Kernkraftwerke emittieren weniger CO_2, und die Zeit drängt beim Klimaschutz.

Naidoo: Tatsächlich ist unsere größte Herausforderung, den Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung zu beschleunigen. Aber derzeit decken AKWs nur zwei bis drei Prozent des weltweiten Energiebedarfs, der Bau einer relevanten Zahl würde zu lange dauern, und es käme zu wenig Strom dabei heraus. Es ist also eine völlig unrealistische Darstellung, dass die Atomkraft das Klima wirksam schützen könnte.

ZEIT: Weltweit droht der Verzicht auf Atomenergie eine Renaissance der Kohle nach sich zu ziehen.

Naidoo: Das werden wir verhindern, wenn wir mit Volldampf in erneuerbare Quellen und eine effizientere Nutzung der Energie investieren. Wenn Deutschland dabei weiter vorangeht, werden andere Länder nachziehen.

ZEIT: Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern gilt es, die wachsenden Volkswirtschaften von vorneherein emissionsarm aufzubauen. Wie stark ist Greenpeace dort vertreten?

Naidoo: Jedenfalls tun wir schon eine Menge. Zum Beispiel haben wir vor Kurzem bei einer Solar-Tour durch den indischen Bundesstaat Bihar die Chancen solarer Kleinanlagen für die Allerärmsten demonstriert. 1,6 Milliarden Menschen haben ja noch gar keinen Zugang zu Strom. Deshalb gilt aber auch weiterhin: Sie in den Industrieländern haben erst mal noch eine Menge Kohlenstoffschulden abzuzahlen. Sie verfügen über Technologien und Wirtschaftskraft. Sie sollten Ihr lebensrettendes Wissen den Entwicklungsländern großzügig weitergeben. Die Hauptrolle spielen Sie.

Das Gespräch führte CHRISTIANE GREFE

Gleiche Wirkung

Bei Altersblindheit helfen zwei Medikamente. Weiter verbreitet ist das teure. Warum? VON NICOLA KURTH

Für diese Studie interessieren sich Augenärzte weltweit. Sie wollen wissen, welches von zwei patentgeschützten Medikamenten besser gegen die feuchte Makuladegeneration hilft, die häufigste Ursache für Blindheit im Alter (AMD). Gegenstand des abgekürzt CATT genannten Vergleichs, den das staatliche National Eye Institute in den Vereinigten Staaten angestellt hat, waren das für die Augenerkrankung an sich nicht zugelassene Krebsmittel Avastin von Roche und das Spezialmedikament Lucentis von Novartis. Die Ergebnisse, die nun vor wenigen Tagen bekannt wurden, sind brisant. Der Fall weist über sich selbst hinaus, er steht exemplarisch für die Frage, inwieweit der Staat den Konflikt mit den Herstellern von Medikamenten wagt – und wie viel die Gesellschaft für Gesundheit zu zahlen bereit ist. Fragen, die sich in Zeiten technisch immer komplexerer Behandlungsmethoden und immer kostspieligerer Mittel zunehmend stellen.

Im Kern zeigt die erste große Studie über die Wirksamkeit der beiden Medikamente, dass die Behandlung mit dem Krebsmedikament Avastin gleich gute Ergebnisse erzielt wie die mit Lucentis, wenn es um den Erhalt und die Verbesserung der Sehschärfe der Patienten geht. »Mit CATT wurde bestätigt, was sowieso schon alle wussten«, sagt ein Insider. Brisant wird diese Einschätzung dadurch, dass die Präparate zwar nach Meinung vieler Experten im Wirkstoff vergleichbar sind, sich aber enorm in den Kosten unterscheiden: Lucentis ist mit 1300 Euro pro Injektion rund 30-mal so teuer wie Avastin von Roche.

4,5 Millionen Deutsche leiden an einer Form der Altersblindheit, jeder Fünfte muss sich behandeln lassen. Die Sehzellen sterben ab, weil sich hinter der Netzhaut kleine Blutgefäße bilden, aus denen Flüssigkeit austritt. Seit 2005 kann diesen Patienten mit Injektionen von Avastin ins Auge geholfen werden. Der Wirkstoff unterbindet die Blutversorgung von Tumoren – im Fall von AMD lässt sich mit ihm das abnorme Wachstum der Blutgefäße hinter der Netzhaut stoppen. Ein amerikanischer Augenarzt hatte Avastin erstmals erfolgreich *off label,* also abseits des eigentlichen Behandlungszwecks, angewendet. Seither folgten Mediziner weltweit seinem Beispiel. Doch solche Therapien sind nur erlaubt, wenn kein anderes zugelassenes Spezialmittel zur Verfügung steht. Bei AMD ist das nicht mehr der Fall. Im Januar 2007 kam Lucentis auf den Markt. Der Preisunterschied empörte Kassen wie Mediziner schon bei der Zulassung. Viele boykottieren es bis heute und bleiben bei Avastin, eine Praxis, die von der zuständigen Aufsichtsbehörde in Deutschland noch toleriert wird – in einer »wohlwollenden Duldung«, wie sich das offiziell nennt. Viele Krankenkassen schlossen mit Novartis Rabattverträge über die Nutzung von Lucentis ab, zugleich aber eigene Verträge mit den operierenden Augenärzten, in deren Folge sich der Einsatz von Avastin für die Ärzte mehr lohnt.

Es geht um sehr viel Geld. Geschätzte 100 000 AMD-Patienten gibt es derzeit in Deutschland, sie erhalten im Jahr rund 500 000 Injektionen. Bei der Zulassung von Lucentis errechneten Ökonomen, dass es die Krankenkassen drei Milliarden Euro pro Jahr kosten könnte, sofern alle Patienten damit behandelt würden. Das entsprach seinerzeit einem Achtel des gesamten deutschen Arzneimittelbudgets. Aktuell werden noch rund ein Drittel der Patienten mit Avastin behandelt. Die Ergebnisse der Studie könnten diesen Anteil schnell auf über die Hälfte und mehr steigen lassen, schätzen Experten.

Kostet rund 1300 Euro je Injektion: Lucentis

Ist im Preis etwa 30-mal günstiger: Avastin

Heikel wird der seit Jahren schwelende Streit durch die Verflechtungen der beteiligten Pharmakonzerne. Das Unternehmen, das einst sowohl Lucentis als auch Avastin entwickelt hat, gehört seit 2009 zu Roche. An Roche, das Avastin in Europa vermarktet, ist wiederum Novartis, das Lucentis heute herstellt, zu 30 Prozent beteiligt. Da verwundert es nicht mehr, dass Roche es ablehnt, Avastin als Mittel für AMD zu testen und die dazu nötigen Studien durchzuführen. Derweil Novartis die neue Studie dahingehend interpretiert, dass Lucentis zwar teurer, aber so etwas wie der Goldstandard in der Therapie der Altersblindheit sei. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden oder gar zu sterben, sei unter Avastin deutlich höher als bei Lucentis. Dabei ist die Auslegung der festgestellten Unterschiede in der CATT-Studie keinesfalls eindeutig. Sowohl Lucentis als auch Avastin waren ihr zufolge insgesamt gut verträglich hinsichtlich relevanter Nebenwirkungen, da sind sich Mediziner einig. Unterschiede gibt es bei sogenannten *serious adverse events* wie einem stationären Krankenhausaufenthalt oder Durchblutungsstörungen im Gehirn. Diese traten bei Patienten, die mit Avastin behandelt wurden, etwas häufiger auf als bei Patienten, die Lucentis injiziert bekamen. Allerdings war die Anzahl der Patienten relativ klein, und ihr Alter lag im Schnitt der Studie bei über 80 Jahren.

Schon widersetzen sich Mediziner der Produkt- und Preispolitik der Hersteller. So fordern die führenden Berufsverbände der Augenärzte in Deutschland klärende Entscheidungen seitens der Politik. Wirkten beide Mittel gleich, bleibe die Frage, wie viel die Solidargemeinschaft für mehr Sicherheit bereit sei zu bezahlen, so der Tenor. Avastin solle offiziell erlaubt werden, die Überwachung der Sicherheit könne ein unabhängiges Institut übernehmen. Eine nachträgliche Nutzenbewertung könne dazu führen, dass sich die beiden Medikamente preislich annäherten.

Freiheit in der Therapie, Haftungsfragen, Kontrollen, die Initiierung neuer oder die Unterstützung laufender Studien – Stellschrauben gäbe es für den Staat zur Genüge, wollte er eingreifen und den Status quo überwinden. Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums aber lässt nur wissen, dass Krankenkassen längst angemessene Preise mit den Herstellern aushandeln könnten. Dass am Bundesinstitut für Arzneimittel bereits zu Jahresbeginn eine Expertengruppe eingerichtet worden ist, die sich mit den Fragen der Therapie einer altersbedingten Makuladegeneration befassen soll, dass also womöglich Bewegung in die Sache kommt, sagt er nicht.

Weitere Vergleichsstudien könnten die Debatte beenden. Neuer Druck könnte entstehen, sollte Bayer wie geplant 2012 ein neues, eigenes Mittel zur Bekämpfung der Altersblindheit auf den Markt bringen. Wie teuer es sein wird, weiß noch keiner.

Fotos: Thomas Einberger/argum (2); Tim Brake/dpa (1)

Alles wahr oder was?

Auf einem neuen Portal im Internet können sich Verbraucher demnächst beschweren, wenn sie sich von Lebensmittelherstellern getäuscht fühlen. Die Industrie läuft Sturm dagegen VON GUNHILD LÜTGE

Bananenschokolade ohne Banane, Zuckersirup statt Honig, Kräuterbutter mit Margarine. So etwas ist – wenn überhaupt – nur dem Kleingedruckten auf der Packung zu entnehmen. Vollmundige Werbeversprechungen suggerierten Qualität oder Nähe zur Natur, monieren Verbraucherschützer. Oftmals sei es damit aber nicht weit her. Die Mogler und Trickser sollen schon bald ausgebremst werden: mit einem neuen Internetportal. Es trägt den Namen »Klarheit und Wahrheit«.

Schon diese zwei Wörter reichen aus, um die Nahrungsmittelindustrie aufzuregen. Der Name suggeriere, dass in dieser Branche hauptsächlich Gauner unterwegs seien. Das ist nicht das einzige Argument, mit dem sich Vertreter der Branche gegen die Initiative wehren. Was sie vor allem stört, ist, dass Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner das Portal finanziell unterstützt.

Nächsten Monat soll es laut Janina Löbel trotzdem losgehen. Sie koordiniert das Projekt beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Betrieben wird das Portal vom Verbraucherverband Hessen.

Das Angebot ist dreigeteilt: Im Informationsbereich können sich die Besucher der Website in rechtlichen Fragen kundig machen, etwa über Vorschriften zur Kennzeichnung von Lebensmitteln. Außerdem wird es die Möglichkeit geben, sich im Diskussionsbereich an Debatten zu beteiligen oder Fragen an ein Expertenforum zu richten. Darf im Schwarzwälder Schinken auch Fleisch aus Dänemark sein? Oder Hühnchen in der Kalbswiener?

Im sogenannten produktbezogenen Bereich können Verbraucher konkrete Beispiele melden, bei denen sie sich durch die Aufmachung und Kennzeichnung in die Irre geleitet fühlen. Fachleute in der Internetredaktion prüfen die Kritik und bitten die betroffenen Hersteller um eine Stellungnahme.

Wenn die Verbraucherschützer eine Beschwerde fachlich nachvollziehen können und sie für plausibel halten, wird das Produkt im Internet abgebildet; versehen mit dem Kommentar des Herstellers, vorausgesetzt, er hat tatsächlich reagiert. »Manchmal stellt sich auch heraus, dass ein Verbraucher lediglich schlecht informiert ist«, sagt Janina Löbel. In diesem Fall wird er nur auf den Informationsteil verwiesen.

Lebensmittelbehörden können nur in engen Grenzen agieren

Obwohl das komplette Portal mit allen Funktionen noch nicht in Betrieb ist, können schon heute Meldungen abgegeben werden. Manche Hersteller sind deshalb bereits alarmiert. »Manche reagieren direkt und ändern, was kritisiert wurde. Andere setzen sofort Rechtsanwälte in Bewegung«, sagt Janina Löbel. Sie und ihr Kollege Hartmut König, der bei der Verbraucherzentrale Hessen das Projekt leitet, bauen auf die Einsicht der Hersteller. »Wir hoffen, dass sie die Kennzeichnung schnell verbessern, ohne dass wir rechtlich, zum Beispiel mit Abmahnungen, vorgehen müssen«, sagt König.

Im Augenblick aber sind große Teile der Lebensmittelwirtschaft regelrecht empört. Sie stört insbesondere, dass einzelne Unternehmen und deren Marken an den Pranger gestellt werden können. Und das im Zusammenhang mit einer lediglich »gefühlten Täuschung«, so Werner Wolf, Präsident des Spitzenverbandes der deutschen Lebensmittelwirtschaft (BLL). Er weiß etliche Juristen auf seiner Seite. Auf einer Fachtagung übten sie jüngst massiv Kritik.

Skepsis löst bereits die Konstruktion der Plattform aus: die Mischung aus Staat und privatwirtschaftlicher Initiative. So bezweifelt Friedhelm Hufen, Professor für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Mainz, ob die Bundesverbraucherministerin überhaupt für ein solches Projekt zuständig ist. »Informationseingriffe sind von vornherein nur rechtmäßig, wenn die zuständige Behörde tätig geworden ist. Das ist in der Regel die örtlich zuständige Lebensmittelbehörde, nicht aber ein Bundesministerium«, sagt er. Auch Rechts- und Staatswissenschaftler Fritz Ossenbühl bemängelt, dass der Ministerin die Zuständigkeit fehle, und kritisiert zugleich, dass »hoheitliche Gewalt durch gesellschaftliche Zwänge ersetzt werden soll«. Außerdem hat er Zweifel an der notwendigen Neutralität des Portals.

Das Vorhaben löst deshalb so viel Aufregung aus, weil befürchtet wird, dass künftig lockere Debattierzirkel erboster Verbraucher das strikte Reglement amtlicher Kontrolleure ersetzen könnten. Lebensmittelbehörden müssen vorsichtig agieren, sie haben strenge Vorschriften zu beachten, bevor sie bei Nahrungsmittel-Skandalen Ross und Reiter nennen dürfen. Die Wahrung von Geschäftsinteressen ist ein wichtiges Gebot. So will es unter anderem selbst das Verbraucherinformationsgesetz.

Deshalb müssen die betroffenen Firmen zum Beispiel angehört werden. Und sie haben ein Recht auf Akteneinsicht. Außerdem sind Beschwerden gegen Entscheidungen der Lebensmittelkontrolleure möglich. Bis endgültig klar ist, wann und was im Einzelfall an die Öffentlichkeit darf, vergeht – zum Ärger vieler Verbraucherschützer – deshalb meist viel Zeit. Auf einem Portal wie dem geplanten können sich die Teilnehmer sehr viel freier äußern als Beamte in den Behörden.

»Das Portal ist von Rechts wegen nicht akzeptabel«

Auch Professor Winfried Hassemer, ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, geht mit dem Projekt streng ins Gericht. Dabei findet er es grundsätzlich gar nicht schlecht. Daraus machte er in einer Stellungnahme für den Verband BLL auch keinen Hehl. »Lebensmittel sind heute ein komplexes Gut, dessen Eigenschaften die Verbraucher aus eigener Anschauung regelmäßig nicht kontrollieren können, obwohl sie lebenswichtig sind«, schreibt er. Ohne vernünftige Information könne Vertrauen nicht bestehen und Kritik nicht wirksam sein. Dass die Meinung der Verbraucher nicht nur erforscht, sondern auch zum Bestandteil von Auseinandersetzungen und Interventionen gemacht würden, sei eines modernen Staates und einer Informationsgesellschaft würdig. Hassemer: »Es markiert einen Weg zu bürgerlicher Autonomie.«

Aber dann: Es gehe in dem Konzept weder um Recht noch um Kontrolle oder Sanktion; es gehe vielmehr um eine spezifische Form von Kommunikation. Gerade aber im Ausblenden des Rechts liege das Problem. Hassemers klares Urteil: »Dieses Internetportal ist von Rechts wegen nicht akzeptabel.«

Die Eingriffe, die davon ausgingen, könnten die Eigentumsgarantie, das Grundrecht auf Berufsfreiheit oder das auf Gleichbehandlung verletzen. Betroffene Interessen würden ausgeblendet, der Markt würde womöglich gestört. Problematisch sei vor allem der produktbezogene Bereich. Dort ginge es um die »gefühlten Rechtsverletzungen« von Laien. Hassemer gibt zu bedenken: »Allein das subjektive Gefühl einer Person, hintergangen oder enttäuscht worden zu sein, ist nicht imstande, einen solchen Eingriff durch eine derart mächtige Institution zu rechtfertigen.« Als juristische Schludrigkeit bezeichnet er es, dass dem Hersteller zwar eine kurze Frist zur Kommentierung eingeräumt werde, die Verbreitung der Sache aber dann auch ohne diesen Kommentar erlaubt sei.

Ilse Aigner versucht derweil die Wogen zu glätten: »Wir haben erstklassige, hervorragende Lebensmittel in der Bundesrepublik Deutschland«, sagt sie. Und niemand müsse eine Verunglimpfung befürchten. »Das Portal wird so konzipiert sein, dass ein fairer und sachbezogener Dialog zwischen Wirtschaft und Verbrauchern gewährleistet ist.«

Die Initiative liefe im Rahmen einer ganz normalen Projektförderung, die rechtlich in jeder Hinsicht zulässig sei. Insgesamt rund 775 000 Euro gibt es vom Staat. Im Übrigen, stellt die Ministerin klar, könnten die Verbraucher bei der Nutzung des Angebots eindeutig erkennen, dass es als Informations- und Meinungsforum dienen soll und kein Organ der amtlichen Überwachung sei. Aigner: »Die Lebensmittelüberwachung ist und bleibt Aufgabe der Länder.«

Zudem haben die Konstrukteure des Portals aus der bisherigen Kritik bereits ihre Lehren gezogen. Dem Vorwurf, es würden auch Produkte angeprangert, deren Kennzeichnung rechtlich in Ordnung sei, begegnen sie mit einer speziellen Rubrik. Dort werden jene Lebensmittel präsentiert, deren Kennzeichnung zwar den gesetzlichen Vorschriften entspricht, diese selbst aber das Problem sind. So muss beispielsweise eine Kalbswiener lediglich 15 Prozent Kalbsfleisch enthalten. Und das Fleisch für den Schwarzwälder Schinken darf auch aus Dänemark stammen. Obwohl sich Hersteller völlig korrekt verhalten, wenn sie sich nach diesen Vorgaben richten, fühlen sich manche Verbraucher dennoch getäuscht. Daraus, so hoffen die Initiatoren des Portals, könnte auch der Gesetzgeber beim Erlass seiner Vorschriften lernen.

Digitale Sammelstellen dieser Art schrecken inzwischen nicht nur Unternehmen auf. Auch in einem anderen Fall gab es heftigen Ärger: beim sogenannten Arztnavigator, den die Krankenkassen AOK und Barmer in der vergangenen Woche im Internet starteten. Dort können die Kassenmitglieder nicht nur Ärzte suchen, sondern sie auch gleich bewerten.

Die Doktoren liefen zunächst dagegen Sturm. Sie fürchteten, verunglimpft zu werden. Doch die Konstruktion des Portals verhindert das. So sind beispielsweisen frei formulierte Texte nicht möglich. Es können nur vorgegebene Fragen beantwortet werden. Die anfängliche Aufgeregtheit hat sich deshalb gelegt. »Wir können damit leben«, heißt es bei der Bundesärztekammer heute.

Illustration: Birgit Lang für DIE ZEIT / www.birgitlang.de

Brot und Spiele

Millionenbetrug beim Kinderkanal: Die beteiligten Sender streiten VON ANNA MAROHN

Kika-Star Bernd das Brot musste für Scheinrechnungen herhalten

Einmal im Jahr verleiht der Norddeutsche Rundfunk intern den Sehstern. Die Veranstaltung ist für den Sender eine gute Gelegenheit, sich selbst, garniert mit ein paar launigen Worten, für gelungenen öffentlich-rechtlichen Journalismus zu feiern. Normalerweise.

In diesem Jahr eröffnete Fernseh-Programmdirektor Frank Beckmann die Veranstaltung mit einer Verteidigungsrede in eigener Sache. Es ging um seine Vergangenheit beim Kinderkanal. Und die Frage, was Beckmann gewusst habe oder fahrlässig übersehen. Die Ansprache sei in diesem Umfeld ein bisschen befremdlich gewesen, sagt ein Mitarbeiter, der dabei war.

Beckmann ist seit Ende 2008 in Hamburg beim NDR, zuvor hat er acht Jahre lang in Erfurt die Geschäfte für den öffentlich-rechtlichen Kinderkanal geführt, bei dem etliche Millionen Euro veruntreut wurden. Auch sein Nachfolger als Programmgeschäftsführer bemerkte den Betrug nicht und wurde dafür bereits abgemahnt.

Der vorläufige Gesamtschaden beläuft sich auf 8 183 815,24 Euro. Die Nummer zwei im Kika, Herstellungsleiter Marco K., hat über diese Summe Scheinrechnungen bezahlen lassen. Dabei wurden zum Beispiel Aufträge für Trailer oder Onlineseiten gefälscht. Ein Teil des Geldes ging an K.s Komplizen bei den Firmen, die diese Rechnungen ausstellten. Viel floss an den Geschäftsführer der Koppfilm. Er brachte das System durch eine Selbstanzeige im Herbst zu Fall, als seine Firma trotz der zusätzlichen Einnahmen auf die Insolvenz zusteuerte.

Zu den großen Profiteuren des Betrugs gehört auch das Spielcasino in Erfurt. Dort hielt man fest, Marco K. sei im Jahr 2010 103-mal zu Besuch gewesen, er habe dabei vorzugsweise an einem Hyperlink-Automaten mit einem Einsatz von 40 Euro gespielt und pro Woche zirka 20 000 Euro verdaddelt, unter Einrechnung der Gewinne.

Frank Beckmann hat sich bislang nur einmal öffentlich zu der Sache geäußert – in seinem eigenen Programm bei *Zapp*. Allerdings muss man fairerweise sagen, dass er dabei trotzdem nicht besonders gut wegkam. »Ich habe bei dem Herstellungsleiter in keinster Weise Verdacht schöpfen können«, antwortet Beckmann auf die Frage, ob er etwas von der Spielsucht gewusst habe.

Im Bericht, den die Revisoren von MDR und ZDF verfasst haben, liest sich das anders. Nach Angaben eines Kika-Redaktionsleiters soll es schriftliche Memos an die Programmgeschäftsführer gegeben haben. »Dieser Schriftverkehr sei dem Redaktionsleiter im Zeitraum Ende Oktober bis Anfang Dezember 2010 aber aus einem Ordner in seinem Büro entwendet worden.« Im November 2007 habe außerdem ein Kika-Mitarbeiter über eine mit ihm befreundete Casinomitarbeiterin von den Spielgewohnheiten des Herstellungsleiters erfahren. Er unterrichtete damals den Redaktionsleiter, der der Information jedoch nicht nachging. Programmgeschäftsführer Beckmann wurde damals ebenfalls informiert und soll geantwortet haben: »Ich kenne Marco, so ist er nun mal.« An Skatrunden bei seinem Mitarbeiter zu Hause hat Beckmann auch schon mal selbst teilgenommen.

Marco K. trennte zwischen Beruflichem und Privaten kaum. Um ihn verhaften lassen zu können, musste ihn der MDR aus einem Las-Vegas-Urlaub mit einem Freund und Mitarbeiter holen.

Beim NDR debattieren die Mitarbeiter nun, ob sich Beckmann auf seinem Posten halten kann. Als möglicher Nachfolger wird Fernsehchefredakteur Andreas Cichowicz genannt. NDR-Justiziar Werner Hahn betont hingegen, Beschäftigungen vor der NDR-Zeit könnten arbeitsrechtliche Maßnahmen grundsätzlich nicht begründen. Bei ARD und ZDF verweist man lieber auf die Fahrlässigkeiten des MDR, in dessen Verantwortung der Kika fällt. »Wir prüfen die Vorgänge und behalten uns Schadensersatzansprüche in alle Richtungen vor«, sagt Hahn.

In dem etwas trockeneren Teil des Revisionsberichts von MDR und ZDF, der nicht vom Zocken in Casinos und der Übergabe von Geld in DVD-Hüllen handelt, steht: Schon 2009 waren Rechnungen aufgefallen, die nicht ordentlich geprüft worden waren. Das hatte ein Revisionsbericht von ZDF und HR ergeben.

Damals wurde auf die Schwachstellen im Kontrollsystem von MDR und Kika hingewiesen, und konkrete Änderungsvorschläge wurden gemacht. So wurde etwa beanstandet, dass Mitarbeiter die »Sachlich richtig«-Abzeichnung vornahmen, die das nicht beurteilen konnten und teilweise auch nicht berechtigt waren. Dummerweise beauftragte der MDR mit der Verbesserung der Kontrollen aber denjenigen, bei dem die Fehler beanstandet wurden – Marco K.

Dafür mitverantwortlich war MDR-Verwaltungsdirektor Holger Tanhäuser, der im Zuge der Affäre »ohne Anerkennung eines eigenen Verschuldens sein Amt zur Verfügung stellte«, wie der MDR in einer Pressemitteilung schrieb. Wie viel diese gesichtswahrende Lösung den Gebührenzahler gekostet hat, will der Sender mit Hinweis auf vereinbarte Vertraulichkeit nicht preisgeben. Dass Tanhäuser erst im September für weitere fünf Jahre wiedergewählt worden war, dürfte die Sache aber teuer gemacht haben.

Den Gebührenzahler tröstet vielleicht die Information der Westspiel Casinos, dass mit dem Gewinn am Ende Gutes getan wird. Sie führen bis zu 80 Prozent an die Länder und Kommunen ab, die damit wichtige gesellschaftliche Projekte fördern. In Thüringen ist das die Ehrenamtsstiftung, die 700 000 Menschen in ihrem Engagement unterstützt.

Falsche Freunde

Ideen klauen, Mitarbeiter aushorchen – Soziale Netzwerke taugen bestens dazu VON ULRICH HOTTELET

Soziale Netzwerke eignen sich gut, um Kontakte zu schließen – und persönliche Informationen einzuholen. Da erscheint es fast logisch, dass diese Netze auch vom zweitältesten Gewerbe der Welt für seine Machenschaften genutzt und missbraucht wird: der Spionage. Wie gerissen die Recherchen mit den Mitteln des Web 2.0 betrieben werden, zeigt ein Fall aus Berlin, der an die erfolgreiche Romeo-Masche von DDR-Spionen gegenüber Bonner Ministerialsekretärinnen erinnert.

Eine Frau hatte nach dem gemeinsamen Hochschulabschluss mit einem Studienkollegen ein Unternehmen gegründet. Die Geschäftsidee war neu, und »die Firma lief richtig gut«, sagt Heike Zitting, Leiterin des Wirtschaftsschutzes beim Berliner Verfassungsschutz. Die Gründerin beschrieb die Dienstleistung auf ihrer Facebook-Seite, auf die im Onlineprofil der Firma verwiesen wurde. Irgendwann meldete sich ein Mann bei ihr, »der erst sehr nett schrieb«, so Zitting, und dadurch einen privaten Kontakt knüpfen konnte.

Später erzählte ihm die Frau bei mehreren Treffen noch mehr von ihrer Firma. »Sie ist in ihrer Naivität darauf hereingefallen«, lautet die Einschätzung der Verfassungsschützerin. Der Mann überredete sie, sich mit ihm selbstständig zu machen. »Damit tappte sie endgültig in die Falle.« Als der neue Partner die Geschäftsdetails und den Kundenstamm kannte, sei die Gutgläubige aus der Firma ausgebootet worden, berichtet Zitting. Der Inhaber des ursprünglichen Unternehmens musste alles machtlos mit ansehen. Weil er seiner Ex-Kommilitonin vertraut hatte, gab es keine Konkurrenzschutzklausel. Beide Unternehmen existieren noch heute.

Der Fall steht exemplarisch für den Trend. »Ich beobachte das Ausspähen von Profilen durch Konkurrenzfirmen und Nachrichtendienste seit vier Jahren. Heute wird zuerst versucht, über Soziale Netzwerke an die Informationen zu kommen«, sagt die Verfassungsschützerin. Und das gilt allgemein mit steigender Tendenz. Auch wenn es keine offiziellen Statistiken dazu gibt, sind sich die Fachleute in dieser Frage einig. »Von rund 50 Fällen, die wir pro Jahr bearbeiten, haben sechs mit Sozialen Netzwerken zu tun«, berichtet Michael Hochenrieder, Berater für Informationssicherheit bei HvS Consulting. Das Unternehmen ist auf die Bekämpfung von Industriespionage spezialisiert und zählt die im Dax gelisteten Konzerne und den gehobenen Mittelstand zu seinen Kunden.

Noch höher ist die Quote in der Cyberkriminalität. »Alle gezielten Attacken nutzen heutzutage Soziale Netze«, sagt Costin Raiu, Direktor für Forschung und Analyse beim Virenschutzanbieter Kaspersky. Zum schnellen und effektiven Auskundschaften schreiben die Kriminellen sogar Programme, die automatisch die Profile durchforsten und analysieren, erklärt Sicherheitsforscher Stefan Tanase von Kaspersky. Wer die Hintermänner dieser Aktionen und der darauf beruhenden Spionageangriffe sind, lässt sich oft nur schwer ausmachen. »Geheimdienste und Konkurrenzfirmen gehen nach dem gleichen Muster vor«, sagt Zitting.

Abhilfe ist schwierig: »In vielen Fällen sind uns die Hände gebunden, und wenn Sie meinen Schreibtisch sehen, werden Sie meine Bissspuren an der Tischkante wahrnehmen.« Zittings Problem: Rechtlich ist der Verfassungsschutz nur für die Abwehr gegnerischer Nachrichtendienste, nicht für die Spionage durch Firmen zuständig.

Die Wirtschaft reagiert inzwischen auf die Bedrohungslage. Aus Sicherheitsgründen haben viele deutsche Großunternehmen, darunter knapp ein Drittel der Dax-Konzerne, den Zugang zu Facebook oder ähnlichen Plattformen gesperrt.

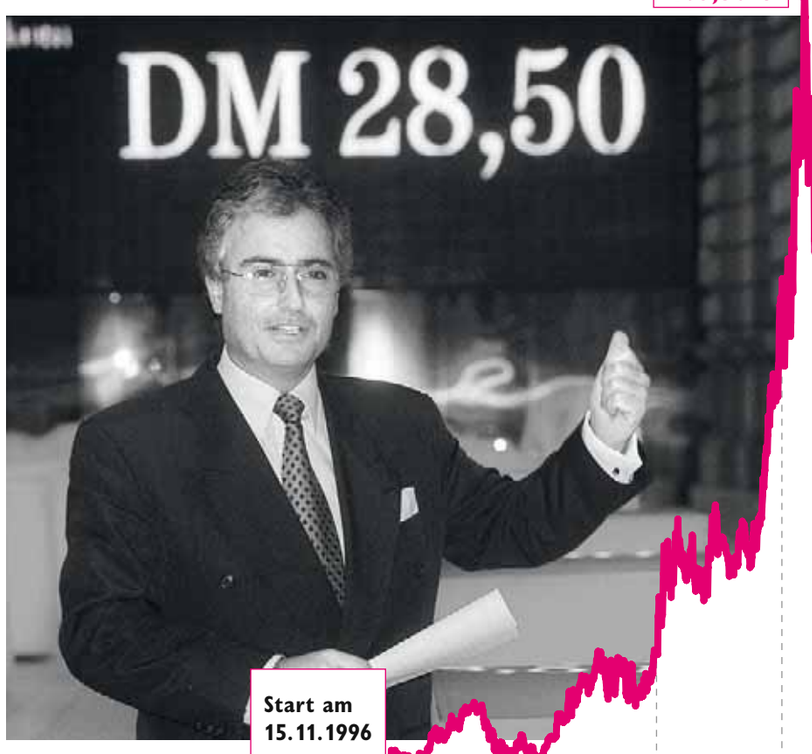
Ein Beispiel, das auf Zittings Tisch landete und bei dem unklar ist, ob ein ausländischer Wettbewerber oder ein Nachrichtendienst dahintersteckte, ist ein fingiertes Bewerbergespräch. Mitarbeiter in Schlüsselpositionen haben oft Profile auf Businessportalen wie Xing oder LinkedIn. Der bei einem Softwareentwickler beschäftigte Mann wurde von einem angeblichen Headhunter angeschrieben: »Wir hätten eine interessante und hochdotierte Stelle für Sie.« Zur anschließenden Unterredung traf man sich in einem Hotel. Da dem Mann die Fragen aber zunehmend merkwürdig vorkamen, beendete er das vermeintliche Vorstellungsgespräch. Offensichtlich handelte es sich um Ausspähung der Konkurrenz.

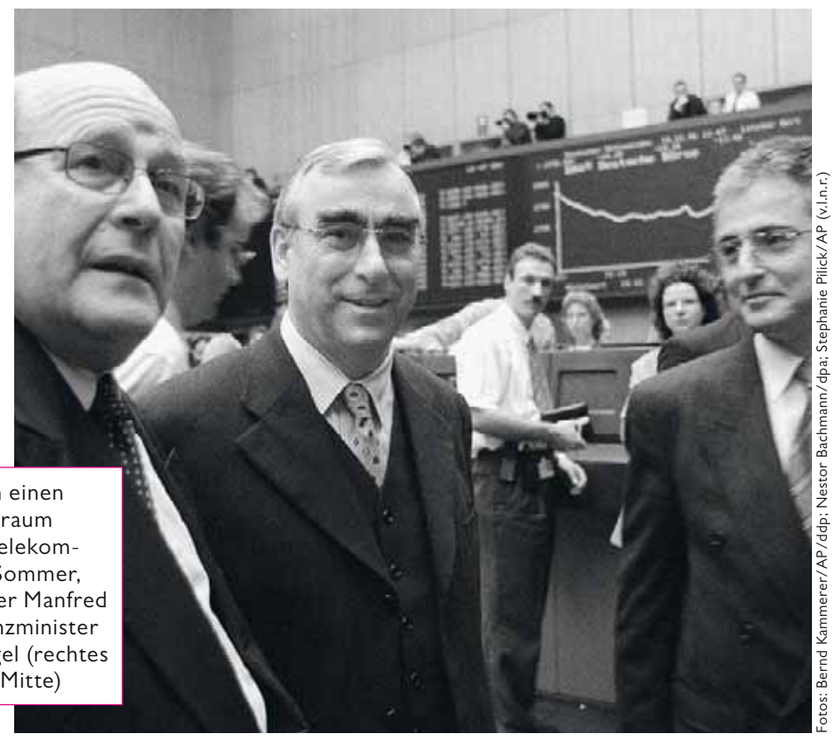
Bei der Kontaktaufnahme in Sozialen Netzwerken sind Umwege beliebt: »Die Kriminellen versuchen zunächst, von einem Freund der Zielperson akzeptiert zu werden. Als Freund eines Freundes wirken sie dann viel vertrauenswürdiger, wenn sie die Zielperson anschreiben«, erklärt Raiu. Bei den Tätern sind oft »kleine, sehr private oder fachliche Foren gefragt, weil sie leichter Vertrauen schaffen«, sagt Zitting. Eine gern angezapfte Quelle sind laut Sicherheitsberater Hochenrieder auch die Einträge von IT-Experten, die in Fachforen nach Tipps fragen, um Sicherheitslücken in ihren Unternehmenssystemen zu schließen. Oft scheint ihnen nicht klar, dass sie damit diese Lücken ungewollt auch potenziellen Angreifern verraten.

Kanal geschlossen

Knapp ein Drittel der DAX-Unternehmen sperrt den Zugang zu Sozialen Netzwerken – auch um Spionage vorzubeugen

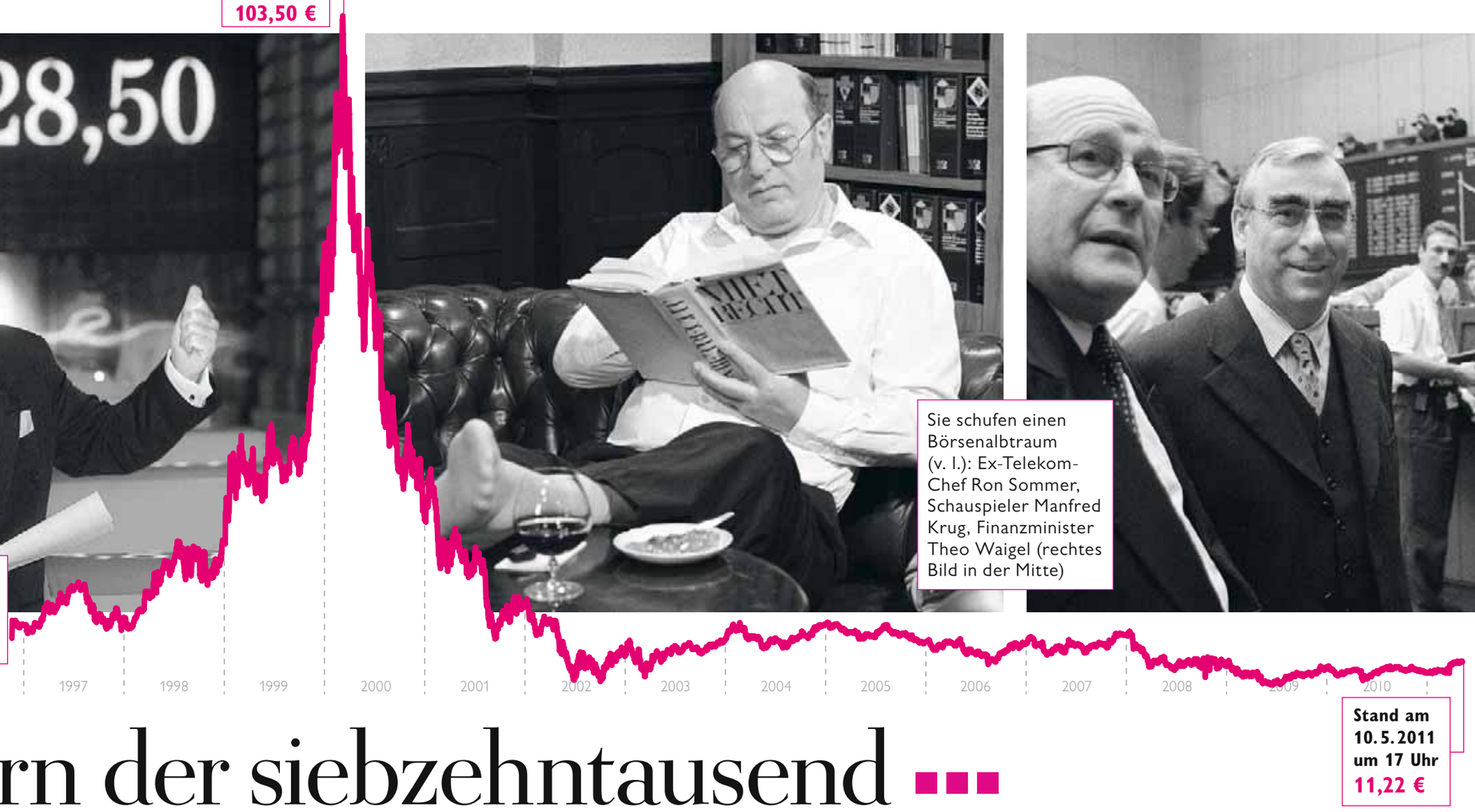
Foto: interTOPICS; Montage: DZ





Sie schufen einen Börsenalbtraum (v. l.): Ex-Telekom-Chef Ron Sommer, Schauspieler Manfred Krug, Finanzminister Theo Waigel (rechtes Bild in der Mitte)

Fotos: Bernd Kammerer/AP/ddp; Nestor Bachmann/dpa; Stephanie Pilick/AP (v.l.n.r.)



Der Zorn der siebzehntausend

Das Urteil zum Börsengang der Telekom fällt bald. Kleinanleger hoffen auf Entschädigung – die Justiz ist mit solchen Riesenprozessen überfordert VON MARCUS ROHWETTER

Die Telekom geht an die Börse, »und ich geh' mit«, versprach Manfred Krug im Werbefernsehen, irgendwo zwischen Spots für Waschmittel und Tütensuppe. Der Schauspieler gab der Privatisierung des Staatskonzerns ein Gesicht und buhlte um das Geld der Massen. Damals galten T-Aktien noch als Volksaktien, und die Aussichten schienen rosig. Es war einmal. Lange Zeit grübelte Krug, und im Jahre 2007 entschuldigte er sich schließlich dafür, Aktien der Telekom empfohlen zu haben.

Krug tat etwas, was Tausende andere noch nicht getan haben: Er setzte sich mit seiner Verantwortung während des größten deutschen Börsenversuchs auseinander und machte seinen Frieden.

Die meisten anderen hoffen auf die nächste Woche. Dann will das Oberlandesgericht in Frankfurt entscheiden, ob die Deutsche Telekom beim letzten ihrer drei Aktienverkäufe im Jahre 2000 massenhaft Kleinanleger getäuscht und um Teile ihres Vermögens gebracht hat. Die Begeisterung für die T-Aktie machte damals Hausfrauen und Rentner, Arbeiter und Angestellte zu Börsenfans. Viele verloren vieles, manche alles. Weil aber der Konzern im Börsenprospekt falsche Angaben gemacht haben soll, klagten rund 17 000 einst stolze T-Aktionäre auf Schadensersatz.

Zu Recht? Bald wissen sie mehr. Es ist gut möglich, dass der Termin der Urteilsverkündung noch einmal verschoben wird. Nach mehr als zehn Jahren Kampf kommt es auf ein paar Tage nicht an. Der bedeutendste Massenprozess der deutschen Wirtschaftsgeschichte erreicht nun seinen Höhepunkt. Zugleich endet ein gewaltiges soziales Experiment: Nirgendwo sonst lässt sich die deutsche Einstellung zu Chance und Risiko besser beobachten als am Börsengang der Telekom und seiner juristischen Aufarbeitung. Eine neue Aktienkultur sei entstanden, hieß es damals, Sparbuchfetischisten wären zu besonnenen Investoren gereift. Dabei trieb die in Wahrheit oft nur die Gier. Der Kurs der Papiere fiel von 66,50 Euro auf heute gut 11 Euro, die Volksaktie weckte Volkszorn. Nun soll Justitia den Anlegern zurückgeben, was ihnen Kapitalmarkt und Selbstüberschätzung genommen haben.

Das kann nur schiefgehen.

Denn selbst nach der Entscheidung der Oberlandesrichter wird die Sache noch lange nicht vorbei sein. Wer unterliegt, wird wohl Beschwerde beim Bundesgerichtshof einlegen. Geduld ist die Tugend enttäuschter Aktionäre, und ein Jahrzehnt reicht offenbar immer noch nicht aus, um die Grenze zwischen Börsenschwindel und Fehlspekulation zu ziehen. Derartige Massenprozesse sind vergleichsweise neu für die deutsche Justiz, entsprechend schwer tut sie sich damit. Wer sich Gerechtigkeit erhofft, wird enttäuscht werden.

Rund 800 Anwaltskanzleien mischen in dem Verfahren mit

In den Vereinigten Staaten gibt es solche Mammutverfahren viel häufiger. Bei Bilanzfälschung oder unterschlagenen Nebenwirkungen von Medikamenten werden Konzerne regelmäßig mit Sammelklagen konfrontiert, die dort *class actions* heißen. Die Telekom wurde nach ihrem Börsengang auch in den USA verklagt, weil ihre Aktien dort gehandelt wurden. Doch während man hierzulande noch viele Jahre lang weiterprozessieren dürfte, schloss der Konzern in den Staaten bereits 2005 einen Vergleich: Er zahlte 120 Millionen Dollar, und damit war die Sache erledigt.

Warum geht das dort so schnell? Und warum dauert es hier so lange? Weil sich Deutschland und die USA nicht nur bei der Aktionärskultur, sondern auch in der Abwicklung von Gerichtsprozessen unterscheiden. Der amerikanische Ansatz führt zu ökonomischer Effizienz, der deutsche sucht Gerechtigkeit im Einzelfall.

Dabei hatte Deutschland eigens ein Gesetz geschaffen, um die Causa Telekom zügig abwickeln zu können. Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz sollte ein wenig amerikanische Effizienz in die Zivilprozessordnung bringen und anhand eines exemplarisch ausgewählten Musterklägers bürokratischen Wahnsinn verhindern. Etwa den, dass jeder einzelne Kläger denselben Fehler im Börsenprospekt hätte nachweisen müssen. Diesen Musterfall klärt demnächst das Oberlandesgericht: Ein süddeutscher Pensionär hatte ein Vermögen mit T-Aktien verloren. Der Mann will darüber nicht öffentlich reden, und seine Anwälte von der Kanzlei Tilp aus Kirchentellinsfurt schotten ihn von den Medien ab.

Das Parlament muss gehofft haben, dass die Sache längst erledigt gewesen wäre. Ursprünglich sollte das Sondergesetz nämlich zum November 2010 wieder außer Kraft getreten sein. Doch zwischenzeitlich wurde die Laufzeit um zwei Jahre verlängert. Bis auf Weiteres.

Dass sich der Fall so hinzieht, liegt an der deutschen Verfassung. Das Grundgesetz garantiert jedem das Recht, sein Anliegen einem Richter vorzutragen. Und so mischen – vertreten von rund 800 Anwaltskanzleien – auch die übrigen Kläger munter mit in dem Musterverfahren, machen Eingaben und stellen Ergänzungsanträge. Deswegen wurde die Entscheidung in der Vergangenheit immer wieder vertagt, und deswegen wackelt auch der Termin in der nächsten Woche.

Wenn die Entscheidung aber kommt und die Telekom tatsächlich zu Schadensersatz verurteilt werden sollte, müsste allerdings noch in jedem der 17 000 Einzelverfahren geklärt werden, wie hoch der individuelle Schaden gewesen ist. Reichlich Stoff also für viele weitere Prozessjahre. Für den Frankfurter Anwalt Bernd-Wilhelm Schmitz, der die Telekom gegen die Aktionärsstreitmacht verteidigt, dürfte es der Fall seines Lebens sein.

Eine Sammelklage in den USA war nach wenigen Jahren erledigt

In den Vereinigten Staaten wäre es undenkbar, sich mit einem Fall so lange aufzuhalten. Auch die T-Aktie ist dort längst kein Thema mehr. Die schnelle Ruhe hatte freilich einen hohen Preis, wie so oft bei juristischen Auseinandersetzungen in den USA. Wie praktisch alle *class actions* endete auch die gegen die Telekom nicht mit einem Urteil, sondern mit einem Geschäft zwischen den Beteiligten: Wichtiger als die Frage, wer das Börsendebakel letztlich zu verantworten hat, sind ökonomische Rechnungen. Das birgt grundsätzlich das Risiko, dass Unternehmen auch dann zahlen, wenn sie sich eigentlich nichts vorzuwerfen haben. Weil ein Rechtsstreit so teuer werden kann, dass man sich lieber vergleicht.

Vor allem die bei Klägeranwälten beliebte *document discovery* lädt zum Missbrauch ein. Damit kann ein Unternehmen gezwungen werden, alle Dokumente, die für den Fall relevant sein könnten, herauszurücken und auf eigene Kosten neu aufzuarbeiten. Vertragsentwürfe, Vorstandskorrespondenz, Sitzungsprotokolle, Testergebnisse und viele Papiere mehr, oft über Jahre und Ländergrenzen hinweg entstanden, müssen neu katalogisiert werden. Das erledigen dann Scharen von Anwälten in teils monatelanger Arbeit zu Stundensätzen von mehreren Hundert Dollar. Irgendwann wird die Verteidigung extrem teuer. Ein Beispiel: Als der US-Pharmakonzern Merck wegen seines Schmerzmittels Vioxx vor einigen Jahren mit einer Sammelklage konfrontiert war, plante er dafür vorsorglich die Riesensumme von 1,9 Milliarden Dollar als Verteidigungskosten ein. Vom eigentlichen Schadensersatz war da noch nicht einmal die Rede – und auch nicht von den möglichen Strafzahlungen, die amerikanische Laienjurys in solchen Fällen gern zusätzlich anordnen. Merck beendete den Fall außergerichtlich.

In den USA wird schnell geklagt, weil Kläger kein finanzielles Risiko tragen. Selbst im Fall einer Niederlage müssen sie nicht einmal ihren eigenen Anwalt bezahlen – denn mit dem haben sie typischerweise ein Erfolgshonorar vereinbart. Zwischen 10 und 20 Prozent bekommt normalerweise ein Jurist, der eine Sammelklage gegen ein Unternehmen erfolgreich durchsteht oder einen Vergleich erzielt. Im Fall der Telekom wären das also bis zu 24 Millionen Dollar Anwaltshonorar gewesen. Angesichts solcher Summen kann es sich lohnen, gründlich zu recherchieren und komplizierten Wirtschaftsfällen bis ins Detail nachzuspüren. Die Anwälte bemühen sich, weil sie extrem viel gewinnen können.

In Deutschland sind die Anreize andere. Kläger können sogar mehr verlieren als gewinnen – was viele abschreckt, ihr Recht überhaupt erst zu beanspruchen. Das Prozesskostenrisiko bei Massenverfahren beträgt wegen der Gerichts- und Anwaltsgebühren mehr als das Eineinhalbfache des geforderten Schadensersatzes, haben Wissenschaftler bei einer Evaluation des neuen Gesetzes ausgerechnet. Wer mit Telekom-Aktien 5000 Euro verloren hat, riskiert schlimmstenfalls auf mehr als 8000 Euro Kosten sitzen zu bleiben.

Für Anwälte ist es zudem oft nicht attraktiv, sich in komplizierte Wirtschaftssachen einzuarbeiten. Ihr Honorar bemisst sich in der Regel am Streitwert der einzelnen Klagen und ist damit oft viel niedriger als das ihrer amerikanischen Berufskollegen. Das hält nicht dazu an, Prozesse gut und schnell zu führen.

Erpressungspotenzial und enorme Kosten auf der einen Seite, ein schlechtes Anreizsystem und lange Verfahrensdauer auf der anderen: In den USA wächst ebenso wie hierzulande die Unzufriedenheit beim juristischen Umgang mit Massenschäden. Wichtige Änderungen, etwa bei *document discoveries* oder den Anwaltshonoraren, könnte nur der amerikanische Gesetzgeber vornehmen. Zumindest die Demokraten aber scheinen den Klägeranwälten eng verbunden zu sein. Der *Washington Examiner* hat herausgefunden, dass die Parteispenden der 110 bedeutendsten Klägeranwälte sowie ihrer Dachorganisation ATLA im vergangenen Jahr zu rund 97 Prozent an die Partei von Präsident Obama flossen.

Die deutsche Methode könnte künftig stärker von Brüssel geprägt werden. Zwischen Februar und April befragte die EU-Kommission Regierungen, Anwaltsverbände und Juristenorganisationen zur Modernisierung der europäischen Sammelklage. Das Ergebnis dürfte in einigen Monaten veröffentlicht werden. Die Kommissare Viviane Reding und Joaquín Almunia erwägen, die europäischen Ansätze für Massenverfahren zu reformieren – an amerikanischen *class actions* wollen sie sich dabei ausdrücklich nicht orientieren. Politisch ist das Thema gleichwohl heikel, denn das Zivilrecht ist Sache der Mitgliedsländer. Doch Brüssel dürfte mit dem Binnenmarkt argumentieren: Grenzüberschreitender Streit braucht ebensolche Regeln.

Die Fälle, die zukünftig Sammelklagen provozieren, werden alle etwas gemeinsam haben. Sie sind Ausdruck einer globalisierten Wirtschaft, als solche hochkomplex und von Einzelnen kaum zu durchdringen. Die Betroffenen sind aber meist Laien – ob als Patienten, die zehntausendfach ein unzureichend getestetes Medikament schlucken. Oder als Anleger, die scharenweise Problemaktien erwerben.

Man kann den Kampf ums Recht folglich als Geschäft begreifen, so wie es die Amerikaner tun. Oder als Suche nach der Wahrheit, so wie die Deutschen.

Aber die Wahrheit ist womöglich eine ganz andere als diejenige, die das Frankfurter Oberlandesgericht nun versucht aufzuklären. Tatsächlich waren es wohl nicht die fragwürdigen Detailangaben im Börsenprospekt, die auch unbedarfte Anleger damals zum Kauf der Papiere animierten, sondern die Werbung des privatisierten Staatskonzerns und die gezielt geschürte Masseneuphorie.

Zur Wahrheit gehört aber auch, sich einzugestehen, dass man damals weit weniger vom Kapitalmarkt verstand, als man zu verstehen glaubte. Masseneuphorie kann nur dort entstehen, wo es Massen gibt, die sich leicht lenken lassen.

Diesen Teil der Wahrheit ans Licht zu bringen überfordert jedes Gericht.

Streiken und pokern

Vor knapp vier Monaten triumphierten in Tunesien die Menschen über die Diktatur. Doch ein wirtschaftlicher Aufbruch steht noch aus VON KARIN FINKENZELLER

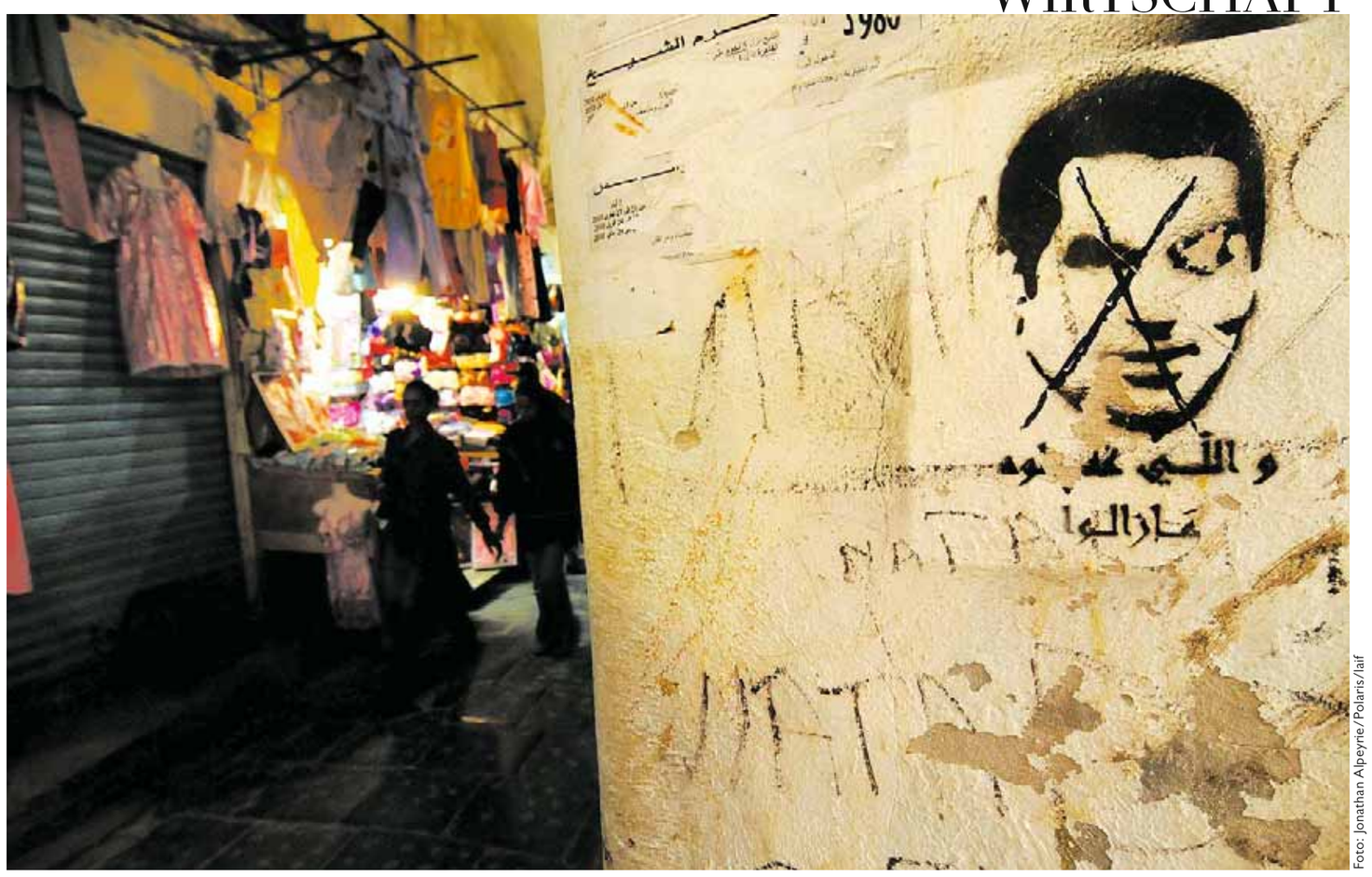


Foto: Jonathan Alpeyrie/Polaris/laif

Das Leben geht weiter. Wandzeichnung des Ex-Diktators Ben Ali in einem Souk in Tunis

Das Hotel Africa ist geschlossen. Ein Schild an einer weißen Metallabsperrung vor dem Haus verspricht, das Hotel werde »in Kürze« wieder den Betrieb aufnehmen. Das Fünfsternehaus im Zentrum von Tunis ist nicht wegen ein paar Umbauarbeiten abgesperrt, sondern wegen der Revolution. Oder genauer: wegen der neuen Offenheit, mit der jetzt auch in Tunesiens Wirtschaft miteinander gestritten wird.

Ein erbitterter Arbeitskampf hat zur Schließung des Hotels geführt. Die Direktion des Hauses wenige Meter neben dem Innenministerium auf der Prachtstraße Avenue Habib Bourguiba hat Hunderte internationaler Konferenzen organisiert und diskret auch so manches Geheimtreffen, als die PLO von Jassir Arafat ihren Sitz noch in der tunesischen Hauptstadt hatte. Doch mit den Folgen der Revolution im eigenen Land wusste sie nicht umzugehen. Anstatt auf die Forderung der 190 Mitarbeiter nach höheren Löhnen und der gesetzlich festgeschriebenen Entfristung der Arbeitsverträge nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit einzugehen, machte sie das Hotel lieber zu. Er lasse sich nicht unter Druck setzen, ließ der Inhaber, Néji Mhiri, wissen. Ihm gehören rund zehn Prozent der Hotelbetten in Tunesien sowie ein Möbelimperium. Dass ihm hervorragende Beziehungen zu Ex-Diktator Ben Ali nachgesagt werden, macht den Arbeitskampf zusätzlich brisant.

Vier Monate nach der Jasmin-Revolution ist unklar, ob Tunesien auch ein wirtschaftlicher Aufbruch gelingt. Diktator Sein al-Abidin Ben Ali war so schnell und leicht vertrieben, dass Revolution wie ein Kinderspiel erschien. Am Sonntagnachmittag kommen viele Hauptstadtbewohner gerne auf die Avenue Bourguiba, um ihre neue Freiheit zu genießen. Sie bevölkern dort die Straßencafés, und dass auf dem Mittelstreifen ein Panzer steht und keinen Meter neben der Kaffeetasse Stacheldrahtrollen aufgetürmt liegen, hinter denen Militärs mit lässig umgehängten Maschinenpistolen das Innenministerium vor einer Demonstration schützen, kümmert niemanden. Doch der Neuanfang nach 23 Jahren Diktatur in Tunesien ist nicht so entspannt, wie er aussieht. Nicht in der Politik, wo es zuletzt erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Gegnern der Übergangsregierung kam und sich bereits mehr als 50 Parteien für die Wahlen zu der wegen der Unruhen nun unsicheren verfassungsgebenden Versammlung im Juli registrieren ließen. Und nicht in der Wirtschaft. Streiks und Straßenblockaden behindern seit Wochen immer wieder die Industrieproduktion und Anlieferung wichtiger Materialien.

Die Tunesier wollen sich auch von Unternehmern nichts gefallen lassen

Fast immer geht es dabei um die Höhe der Löhne und die Umgehung des Arbeitsrechts mithilfe von Subunternehmen oder anderen Tricks. Um 12,2 Prozent sei allein im ersten Quartal die Industrieproduktion gesunken, warnt Abdelaziz Rassaâ, Industrieminister der Interimsregierung. Der Tourismussektor, der in den vergangenen Jahren für 10 Prozent der Wirtschaftsleistung stand, ist aufgrund der ausbleibenden Urlauber gelähmt. Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass Tunesiens Wirtschaft dieses Jahr um lediglich 1,3 Prozent wachsen wird – nach 3,7 Prozent 2010. Und so mancher ausländische Investor, der Tunesien in den vergangenen Jahren als Billiglohnland in Europas Nähe schätzte, fragt sich, ob er sich nach einer neuen Werkbank umsehen muss.

»Muss er ganz und gar nicht«, ist Claude Cheneval überzeugt. Gerade hat der französische Unternehmensberater, der seit Jahren im Land lebt und auch mit der deutsch-tunesischen Handwerkskammer zusammenarbeitet, in der Lobby eines Nobelhotels in Tunis ein Bewerbungsgespräch mit einer jungen Ingenieurin beendet. Trotz sechsjähriger Berufserfahrung, zwei Masterabschlüssen zusätzlich zum Studium und einer Position als Teamleiterin bei einem Autozulieferer verdient sie derzeit lediglich 900 Dinar brutto im Monat – umgerechnet nicht einmal 500 Euro.

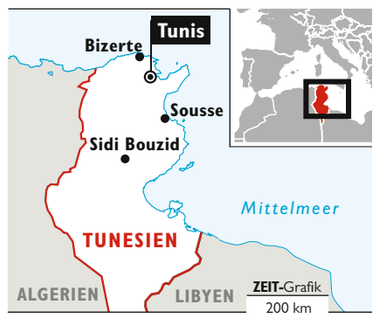
»Wenn die Arbeitgeber ein bisschen was drauflegen, bekommen sie höchst qualifizierte Leute zu einem immer noch sehr guten Preis«, sagt Cheneval. Ebenso wichtig sei aber die Wertschätzung der Mitarbeiter etwa durch Investition in deren Aus- und Fortbildung. Daran hätten es viele der Offshorebetriebe, die durch die Befreiung von Steuern und Sozialabgaben angelockt wurden, in der Vergangenheit mangeln lassen, kritisiert er. Maximalforderungen von heute streikenden Arbeitnehmern hätten auch mit Jahrzehnten des erzwungenen Schweigens und völliger Unerfahrenheit mit Tarifverhandlungen zu tun. »Aber wer nur über Geld spricht, dem hat der Arbeitgeber bisher nichts anderes geboten.«

Besuch in Bizerte, etwa eine Autostunde nördlich von Tunis. Am Cap Blanc, dem nördlichen Ende Afrikas, peitscht der Wind die Wellen des Mittelmeers an die Felsen. »Ein Volk, das einen Diktator vertrieben hat, lässt sich von einem Unternehmer nicht mehr alles gefallen«, sagt Sonia Ben Salid. Sie ist Personalchefin bei Goldtex. 200 Beschäftigte, meist Frauen, arbeiten für den Ableger der portugiesischen Textilfirma Petratex. 48 Stunden pro Woche entstehen bei Neonlicht in den Hallen einer ehemaligen Schokoladenfabrik T-Shirts für die französische Marke Isabel Marant, Blusen für Trussardi Jeans oder Jacketts für Zara und Massimo Dutti. An jedem Arbeitsplatz zählt ein Computer die fertigen Stücke. So kann die Zentrale in Portugal ohne Zeitverzug mitlesen, was in Nordafrika gerade passiert. Goldtex bezahlt besser als so manches andere Textilunternehmen. Dennoch sind die Löhne in Bizerte mit 450 bis 600 Dinar um 30 bis 40 Prozent niedriger als in der portugiesischen Heimat des Unternehmens.

»L'Union fait la force« steht auf den Kitteln der Arbeiterinnen, »Einheit macht stark«. Auch sie haben gestreikt, für mehr Geld und eine 40-Stunden-Woche. Der Chef persönlich kam aus Portugal angereist und nahm sie ins Gebet. Seither ist erst einmal Ruhe – auch, weil die Bezahlung dieses Jahr noch um 10 Prozent steigen soll, wie Directrice Lurdes Silva sagt. »Das müssen wir schon deshalb tun, weil auch die Preise für Lebensmittel und andere Waren steigen.«

Rund 600 000 Menschen arbeiten in Tunesien für Offshoreunternehmen. Das sind etwa 30 Prozent der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer. Für Diktator Ben Ali, der keine wirtschaftliche Nebenmacht fördern wollte und Lizenzen für einheimische Unternehmensgründungen von Gunstbezeugungen der Antragsteller abhängig machte, waren die Produktionsstätten ausländischer Betriebe praktisch.

Eines der ausländischen Unternehmen, das in Tunesiens Wirtschaft eine größere Bedeutung erlangt hat, ist der Nürnberger Kabelhersteller Leoni. Er beschäftigt in Tunesien 13 000 Mitarbeiter. Die Entourage des Diktators glaubte sogar, sie könne den Umsturz mit seiner Hilfe verhindern. »Der Minister für Internationale Zusammenarbeit und Ausländische Investitionen hat mich angerufen und gebeten, wir sollten ein Werk mit tausend Leuten in Sidi Bouzid eröffnen«, erzählt Mohamed Larbi Rouis, Operating Manager Tunesien von Leoni. Sidi Bouzid, das ist jene Stadt im verarmten Landesinnern, wo die Revolution mit der Selbstverbrennung des jungen Mohamed Buazizi ihren Ausgang nahm. Am Telefon in seinem Büro im Industriegebiet des Küstenortes Sousse signalisierte Rouis dem Minister tags darauf, dass er grundsätzlich offen sei für den Standort. Er machte aber auch klar, dass das Unternehmen die Wirtschaftlichkeit seiner Aktivitäten gewährleisten muss. Die kostenlose Überlassung einer Werkshalle sei daher eine der Voraussetzungen gewesen, wie er sagt. »Aber es war schon zu spät. Die Ereignisse ließen sich nicht mehr aufhalten.«



Tunesien in Zahlen

Einwohner in Millionen:	10,6
Arbeitslosigkeit in Prozent*:	14,4
Inflationsrate in Prozent*:	4,0
Wirtschaftswachstum in Prozent*:	1,3

*Schätzung für 2011

Tunesien – EXPORT 11,1 / 9,5 IMPORT – EU

Handelsdaten von 2010, in Mrd. Euro

ZEIT-Grafik/Quelle: GTAI

Inzwischen hat Rouis die zu Diktaturzeiten obligatorischen Fotos von Ben Ali im Werk abhängen lassen. Nur Haken an den Wänden erinnern noch daran, dass da mal was war. Auch die Übergangsregierung geht jedoch fest davon aus, dass die Werksgründung kommt. Nichts sei entschieden, betont Rouis. Er pokert. Gut möglich, dass der Operating Manager auch künftig nicht automatisch nach vier Jahren unbefristete Verträge gewähren muss. »Würden wir das umsetzen, hätten wir nicht mehr die Flexibilität, die wir als Unternehmen brauchen.« So wird auch in den neuen Zeiten, die zu Demokratie und Rechtsstaat führen sollen, um die Einhaltung von Vorschriften gefeilscht.

Dabei läuft das Geschäft von Leoni und seinen Abnehmern glänzend. Der Automobilzulieferer hat seinen Konzerngewinn im ersten Quartal mehr als verdreifacht und die Umsatz- und Gewinnprognose für 2011 deutlich angehoben. Ein Teil der 6000 Mitarbeiter im tunesischen Leoni-Hauptwerk in Sousse arbeitet auch samstags. Auf der einen Seite des Hofes entstehen die Kabelstränge für die Mercedes-E-Klasse und die BMW-3er-Serie, auf der anderen die für den VW-Konzern. Als Kompromiss sollen demnächst 480 Beschäftigte, die schon seit mindestens sechs Jahren im Betrieb arbeiten, unbefristete Verträge bekommen, sagt Rouis. Das habe er den streikenden Mitarbeitern versprochen. »Daran halte ich mich.« Und die Forderung nach Lohnerhöhungen? »Sie müssen sich entscheiden, ob wir hier mit 6000 Leuten und moderaten Löhnen arbeiten, oder mit 3000, deren Einkommen aufgebläht werden.«

Mehdi Rouis muss da nicht lange überlegen. Mit einem Diplom von einer der renommiertesten tunesischen Ingenieurschulen und zwei Masterabschlüssen in Mikroelektronik und Qualitätssicherung war der 30-Jährige ein Jahr lang arbeitslos, bevor er 2009 den Job als Vorarbeiter bei Leoni bekam. Die Aufgabe entspricht zwar nicht seiner Qualifikation, aber immerhin. »Studienkollegen von mir haben bis heute keine Arbeit.« Einer von ihnen gehörte zu den jungen Tunesiern, die in den vergangenen Wochen illegal nach Italien übersetzten.

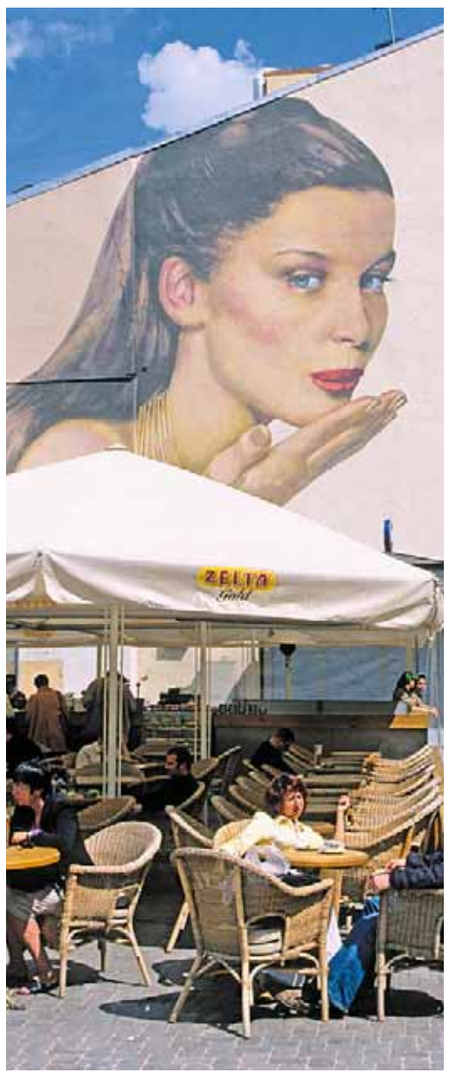
»Der Niedergang der Wirtschaft ist eine große Gefahr für die Demokratie«

75 Prozent der Schulabgänger in Tunesien haben Abitur. Viele studieren. Aber es ist nicht ungewöhnlich, dass ein Jurist mangels adäquater Alternativen als Verkäufer für einen Mindestlohn von 280 Dinar an einem Obststand arbeitet oder ein ausgebildeter Ingenieur in einem Callcenter. Auch Mohamed Bouazizi, der sich selbst anzündete, nachdem die Polizei seinen Gemüsekarren konfisziert hatte, besaß ein Universitätsdiplom. Den 85 000 bis 90 000 jungen Leuten, die jedes Jahr Schule oder Hochschule verlassen, stehen lediglich 60 000 bis 65 000 freie Stellen gegenüber.

Interims-Finanzminister Jalloul Ayed hat einen »Marshallplan« für die arbeitslose Jugend angekündigt und das Ziel ausgegeben, binnen fünf Jahren mehrere Hunderttausend neue Jobs etwa durch öffentliche Infrastrukturprojekte zu schaffen. Finanziert werden sollen diese unter anderem durch die Privatisierung von Unternehmen und Beteiligungen von Ben Ali und seinem Clan. Schätzungen zufolge entzogen der Ex-Diktator und seine Familie der tunesischen Wirtschaft jährlich rund zwei Prozent des Wachstums.

Ausländische Investoren müssten aber auch aufhören, Tunesien als billigen Produktionsstandort zu begreifen, mahnt Ayed. Demnächst will die Regierung Gespräche mit Gewerkschaftern und Unternehmern über Tarifverhandlungen aufnehmen. Die Sorge geht um, dass finanzielle Not und die Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung den politischen Neuanfang gefährden könnten. Vor allem wird befürchtet, dass die unter Ben Ali verbotene islamisch geprägte Partei Ennahda bei der Wahl am 24. Juli aus Unzufriedenheit Profit schlagen könnte. Schon geht das Gerücht um, die Militärs könnten, wie 1992 im benachbarten Algerien, bei einem Wahlsieg der Partei einschreiten. Ennahda ist nach dem Verbot der früheren Regierungspartei RCD die einzige Gruppierung, die aufgrund ihrer langjährigen Arbeit im Londoner Exil über Parteistrukturen und einen gewissen Organisationsgrad verfügt.

»Der Niedergang der Wirtschaft ist eine große Gefahr für den Übergang zur Demokratie«, warnt Tunesiens Zentralbankchef Mustapha Kamel Nabli. Leuten wie ihm graut schon vor den Schlagzeilen im Ausland, sollte die Islamistenpartei als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen.



»Das geht nur mit Arbeit«

Lettlands Wirtschaft brach in der Krise ein. Nach harten Reformen könnte es 2011 wieder aufwärts gehen VON JAN PALLOKAT

Seit die bekannte lettische Kosmetikkette Kolonna ihre Preise um rund ein Viertel gesenkt hat, ist Schönsein in Lettland so billig zu haben wie lange nicht mehr. Auch das Bier in den Gaststätten der Hauptstadt, die Miete für die Rigaer Wohnung, der Käse auf dem Wochenmarkt: Vieles ist preiswerter als noch vor zwei, drei Jahren. Freuen kann sich jedoch niemand darüber. Sinkende Preise sind ein Krisensymptom.

Während des lettischen Booms, der etwa von der Jahrtausendwende bis 2008 währte, zeigten noch alle Zahlen nach oben: das Wachstum, die Preise, die Löhne. Die Welt sprach bewundernd vom »baltischen Tiger«, und die Letten glaubten der Welt sehr gern. Dann aber ging es in die umgekehrte Richtung. Auch im Baltikum schlug die globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit unerbittlicher Härte zu: Die Wirtschaft schrumpfte allein 2009 um 18 Prozent, 2010 ging es noch ein bisschen weiter nach unten.

Anders als in Deutschland, wo ein ziemlich starker Staat die Beschäftigten mittels Kurzarbeit und Konjunkturprogrammen einigermaßen vor der Krise schützte, zahlten in Lettland überwiegend Arbeiter und Angestellte die Zeche. Die Arbeitslosenrate schnellte nach oben, auf zuletzt 17,2 Prozent. Die Kosmetiker und Masseure bei Kolonna mussten Lohnkürzungen um bis zu 40 Prozent hinnehmen. Damit ließen sich die Preissenkungen finanzieren. Immerhin: »Am Ende brauchten wir keine einzige unserer 40 Niederlassungen aufgeben«, sagt Kolonna-Chefin Ieva Plaude-Röhlinger.

Es war ein kreditfinanzierter Immobilien- und Konsumboom, der die lettische Wirtschaft hatte heißlaufen lassen. »Es war im Prinzip das gleiche Spiel, das man auch in Ländern wie Spanien gesehen hat«, erklärt der in Riga lehrende Ökonom Morten Hansen. »Nur war die Blase, relativ zur Größe des Landes, viel gewaltiger.«

Als die Blase platzte, nahm die Baltenrepublik eine Entwicklung, die der Griechenlands ähnelt, aber bereits weiter fortgeschritten ist – und die manche Beobachter als Blaupause für Athen betrachten. Ende 2008, Lettland stand kurz vor der Pleite, nahm der Staat Notkredite der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds in Anspruch und beugte sich im Gegenzug dem Spardiktat der Geldgeber. Vom Gipfel des Booms bis zum bisherigen Tiefpunkt der Krise verlor das Land ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung und brach damit so stark ein wie kein anderes europäisches Land. Inzwischen allerdings, nach harten Reformen und Einschnitten, scheint ein neuerlicher Aufschwung möglich. Manchen Wirtschaftsexperten gilt Lettlands Rosskur als beispielhaft.

Mit seiner Hauptstadt Riga, der einzigen Metropole des Baltikums, war das dünn besiedelte Land als Teil der ehemaligen Sowjetunion einst zu einem Industriestandort aufgebaut worden. Der Kollaps des sozialistischen Riesenreichs traf Lettland hart. Er hinterließ Zigtausende arbeitslose Industriearbeiter. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes lag 2009 bei nicht einmal neun Prozent. Sogar im traditionell agrarischen Litauen liegt er weit höher. Lettland lebte dank seiner drei Ostseehäfen Riga, Liepaja (Libau) und Ventspils (Windau) von Transport und Transit, vom Tourismus und – wegen seiner ausgedehnten Wälder – vom Holzexport. Im Boom allerdings blähten sich vor allem der Einzelhandel, das Bauwesen und der Finanzsektor auf. Das Ende kam abrupt und mit Wucht, die Rettung der wankenden Parex-Bank, des einzigen lettischen Kreditinstituts von Bedeutung, das nicht in ausländischen Händen ist, ruinierte die Staatsfinanzen.

Lettland machte durch, was im Ökonomendeutsch »interne Abwertung« genannt wird. Dabei geht es darum, mit aller Kraft Löhne und Preise zu drücken, damit die Wirtschaft zu wettbewerbsfähigen Kosten produzieren kann. Eine Abwertung der eigenen Währung, des Lats, hätte zwar den gleichen Effekt gehabt, aber auch jegliches Vertrauen internationaler Investoren in die Überlebensfähigkeit der Baltenrepublik untergraben – und noch mehr Unternehmen und Privatleute in den Ruin getrieben, vor allem jene, die sich bevorzugt in Euro verschuldet hatten. Deren Verbindlichkeiten wären weiter gestiegen.

Die daher verfügten Sparmaßnahmen summieren sich bisher auf mindestens 16 Prozent der Wirtschaftsleistung; die Löhne im öffentlichen Dienst wurden um 40 Prozent gesenkt. Lettland erhöhte die Umsatzsteuer auf 22 Prozent, verkürzte die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld und kappte die Zuschüsse an den öffentlichen Nahverkehr. »Jahrelang ging es darum, Geld auszugeben. Nun war plötzlich die Frage, wie man spart und neue Einnahmequellen auftut. Das war hart«, sagt Finanzstaatssekretär Martins Bicevskis.

Erstaunlicherweise erlebte das Land keine Unruhen. Zu Beginn der Krise gab es genau eine einzige größere Demonstration. Als dabei ein paar Fensterscheiben zu Bruch gingen, »waren die Letten wohl derart erschrocken, dass sie es seither nie mehr wagten, zu protestieren«, spottet ein Diplomat in Riga. Die konservative Regierung wurde im vergangenen Herbst sogar wiedergewählt.

Wahrscheinlich liegt die nachgerade unwirkliche Ruhe daran, dass die Balten in Jahrhunderten der Fremdherrschaft gelernt haben, dass es bisweilen klüger ist, sich dem Unvermeidlichen zu beugen und auf ihre Chance zu warten. Viele Letten hatten auch gar keine Gelegenheit, sich an einen hohen Lebensstandard zu gewöhnen, sie erinnern sich noch an den wirtschaftlichen Kollaps nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – dieser war weit drastischer als der gegenwärtige Absturz. Also werden alte Überlebensstrategien neu belebt: Die Oma auf dem Land, im Boom eher eine Last, versorgt jetzt die ganze Familie mit preiswertem Essen aus dem eigenen Garten. »Wir gehen weniger aus«, sagt eine Mitarbeiterin im Rigaer Day Spa. Und eine Kollegin fügt hinzu: »Beim Einkaufen schaue ich jetzt genauer hin, früher haben wir einfach in den Wagen gelegt, was uns gefiel.«

Viel härter trifft es hingegen jene, die sich in den Boomjahren von den rasant steigenden Löhnen dazu hinreißen ließen, Wohnungen oder Häuser auf Kredit zu kaufen. Ihr Besitz ist nach dem Absturz meist deutlich weniger wert als die Hypothek. Laut Statistik haben von 600 000 lettischen Haushalten 120 000 Kredite aufgenommen; davon kann inzwischen jeder dritte die Raten nicht mehr regelmäßig bedienen. Noch halten sich die Banken mit Zwangsversteigerungen zurück, weil es kaum Käufer gibt. Das dürfte sich allerdings ändern, sobald der Markt wieder in Schwung kommt.

Immerhin lag die Verschuldung des Staates in Lettland vor Beginn der Krise bei nur etwa 20 Prozent des Bruttosozialprodukts und damit weitaus niedriger als in westeuropäischen Krisenländern. Finanzstaatssekretär Bicevskis verspricht zudem, dass die Regierung mit dem Ende der Krise beginnen werde, wieder Rücklagen zu bilden. Das könnte auch Lettlands erklärtem Ziel helfen, schon im Jahr 2014 den Euro einzuführen und es damit dem Nachbarn Estland gleichzutun, wo die Gemeinschaftswährung seit Jahresbeginn gilt.

Lettland in Zahlen

Einwohner in Millionen:	2,3
Arbeitslosigkeit in Prozent*:	17,2
Inflationsrate in Prozent*:	–1,1

*Ende 2010

Bruttosozialprodukt in Milliarden Euro

ZEIT-Grafik/Quelle: Zentr. Statistikbüro Lettland

Die Chancen darauf stehen gar nicht schlecht. Alle Zahlen deuten darauf hin, dass Lettlands Wirtschaftsabsturz vorerst gestoppt ist; dieses Jahr scheint ein leichtes Wachstum wieder möglich. Getragen wird es fast allein von der kleinen Exportwirtschaft. Die deutlich reduzierten Produktionskosten haben lettische Waren wieder attraktiver gemacht.

Das merkt zum Beispiel der Holzverarbeiter Osukalns aus Jekabpils (Jakobstadt) in Ostlettland. Das Unternehmen spürt den Wirtschaftsaufschwung in Mittel- und Nordeuropa und besonders in Deutschland, wo Bauholz und Stecklatten für Saunen und Blockhäuser wieder stärker gefragt sind. Allerdings fehlen Vertriebschef Juris Kudeiko nun die Lastwagen, um seine Waren nach Westen zu bringen. Örtliche Spediteure sind während der Krise pleitegegangen, und ausländische Anbieter steuern das Land am Rand der EU kaum noch an. »Ich muss manchmal tagelang telefonieren, bevor ich einen freien Lkw bekomme«, sagt Kudeiko. Zu Boomzeiten war das anders; da transportierten die Lastwagen aus dem Westen Baustoffe nach Lettland und luden für die Rückfahrt die Bretter und Latten aus Jekabpils auf.

Das verarbeitende Gewerbe zu fördern ist erklärtes Ziel der Regierung. Allerdings errichten Industriekonzerne aus dem Ausland im Baltikum keine Fabriken; Lettland ist zu klein und zu abgelegen. Und wer den benachbarten russischen Markt bedienen will, produziert dort besser direkt. So verlässt zum Beispiel Holz das Land tonnenweise, unverarbeitet, als roher Stamm, nur um als teures Importpapier wieder zurückzukehren. Papierfabriken zu errichten würde viel Kapital erfordern, das in Lettland nicht vorhanden ist. »Zudem braucht es Knowhow, auch das gibt es zu wenig«, urteilt der Ökonom Morten Hansen.

Für wirtschaftliche Dynamik sorgen dagegen eine Vielzahl kleiner Firmen, die mit Fleiß, Zuverlässigkeit und den inzwischen wieder niedrigeren Löhnen Nischen bedienen. Zum Beispiel die Firma von Ginta Amerika: Ehemals Beamtin in der Rigaer Stadtverwaltung, gründete Amerika vor einigen Jahren ein Modelabel, um »endlich mal was Kreatives zu machen«. Während ihre Landsleute noch mit Immobilien zockten, baute Amerika mit ein paar Freundinnen auf ein Netz kleiner Boutiquen in Deutschland und Skandinavien, die Pullis und Röcke aus Lettland in ihr Sortiment aufnahmen. Inzwischen arbeiten zwölf Mitarbeiter für die Firma Ameri, die sich in einem Haus am Rande der Rigaer Altstadt einquartiert hat.

Ein weiteres Beispiel für die Chancen in der Nische ist der Holzspielzeughersteller Varis. Der Familienbetrieb lässt in der lettischen Provinz Holzbaukästen fertigen, aus denen sich Bauernhöfe oder Flugzeuge zusammenstecken lassen. Auch Varis verkauft direkt an ausgesuchte Spielwarenläden in ganz Europa, vor allem in Deutschland.

Kann man aber mit Kleinstfirmen, mit Holzspielzeug und Ökopullis ein Land zum Wohlstand führen? Wahrscheinlich bleibt den Letten vorerst nichts anderes übrig. Auf Knopfdruck lässt sich die industrielle Basis nicht vergrößern. »Die Lehre aus der Krise ist: Es gibt nicht den einfachen Weg zum Wohlstand«, sagt die Kleinunternehmerin Amerika. »Das geht nur mit Mühsal und Arbeit.«

Fotos (Ausschnitt): Roman Koksarov/AP/ddp (u.); ddp (2)

Blick von Rigas Kathedrale (oben), ein Café im Zentrum (Mitte), das Freiheitsdenkmal

Kursverlauf

Veränderungen seit Jahresbeginn

DAX
7526
+7,9 %

DOW JONES
12 745
+10,1 %

JAPAN-AKTIEN
NIKKEI: 9819
–5,2 %

RUSSLAND-AKTIEN
RTS: 1928
+8,9 %

EURO
1,44 US/$
+7,5 %

ROHÖL (WTI)
103 US$/BARREL
+15,1 %

GOLD
1514 US$/FEINUNZE
+6,5 %

MAIS
7,17 US$/SCHEFFEL
+14,4 %

ALUMINIUM
2659 US$/TONNE
+6,4 %

GELD UND LEBEN

Boom, Crash, Boom

Der Silberpreis steigt wieder, doch Investitionen bleiben gefährlich

Der Silberpreis steigt rasant! Nein, er fällt ins Bodenlose! Oder halt: Jetzt steigt er ja doch wieder!

Was denn nun?

Das begehrte Metall hat vielen in der Finanzbranche gleich mehrfach glänzende Augen beschert. Zunächst waren es Freudentränen, stieg doch der Silberpreis binnen eines Jahres von weniger als 20 Dollar je Feinunze auf rund 50 Dollar. Dann kamen Tränen der Angst, denn binnen weniger Tage Anfang Mai verlor der Silberpreis rund 20 Prozent (was öffentlich allerdings nur wenig beachtet wurde, weil zur selben Zeit die Tötung Osama bin Ladens diskutiert wurde). Und schließlich flossen Tränen der Erleichterung, denn der Silberpreis erholte sich etwas.

Für Normalanleger ist das ein sicheres Zeichen: Finger weg! Als der deutsche Edelmetallkonzern Heraeus am vergangenen Montag in Hanau seine Bilanz vorlegte, berichteten Manager davon, dass beim Silber immer noch sehr viele Spekulanten unterwegs seien. Umgekehrt heißt das: Mit den Aussichten der Weltwirtschaft, mit Inflations- oder Deflationsszenarien hat der Silberpreis womöglich weniger zu tun als gedacht. Die Kursausschläge sind unvorhersehbar.

Nicht nur Heraeus macht übrigens Spekulanten für die Silberpreiskapriolen verantwortlich. Ende April hatte die Chicagoer Rohstoffbörse höhere Sicherheitsleistungen auf Silberkontrakte verlangt. Im Klartext: Wer mit Silber spekulieren wollte, musste mehr Geld hinterlegen. Es ist ein klassisches Mittel, um Spekulationen einzudämmen, der Preis brach daraufhin ein.

Es scheint, als habe sich die Geschichte wiederholt. Denn schon einmal, in den späten siebziger Jahren, trieben Spekulanten den Silberpreis bis an die 50-Dollar-Marke. Es waren die Brüder Nelson Bunker und William Herbert Hunt. Sie wurden erst durch die Anordnung höherer Sicherheitsleistungen gestoppt.

Wie wenig Neues gibt es doch am Finanzmarkt. Erst Spekulation. Dann Begrenzung. Dann Absturz. Dann wieder von vorne. Der Silberpreis ist ja auch schon wieder gestiegen.

Illustration: Karsten Petrat für DIE ZEIT / www.splitintoone.com

Abgesichert oder abgezockt?

Viele Versicherte begleichen ihre Prämien in Raten. Dafür zahlen sie einen Aufschlag. Doch die Firmen verschleiern die wahren Kosten

VON TOBIAS ROMBERG

Pia Lanze wollte Gerechtigkeit, wie sie sagt. Die 53-Jährige, die in Wirklichkeit anders heißt, hatte etwas an der Ratenzahlung für ihre Berufsunfähigkeitsversicherung und ihre Altersvorsorge auszusetzen. Sie hält den Aufschlag, den sie dafür zahlt, dass sie ihre Jahresprämie monatlich abstottert, für zu hoch. Und forderte Geld von ihrer Versicherung zurück.

Mittlerweile weiß sie, dass die meisten Versicherungen ihre Prämien auf Jahresbasis kalkuliert haben. Doch die meisten Kunden zahlen »unterjährig«, also monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich. Wird die Jahresprämie gestückelt, heißt das **Teilzahlung.** Und dafür erheben die Versicherungen einen Aufschlag. Pia Lanze ging lange Zeit davon aus, dass sie für ihre monatliche Zahlungsweise fünf Prozent mehr aufbringen muss. Dass es tatsächlich ein effektiver Jahreszins von 11,35 Prozent war, schwante ihr erst Anfang 2010. Damals erfuhr sie von einem langen Rechtsstreit zwischen Versicherern und Verbraucherschützern.

Pia Lanze schrieb ihrer Versicherung. Diese zögerte und verweigerte dann, so wie viele andere auch, eine Rückzahlung des Differenzbetrags. Erst als Lanze einen Anwalt einschaltete, kam Bewegung ins Spiel. Im Juni 2010 erhielt sie einen dreistelligen Betrag – bei Weitem nicht so viel, wie sie erwartet hatte. Und reine Kulanz, wie die Assekuranz betonte, »ohne Anerkennung einer Rechtspflicht«.

Es ist ein Drahtseilakt. Für Versicherungsnehmer wie Pia Lanze und für die Assekuranzen. Denn geklärt ist die knifflige Sache noch lange nicht. Insgesamt geht es womöglich um Millionen Verträge. Die Verbraucherzentrale Hamburg sprach einmal von 15 Milliarden Euro, die die Branche vielleicht zahlen müsse. Das war aus heutiger Sicht etwas hoch gegriffen. Brisant aber bleibt der Streit.

Es geht um Riesterverträge und Lebensversicherungen, aber auch um Kfz-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Laut der Verbraucherzentrale Hamburg sind lediglich Verträge unter 200 Euro Jahresprämie und Krankenversicherungen ausgenommen. Da wundert es nicht, dass die Unternehmen verunsichert waren und zunächst mauerten. Inzwischen sind sie etwas entspannter, auch weil die Verbraucherschützer sich auf Urteile stützen, die lediglich Einzelfallcharakter haben.

Bei dem Streit geht es um einen kleinen, aber gewichtigen Unterschied – den von Ratenzuschlag und effektivem Jahreszins. Den Unterschied zwischen einem in Verträgen ausgewiesenen Zuschlag für die Stückelung der Jahresprämie und einem tatsächlich zu berappenden Preis. Höhere Finanzmathematik ist das. Der Ratenzuschlag für die unterjährige Zahlung wird – wenn überhaupt – in Prozent des Jahresbeitrags angegeben. Im Fall der monatlichen Zahlung von Pia Lanze war es ein Zuschlag von fünf Prozent. Die Referenz bei der Berechnung dieses Zuschlags ist stets die volle Jahresprämie – auch wenn die Prämie Monat für Monat abgestottert wurde und Lanzes »Schulden« somit jeden Monat etwas kleiner wurden.

Aussagekräftiger ist deshalb der Effektivzins. Er ist verbraucherfreundlicher, benennt den »echten Preis«, mit ihm kann man beispielsweise auch bestimmen, ob ein Darlehen teuer oder günstig ist. Für den Effektivzins gibt es komplizierte Berechnungsformeln. Im Fall Pia Lanze beträgt der Effektivzins 11,35 Prozent. Das räumte auch ihr Versicherer ein. Verbraucher hoffen nun, dass sie, wenn der effektive Jahreszins nicht angegeben wurde, rückwirkend nur den gesetzlichen Effektivzins von vier Prozent zahlen müssen, der dann fällig wird, wenn wichtige Angaben zum Zins im Vertrag fehlen.

Die Versicherer sind alarmiert und versuchen, Nachteile für die gesamte Branche abzuwenden. Das gelang ihnen im Rechtsstreit der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) gegen die Huk-Coburg. Der VZBV gewann 2006 vor dem Landgericht Bamberg gegen die Versicherung, die den effektiven Jahreszins in Riesterverträgen nicht angegeben hatte. Das Oberlandesgericht kassierte diese Entscheidung dann aber wieder. Die Sache ging bis vor den Bundesgerichtshof. Während der mündlichen Verhandlung, so ist zu hören, soll sich abgezeichnet haben, dass der zuständige Senat wohl dem VZBV recht geben würde. Die Huk knickte ein. Es kam zu einem sogenannten Anerkenntnisurteil, ohne dass der BGH zur Sache selbst etwas entschied. Nun gilt das Urteil des Landgerichts. Ein geschickter Schachzug der Huk – ein Anerkenntnisurteil kann nicht auf andere Fälle übertragen werden. Es fehlt bis heute ein höchstrichterliches Urteil mit Grundsatzcharakter.

Was den Verbraucherschützern unterdessen gelingt, sind Etappensiege. Kleinere Schlachten werden gewonnen, die Hoffnung machen, aber Einzelfallcharakter haben. Anfang Mai erst entschied das Landgericht Hamburg in einem Rechtsstreit der Verbraucherzentrale Hamburg und der Neue Leben Lebensversicherung AG, »dass bei Prämienratenzahlungsklauseln in Versicherungsbedingungen für den erhobenen Ratenzuschlag auch der effektive Jahreszinssatz ausgewiesen werden muss«. Und Ende April wurde die Stuttgarter Lebensversicherung am Landgericht Stuttgart verurteilt, ihre Klauseln zu Teilzahlungszuschlägen zukünftig nicht mehr zu verwenden, weil der Verbraucher nicht erkennen könne, wie hoch der Zuschlag sei.

Pia Lanze nutzte für ihr Anliegen einen Musterbrief, den sie sich von der Website der Verbraucherzentrale Hamburg herunterlud. Darin forderte sie eine »Neuberechnung des Ratenzahlungszuschlags seit Vertragsbeginn auf Basis des gesetzlichen Zinssatzes von 4 Prozent« und die »Rückerstattung der zu viel gezahlten Zinsen«. Laut Verbraucherzentrale wurde dieser Brief fast 200 000-mal heruntergeladen. Glaubt man den Versicherern, schicken aber nur wenige diesen Brief dann auch ab. »Vereinzelte Anfragen« habe man bekommen, so die Huk; »äußerst wenige« meldet die Continentale, »einige Hundert Anschreiben« die DEVK. Bei der Generali liegt die Zahl nach eigenen Angaben »im unteren vierstelligen Bereich«, die Ergo nennt eine mittlere vierstellige Zahl an Briefen und Anfragen.

Lanze erhielt eine Tabelle, die die Berechnung des Betrags, den sie damals bekam, erklären sollte. Die Tabelle ist furchtbar unübersichtlich. Die »Kulanz« ihrer Versicherung ist aber ein Beleg dafür, dass in der Branche zeitweise Verunsicherung herrschte. Denn auch die komplette Rückabwicklung von Verträgen schien plötzlich möglich. Lanzes Versicherung betont heute, »dass es keine rechtliche Verpflichtung gibt, unterjährige Zahlweise wie ein Verbraucherdarlehensgeschäft oder Finanzierungshilfe zu behandeln«.

Genau das ist der juristische Knackpunkt: Gewähren die Versicherer den Ratenzahlern einen Kredit oder nicht? Fast alle Versicherer argumentieren wie Lanzes Versicherung. Verbraucherschützer halten dagegen: »Wenn der Versicherer vorschreibt, dass Jahresprämien geschuldet und zu Beginn eines Jahres fällig sind, dann aber anbietet, diese Jahresprämien in unterjährigen Raten gegen Ratenzuschläge abzutragen, dann ist das ein klassischer Ratenkredit«, sagt Rechtsanwalt Joachim Bluhm, der für die Verbraucherzentrale Hamburg Prozesse führt. Deshalb müsse auch der effektive Jahreszins angegeben werden.

Die Versicherung von Pia Lanze beruft sich wie viele andere Versicherer auf Urteile aus den vergangenen Monaten. Doch diese Urteile sind bei genauerer Betrachtung nicht immer wasserdicht. In einigen Fällen ging es im Kern gar nicht um den effektiven Jahreszins. Und mancher Kläger verhielt sich offenbar sehr ungeschickt.

Die Verbraucherzentrale Hamburg und Rechtsanwalt Bluhm setzen deswegen auf Verbandsklagen: »Dort spielt auch keine Rolle, was für ein Typ der Versicherungsnehmer im Einzelfall ist«, sagt Bluhm. Bei Individualklagen mit niedrigen Streitwerten und schlechter Vergütung der Rechtsanwälte seien die Versicherer meist weit überlegen. »Wenn dann dort schlechte Entscheidungen ergehen, werden diese allen anderen Gerichten zum Abschreiben vorgelegt«, sagt Bluhm.

Trotz der jüngsten Teilerfolge der Verbraucherschützer herrscht längst noch keine Klarheit. Und die Versicherer werden weiterhin alles unternehmen, um ein höchstrichterliches Urteil zu ihren Ungunsten zu verhindern.

Teilzahlung

Bezahlt ein Kunde seine Jahresprämie nicht auf einen Schlag, sondern stottert sie halbjährlich, vierteljährlich oder monatlich ab, verlangen die meisten Versicherer Zusatzkosten. Sie begründen das mit höheren Verwaltungskosten und entgangenen Zinseinnahmen. Doch Verbraucherschützer kritisieren, die Klauseln in den Verträgen machten es für den Kunden nicht transparent genug, wie viel ihn das Bezahlen in Raten tatsächlich kostet

Probiert's doch mal!

Kohlestrom kann man sauberer machen. Doch viele Deutsche wollen das Verfahren nicht einmal testen VON CHRISTIAN TENBROCK

Das Kürzel CCS steht für eine große Idee, so wie Ideen eben sein müssen, wenn sie die Welt ein klein wenig besser machen sollen. Mittels **C***arbon Dioxid* **C***apture and* **S***torage* soll das bei der Stromerzeugung in einem Kohlekraftwerk entstehende Klimagift Kohlendioxid aufgefangen, in Pipelines geleitet und schließlich in Lagerstätten tief unter der Erdoberfläche verfrachtet werden. CCS versucht also, Klimaschutz und Kohlenutzung zusammenzubringen. Die Internationale Energieagentur hat sich ebenso für das Verfahren ausgesprochen wie der mit einem Nobelpreis bedachte Weltklimarat; Briten, Amerikaner und Australier fördern seine Erprobung mit Milliarden.

Auch Angela Merkel warb einmal für CCS. »Mit fröhlichem Gemüt« solle die Technologie auch in Deutschland vorangetrieben werden, sagte die Kanzlerin noch im Jahr 2007. Vergangen, vorbei. In dieser Woche beraten Bundestag und Bundesrat zwar einmal mehr über ein Gesetz, das Grundlage für die Erprobung und weitere Erforschung von CCS sein soll. Aber eigentlich könnten sich Abgeordnete und Landesvertreter ihre Arbeit sparen. In Deutschland hat die großindustrielle Anwendung des Verfahrens fürs Erste kaum noch eine Chance.

DER STANDPUNKT:

»Nimby« heißt im Englischen jene Spezies Mensch, die potenziell Unangenehmes zwar gerne dem Nachbarn überantworten, aber vom eigenen Hinterhof fernhalten will. In der Debatte um saubere Kohle hat man den Eindruck, als lebten in Deutschland viele dieser Zeitgenossen

Schuld daran sind der Widerstand der Bürger und die Mutlosigkeit vieler Landespolitiker. Ende April gab der Atom- und Kohlestromkonzern RWE sämtliche Konzessionen zurück, die ihm die Erkundung unterirdischer CO_2-Lagerstätten im CDU/FDP-regierten Schleswig-Holstein ermöglicht hätten. Die Begründung: mangelnde Akzeptanz in Politik und Bevölkerung. Ähnlich ist die Situation in Niedersachsen, wo eine schwarz-gelbe Koalition die Untersuchung möglicher Kohlendioxidlager verbieten will. Einzig im brandenburgischen Ketzin wird die CO_2-Speicherung noch ausprobiert. Ebenfalls im SPD-geführten Land Brandenburg steht in Schwarze Pumpe das einzige deutsche Versuchskraftwerk, in dem die Abscheidung von Kohlendioxid aus dem Rauchgas getestet wird. Betrieben wird es von dem schwedischen Konzern Vattenfall.

Grüne Parteipolitiker und lokale Bürgerinitiativen mögen über den Teilausstieg aus CCS jubeln, eine gute Entwicklung ist dies nicht. Natürlich gibt es berechtigte Zweifel an dem Verfahren: Niemand weiß bislang etwa, ob die zur CO_2-Lagerung vorgesehenen unterirdischen Gesteinsschichten – in Deutschland überwiegend unter der Norddeutschen Tiefebene und vor der Nordseeküste – das aus Kohlemeilern abgeschiedene Gas wirklich für Jahrhunderte sicher speichern können. Unklar ist bisher auch, was auf diese Weise gespeichertes Gas für die anliegenden Grundwasservorkommen bedeutet.

Auch die Kosten sind ein Problem: Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik erhöht sich mit CCS der Energiebedarf eines Kraftwerks um mindestens 20 Prozent. Hunderte Kilometer lange Pipelines zwischen Stromfabriken und Lagerstätten müssten gebaut, alte Meiler nachgerüstet werden. Insgesamt würde eine Tonne eingespartes CO_2 die Kraftwerksbetreiber mindestens 50 Euro kosten – zu viel, als dass sich CCS gegenwärtig lohnen könnte.

Es kann also gut sein, dass alle Tests am Ende mit dem einen Urteil enden: Lieber nicht. Aber CCS nicht einmal erproben heißt, allzu früh aufzugeben. Kohleverstromung wird notgedrungen noch für Jahrzehnte einen wesentlichen Teil der weltweiten Energieversorgung ausmachen. Gegenwärtig erzeugt China – wo fast wöchentlich ein neues Kohlekraftwerk ans Netz geht – damit 80 Prozent seines Stroms, in den USA und in Deutschland sind es etwa 50, beim Nachbarn Polen sogar über 90 Prozent. Innerhalb von 20 Jahren, so die Prognose seriöser Energieexperten, wird sich der Weltkohleverbrauch nahezu verdoppeln.

Dass auch in Deutschland kein Ende der Kohlenutzung in Sicht ist, liegt nicht – wie auch in dieser Zeitung schon suggeriert wurde – am schnellen Atomausstieg. Importierte Steinkohle ist relativ billig, und die reichlich vorhandene heimische Braunkohle gilt als wichtiger Garant einer unabhängigen Energieversorgung. Beide Kohlesorten werden als unverzichtbarer Grundstoff für deutschen Strom angesehen. Deshalb, und nicht als Ersatz für abgeschaltete Atomkraftwerke, werden noch immer neue Kohlemeiler gebaut. Diese Stromfabriken werden aller Wahrscheinlichkeit nach für 40 bis 50 Jahre am Netz bleiben.

Allerdings emittiert selbst ein modernes Kohlekraftwerk mit 1000 Megawatt Leistung noch jährlich so viel CO_2 wie zwei Millionen Autos. Rund ein Viertel der gesamten deutschen Kohlendioxidemissionen entfallen gegenwärtig nur auf die Verfeuerung von Braunkohle. Und sechs der zehn klimaschädlichsten Stromfabriken Europas stehen in deutschen Landen.

Weil die Republik vor Mitte des Jahrhunderts ohne Kohle nicht auskommen wird und weil CCS gegenwärtig die einzig bekannte Option ist, relativ kurzfristig die Luft über Kohlekraftwerken zu entlasten, scheint es unverantwortlich, auf die intensive Erprobung des Verfahrens zu verzichten. Das erklären Umweltschutzorganisationen wie der Naturschutzbund Deutschlands und der WWF. Auch der Ökonom Nicholas Stern, der vor einigen Jahren mit seinen Prognosen über die Kosten des Klimawandels weltweit Aufsehen erregte, kann sich den Kampf gegen den Klimakollaps ohne den Einsatz von *Carbon Dioxid Capture and Storage* nicht vorstellen. Die Welt benötige einige Tausend Anlagen, meint er.

Sollen die alle nur anderswo stehen, aber keinesfalls in Deutschland? Es ist reichlich egoistisch, die Erprobung – und möglicherweise auch die Anwendung – von CCS allein anderen Ländern zu überlassen. *Nimby* heißt im Englischen jene Spezies Mensch, die potenziell Unangenehmes durchaus dem Nachbarn überantworten, aber vom eigenen Hinterhof fernhalten will *(Not in my backyard).* Gegenwärtig hat man den Eindruck, als lebten in Deutschland sehr viele dieser Zeitgenossen.

Weitere Informationen im Internet:
blog.zeit.de/gruenegeschaefte

DIE ANALYSE

Un-Gestaltung

ThyssenKrupp baut um und ab. Aber eine neue Form bekommt der Mischkonzern so nicht VON JUTTA HOFFRITZ

Kaum mehr als 100 Tage ist ThyssenKrupp-Chef Heinrich Hiesinger im Amt, da legt er einen gewaltigen Umbauplan für den Stahl- und Technologiekonzern vor. Vom Edelstahl will er sich trennen und auch vom Autozuliefergeschäft. Ziel sei es, so teilt das Unternehmen mit, »Flexibilität« für den Ausbau attraktiverer Geschäfte zu gewinnen.

Das klingt gut, doch vieles, was der neue Chef nun plant, hat auch Vorgänger Ekkehard Schulz schon versucht – und zwar vergeblich.

Beispiel Edelstahl: »Nirosta« ist zwar die bekannteste Marke des Konzerns, aber seit Erfindung des korrosionsbeständigen Werkstoffs vor 100 Jahren ist viel passiert: Längst können Chinesen den Edelstahl billiger herstellen. Im vergangenen Jahrzehnt sorgte Nirosta für reichlich Verlust.

Mehr als einmal versuchte der Konzern die Sparte Wettbewerbern anzudienen. Kartellrechtlich wäre das sicher nicht ganz einfach geworden – noch ist ThyssenKrupp einer der großen Edelstahl-Anbieter weltweit. Doch die Kartellwächter kamen gar nicht dazu, Auflagen zu formulieren. Die potenziellen Partner winkten direkt ab. Natürlich könnten die Essener auch versuchen, die Tochter an die Börse zu bringen. Doch das braucht Zeit – gerade in einem behäbigen Konzern wie ThyssenKrupp. Zur Jahrtausendwende kündigte das Unternehmen schon mal einen Börsengang an. Damals sollte nicht nur Edel-, sondern auch der klassische Qualitätsstahl aus dem Portfolio verschwinden. Doch die internen Debatten zogen sich so lange hin, bis im Spätsommer 2000 die Konjunktur einknickte. Damit hatte sich die Sache erst mal erledigt.

Die sicherste Alternative wäre deshalb eine Abspaltung wie sie zu Jahresbeginn Branchenprimus Arcelor-Mittal vormachte. Beim Edelstahl kapitulierte nämlich selbst der hartnäckigste Sanierer der Branche, Lakshmi Mittal. Der Arcelor-Chef gründete für die ungeliebte Tochter eine neue Gesellschaft namens Aperam und verschenkte deren Anteile kurzerhand an seine Aktionäre. Dieser Weg stünde auch ThyssenKrupp offen – allerdings käme dabei kein Cent Bargeld in die Kasse.

Das wäre ein Problem, denn auch bei der Auflösung der Autoteile-Sparte werden nur begrenzt Erlöse fließen: Die Fahrwerk-Fabriken will ThyssenKrupp ebenfalls bargeldlos in eine »strategische Partnerschaft« einbringen. Verkauft werden sollen lediglich die Autoblech-Pressen, Eisengießereien und Federfabriken des Konzerns – was nach optimistischer Schätzung maximal 1,5 Milliarden Euro einbringen dürfte.

Viel Spielraum kann Konzernchef Hiesinger mit seinen Plänen also nicht gewinnen. Bevor er neue Investitionen tätigen kann, müssen erst mal die alten Schulden weg. Sechs Milliarden Euro. Eine gewaltige Summe – selbst bei einem Börsengang der Edelstahl-Sparte.

Mit dem Umbauprogramm will sich Hiesinger von einem Viertel des Umsatzes (2010: 43 Milliarden Euro) trennen. Doch er bleibt die Entscheidung schuldig, ob ThyssenKrupp künftig Stahl- oder Technologiekonzern sein soll. Der Qualitätsstahl macht auch nach dem Abschied vom Edelstahl noch gut ein Drittel des Portfolios aus. Die Autoteile werden weniger, dafür baut der Konzern weiter Aufzüge, Industrieanlagen, Kriegsschiffe und Wälzlager für Windmühlen.

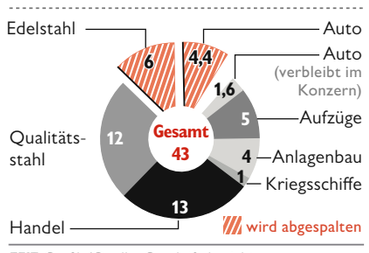
Diese Fülle macht es einem Chef schwer, die Übersicht zu behalten – und noch schwerer, alle Bereiche mit der nötigen Liquidität zu versorgen.

ThyssenKrupp war einst Weltspitze beim Edelstahl und hat die Position verloren. Beim normalen Stahl verteidigt der Konzern Platz sechs im Branchenranking, weshalb zuletzt alle verfügbaren Mittel in neue Hochöfen und Walzwerke gesteckt wurden. Fragt sich, wie lange etwa die Aufzugbauer Platz drei noch halten können, denn die mussten in dieser Zeit fast ohne Investitionen auskommen.

Umbau hier und da reicht nicht, Heinrich Hiesinger muss klare Entwicklungslinien schaffen. Die Frage ist, ob Berthold Beitz, der Ehren-Aufsichtsratsvorsitzende und heimliche Herrscher des Konzerns, den neuen Mann auch gewähren lässt, wenn er ernsthaft Hand an den Mischkonzern legt.

Der Plan

Umsatz von ThyssenKrupp 2010 nach Sparten, in Milliarden Euro



ZEIT-Grafik/Quelle: Geschäftsbericht

FORUM

Lernen aus dem Fall Kachelmann

Kommunikationsberatung bei Gerichtsverfahren nützt weniger als gedacht VON TOBIAS GOSTOMZYK

Wer vor Gericht steht, kämpft manchmal um zweierlei: sein Recht und seine öffentliche Reputation. Letztere besitzt ihren eigenen, auch wirtschaftlichen Wert. Der Fall des Wettermoderators Jörg Kachelmann bietet dafür ein prominentes Beispiel.

Was ist geschehen? Leicht lässt sich dies bei der Verworrenheit des Falls nicht sagen. Der Vorwurf einer Vergewaltigung steht im Raum. Viele Zeugen und Sachverständige wurden gehört. Etliche Medien und nicht zuletzt deren Publikum haben spekuliert, ob Kachelmann schuldig zu sprechen sei oder nicht. Ungewöhnlich am Fall ist aber eine massive mediale Begleitung über Monate hinweg, die detaillierte Veröffentlichung des Privatlebens des Moderators und Gründers eines Wetterdienstes.

Auch die Auftritte bekannter Wirtschaftslenker vor Gericht bekommen große Aufmerksamkeit: Viele erinnern sich an das Victory-Zeichen von Josef Ackermann, Vorstandschef der Deutschen Bank, vor Beginn des Mannesmann-Prozesses. Lebendig bleiben auch die Bilder der Verhaftung Klaus Zumwinkels, des damaligen Vorstandschefs der Deutschen Post.

Fachkreise diskutieren in diesem Zusammenhang über Litigation-PR, eine neue und für Laien eigenartig anmutende Disziplin. Es geht darum, Kommunikationsprozesse während juristischer Auseinandersetzungen vorauszudenken und gegebenenfalls zu beeinflussen. Im Wissen, dass unbedachte Interviewäußerungen den juristischen Sieg kosten können, wenn sie zum Beweismittel des Gegners werden. Dass es aber auch falsch sein kann, zu schweigen.

Der Gebrauch von Litigation-PR ist nicht nur bei Anwälten und PR-Beratern, sondern auch bei Staatsanwälten in Mode gekommen. In den Medien wird sie dabei eher kritisiert. Das ergibt auch eine aktuelle Studie der Kommunikationswissenschaftlerin Vanessa Tahal von der Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover. Es gehe, so die landläufige Meinung, um Manipulation von Justiz und Medien. Beides ist falsch: Es ist nicht ersichtlich, dass die fortlaufende Weitergabe von Details des Ermittlungs- und Strafverfahrens für Kachelmann vorteilhaft war. Vielmehr dürfte der scheinbar nicht versiegende Informationsfluss mit dazu geführt haben, dass Medien neue Anlässe fanden, ständig über den Fall zu berichten.

TOBIAS GOSTOMZYK

Foto: privat

ist Rechtsanwalt bei der Wirtschaftskanzlei KSB INTAX in Hannover. Schwerpunkte seiner Arbeit sind das Recht der Medien und der Telekommunikation

Steuern ließ sich die Presse dagegen nicht, die sich teils pro und teils contra Kachelmann positionierte. Sie folgt ihrer eigenen Berichterstattungslogik und wirtschaftlichen Interessen. Niemand sollte deshalb ernsthaft meinen, Medien manipulieren zu können. Einzig durch sachliches, unermüdliches Herausarbeiten der eigenen Argumente gegenüber Journalisten lässt sich für den eigenen Standpunkt etwas erreichen – selbst wenn das angesichts der Tendenz vieler Medien zur Skandalisierung und Personalisierung unwahrscheinlich klingen mag.

Des Weiteren ist es nicht erfolgversprechend, über Medien auf den Ausgang von Auseinandersetzungen Einfluss nehmen zu wollen. Gerade die Richter im Fall Kachelmann demonstrieren, vom öffentlichen Druck unabhängig sein zu wollen. Sicher nehmen auch Richter des Landgerichts Mannheim die Berichte über das Kachelmann-Verfahren wahr. Sie leben und arbeiten nicht auf dem Mond. Doch wäre es naiv, zu glauben, dass man jemandem mittels Pressekonferenzen und Hintergrundgesprächen zum juristischen Sieg verhelfen könnte. Das hat letztlich auch eine wissenschaftliche Erhebung über den Einfluss von Medienberichten auf Richter und Staatsanwälte dokumentiert. Die Kommunikationswissenschaftler Hans Mathias Kepplinger und Thomas Zerback fanden heraus: Schuldig oder nicht schuldig ist keine Frage guter Presse. Einzig bei der Bestimmung der Strafhöhe gibt es einen, für Juristen nicht verwunderlichen, Einfluss.

Letztlich besteht das Ziel von Litigation-PR darin, den Standpunkt von Unternehmen oder Privatpersonen, die in rechtliche Auseinandersetzungen verwickelt sind, bekannt zu machen. Das klingt simpel, ist aber anspruchsvoll. Eine sorgfältige Verzahnung von Rechts- und Kommunikationsstrategie ist dafür notwendig. Die Causa Kachelmann hat zwar ein breites, aber meist negativ besetztes Bewusstsein für diese Beratungsleistung geschaffen. Eine wirtschaftliche Analyse der Kommunikationsstrategie von Kachelmann würde vermutlich nicht zu einem positiven Ergebnis führen.

»Ich bin risikobereit«

Als sozialdemokratischer Starökonom ist Armin Falk ein Sonderfall. Er erforscht, wie wir sozial funktionieren. Ein Gespräch

Fotos: Michael Dannenmann für DIE ZEIT; klein: Michael Hauri/imagetrust (l.); DFG

DIE ZEIT: Wie wird ein friedensbewegter Junge aus dem Rheinland zum Ökonomen?
Armin Falk: Zum Glück wusste ich erst gar nicht genau, was das eigentlich ist, ein Ökonom. Die traditionelle Auffassung davon hätte mich wahrscheinlich nicht überzeugt.
ZEIT: Beeinflusste Sie jemand bei der Studienwahl?
Falk: Auslöser war der Philosoph Gerd Achenbach, Gründer der Philosophischen Praxis in Bergisch Gladbach. Er faszinierte mich extrem, als ich Abitur machte und Zivildienstleistender war. Bei ihm habe ich erlebt, was es bedeutet, wenn man selbst nachdenkt und überprüft, was andere Wahrheit nennen. Und als wir über meine Studienwünsche sprachen, sagte er, lies mal etwas von John Kenneth Galbraith ...
ZEIT: ... dem linken Harvard-Ökonomen.
Falk: Bei Galbraith kam das Interesse an Wirtschaft zusammen mit der Frage, wie man die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessern kann. Die Kombination finde ich nach wie vor wichtig, allerdings mehr mit Blick aufs individuelle Entscheidungsverhalten, um wirklich zu verstehen, warum die einzelnen Menschen so handeln, wie sie handeln. Heute kann man als Volkswirt beides machen, kann psychologische Motive in den wirtschaftlichen Entscheidungen erforschen. Wäre das immer noch unmöglich, dann wäre ich wohl auch nicht Ökonom geblieben.
ZEIT: Als Student hatten Sie es noch schwerer. In Köln wollten Sie eine Diplomarbeit über Vertrauen schreiben. Aber alle Professoren lehnten ab, sodass Sie etwas über Geldpolitik verfassten.
Falk: Tatsächlich hatte ich die Ursprungsidee aus einem Bändchen von Niklas Luhmann von 1968, das einfach *Vertrauen* heißt. Ein sehr lohnendes Buch, in dem er Vertrauen definierte als riskante Vorleistung. Luhmann erklärte, dass in der modernen Wirtschaft bei allen Transaktionen Vertrauen eine Rolle spielt. Es war also eigentlich eine zentrale Wirtschaftsfrage. Für einen alltäglichen Autokauf genauso wie jetzt für die Weltfinanzkrise, die auch eine Vertrauenskrise war.
ZEIT: Sie durften nicht – und haben doch weiter an die Ökonomie geglaubt?
Falk: Ich habe erst mal aus Pflichtbewusstsein das Diplom gemacht – mit einer Arbeit über Finanzmarktinnovationen in Kanada. Viel spannender geht es nicht *(lacht)*. Ich hatte aber immer das Gefühl, es kann nicht sein, dass sich Ökonomie in so etwas erschöpft.
ZEIT: Ein paar wie Sie gab es damals schon.
Falk: Ich habe dann gesehen, dass in Zürich einiges geschah. Da wurde ich mit offenen Armen empfangen. Und auf einmal konnte ich genau das machen, was ich wollte.
ZEIT: Führende Ökonomen loben Sie als besonders kreativ, wenn es darum geht, die richtigen Fragen zu stellen und dafür dann die richtigen Experimente zu entwickeln.

Ernst Fehr von der Uni Zürich gilt als Nobelpreis-Kandidat. Bei ihm feierte Armin Falk erste Erfolge

Falk: Für Experimente muss man wissenschaftliche Fragen in einfache Verhaltensprobleme übersetzen. Dafür braucht man Empathie. Jemand, der zu modellverliebt ist, der nicht bereit ist, sich in die emotionalen Verwerfungen von Entscheidungsproblemen hineinzuversetzen, der tut sich schwer.
ZEIT: Zwei Kategorien menschlichen Tuns haben Sie besonders erforscht: Wagemut und unser Verhältnis zur Fairness. Sind Sie risikoverliebt?
Falk: Auch wenn ich schon viele Tausend Menschen befragt habe, ich war selbst noch nie Gegenstand meiner Studien.
ZEIT: Dann wird es höchste Zeit.
Falk: Wenn ich an eine Sache glaube, bin ich risikobereit, tue aber nichts nur um des Risikos willen. Auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) bin ich eine 8.
ZEIT: Kommen wir zur Fairness. Sie unterscheiden zwischen Menschen, denen Fairness ein Anliegen ist, und echten Egoisten. Unter den fairen Typen gibt es wieder zwei Gruppen: Die einen wehren sich vor allem, wenn andere unfair sind, andere gehen selbst mit gutem Beispiel voran. Und Sie?
Falk: Ich würde nicht sagen, dass ich ein knallharter Egoist bin. Ich neige zu reziprokem Verhalten, wie wir das nennen, positiv wie negativ. Ich bin bereit, jemandem etwas Gutes zu tun, wenn er mich vorher anständig behandelt hat. Werde ich dagegen unfair behandelt, dann reagiere ich abweisend.
ZEIT: Das sind Grundregungen der Gerechtigkeit.
Falk: Sie gehören zu den wichtigsten Motiven, ja. Die positive Reziprozität wird in der Gesellschaft oft von uns erwartet, die negative ist stärker von der Evolution geprägt. Aber die ist auch wichtig. Es ist individuell manchmal von Vorteil, wenn die anderen wissen, sie können einem nicht auf der Nase rumtanzen. Sie können einem nichts wegnehmen ohne ernste Konsequenzen.
ZEIT: Diese Reziprozität verändert das Menschenbild der Ökonomen. Ändert sie auch wirtschafts- und sozialpolitische Antworten?
Falk: Sicher, zum Beispiel bei der Steuermoral.
ZEIT: Wie das?
Falk: Menschen brauchen das Gefühl: Für hohe Steuern gibt es auch ein gutes Angebot öffentlicher Güter. Zudem sind Bürger viel eher bereit, Steuern zu zahlen, wenn sie glauben, dass die anderen auch steuerehrlich sind. Genau das ist ja positive Reziprozität. Es spielt auch eine wichtige Rolle, welches Vorbild führende Politiker und andere Entscheidungsträger abgeben. Und die Politik muss kommunizieren, dass Steuerbetrug kein Kavaliersdelikt ist, sondern eine asoziale Handlung, die uns Schulen oder Kindergärten kostet.
ZEIT: Nirgendwo wird mehr mit Gerechtigkeit argumentiert als in der Arbeits- und Sozialpolitik.
Falk: Reziprozität heißt da, dass die Gesellschaft für eine sozialpolitische Leistung auch Gegenleistungen erwartet.
ZEIT: Der Kerngedanke der Hartz-Reformen.
Falk: Richtig. Zu dieser Frage haben wir kürzlich ein Experiment gemacht. Ziel war es da, ein Sozialsystem überhaupt erst zu schaffen, bei dem die einen Transfers empfangen, während die anderen diese durch ihre Arbeit finanzieren. Bevor man aber wusste, in welcher Rolle man nachher ist, musste man darüber abstimmen, ob es ein System geben sollte, in dem Hilfeempfänger eine Gegenleistung erbringen müssen – oder nicht. Wir fanden eine dramatisch große Zustimmung dafür. Und jetzt kommt das Interessanteste: Die Begründung war Fairness. Wer eine Gegenleistung erbringen kann, soll das auch tun. Sehen Sie, oft ist das, was ökonomisch sinnvoll ist, auch das, was Menschen als gerecht empfinden. In der praktischen Politik ist dann natürlich die Frage, wie man Arbeitsfähigkeit feststellt, aber davon abgesehen ist »Fördern und fordern« das Gegenteil von »unfair«.
ZEIT: Hartz IV wurde renoviert. Wo stehen Sie?
Falk: Hartz IV soll nicht auf Dauer ein gutes Leben garantieren, es ist eher eine Drohkulisse mit der Funktion, die Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen. Und Untersuchungen belegen ja, dass die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt seit den Reformen erheblich zugenommen hat. Die Forderung nach deutlich höheren Sätzen entstammt falschen Gerechtigkeitsüberlegungen, denn jeder Euro mehr verringert den Anreiz, aus Hartz IV und der staatlichen Abhängigkeit herauszustreben. Und darum muss es doch gehen.
ZEIT: Sie waren mal SPD-Mitglied. Sie wirken wie ein Schröder/Steinbrück-Sozialdemokrat.
Falk: Ich fühle mich der Partei sehr nahe. Innerhalb der SPD stehe ich insoweit eher rechts, als dass ich glaube, sie darf nicht die Partei der Desillusionierten sein, sondern muss die Partei der Aufstiegs- und Entwicklungswilligen sein. Sie muss Perspektiven eröffnen für Menschen, die vorankommen möchten. Anders als andere Parteien weiß die SPD, dass es dafür öffentlicher Unterstützung bedarf, vor allem für sozial benachteiligte Kinder. Es wäre höchst effizient, nähmen wir dafür sehr viel Geld in die Hand. Gute sozialdemokratische Politik ist es nicht, die Gerechtigkeitsprobleme vom Ende her zu lösen, sondern die Entstehung dieser Probleme zu verhindern.
ZEIT: Sie haben durch einen Forschungspreis und EU-Mittel rund vier Millionen Euro für Forschung eingesammelt. Mit einem Teil erforschen Sie nun, wie man Kindern aus benachteiligten Familien bessere Chancen verschafft. Was hat ein Ökonom dazu zu sagen?
Falk: Ökonomen beschäftigen sich heute mit Präferenzen, Einstellungen, Persönlichkeit, Fähigkeiten. Und genau die bestimmen ganz wesentlich, wie groß unser Lebenserfolg ist und wie zufrieden wir sind. In Deutschland hängt der Bildungserfolg besonders stark von der Bildung der Eltern ab. Wer mehr soziale Mobilität will, muss fragen, wie die entscheidenden Fähigkeiten entstehen – wie man deren Entwicklung durch Interventionen im frühkindlichen Lebensabschnitt positiv beeinflusst. Wir erforschen das konkret anhand von Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen.
ZEIT: Was meinen Sie mit »Intervention«?
Falk: Mentorenprogramme für diese Kinder zum Beispiel. Wir wollen sehen, ob dadurch mehr Fähigkeit zur Selbstkontrolle entsteht, mehr Risikobereitschaft, aber auch mehr Empathie mit anderen und mehr Selbstvertrauen.
ZEIT: Immer gab es auch linke Ökonomen in der Bundesrepublik. Aber ein sozialdemokratischer Ökonom, der große Auszeichnungen wie den Leibniz-Preis abräumt – das ist neu.
Falk: Tatsächlich ist die deutsche Ökonomenzunft stark durch den Liberalismus geprägt. Aber heute erleben wir eine Öffnung. Die wissenschaftlichen Befunde der Verhaltensökonomik zeigen, dass nicht alle Menschen eigennützig und rational sind. Und genau aus dem Rationalitätsglauben ergab sich ja das weitverbreitete Dogma gegen staatliches Handeln. Sind Märkte perfekt und Menschen rational-egoistisch, dann ist ohne Staat alles wunderbar. Aber Experimente und Befragungen zeigen, dass Menschen beschränkt rational sind und soziale Motive eine wichtige Rolle spielen. Vielfach erleben Menschen eine Diskrepanz zwischen dem, was sie eigentlich wollen, und dem, was sie tun. Sie essen und trinken mehr, kaufen Dinge, die sie hinterher nicht wollen. Dadurch wird eine linke Position wissenschaftlich salonfähig: Der Staat kann helfen.
ZEIT: Bloß sind Politiker auch Menschen und machen Fehler, selbst wenn sie es gut meinen.
Falk: Natürlich. Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Märkte und Wettbewerb sind zentral für Wohlstand. Und doch gibt es Korrekturbedarf. Nehmen Sie die Lebensmittelampel. Rot, Gelb, Grün: Quatsch, hätte man früher gesagt, das regelt der Markt. Doch das tut er eben nicht, die Industrielobby interveniert, wo sie kann, und die Konsumenten sind nicht so schlau wie gedacht. Zu helfen ist sinnvoll. Und der Aufschrei der Industrie zeigt ja die Wirkung.
ZEIT: Sie sind ein Verhaltensforscher. Wo hat Ihr Proband, der Mensch, Sie besonders überrascht?
Falk: Ein Beispiel: Wir haben in einer repräsentativen Studie untersucht, inwiefern Kinder ihren Eltern in ihrer Risikobereitschaft ähneln. Wir fanden dabei heraus, dass Risikoeinstellungen über verschiedene Lebensbereiche sehr verschieden sind. Ein und derselbe Mensch ist vielleicht überaus risikobereit, wenn es um finanzielle Dinge geht, aber gar nicht bei Gesundheitsfragen. Bei einem anderen ist es umgekehrt. Interessanterweise wird das gesamte Einstellungsprofil von Eltern auf die Kinder übertragen. Im Schnitt sind wir unseren Eltern also sehr ähnlich. Übrigens ähneln sich auch die Ehepartner. Risikobereite Frauen bevorzugen risikobereite Männer und umgekehrt.
ZEIT: Je mehr Verhaltensökonomen lernen, desto vielgestaltiger präsentiert sich die Wirklichkeit.
Falk: Wir können es uns nicht aussuchen. Wir können auch nicht einfach zum alten Modell zurück, weil es unkompliziert war. Ich bin überzeugt: Je realistischer das Menschenbild, desto besser die ökonomischen Modelle und die Politikberatung.
ZEIT: Angenommen, die Kanzlerin riefe an: Herr Falk, unser Wachstum hängt von der Risikofreudigkeit der Bevölkerung ab. Erhöhen Sie die mal. Ginge das?
Falk: Das ist keine sinnvolle Aufgabe, weil wir gar nicht wissen, ob mehr Risikofreude unter dem Strich gut ist. Vielleicht bekäme man mehr Wachstum, aber auch mehr Alkoholiker und Unfalltote. Man sollte ohnedies nicht versuchen, ganze Bevölkerungsgruppen zu indoktrinieren. Beim Telefonat würde ich dann sagen, dass sich der untere Teil der Gesellschaft zunehmend ablöst. Hier versäumen wir es, grundlegende Fähigkeiten mit Nachdruck zu fördern. Die Politik sollte sich übrigens öfter melden. Ökonomen können viel zu einer besseren Politik beitragen.
ZEIT: Der Junge aus Bergisch Gladbach hat sich durchgesetzt. Aber hat die Ökonomie auch seine Hoffnungen erfüllt, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern?
Falk: Ökonomie ist schon das Richtige für mich. Man kann innovative Ideen ausprobieren und wird durch die hohen Standards einer gestandenen Wissenschaft diszipliniert. Aber ob ich immer als Wissenschaftler arbeite, weiß ich noch nicht. Ich kann mir auch etwas ganz anderes vorstellen.

Das Gespräch führte UWE JEAN HEUSER

Der Preisträger

Es ist ungewöhnlich, dass ein wissenschaftlicher Außenseiter so jung die großen Preise in seinem Metier abräumt. Der heute 43-jährige **Rheinländer Armin Falk** hat nicht nur 2009 den höchstdotierten deutschen Förderpreis für herausragende Wissenschaftler gewonnen, den **Leibniz-Preis,** sondern auch ein Jahr zuvor den unter Ökonomen wichtigen Gossen-Preis. Und vergangene Woche wurde bekannt, dass er nun auch den Yrjö Jahnsson Award erhält, die wichtigste Anerkennung für europäische Ökonomen unter 45. Falk ist der erste deutsche Preisträger.
Zwar hat er sich vom ersten Preisgeld auch vorlesungsfreie Semester gegönnt. Aber der Mann für die richtigen Fragen lebt deswegen noch lange nicht im Elfenbeinturm. Sein Institut an der **Bonner Universität** liegt in einem alten Reihenhaus nahe dem Juridicum. Drinnen herrscht Betriebsamkeit unter den vielen jungen Forschern, und Falk ist mittendrin. Zum Essen geht es ins Studentenlokal um die Ecke.
Und langsam merkt man, wie Armin Falk als **Chef und Forscher** funktioniert. Er begeistert, weil er sich begeistert. An realen politischen Fragen genauso wie an ökonomischen oder philosophischen Problemen. Die Wirklichkeit ist für ihn kein Störfall, sondern ein Faszinosum. Könnte sein, dass er sie deswegen nachhaltig verändert. UJH

Falk erhält den Leipniz-Preis von Matthias Kleiner, dem Chef der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Foto: Philipp Wente für DIE ZEIT/www.philippwente.com

Bernd Linde leidet an Alzheimer, seine Frau Beate pflegt ihn (siehe Seite 40). Der Fotograf Philipp Wente hat sie für uns begleitet

TITELGESCHICHTE

Damit die Würde bleibt

Die Diagnose Alzheimer löst oft Horrorvorstellungen aus. Dabei kann man auch mit dieser Krankheit Freude am Leben haben. Ein Plädoyer für einen neuen Blick VON THOMAS VAŠEK

Mehr als eine Million Menschen in Deutschland sind von Demenz betroffen – Tendenz steigend. Jetzt ergründet die Forschung, wie die Kranken die Welt erleben **(diese Seite).** Wie man gut mit ihnen umgeht, hat unser Autor in einem besonderen Heim erfahren **(Seite 39).** Und dass auch pflegende Angehörige Hilfe brauchen und wie man mit einem dementen Partner Urlaub macht, lesen Sie auf **Seite 40.** Praktische Tipps und Informationen zum Thema: **www.zeit.de/alzheimer**

Mit ihm sei es wie mit einer Sandburg, sagt Christian Zimmermann: »Ständig bröckelt etwas ab.« Doch die Burg, die sei »standhaft«, die sei immer noch da. Zimmermann spricht gern in Bildern. Seine Bilder helfen ihm, sich verständlich zu machen, wenn er wieder einmal die Worte nicht findet. Wenn ihm die Sätze, die Gedanken auseinanderfallen.

Seit vier Jahren lebt der 62-Jährige mit der Diagnose Alzheimer. Vorher arbeitete er in seinem Betrieb, der auf die Herstellung von Kunststoffspiegeln spezialisiert ist. Irgendwann machte er plötzlich Fehler, einmal sägte er sich fast den Finger ab. Beim Autofahren verlor er die Orientierung, überfuhr Bordsteinkanten. Eines Tages fiel er aus der Duschkabine, einfach so. Der lange Weg durch die medizinische »Maschinerie« begann, bis ihm der Neurologe ein Bild seines atrophierten Gehirns zeigte. »Dann sitzt man da und schaut«, sagt Zimmermann und macht eine lange Pause.

Mit Dreitagebart und Nickelbrille sitzt er am Küchentisch seiner Dachwohnung im Münchner Stadtteil Haidhausen und redet über seine Krankheit. Zimmermann will raus aus seiner Burg. An schlechten Tagen, erzählt er, steige die Angst in ihm hoch. Dann kommt es vor, dass wieder etwas abbröckelt, dass ihm Namen, Orte und Begriffe verloren gehen. Er sucht die Schlüssel, das Handy, das Portemonnaie; lässt die Einkaufstüte im Supermarkt liegen oder bringt die falschen Dinge nach Hause.

An guten Tagen malt er, geht mit Freunden spazieren – oder berichtet anderen von seiner Situation. Eigentlich sei es die »bestbetreute Zeit« seines Lebens, sagt Zimmermann. Manchmal schaue er in seiner alten Firma vorbei. Immerhin erkenne er noch heute, wenn die Mitarbeiter wieder einmal etwas falsch zusammenbauten – obwohl er es selbst nicht mehr zusammenbrächte. Es freut ihn, wenn die Leute überrascht reagieren. Man müsse die Krankheit eben »überlisten«, diesen Alzheimer »übermalen«, so wie es ein Maler mit einem schlechten Bild mache. Und wenn die Leute im Supermarkt mal wieder grantig werden, weil er so lange zum Einpacken braucht, erklärt er einfach, er habe Alzheimer. »Dann reagieren die immer ganz betroffen und packen mit mir zusammen die Tüte ein.«

Alzheimer – schon der Begriff löst bei vielen Horrorvorstellungen aus. Es ist die Rede von »lebenden Toten«, von »welken Hüllen«, die sinnlos dahinvegetierten. Man denkt an sabbernde Greise, die lallend durch die Altenheime irren. Die im Nachthemd auf die Straße laufen, die ihre engsten Angehörigen nicht mehr erkennen und am Ende nicht mal mehr sich selbst. Alzheimer, dieses Schicksal möchte niemand erleiden. Gunter Sachs hat sich – so schreibt er in seinem Abschiedsbrief – aus Angst vor »der ausweglosen Krankheit A.« erschossen. Der Tod schien ihm die bessere Alternative.

Doch Menschen mit Demenz (von der es neben dem Alzheimer-Typ noch andere Formen gibt) erleben sich selbst keineswegs nur im Zustand abgrundtiefer Verzweiflung. Wie Befragungen zeigen, finden sie durchaus noch Freude am Leben. Ihre Zufriedenheit hängt ab von erfüllenden Tätigkeiten, von der Bindung an Familie und Freunde, vom Gefühl, doch noch irgendwie gebraucht zu werden.

Die medizinische Diagnostik nimmt allerdings vor allem die Defizite in den Blick: den schleichenden, jahrelangen Prozess der Hirnveränderung; die Gedächtnisprobleme und Wortfindungsstörungen, die irgendwann so groß werden, dass die Betroffenen

Fortsetzung auf S. 38

PLAGIATSAFFÄRE

Doktor-Prüfung

Der Fall zu Guttenberg zeigt: Eine Refom der Promotion ist nötig

Die Universität Bayreuth ist sich sicher: »Nach eingehender Würdigung der gegen seine Dissertationsschrift erhobenen Vorwürfe stellt die Kommission fest, dass Herr Freiherr zu Guttenberg die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht hat.«

Ist mit der Veröffentlichung des vollständigen Kommissionsberichts am Mittwoch dieser Woche der Fall erledigt? Das System hat den Sünder überführt und bestraft. Hat es damit bewiesen, dass es selbst ohne Fehler ist? Viele Hochschulrektoren zeigen öffentlich ihr Entsetzen über die Affäre. Manch einer hat sich klammheimlich bei seinen Professoren erkundigt, ob auch der eigenen Uni Skandale drohen. Nachhaltige Konsequenzen aus dem Fall aber hat bisher keine Universität gezogen.

Dabei haben nicht nur Guttenberg selbst, sein Doktorvater oder dessen Fakultät versagt. Beispielhaft zeigt der Fall, dass sich das System der Promotion in Deutschland überlebt hat und reformbedürftig ist.

So vergibt Deutschland als eines von wenigen Ländern Noten für Doktorarbeiten. Dass mehr als die Hälfte der Dissertationen mit »ausgezeichnet« oder »sehr gut« bewertet werden, sagt mehr über die Nähe von Doktorvater und Doktorand als über die Leistung des Promovenden.

Externe Doktoranden sind oft nicht eng genug in den wissenschaftlichen Betrieb eingebunden. Aber nur dann lernen sie wissenschaftliche Standards in der Praxis kennen und können ihre Erkenntnisse in intensiven Debatten auf die Probe stellen.

Vor allem aber sollten jene Doktorarbeiten, die nicht zum Erkenntnisfortschritt beitragen, sondern höchstens einen Türschildtitel rechtfertigen, von echten Doktorarbeiten unterschieden werden. Der Wissenschaftsrat hat für die Medizinerausbildung schon vor Jahren einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Es ist höchste Zeit, ihn umzusetzen. ANDREAS SENTKER

HALB WISSEN

Fleischfrei fahren

Womöglich liegt doch ein Fluch auf der Müngstener Brücke. Die höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands überspannt die Wupper, seit 1897. Die damals schier unglaubliche Konstruktion reizte zur Legendenbildung: Der Baumeister habe falsch gerechnet, ein Teil der Brücke habe abgerissen werden müssen. Oder: Der Baumeister habe richtig gerechnet, aber falsch nachgerechnet und sich aus Scham über den (falschen) Fehler in den Tod gestürzt, natürlich von der halb fertigen Brücke. Alles falsch. Richtig dagegen ist die Meldung über die jüngste Fehlkalkulation: Nachdem die Deutsche Bahn die Brücke saniert hatte, beantragte sie die Freigabe für Personenzüge bis 72 Tonnen. So viel etwa wiegen die Züge – ohne Personen. *Mit* Fahrgästen (Fachjargon: Fleischgewicht) sind sie zehn Tonnen schwerer. Nun wird überbrückt, per Schienenersatzverkehr. SAM

Foto [M]: Philipp Wente für DIE ZEIT / www.philippwente.com

Fortsetzung von S. 37

nicht mehr selbstständig leben können; der schließliche Verlust der Sprache, zunehmende körperliche Probleme bis hin zur Inkontinenz und Bettlägerigkeit; das Endstadium mit künstlicher Ernährung.

Selten ist in diesem Zusammenhang davon die Rede, dass Demenzkranke häufig mehr Fähigkeiten haben, als wir ihnen gemeinhin zutrauen. Auch in einem fortgeschrittenen Stadium der Krankheit können sie mitteilen, was ihnen wichtig ist, was sie wollen und was nicht. Und selbst schwerst demenzkranke Menschen haben – wie neuere Studien zeigen – noch immer ein subjektives Erleben und einen Rest von Selbst. Dieser andere Blick auf die Alzheimerkrankheit legt nahe, dass wir Menschen mit Demenz als Personen ernst nehmen müssen – und dass wir ihnen Selbstbestimmung zugestehen sollten, solange sie dazu noch irgendwie in der Lage sind.

Mehr als eine Million demenzbetroffene Menschen leben derzeit in Deutschland. Bis zum Jahr 2050 soll sich die Zahl mehr als verdoppeln. Jeder dritte Mann, jede zweite Frau könnte – so warnt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft – im Laufe des Lebens an einer Demenz erkranken. Und da uns die Medizin wenig Hoffnung auf eine wirksame Therapie macht, folgt daraus zwangsläufig: Wir müssen lernen, mit demenzkranken Menschen zu leben und nicht nur *über* sie zu reden, sondern *mit* ihnen.

»Wir stehen mitten in einem großen Veränderungsprozess«, sagt Peter Wißmann, Herausgeber des *Demenz-Magazins,* das über Fragen des Umgangs mit den Betroffenen berichtet. Die Gesellschaft dürfe Menschen mit Demenz nicht länger »ins Abseits der Krankheit und Pflegebedürftigkeit« schieben. Immer mehr Betroffene gehen mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit. Statt den Blick nur auf die Krankheit zu richten, so lautet ihre Botschaft, sollten wir uns mehr auf die Menschen dahinter konzentrieren.

Die Demenz rührt an das Menschenbild der Leistungs- und Wissensgesellschaft

Vor 30 Jahren erstritten sich behinderte Menschen die gesellschaftliche Anerkennung. Aus den »Krüppeln« von einst sind weitgehend gleichberechtigte Dialogpartner geworden. Heute geht es um die Rechte von Menschen mit Demenz. »Wir verletzen tagtäglich die Menschenwürde von Demenzkranken«, sagt der Bonner Gerontopsychiater Rolf Hirsch. Schätzungen zufolge ist jeder dritte Pflegeheimbewohner in Deutschland von freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen: An ihren Betten werden Gitter angebracht, ihre Türen werden verschlossen, oder man stellt sie mit Psychopharmaka ruhig. Überall fehlt es an Geld und an Personal. Doch wer die Demenz nur auf ein Pflegeproblem reduziert, der redet am eigentlichen Notstand vorbei.

Die Alzheimerkrankheit rührt auch an unser Menschenbild, das sich einseitig am kognitiven Leistungsvermögen orientiert: Wer geistig nicht mehr folgen, wer nicht mehr sinnvoll kommunizieren kann, der droht aus der menschlichen Gemeinschaft herauszufallen. Schon sprechen einige Philosophen Menschen mit schwerer Demenz den Personenstatus ab (siehe Kasten). Da ist der Schritt nicht mehr groß vom Menschen zur Sache, vom »Jemand« zum »Etwas«.

Dabei hat die Wissenschaft gerade erst begonnen, das persönliche Erleben von Demenzkranken zu erforschen – ihre Ängste, ihre Freuden, ihren Blick auf die Welt. Forscher der Universität Bangor in Wales etwa befragten Heimbewohner mit leichter bis mittelschwerer Demenz. Was sie in den Interviews zu hören bekamen, war zum einen bedrückend. Viele Betroffene äußerten Gefühle von Angst, Entfremdung und Einsamkeit. »Ich fühle mich so allein hier. Ich weiß nicht, was los mit mir ist. Warum die Leute nicht mehr mit mir reden. Ich fühle mich wie ein Außenseiter.« Andere erklärten, sie seien »ein Haufen Mist« – oder eine »seltsame Kreatur«, die irgendwie auf die Erde gekommen sei: »Aber ich weiß nicht, wer das ist.«

Demenzkranke Menschen entwickeln aber auch Strategien, um mit dem fortschreitenden geistigen Verfall zurechtzukommen. Während einige ihre Krankheit herunterspielen oder so lange wie möglich zu verstecken suchen, setzen sich die anderen aktiv damit auseinander, gehen in Selbsthilfegruppen, beteiligen sich an Forschungsprojekten. Manchen gelingt es sogar, mit ihren Defiziten humorvoll umzugehen. Oft helfen die intakten Langzeiterinnerungen. Aus der Rückschau auf ihr früheres Leben schöpfen viele neues Selbstwertgefühl.

So hatte eine scheinbar völlig apathische Heimbewohnerin zeitlebens ihren Beruf als Schreibkraft geliebt. Als ihr die Forscher eine alte Schreibmaschine und Papier gaben, fing die Frau nach kurzer Zeit zu tippen an, bis am Ende alle Blätter vollgeschrieben waren. Auf dem Papier stand zwar nur Buchstabensalat. Doch als die Frau das letzte Blatt ausgespannt hatte, atmete sie tief ein, strahlte plötzlich übers ganze Gesicht und sagte nur: »Da hast du aber was weggeschafft.«

Von »Selbstaktualisierung« spricht Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg. In jeder Person gebe es etwas, das Kontinuität zeige bis zuletzt. Das Seelische drücke sich aus, es teile sich mit – auch wenn es sich bei Menschen mit schwerer Demenz nur noch situativ äußere, für einen Augenblick. Um solche Formen der »Selbstaktualisierung« aber wahrzunehmen, müssten wir uns ebenso bemühen, die Emotionen, Empfindungen und sozialen Bedürfnisse der Betroffenen zu erfassen.

In den vergangenen Jahren sind die Heidelberger Wissenschaftler auch in die Erlebenswelt jener Demenzkranken vorgedrungen, die sich nicht mehr sprachlich äußern können. Per Videokamera beobachteten die Forscher demente Heimbewohner in verschiedenen Alltagssituationen – wenn sie Besuch von Verwandten bekamen, in ihrer Lieblingszeitschrift blätterten oder am Fenster standen und die Vögel beobachteten. Dabei wurden zunächst die mimischen Ausdrucksmuster aufgezeichnet, vom kleinsten Stirnrunzeln bis zum Anflug eines Lächelns; dann ordneten die Forscher diesen Mustern Basisemotionen wie Freude, Ärger oder Traurigkeit zu.

»Auch schwerst demenzkranke Menschen verfügen über ein höchst differenziertes emotionales Erleben«, fasst Kruse das Ergebnis seines Projekts zusammen. Wenn die Menschen Zuwendung und Ansprache bekämen, zeigten viele Ausdrücke von Freude oder Wohlbefinden, ebenso wenn sie ihren Lieblingsaktivitäten nachgingen. Hingegen reagierten sie verärgert, wenn man sie zu etwas drängte oder nötigte.

Trotz weit fortgeschrittener Demenz, glaubt Kruse, hätten diese Menschen ein intuitives Empfinden, dass sie selbst es sind, die eine Handlung in Bewegung setzen – und nicht jemand anderer. Wegen ihrer kognitiven Defizite neigten wir allerdings dazu, die Fähigkeiten von Demenzbetroffenen zu unterschätzen, sagt Kruse. Dabei besäßen sie oft noch Ressourcen und Potenziale, die geweckt werden könnten.

Das erlebte zum Beispiel die schottische Psychologin Maggie P. Ellis, die das Kommunikationsverhalten einer schwerst demenzkranken, bettlägerigen Frau studierte. Schon vor Jahren hatte diese ihr Artikulationsvermögen verloren, sie reagierte auf keine normale Ansprache mehr. Manchmal allerdings stieß sie einen durchdringenden hohen Ton aus. Als Ellis den Ton nachahmte, hob die Frau ihren Kopf und rieb ihn an der Hand der Forscherin. Als diese sich zu ihr herabbeugte und sich die beiden Köpfe berührten, schaute die demente Frau überrascht und gab wieder ihren Ton von sich. Plötzlich bekam die Interaktion etwas Spielerisches – abwechselnd produzierten die beiden ihre Töne und lachten immer wieder dabei.

Berührung bleibt wichtig – auch wenn die Sprache verloren geht

Hirn und Person

Mit der Alzheimer-Krankheit, so scheint es, geht die Person für sich selbst und ihre Angehörigen verloren. Aber was macht die Person aus? Traditionell sind unsere Konzepte von **Autonomie** und Personalität eng geknüpft an das Vernunftvermögen. Der englische Philosoph John Locke definierte im 17. Jahrhundert die Person als »denkendes, verständiges Wesen, das **Vernunft** und Überlegung besitzt und sich selbst als sich selbst betrachten kann«. Nach **Kant** ist es die Vernunftfähigkeit, die menschliche Personen von den Tieren unterscheidet – und damit ihre Autonomie und letztlich ihre Würde begründet. Heute bestimmen Philosophen das **Personsein** auf der Basis von Kriterien, zu denen meist unabdingbar Rationalität und Selbstbewusstsein gehören. Menschen mit Demenz fallen tendenziell aus diesem Personenbegriff heraus.

Der Oxforder Ethiker Jeff McMahan etwa sieht Demenzbetroffene als **»Post-Personen«**, die moralisch keine Personen im eigentlichen Sinn mehr seien, und sein Kollege Peter Singer von der Universität Princeton spricht deshalb schwer demenzkranken Menschen das Personsein überhaupt ab. Das passt zusammen mit der Auffassung mancher **Hirnforscher,** nach der wir nichts anderes sind als ein hochkomplexes Netzwerk von Nervenzellen. Wenn das Gehirn zerstört ist, so folgt aus dieser Sicht, ist auch die Person zerstört. In der Summe läuft eine solche »Entpersonalisierung« darauf hinaus, den **Würdeanspruch** von Demenzkranken zu relativieren – und damit auch unsere gesellschaftlichen Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen.

Doch unter Akademikern regt sich Widerstand gegen diese eindimensionale Sicht auf die Person. »Unser Selbstverständnis an das Gehirn zu knüpfen beraubt uns der **Ganzheit des Lebendigen«,** sagt etwa der Heidelberger Psychiater und Philosoph Thomas Fuchs. Ihm zufolge ist die Person im wesentlichen **»verkörpert«:** Das Selbst steckt nicht nur im Gehirn, sondern verwirklicht sich in unseren leiblichen Interaktionen mit der Welt. Diese Erfahrungen schlagen sich nieder in Gewohnheiten, in einem **»Leibgedächtnis«,** das für Fuchs die Kontinuität einer Person ausmacht.

Daher lasse sich unsere subjektive Erfahrung nicht auf das Gehirn und die Ratio reduzieren, argumentiert Fuchs. Vielmehr müssten wir auch demenzkranke Menschen als Personen betrachten, die ihr Selbst in ihren leiblichen **Beziehungen** mit der Welt realisieren können – wenn man sie denn lässt. TV

Die Frage nach der Autonomie von Demenzkranken treibt ebenso den Deutschen Ethikrat um. Wie zum Beispiel soll eine frühere Patientenverfügung interpretiert werden, wenn ein schwer Demenzkranker erkennen lässt, dass er nun eigentlich doch weiterleben möchte? Was ist sein »autonomer« Wunsch? Oder: Wann überwiegt das Fürsorgeprinzip, wann muss man dem Kranken Selbstbestimmung zugestehen? Solche Fragen sind von drängender Relevanz: Tagtäglich laufen Pflegepersonen und Angehörige Gefahr, die Selbstbestimmung demenzkranker Menschen einzuschränken – aus Überfürsorglichkeit, aus Achtlosigkeit oder schlicht aus Zeitmangel.

Doch die Positionen zur Frage der Autonomie sind im Ethikrat gespalten. Die einen argumentieren, wer kein Reflexionsvermögen mehr besitze, könne keinen »Gesamtbegriff seiner Situation« mehr fassen. Folglich sei ein solcher Mensch nicht mehr selbstbestimmungsfähig. Eine frühere Patientenverfügung, im Vollbesitz der geistigen Kräfte festgelegt, habe daher Vorrang, auch wenn der Kranke später andere Präferenzen zeige. Andere Experten halten dagegen: Demenzkranke Menschen seien selbst in späten Phasen der Erkrankung noch in der Lage, Situationen zu bewerten und ihren eigenen Willen zu äußern – und sei es am Ende nur noch durch mimische Reaktionen.

»Wer eine Patientenverfügung unterzeichnet, hat keine Vorstellung davon, wie es tatsächlich ist, dement zu sein«, sagt etwa der Psychiater Hans Lauter, Mitbegründer der Alzheimer Gesellschaft. Statt verbindlicher Verfügungen fordert er ein »ethisches Konzil« aus Angehörigen und Ärzten, das im Ernstfall das Für und Wider weiterer medizinischer Maßnahmen abwägen soll.

Die Philosophin Agnieszka Jaworska geht noch einen Schritt weiter: Sie plädiert dafür, Demenzkranke auch im täglichen Leben in ihrer Autonomiefähigkeit gezielt zu fördern, indem man ihnen hilft, nach ihren noch verbliebenen Wertvorstellungen zu leben. Ein früherer Wissenschaftler etwa, der selbst an Alzheimer erkrankte und nun an einem Demenz-Forschungsprojekt teilnahm, zog daraus tiefe Befriedigung. Obwohl er kaum noch verstand, worum es in dem Projekt überhaupt ging, steigerte die bloße Mitwirkung sein Selbstwertgefühl: Als Projektteilnehmer könne er »viel mehr machen«, erklärte der Mann – im Heim hingegen sei er »nichts«.

Nach Auffassung des amerikanischen Psychiaters Steven Sabat sind Menschen mit Demenz immer noch »semiotische Subjekte«, also sinngeleitete Wesen, die ein Anliegen, einen Sinn verfolgen – auch wenn es für Außenstehende oft schwierig ist, diesen Sinn zu entschlüsseln. Was etwa soll man von der Heimbewohnerin halten, die aus dem Kaffeegeschirr kleine Bauwerke errichtet? Oder von dem Mann, der ständig mit dem Rollstuhl unterwegs ist, um nach Gegenständen zu fahnden, die er in ihre Einzelteile zerlegen kann?

Die Heidelberger Gerontologin Marion Bär hat solche Verhaltensweisen zu deuten versucht. Nach ihrer These machen schwer demenzkranke Menschen durchaus Sinnerfahrungen. Natürlich könne jegliche Interpretation solcher Handlungen von außen fehlgehen. Doch indem wir Demenzbetroffene überhaupt als »Sinnsucher« anerkennen, so meint Bär, können wir die kognitive Ungleichheit überwinden – und damit das Gefühl der Fremdheit, das uns von ihnen trennt.

Durch das Erzählen erschaffen wir unser Selbst. Dazu braucht es Zuhörer

Menschen sind im Kern »narrative« Wesen: Mit unseren Geschichten erzählen wir uns und anderen, wer wir sind. Unser Selbst steckt demnach nicht in einem bestimmten Hirnareal, sondern es besteht aus einem Netz all der Geschichten, aus denen wir unsere Identität immer wieder neu zusammenweben. Demente Menschen tun im Grunde nichts anderes. Nur müssen sie immer wieder neue Geschichten erfinden, weil sie ihre früheren Rollen nicht mehr ausüben können.

Marion Bär erzählt etwa von einer Heimbewohnerin, die mit leuchtenden Augen ihre Tätigkeit als Sekretärin in der Einrichtung beschrieb, obwohl sie dort nie irgendwelche Arbeiten übernommen hatte. Ihr Sinnpotenzial verwirkliche sich durch das Erzählen, meint Bär: Sie erschafft sich gleichsam eine neue Geschichte – und damit ein neues Selbst.

Doch wer erzählt, der braucht Zuhörer. Nur im sozialen Raum, im Austausch mit anderen, mit unserer Unterstützung können Menschen mit Demenz ihren Sinn verwirklichen – und ihr Selbstgefühl aufrechterhalten. Es liegt also an uns, die Vergesslichen an ihr Selbst zu erinnern. Wir alle schreiben mit an ihren Geschichten. Das allerdings zwingt zum genauen Zuhören, zum Verstehenwollen, es erfordert Entschleunigung, Toleranz und Empathie.

Es dauert manchmal quälend lange, bis Christian Zimmermann, der Demenzbetroffene in München-Haidhausen, einen Satz zu Ende bringt. Manchmal findet er den Spickzettel nicht, auf den er sich etwas notiert hat. Mitunter liegt die Schwierigkeit aber auch bei seinem Gegenüber. Als Interviewer etwa wird mir plötzlich bewusst, wie ich selbst überdeutlich spreche. Wie ich auf seine Defizite achte. Die Wortfindungsstörungen. Die Wiederholungen. Hat er mich richtig verstanden? Als ich später das Band abhöre, wundere ich mich weniger über seine klugen Antworten als über die Banalität meiner Fragen.

Wer wirklich zuhört, kann von Menschen wie Zimmermann lernen – von ihrer Kreativität, von ihrem Humor, von ihren Bildern. Klar, irgendwann sei seine »Sandburg« abgebröckelt, sagt Zimmermann. In solchen Momenten frage er sich zum Beispiel, ob er nicht doch was falsch gemacht habe mit seiner Burg, die er einst so akribisch geplant hatte. Mit seinem Leben. »Das schleppst du immer mit. Das kriegst du voll rein. Dann reißt das Seil. Erinnern oder Vergessen, das ist der Knackpunkt.« Stellen wir uns ähnliche Fragen nicht alle? Und haben wir nicht alle womöglich auf Sand gebaut?

Schließlich gehört der Verfall, das »Abbröckeln«, zu jeder Existenz. Solange die Burg bröckelt, ist sie noch da. In diesem Punkt sind alle Menschen gleich – mit oder ohne Demenz. Uns alle eint unser emotionales Erleben, das soziale Bedürfnis, die Suche nach Sinn. Was uns trennt, sind unsere unterschiedlichen kognitiven Defizite. In den allerletzten Phasen der Krankheit kann es sein, dass wir bei einem dementen Menschen nichts Kognitives mehr finden, kaum noch Emotionen oder einen Ausdruck von Selbst. Aber wir dürfen nicht aufhören, danach zu suchen.

Thomas Vašek, Journalist und Buchautor (»Seele. Eine unsterbliche Idee«) kennt die Demenzproblematik aus der eigenen Familie. Sein Vater erkrankte vor Jahren an frontotemporaler Demenz, ist mittlerweile sprach- und bewegungsunfähig und wird zu Hause gepflegt

Foto [M]: Philipp Wente für DIE ZEIT/www.philippwente.com

Spielerische Tagesgestaltung: Bernd Linde mit anderen Erkrankten

»Ist mir egal, du Arsch«

Im Bremerhavener Haus im Park werden schwer demenzkranke Menschen nicht bevormundet. Beruhigungsmittel, künstliche Ernährung und Festschnallen sind tabu

VON BURKHARD STRASSMANN

Zum Glück hört mich keiner. Was für einen Blödsinn ich rede: *»Café au lait, pardon madame, la France, en vacances,* ja, jetzt kommen die Motorräder aus der Garage, Lederjacke an, Helm auf, *merci, monsieur, voilà, mon Dieu,* brumm, brumm, die dicke BMW, auf nach Dangast, ans Meer, da halten wir an und trinken einen Kaffee.«

Bremerhaven, Haus im Park, das »Zuhause für Menschen mit Demenz«. Ein lichtdurchflutetes, in freundlichen Farben gehaltenes zweigeschossiges Haus in U-Form, drumherum ein großer Garten, an den der Bürgerpark anschließt. Der Wohnbereich im ersten Stock namens Licht ist zwar nicht offiziell, aber de facto der Palliativbereich des Heimes. Hier leben die schwer Demenzkranken, und wenn alles gut geht, sterben sie auch hier.

In breiten roten Samtsesseln schlafen die Alten, einer ist an einen Rollstuhl geschnallt, eine Frau schnarcht auf einem Sofa. Sie sind noch Menschen, aber keine Personen mehr, findet der umstrittene australische Philosoph Peter Singer; manche sprechen sogar abschätzig von »Gemüse« oder »welken Hüllen«. In Großbritannien wird dieser Tage über Demenz und Euthanasie diskutiert. Drei Tage lang darf ich hier hospitieren, um eine Vorstellung von der Lebensphase zu bekommen, die jeder Dritte von uns erleben wird.

Zum Glück hört mich einer. *»C'est la vie mon ami,* hast du vollgetankt? *Quelle heure est-il?* Oh, auf dem Sozius sitzt eine Schöne!« Herr Knorr*, der seit einer guten Stunde im Sessel neben mir hängt und reglos vor sich hin starrt, bewegt plötzlich langsam den Kopf. Seine Augen suchen meine Augen. Lange schaut er mich an. Ich streichele seine eiskalte Hand. Er beginnt zu weinen.

Ein Geruch, eine Berührung – vieles kann einen Kanal in den Geist öffnen

Von Schlüsseln sprechen sie hier. Biografischen Schlüsseln. Es kann eine Melodie sein, ein Foto, ein Geruch, ein Berührung oder eben ein Begriff. Die Leiterin des Wohnbereichs Luft, Beate Vetter, hatte mir »Motorrad« und »Frankreich« als Schlüssel für Herrn Knorr mitgegeben. Der Lkw-Fahrer, wussten die Angehörigen zu erzählen, war mal ein Motorradfan. Außerdem soll er gern nach Frankreich gereist sein.

Mit meinem Gestammel habe ich einen Kontakt zu dem alten Herrn gefunden, eine aufregende und beglückende Erfahrung für mich. Das mit der beglückenden Erfahrung scheint für beide Seiten zu gelten. Denn auch die schwer Demenzkranken, die oft unter Schmerzen und Ängsten leiden, entspannen sich, wenn sie irgendwo in ihrer verworrenen, chaotischen Welt einen Kommunikationskanal finden.

* Namen der Bewohner von der Redaktion geändert

Mittags wird es voll im Bereich Licht. Auch in den Abteilungen Luft, Wasser und Erde sammeln sich jetzt Freiwillige. Mit den Festangestellten allein ließe sich das Arbeitspensum überhaupt nicht bewältigen – die Hälfte der Bewohner hat die Pflegestufe 3+, das bedeutet besonders hoher Pflegebedarf. Für die insgesamt 61 Bewohner gibt es eine knappe Hundertschaft an Freiwilligen, die von einem eigenen Verein, dem Solidar e. V., betreut werden.

Das Haus im Park ist ein in vielerlei Hinsicht außergewöhnliches Haus. Unter anderem verzichtet man – im Gegensatz zu den meisten Einrichtungen, die Menschen mit Demenz aufnehmen – ausdrücklich auf medikamentöse Sedierung, Fixierung im Bett und künstliche Ernährung. Lieber sitzt einer eine geschlagene Stunde bei den Kranken und reicht ihnen das Essen an.

An die etwas sperrigen Begriffe gewöhne ich mich schwer. *Menschen mit Demenz* statt Demente; *Essen anreichen* statt füttern. *Wohnbereich* statt Station. Doch es geht hier ausdrücklich um Würde oder, um den Lieblingsausdruck im Heim zu benutzen: um »Wertschätzung«. Von Betroffenen im Frühstadium, die etwa dreimal hintereinander beim Bäcker Brötchen holen, Socken über die Schuhe ziehen oder ihre Haustür nicht mehr erkennen, aber noch gut reden können, weiß man um ihr Leiden unter acht- und liebloser Terminologie. Dement, also »geistlos« möchten sie nicht heißen. Und sie schreien nicht herum – sie *vokalisieren.* Ein Star der Szene der neuen selbstbewussten Menschen mit Demenz, der Texaner Richard Taylor, wünscht sich sogar, statt von Dementen von *Personen mit kognitiven Verlusten* zu sprechen. Und Bewohner ließe sich durch *Freund* ersetzen.

Im Licht leben fünfzehn Menschen mit Demenz; nur drei von ihnen können noch selbständig essen. Die übrigen brauchen eigentlich eine 1:1-Betreuung. Ich reiche Herrn Gabler und seinem Tischnachbarn gleichzeitig das Essen an. Herr Gabler hat einen Meisterbrief als Glaser im Zimmer hängen. Als er vor fünf Jahren ins damals neu eröffnete Haus im Park kam, war er noch ein flotter Tänzer. Dann mussten ihm infolge einer Diabeteserkrankung beide Beine amputiert werden. Heute wirkt er auf den flüchtigen Betrachter wie ein auf den Stoffwechsel reduzierter Körperrest. Nähere ich mich ihm mit einem Löffel, reißt er den Mund auf und verschluckt unterschiedslos große Mengen an Nahrung. Nach dem Dessert scheint er – mit weit offenem Mund – zu schlafen. Sacht und etwas verlegen drücke ich seine Schultern. Da reißt er die Augen auf und schaut mich so – ja: privat – an, dass mir selber die Tränen kommen.

Vielleicht ist dieser Kontakt durch die Berührung zustande gekommen. Nicht immer versteht man, was gerade als Schlüssel gewirkt hat. Frau Barnstedt besucht ihren Mann hier im Haus im Park sechs Tage in der Woche. Das Heim ist ihr zweites Zuhause geworden, sie sagt: als wir hier eingezogen sind. Hier ist der einzige Ort, an dem sie keine Schuldgefühle plagen, weil sie ihren Mann ins Heim gegeben hat. Seit fünf Jahren redet Herr Barnstedt nicht mehr. Doch an seinem 90. Geburtstag drehte er sich ohne erkennbaren Auslöser zu ihr und sagte: »Hallo, was machst du denn hier?« Seitdem hat er bloß hin und wieder »schöne wache Augen«, sagt seine Frau.

Heute hat Frau Vogel Geburtstag. Sogenannte Alltagsbegleiter – das sind alle, die keine Pflegeausbildung haben, aber auch nicht rein ehrenamtlich hier arbeiten – haben den Tisch mit Girlanden dekoriert und einen Erdbeerkuchen aufgedeckt. Es dauert eineinhalb Stunden, bis alle Licht-Bewohner aus dem Mittagsschlaf aufgetaucht und zur Party erschienen sind. Die notorisch hungrige Frau Rudersdorf hat da schon überall am Kuchen genascht; die winzige Frau Erlenbruch windet sich in unbeobachteten Momenten die Girlande um den Kopf.

Frau Vogel wird als Letzte in ihrem Rollstuhl hereingefahren. Sie ist deutlich noch kein Fall für die Palliativversorgung. Sie beobachtet und spricht. Gegenüber allen, die ihr näher kommen, ob beim Ankleiden, beim Blutzuckermessen oder beim Essen anreichen, ist sie grundsätzlich ausgesprochen biestig. Sie schlägt und spuckt. »Sie haben heute Geburtstag, Frau Vogel!« – »Das ist mir doch egal, du Arsch!« Das anwesende Personal singt, was in dieser Situation durchaus verrückt klingt: *»Zum Geburtstag viel Glück!«*

Beate Vetter hat schon oft Schläge abbekommen von Frau Vogel, und es ist offensichtlich, dass die Wohnbereichsleiterin das nicht leicht runterschluckt. »Ich sage mir immer, sie meint ja nicht mich.« Sie glaubt, dass einige Bewohner noch etwas in ihrem Leben zu erledigen zu haben. »Sie können noch nicht loslassen.« Da war mal ein ungewöhnlich aggressiver Mann, der dauernd herumgeschrien hat. Er war Nazi gewesen, bei der SS. »Alles Verdrängte, nicht Gelebte, nicht Verarbeitete kommt heraus«, meint auch Jenny Sauerwald, die Gründerin und Heimleiterin. Nicht selten macht sie sich darum um ihre Mitarbeiterinnen Sorgen: »Wertschätzung brauchen die auch!«

Wertschätzung, Respekt, Achtung: klingt gut, doch im Alltag stellen sich da viele Fragen. So diskutiert Jenny Sauerwald mit ihren Mitarbeitern gerade, ob man Demenzkranken in ihrer letzten Lebensphase noch die für alle so mühsame tägliche komplette Körperreinigung und das aufwendige und oft schmerzvolle Anziehen zumuten soll. Traditionelle Pflege und die Angehörigen wollen das so – die Frauen müssen adrett sein, die Männer mindestens ein gebügeltes Hemd tragen. Könnte man sich auf T-Shirt und Trainingshose beschränken, ließen sich mehr Zeit und Kraft in die Mahlzeiten investieren – die Momente intensivster Zuwendung am Tag. Andererseits: Beim Waschen und Anziehen werden die Menschen bewegt, die Sehnen gedehnt. Und wahrscheinlich hat es zumindest auf das Personal eine gewisse Wirkung, wenn der Betreute tagsüber rundum gutbürgerlich wirkt. So wie früher.

Eine alte Dame will nicht mehr essen. Darf sie gezwungen werden?

Noch tiefer reicht die Frage nach dem Respekt angesichts des offensichtlichen Wunsches eines Bewohners, nichts mehr essen, also sterben zu wollen. Generell versucht man, das Gewicht der Demenzkranken auch in einem späten Stadium auf dem gleichen Niveau zu halten. Kann Gewichtsverlust nicht verhindert werden, wird meist, falls keine Patientenverfügung das ausschließt, eine Magensonde eingesetzt. Das schreckliche Wort vom Verhungern reicht fast immer, jede ethische Diskussion zu beenden.

Doch einen solch rabiaten Zwang zum Weiterleben lehnen die Mitarbeiter vom Haus im Park ab. Nun gibt es dort gerade eine alte Dame, die sich allen Bemühungen widersetzt, ihr etwas Essbares zu geben. Was tun? Das Haus im Park wird eine Ethik-Konferenz einrichten. Gemeinsam mit Ärzten und Angehörigen wird in einer solchen Konferenz das weitere Vorgehen besprochen.

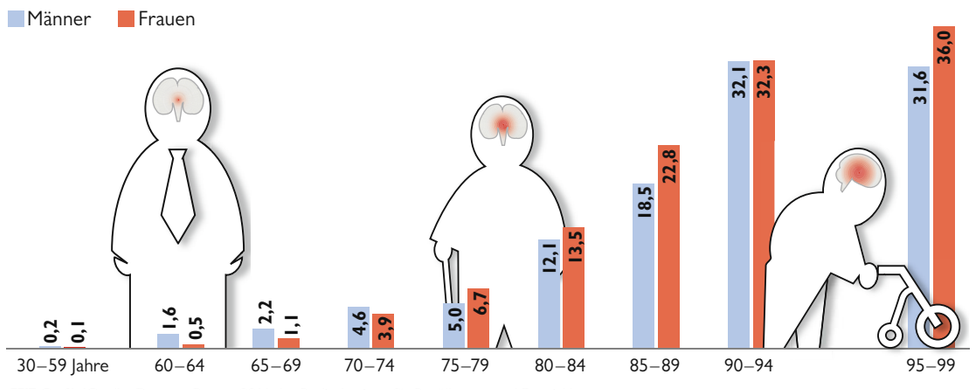
Herrn Knorr schmeckt es noch. Nach der Geburtstagstafel gehe ich mit dem alten Lkw-Fahrer in den Park. Er hängt im Rollstuhl, der Kopf ist nach hinten gekippt. Ich habe keine Ahnung, was er mitkriegt vom frischen Grün und vom Gezwitscher, ob es ihm gut geht und guttut. Plötzlich rutscht er vollends aus dem Stuhl und sitzt vor mir auf dem Boden. Herr Knorr ist sehr schwer, muss ich feststellen; ihn einfach zurück in den Rollstuhl zu heben ist unmöglich. Ich hocke mich also vor ihn, nehme ihn fest in den Arm, und gemeinsam stehen wir auf.

Wieder eine umwerfende Erfahrung. Herr Knorr hilft! Er kann sich hochdrücken und schließlich, während ich mit einem Fuß den Rolli herbeiangele, fast allein stehen. Am Ende sitzt er wieder im Rollstuhl, wir schauen uns in die Augen – und er lacht. Und lacht. Über beide Backen. Was für ein Abenteuer!

www.zeit.de/audio

Ab 80 steigt das Risiko

Häufigkeit von Demenz in verschiedenen Altersgruppen nach Geschlecht, in Prozent

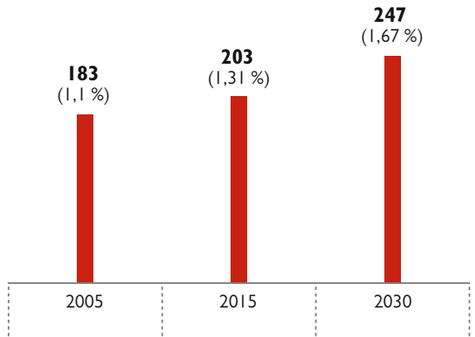


ZEIT-Grafik/Quelle: Demenz-Report 2011 des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

Zukünftig wird es immer mehr Demenzkranke geben. Das liegt nicht daran, dass die Krankheit sich wie eine Infektion ausbreitet. Der Anstieg ist schlicht die Folge unserer Wohlstandsgesellschaft, die uns ein längeres Leben beschert. Die Wahrscheinlichkeit, an einer Form der Demenz zu erkranken, steigt mit fortschreitendem Alter. Die Zahl der Demenzerkrankten nimmt weltweit proportional zur Zahl der alten Menschen zu – unabhängig von geografischen und kulturellen Unterschieden. Weil Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer, sind sie häufiger betroffen

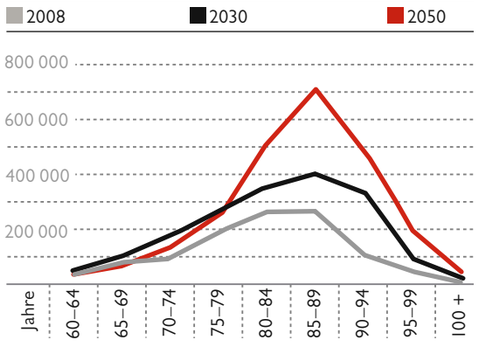
Wachsendes Problem

Von 100 000 Menschen erkranken an Demenz:



Gesellschaft der Dementen

Entwicklung der Zahl der Demenzkranken in Deutschland nach Altersgruppen



Fotos: Philipp Wente für DIE ZEIT / www.philippwente.com

Raus aus dem Alltag: Die Reise der Lindes ins Sauerland

Urlaub von der Verantwortung

Weil Beate Linde ihren Mann liebt, pflegt sie ihn. Weil sie ihn pflegt, muss sie sich regelmäßig von ihm erholen. Dafür reist sie in ein besonderes Hotel VON FRAUKE LÜPKE-NARBERHAUS

Beate Linde hat im Garten ein Stück Rasen eingezäunt – damit ihr Mann nicht wegläuft. Ihr Haus steht am Hang, beidseits geht es recht steil bergab, er könnte stürzen. »Wir bekommen kein Pferd, das ist für meinen Mann«, beruhigt Linde, als ein Nachbar den Zaun beäugt. »Das ist unsere artgerechte Freilandhaltung.«

Mit dem Zaun kann sie sich ein bisschen entspannen. Aus demselben Grund kaufte sie für ihren Mann auch einen Fernsehsessel. Dann liegen seine Beine hoch, und er läuft nicht – sonst pilgert er pausenlos durchs Haus und hört selbst dann nicht auf, wenn er müde ist. Er dekoriert oft um, legt ein Kissen und ein Taschentuch aufs Sofa, räumt das Bücherregal aus. Manchmal fällt dabei etwas runter. »Ist er hingefallen?«, ruft sie dann und läuft zu ihm.

Weil Beate Linde, 53, ihren Mann liebt, pflegt sie ihn. Weil sie ihn pflegt, muss sie sich regelmäßig von ihm erholen. Es hat gedauert, bis sie das begriffen hat und die Zeit ohne ihn genießen konnte. Im Sauerland gelingt ihr das. Dort, in einem Hotel in Winterberg, hat sie im vergangenen Jahr mit ihrem Mann fünfmal Urlaub gemacht. Hier hat sie kaum Angst, dass er wegläuft. Das Gelände ist ebenfalls eingezäunt. Es wäre auch nicht schlimm, hielte seine Windel nachts mal nicht dicht, denn alle Matratzen sind mit einem speziellen Bezug geschützt.

Beate Linde pflegt ihren Bernd im fünften Jahr. Vor sieben Jahren, da war er 61, kam die Diagnose: Alzheimer. Danach haben sie noch einmal geheiratet, diesmal kirchlich. »Ich wollte meinem Mann noch einmal was versprechen«, sagt sie. Sie suchten lange nach einem Trauspruch und entschieden sich für den *Ersten Korintherbrief:* »Die Liebe erträgt alles, hofft alles, glaubt alles, hält allem stand. Die Liebe hört niemals auf.« Sie rahmte den Spruch ein und hängte ihn in den Flur.

Seit der Hochzeit verliert sie ihren Mann jeden Tag ein bisschen mehr. »Ich bin alleinstehend mit besonderen Erschwernissen«, sagt sie.

Zu Hause sitzt sie neben ihm auf dem Sofa. »Du bist ganz müde«, spricht sie ihn an. »Schlaf ein bisschen, ein bisschen schlafen. Ich pass auf dich auf.« Sie lächelt und streichelt seine Hand. »Ich weiß nicht, ob er mich als seine Frau einordnet oder nur als positiv besetzte Person«, fragt sie sich. »Ich habe Angst vor dem Tag, an dem er nicht mehr auf mich reagiert.« Er lächelt zurück, aber sagt nichts. Seit über einem Jahr spricht er nicht mehr. Darum weiß sie auch nicht, ob ihm der Urlaub im Sauerland gefällt. Aber sie glaubt es zu wissen. »Er hat nichts davon, fühlt sich zu Hause am wohlsten«, sagt sie. »Das ist mein Urlaub.« Sie bekommt monatlich 685 Euro Pflegegeld. »Davon pflege ich mich in Winterberg.«

Fünf Tage und sieben Nächte die Woche sorgt Frau Linde für ihn. Wenn sie kurz wegmuss, und sei es nur für zehn Minuten, kommen die Nachbarn oder ein Schwager rüber. An zwei Tagen in der Woche bringt sie ihren Mann für sechs Stunden zur Tagespflege. In fünf Jahren ist sie nie ausgefallen. »Wie soll das auch gehen?«, fragt sie. In Deutschland werden rund zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Ohne Menschen wie Frau Linde würde das System zusammenbrechen.

Auch Spanien oder Thailand sind im Urlaubsangebot für Demenzkranke

Auch die Angehörigen brauchen mal Pause, wollen ihren Partner aber nicht weggeben. Viele schotten sich zudem ab und riskieren, selbst krank zu werden. Deswegen wandelte die Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen das heutige Landhaus Fernblick vor sechs Jahren um: Aus einem Mutter-Kind-Haus wurde das neue Hotel. Wo heute die Tagespflege ist, war früher der Kindergarten. »Und manchmal«, sagt der Leiter Andreas Frank, »erinnern mich die Angehörigen auch an Mütter und Väter, die zum ersten Mal ihr Kind in den Kindergarten bringen.«

Neben dem Landhaus gibt es rund 25 weitere Anbieter, die sich auf Demenzkranke und deren Angehörige spezialisiert haben. Einige offerieren sogar Urlaub in Spanien, Italien oder Thailand. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl verfünffacht – und dürfte wohl weiter wachsen. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler will pflegende Angehörige vermehrt entlasten, unter anderem auch mit Kuren.

Doch das ist gar nicht so einfach. »Viele pflegende Angehörige nehmen Entlastungsangebote nur zögerlich an«, sagt Gabriele Wilz, Leiterin der Abteilung Klinisch-psychologische Intervention an der Universität Jena. Sie kennten die Angebote kaum und hätten »häufig gar nicht mehr die Kraft, beispielsweise zu einer Angehörigengruppe zu fahren«. Ärzte und Kassen müssten die Entlastungsangebote bekannter machen. Kuren, vergleichbar mit betreuten Urlauben gemeinsam mit den Erkrankten, seien zwar hilfreich, reichten jedoch nicht aus. Denn eine Auszeit ändere nichts im Alltag. Landhausleiter Andreas Frank bestätigt, dass seine Zielgruppe schwer von einem Urlaub zu überzeugen ist. »Wenn es bereits ein Problem ist, einen Schnabelbecher zu erreichen, dann ist es eine Riesenüberwindung, in den Urlaub zu fahren.«

Bisher gibt es auch kaum Hotels, die sich wie das Landhaus im Sauerland ausschließlich auf Tandem-Urlauber spezialisiert haben. Viele Anbieter mieten für die Reisegruppen behindertengerechte Unterkünfte, auf Wunsch reisen teilweise auch Pflegekräfte und Ärzte mit.

Oft leben die Angehörigen nur noch für ihren dementen Partner. Wenn sie nicht irgendwann selbst erkranken, fangen sie schlimmstenfalls an, ihren Partner zu schlagen. Beate Linde hat sich vorgenommen, die Krankheit ihres Mannes, so gut es geht, zu überstehen. »Wenn es mir gut geht, geht es auch meinem Mann gut«, sagt sie.

Im Hotel ist alles festgeklebt – sogar die alten Bügeleisen auf dem Kachelofen

Sie ist mit ihm wieder nach Winterberg gefahren. »Es ist wie nach Hause kommen«, sagt sie. »Hier kümmert sich endlich mal jemand um mich.« Ein Zuhause, wo sie auch ein Buch lesen kann, ohne nach ihm sehen zu müssen. Wo sie nicht kochen muss, während er im Wohnzimmer die Bücher aus dem Regal zieht, sondern jemand kommt und fragt, was sie möchte.

Sie und ihr Mann schlafen immer im selben Zimmer. Von dort schauen sie ins Tal, auf Wiesen, Berge, Wälder und ein kleines Dorf. Die Tür ist mit einer Kette verschließbar. Das Hotel will seinen Gästen so viel Sicherheit und Halt wie möglich bieten. Ihr Zimmer liegt auf dem »Winterflur«: An der Wand hängen Ski aus Holz. Im »Uhrenflur« hängen alte Uhren, im »Küchenflur« Kaffeemühlen zum Selbermahlen. Die thematischen Flure sollen die Orientierung der Bewohner erleichtern und ihr Langzeitgedächtnis mit alten Gegenständen ansprechen. Die Landschaftsbilder an den Wänden könnten auch bei Oma hängen. Nur wären sie dort nicht festgeklebt. Eigentlich ist im Landhaus alles festgeklebt, auch die alten Bügeleisen auf dem Kachelofen.

Am Mittwochmorgen um zehn Uhr bringt Beate Linde ihren Mann für zwei Stunden zur Betreuung, wie jeden Morgen und jeden Nachmittag im Urlaub. Sie nimmt sein Lätzchen ab, wischt mit der Serviette über seinen Mund, stellt sich vor ihn, greift seine Hände und sagt: »Eins, zwei, drei, hoch!« Sie lehnt sich nach hinten und zieht ihn hoch. 1,86 Meter groß, 82 Kilo schwer. Noch hilft er mit. Er fährt mit der Hand über ihren Rücken und klopft auf ihren Po. »Klopf, klopf«, sagt sie und lächelt. Manchmal gibt er ihr ein Küsschen oder reibt seine Nase an ihrer.

Er umschließt fest ihre Hand und geht hinter ihr zur Tagespflege. An der Wand hängen Kartoffeldrucke, ein CD-Player spielt Schlager. Sie bringt ihn zu seinem Platz. »Bernd, setz dich bitte«, sagt sie. »Setz du dich bitte hin.« Sie drückt. »Bernd, hinsetzen!« Als er sitzt, umarmt sie ihn. »Bis später«, sagt sie und küsst ihn auf die Wange.

Gegenüber von Herrn Linde sitzen Walter Körle, der Mann von Frau Lindes bester Urlaubsfreundin, und zwei ältere Frauen. Diese Verteilung ist ungewöhnlich. Normalerweise sind hier etwa 30 Prozent der Demenzkranken weiblich. Die fürsorgende Ehefrau und Mutter kümmert sich um den kranken Partner, das gehört wohl zum Rollenverständnis.

Die drei Betreuer in der Tagespflege stimmen wie immer ein Begrüßungslied an: »Danke für diesen guten Morgen, danke für jeden neuen Tag.« Bernd Linde guckt nur, Walter Körle schläft.

Beate Linde und Freundin Elfriede Körle ziehen sich die Jacken für ihren Spaziergang an. Frau Linde geht viel mit ihrem Mann spazieren. »Nur ziehe ich ihn heute wie eine alte Kuh hinter mir her«, sagt sie. Frau Körle hatte seit Wochen ihr Haus nicht verlassen. »Ich bin daheim ja auch eingesperrt.« Jetzt gehen die beiden recht zügig und haken sich ein, als wollten sie sich gegenseitig stützen. »So ganz frei ist man hier aber auch nicht«, konstatiert Frau Körle. »Ganz frei ist man nie«, sagt Frau Linde.

Als sie ihren Mann Bernd später abholt, fragt sie ihn nicht, wie es war. Das hat sie auch früher nicht getan, als er noch gesprochen hat. Sie hat Angst vor seiner Antwort. »Was wäre, wenn er sagt, es gefalle ihm nicht?«

Weitere Informationen unter:
www.deutsche-alzheimer.de/Entlastungsangebote

www.zeit.de/audio

WISSEN IN BILDERN

Vor zwei Jahren, in der ZEIT-Ausgabe 26/09, erschien die erste ganzseitige Infografik auf den Wissen-Seiten. Seitdem haben wir Ihnen 99-mal ein Thema in Bildern präsentiert – Infografiken, Fotoseiten, Illustrationen. Die ZEIT ist mit der neuen Lust an Bildern nicht allein: Viele Print- und Onlinemedien präsentieren Informationen zunehmend optisch. Auch die Wissenschaften arbeiten verstärkt mit Bildern **(diese Seite).** Der Augsburger Medienforscher Michael Stoll erklärt, wie man gute Infografiken von schlechten unterscheiden kann **(Seite 44)**. Auf den nächsten beiden Seiten können Sie noch einmal alle bisher erschienenen Grafikseiten als Miniatur sehen **(Seite 42/43)**.

Damit verbinden wir eine Frage an unsere Leser: Welche Grafik hat Ihnen am besten gefallen? Wer an der Wahl teilnimmt, hat die Chance, das Buch »Wissen in Bildern« zu gewinnen.

So stimmen Sie ab:

Schicken Sie eine E-Mail (bitte nur eine pro Person!) mit der Nummer Ihrer Lieblingsgrafik im Betreff an grafikwahl@zeit.de. Unter allen Einsendern verlosen wir fünfmal den großformatigen Sammelband »Wissen in Bildern« mit 60 Grafiken aus unserer Serie. Einsendeschluss ist der 19. Mai.

Christoph Drösser (Hg.): Wissen in Bildern
Edel Verlag, 128 S., 49,95 Euro

Futter für das Augentier

Wissenschaftler und Journalisten entdecken die Vorzüge der Infografiken VON CHRISTOPH DRÖSSER

Florence Nightingale war nicht nur eine Reformerin des öffentlichen Gesundheitswesens. Die englische Krankenschwester, die im 19. Jahrhundert die moderne Krankenpflege begründete, gehört auch zu den Pionieren der Infografik. Im Jahr 1858 erstellte sie ein sogenanntes *polar-area diagram,* eine Variante der heute so verbreiteten Tortengrafiken, um ihren Landsleuten zu zeigen, an welchen Ursachen die Soldaten der königlichen Armee starben. Die meisten erlagen nicht den Wunden, die sie sich im Gefecht zugezogen hatten, sondern vermeidbaren Infektionskrankheiten. Diese Grafiken, sagte Nightingale, seien dazu geeignet, »über die Augen zu bewirken, was wir der Öffentlichkeit über ihre gegen Worte abgedichteten Ohren nicht vermitteln können«. Damit brachte sie das Potenzial von Infografik, von Visualisierung auf den Punkt: einen Sinneskanal zu öffnen, über den man Einsicht und Erkenntnis ohne Worte direkt erzeugen kann.

Ein Infografik-Pionier des 21. Jahrhunderts ist Hans Rosling. Die Vorträge des Professors für Public Health am Stockholmer Karolinska-Institut sind legendär, er ist ein gefragter Redner, etwa bei den TED-Konferenzen oder beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Dabei sind seine Mittel schlicht. Mit einem Beamer präsentiert er die von ihm entwickelten »Blasendiagramme« (siehe auch Grafik Nr. 67 auf der nächsten Seite): Jedes Land ist entsprechend seiner Bevölkerungszahl ein mehr oder weniger großer Kreis, der eine Position in einem x-y-Koordinatensystem hat. Dessen Achsen können zum Beispiel die Kindersterblichkeit und das Bruttosozialprodukt sein. Dynamik erhalten die Grafiken, indem Rosling noch die Zeit als vierte Dimension hinzufügt und im Zeitraffer die letzten 250 Jahre Revue passieren lässt. Dann beginnen die Blasen zu tanzen, bewegen sich von einer Ecke des Graphen in die andere und zeigen wirtschaftliche oder gesundheitspolitische Welttrends auf. Atemlos wie ein Sportreporter kommentiert Rosling beispielsweise, wie der Riese China den Rückstand zur westlichen Welt aufholt.

Auch Rosling geht es darum, über das Auge Erkenntnisse zu vermitteln, denen sich die Ohren verschlossen haben. Die wichtigste Lehre, die er überbringen will: Es ist schon lange nicht mehr sinnvoll, die Welt einzuteilen in die industrialisierten Länder und die Entwicklungsländer. Sobald ein Land die sozialen und politischen Voraussetzungen erfüllt – und das heißt insbesondere: Gleichstellung der Frauen –, holt es in Windeseile die Entwicklungen nach, die im Westen vor 100 Jahren eingeläutet wurden. »Ich habe meinen Studenten früher riesige Mengen von Unicef-Statistiken über Einkommen, Lebenserwartung und Fruchtbarkeitsziffern kopiert«, erzählte Rosling dem *Economist,* »aber das hat ihre Weltsicht nicht verändert.«

Wer einen seiner Zeitraffer-Filme gesehen hat, der versteht die Zusammenhänge nicht nur besser – der Trickfilm brennt sich auf eine Weise ins Gedächtnis ein, wie es eine Sammlung nackter Zahlen niemals könnte. Inzwischen steht Roslings Software jedermann zum Experimentieren offen – die Firma Google hat sie gekauft und bietet nun den Dienst Google Motion Chart an.

Vor zwei Jahren hat sich das Wissen-Ressort der *ZEIT* entschlossen, jede Woche eine ganze Seite der Infografik zu widmen. Also auf etwa 15 000 Buchstaben zu verzichten und dafür Bilder, Grafiken und Statistiken zu zeigen. Sagen die wirklich mehr als die sprichwörtlichen tausend Worte? Mehr vielleicht nicht, aber sie sagen es auf andere Weise.

In der wachsenden Datenflut helfen Grafiken bei der Bewertung

Das beginnt mit der einfachen Darstellung von Größenordnungen. Der Zeitungsleser wird heute auf jeder Seite bombardiert mit einer Fülle von Zahlen, oft mühsam recherchiert, die für ihn aber kaum konkret begreifbar sind. Selbst Bundesminister haben ja manchmal Schwierigkeiten zu sagen, wie viele Nullen eine der Euro-Milliarden hat, mit denen sie täglich jonglieren. Es war daher eine geniale Idee des Grafikers David McCandless, in der schlichtesten möglichen Form diese Beträge zu visualisieren: als simple Rechtecke (Grafik Nr. 33). Wer das kleine Kästchen des Bundes-Bildungsetats mit den größeren Rechtecken des Banken-Rettungspakets oder des Vermögens der Albrecht-Brüder verglichen hat, der bekommt zumindest einen Sinn für Proportionen – auch wenn dabei Äpfel mit Birnen verglichen werden und man das Geld aus dem einen Kästchen nicht so einfach dem anderen zuschlagen kann.

Das Beispiel zeigt auch die natürliche Schwäche des Mediums auf. »Auf Meinungsvermittlung und Konjunktiv versteht sich die Infografik schlecht«, sagt der Infografik-Professor Michael Stoll (siehe Interview auf Seite 42). Im Wesentlichen bilden Infografiken die Welt ab, wie sie ist, eventuell noch, wie sie sich unter bestimmten Voraussetzungen entwickeln könnte. Über die Selektion der Daten kann der Autor die Aussage beeinflussen – aber wie die Welt sein soll, sagt die Grafik nicht. Auch deshalb ist die Grafik-Seite ein Wagnis in der traditionell meinungsstarken *ZEIT.*

Ganz neue Möglichkeiten eröffnen sich Infografiken im Netz. Hans Roslings Animationen entfalten nur deshalb ihre Dynamik, weil sie sich über die Zeit entwickeln, und noch spannender wird es, wenn der Nutzer interaktiv eingreifen kann. In der *ZEIT* haben wir einen Tag im Leben des Grünen-Politikers Malte Spitz dokumentiert (Grafik Nr. 89), um zu zeigen, was man mit den umstrittenen Vorratsdaten anfangen kann, die bei der Benutzung eines modernen Handys entstehen. Auf *ZEIT online* konnte der Nutzer sich selbst in die Rolle des Schnüfflers versetzen und die Spur des Politikers an einem beliebigen Tag zu einer beliebigen Uhrzeit aufnehmen. Das ist eine voyeuristische Spielerei – aber danach weiß man, wie heikel die abstrakten Daten sein können.

Der nächste Schritt des »datengetriebenen Journalismus« im Internet ist es, die Leser selbst in die Aufbereitung der Daten einzubeziehen, wenn die Datenflut von einzelnen Rechercheuren gar nicht mehr zu bewältigen ist. Der britische *Guardian* stellte die vom Unterhaus veröffentlichten Spesenabrechnungen der Abgeordneten ins Netz mit der Aufforderung an die Nutzer der Internetseite, selbst nach Unregelmäßigkeiten zu suchen. Ähnlich verfuhr auch das GuttenPlag Wiki bei der Suche nach Plagiaten in der Doktorarbeit des Ex-Verteidigungsministers. Gewiss hat die resultierende Grafik, in der die plagiierten Seiten rot gekennzeichnet waren, zum Rücktritt des Politikers beigetragen.

Mit Bildern lässt sich auch trefflich lügen

Auch die Wissenschaft setzt zunehmend auf die Kraft des Bildes. Es hat zu allen Zeiten starke wissenschaftliche Bilder gegeben, die zur Umwälzung ganzer Weltsichten beigetragen haben (siehe Zeichnungen auf dieser Seite). Was Galileo durch sein Fernrohr sah und abzeichnete, war stärker als alles philosophische Räsonieren über den Lauf der Gestirne. Die anatomischen Zeichnungen des 18. und 19. Jahrhunderts waren mehr als die quasifotografische Abbildung dessen, was die Forscher sahen – sie strukturierten damit die Vielfalt des Lebens, die sie vorfanden, und begründeten die moderne Biologie. Die Doppelhelix der DNA ist nicht nur die sachliche Darstellung des Lebensmoleküls, sie ist zur Ikone einer Wissenschaft geworden.

In der Mathematik ist in den vergangenen Jahrzehnten eine neue Freude am Bild entstanden, nachdem das 20. Jahrhundert von einer regelrechten Bilderfeindlichkeit geprägt war. Damals war Anschauung verpönt, für Gelehrtenschulen wie das unter dem Pseudonym »Bourbaki« schreibende Kollektiv französischer Mathematiker waren Zeichnungen und Diagramme Verwässerungen der reinen mathematischen Idee, die sich nur in streng logischen Abfolgen mathematischer Sätze zu manifestieren hatte. Damit wurde die Sinnlichkeit der inneren Bilder geleugnet, die in Wahrheit natürlich jeder Mathematiker von seinen Objekten hat. Mit der Entwicklung des Computers wurde es möglich, diese Ideen auch grafisch aufzubereiten, nicht nur am Beispiel der zeitweise regelrecht modischen Fraktale. Inzwischen gehören bunte Bilder und Grafiken auch zum Standardwerkzeug der abstraktesten Disziplinen.

Allerdings hat diese »ikonische Wendung« hin zur Bildsprache in der Wissenschaft auch Schattenseiten. Bilder haben eine starke Überzeugungskraft, aber man sieht ihnen nicht die Qualität der dahinterstehenden Daten an. Man kann mit Bildern lügen, nicht nur indem man Balkengrafiken verzerrt und übertreibt. Die Klimaforscher hätten mit ihren Warnungen vor den Folgen des Klimawandels längst nicht so gut an die Öffentlichkeit dringen können ohne die bunten Bilder eines heißen Planeten im Jahr 2100. Die Grafiken suggerieren wissenschaftliche Exaktheit in einer Detailtreue, die von den dahintersteckenden mathematischen Modellen oft gar nicht gedeckt wird. Aber jede Simulation, jede Statistik ist nur so gut wie die Zahlen und Gleichungen, auf der sie beruht.

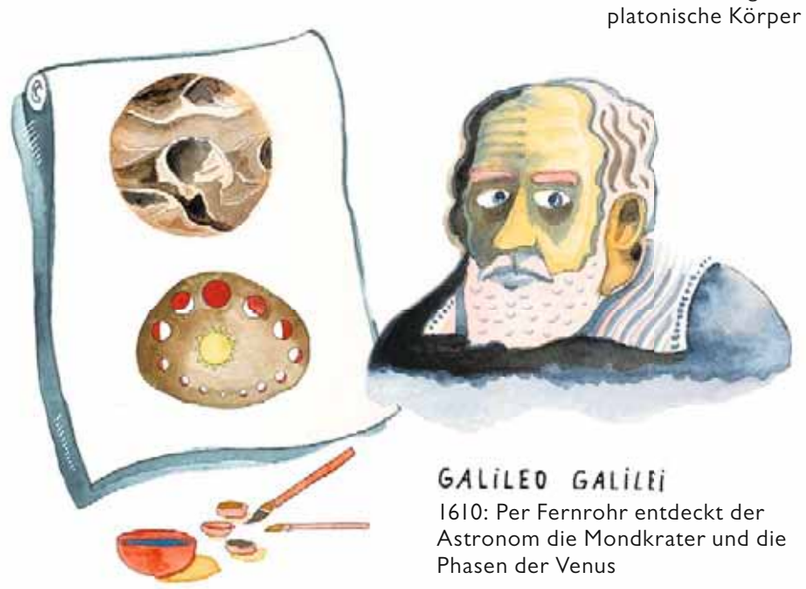
Das ist ein Grund dafür, warum viele Forscher heute fordern, dass mit jeder wissenschaftlichen Publikation nicht nur die Erkenntnisse offengelegt werden, zu denen ein Forscher gekommen ist, sondern auch die Daten, die zu diesen Erkenntnissen geführt haben. Ein weiterer Grund für die Forderung nach *open data:* Ein anderer Forscher prüft dieselben Daten vielleicht mit anderen Fragestellungen und kommt damit zu neuen Ergebnissen. Die wachsende Datenflut, die durch Satelliten, Beschleuniger und andere Forschungsinstrumente geliefert wird, ist zu kostbar, um sie nur einmal unter einem speziellen Aspekt auszuwerten. Es gilt nicht nur eine Stecknadel in diesem Heuhaufen zu finden, sondern potenziell viele. Und zu den wichtigsten Werkzeugen, um Struktur in einem Gewirr von Zahlen zu finden, gehört die grafische Aufbereitung.

Der Mensch ist ein Augentier. Die Evolution hat uns gelehrt, oft mit einem Blick in einer unübersichtlichen Umwelt das wesentliche Muster zu erfassen. Infografik und wissenschaftliche Visualisierung setzen auf diese außerordentliche Fähigkeit. Wort und Bild werden zunehmend gleichberechtigt nebeneinanderstehen – auch in dieser Zeitung.

WELT-BILDER

HÖHLENMALEREI
Jagdszenen auf Stein. Damit fing alles an – vor etwa 30 000 Jahren

JOHANNES KEPLER
1596: Die Planetenbahnen als ineinandergeschachtelte platonische Körper



GALILEO GALILEI
1610: Per Fernrohr entdeckt der Astronom die Mondkrater und die Phasen der Venus

CHARLES DARWIN
1835: Die Vielfalt der Galápagos-Finken inspiriert den Biologen

WILHELM RÖNTGEN
1895: Der Physiker verewigt als Erstes die durchleuchtete Hand seiner Frau

JAMES WATSON UND FRANCIS CRICK
1953: Die DNA wird entschlüsselt, der Code des Lebens ist entdeckt

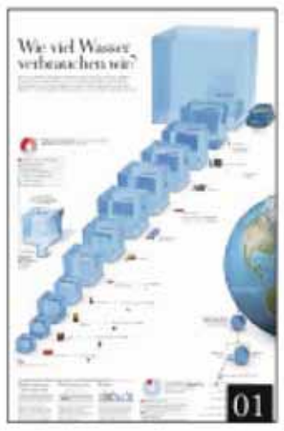
BENOÎT MANDELBROT
1975: Am Computer generierte Fraktale eröffnen den Blick in eine neue mathematische Welt

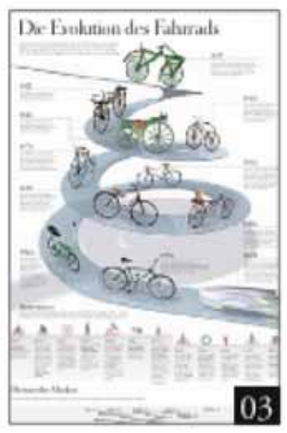
„PIONEER"-PLAKETTEN
1972: Zwei goldene Platten an Bord der Raumsonden »Pioneer 1« und »Pioneer 2« sollen Außerirdische über das Leben auf der Erde aufklären

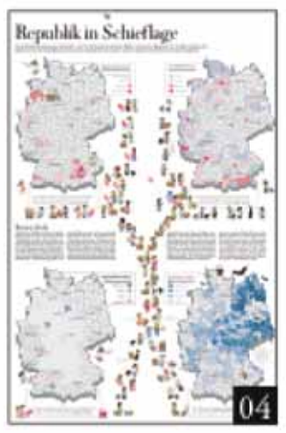
Illustration: Niels Schröder für DIE ZEIT/www.niels-schroeder.de

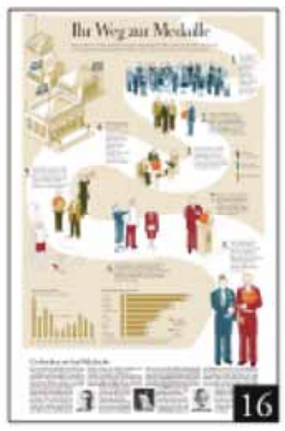
GRAFIK

12. Mai 2011
DIE ZEIT N° 20



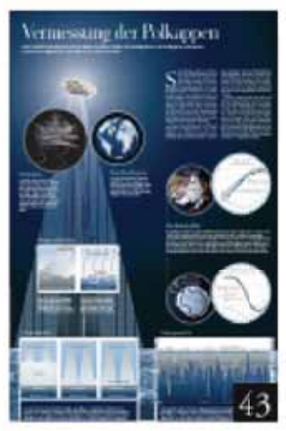


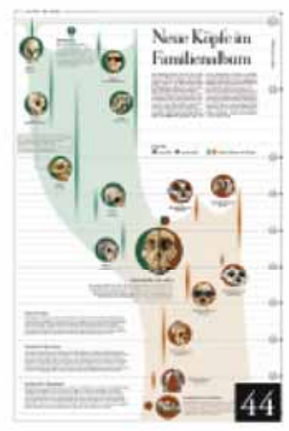


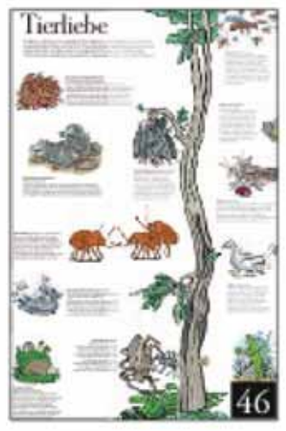


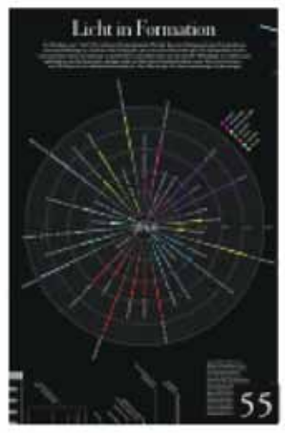
Sehen und

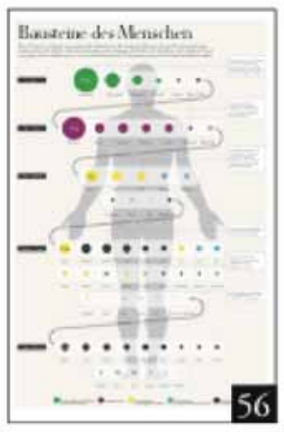
99 Mal Wissen in Bi

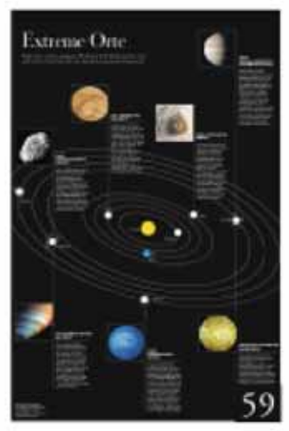


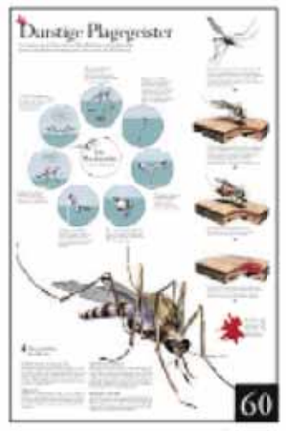


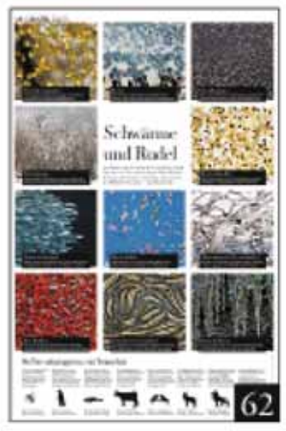


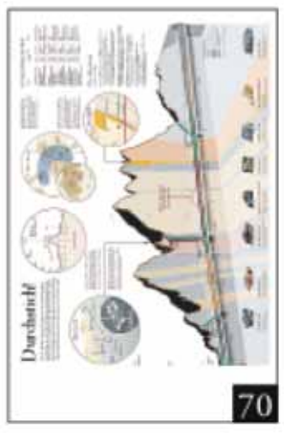


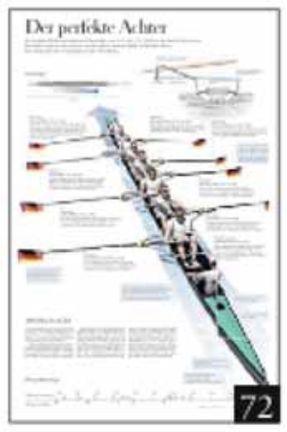


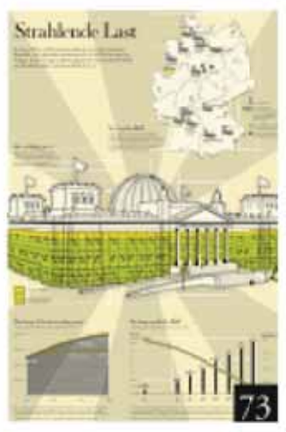


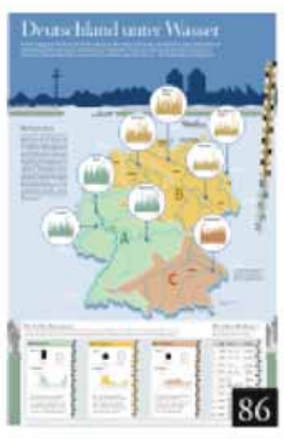


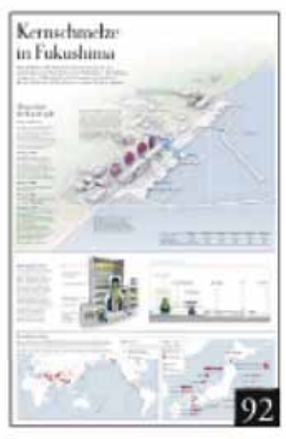












N° 100

l begreifen

ldern und Grafiken

09

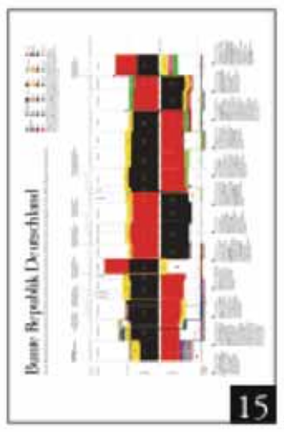
10

11

12

13

14



15

24

25

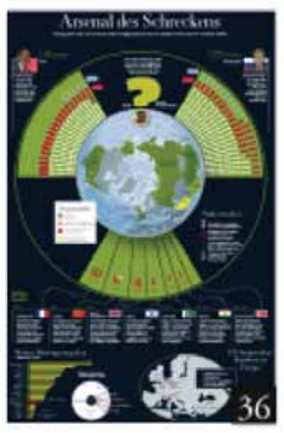
26

27

28

29

30



36

37

38

39

48

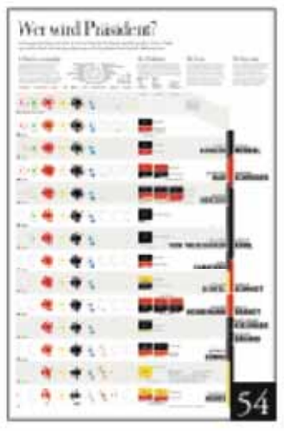
49

50

51

52

53



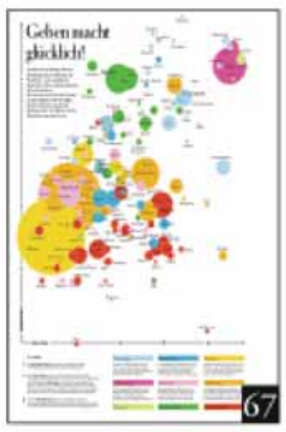
54

63

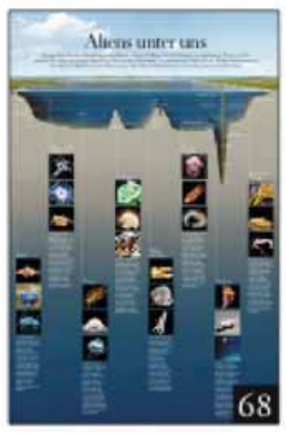
64

65

66



67



68

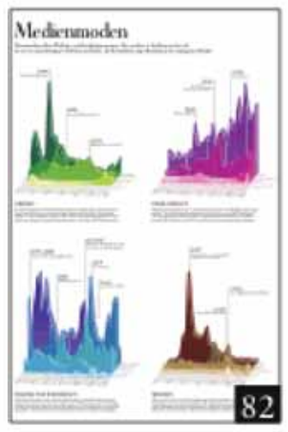
69

78

79

80

81

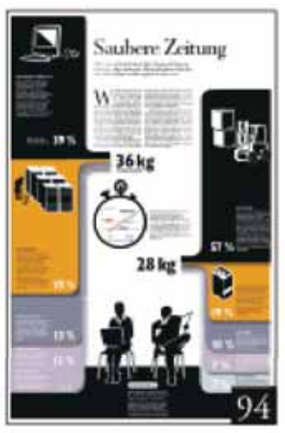


82

83

84

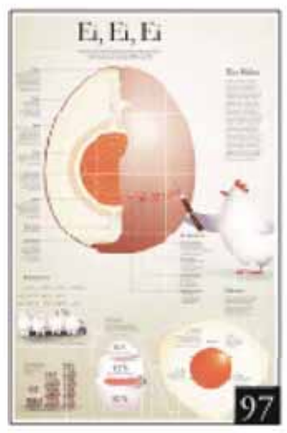
93



94

95

96



97

98

99

01 Virtuelles Wasser
02 Flüge zum Mond
03 Fahrrad-Evolution
04 Demografie Deutschlands
05 Kohlestoffkreislauf
06 Atommülllager Asse
07 Zucker im Essen
08 Schwimmanzüge
09 »Aurora Borealis«
10 Rauchen
11 Meeresenergie
12 Video-Controller
13 Wespen
14 Marathon
15 Bundestagswahlen
16 Nobelpreise
17 Energie für Deutschland
18 Statistik des Lesens
19 Seltene Metalle
20 ZEIT-Produktion
21 Die Welt als Dorf
22 Tiefseekabel
23 Der Hadsch
24 Bequem Fliegen
25 CO_2-Ausstoß
26 Schokolade
27 Dinosaurier
28 Weihnachten
29 Burj Dubai
30 Internetbetrug
31 Lawinen
32 Erdbeben
33 Milliarden
34 Mona Lisa
35 Fischfang
36 Atomare Rüstung
37 Küstenformationen
38 Vornamen
39 Straßenschäden
40 Energiespeicher
41 Körper-Ersatzteile
42 Gesundheitskosten
43 Polarforschung
44 Vorfahren
45 Exakte Malerei
46 Fortpflanzung
47 Ölpest
48 Alkohol
49 Kimono
50 Raumfahrt
51 Parasiten
52 Fußball
53 Psychotherapien
54 Bundespräsidenten
55 Laser
56 Bausteine des Menschen
57 Personalausweis
58 Sieben Todsünden
59 Extreme Orte
60 Mückenstich
61 Ölpest
62 Tierschwämme
63 Was kostet ein Mensch?
64 Blutanalyse
65 Nuller Jahre
66 Millenniumsziele
67 Spenden
68 Leben im Meer
69 Getreidemarkt
70 Gotthard-Tunnel
71 Gigaliner
72 Ruder-Achter
73 Atommüll
74 Hygiene im Haus
75 Elektrohaus
76 Ski-Evolution
77 Gedenktage
78 Antarktis
79 OP-Besteck
80 Feuerwerk
81 Kalender
82 Medienmoden
83 Gold
84 Lawinenrettung
85 Kaffee
86 Hochwasser
87 Politische Tiere
88 Lebensmittel
89 Vorratsdaten
90 Nistkästen
91 Eismumie Ötzi
92 Fukushima
93 Radioaktivität
94 Ökobilanz Zeitung
95 Schiffsverkehr
96 Paviane
97 Eier
98 Selig und heilig
99 Eurovision Song Contest

Daten sichtbar machen

Eine gute Infografik bringt ihre eigene Bedienungsanleitung mit, sagt der Experte Michael Stoll

DIE ZEIT: Sind die vielen Infografiken mehr als eine Mode in der Medienlandschaft?
Michael Stoll: Ich glaube, wir stehen am Anfang einer Renaissance der Infografik. Ihre Bedeutung wird den Verlagshäusern gerade erst wieder richtig bewusst. Sie erkennen, dass sie sich über die Infografik positionieren können. Das gilt übrigens weltweit. Beim Internationalen Malofiej-Contest der Universität von Navarra in Pamplona, dem wichtigsten Infografik-Preis, ist die Zahl der Wettbewerbsbeiträge in den vergangenen drei, vier Jahren um die Hälfte gestiegen. Die Infografik ist eine journalistische Darstellungsform, die zur Profilschärfe beiträgt. Wer überzeugend Infografiken publiziert, hat ein höheres Ansehen.
ZEIT: Wieso das?
Stoll: Weil eine gute Infografik Dinge zeigen und erklären kann, auf die der Leser vorher keinen Zugriff hatte. Das sind ihre beiden Hauptaufgaben: visualisieren und vermitteln. Sie verschafft mir einen strukturierten Zugang zur Information, ich muss mir den Sachverhalt nicht selber zusammensuchen und ihn einordnen.
ZEIT: Die Infografik ist also etwas für faule Leser?
Stoll: Ganz und gar nicht. Die Infografik ist ein Element für effektive Leser. In unserer Wissensgesellschaft sollen wir ständig in möglichst kurzer Zeit möglichst viel aufnehmen. Es kommt auf schnelle und präzise Vermittlung an. Genau das kann die Infografik sehr gut. Die Wechselwirkungen zwischen dem visuellen Eindruck und dem analytisch-verbalen Grafikanteil sind sehr intensiv, weil sie wie in einer Collage miteinander verwoben sind.
ZEIT: Also brauchen wir mehr Infografiken?
Stoll: Auf jeden Fall. Allerdings sind Infografiken kein Allheilmittel im Journalismus oder für die Wissensvermittlung per se. Wir brauchen mehr Infografiken bei Themen, die sich dafür eignen. Das ist zum einen dann der Fall, wenn eine Information abstrakt ist. Und zum anderen, wenn eine Information so komplex ist, dass sie nicht linear erzählt werden kann.
ZEIT: Gibt es die ideale Infografik?
Stoll: Es gibt ein paar Qualitätskriterien, zum Beispiel die Fluchtpunktperspektive oder die Benutzerführung und Hierarchisierung eines Themas durch die Grafik. Zum Wesen einer Infografik gehört es, dass sie ihre eigene Bedienungsanleitung mitbringt. Das merkt der Leser gar nicht, es funktioniert im Idealfall einfach. Wenn eine Infografik sich widerspruchsfrei interpretieren lässt, also jeder, der sie anschaut, das Gleiche darin liest, dann ist das eine gute Grafik.
ZEIT: Bekommt der Leser, Fernsehzuschauer und Internetnutzer denn hauptsächlich gute Infografiken präsentiert?
Stoll: Wenn ich mir das Gros so anschaue, dann würde ich sagen: Da ist noch viel Luft nach oben. Aber wir sind auf einem guten Weg. In Deutschland gibt es zwei, drei Agenturen, die gestalterisch und journalistisch wirklich top sind. Während vor einigen Jahren die hiesigen Infografiker noch nach Amerika schielten und sich an den Kollegen dort orientierten, kann man inzwischen von einer Emanzipation der deutschen Infografik sprechen.
ZEIT: Woran erkenne ich das?
Stoll: Tatsächlich an dem, wofür die Deutschen bekannt sind: ihrer Genauigkeit und ihrer rationalen Herangehensweise. Darin sind die deutschen Infografiken ungeschlagen.
ZEIT: Sie sagen, wir sind auf einem guten Weg. Was genau ist denn das Ziel?
Stoll: Da lohnt sich der Blick nach Skandinavien, besonders nach Schweden und Dänemark. Dort kommt in den Zeitungsredaktionen auf zehn klassische Journalisten ein Infografiker. Von solchen Verhältnissen träumen die meisten deutschen Verlage. Das Ziel ist die Institutionalisierung des Berufs Infografiker.
ZEIT: Was sind die aktuellen Trends in der Infografik?
Stoll: Neben der zunehmenden Zahl von 3-D-Grafiken und der Kombination von Statistiken mit Landkarten ist ein großer Trend, der zur Popularisierung der Infografik beigetragen hat, die Datenvisualisierung, die sich hauptsächlich im Internet abspielt. Umfangreiche Datenbestände, die online verfügbar sind, werden aufbereitet und öffentlich zugänglich gemacht. Die *New York Times* und der *Guardian* stellen solche interaktiven Grafiken zur Verfügung. Da kann man sich zum Beispiel alle Informationen über die Gefallenen des Irakkrieges ansehen, und zwar nicht nur mit Namen, Alter, Todesort. Sie können eigenständig suchen, ob aus dem Ort, wo der Gefallene herkam, vielleicht noch andere Menschen ums Leben gekommen sind. Oder aus dem Nachbarort. Oder der Parallelklasse.
ZEIT: Sieht so der Journalismus der Zukunft aus? Ich wühle mich durch einen Wust an Informationen und bereite ihn ansprechend auf?
Stoll: Der Datenjournalismus wird sich sicher etablieren. Allerdings nicht in dieser formalen Ausprägung, wie er es zurzeit tut. Denn viele dieser Arbeiten vernachlässigen die zweite Aufgabe der Infografik: das Vermitteln. Darin sehe ich ein großes Problem. Visualisierung ohne Erklärung, das ist Schönheit ohne Bedeutung.
ZEIT: Will der Leser sich denn wirklich mit solchen Datenmengen auseinandersetzen?
Stoll: Das will er. Wenn ich meine Studenten frage, wer noch fernsieht, lachen die mich aus. Die suchen sich ihre Informationen selber im Internet. Das beginnt mit einem Klick auf einen Link und endet in einer Datenbank, aus der sie das rauslesen, was sie wissen wollen. Was mir an diesem Trend sehr gut gefällt: Weil in einer Welt der Infografiken und Datenbanken vor allem faktisches Wissen gefragt ist, wird die Boulevardisierung verdrängt.

Das Gespräch führte CLAUDIA FÜSSLER

Foto: privat

Michael Stoll ist Professor für Informationsdesign und Medientheorie an der Hochschule Augsburg

STIMMT'S?

Sterben Insekten auf dem Rücken?

… fragt Fabian Schäfer aus Leipzig

Die Frage ist nicht so zu verstehen, dass Käfer oder Kakerlaken sterben *müssen,* wenn sie einmal zufällig auf dem Rücken landen. Sind sie gesund, dann können sie sich aus dieser misslichen Lage befreien, indem sie kräftig strampeln und irgendwann wieder auf den Beinen landen.

Aber tatsächlich findet man tote Insekten meist auf dem Rücken liegend vor. Es gibt gleich mehrere Gründe, warum die Rückenlage die wahrscheinlichere für ein totes Insekt ist, das nicht von einem Räuber gefressen wurde. Stirbt das Tier im Flug oder auf einer erhöhten Position sitzend, dann ist es zumindest für Insekten mit einem glatten, runden Körper aus aerodynamischen Gründen am wahrscheinlichsten, in der Rückenposition zu landen.

Wird ein Insekt vergiftet und stirbt einen langsamen, quälenden Tod, dann macht es wilde, zuckende Bewegungen. Es wird dabei irgendwann auch auf dem Rücken landen – und wenn es dann schon zu schwach ist, gelingt das rettende Umdrehmanöver nicht mehr.

Aber auch Insekten, die ruhig und friedlich sterben, sozusagen an Altersschwäche, landen leicht in der Rückenlage. Die Beine nehmen beim Tod nämlich eine entspannte Stellung ein, und dabei sind sie nicht gestreckt, sondern eingeknickt. Und in dieser Position (mit anliegenden Beinen) lässt sich das Tier ganz leicht auf den Rücken drehen, zum Beispiel durch einen leichten Luftzug.

Alles in allem ist die Rückenlage statistisch am wahrscheinlichsten. CHRISTOPH DRÖSSER

Die Adressen für »Stimmt's«-Fragen:
DIE ZEIT, Stimmt's?, 20079 Hamburg, oder stimmts@zeit.de. Das »Stimmt's?«-Archiv: www.zeit.de/stimmts

www.zeit.de/audio

ERFORSCHT UND ERFUNDEN

Musikergehör

Musiker, die spätestens mit neun Jahren ein Instrument gelernt und ihr Leben lang mehr oder weniger regelmäßig gespielt haben, leiden seltener unter typischen Alterserscheinungen, die das Gehör betreffen *(PLoS One*, online). So ist ihr auditives Gedächtnis im Alter zwischen 45 und 65 Jahren besser als das von Nichtmusikern. Außerdem erhalten sie sich durch das musikalische Training länger die Fähigkeit, Sprache in lauten Umgebungen zu erkennen. Das musikalische Training sorgt den Studienautoren zufolge für ein Feintuning des Nervensystems und erspart den Musikern altersbedingte Kommunikationsprobleme.

Zombie-Ameise

Der subtropische Pilz Ophiocordyceps unilateralis ist ein Parasit der besonders fiesen Sorte. Er setzt sich auf Ameisen fest, dringt in ihren Körper ein und beeinflusst ihr Verhalten. Ein internationales Forscherteam hat gezeigt, dass die infizierten Ameisen wie Zombies umherirren, ehe sie sich wie auf Kommando an der Unterseite eines Blattes festbeißen und sterben – genau dort, wo optimale Entwicklungsbedingungen für den Pilz herrschen *(Biomed Central*, online). Der Pilz steuert auch die Festigkeit des Bisses, damit der Kiefer des toten Insekts geschlossen und das Tier am Blatt hängen bleibt.

MEHR WISSEN:

Im Netz:
Was das Internet an Strom verbraucht
www.zeit.de/netz-strom

Niels Birbaumer erforscht, ob Psychopathen bessere Menschen werden können

Das aktuelle ZEIT Wissen: am Kiosk oder unter www.zeitabo.de

RITSCH RATSCH RAUS

WER WAREN EIGENTLICH ... (4)

Abba?

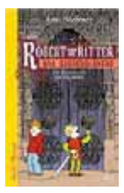
Anni-Frid, Benny, Björn und Agnetha – nimmt man die Anfangsbuchstaben der vier Namen und setzt sie hintereinander, ergibt das »Abba«. So nannten sich die zwei Männer und zwei Frauen aus Schweden als Band. Berühmt wurde die Popgruppe 1974 durch den Eurovision Song Contest. Sie gewann den europäischen Musikwettbewerb mit ihrem Lied *Waterloo*. Die Schweden wurden eine der erfolgreichsten Bands der Welt und verkauften mehr als 375 Millionen Alben. Ihre Lieder werden noch heute gespielt, es gibt sogar ein Abba-Musical. Anni-Frid, Benny, Björn und Agnetha aber wollen schon lange nicht mehr gemeinsam auf der Bühne stehen, zum letzten Mal traten sie 1982 auf. Seitdem machen sie eine Pause, die bis heute andauert.

NDR Info Die Radiogeschichte über Abba hört Ihr am Sonntag um 8.05 Uhr in der Sendung *Mikado – Radio für Kinder* auf NDR Info oder im Internet unter www.ndr.de/mikado

WAS SOLL ICH LESEN?

Ritter Tollpatsch

Robert ist Tims bester Freund, ein toller Freund, nur dass bei ihm immer recht viel schiefgeht. Egal, ob er Spaghetti Bolognese isst, den Schulhausmeister ins Krankenhaus befördert (aus Versehen natürlich) oder mit seinem Skateboard in einen Gemüsestand brettert (ebenfalls unabsichtlich). Robert könnte gut ein wenig langweiliger sein, findet Tims Mutter. Aber würde er dann ein Zauberschwert erkennen, wenn er eins vor der Nase hätte? Robert durchschaut sofort, wie man mit diesem erstaunlichen Schwert in die Vergangenheit reisen kann – und schleppt Tim gleich mit in die Welt der Ritter. Dass es dort keine Sekunde langweilig wird, versteht sich von selbst ...



Anu Stohner: Robert und die Ritter. Das Zauberschwert
dtv 2011; 9,95 Euro; ab 7 Jahren

DER ELEKTRONISCHE HUND
Bleeker
SKIP, WIR SOLLTEN UNS MAL MIT DEINEN HAUSAUFGABEN BESCHÄFTIGEN ...
© King Features Syndicate, Inc. /Distr. Bulls
... DU BRAUCHST SIE MOR-
KNIPS
WAS HAST DU GEMACHT?
SEINE SCHLUMMERTASTE FUNKTIONIERT IN ALLEN MÖGLICHEN SITUATIONEN!
Z Z Z

Dürfen wir bleiben?

Boote voller Menschen, die aus Nordafrika nach Europa fliehen – solche Bilder sieht man seit Wochen. Aber was bedeutet es eigentlich, Flüchtling zu sein? VON ANDREA BÖHM

Ein Flüchtling ist jemand, dem man helfen muss, weil er sich selbst nicht mehr helfen kann. So wie die Flüchtlinge, die man oft im Fernsehen sieht: Leute, die unter Zeltplanen hocken und hoffen, dass ihnen jemand Decken und Medikamente, Essen und etwas zu trinken bringt. Flüchtlinge sind schwach. Das habe ich zumindest lange geglaubt.

Dann bin ich selbst in ein Flüchtlingslager gefahren und habe Massoud und Leyla kennengelernt. Massoud war ziemlich groß und kräftig, Leyla rannte ständig herum, um irgendetwas für ihre drei Kinder zu besorgen. Sie sahen eigentlich gar nicht hilflos aus. Nur sehr, sehr müde.

Massoud und Leyla waren Kurden aus dem Irak. Zusammen mit Tausenden anderen Kurden waren sie über die Berge in die Türkei geflohen. Denn im Irak wurden Kurden damals verfolgt, viele wurden getötet. Massoud und Leyla waren mehrere Tage zu Fuß marschiert, sie mussten sich immer wieder verstecken, weil Soldaten auf sie schossen. Massoud hatte die beiden älteren Kinder getragen, Leyla die jüngste Tochter. Zusätzlich schleppten sie Rucksäcke, Kleider, Decken. Leyla hatte außerdem ihr Hochzeitskleid eingepackt. Das fand ich damals albern. Wozu braucht man auf der Flucht ein Hochzeitskleid? »Damit ich mich an etwas Schönes erinnern kann«, hatte Leyla gesagt.

Je länger ich Massoud und Leyla damals beobachtete, desto mehr dachte ich: Flüchtlinge sind gar nicht so schwach. Wenn jemand über hundert Kilometer marschiert, dabei seine Kinder trägt und schützt, obwohl vielleicht jemand auf ihn schießt – dann muss er ziemlich stark sein.

Es ist ziemlich lange her, dass ich Massoud und Leyla getroffen habe. Inzwischen werden die Kurden im Irak nicht mehr verfolgt, und wahrscheinlich sind die beiden zurück in ihre Heimat gegangen. Aber es gibt immer noch viele Flüchtlinge: ungefähr 40 Millionen Menschen auf der ganzen Welt! Manche konnten gerade noch davonlaufen, als Soldaten oder Rebellen ihre Dörfer überfielen. Das passiert zum Beispiel immer wieder im Kongo oder im Sudan in Afrika. Diese Flüchtlinge verstecken sich manchmal wochenlang im Wald und warten, bis es wieder ruhig ist. Manche kommen eine Weile bei Verwandten in anderen Städten und Dörfern unter. Oder in einem Flüchtlingslager.

Das Leben dort ist allerdings hart. Die Menschen haben schon alles verloren, und jetzt müssen sie mit 20 anderen in einem Zelt leben. Es gibt oft zunächst kein Trinkwasser, keinen Strom, keine Schule, keine Medikamente für die Verletzten. Erst wenn Hilfsorganisationen ankommen und ein kleines Krankenzelt oder eine Trinkwasseranlage aufbauen, wird die Lage etwas besser. Oft versuchen die Flüchtlinge, sich selbst zu helfen. Manche haben, bevor sie fliehen mussten, als Ärzte oder Lehrer gearbeitet. Sie behandeln dann in einem Flüchtlingslager die Kranken oder unterrichten die Kinder – auch wenn es keine Schule, keine Tische, Bücher oder Stifte gibt.

Viele Flüchtlinge hoffen, dass sie möglichst schnell zurück nach Hause können. Für einige aber gibt es kein Zurück mehr: Sie werden daheim von der Geheimpolizei gejagt, weil sie sich für Menschenrechte eingesetzt, weil sie Demokratie gefordert oder einfach nur, weil sie kritisch über die Machthaber geredet haben. Solche Menschen nennt man »politisch Verfolgte«.

Wenn so ein Mensch nach Deutschland kommt und beweisen kann, dass ihm in seiner Heimat Tod oder Gefängnis drohen, dann erhält er »politisches Asyl«. Das Problem ist nur: Für Verfolgte ist es inzwischen schwierig, ja fast unmöglich, nach Deutschland oder nach Europa zu kommen, weil an den Flughäfen und an den Grenzen immer strenger kontrolliert wird. Menschen aus afrikanischen, arabischen oder asiatischen Ländern dürfen nur einreisen, wenn sie ein Visum (das ist eine Erlaubnis zur Einreise) haben. Wenn aber jemand in seiner Heimat verfolgt wird, kann er nicht einfach in seinem Land zur deutschen Botschaft spazieren und ein Visum beantragen.

Viele Menschen fliehen auch, weil ihre Heimatländer arm sind und sie dort keine Arbeit haben. Solche Flüchtlinge nennt man Migranten. Derzeit versuchen viele Migranten aus Tunesien, nach Europa zu kommen. In Tunesien hat es gerade eine Revolution gegeben. Aber an der Armut hat sich nichts geändert. Deswegen quetschen sie sich auf kleine Boote und wagen die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer. Wer es bis nach Europa schafft, schlägt sich durch nach Frankreich, Deutschland oder Italien und sucht Arbeit. Oft finden die Menschen sie auch. Sie arbeiten für ganz wenig Geld in Restaurantküchen, pflücken Tomaten, schuften auf Baustellen.

Wir hier in Deutschland können uns nur schwer vorstellen, warum jemand Hunderte, manchmal über tausend Kilometer zu Fuß, auf Lastwagen oder überfüllten Booten reist, nur um sich nach Europa hineinzuschmuggeln. Warum jemand so etwas tut, können die Flüchtlinge und Migranten am besten selbst erklären. Einer – er heißt Hesmat – hat seine Geschichte von einem Journalisten aufschreiben lassen *(Hesmats Flucht* heißt das Buch). Der Junge kommt aus Afghanistan und floh mit elf Jahren allein aus seiner Heimat. Viele Kinder und Jugendliche machen sich ohne Eltern auf den Weg. Oft sind die Eltern im Krieg gestorben. Oder die Familie hat beschlossen, wenigstens eines der Kinder für ein besseres Leben nach Europa zu schicken. Hesmat war 14 Monate unterwegs durch Turkmenistan, Kasachstan und Russland, bis er schließlich in Österreich landete. Auf der Flucht wurde er verprügelt, bestohlen, bedroht – ein elfjähriger Junge kann sich ja kaum wehren. In Österreich ist er schließlich in einem SOS-Kinderdorf gelandet, konnte zur Schule gehen und eine Lehre als Elektriker machen. Hesmats Geschichte ist gut ausgegangen, die Geschichten vieler anderer Flüchtlingskinder gehen leider nicht so gut aus. Sie werden erwischt, eingesperrt und in ihre Heimat zurückgeschickt.

Dicht gedrängt stehen Flüchtlinge auf einem kleinen Boot, das die italienische Insel Lampedusa im Mittelmeer erreicht

Fotos: Arianna Arcara/Cesuralab/LuzPhoto/fotogloria [M]; Fotex (im Wappen); Hans G. Lehmann (ABBA); Apfel Zet (Piktogramme); Niels Schröder (Wappen)

Fragebogen

Dein Vorname: CARL

Wie alt bist Du? 6 JAHRE

Wo wohnst Du? Neu-Isenburg

Was ist besonders schön dort? ALLES!

Und was gefällt Dir dort nicht? Moderne Häuser

Was macht Dich traurig? umweltverschmutzung

Was möchtest Du einmal werden? BundesTorwartTrainer

Was ist typisch für Erwachsene? QUASSELN

Wie heißt Dein Lieblingsbuch? Dinomumie

Bei welchem Wort verschreibst Du Dich immer? SUG=ZUG

Willst Du auch diesen Fragebogen ausfüllen? Dann guck mal unter **www.zeit.de/fragebogen**

EIN KNIFFLIGES RÄTSEL:

Findest Du die Antworten und – in den getönten Feldern – das Lösungswort der Woche?

UMS ECKCHEN GEDACHT

1. Einer der Kleinsten – und doch der gekrönte Chef? – im Singvogelreich

2. Tierische Kunst, besteht aus Zweigeflechten und Polsterarbeiten

3. Steuert die Klopftöne zum Vogelkonzert im Wald bei

4. »HORCHT, ENKEL«, spricht Opa, »das fällt nicht nur mit Signalfarbe, sondern auch mit lautem Gesang auf«

5. Einer steht gern auf der Bühne, einer hockt gern im Kirschbaum

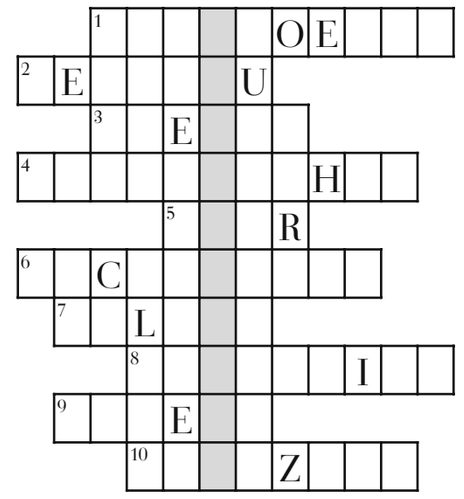
6. Singen oft ihr »pinkepink«, Herr Blaukappe und Frau Graubraun

7. Eieieieiei, was findet man bald nach der Vogelhochzeit im Nest?

8. Hat man je eine BISAM-EULE im Frühlingskonzert gehört? Sie andererseits schon oft!

9. Sind mit dunklem Federkleid und hellen Flötentönen in der Vogelschar vertreten

10. Der heißt, wie er zwitschert – gern aus dem Weidenlaub heraus



Schick es bis Dienstag, **den 24. Mai,** auf einer Postkarte an

DIE ZEIT, KinderZEIT, 20079 Hamburg,

und mit etwas Losglück kannst Du mit der richtigen Lösung einen Preis gewinnen, ein tolles Bücher-Überraschungspaket.

Lösung aus der Nr. 18:
1. umgraben, 2. Maulwuerfe, 3. Krokusse, 4. Rasenmaeher, 5. Veilchen, 6. Gartenzwerg, 7. Laube, 8. giessen, 9. Flieder, 10. Ginster. – BLUMENBEET

Ein neues Leben, bitte!

ab 14 Jahren

»Zeit der Wunder« erzählt das Drama einer politischen Flucht VON BIRGIT DANKERT

Ichheißebläsfortünuntichbinbürgaderfranzöschenrepublikdasisdiereinewaheit« – mit diesem mühsam auswendig gelernten Satz macht sich ein Junge aus dem Kaukasus auf den Weg nach Frankreich – ins Land der Freiheit und der Menschenrechte. Der Junge heißt Kumaïl, und er glaubt tatsächlich, was er sagt. Man hat ihm erzählt, er sei Franzose, als Baby habe die junge Russin Gloria ihn vom Schoß seiner Mutter aus einem zerbombten Zug gerettet. Auch den Pass habe sie mitgenommen. Darin steht der Name Blaise Fortune. Gloria, die ihren Schützling »Monsieur Blaise« nennt, ihn umsorgt und aufmuntert, kann über seine Rettung eine wunderbare Geschichten erzählen. Auch vom paradiesischen Obstgarten ihrer Familie und Glorias Liebe zu Zem Zem lässt sich Kumaïl immer wieder berichten, wenn ihn die Sehnsucht nach seiner französischen Mutter packt. Oder die Verzweiflung.

Gloria und Kumaïl leben in einer Flüchtlingsunterkunft am Rande der Stadt Tbilissi in Georgien. Später kommen sie auf einer vergifteten Müllhalde unter. Denn sie versuchen vergeblich, mit dem Schiff nach Westen zu gelangen. Schleuser, die sie über den Landweg nach Frankreich bringen wollten, betrügen sie. Jahre gehen dahin mit der Flucht auf Straßen durch Osteuropa. Immer wieder holen die Kriegswirren der Kaukasus-Unruhen in den neunziger Jahren die beiden ein.

So wächst Kumaïl/Blaise in einer Welt voller Ungewissheit vom vertrauensvollen Kind zum zweifelnden Jugendlichen heran. Nur Gloria gibt ihm Schutz und spielt herunter, wie krank sie selbst ist, ausgezehrt von den Entbehrungen, die Lungen vergiftet von der Arbeit auf dem Müllberg. Doch als der Junge endlich vor französischen Zöllnern seine Identität bekennen kann – »Ich bin Blaise Fortune und ich bin Bürger der französischen Republik ...« –, da ist Gloria verschwunden. Sie erlebt nicht mit, wie er in langen acht Jahren fließend Französisch lernt, schließlich einen gültigen französischen Pass besitzt und sogar ein Studium beginnt.

An all dies erinnert sich der zwanzigjährige Blaise, als er im Flughafen auf eine Maschine nach Tbilissi wartet: Er hofft, Gloria dort zu finden. Das gelingt tatsächlich. Doch die todkranke Frau hält für den erwachsenen »Monsieur Blaise« bittere Wahrheiten bereit: über sich, über Zem Zem und über Kumaïls eigene Herkunft. Erschüttert erkennt der junge Mann, dass die Hoffnung und Zuversicht seiner Kindheit auf falschen Vorstellungen beruhten, dass seine französische Mutter ein Traumbild war und dass er das Glück des Lebens nur Glorias Liebe, ihren erfundenen Geschichten und ihrem klugen Fluchtplan zu verdanken hat. Die Tragödie seiner Beschützerin und ihres tschetschenischen Geliebten hatte er nicht gekannt. Man darf mit Monsieur Blaise – oder besser doch Kumaïl? – weinen, wenn er endlich erkennt, was und wer eine Mutter ist.

Die 1971 geborene, erfolgreiche und vielseitige Kinder- und Jugendbuch-Autorin Anne-Laure Bondoux hingegen muss man bewundern. Ihre Geschichte ist keine Dokumentation, sie erzählt beispielhaft, was in unserer von regionalen Kämpfen heimgesuchten Welt täglich tausendfach geschieht: Eine Frau mit durchaus problematischer Rebellen-Vergangenheit und ein kleiner Junge machen sich auf den Weg, um dem Kind eine Überlebenschance in einem freien Land zu ermöglichen. Frankreich ist das Land der Freiheit für den russisch-tschetschenischen Jungen mit dem gefälschten Pass. Die politisch geschulte Gloria hat die Voraussetzungen dafür geschaffen. Die wundersame Rettung des »Monsieur Blaise« ruft nicht nur französischen Lesern ins Bewusstsein, wie hoch die von uns oft für selbstverständlich gehaltenen Werte der Demokratie dort eingeschätzt werden, wo man sie mit Füßen tritt.

Die Autorin erzählt in drei Zeitebenen: In der Gegenwart wird der erwachsene Blaise Fortune mit seiner wahren Identität konfrontiert. Seine eigene Erinnerung beginnt mit dem siebten Lebensjahr und führt ihn zurück in die Leidenszeit einer fünfjährigen Flucht. Glorias Erinnerungen aber reichen bis in die Zeit vor Kumaïls Geburt. Die Grausamkeiten, die Blaise erlebt, erfährt der Leser aus dem Blickwinkel des klugen, gefühlvollen Jungen – zunächst naiv, später staunend, zuletzt ratlos und suchend. So können selbst Brutalitäten, Mord und Verrat glaubhaft Teil einer Flüchtlingsgeschichte werden, die auch Freundschaft und die ersten Verliebtheiten kennt.

Nicht ohne Humor endet fast jedes Kapitel mit einer kleinen lehrhaften Pointe. Oft sind dies Glorias Kommentare, wie ihre Antwort auf die Frage, ob man im Krieg glücklich sein dürfe. »Glücklich sein wird zu jeder Zeit empfohlen, Monsieur Blaise«, sagt sie. Manche Passagen – wie die, die im romantisch gezeichneten rumänischen Zigeunerlager spielt, verschaffen dem Leser eher unterhaltsame Lektüre. Doch selbst sie sind sorgfältig ausgewählt und verweisen jeweils auf Vorurteile oder menschliche Grenzbereiche.

Bondoux und ihrer guten Übersetzerin Maja von Vogel gelingt es, die Gefühle von Blaise und Gloria zum Mittelpunkt und zum Erklärungsmuster eines politischen Dramas zu machen. Der Leser erhält dadurch ein authentisches, lange in Erinnerung haftendes Bild vom Leid, vor allem aber den Wundern einer gelungenen Befreiung.

Anne-Laure Bondoux: Die Zeit der Wunder
Aus dem Französischen von Maja von Vogel
Carlsen Verlag 2011; 188 Seiten; 12,90 Euro

Luchs Nº 292

Jeden Monat vergeben DIE ZEIT und Radio Bremen den LUCHS-Preis für Kinder- und Jugendliteratur.

Am 12. Mai, 15.20 Uhr, stellt Radio Bremen das Buch vor. Redaktion: Libuse Cerna. Das Gespräch zum Buch ist abrufbar unter www.radiobremen.de/funkhauseuropa

radiobremen

So sieht die Innenseite eines französischen Reisepasses aus

Ein Freiheitsfreund

ab 12 Jahren

Geschichte: Vom Leben des Robert Blum VON RALF ZERBACK

Brillante Politiker gibt es in der neueren deutschen Geschichte nicht so viele. Einer aber leuchtet: Robert Blum, der Freiheitsfreund. Er wurde am 9. November 1848, einen Tag vor seinem 41. Geburtstag, erschossen. Damals gab es eine Revolution – und Robert Blum war einer der Kämpfer für Freiheit und Demokratie.

Der Autor Harald Parigger zeigt viele Facetten dieses Mannes: den Blum, der kämpft und spricht, wie auch den Blum, der hilft und rät. Deutschland ist in dieser Zeit ein Staatenbund mit vielen Fürsten, die oft mit Willkür regieren. Ihre Gegner sind Männer wie Blum, die für Einheit und Freiheit kämpfen. Sie tragen Schwarz-Rot-Gold, die verbotenen Farben. Der Kölner Blum, seit 1832 in Leipzig zu Hause, gründet Vereine, hält Reden, schreibt Artikel, gibt Zeitungen und Bücher heraus. Er ist ein Kümmerer, ein Auf- und Einmischer, ein sanfter und kämpferischer Menschenfreund und Familienvater – ein Vorbild.

Als Begleiter Blums erfindet Parigger den 16-jährigen Jungen Friedrich Wilhelm, der auf der Straße lebt. Das ist ein gelungener Kunstgriff, der die Geschichte anschaulicher macht. Kurzweilig ist die Lektüre über das letzte Lebensjahr Blums, seine Zeit als Verleger und Paulskirchenparlamentarier. Eingestreut sind Sachkapitel zur sozialen Not etwa oder zur Märzrevolution, außerdem gibt es Zeittafel und Glossar.

Am Ende kämpft der friedselige Blum mit Waffen, auf den Barrikaden in Wien. Die alten Mächte siegen, Blum wird verhaftet. Doch sein Tod machte ihn zum Helden der Zeit. Ein Buch gegen das Vergessen der frühen Demokraten. Wunderbar sind die Illustrationen von Klaus Puth.

Harald Parigger: 1848 – Robert Blum und die Revolution der vergessenen Demokraten
Arena Verlag 2011; 144 Seiten; 9,99 Euro

Das Hamstermassaker

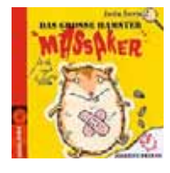
ab 8 Jahren

Eine Ermittlung in Sachen Haustiermord VON SUSANNE GASCHKE

Hamster sind problematische Haustiere. Sie kriegen wahnsinnig schnell einen Herzinfarkt. Oder werden von Schiebetüren zerquetscht. Oder nagen Kaschmirmäntel an und ersticken an den Flusen. Meerschweinchen hingegen sind viel besser als Haustiere geeignet. Sie können viele interessante Geräusche machen. Sie erkennen auf lange Distanzen, wenn jemand Gurken mit dem Messer schneidet. Sie sind robust.

Dafür, dass Katie Davies' Buch *Das große Hamstermassaker* von Hamstern handelt und nicht von Meerschweinchen, ist es ein großartiges Buch. Oder nein, eigentlich ist das ungerecht: Es ist auf jeden Fall ein großartiges Buch. Es ist spannend. Witzig. Ironisch. Lehrreich. Man erfährt zum Beispiel, was Massaker bedeutet. Massaker allgemein: Gemetzel, Blutbad, Massenmord. Umgangssprachlich, scherzhaft: eine schwere Niederlage, besonders im Sport. So steht es im Lexikon. Das Hamstermassaker, da ist sich Anna sicher, war auf jeden Fall ein *allgemeines* Massaker. Aber der Reihe nach.

Anna und ihr kleiner Bruder Tom wünschen sich sehnlichst einen Hamster. Unterstützt werden sie dabei von Annas bester Freundin Susanne. Doch die Erwachsenen sind völlig uneinsichtig: Annas Vater sagt, er habe in dieser Familie nicht die Hosen an und Annas Mutter müsse entscheiden. Annas Mutter sagt, Hamster kämen ihr schon wegen der »Neuen Katze« nicht ins Haus. Die »Neue Katze« ist wild, jagt alles (von nackten Zehen bis zu Klospülgeräuschen) und erschreckt andere Haustiere zu Tode. »Du und dein Bruder, ihr könnt den Hamster auch gleich umbringen, wenn ihr ihn auch nur in die Nähe von der Neuen Katze lasst«, sagt die Mutter.



Oma ist es, die den Kindern erklärt, warum Mama ein gestörtes Verhältnis zu Hamstern hat (Schiebetür, Kaschmirmantel). Als Oma stirbt (ein sehr stiller, trauriger Teil des Buches), weint Annas Mutter viele Tage lang. Und dann dürfen zum Trost für alle doch zwei Hamster ins Haus. Beide sind Weibchen, angeblich. Wohl eher ein Elternpaar, tatsächlich: Denn nach ein paar Wochen werden acht winzige Hamsterbabys geboren. Und dann geschieht etwas, was den Kindern noch schrecklicher vorkommt als Omas Tod: Alle acht Hamsterbabys werden in einer Nacht totgebissen – und Elternhamster Nummer 2 verschwindet aus dem Käfig. Wahrscheinlich ist er der Täter, sagen die Erwachsenen.

Aber Anna, Tom und Susanne wollen das nicht glauben. Gemeinsam mit Omas Freundin Mrs. Rotherham, einer pensionierten Kriminalbeamtin, starten sie eine richtige Ermittlung. Wichtige Frage: Gibt es jemanden, der schon mal etwas Ähnliches getan hat? Es sieht gar nicht gut aus für die Neue Katze. Aber auch nicht für Mama ...

Katie Davies: Das große Hamstermassaker
Sauerländer Verlag 2011; 207 Seiten; 14,95 Euro

Foto: Pascal Bastien/Fedephoto/StudioX

Im Geisterreich der Moral

Schon baumeln wieder die Anti-AKW-Buttons an den Kinderwagen. Realpolitik wird gefürchtet. In Libyen will man nicht militärisch helfen, Osama bin Laden hätte nicht getötet werden dürfen, der Afghanistan-Einsatz gilt als bedenklich. Über einen deutschen Reflex VON ADAM SOBOCZYNSKI

Die achtziger Jahre sind womöglich nicht nur in modischer Hinsicht zurückgekehrt, auch die Insignien, Lebensgewohnheiten und Einstellungen des neuen Bürgertums scheinen sich gespensterhaft an die Tradition der alten Bundesrepublik zu schmiegen. Der »Atomkraft? Nein Danke«-Button wird wieder ganz unironisch an Kinderwagen und Blusen geheftet, man nimmt teil am Protest gegen Stuttgart 21 und empfindet auch wieder moralische Überlegenheit angesichts der hässlichen Realpolitik: Die Irritation jedenfalls war groß, als die Kanzlerin angesichts der Tötung von Osama bin Laden ihre Freude bekundete. Und vermutlich war die Furcht der Regierenden vor einem Bundeswehreinsatz in Libyen auch nicht unberechtigt: Niemand wäre sonderlich verwundert gewesen, hätten im Falle einer deutschen Beteiligung muntere Antikriegsdemonstrationen stattgefunden.

Für den Augenblick ist man jedenfalls eher wieder verführt, Kritik am berüchtigten Gutmenschentum der Deutschen zu üben. Der Gutmensch, so das in die Jahre gekommene und vielfach missbrauchte Klischee, organisiere eine Unterschriftenliste, sobald in Nairobi jemand benachteiligt sei. Es galt ihm seinerzeit alles als Zeichen für die Verdorbenheit der Gesellschaft: die Schminke als ein Zeichen des Schönheitswahns in unserer Gesellschaft, die Missionarsstellung als Zeichen der Frauenunterdrückung in unserer Gesellschaft, der Schwule als Opfer der Zwangsheterosexualität in unserer Gesellschaft – und so weiter.

Noch vor wenigen Wochen sah es so aus, als hätten die sogenannte Spaßgesellschaft, Harald Schmidts heitere Angriffe auf die Political Correctness oder die popliterarische Feier der Oberfläche und der Warenwelt längst einen Mentalitätswechsel herbeigeführt. Der moralische Überschwang der Nachkriegsgesellschaft schien jedenfalls gründlich überwunden, Witze über Müsliesser, Friedens- und Umweltaktivitäten galten zu Recht als arg angefault.

Nun reicht der moralische Idealismus, der die Bundesrepublik über lange Zeit prägte, weit zurück und kann bei Bedarf, wie man gerade verwundert sieht, auch wieder aus der Versenkung geholt werden. Er gehörte bereits zur Grundausstattung der sich im 18. Jahrhundert konstituierenden bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufklärungsschriften propagierten mit Pathos die Sittlichkeit des Bürgers. Dieser sollte in moralischer Hinsicht sowohl den frivolen Höfling als auch den mit realpolitischem Zynismus handelnden Herrscher überstrahlen. Das deutsche Bürgertum, einer Revolution abgeneigt, wirkte politisch lediglich indirekt: indem es die Welt hygienisch aufteilte in ein Reich der Moral und ein Reich der Politik. Im Reich der Moral residierte die Kritik, die sich vom Schmutz der Politik unberührt glaubte. Kritik erlag damit dem »Schein ihrer Neutralität« (Reinhart Koselleck), sie wurde zur Hypokrisie, zur Scheinheiligkeit – wie ehrenwert die Ziele der Aufklärer auch sein mochten. Vor dem Richterstuhl reiner Moral hatte der Fürst immer schon unrecht. So wie jeder realpolitisch Handelnde oder auch nur Unverbitterte in den achtziger Jahren immer schon unrecht hatte gegenüber einem moralisch hochgerüsteten Bürger, dessen beständige Gewissensbefragung und anklagende Innerlichkeit unverkennbar in der pietistischen Tradition des 18. Jahrhunderts wurzelten. Dieser verbarg mit dem Verweis auf Moral nur notdürftig die eigenen handfesten Interessen.

Historisch besehen, hat, um das Mindeste zu sagen, das starke Augenmerk, das man in der Aufklärung auf die Sittlichkeit richtete, Deutschland keineswegs zu einer moralischen Anstalt gemacht. Die Moral ist offenbar eine Kraft, die stets das Gute will und mithin das Böse schafft. Hannah Arendt hat in ihrem Buch über Adolf Eichmann minutiös dargestellt, wie der moralische Diskurs in Deutschland mit nationalsozialistischen Überzeugungen bestens verschmelzen konnte. Der Generalgouverneur des besetzten Polens, Hans Frank, reformulierte gar den kategorischen Imperativ dahingehend, dass man so handeln solle, »daß der Führer, wenn er von deinem Handeln Kenntnis hätte, dieses Handeln billigen würde«.

Nun wäre es Kant natürlich niemals in den Sinn gekommen, das Prinzip des Handelns mit dem Prinzip des jeweiligen Gesetzgebers eines Landes in eins zu setzen. Doch, so Hannah Arendt, lasse sich viel von der peniblen Gründlichkeit, mit der die »Endlösung« in Gang gesetzt wurde, »auf die eigentümliche, in Deutschland tatsächlich sehr verbreitete Vorstellung zurückführen, daß Gesetzestreue sich nicht darin erschöpft, den Gesetzen zu folgen, sondern so zu handeln verlangt, als sei man selbst der Schöpfer der Gesetze, denen man gehorcht«. Die Forderung, nicht nur den Buchstaben des Gesetzes zu gehorchen und sich so in den Grenzen der Legalität zu halten, sondern den eigenen Willen mit dem Geist des Gesetzes zu identifizieren, klingt noch heute mit, wenn man etwa belehrt wird, jeder müsse mit dem Umweltschutz vor der eigenen Haustür anfangen. Wem solch lediglich individuelle, vorauseilende Anstrengungen nicht spontan einleuchten, der wird sogleich entlarvt als jemand, der angeblich kein kritisches Bewusstsein entwickelt hat.

Illustration: Smetek für DIE ZEIT / www.smetek.de

Ethik in Deutschland ist traditionsgemäß Gesinnungsethik. Handlungen werden im Hinblick auf die Realisierung eigener Prinzipien bewertet, ungeachtet der Handlungsfolgen. Ein Gesinnungsethiker fragt sich nach der Tötung eines Terroristen, ob die Tat gegen seine Prinzipien verstößt. Der Verantwortungsethiker hingegen räsoniert über die Folgen der Tat und fragt sich, ob diese hinreichend vorteilhaft sind, um sie zu verantworten. Als Angela Merkel ihre Freude über Osama bin Ladens Tötung bekundete, sprach sie offenkundig als Verantwortungsethikerin und sah sich mit einer gesinnungsethisch gepolten Öffentlichkeit konfrontiert. Einer Öffentlichkeit, die es auch prinzipiell für verantwortungslos hält, mit Atomkraftwerken Geld zu verdienen – eine Abwägung von Risiken darf dann gar nicht mehr angestellt werden.

Ein Verantwortungsethiker vermag politisch zu handeln, da er Optionen abwägt. Der Gesinnungsethiker ist verführt, das Politische per se als verlogen zu empfinden und im Geisterreich der Moral es sich bequem einzurichten.

www.zeit.de/audio

LEKTÜRE ZUR LAGE

Maria Shriver und Arnold Schwarzenegger haben sich »nach langem Nachdenken, **Diskussionen** und **Gebeten**« dazu entschlossen, sich zu trennen, wobei sie nicht sagten, um welche Gebete es sich handelte. Auch nicht, ob nun Shriver oder Schwarzenegger an Jesu Worte am Kreuz gedacht hat: »Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?«

FILMFESTSPIELE IN CANNES

Von wegen mundtot!

Trotz Berufsverbots haben iranische Regisseure neue Filme gedreht

Es ist eine echte Sensation: Die Filmfestspiele in Cannes werden neue Filme von Jafar Panahi und Mohammed Rasoulof zeigen. Zur Erinnerung: Die iranischen Regisseure waren 2010 in Teheran verhaftet worden und wegen »propagandistischer Aktivitäten« zu sechs Jahren Haft und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt worden. Sie legten Berufung gegen das Urteil ein, doch in vielen Berichten war fortan zu lesen, die beiden seien in Haft. Wie aber konnten sie da Filme von 100 (Rasoulof) und 75 Minuten Länge (Panahi) drehen?

Der Fall zeigt, wie undurchsichtig solche Vorgänge in einer Diktatur für Außenstehende bleiben. Selbst Kollegen der Verurteilten in Iran finden die sensationsheischenden Meldungen, in Cannes würden Filme der Häftlinge gezeigt, »lächerlich«. Beide Regisseure sind seit ihrer Verurteilung auf freiem Fuß und warten auf den Ausgang des Berufungsverfahrens. Aber die Sache wird noch komplizierter: Mohammed Rasoulof hat für seinen Film *Bé Omid é Didar* (Auf Wiedersehen) sogar eine offizielle Drehgenehmigung der Behörden bekommen; inzwischen hat er sein Werk beim Kulturministerium eingereicht: Er bemüht sich um die Erlaubnis, ihn in Iran vorführen zu dürfen. Wer nun denkt, der 38-Jährige habe dafür Kompromisse mit dem Regime gemacht, sieht sich abermals getäuscht: Nach Angaben des Festivals erzählt der Film die Geschichte eines jungen Teheraner Anwalts, der ein Visum zum Verlassen des Landes zu ergattern sucht – genau das, was Rasoulof im Winter versucht hat. Solch einen Film zu erlauben, zeigt vor allem eins: Willkür und totale Verunsicherung sind die perfidesten Kontrollmethoden des Regimes. Die Kunst, einander offenbar widerstreitenden Behörden Zugeständnisse abzuluchsen, wird für den Regisseur so wichtig wie ein gutes Drehbuch.

Panahis neues Werk – ohne Genehmigung entstanden – ist noch direkter autobiografisch: *In Film Nist* (Dies ist kein Film) ist eine Art filmisches Tagebuch, in dem der Regisseur vom endlosen Warten auf den Ausgang seines Berufungsverfahrens erzählt. Man sieht ihn in seiner Wohnung, auf dem Balkon mit Blick über Teheran, auf dem Sofa, einen Leguan auf der Schulter. »Die Tatsache, dass wir am Leben sind, und der Traum, das Kino am Leben zu erhalten, haben uns motiviert, über die existierenden Grenzen des iranischen Kinos hinauszugehen«, schreibt Panahi in einem Brief an die Festivalleitung, die ihn zusätzlich mit einem Preis ehrt. »Unsere Probleme sind auch unser ganzer Besitz. Dieses Paradox zu verstehen hat uns geholfen, nicht die Hoffnung zu verlieren. Es ist unsere Pflicht, uns nicht besiegen zu lassen und Lösungen zu finden.«

Der Schritt der beiden, in ihrer unklaren Situation mit neuen Filmen an die Weltöffentlichkeit zu gehen, zeugt von außerordentlichem Mut – und davon, dass die Kunst nur ganz schwer mundtot zu machen ist. Im Sande verlaufen kann das Verfahren gegen die beiden nun nicht mehr. Umso wichtiger ist es, immer wieder an ihr Schicksal zu erinnern. Dass Öffentlichkeit ihm helfe und nicht schade, hat Panahi selbst immer wieder betont. Seine Furchtlosigkeit sollte uns eine Verpflichtung sein. CHRISTOF SIEMES

Es steht in den Sternen

Das Marbacher »Literaturmuseum der Moderne« spekuliert über das »Schicksal« VON THOMAS ASSHEUER

Was das »Schicksal« angeht, so ist die Metapherngeschichte des Abendlandes rasch erzählt. Wie die antiken Götter, so war auch das Schicksal einmal unsterblich. Dann aber kamen zwei Aufklärer, Moses und Christus, und besiegelten das Schicksal des Schicksals. Sie stürzten die Götter vom Thron und entzogen dem Aberglauben an das Fatum jeden Kredit. Oder um ein berühmtes Wort von Heinrich Heine abzuwandeln: Seit Moses und Christus schwimmt das Schicksal unbewiesen in seinem Blut.

Indes, die Metaphorik des Schicksals hat ihren Thronsturz blendend überlebt. Es bleibt eine zentrale kulturelle Deutungsreserve, und vor allem in der Literatur ist das »Schicksal« nicht unterzukriegen und spendet dem Leser als Chiffre für das Ungeheure, Unfassbare und Undurchschaute einen numinosen semantischen Trost. *Schicksal. Sieben mal sieben unhintergehbare Dinge* heißt der Versuch des Marbacher Literaturmuseums der Moderne, das Fatum auferstehen zu lassen – mit kleinen Stücken aus der Schreibwerkstatt unter anderem von Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger, Gottfried Benn, Carl Schmitt, Botho Strauß, Martin Walser und – obendrüber und mittendrin – Martin Heidegger, der einst die faschistische Schicksalsmythologie veredelt hatte und der nun auf dem Marbacher Weltwebstuhl alle Schicksalsfäden in der Hand zu halten scheint.

Die Atmosphäre ist entsprechend mythogen und dunkel, aber dazwischen gibt es immer wieder einen hellen klaren Witz, kuriose Fundstücke wie Friedrich Kittlers handgelöteten Synthesizer, Robert Gernhardts Stachelschweinborsten oder herzbewegend aufgeklärte Texte, die dem Schicksal ein Schnippchen schlagen, indem sie seine rätselhafte Macht freundlich anerkennen – und dadurch unterlaufen. Über allen sieben Vitrinen flackert eine himmlische Disco-Schicksalskugel, was wohl heißen soll: Die nachtragische Moderne macht aus Fortunas Ballwürfen eine dämliche Pop-Kugel, anstatt dem immerwährenden Ernst ins Auge zu sehen, dem Einbruch der schicksalhaften Zeit in das moderne Spiel.

Bunt purzeln die Schicksalsbegriffe durcheinander, und vielleicht geht es auch nicht anders, wenn Zitate, die sich oft von Herzen fremd sind, umstandslos auf Tuchfühlung gebracht werden. Mal kommt das Schicksal von unten, dann wieder von oben, hier ist es bloß eine Metapher, dort Metaphysik oder, wie bei Walter Benjamin, der Schuldzusammenhang des Lebendigen. Mal ist das Schicksal erlitten, mal selbst gemacht, dann ist es, wie in einem Brief des Dichters Friedrich Rückert, von Gott nicht verhindert worden: Wie kann der Allmächtige es zulassen, dass seine Liebsten, seine Kinder, an Scharlach sterben?

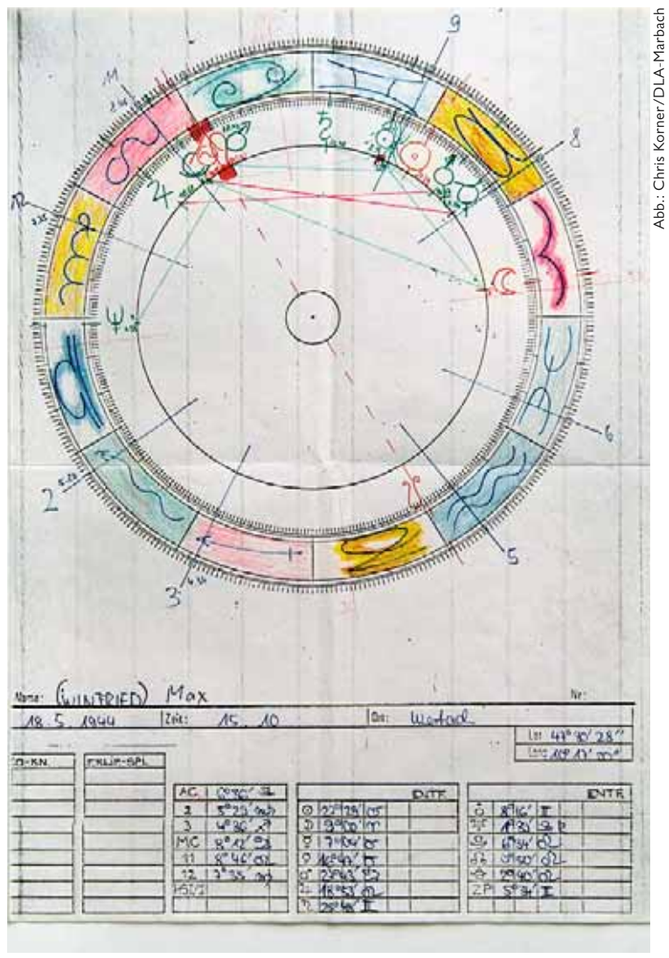


Abb.: Chris Korner/DLA Marbach

Planetenbild des Schriftstellers W. G. Sebald, der am 18. Mai 1944 im Allgäu geboren wurde und 2001 tödlich verunglückte

Und doch: Ohne Kompass, ohne scharfes analytisches Besteck kommt man auf dem Feld des Schicksals schnell in Teufels Küche. Unter dem Leitbegriff »Wende« stößt der Betrachter – einmal mehr – auf Heideggers *Sein und Zeit*, und zwar auf jenes Exemplar, in dem der Dichter Paul Celan zarte Anstreichungen vorgenommen hat. Der Ausstellungskommentar lautet allen Ernstes, Heidegger habe Celan die »philosophische Begründung einer Poetik« geliefert, »die den Tod voraussetzt und auf ihn zuläuft« – den Tod als »Grundbefindlichkeit des Daseins«. Diese Sätze zeigen, wenn sie denn kein Versehen sind, die Grenzen einer Remythisierung, die – jedenfalls in diesem Fall – mit philologischer Waffengewalt ihr Beweismaterial sichtet und sichert. Nicht nur, dass die Ausstellung den Juden Celan poetologisch zum Ministranten Heideggers erklärt; sie behauptet auch, Celan schreibe nach Auschwitz über den Tod in Denkfiguren, die ihm *Sein und Zeit* vorgegeben habe. Tatsächlich sprechen Celans Gedichte über millionenfachen Mord, über die Vernichtung der europäischen Juden, sie sprechen von einer Schuld, die die deutsche Sprache bis in ihre grammatischen Tiefenschichten verbrannt und jede mythologisierende Rede über »Schicksal« unmöglich gemacht hat.

Oder ein anderes Beispiel. »Sind gerettet. Wohnen 317 West 95«, telegrafiert Hannah Arendt an Günter Anders nach langer Flucht am 3. Mai 1941 aus New York. Was soll das Dokument im Kontext einer Schicksals-Ausstellung dem Publikum sagen? Dass Hannah Arendt einem metaphysischen Fatum entkam, einer Macht, die hinter den Kulissen der Geschichte ihr zeitloses Wesen treibt? Das kann man gewiss nicht meinen, denn Hannah Arendt ist genau dem geschichtlichen Schicksal entronnen, das die Nationalsozialisten für Juden vorgesehen hatten.

Zwischen den Zeilen verbreitet die Ausstellung den Eindruck, die Reflexion des Schicksals sei von einer erdrückenden akademischen Korrektheit zum Schweigen gebracht worden und erst heute, nach dem Untergang der schicksalsvergessenen Bundesrepublik, dürfe man wieder frei und unbefangen über das große Dunkle reden. Wirklich? Nachdem Generationen von Studenten mit Goethes und Benjamins, mit Thomas Manns und Hans Blumenbergs Mythosbegriffen erkenntnisdienlich behandelt wurden, ist das nicht nur eine waghalsige Behauptung; sie schrammt auch an der entscheidenden Frage vorbei. Diese Frage lautet, ob es nicht eine moderne Gestalt des Schicksals gebe – neue Gewalten, die auf die Namen »Klimakatastrophe«, »Finanzkapitalismus« und »Fukushima« hören. Das sind die Menetekel der Moderne, aber sie entsteigen nicht dem Opferrauch der Seinsgeschichte, sondern sind selbst fabriziert. Und nur wer nicht an das Schicksal glaubt, kann den modernen Schicksalsmächten in den Arm fallen.

»Schicksal. Sieben mal sieben unhintergehbare Dinge«. Bis 28. August, Literaturmuseum der Moderne, Marbach, Schillerhöhe 8 bis 10; Katalog 15 Euro

SPARGEL-SAISON

Bitte mit Sauce hollandaise!

Wir wollen hier kurz einmal das Wort ergreifen für eine Verteidigung des Snobismus. Snobismus trägt dem enervierenden Umstand Rechnung, dass die Welt sehr langweilig ist, wenn alle ständig dasselbe sagen. Deswegen versucht der Snob das zu sagen, was andere noch nicht oder nicht mehr sagen. Das ist simpel, in seiner Wirkung aber wohltuend. Es trägt zur semantischen Biodiversität bei. Nun ein kleiner Tipp zur Anwendung. Seit einigen Jahren sagen alle, wenn es ums Essen geht, dass ihnen die einfachen Genüsse die liebsten seien. Alles kann gar nicht schlicht und ursprünglich genug sein! Hauptsache, gute Produktqualität, heißt es dann immer. Und: Bitte keine molekulare Küche, ein Stück Brot mit sehr (das »sehr« wird dann in auffälligem Kontrast zur Haltung der Einfachheit ziemlich dick aufgetragen …) gutem Olivenöl tue es auch. Das ist ja in der Tat köstlich, wenn es aber zur Phrase von allen geworden ist, kann man es vielleicht noch essen, aber nicht mehr hören!

Besonders schlimm ist es in der Spargelzeit. Da tönt es vom Glockenbachviertel bis nach Eppendorf, von Kreuzberg bis Sachsenhausen: »Also ich esse zum Spargel ja nie Sauce hollandaise, sondern nur Butter. Ganz einfach und klar.« Und alle nicken sie wie die Esel. Geneigter Leser, wollen Sie sich einmal an Ihre Kücheninsel stellen und eine Sauce hollandaise montieren, damit Sie wieder vor Augen haben, wie viel an Geschick und Fingerspitzengefühl in eine solche Sauce eingeht, und wie herrlich es ist, wenn die Emulsion aus Eigelb, Weißwein, Butter und Zitrone im Wasserbad glückt und nicht zerfällt. Und beim nächsten Businesslunch bestellen Sie dann bitte lauthals Sauce hollandaise, um dem kulinarischen Justemilieu, dem vernagelsten von allen, ein Licht aufzusetzen. Das wäre mal ein neuer Ton. Ich meine, wer sehnte sich nicht nach der Einfachheit des Paradieses? Aber wir sind nun mal aus dem Garten Eden vertrieben und haben seither die ein oder andere Kultur- und Küchentechnik dazugelernt. Es gibt keinen Grund, das zu verleugnen. IJOMA MANGOLD

LUDWIG MEHLHORN

Am Tor zu Europa

Es gibt wenige Biografien, an denen man wie im Prisma erkennt, was Ostdeutschland, was die DDR im besten Fall vom Westen unterscheidet. Sie halten jenes Gefühl politischer Dankbarkeit wach, das der Westen den Bürgerrechtlern des Ostens schuldet. Ludwig Mehlhorn hat ein solches ostdeutsches Leben geführt: Arbeiterkind, im Erzgebirge geboren, studierter Mathematiker, bekennender Protestant, Mitglied von Aktion Sühnezeichen seit 1969, Reiseverbot seit 1981, Berufsverbot 1985, danach Hilfspfleger, Mitbegründer von Demokratie Jetzt im September 1989. Ludwig Mehlhorn hatte sich früh selbst die polnische Sprache beigebracht, um Texte von Polens Oppositionellen, Wissenschaftlern und Schriftstellern für die Bürgerrechtler der DDR zugänglich zu machen. Er war Christ, immun gegen die Varianten kommunistischer Weltdeutung, umso offener für den genuin polnischen Weg in die Demokratie und für die zivile Verständigung mit den Gesellschaften Osteuropas. Der Herbst 1989 war ihm ein Tor nach Europa, es verwundert daher nicht, dass sein Interesse der politischen Gedankenwelt der Kreisauer galt, des Widerstandskreises um den Grafen Moltke, dessen schlesisches Gut er in ein europäisches Begegnungszentrum umzuwandeln half. Jetzt ist Ludwig Mehlhorn, erst 61 Jahre alt, in Berlin gestorben. ELISABETH VON THADDEN

FUSSBALL

Der Athlet weint

Fußballer zu sein ist ein hartes Geschäft. Zerrissen sind sie zwischen der turbokapitalistischen Welt ihrer Manager und dem Identifikationsverlangen ihrer Fans. Für die Mannschaft sollen sie sich aufopfern, kämpfen, Titel gewinnen. Gleichzeitig müssen sie kühl ihre Karriereplanung »vorantreiben«, den »nächsten Schritt« wagen, »weiterkommen«. Nuri Sahin, der Dortmunder, möchte ein ganz Großer werden. Genauso wie Manuel Neuer, der Mann aus Schalke. Deshalb wechseln beide nach Jahren den Verein. Sahin geht nach Madrid, Neuer vielleicht zu den Bayern, vielleicht auch nicht. Beide sind vor die Presse getreten. Beide haben bei der Pressekonferenz geweint. Der moderne Fußballer weint, weil er sich so zerrissen fühlt zwischen inkompatiblen Systemen, zwischen Kapitalismus und Moral. Er weint, als wolle er sagen: Ach, dieses Geschäft ist so grausam. Ich würde so gerne hier bleiben, aber was soll ich machen? Irgendwann muss sich das Individuum aus dem Kollektiv winden und egoistisch sein. Je härter dieser kapitalistische Imperativ zuschlägt, desto eher spüren die Spieler die engen Bande zu ihrem Verein, desto eher beglaubigen die Tränen ihre Worte. Der moderne Fußballer weint um den Verlust seiner Herzensliebe, für den er sich selbst entschieden hat. KILIAN TROTIER

Nuri Sahin muss leider nach Madrid

DROGENKRIEG

»Kein Blut mehr«

Selten mischt sich ein Poet so vehement in die Politik ein wie der mexikanische Dichter Javier Sicilia, dessen Sohn kürzlich in Cuernavaca, in der Nähe von Mexiko-Stadt, ermordet wurde, wahrscheinlich von einem Drogenkartell. Am Wochenende führte Sicilia von dort aus einen mehrtägigen Schweigemarsch zum zentralen Platz der Hauptstadt, und etwa hunderttausend Bürger folgten ihm. *»No más sangre«,* forderten sie – »kein Blut mehr«. Auch in anderen Städten fanden Demonstrationen statt, schließlich war der April mit über 1400 Toten der blutigste Monat im mexikanischen Drogenkrieg – ein Krieg, der bislang etwa 40 000 Menschen das Leben kostete. Die Kritik galt insbesondere Präsident Calderón, der seit 2006 die Armee gegen die Drogenkartelle einsetzt. Erst Calderóns »Krieg gegen die Drogen«, so die Demonstranten, habe die Gewaltspirale ausgelöst. Dass sich vor den Wahlen im nächsten Jahr etwas ändert, glaubt aber niemand, denn Politik, Armee und Drogenmafia sind, wie Sicilia beklagte, tief verstrickt. JOHANNES THUMFART

In Mexiko-Stadt: Protest der Bürger gegen die Gewalt

Fotos (v.o.n.u.): Michael Weber/imagebroker/mauritius images; [M] Sascha Schuermann/dapd; Alex Cruz/EPA/dpa

Die Quotenfrau

Angeblich weiß sie, was Deutschland sehen will: Ein Gespräch mit der Senderchefin Anke Schäferkordt über das Menschenbild von RTL

Anke Schäferkordt, 48, zwischen Kameras im neuen RTL-Studio in Köln. Die Westfälin studierte Betriebswirtschaft, war Controllerin bei Bertelsmann und Senderchefin bei Vox. Seit 2005 leitet sie die Mediengruppe RTL Deutschland

Fotos: Thomas Rabsch/RTL (o.); kl. Fotos (Ausschnitte: v.l.n.r.): Gregorowius/RTL; Menne/RTL; Friese/RTL; Gregorowius/RTL

DIE ZEIT: Frau Schäferkordt, ein Kollege hat Sie neulich in einem Porträt als *»wonder woman«* der deutschen Medienlandschaft angehimmelt. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde, oder?

Anke Schäferkordt: Ich bin kein großer Freund von Artikeln über mich persönlich. Ich habe in meinem ganzen Leben noch keine Homestory gemacht, obwohl es ständig Anfragen dafür gibt. Einmal fiel dabei der schöne Satz: »Frau Schäferkordt, unser Leser hat ein Recht darauf zu erfahren, wie Sie leben.« Ich dachte erst, der Journalist veräppelt mich, aber er meinte es ernst.

ZEIT: Dann lassen Sie uns über Ihr Geschäft reden: RTL ist klarer Marktführer, im Januar hatten Sie bei den jungen Zuschauern einen Marktanteil von 21 Prozent, auch beim Gesamtpublikum liegen Sie deutlich vor ARD und ZDF. Wie machen Sie das?

Schäferkordt: Wir interessieren uns für unsere Zuschauer und nehmen sie ernst. Mit ihrem Informationsinteresse genauso wie mit ihrem Wunsch, mal loslassen zu wollen vom Alltag, sich mal nur gut unterhalten zu fühlen, Spaß haben zu wollen.

ZEIT: Wie finden Sie heraus, was die Leute wollen? Reden Sie mit Ihrem Taxifahrer?

Schäferkordt: Es ist jetzt nicht unser Hauptforschungsgebiet, aber Sie werden lachen: Das mache ich gerne. Nach einer großen Show ist es auch spannend, Bahn zu fahren und zu hören, was die Menschen reden.

ZEIT: Und?

Schäferkordt: Montags morgens war *DSDS, Deutschland sucht den Superstar,* in den letzten Monaten durchaus im Gespräch. Wir kriegen auch viel Zuschauerfeedback, Zuschriften, Anrufe. Zudem bekommen wir über tägliche Magazine wie *Punkt 12* ein Feedback, bei dem wir an den Quotenverläufen genau sehen, welches Thema interessiert.

ZEIT: Mitten in der Finanzkrise haben Sie gesagt, die Leute wollen sich jetzt lieber entspannen und nicht so viel Konflikt im Programm. Nun gibt es einen Atom-GAU und Krieg in Libyen. Muss Ihr Programm jetzt noch seichter werden?

Schäferkordt: Da muss man in die einzelnen Genres schauen, dort sehen wir schon eine Veränderung. Unsere Zuschauer haben zunächst sehr viel Nachrichten geguckt. N-tv hatte den erfolgreichsten Monat seiner Geschichte und den Marktanteil verdoppelt. Damit geht aber Hand in Hand, dass der Zuschauer auch loslassen will, mit einer Show oder mit einer eher leichten Serie. Im Moment sucht der Zuschauer diesen Ausgleich verstärkt, auf einem ähnlichen Niveau wie während der Krise 2009.

ZEIT: Haben die Ereignisse direkten Einfluss auf fiktionale Formate? Gibt es bald bei *Gute Zeiten Schlechte Zeiten* einen notorischen Grünen-Wähler, der sich im Garten einen Atombunker baut?

Schäferkordt: Natürlich finden Sie vor allem in den Soaps wieder, was gerade in der Realität meist jüngerer Menschen relevant ist. Ob sich da gleich einer einen Atombunker baut? Das wäre am Vorabend wohl zu teuer ... Bei großen Primetime-Serien dagegen sind die Produktionsvorläufe deutlich länger. Da ganz kurzfristig auf politische Ereignisse zu setzen, halte ich für einen Fehler.

ZEIT: Schaffen Sie nicht manchmal auch Bedürfnisse? Die Zuschauer des »Dschungelcamps« haben vielleicht gar nicht gewusst, was man alles an niederen Instinkten bei ihnen entsichern kann ...

Schäferkordt: Bitte! Sie glauben doch nicht, dass ein Format in Menschen Instinkte produzieren kann, die vorher noch nicht da waren! Ich würde uns zwar immer gern als einflussreich sehen, aber das glaub' ich beim besten Willen nicht. Die Instinkte des Menschen können wir im Fernsehen so wenig beeinflussen wie Sie im Zeitungsbereich.

ZEIT: Wir wollen das ja auch gar nicht.

Schäferkordt: Auch nicht die gehobenen Instinkte? Da bin ich jetzt erstaunt.

ZEIT: Nehmen wir *Bild* – da sind wir auf halbwegs neutralem Gelände. Die treiben täglich eine Sau durchs Dorf, von der das Publikum oft nicht wusste, dass diese Sau überhaupt existiert.

Schäferkordt: Natürlich sind die Sehbedürfnisse der Zuschauer nicht eindeutig. Ich kann mich nicht auf die Hohe Straße in Köln stellen und fragen: Was willst du sehen, lieber Zuschauer? Und er sagt: Ich fände eine Unterhaltungsshow toll, die komödiantische Aspekte bietet, im australischen Dschungel spielt, und wir schicken Prominente dorthin, die eine Zeit lang auf sich gestellt sind und mit der Kamera beobachtet werden. So einen Zuschauer würden Sie kaum finden.

Vier von Schäferkordts Erfolgsformaten: »Deutschland sucht den Superstar«, das »Dschungelcamp«, die »Super Nanny« und »Raus aus den Schulden« mit Peter Zwegat (von links). Schäferkordt ist auch für Sender wie Vox und n-tv verantwortlich; insgesamt unterstehen ihr knapp 2500 Mitarbeiter

ZEIT: Den würden Sie sonst wohl einstellen.

Schäferkordt: Zumindest nachdem wir das produziert, getestet und erfolgreich platziert hätten. Aber natürlich kommt überall, wo man ein Mikro aufstellt und die Leute befragt, etwas heraus, das man »gewünschtes Antwortverhalten« nennt: Bitte noch mehr Informationsangebote und Dokumentationen! Oder: Die barocke Oper findet viel zu wenig statt! Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie danach Ihr Programm gestalten und damit die Mehrheit der Zuschauer erreichen, ist ziemlich gering.

ZEIT: Aber durch die hohen Quoten blasen Sie all die Themen auf, verleihen Ihnen eine neue Dimension, vielleicht auch eine politische Brisanz.

Schäferkordt: Wenn ich da kurz widersprechen darf: Es wäre der größte Fehler, den wir machen können – zu glauben, weil wir den Stoff aufgreifen, erreichen wir automatisch vier Millionen Menschen. Das funktioniert so nicht. Wenn wir bei einem Thema danebenliegen oder es auf einem falschen Sendeplatz senden, schalten die Zuschauer um.

ZEIT: Dennoch verhelfen Sie Themen zu einer enormen Sichtbarkeit. Bedeutet das nicht auch eine gewisse politische Macht?

Schäferkordt: Ich kann oder möchte mir nicht vorstellen, dass es erst unserer Sendungen bedarf, damit ein Thema, das virulent ist in der Gesellschaft, in der Politik ankommt. Das wäre vermessen.

ZEIT: Aber Ihr Sender ist nun einmal Marktführer. Sie bestimmen mit über den gesellschaftspolitischen Diskurs in Deutschland. Sie haben eine gesellschaftliche Verantwortung.

Schäferkordt: Natürlich. Jedes Medium hat sie. Als Marktführer haben wir eine besondere Verantwortung, und wir nehmen sie wahr. Aber das war ja nicht Ihre Frage. Sie haben gefragt, ob die Politik Themen erst dadurch wahrnimmt, dass wir sie zum Thema machen, und das würde mich erschrecken.

ZEIT: Wie gehen Sie mit Ihrer Verantwortung um? Wo verläuft die Grenze dessen, was Sie nicht mehr zeigen, obwohl es eine gute Quote verspricht?

Schäferkordt: Das kann man pauschal nicht sagen. Jeden Tag treffen wir Einzelfallentscheidungen, ganz egal, ob es um Nachrichten oder Unterhaltungsformate geht, ob im Genre Real Life oder auch in der fiktionalen Unterhaltung.

ZEIT: In der jüngsten Staffel von *DSDS* gab es »Freddy Fickfrosch«, eine Idee von Dieter Bohlen, der mithilfe dieser Comicfigur die Kandidaten noch mehr durch den Kakao zieht. Muss das sein?

Schäferkordt: Das ist eine Geschmacksfrage, aber keine ethische Diskussion, denn der Frosch war, wie Sie richtig sagen, während der Castings eine Comicfigur. Wir müssen schauen, welche Grenzen wir uns setzen: was zeigen wir, was zeigen wir nicht? Eine Diskussion über persönlichen Geschmack zu führen, weil Sie den Frosch nicht gut finden, halte ich, offen gestanden, für müßig.

ZEIT: Wir fragen Sie als Gesamtverantwortliche für das RTL-Programm.

Schäferkordt: Schon klar, nur wie oft und wie differenziert oder eben auch nicht wollen Sie die Diskussion führen? Sie können definitiv fragen, was kann ein *DSDS*-Kandidat erwarten, wenn er sich für die Show bewirbt. Er kommt in die achte Staffel, die Wahrscheinlichkeit, dass er weiß, was ihn erwartet, ist sehr groß.

ZEIT: Wir haben uns nur gefragt, ob der Fickfrosch des Guten zu viel war.

Schäferkordt: Sein offizieller Name war übrigens Freddy, der Frosch. Er war nicht mein persönlicher Favorit. Aber ich distanziere mich deshalb nicht von unserem Format. Es ist extrem erfolgreich, und die Zielgruppe, für die es gemacht ist, hat es extrem angesprochen.

ZEIT: Warum reicht es nicht zu zeigen, dass die Kandidaten nicht singen können? Muss man sie der Quote zuliebe auch noch demütigen? Wir unterstellen mal, dass auch Sie das grenzwertig finden.

Schäferkordt: Es gibt bestimmt Sachen, die nicht mein persönlicher Geschmack sind, die aber auch nicht nur für mich produziert werden. Genau darum geht es eben nicht. Wenn wir Fernsehen für Sie machen würden, würden wir dem, was wir wollen, nicht mehr gerecht werden. Wir würden Fernsehen für eine kleine, relativ elitäre Gruppe machen. Solche Sender gibt es ja bereits.

ZEIT: Aber wo ist für Sie persönlich die Grenze? Würden Sie Hartz-IV-Empfänger im Rhein um einen Arbeitsplatz um die Wette schwimmen lassen?

Schäferkordt: Nein, das würden wir natürlich nicht tun. Das ist auch zynisch. Wenn Sie mich fragen: Würden wir alles tun für die Quote? Dann ist unsere Antwort: Nein. Es gibt sehr viele Grenzen, die wir ziehen.

ZEIT: Ein konkretes Beispiel, bitte.

Schäferkordt: Es gibt ja einen Grund, warum wir bestimmte Dinge nicht gezeigt haben, und deshalb reden wir darüber auch nicht. Jeden Tag treffen wir in den Redaktionen diese Entscheidungen. Wahrscheinlich gibt es auch Fälle, bei denen ich, wäre ich der leitende Redakteur, anders entschieden hätte. Aber wenn Ihre Frage dahin zielt, ob ein Format wie *DSDS* Grenzen bewusst überschreitet, dann antworte ich: Nein, das ist nicht so.

ZEIT: Für eine Folge der *Super Nanny* hat RTL gerade einen Bußgeldbescheid über 30 000 Euro erhalten. Die Kommission für Jugendmedienschutz findet, einige Szenen verstießen gegen die Menschenwürde. Da haben Sie Grenzen überschritten.

Schäferkordt: Wir haben den Bescheid nicht akzeptiert und Einspruch erhoben, um genau das zu klären: Verletzt auch derjenige die Menschenwürde, der Menschenunwürdiges zeigt und dokumentiert? Auch wir haben die Szene intern lange diskutiert. Zudem kann man fragen, ob es richtig ist, bewusst auszublenden, was täglich vermutlich tausendfach in deutschen Familien passiert. Aber auch formal geht es für uns um die nicht unwesentliche Frage, wann und mit welchem Grund in unser Programm eingegriffen wird. Wir wollen das klären, auch im Gespräch mit der Kommission.

ZEIT: Sie haben sich mal über eine Aufführung im Kölner Theater aufgeregt, bei der auf der Bühne gepinkelt wurde.

Schäferkordt: In einen Stahlhelm, aber das müssen wir nicht ausführen.

ZEIT: Dass in Ihrem Programm Känguru-Hoden runtergewürgt werden, ist aber okay?

Schäferkordt: Das ist in vielen Ländern eine Delikatesse! Es ist einfach, Dinge zu skandalisieren, die gar nicht so skandalträchtig sind. Ich habe mich damals im Theater nur aufgeregt, dass ich Geld dafür bezahlt habe, dieses Stück zu sehen. Beim »Dschungelcamp« – es tut mir leid, wenn ich Sie an der Stelle enttäuschen muss – habe ich mich einfach köstlich amüsiert, als Zuschauer. Übrigens hat das auch die Hälfte aller Menschen getan, die an diesen Abenden in Deutschland Fernsehen geschaut hat, quer durch alle Bildungsschichten.

ZEIT: Ist die Inszenierung beim »Dschungelcamp« nicht ein Sinnbild für die gesamte Haltung von RTL? Die Moderatoren stehen oben auf der Brücke, schauen hinab auf die armen Würste unten im Dschungel und machen sich darüber lustig.

Schäferkordt: Nein, es ist das Konzept dieses Formats. Wir nehmen alle ernst, die in den Dschungel gehen, auch wenn wir den einen oder anderen Witz über die Kandidaten machen! Vor allem nehmen wir uns selbst mal richtig auf die Schippe.

ZEIT: Solange es so gut läuft und gutes Geld verdient, haben Sie leicht lachen.

Schäferkordt: Ganz offen: Wenn das mein einziger Beweggrund zum Lachen wäre, hätte ich an der Stelle nichts zu lachen gehabt. Das Format ist relativ teuer und der Januar nicht der werbeintensivste Monat. Wirtschaftlich ist es kein großer Erfolg.

ZEIT: Die Frage, ob Sie selber ins Camp gehen würden, stellt sich wahrscheinlich nicht.

Schäferkordt: Die stellt sich definitiv nicht. Auf keinen Fall. Ich würde auch nicht in einer Castingshow auftreten. Ich habe angemessenes Feedback, das besagt, dass ich nicht singen kann.

ZEIT: Sie könnten es ja als *Undercover Boss* versuchen, in Ihrem neuen Erfolgsformat.

Schäferkordt: Das dürfte eher schwierig werden, weil ich hier im Haus dann doch zu bekannt bin. Interessant wäre es sicher. Aber ich kann mir ja schlecht – wie die Chefs in der Sendung – einen Bart wachsen lassen. Nur würde ich mich dabei von einer Kamera begleiten lassen? Nein. Mich drängt es nicht auf den Bildschirm. Auch wenn ich hoch verschuldet wäre, was ich zum Glück nicht bin, würde ich vielleicht einen Schuldenberater aufsuchen, aber sicher keinen vor der Kamera.

ZEIT: Sonst müssten Sie sich hinterher womöglich noch wie die »Dschungelcamp«-Bewohner beschweren, dass man Ihnen übel mitgespielt habe.

Schäferkordt: Dass Kandidaten hinterher manchmal sagen, das Ergebnis fanden wir aber nicht so gut, kommt vor. Mit öffentlicher Kritik bekommen sie noch einmal hohe Aufmerksamkeit.

ZEIT: Aber was wir vom Camp sehen, ist genauso eine Fiktion wie die »Scripted Reality« im Nachmittagsprogramm, wo die Realität sich einem Drehbuch fügt.

Schäferkordt: Das sind komplett verschiedene Sendungen!

ZEIT: Können die Zuschauer unterscheiden zwischen »echten« Fällen und den erfundenen?

Schäferkordt: Ja, das können sie sehr gut. Die Frage kommt immer wieder, weil es so schön einfach ist, den Zuschauer permanent zu unterschätzen. Es steht im Vorspann und im Abspann, dass die Geschichten gescriptet, also geschrieben sind. Ein Großteil der Zuschauer hat das wahrgenommen. Das wirklich Interessante ist, dass es den meisten Zuschauern völlig egal ist. Sie fragen nur: Ist das eine Geschichte, die mich fesselt und unterhält?

ZEIT: Aber es ist doch ein kategorialer Unterschied, ob ich von etwas Erfundenem gut unterhalten werde oder von etwas, dass sich für die Realität ausgibt, in Wirklichkeit aber nur entlang von Klischees über die Wirklichkeit erfunden wurde.

Schäferkordt: Sie unterstellen wieder, wir gaukelten etwas vor. Das ist nicht so. Wir zeigen Geschichten aus dem Alltag, die so oder so ähnlich stattgefunden haben oder stattfinden könnten. Natürlich ist die Erzählweise dabei verdichtet, aber wir kennzeichnen das auch entsprechend.

ZEIT: Aber das Bild, das man dort zum Beispiel von Arbeitslosen vermittelt bekommt, ist doch mitunter fragwürdig. Wenn die Spaghetti Bolognese beim Hartzler zu Hause unbedingt vom Bauch der Freundin gegessen werden müssen ...

Schäferkordt: So einfach funktioniert es ja nicht. Wenn Sie eine solche Geschichte zeigen, heißt das doch nicht: So ist es in jedem Haushalt. Das Bild von der Gesellschaft formt sich aus der Gesamtheit der Informationen, die wir den ganzen Tag über beziehen. Dazu gehört, was wir den Zuschauern zeigen, und das ist quer durch die Genres schon sehr vielfältig. Dazu kommen andere Medien wie die Tageszeitung, Radio, Eindrücke aus der eigenen Lebensrealität – daraus formt sich ein Weltbild. So, wie Sie das jetzt darstellen, ist es mir, ehrlich gesagt, ein bisschen verkürzt.

ZEIT: Lesen Sie eigentlich Fernsehkritiken? Manchmal hat man das Gefühl, Sie lesen sie, dann machen Sie alles genau entgegen dem Kritikerwunsch – und sind erfolgreich.

Schäferkordt: Das hängt vom Kritiker ab. Es gibt den einen oder anderen, bei dem ich sagen würde: Wir könnten ihn einstellen und das Gegenteil von dem tun, was er empfiehlt. Aber das Schöne ist ja: Das kriegen wir gratis! Im Ernst: Ganz so einfach ist es nicht. Am Ende tun Sie das Gleiche wie wir: Sie erfüllen auch nur die Bedürfnisse Ihrer Zielgruppe, auch wenn Sie das jetzt weit von sich weisen.

ZEIT: Natürlich! Wir vertreten nur die Wahrheit!

Schäferkordt: Entschuldigung, mein Ausdruck war falsch: Ich wollte sagen, Sie erfüllen die Bedürfnisse der Leser, die ein nachhaltiges Interesse an Wahrheitsfindung haben. Wollen wir es so machen?

ZEIT: Ist Ihr momentaner Erfolg auch ein Fluch? Das kapitalistische Mantra lautet ja: Wo viel ist, kann immer noch mehr sein. Können Sie sich überhaupt noch steigern?

Schäferkordt: Nein, wahrscheinlich nicht. Wir liegen zurzeit bei einem Zuschauermarktanteil von über 19 Prozent, es gibt kaum einen Sendeplatz, wo wir nicht Marktführer sind.

ZEIT: Aber ist es nicht ein blödes Gefühl, dass es von nun an nur noch bergab gehen kann?

Schäferkordt: Ach Gott ... Es hat immer alles seine Vor- und Nachteile. Wir müssen vor allem realistisch bleiben. Damit die eigene Erwartungshaltung und auch die der Gesellschafter nicht zu hoch ist. Das Managen von Erwartungshaltungen ist im Moment mit das Wichtigste. Wir werden den Vorsprung nicht halten können auf lange Sicht. In Zukunft wird der stärkste Sender nicht mehr einen Marktanteil von 20 Prozent haben. Die Digitalisierung hat die Programmvielfalt unendlich gesteigert. Schauen Sie sich die US-Quoten an: Wenn ein Network in der Primetime elf Prozent erreicht, ist das schon ein Erfolg. Wenn wir ein neues Format mit 16 Prozent Marktanteil starten, heißt es in der Presse: Riesenflop. Angesichts unseres derzeitigen Erfolgs sind wir in einer Verteidigungshaltung. Auch wir werden unsere Baustellen im Programm bekommen und daraus lernen müssen. Darin waren wir immer am besten: aus Fehlern zu lernen. Das wird alles wiederkommen, da mache ich mir überhaupt keine Illusionen.

Das Gespräch führten ANNA MAROHN und CHRISTOF SIEMES

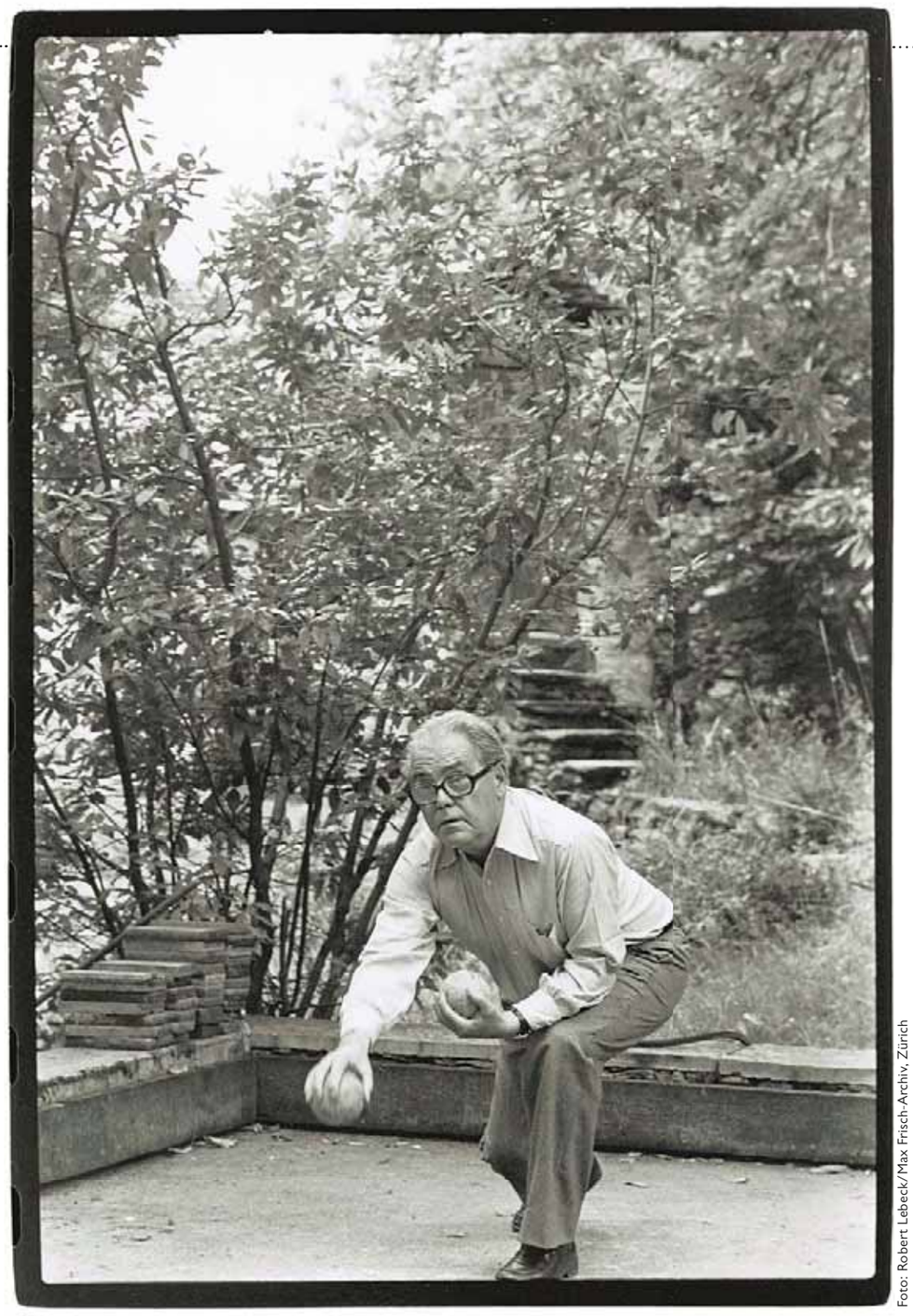


Foto: Robert Lebeck/Max Frisch-Archiv, Zürich

Max Frisch auf der Boccia-Bahn seines Hauses in Berzona, fotografiert von Robert Lebeck

Das Prinzip Frisch

Der Schweizer Schriftsteller wäre jetzt 100 – Wiederbegegnung mit einem unverschämt jung gebliebenen Klassiker VON IRIS RADISCH

Der erste Impuls: Man glaubt ihm die hundert Jahre nicht. Frisch ist doch immer jung gewesen. Einer, der das Erwachsenwerden ablehnte. Einer, den man las, als man selber jung war und auch nicht erwachsen werden wollte. In jeder Hinsicht ein Jugendautor.

Dass Max Frisch 1991 gestorben ist, hat man missbilligend zur Kenntnis genommen. Dass er irgendwann alt und behäbig war, ein Schweizer Herr mit Hamsterbacken und Krötenhals, der in sehr preußischblauen Hemden an sehr kompakten Tessiner Steintischen saß und weißweintrinkend sein Leben Revue passieren ließ, konnte man im Fernsehen sehen. Dass er gegen dieses Alter aufbegehrte mit immer imposanteren Automobilen, mit immer jüngeren Frauen, war so üblich und ging niemanden etwas an. Für uns war und blieb er der Autor einer Lebensdringlichkeit, die man gerne für unsere eigene gehalten hätte. Er sagte: »Wir leben auf einem laufenden Band, und es gibt keine Hoffnung, dass wir uns selber nachholen und einen Augenblick unseres Lebens verbessern können.« Wenige konnten die Träume unserer in sich selbst verliebten, vorwärtsdrängenden Epoche besser beschwören als Max Frisch, geboren am 15. Mai 1911 in Zürich, Heliosstraße 31, gestorben am 4. April 1991 in Zürich, Stadelhoferstraße 28.

Ihn nun, weil er hundert wird, wiederzulesen, die großen Werke in der Reihenfolge ihres Entstehens – *Tagebuch 1946-1949, Stiller, Homo faber, Mein Name sei Gantenbein, Tagebuch 1966-1971, Montauk, Der Mensch erscheint im Holozän* –, ist ein Wiedersehen mit sanftem Schrecken. Nicht weil er, der ewig Junge, nun doch entgegen seinem lebenslangen Widerstand, man gestatte den Kalauer: entgegen seinen lebenslangen Frischhaltebemühungen, hinterrücks gealtert wäre. Im Gegenteil. Der Schrecken rührt daher, dass er wirklich noch so jung ist, wie er es immer sein wollte. Und dass wir es sind, die gealtert sind und die den Toten plötzlich für geradezu unverschämt jung halten. Woran liegt das?

Auf den ersten Blick ließen sich leichte Erklärungen finden. Da gibt es die Befremdlichkeiten im ersten Tagebuch aus den vierziger Jahren, die ihn in eine längst vergangene Zeit katapultieren. Die Bemerkungen über die »Neger«, die »pflanzenhaft vor sich hin dösen«, über den widerstandslosen Charakter des »Weibes«, das »sich formen lässt von jedem, der da kommt«, und andere Grobheiten, die uns diesen hemdsärmligen jungen Menschen fremd erscheinen lassen. Es gibt seine irritierende politische Indifferenz in der Kriegszeit, schon damals den Rückzug aufs Private, der verstanden werden kann als die literarische Variante der Schweizer Nichteinmischungsdoktrin. Wie eine Flaschenpost aus Märchenzeiten liest sich auch der nahezu verschollene Roman *Antwort aus der Stille,* den Peter von Matt vor zwei Jahren aus der Versenkung holte. Ein Bergmannsroman, der die »männliche Tat« verklärt, von der »kein Weibsbild« einen Kerl abzubringen vermag, wenn dieser auf der Suche nach dem »wirklichen Leben« ist. Frisch ließ das Buch 1937 in Nazi-Deutschland publizieren und hat es später nicht in seine *Gesammelten Werke* aufgenommen.

Doch an solchen Verschmocktheiten liegt es nicht, dass Max Frisch uns ein wenig entrückt ist. Dazu sind sie – auch im literaturpolizeilichen Sinn – zu unbedeutsam. Trotzdem erinnern sie uns daran, dass Frisch nicht nur unser Zeitgenosse, sondern auch ein Erbe der vorletzten Jahrhundertwende, ihres backenbärtigen Paternalismus und ihres vitalistischen Pathos war.

Seine lebenslange Jugendlichkeit mag hier ihren Ursprung haben. In dieser Aufbruchstimmung nach 1900, in dieser Feier des Lebens, das man überall (und sehr bald auch auf den Schlachtfeldern) suchte. Und das dem kleinen Mann, der sich an sein Heim und seine Kaffeetasse klammert, angeblich niemals zuteilwerden konnte. Er habe, sagt der kühne Jüngling, der sich in Frischs verworfenem Jugendroman nach einer männlichen Tat sehnt, noch gar kein Leben, sondern nur ein Dasein. Diese Sehnsucht nach einem bedeutsameren Leben als dem, in dem man zum Friseur und ins Büro geht und in dem die Liebe zuverlässig in »tödlicher Kameraderie« verendet, steht im Zentrum aller großen Frisch-Romane. Sie verleiht ihren Helden, die Künstler, Ingenieure, Weltreisende, aber niemals kleine Männer sind, von Anfang an ein heroisches Format. Ihre Fragen sind groß und immer dieselben. Wie wollen wir leben? Gibt es ein Leben hinter dem Grauschleier des Alltags? Wie komme ich dahin? Wie werde ich ein anderer, als ich es bin?

Es sind diese Fragen, die Frisch so jung machen. Es sind Fragen, die man stellt, wenn man sich und der Welt noch viel zutraut. Eine neue Welt bauen, ein neues Ich, neue Ehen, neue Häuser, neue Leben, und niemals anhalten. Das Prinzip Frisch ist ein Prinzip Hoffnung. Ernst Bloch, dessen *Prinzip Hoffnung* 1959 erschien, hat diese fortschrittliche Gestimmtheit des vorigen Jahrhunderts, des Frisch-Jahrhunderts, in eine knappe Sentenz gefasst: »Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst.«

Stiller, diese 1954 bei Suhrkamp im zerstörten Nachkriegsdeutschland zur Welt gekommene Figur, ist der Urtyp dieses »Darum-werden-wir-erst«-Programms und zugleich der Urahne für die Gantenbeins, Fabers und Geisers, die noch kommen sollten. Stillers wichtigstes Problem ist: er selber. Seine Hauptsorge: Er möchte nicht Herr Stiller sein. Er möchte ein Herr White werden. Ein Herr White mit amerikanischer Vergangenheit wäre ihm lieber als ein Herr Stiller aus Zürich. Das mag, neun Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vielen so gegangen sein. Raus aus der Vergangenheit – das traf einen Nerv. Oder auch nur ein Fluchtbedürfnis. In jedem Fall eine Sehnsucht, die Folgen hatte.

Der Roman galt als das Paradestück der damals groß in Mode kommenden Ich-Diffusion, der Identitätsfragen und Rollenspiele, die so neu nicht waren, sondern Kinder und Enkel der alten Masken- und Verstellungskomödien und der Illusionskünste der deutschen Romantik. Liest man den Roman heute, versteht man nicht mehr ohne Weiteres, was sich dieser Anatol Ludwig Stiller von der Verwandlung in einen Mister White versprochen hat. Auch begreift man nicht mehr, was er gegen seine Ehefrau, die schöne Julika, einzuwenden hat, die zugegeben ein bisschen fünfziger-Jahre-steif ist mit Kostüm und Handtasche und immer höflich und adrett. Aber was erwartet er sich von der Liebe? Und was von seinem Leben? Ein wenig kommt einem Stiller, der so leidenschaftlich auf einem abenteuerlichen »wirklichen Leben« besteht, wie ein Bub vor, der auf Mamas Schokoladenkuchen lauert. *Stiller* ist noch immer ein bewundernswertes Buch voller hinreißender ironischer Sentimentalität. Aber es ist ein Buch, das nicht mehr auf der Höhe unserer Desillusion ist.

Ein wenig verwundert versucht man nachzubuchstabieren, wie der ständige Abriss und Neubau des Lebenslaufs einmal mit so viel Hoffnung verknüpft sein konnte. Diese Hoffnung war nicht nur das Mantra von Frischs eigenem Leben, in dem das Beständigste noch seine riesige schwarze Brille blieb und in dem die letzte Geliebte bereits die Tocher einer früheren war. Es war auch nicht nur das Mantra seiner Figuren, die immerzu erwartungsfroh neue Leben anprobierten. Es war das Mantra seines Zeitalters, in dem man sich unausgesetzt aufgefordert sah, eine neue Existenz zu wählen im Warenhaus der literarischen und philosophischen Lebensentwürfe.

Natürlich geht dennoch alles vorbildlich schlecht aus in Frischs Theaterstücken und Romanen. Man ist schließlich modern. Das Haus von Biedermann brennt ab, Stiller mutiert zu einer Art Waldschrat, Faber bekommt Magenkrebs, Geiser, der Held des späten Romans *Der Mensch erscheint im Holozän,* verbarrikadiert sich in seinem Schweizer Bergdorf und baut Pagoden aus Knäckebroten, und Gantenbein kommt ohnehin den gesamten Roman über kaum einmal hinter seiner Blindenspielbrille hervor. Aber das stört nicht. Eine sanfte, im Letzten nicht unversöhnliche Melancholie gehört zur Dialektik einer fortschrittlichen Literatur, die, so hat Frisch das in einem seiner späten Fernsehinterviews gesagt, die »Statthalterin der Utopie« sein sollte. Einer Utopie, die vieles ausschloss. Zum Beispiel ein Stiller-Leben in Zürich mit Atelier und Oberlicht, gegen das wir, seitdem wir an diese Utopie nicht mehr glauben, gar nichts Dringliches mehr einzuwenden wissen.

Die Frisch-Welt hatte mehr zu bieten. Sie stand ihren Benutzern weit offen. Immer wieder in den Romanen, in den Tagebüchern sitzt man im Flugzeug. Nach Paris, nach New York, nach Athen, nach Texas, nach Mexiko, nach Guatemala und so weiter. Hat mal jemand die Flugmeilen im *Homo faber* nachgezählt? Walter Faber, ein Mann mit südamerikanischen Geschäftsbeziehungen, reist mit seiner jungen Liebschaft durch Frankreich, Italien und Griechenland, unterhält eine zweite Liebschaft in New York und gedenkt die Mutter der ersten am Romanende in Athen zu heiraten, nachdem die gemeinsame Tochter, als die sich die erste Geliebte entpuppt hat, nach vollzogenem Inzest an einem Schlangenbiss (ernsthaft: Schlangenbiss!) verendet ist. Das ist bei strenger Betrachtung ganz und gar nicht mehr an der Klamotte vorbeigeschrammt. Frisch wusste es selbst und hat nicht ohne Ironie davon gesprochen: Er blieb ein Leben lang der Kleinbürger, der literarisch groß auf die Pauke haut. Der die Enge der Heimat und der Herkunft mit der Menge der Geliebten und der Wohnsitze aufwiegt. Ein, wie er es spöttisch nannte, »Neureicher« im Leben und im Schreiben.

Dabei war der Nonkonformist fasziniert von der Konvention. Frisch-Frauen sind immer mondän. Sie sind wahlweise Mannequin, Filmschauspielerin, Ballerina, Contessa oder Staatsanwaltsgattin. Sie benehmen sich auch so. Kommen allerdings ausschließlich im Geliebtenfach zum Einsatz. Dann aber mit allem divenhaften Drum und Dran. Seitenlang sitzt man in der Boutique und begutachtet Dior-Kostüme.

Was Frisch rettet aus der Peinlichkeit dieser Aufsteiger-Prahlerei, ist sein trockener Humor. Der Frisch-Erzähler findet sich grundsätzlich lächerlich. Das macht er klar durch einen Kunstgriff, der die Romane bis heute lebendigund unverbraucht erscheinen lässt: ihre neusachliche Heiterkeit, hinter der sich das Ich-Pathos verbirgt und die bis heute das Beste am ganzen Frisch ist. Für ihn wie auch für seinen Freund und Lektor Uwe Johnson war es eine Frage zeitgemäßer Männlichkeit, sich nicht auf weitschweifige Gefühligkeit einzulassen, alles bauhausmäßig klar, kurz und knapp zu halten und da, wo es wehtut, abzubrechen oder ironisch zu werden. Daher die vielen Shortcuts in *Montauk,* seiner großartigen Autobiografie. Daher die zärtliche Kaltschnäuzigkeit, auch sich selbst gegenüber, die es macht, dass man Frisch und seinen Helden gewogen bleibt.

Frisch hütet sich vor dem Heroischen, gerade weil er es heroisch meint. Auch hier setzt er auf erzählerische Dialektik, die den Verlierer immer gewinnen lässt. Aus Selbsterniedrigung wird Selbsterhöhung, aus Ironie Überlegenheit, aus Trauer Hoffnung. »Mit der Einsicht, ein nichtiger und unwesentlicher Mensch zu sein«, heißt es im *Stiller,* »hoffe ich halt immer schon, daß ich eben durch diese Einsicht kein nichtiger Mensch mehr sei. Im Grunde, ehrlich genommen, hoffe ich doch in allem auf Verwandlung, auf Flucht. Ich bin einfach nicht bereit, ein nichtiger Mensch zu sein.« Ein schöner Schlusssatz ist das, so kurz und bündig wie auf einer Grabinschrift. Er fasst das literarische und biografische Programm des Autors in zehn Wörtern zusammen: Er war einfach nicht bereit, ein nichtiger Mensch zu sein.

Das ist nun alles lange her. Inzwischen sind wir nüchterner geworden, zuweilen geneigt, die Nichtigkeit noch für das Beste am Menschen zu halten, seitdem die Selbstverwirklichung überall im Sonderangebot zu haben ist. Wir sind auch nicht mehr die Bewohner von Umkleidekabinen, in denen man neue Leben anprobiert wie Kleider. Doch gerade deswegen fehlt uns Max Frisch. Es fehlen seine Verspieltheit, seine Heiterkeit, seine Träume. Wir werden diesen jungen Hundertjährigen noch lange lesen.

Siehe auch **Reisen Seite 63**

Könnte ich dich packen, Max!

Eine meisterliche Biografie, eine Essay-Sammlung und ein Bildband erhellen uns die Welt des Max Frisch VON ANDREAS ISENSCHMID

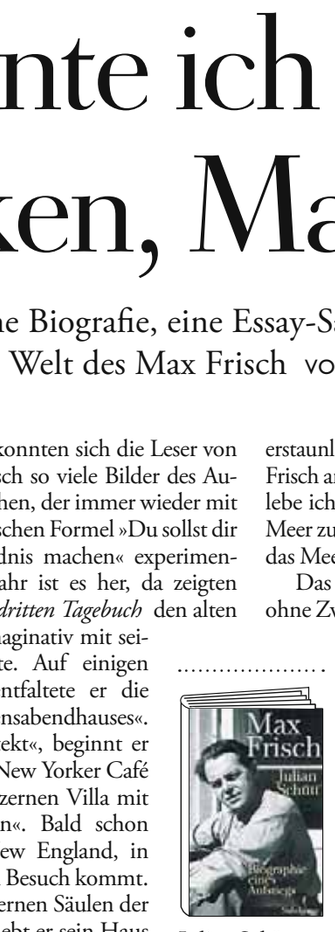
Noch nie konnten sich die Leser von Max Frisch so viele Bilder des Autors machen, der immer wieder mit der biblischen Formel »Du sollst dir kein Bildnis machen« experimentiert hat. Noch kein Jahr ist es her, da zeigten die *Entwürfe zu einem dritten Tagebuch* den alten Max Frisch, der sich imaginativ mit seinem Sterben aussöhnte. Auf einigen hinreißenden Seiten entfaltete er die Fantasie eines »Lebensabendhauses«. »Früher war ich Architekt«, beginnt er und zeichnet in einem New Yorker Café »den Grundriss der hölzernen Villa mit den dreizehn Zimmern«. Bald schon steht sein Haus, in New England, in Wiesen, in Seenähe, viel Besuch kommt. Frisch streicht »die hölzernen Säulen der Veranda«. Dann verschiebt er sein Haus leicht ins Irreale – vielleicht sei der See im Osten gar kein See, vielleicht stehe das Haus »weiter im Norden«. Schließlich fliegt es durch Raum und Zeit, Frisch wird zum Dementen, das Haus zu einem »städtischen Altersheim«, einige Seiten weiter schwebt es durchs Totenreich, Frisch hat Besuch von der toten Mutter und unterhält sich beim Frühstück mit Tschechow über Tolstoi.

Frisch beim schreibenden Bau eines Hauses kehrt wieder in den Essays, die Beatrice von Matt zum Frisch-Jubiläum publiziert hat. Das erste Haus geistert durch ein Zeitungsfeuilleton aus dem Jahr 1942, das von Matt ausgegraben hat. Frisch beschreibt darin, wie er mit seinem Bruder das Grundstück besichtigt, auf dem er für ihn ein Einfamilienhaus errichten soll. In die herbstliche Luft über den Weinreben entwirft er ein »Haus, wie es nicht gerade ein anderes auf Erden gab, hatte es doch Aussicht durch alles hindurch, voll einer milden und herbstlich versponnenen Sonne, die auf keine Wände traf, Obstbäume in den Tapeten«. Als das Haus fertig war, als »die unverbindliche Vielfalt des Möglichen« der Eindeutigkeit des Wirklichen weichen musste, empfand Frisch Scham.

Von Matt deutet das Feuilleton mit *souplesse:* »Die Arbeit als Architekt hat Frisch definitiv zum Schreiben geführt. Das fertige Haus erfuhr er als Ärgernis, das Haus in der Schrift hingegen verlieh ihm Flügel ... Mit erzählten Häusern ließ sich spielen, die gebauten aber starrten ihn an, unverrückbar.«

Beatrice von Matts Aufsätze folgen dem Impuls, Frischs Reichtum hinter den Klischees hervorzuholen. Verblüffend, wie sie den *Stiller* zu Pirandellos Roman *Mattia Pascal* in Beziehung setzt. Überraschend ihre Skizze eines existenzialistischen Frisch. In der Ereignislosigkeit der soldatischen Grenzwacht – »*Stahlgewitter* à la Suisse« – findet er zu sich. Der Kierkegaard- und Bergson-Leser entdeckt in der Wirklichkeit, was er vordem nur aus dem Buch kannte, seinen *élan vital.* Vor »dem ihm auf den Leib gerückten Tod erfährt er sich als lebendig«. Wie sich selbst will er fortan auch sein Land erneuern. Als Glücksdimension dieses Existenzialismus erweist von Matt in einem erstaunlichen Essay das Meer. Was dachte der Soldat Frisch angesichts der Kriegsgefahr? »Entweder überlebe ich oder nicht. Schade wäre es, nie mehr das Meer zu sehen; nicht: ein Buch, eine Frau, sondern: das Meer.«

Das wichtigste Buch zum Frisch-Jubiläum ist ohne Zweifel Julian Schütts *Max Frisch, Biographie eines Aufstiegs, 1911 – 1954.* Seite für Seite ist dieser Band getrüffelt mit unpublizierten Frisch-Zitaten. Schütt kennt die Archive, die Briefe, die Zeugen, und er setzt vieles in neues Licht – den Vater, die journalistischen Anfänge, die Irrungen und Wirrungen der dreißiger Jahre. Zugleich ist Schütt im Meer seines Materials nicht untergegangen. Er ist seiner Sache stilistisch, darstellerisch und gedanklich gewachsen. Er schreibt elegant, fassbar, diskret. Er scheut die Pointe nicht, doch lieber ist ihm die Nuance.



Julian Schütt: Max Frisch
Biographie eines Aufstiegs; Suhrkamp, Berlin 2011; 595 S., 24,90 €

Beatrice von Matt: Mein Name ist Frisch
Nagel & Kimche, Zürich 2011; 160 S., 15,90 €

Volker Hage (Hrsg.): Max Frisch
Suhrkamp, Berlin 2011; 256 S., 24,90 €

Schütts Frisch ist im Verhältnis zu sich selbst oft schmerzlich zerrissen. »Ich komme ja aus einem Morast von Ressentiment – eine Bewegung der Angst, und ich bin wieder drin«, schrieb Frisch im Moment seines Triumphs mit dem *Stiller.* Zeitlebens hat ihn der Gedanke an den Suizid begleitet. »Paris ist ein ideales Selbstmordklima – aufpassen!« Den Stiller, der die Todesnähe bei einem Selbstmordversuch als »Gnade« empfindet, wollte er in der ersten Fassung in den gelingenden Suizid schicken. »Ich lebe aus keinem eigenen Verlass heraus«, klagte Frisch 1946.

Schütt zeichnet Linien zu den Verzweiflungen Frischs. »Einen Sonderplatz« gibt er der »Nicht-Beziehung« zum Vater. Noch in den sechziger Jahren vermutete der Bruder als Grund von Max' Depressionen, »dass Du viel zu früh durch das Schicksal, durch die Beziehungslosigkeit zu unserem Vater und durch dessen Tod in die Welt hinaus und in einen einsamen Existenzkampf geworfen wurdest«.

Schon als Kind fühlte sich Frisch durch sein Spiegelbild »begrenzt, geprägt, gefangen«. In der Pubertät massierte er seine Nase, um sie zu verlängern. Als er, nach dem Tod des Vaters, zu schreiben begann, tat er es sogleich mit dem »Ich als Währung«. Er und sein Spiegelbild lächeln sich in einer Schaufensterscheibe zu. »Max. Fangen wir an, Max. Teufel, könnte ich diese Scheibe einboxen und dich packen, Max, und dich erschlagen. Max!« Suizid – ein Spiel. Viel ist in den ersten journalistischen Arbeiten schon da, der im Gedankenstrich abbrechende Satz, die Fragetechnik.

Unendlich verwickelt war für alle Zeiten Frischs Verhältnis zur Schweiz, »ein Liebesdrama« nennt es von Matt. Hier der erst apolitische, dann bisweilen rüd chauvinistische Frisch der dreißiger Jahre, der auch vier antisemitische Sätze auf dem Kerbholz hat. Dort der sozialistische Humanist in der Rolle des nationalen Gewissens. Die 350 Seiten, die sich Schütt nimmt, um vom einen zum anderen zu gelangen, sind das Meisterstück seines Buches. Frischs unangenehme Sätze werden nicht unterschlagen, sie werden in einen Zusammenhang voller Nuancen gesetzt. Frisch hat als Verteidiger der schweizerischen Kultur sehr merkwürdige Sätze über die Emigranten in der Schweiz von sich gegeben. Im Unterschied zu seinem Freund, dem Germanisten Emil Staiger, sympathisierte er keine Sekunde mit den Schweizer Nazianhängern. Er fühlte sich 1935 sehr weit ins deutsche Wesen ein, tat das aber in einer Ausstellungskritik, die den gezeigten Antisemitismus »empörend« nannte und angesichts ausdruckslos betrachtender Berliner sagte: »Wir bewundern solche Disziplin, womit sie ihre Meinung unterdrücken, oder haben sie schon nichts mehr zu unterdrücken?«

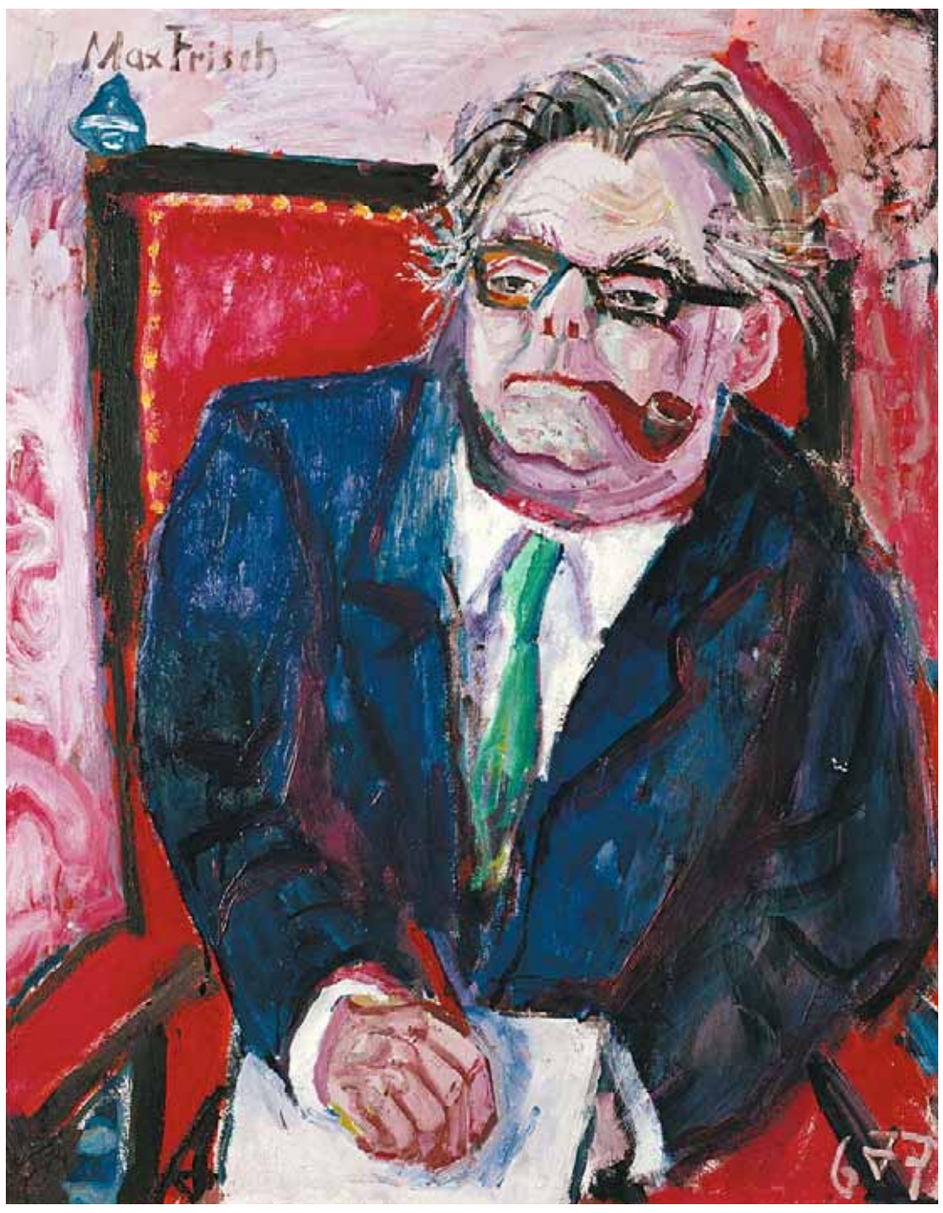


Abb.: Victor Radnicky/Interfoto/Privatbesitz: VG Bild-Kunst, Bonn 2011

»Der Schriftsteller Max Frisch«, Gemälde von Otto Dix, 1960er Jahre

Es musste Schütt kommen, um zu bemerken, dass Frischs verständnisvolle Schilderung des »deutschen Wesens« in seinem Schwanken »zwischen Minderwertigkeitsangst und übersteigertem Selbstbewusstsein« ein verdecktes Selbstporträt war. Schütt fand in einer Rezension die Quellen von Frischs Deutschenbild. Es brauchte Schütts Ohren und Quellenkenntnis, um das erste Aufklingen des kritischen Frisch der fünfziger Jahre zu hören. In einer vergessenen Kritik aus der Zeitschrift *Du* attackierte Frisch 1941 den Film *Gilberte de Courgenay,* der damals die Schweizer entzückte: »Es ist einfach keine Zeit dafür; man kitschelt und geschäftelt nicht neben Sterbebetten.« Schließlich hat Schütt den Text gefunden, der die Wende bedeutet.

Der Soldat Frisch hält im April 1945 auf einem Grenzstein einen »gemütlichen Hock« mit einem deutschen Soldaten. Man duzt sich, man trennt sich, »Lidice, Oradour, Auschwitz, ich dachte daran, als ich in sein Gesicht blickte. Werde ich ein andermal davon reden?« Am Ende der kleinen Erzählung hat Frisch die »neuen Berichte von Buchenwald gelesen, und ich weiß nicht, wovon ich da unten beim Grenzstein reden könnte, wenn nicht davon. So bleibe ich auf dem halben Wege doch sitzen. (...) Buchenwald bei Weimar, ich sehe nicht ein, wie unsereines, wenn es uns nicht einfach an Vorstellung fehlt, mit diesen Nachrichten fertig werden soll. Immer endet es in der einzigen, aber hilflosen Gewissheit, dass uns kein Denken, das um diese Dinge herumgeht, wirklich weiterführen kann.« Wie viele 34-Jährige schrieben mit dieser Klarheit?

Alle Wege Frischs beschreibt Schütt umsichtig: den in die Ehe und ins Zürcher Bürgertum, den durch den Kalten Krieg, den zu den großen Dramen, zum Schluss zu *Stiller,* dem Welterfolg. In kein anderes Werk ist die umfassende Zerrissenheit Frischs mit solcher Wucht eingegangen.

Einmal befreite ihn eine Frau vom »schweren Verhängnis, das ich im Grunde gegen mich bin«. Die Enthüllung der Liebe zu Madeleine Seigner-Besson ist eine der schönsten Trouvaillen bei Schütt. Die Schwester des Regisseurs Benno Besson und die Mutter von Frischs letzter Lebensgefährtin Karin Pilliod war bislang fast unbekannt. Schütt zeigt, dass sich Frisch durch die fünfziger Jahre »immer von neuem in Madeleine Seigner verliebte«. Sie blieb bei ihrem Mann und den Kindern und lebte zugleich in aller Freiheit mit Frisch die offene Ehe, die diesen im *Stiller* so sehr faszinierte.

Wie sah Madeleine Seigner aus? Das zeigt Volker Hages opulenter Bildband, das Buch, das der Frischianer im Jubiläumsjahr neben sich haben sollte. Etwa ein Drittel der 291 Fotos sind Erstveröffentlichungen. Erstmals sehen wir Madeleine Seigner mit Frisch auf Korsika. Wir sehen die Zeichnungen des Hauses, das Frisch für seinen Bruder erträumte, Postkarten des Soldaten Frisch. Und dann, zuletzt, drei unveröffentlichte Gespräche Hages mit Frisch. Die freiesten und amüsantesten, die es gibt. Frisch wollte als Jugendlicher Nationaltorwart werden, fürchtete aber, man würde ihn wegen seines zu großen Penis auslachen. Und er erzählt am Tag, als Hitlers Angriff drohte und der »28jährige Bursche« nur dachte »Schade wäre es, ich würde das Meer nie mehr sehen«.

»Wem wären Sie lieber nie begegnet?«

Erfahrungen eines Journalisten mit Frischs Fragebogen VON STEPHAN LEBERT

Was es nicht alles für Möglichkeiten gegeben hätte, eine höchst politische und psychologische Zeitchronik der Jahre 1966 bis 1971 zu beginnen. Max Frisch machte es so: Er stellte in seinem *Tagebuch* einen Fragebogen an den Anfang, und die vierte Frage hieß »Wem wären Sie lieber nie begegnet?«

Immer wieder unterbricht Frisch die 432 Seiten seines *Tagebuches* mit Frageblöcken, über Geld, über den Tod, über Frauen, Freundschaft, Hoffnung und Heimat. Man könnte nun lange darüber nachdenken, ob diese Fragen nicht der eigentliche Schlüssel zu seiner Biografie sind, ob hinter diesen Fragen nicht die Gliederung seines Lebens steckt. Zum Beispiel die Frage: »Wenn Sie einen Toten sehen: welche seiner Hoffnungen kommen Ihnen belanglos vor, die unerfüllten oder die erfüllten?«

Ich möchte hier aber nur von einer kleinen Beobachtung berichten, die damit zu tun hat, dass ich seit nun 25 Jahren die Fragen von Max Frisch dabeihabe, wenn ich einen prominenten Menschen interviewe. Ich habe sie dabei, weil ich immer wieder denke, mit diesen Fragen kann nichts schiefgehen. Immer denke: Diese Fragen sind ein derartiger Knüller, da muss jedes Interview ein Knüller werden. Immer denke: Die Tiefe der Gedanken wird den Weg in jedes Bewusstsein weisen.

25 Jahre Fragen von Max Frisch. Das Fazit ist leider niederschmetternd: Ich habe keine Seele aufgeschlossen, nie habe ich mit ihnen eine neue Dimension erobert. Max Frisch hat sich diese Fragen selbst gestellt. Ich saß damit vor Politikern, vor Wirtschaftsführern, vor großen und kleinen Stars, etwa mit einer Frage wie: »Welche Hoffnungen haben Sie aufgegeben?« Das Scheitern begann in der Regel mit einem Moment der Stille. Interessante Frage, konnte man den Gesichtern ablesen. Und dann folgte – weitere Stille, und am Ende: nichts. Max Frisch wollte sich mit seinen Fragen Wahrheiten nähern. Die Stille meiner Interviewpartner verschwand in einer anderen Wahrheit: Wer heute interviewt wird, will ein Bild von sich entwerfen, will etwas verkaufen, will einen Schutzschirm aufbauen, falsche Fährten legen, will etwas loswerden und nichts ergründen. Interviewpartner heutzutage wollen Fragen abwehren, nicht zulassen.

Meine 25 Jahre mit Max Frisch: Ich kann nur von zwei bemerkenswerten Ereignissen erzählen. Einmal war es die Frage »Wären Sie gerne Ihre eigene Frau?«, nach der Michel Friedman, Journalist und Politiker, geradezu zu singen begann: »Ja, ja, ja, ja.« Pause. Und dann noch mal: »Ja, ja, ja, ja.« Die zweite Sache habe ich geträumt, in einem Hotel irgendwo in der deutschen Provinz, in dessen Frühstücksraum ich am nächsten Morgen sehr früh ein Interview führen sollte mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering. Der Traum ging so: Ich stellte Müntefering die Frisch-Frage »Gesetzt den Fall, Sie haben nie einen Menschen umgebracht: wie erklären Sie es sich, dass es dazu nie gekommen ist?«, und er stand auf, lief dreimal um den Frühstückstisch und sagte dann, jetzt erzähle er mir was, er habe sich einmal ein Messer gekauft, um einen Menschen zu töten, einen Politiker, einen SPD-Mann ... Bevor er den Namen sagen konnte, bin ich aufgewacht.

Am nächsten Tag fand das Interview statt. Natürlich stellte ich die Mord-Frage, man weiß ja nie. Müntefering sagte, interessante Frage, und schwieg. Es kam kein Name, und auch sonst nichts. Er sagte noch, darüber müsse man mal nachdenken, aber dazu fehle ihm wirklich die Zeit.

Ich werde also weiterhin das blaue Suhrkamp-Taschenbuch mitnehmen, die nächsten 25 Jahre. Und irgendwann jemanden treffen, der ein Mörder ist, nachdenkt und Zeit hat.

Im Zorn geschrieben

Eberhard Straubs Essay »Zur Tyrannei der Werte« vibriert vor Angriffslust VON HUBERT WINKELS

Werte stehen in einem schlechten Ruf. Sie verlieren an Wert in ebendem Maße, wie sie beschworen werden. Das kann man an politischen Diskussionen sehen, wenn sie sich dem Punkt der Letztbegründung nähern. Wenn nichts mehr hilft, hilft das christliche Menschenbild, die humanistische Tradition, die europäische Aufklärung, Goethe und die Weltliteratur und alles zusammen oder in verschiedenen Legierungen. Und wenn dies dann als Wertesubstanz des Grundgesetzes aufgerufen wird, dann treibt es einem Polemiker alteuropäischer Provenienz wie dem Journalisten Eberhard Straub die Zornesfalten ins Gesicht, und er schreibt ein Buch über *Die Tyrannei der Werte.*

Straub sieht die formale Reinheit der rechtlichen Regel durch bloße Meinungen überlagert, die sich durchsetzen und andere niedermachen wollen. Eigentlich hätte Straub immer dann ein Fest zu feiern, wenn wieder einmal deutsche Leitkultur ausgerufen wird. Ebendas passiert aber nach diversen Stemmversuchen von Helmut Kohls geistig-moralischer Wende bis zur Ausländerpolitik des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch kaum mehr. Die neuen alten Werte sind mal auf der langen Bank des politischen Alltags, mal an der moralischen Empörung gescheitert. Nicht nur deshalb lobt man heute statt traditioneller Werte lieber kompetitive Stärken. Und das auch noch in jener Mischung aus Ernsthaftigkeit und Ironie, die einst durch Heinrich Heine in die deutsche Welt kam.

Ebendies, die Differenzierung der Gesellschaft und die Ironisierung aller Verhältnisse, will Eberhard Straub nicht anerkennen, weil er als Bildungsbürger alter Schule um die Anerkennung von Derivaten ehemals tauglicher Allgemeinbegriffe ringt. Er tut dies nach Art einer negativen Theologie. Es sei heute unmöglich, eine positive Idee des Menschen verbindlich zu machen, da die Geschichtlichkeit, der Relativismus und damit der Nihilismus alles, auch die Ideen und Vorstellungen des Zusammenlebens, verflüssigt hätten. Da denkt der Ideenhistoriker aus dem Geist des 19. Jahrhunderts. Aus demselben Jahrhundert stammt die zweite, die handfestere Deduktion der Ent-Wertung von Fraglosigkeiten: Die Marxsche politische Ökonomie erkennt die Abhängigkeit einer jeden Wertschöpfung von der Mehrwertproduktion und jeder Wertsetzung vom Handeln auf dem Markt. Straub operiert also im Wesentlichen mit Nietzsche und Marx, leiht sich dort Furor und Polemik. Deshalb klingt immer nach frühem 20. Jahrhundert, was da verhandelt wird. Tatsächlich liegt ein Schwerpunkt der Überlegung in jener Zeit vor 1900, als Neurasthenie als Krankheit Mode war, die Industrialisierung auf dem Gipfel und Nietzsche seine unzeitgemäßen Betrachtungen schrieb.

Eberhard Straub ist ein strategischer Gedankenanarchist, der sich hütet, aus einer historischen oder intellektuellen Festung heraus seine Angriffe vorzutragen. Er zieht eine Guerillataktik vor, taucht an unerwarteten Stellen der Geschichte auf, zitiert gerne quer zum herrschenden Kartell und verbündet sich mit seinen Feinden bis zur Ununterscheidbarkeit. Auch immer gerne mit dem Antikapitalismus Marxscher Prägung. Wie ein Materialist alter Schule sieht Straub den Begriff des Wertes geprägt von den Produktions- und Tauschverhältnissen des kapitalistischen Warenverkehrs. Der Markt generiert den einzelnen Wert und das System der Werte, über das eine Gesellschaft sich organisiert. Straub fahndet nach weiteren Kandidaten für seine Angriffslust. Da ist der moderne Staat, der auf immer weiteren Feldern versucht, dem Individuum seine Wertsetzungen aufzuzwingen. Und aktuell zorntreibend wirkt der Naturalismus der Biowissenschaften mit seinem deterministischen Angriff auf die Würde des Menschen. Bei deren Verteidigung bekommt sogar die Tierwelt ihr Fett ab, weil sie es nicht bis auf die Höhe der unantastbaren Individualität ihrer Einzelexemplare gebracht hat.

Eberhard Straub: Zur Tyrannei der Werte
Klett-Cotta, Stuttgart 2010; 173 S., 17,95 €

Gebildet im Sinne verschwenderischer Zitatkunst und höherer Kavaliersreisen in die europäische Geschichte, hat der Abendlanddenker Eberhard Straub allerhand zu geißeln, doch die Werte sind der schlechteste Kandidat dafür. Sie sind so gut wie alles, was uns frommt und uns belästigt, vor und nach dem Kapitalismus. Sie sind so nahe an Platons Ideen wie an Rabattmarken. Sie sind religiös und numerisch zu fassen. Sie sind Joker, keine Tyrannen. Sie können nerven, nicht töten. Grimms Wörterbuch weist sage und schreibe sechzehn Spalten allein für das Adjektiv »wert« auf, zehn für das Substantiv und vierunddreißig Spalten für Komposita von »Wertabstufung« bis »Wertzuwachs« – zusammen fast so wertvoll wie ein kleines Buch. Der schönste Eintrag darunter ist zweifellos der unmittelbar vor »Werthöhe«. Das Lemma lautet »werther(i)sch« und ist wie folgt belegt: »es wäre nicht nur eine impolitesse gewesen, ... eine Sünde wider den heiligen geist, nämlich der sentimentalität und der Wertherschen gelben hosen, das lustige plaisier mutwillig zu zerstören« (Wilhelm Raabe).

Die Zuckerstückchenedition

TASCHENBUCH

Was ist kanarienvogelgelb wie das Kleid der Queen? Richtig: Max Goldts neues Geschenk-Büchlein

Heutzutage kommen wir Kritiker mit ein paar Gesten gut über die Runden. »Von Max Goldt entzückt sein« ist zum Beispiel so eine Geste. Sehr schön ist das Taschenbuch *Max Goldt: Ein Buch namens Zimbo* (rororo 25569).

Die Schönheit des Buches ist warenästhetisch gemeint: Es ist in einem Gelb gehalten, wie man es vom Kleid her kennt, das die englische Königin zur Hochzeit ihres Enkels trug. Das Buch empfiehlt sich als Geschenk. Wer wenig Geld hat, hat damit etwas Gediegenes in der Hand!

Das gelbe Buch ist mit einem Zitat von Karlo Tobler versehen: »Zitiere nie Max Goldt zum Scherz, / denn er fühlt wie du den Schmerz.« Die Wikiquote im Internet hält sich nicht daran. Sie zitiert Max Goldt, wie er sich selbst zitiert: »Ich sollte eine private Zuckerstückchenedition herausbringen mit aphoristischen Definitionen, wie ›Aufräumen ist, was man macht, bevor Besuch kommt‹ oder ›Die Überbevölkerung sind alle, die Dich nicht lieben‹ oder ›Wein ist, was man trinkt, wenn das Bier alle ist‹.«

Kann man aus dem herauslesen, warum es besser ist, Max Goldt nicht zu zitieren? Es liegt auf der Hand, und es ist plump, jemanden zu zitieren, der so treffend formuliert. Im Zitieren reißt man sich eine fremde Originalität unter den Nagel, und diese spezifische Originalität von Max Goldt kommt nicht zuletzt daher, dass der Autor auf sie Wert legt.

Andererseits haben Goldts Schriften die Eigenschaft, dass sie gut unterhalten, aber auch nicht schlecht belehren. Die Dichter, hieß es bei Horaz, wollen zugleich Erfreuliches und Nützliches über das Leben sagen. Was man von Goldt Nützliches lernen kann, sollte man weitergeben, und das geht am besten, wenn man es zitiert.

Ich lebe in Österreich, einem Land der allzu einflussreichen Kolumnisten. Im Kolumnenkasten toben sich die Menschen und ihre Meinungen aus. Max Goldt, den man gegen seinen Willen ebenfalls einen Kolumnisten genannt hat, definiert Kolumnen so: »Kolumnen sind Meinungsbeiträge in journalistischen Medien, deren Autoren sich dadurch auszeichnen, dass sie unverhohlen nach Zustimmung ihrer Leser gieren.«

Unter anderem aus diesem Ton, der nach Karl Kraus klingt, schließe ich ungebeten darauf, dass man eine Verwandtschaft zwischen großen österreichischen Traditionen und Max Goldt behaupten kann. Goldt wird Ende Mai in Wien sein, und das ist für nicht wenige Wiener aufregend. Da kommt ein Stil und eine Haltung heim, die es hier einst gab: scharfer Verstand, spielerischer, aber selten manierierter Umgang mit ihm; ein Talent zur furchterregenden Polemik, aber von Artistik elegant im Zaum gehalten.

Die sogenannte Respektlosigkeit, die einen Polemiker auszeichnet, bezieht sich auch bei Goldt auf das vermeintlich geistig Überlegene. Nach einer Überlegung, der gemäß Tierpfleger die zufriedensten Menschen auf Erden sind, folgt die Volte: »... und zwischen Zufriedenheit und Glück zu unterscheiden, wollen wir in diesem Moment den Schlaumeiern und Sprücheklopfern überlassen.«

Max Goldt: Ein Buch namens Zimbo
Rowohlt Verlag, Reinbek 2011; 199 S., 8,99 €

Der Skepsis fallen ganze Kategorien zum Opfer: »Der Alltag ist eine inzwischen etwas abgenutzte essayistische Kategorie – ich wußte nie genau, was damit eigentlich gemeint ist. Als ich einmal in Definitionslaune war, sagte ich, unter Alltag sei heutzutage wohl so etwas wie die gleichzeitige Abwesenheit von großer Liebe, Weihnachten und Krieg zu verstehen.«

So wirbelt man einen Haufen philosophischer Probleme auf. Wenn man demnächst bei Laune ist, kann man darüber, nicht zuletzt bei Max Goldt, mehr erfahren. FRANZ SCHUH

Warten auf das Ende

In »Tarmac« beschreibt Nicolas Dickner seine apokalyptische Generation VON CATHARINA KOLLER

Mickey ist mehr als fasziniert von Hope: Während die anderen im Chemieunterricht noch versuchen, eine Zitrone so mit Drähten zu verstöpseln, dass Strom fließt, überschlägt sie bereits, wie viele Zitronen gebraucht würden, um die Energie einer Atombombe zu erreichen. Das Ergebnis: »Die Sauerfruchtproduktion Floridas über einen Zeitraum von 6000 Jahren.« Diese absurde Rechnung drückt das Ringen um Greifbarkeit dessen aus, was jede Vorstellungskraft übersteigt: Was passiert, wenn die Atombombe einschlägt?

»Vorkriegsgeneration« nennt der frankokanadische Autor Nicolas Dickner, Jahrgang 1972, in *Tarmac – Apokalypse für Anfänger* seine Altersgenossen, die in den Ausläufern des Kalten Krieges mit dem Warten auf die Katastrophe aufwachsen. Dass der Fall der Berliner Mauer das Ende der atomaren Bedrohung einleitet, ändert wenig. Schließlich bleiben saurer Regen, Ozonloch und Jahrtausendwende. »Wir hatten so lange auf den Weltuntergang gewartet, dass er Teil unserer DNS geworden war«, stellt Mickey fest.

Für Hopes Familie gilt das seit Generationen. Einem Familienfluch gleich offenbaren sich jedem Familienmitglied in der Pubertät exaktes Datum und Hergang des Weltuntergangs. Um dem Warten auf diesen Wahn zu entgehen, setzt Hope auf den Zufall und erwürfelt ihr Datum, den 17. Juli 2001. Dann verlässt die Handlung vollends den Bereich des Wahrscheinlichen: Der 17. Juli ist plötzlich Mindesthaltbarkeitsdatum auf sämtlichen Packungen japanischer Instantnudeln, in einem Comic liest Hope von einer prophetischen Schrift mit ebenjenem Datum – Grund genug, den Spuren bis Tokyo nachzujagen.

Vor diesem schrillen Plot wirken die Figuren Hope und Mickey pubertär blass, auch ihre Liebesgeschichte wagt nicht so recht, sich zu entwickeln. Das ist schade, aber anderes zählt: Während Dickner in seinem viel gelobten Debüt *Nikolski* Landkarten und Piratenlegenden mit Phänomenen des Informationszeitalters kurzschließt, dekliniert er in *Tarmac* die Apokalypse durch. Dafür jongliert er mit Bibelzitaten, Mangas und Wissenssendungen, kreiert abstruseste Querverbindungen und schafft es so, *Tarmac* über ein bloßes Generationsporträt hinausreichen zu lassen.

Nicolas Dickner: Tarmac – Apokalypse für Anfänger
FVA, Frankfurt a. M. 2011; 249 S., 19,90 €

Darf in einer Geschichte über sexuellen Missbrauch das Wort Liebe vorkommen?

Foto [M.]: Brian Shumway/Redux/laif

Das Maximum an Liebe

Perfide Einheit von sexuellem Missbrauch und Geborgenheit: Margaux Fragoso erzählt die Geschichte ihrer zerstörten Kindheit VON IJOMA MANGOLD

In *Tiger, Tiger* hat die Autorin Margaux Fragoso, geboren Ende der siebziger Jahre, ihre eigene sexuelle Missbrauchsgeschichte aufgeschrieben. Das Buch hat 460 Seiten, der weitaus längste Teil erzählt von den 14 Jahren, in denen sie, beginnend im Alter von sieben Jahren, ein intimes Verhältnis zu dem mehr als 40 Jahre älteren Peter hatte. Das ist ein heftiger Stoff, und die Lektüre ist beklemmend. Fragoso erzählt streng aus der Perspektive der Protagonistin. Das heißt, ihre damaligen Erlebnisse werden nicht durch retrospektive Einsichten gedeutet oder erklärt, sondern Fragoso beschreibt ihr vergangenes Leben so, wie sie es im jeweiligen Alter wahrgenommen hat. Die Erzählerin – das ist zumindest die formale »Fiktion« in diesem autobiografischen Buch – ist nicht klüger als die Protagonistin.

Wenn Margaux das erste Mal ihrem späteren Peiniger Peter im Freibad von Union City in New Jersey begegnet, dann betrachtet sie ihn mit den Augen der Siebenjährigen, die aus zerrütteten Familienverhältnissen kommt und glücklich ist, dass ein Erwachsener sie ernst nimmt und mit ihr im Wasserbecken spielt. Wenn man so will – und manche Kritiker hat das an diesem Buch sehr empört – reproduziert Fragoso erzählend noch einmal die Unwahrheit und Ungerechtigkeit, indem sie das Ungeheuerliche des Vorgangs nicht kommentierend benennt und aufbricht. Sie schreibt nicht: »Dieser Schuft, wie mir heute klar ist, hat meine Einsamkeit bösartig ausgenutzt.« Stattdessen beschreibt sie die Schwimmbadszene so: »Dann schnappte mich (Peter), klemmte mich unter seinen Arm, schleuderte mich herum und freute sich dabei wie ein kleines Kind. Als er stehenblieb, war die Welt aus dem Gleichgewicht geraten, und ein seltsames weißes Licht umstrahlte sein Gesicht wie eine Korona.«

Ein Kinderschänder im Glorienschein der Erlösung, ein Pädophiler, der als scheinbarer Glücksbote seines Opfers auftritt: Dieses Verfahren sorgt für eine bedrückende Lektüre, weil der Mann, den der Leser als einen Teufel erkennt, der jungen Margaux als ein Engel erscheint. Peter ist dabei ein Meister des moralischen Diskurses. Seine körperlichen Interessen werden als metaphysische Liebesbedürftigkeit überhöht, irdische und himmlische Liebe auf perfide Weise in eins gesetzt. Er zeichnet dem jungen Mädchen ein schlimmes Bild der Welt, in der das Geheimnis, das sie teilen, zum kostbaren Rückzugsraum von Vertrauen und Nähe wird. Treue heißt für ihn, dass Margaux über die sexuellen Dienste, die sie erbringt, zuverlässig schweigt und nicht »Verrat« übt. Sie könne ihn ja jederzeit ins Gefängnis bringen, sagt er, weil die Gesellschaft diese Art der Liebe nicht zulasse, er sei also ganz in ihrer Hand. Margaux fühlt sich in dieser Komplizenschaft als moralisches Subjekt ernst genommen. Sie hat ja sonst niemanden, mit dem sie ein Geheimnis teilt. »Wir wollen«, sagt Peter zu ihr, »so tun, als wären wir auf unserem eigenen kleinen Planeten. Ich möchte dich so sehen, wie Gott dich geschaffen hat, in Gänze. Auch deine Füße, auch deine Kniekehlen. Ich liebe dich so sehr, dass ich dich genau so sehen will, wie du bist.«

Wie Peter diesen moralischen Eigenkosmos rhetorisch aufbaut und wie sich Margaux darin glücklich einrichtet (weil etwas Besseres als dieses Schlimme ihr noch nicht widerfahren ist), ist für den Leser schwer erträglich. Ungeduldig wartet er deshalb darauf, dass sich das Alter der Erzählerin und das Alter der Protagonistin langsam annähern, damit es endlich zu einem Bewusstseinssprung kommt und sich die Autorin bewertend in die Vorgänge einschaltet. Ihre Erlebnisse also nicht mehr nur notiert, sondern reflektiert.

Margaux Fragoso: Tiger, Tiger
A. d. Engl. v. Andrea Fischer; FVA, Frankfurt a. M. 2011; 464 S., 24,90 €

Doch diese Position verweigert der Roman. In dem Moment, als mit Peters Tod, die Autorin ist dann 23 Jahre alt, die Nachgeschichte, die Reflexionsgeschichte beginnen könnte, ist das Buch auch schon fast vorbei. Zum Ende hin geht ohnehin alles sehr schnell. Margaux schafft es überraschender Weise aufs College, sie hat weiter Kontakt zu Peter, aber auch einen ersten Freund. Peter hingegen kann mit ihrer neuen Selbstständigkeit nur sehr schlecht umgehen, er hat Angst, dass seine pädophilen Taten auffliegen könnten, und nimmt sich das Leben. Margaux vermacht er seinen alten Mazda, und bevor die Erzählerin und der Leser auch nur einmal durchatmen und eine Moral von der Geschicht formulieren könnten, ist das Buch auch schon vorbei.

Es gibt dann tatsächlich noch ein kurzes Nachwort, in dem Fragoso mit einigen psychologischen, therapeutischen und juristischen Kategorien hantiert, die unserem Bedürfnis nach begrifflicher Klärung entgegenkommen. Das liest sich aber so zäh und papieren, dass wir Fragosos grundsätzlichen Verzicht auf einen diskursiv-pädagogischen Überbau dann doch wertschätzen: »Durch das Niederschreiben meiner Erinnerungen habe ich versucht, die alten, tief verwurzelten Muster von Leiden und Missbrauch aufzubrechen, die meine Familie seit Generationen verfolgen.« Das ist bestimmt ein verantwortungsbewusster und verallgemeinerungsfähiger Satz, aber die Eindringlichkeit von *Tiger, Tiger* liegt eben darin, nur eine individuelle Geschichte ohne Generalisierungsanspruch zu erzählen. Das Verallgemeinern überlässt Fragoso dem Leser. Sie zwängt ihm keine anderen Botschaften auf als die Faktizität ihrer Lebensgeschichte.

Margaux Fragoso hat Literaturwissenschaft und Kreatives Schreiben studiert. Sie ist keine bedeutende Schriftstellerin, aber auch keine schlechte. Sie versteht vom Schreiben so viel, dass sie weiß, dass sie der Zugänglichkeit und Transparenz ihrer Geschichte den größten Dienst erweist, wenn sie sie ohne den Einsatz auffälliger literarischer Darstellungsformen erzählt. Anders ausgedrückt: Sie ist keine große Stilistin, aber Schriftstellerin genug, um ihre Biografie angemessen präzise, anschaulich und flüssig zu erzählen; mit einer Unmittelbarkeit, als wäre die Geschichte in unserer eigenen Nachbarschaft passiert. *Tiger, Tiger* ist ein gutes Beispiel dafür, wie Literatur fremde Erfahrung unserem eigenen Bewusstsein zugänglich machen kann.

Margaux' Mutter leidet an Depressionen und muss sich regelmäßig in die Psychiatrie einweisen lassen. Ihr Mann, Margaux' Vater, ist ein trauriger und zugleich gewalttätiger Charakter. Im Suff hinterlässt er eine Schneise der Verwüstung, um sich am nächsten Tag als sorgender Familienvater in die Brust zu werfen. Angesichts dieser Dauerhölle des häuslichen Lebens hat Peter leichtes Spiel, Margaux einen Ort der Zurückgezogenheit und Zärtlichkeit zu bieten. Geschickt baut er die Mutter mit ein, die in ihrer Apathie froh ist, dass es jemanden gibt, der ihr die Glücksverantwortung abnimmt und dessen Gegenwart die Tochter aus ihrer sozialen Isolierung und autistischen Verkapselung herausreißt. Margaux und Peter sehen sich fast täglich. Und wenn dem Vater der Verdacht kommt, dass mit Peter etwas nicht stimmt, sagt die Mutter, die unbewusst ahnt, dass sie für die Wahrheit zu schwach ist, Peter sei doch das Einzige, was Margaux habe.

Peter sucht nicht nur sexuelle Intimität, sondern ebenso emotionale. Als Außenstehender würde man sagen: Das ist doch nur sein Trick, er bietet Emotionalität im Tausch für Sexualität! Aber vielleicht ist das zu analytisch gedacht. Zwar weiß auch Margaux, dass es ein Tauschverhältnis ist (aber mal im Ernst: Alles im Leben ist ein Tauschgeschäft, ob es einem gefällt oder nicht) und dass sie Macht über Peter hat, indem sie ihm Zugang zu Sex gewährt oder verweigert, und sie setzt diese Macht ein, um Peter dauerhaft emotional an sich zu binden: Solange er mich attraktiv findet, so lange wird er mich nicht links liegen lassen. Ich werde ihm nicht gleichgültig sein, solange ich sein Begehren wecke.

Das ist grauenvoll. Während sich die 12-jährige Margaux glücklich geborgen in Peters Arme kuschelt, stehen dem Leser die Haare zu Berge, weil dieses pädophile Ausnutzungsverhältnis tatsächlich das Maximum an Glück für das arme Kind darstellt.

Als das Buch in der englischsprachigen Welt erschien, hat es für viele Diskussionen gesorgt. Ein Vorwurf lautete: Die Autorin setze darauf, sich mit dem Thema ins Gerede zu bringen. Von einem intendierten medialen Hype war die Rede. Das sagt sich immer schnell. Zumal es totale mediale Unschuld nicht gibt. Selbst der Eremit in der Wüste wehrt sich nicht gegen Berichterstattung ... Margaux Fragoso kann man nicht vorwerfen, sie hätte der Faktizität ihrer Geschichte etwas grell Inszeniertes hinzugefügt. Und kann man sie kritisieren, das Buch überhaupt geschrieben zu haben? Diese Haltung läuft darauf hinaus, dass nicht aufgeschrieben werden darf, was nicht sein darf. Hätte sie, wurde deshalb angeregt, das Buch nicht einfach für sich schreiben können, ohne es zu publizieren? Natürlich, kein Akt der Veröffentlichung ist frei davon, publizistischen Nutzen aus einem Erlebnis zu schlagen. Es liegt aber auch ein moralisches Recht darin, über das, was einem widerfahren ist, als ein Eigentum zu verfügen. Und dafür andere Formen zu wählen, als der offizielle psycho-pädagogische Diskurs den Opfern andient.

Die fürchterlichsten Momente dieses Buches sind die Videositzungen, wenn Peter und Margaux sich Pornos anschauen, damit Margaux lernt, was Frauen Männern bieten. Schrecklich deshalb, weil Margaux diese Filme liebt. Sie geben ihr das Gefühl, Teil der Gesellschaft zu sein. Ich tue doch nur, was auch andere tun, wie diese Filme zeigen. Sie ist dann Teil einer symbolischen Ordnung. Zusammen lesen sie auch Nabokovs *Lolita* und das gibt ihnen ein ähnliches Gefühl des Aufgehobenseins in größeren Kontexten. Als Margaux 14 ist, geht sie mit Peter in eine Kirche, und die beiden zelebrieren ihre geheime Hochzeit. Margaux liest den 23. Psalm: »Er lässt mich lagern auf grünen Auen und führt mich zum Ruheplatz am Wasser. Er stillt mein Verlangen.« Und noch als Peter, der eine Politik der expliziten Offenheit verfolgt, ihr gesteht, dass seine erste Frau ihn verlassen habe, weil er sich an den gemeinsamen Töchtern vergangen habe, sieht Margaux darin einen Vertrauensbeweis, der sie als Schicksalsgemeinschaft zusammenschweißt.

Das alles ist kaum zu ertragen, aber doch in seiner psychologischen Detailarbeit höchst aufschlussreich. Erst mit Peters Selbstmord kann sich Margaux langsam aus dieser Bindung lösen. Auch diese Loslösungsgeschichte wäre interessant. Die erzählt *Tiger, Tiger* aber nicht.

Der Letzte seiner Art

Ein Mann, frei von Konventionen: Der großzügige Lebenskünstler Gunter Sachs ist tot VON HANNS-BRUNO KAMMERTÖNS

Foto (Ausschnitt): BOTTI/STILLS/GAMMA/laif

St. Tropez, 1966

Foto: Monti Bild/Keystone Pressedienst

Mit Brigitte Bardot, August 1966

Foto: Keystone/Picture-Alliance/dpa

St. Moritz, 1955

Foto (Ausschnitt): Rudar/StudioX

Kostümball mit Mirja, Paris, 1972

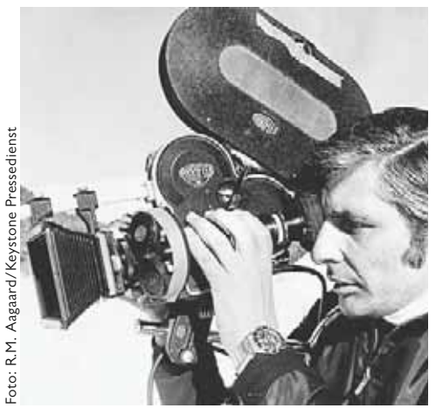
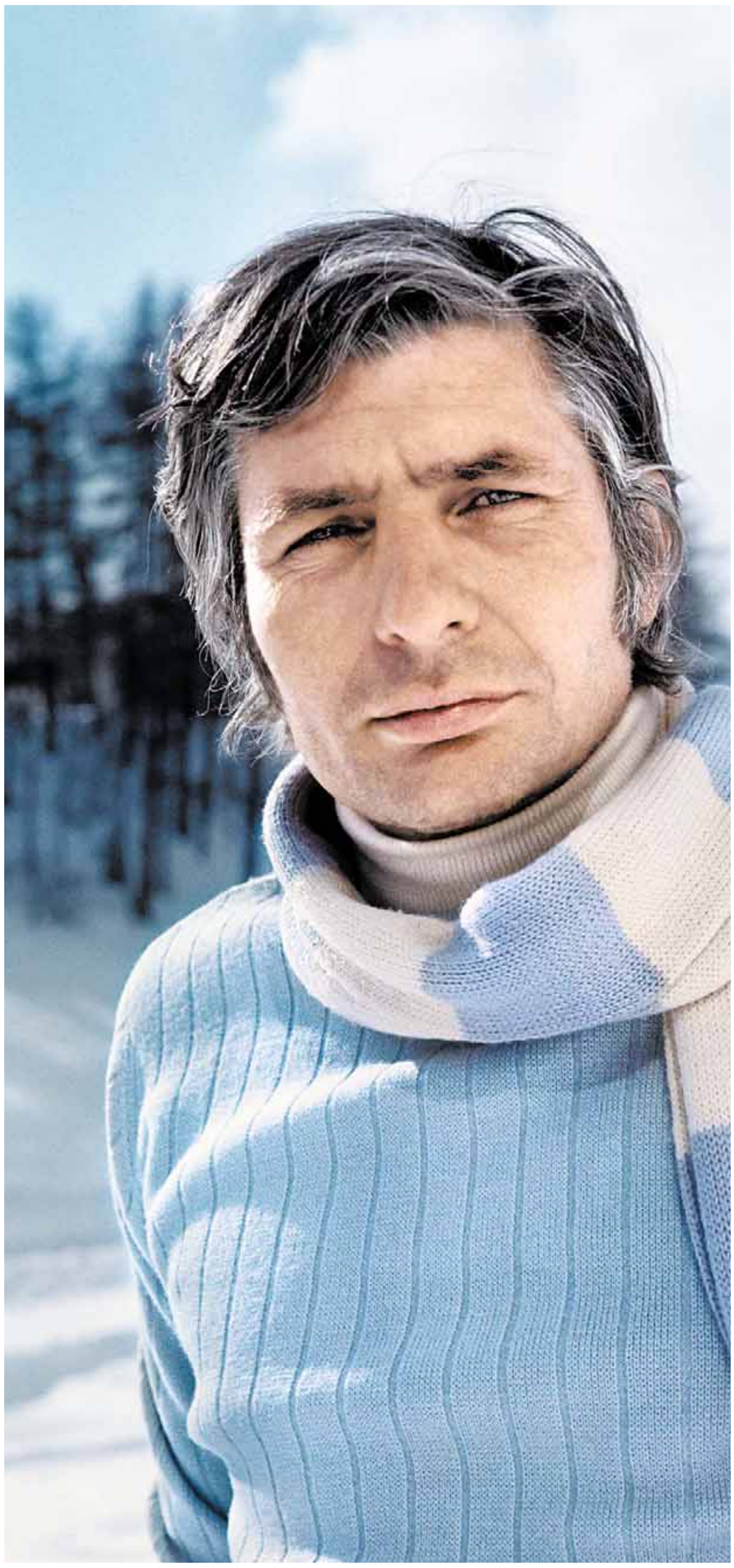


Foto: R.M. Aagaard/Keystone Pressedienst

Bei Dreharbeiten in Norwegen, 1969



Gunter Sachs (1932–2011) im Jahr 1972 in St. Moritz

Gäbe es ihn, einen irdischen Garten Eden, dann käme sein Anwesen in St. Tropez gewiss in die engere Wahl. Skulpturen von ineinander verschlungenen Körpern, Wasserspiele, ein kleiner Pavillon für Yoga und Meditation. Von den Terrassen seiner beiden Beach-Häuser an der Plage de Pampelonne hatte er einen unerhörten Blick auf die Bucht. Vorn das Geäst der alten Olivenbäume, dahinter, in sicherer Entfernung, die Armada der Luxusjachten, die an den Bojen vor sich hin dümpelten. Wo, wenn nicht hier, war er glücklich? Schräg hinter seinem Pool hatte lange ein Beduinenzelt gestanden, ein Geschenk des Königs von Marokko. Irgendwann entschied Gunter Sachs, damals, Anfang der Neunziger, das Zelt einzurollen und ein winddichtes Gehäuse aufzustellen. Tribut an das Alter seiner Freunde – und an das eigene.

Vielleicht war es ein erstes Zeichen für das, was jetzt geschah. Darf man das? Er hätte gewollt, dass man seinen Schritt akzeptiert. Es sei keine Kurzschlusshandlung gewesen, sagen jene, die Gunter Sachs am vergangenen Samstag in seinem Chalet in Gstaad tot aufgefunden haben. Ein Leben habe sich vollendet, das stets frei von Konventionen gewesen sei. Er habe sich befreien wollen von dieser Krankheit, die er in seinem Abschiedsbrief erwähnt, Alzheimer. Ein Selbstgefühl sei es gewesen, eine Selbstdiagnose, kein fachärztlicher Befund. Aber Sachs hatte sich entschieden. Er konnte nicht mehr so wirken und leben, wie er es wollte. Seine Lebensfreude hatte sich offenbar verbraucht. Er erschoss sich, wie es auch sein Vater getan hatte.

Wie bei so manchem kreativen Geist verbarg sich in seiner Seele ein melancholischer Kern. Ob er je glücklich war? Er hätte doch allen Grund gehabt. Kaum jemand, der mit irdischen Gütern reicher gesegnet war. Beim Dinner saß er in der Mitte des großen Tisches, der so ausgerichtet war, dass man vom Platz des Hausherrn aus den Leuchtturm auf der anderen Seite der Bucht sehen konnte. Wie es hinter dem Horizont weiterging, was dann kam – diese Frage wollte er gelegentlich klären. Afrika war es nicht. »Spanien womöglich«, er nickte. Seine gletscherfarbenen Haare fielen ihm leicht ins Gesicht. So verharrte er, scheinbar endlos lange konnte er jemandem zuhören, eine Pointe, ein Bonmot nachsichtig abwarten. Dabei hätte dieser Mann in dem blauen Blazer und dem weit geöffneten Hemd gewiss einiges zu sagen gehabt.

Irgendwann mit 14 Jahren, seine Sammlungen mit Cowboy- und Winnetou-Bildern ist komplett, biegt er ein in Richtung Moderne, er wird Kunstsammler. Er ersteht seinen ersten Druck, eine Schlachtenszene von Eugène Delacroix. Es folgen Picasso *bleu* und *rose,* die Ballettmädchen von Degas. Über die deutschen Expressionisten findet er zu den Surrealisten – Sachs ist angekommen. Zumal er ja gern um die Häuser zieht, stets stilvoll, bei Gelegenheit auch mit einem Tiger, den er an der Leine führt. Aber nach diesen wilden Jahren musste man ihn schon fragen. Dem Mann, der mit seinem Esprit und seiner Eleganz die Nachkriegszeit so viel heller machte, war Extrovertiertheit fremd. Er hörte lieber zu. Umgeben von Freunden, das gefiel ihm, vielleicht auch, weil er sich da sicher fühlte. Hin und wieder wischte er sich mit der rechten Hand über die Nase und schaute hinaus zum Leuchtturm. Zufrieden sah er dann aus.

Gunter Sachs, seinem Vater gehörte die Fichtel & Sachs AG, war ein großzügiger Mann. Als er vor fünf Jahren eine große Foto-Ausstellung in St. Petersburg eröffnete, charterte er ein Flugzeug für seine Weggefährten. Seine Fotos im Marmorpalast des Russischen Museums! Gut und gerne 100 Passagiere, die sich von München aus mit ihm auf den Weg machten. Ehemalige Models, Assistenten, Freunde, »ein buntes Völkchen«, wie er sie bezeichnete. Für diese Reise hatte er, was eigentlich nicht seine Art war, zwei Bodyguards engagiert, weniger für sich, mehr für seine Frau und die anderen Anvertrauten. Im Flugzeug dösten die beiden Guards vor sich hin, aber Sachs blieb wach, und von seinem Platz ganz hinten hatte er alle Reihen im Blick. Er, der ewige Kümmerer, der half, wo immer er konnte. Ehemalige Models, vom Glück verlassene Freunde, alle, die nicht mehr konnten, durften mit ihm rechnen. Er hatte Geld, besorgte Anwälte, seine Honorare reichte er weiter an seine Frau und ihre Stiftung Kinder in Not. Der Dank dafür? Gunter Sachs wusste: »Der Retter liebt den Geretteten, nicht umgekehrt.«

Was hast du aus deinem Leben gemacht? Die Frage beschäftigte ihn mit zunehmendem Alter immer mehr. All die Cocktailpartys! »Mein Gott! Vielleicht waren es zwölf, zwölf in meinem ganzen Leben!« Es klang wie ein Schwur! Vielleicht waren ihm die legendären Geschichten, seine Vermählung mit Brigitte Bardot, die Begegnungen mit Dalí und Roger Vadim, einfach zu lange her.

Was bleibt? Die Astrologie! Von ihr war er überzeugt. Sein Buch mit dem mathematischen Beweis für eine astrologische Kraft. 20 Millionen Daten, die er in den Computer eingab. Mit welchem Sternzeichen wird man besonders gern Jurist, welches verbindet sich mit dem höchsten Scheidungsrisiko, wer ist am wenigsten suizidgefährdet? Als Sachs damals mit diesem Thema auf die *ZEIT* zukam, rutschte ihm die Bemerkung heraus: »Ihr müsst wissen, das ist jetzt das Wichtigste in meinem Leben!«

Mit Ehefrau Mirja, 1987

Eilig ist sein Leben immer gewesen. Aber, dieses Gefühl konnte man haben, in den letzten Jahren legte er in seinem Tempo noch einmal zu. Gstaad, Palm Springs, St. Tropez, wieder Gstaad. Zwischendurch schickte er auf einer altmodischen Postkarte Grüße aus Bora Bora und kündigte einen Abstecher in sein Atelier südlich von München an.

MM 14, sein Studio, seine Factory seit knapp 30 Jahren. Metallkräne, Scheinwerfer und Fotos. Claudia Schiffer als »Heldin«, Tanja und Kirstin, braune Elfenkörper unter Wüstensonne. Vergangenheit. Aus der Schublade seines Schreibtisches holte Sachs eine Kamera hervor, kleiner als eine Zigarettenschachtel. »12,1 Megapixel.« Das reiche heute aus, befand er. Kein Vergleich zu der Mühe, die er sich immer gemacht hatte. Nun ja, murmelte er, womöglich werde er es weiter gegen den Trend versuchen. Grobkörnige Bilder, Filme, weniger technisch, mit verwunschenen Bildern. Er verehrte Bob Wilson.

Bevor er auf Reisen ging, hielt sich Gunter Sachs gern in Gstaad auf. Zwei Chalets, Blumenkästen vor den Fenstern, die Häuser mit einem kleinen Tunnel verbunden. Auch hier war Platz für Freunde, aber er war an diesem Ort auch gern allein. Manchmal meldete er sich über Monate nicht, aber dann schickte er wieder einen Brief aus seinem Vieux Chalet. Vor wenigen Wochen kam noch einmal eine Nachricht. Eine Assistentin schickte eine Mail. Gunter Sachs habe eine neue Handynummer – das war alles. Es war wie eine Aufforderung, doch ruhig mal öfter anzurufen.

Jetzt, da er tot ist, kommt die Erinnerung zurück an einen Satz im Flugzeug damals bei der Reise nach St. Petersburg. »Ich habe die meisten Dinge, von denen ich geträumt habe, erlebt und verwirklicht. Dafür danke ich dem Schicksal. Ich wünsche mir keine Vollendung.« Gunter Sachs wurde 78 Jahre alt.

www.zeit.de/audio

Fotos: (Ausschnitt) Rainer Binder (großes Foto): Daniel Angeli/Agence Angeli (r.)

DIE ZEIT

Gründungsverleger 1946–1995:
Gerd Bucerius †
Herausgeber:
Dr. Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002)
Helmut Schmidt
Dr. Josef Joffe

Chefredakteur:
Giovanni di Lorenzo
Stellvertretende Chefredakteure:
Moritz Müller-Wirth
Bernd Ulrich
Chef vom Dienst:
Iris Mainka (verantwortlich), Mark Spörrle

Textchefin: Anna von Münchhausen (Leserbriefe)
Internationaler Korrespondent: Matthias Naß
Titelgeschichten: Hanns-Bruno Kammertöns (Koordination)
Politik: Bernd Ulrich (verantwortlich), Andrea Böhm, Alice Bota, Christian Denso, Frank Drieschner, Matthias Krupa, Ulrich Ladurner, Khuê Pham, Jan Roß (Koordination Außenpolitik), Patrik Schwarz, Özlem Topçu, Dr. Heinrich Wefing
Dossier: Dr. Stefan Willeke (verantwortlich), Anita Blasberg, Anna Kemper, Roland Kirbach, Kerstin Kohlenberg, Henning Sußebach
Wochenschau: Ulrich Stock (verantwortlich)
Geschichte: Benedikt Erenz (verantwortlich), Christian Staas
Wirtschaft: Dr. Uwe J. Heuser (verantwortlich), Thomas Fischermann (Koordination Weltwirtschaft), Götz Hamann (Koordination Unternehmen), Kerstin Bund, Marie-Luise Hauch-Fleck, Rüdiger Jungbluth, Dietmar H. Lamparter, Gunhild Lütge, Anna Marohn, Marcus Rohwetter, Dr. Kolja Rudzio, Arne Storn, Christian Tenbrock
Wissen: Andreas Sentker (verantwortlich), Dr. Harro Albrecht, Dr. Ulrich Bahnsen, Christoph Drösser (Computer), Dr. Sabine Etzold, Stefan Schmitt, Ulrich Schnabel, Dr. Hans Schuh-Tschan (Wissenschaft), Martin Spiewak, Urs Willmann

Junge Leser: Dr. Susanne Gaschke (verantwortlich), Katrin Hörnlein
Feuilleton: Jens Jessen/Moritz Müller-Wirth (verantwortlich), Thomas Assheuer, Peter Kümmel, Ijoma Mangold, Katja Nicodemus, Iris Radisch (Literatur), Dr. Hanno Rauterberg, Dr. Adam Soboczynski (Koordination), Claus Spahn, Dr. Elisabeth von Thadden (Politisches Buch)
Kulturreporter: Dr. Susanne Mayer (Sachbuch), Dr. Christof Siemes
Glauben & Zweifeln: Evelyn Finger (verantwortlich)
Reisen: Dorothée Stöbener (verantwortlich), Michael Allmaier, Stefanie Flamm, Cosima Schmitt, Christiane Schott
Chancen: Thomas Kerstan (verantwortlich), Jeannette Otto, Arnfrid Schenk, Jan-Martin Wiarda
Die ZEIT der Leser: Dr. Wolfgang Lechner (verantwortlich)
ZEITmagazin: Christoph Amend (Chefredakteur), Tanja Stelzer (Stellv. Redaktionsleiterin), Christine Meffert (Textchefin), Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Faller, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Style Director), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz, Daniel Erk (Online)
Art-Direktorin: Katja Kollmann
Gestaltung: Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy
Fotoredaktion: Michael Biedowicz (verantwortlich)
Redaktion ZEITmagazin: Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; E-Mail: zeitmagazin@zeit.de
Verantwortlicher Redakteur Reportage: Stephan Lebert
Reporter: Dr. Wolfgang Gehrmann, Christiane Grefe, Sabine Rückert, Wolfgang Uchatius
Politischer Korrespondent: Prof. Dr. h. c. Robert Leicht
Autoren: Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large), Dr. Dieter Buhl, Ulrich Greiner, Bartholomäus Grill, Dr. Thomas Groß, Nina Grunenberg, Klaus Harpprecht, Wilfried Herz, Jutta Hoffritz, Dr. Gunter Hofmann, Gerhard Jörder, Dr. Petra Kipphoff, Erwin Koch, Tomas Niederberghaus, Dr. Werner A. Perger, Christian Schmidt-Häuer, Jana Simon, Burkhard Straßmann, Dr. Volker Ullrich
Berater der Art-Direktion: Mirko Borsche
Art-Direktion: Haika Hinze (verantwortlich), Klaus-D. Sieling (i. V.); Dietmar Dänecke (Beilagen)
Gestaltung: Mirko Bosse, Mechthild Fortmann, Sina Giesecke, Katrin Guddat, Philipp Schultz, Delia Wilms
Infografik: Gisela Breuer, Anne Gerdes, Wolfgang Sischke
Bildredaktion: Ellen Dietrich (verantwortlich), Florian Fritzsche, Jutta Schein, Gabriele Vorwerg
Dokumentation: Mirjam Zimmer (verantwortlich), Davina Domanski, Dorothee Schöndorf, Dr. Kerstin Wilhelms
Korrektorat: Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Hauptstadtredaktion: Marc Brost (Wirtschaftspolitik)/ Matthias Geis (Politik), gemeinsam verantwortlich; Peter Dausend, Christoph Dieckmann, Jörg Lau, Mariam Lau, Petra Pinzler, Dagmar Rosenfeld, Dr. Thomas E. Schmidt (Kulturkorrespondent), Dr. Fritz Vorholz
Reporter: Tina Hildebrandt, Elisabeth Niejahr
Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-0, Fax: 030/59 00 00 40
Frankfurter Redaktion: Mark Schieritz (Finanzmarkt), Eschersheimer Landstr. 50, 60322 Frankfurt a. M., Tel.: 069/24 24 49 62, Fax: 069/24 24 49 63, E-Mail: mark.schieritz@zeit. de
Dresdner Redaktion: Stefan Schirmer, Ostra-Allee 18, 01067 Dresden, Tel.: 0351/48 64 24 05, E-Mail: stefan.schirmer@zeit.de
Europa-Redaktion: Dr. Jochen Bittner, Residence Palace, Rue de la Loi 155, 1040 Brüssel, Tel.: 0032-2/230 30 82, Fax: 0032-2/230 64 98, E-Mail: jochen.bittner@zeit.de
Pariser Redaktion: Gero von Randow, 39, rue Cambronne, 75015 Paris, Tel.: 0033-972 23 81 95, E-Mail: gero.von.randow@zeit.de
Mittelost-Redaktion: Michael Thumann, Posta kutusu 2, Arnavutköy 34345, Istanbul, E-Mail: michael.thumann@zeit.de
Washingtoner Redaktion: Martin Klingst, 940 National Press Building, Washington, D. C. 20045, E-Mail: martin.klingst@zeit.de
New Yorker Redaktion: Heike Buchter, 11, Broadway, Suite 851, 10004 New York, Tel.: 001-212/269 34 38, E-Mail: hbuchter@newyorkgermanpress.com
Moskauer Redaktion: Johannes Voswinkel, Srednjaja Perejaslawskaja 14, Kw. 19, 129110 Moskau, Tel.: 007-495/680 03 85, Fax: 007-495/974 17 90
Österreich-Seiten: Joachim Riedl, Alserstraße 26/6a, A-1090 Wien, Tel.: 0043-664/426 93 79, E-Mail: joachim.riedl@zeit.de
Schweiz-Seiten: Peer Teuwsen, Kronengasse 10, CH-5400 Baden, Tel.: 0041-562 104 950, E-Mail: peer.teuwsen@zeit.de
Weitere Auslandskorrespondenten:
Georg Blume, Neu-Delhi, Tel.: 0091-96-50 80 66 77, E-Mail: blumegeorg@yahoo.de;
Angela Köckritz, Peking, E-Mail: angela.koeckritz@zeit.de;
Gisela Dachs, Tel Aviv, Fax: 00972-3/525 03 49;
Dr. John F. Jungclaussen, London, Tel.: 0044-2073/54 47 00, E-Mail: johnf.jungclaussen@zeit.de;
Reiner Luyken, Achiltibuie by Ullapool, Tel.: 0044-7802/50 04 97, E-Mail: reiner.luyken@zeit.de;
Birgit Schönau, Rom, Tel.: 0039-339-229 60 79
ZEIT Online GmbH: Wolfgang Blau (Chefredakteur); Domenika Ahlrichs (Stellv. Chefredakteurin); Karsten Polke-Majewski (Stellv. Chefredakteur); Christoph Dowe (Geschäftsf. Redakteur); Fabian Mohr (Entwicklung, Multimedia-Formate, Video; Mitglied der Chefredaktion); Meike Dülffer (Textchefin); Kirsten Haake, Alexander Schwabe (Chef/-in vom Dienst); Christian Bangel, Karin Geil, Tilman Steffen, Frida Thurm (Nachrichten); Markus Horeld (Politik); Ludwig Greven, Michael Schlieben (Reporter); Hauke Friederichs, Katharina Schuler, Steffen Richter (Meinung); Parvin Sadigh (Gesellschaft); Marcus Gatzke (Wirtschaft); Matthias Breitinger (Auto); Alexandra Endres; Philip Faigle; Tina Groll (Karriere); Wenke Husmann , David Hugendick (Literatur); Jessica Braun, Anette Schweizer (Reisen); Carolin Ströbele (Leitung: Kultur, Lebensart, Reisen); Rabea Weihser (Musik); Kai Biermann (Digital/Wissen); Tina Klopp; Dagny Lüdemann; Sven Stockrahm; Meike Fries (Studium); Steffen Dobbert, Christian Spiller (Sport); René Dettmann, Adrian Pohr (Video); Sebastian Horn, Franziska Kelch (Community); Tibor Bogun, Sonja Mohr, Martina Schories (Bild, Grafik, Layout); Anne Fritsch, Nele Heitmeyer; Sascha Venohr (Entwicklung)
Geschäftsführer: Dr. Rainer Esser, Christian Röpke
Verlag und Redaktion:
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040/32 80-0 **Fax:** 040/32 71 11
E-Mail: DieZeit@zeit.de
ZEIT Online GmbH: www.zeit.de
© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg
Geschäftsführer:
Dr. Rainer Esser
Verlagsleitung: Stefanie Hauer
Vertrieb: Jürgen Jacobs
Marketing: Nils von der Kall
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Silvie Rundel
Herstellung/Schlussgrafik: Wolfgang Wagener (verantwortlich), Reinhard Bardoux, Helga Ernst, Nicole Hausmann, Oliver Nagel, Hartmut Neitzel, Frank Siemienski, Pascal Struckmann, Birgit Vester, Lisa Wolk; Bildbearbeitung: Anke Brinks, Hanno Hammacher, Martin Hinz
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstr. 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf Axel Springer AG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt der Verlag keine Haftung.
Anzeigen: DIE ZEIT, Matthias Weidling Empfehlungsanzeigen: iq media marketing, Axel Kuhlmann
Anzeigenstruktur: Helmut Michaelis Anzeigen: Preisliste Nr. 56 vom 1. Januar 2011
Magazine und Neue Geschäftsfelder: Sandra Kreft
Projektreisen: Christopher Alexander
Bankverbindungen:
Commerzbank Stuttgart, Konto-Nr. 525 52 52, BLZ 600 400 71; Postbank Hamburg, Konto-Nr. 129 00 02 07, BLZ 200 100 20
Börsenpflichtblatt:
An allen acht deutschen Wertpapierbörsen

ZEIT-LESERSERVICE

Leserbriefe
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg, Fax: 040/32 80-404; E-Mail: leserbriefe@zeit.de

Artikelabfrage aus dem Archiv
Fax: 040/32 80-404; E-Mail: archiv@zeit.de

Abonnement
Jahresabonnement € 187,20; für Studenten € 119,60 (inkl. ZEIT Campus); Lieferung frei Haus
Schriftlicher Bestellservice: DIE ZEIT, 20080 Hamburg
Abonnentenservice: Telefon: 0180-525 29 09* Fax: 0180-525 29 08* E-Mail: abo@zeit. de
* 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

Abonnement für Österreich Schweiz restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice 20080 Hamburg Deutschland Telefon: +49-1805-861 00 09 Fax: +49-1805-25 29 08 E-Mail: abo@zeit.de

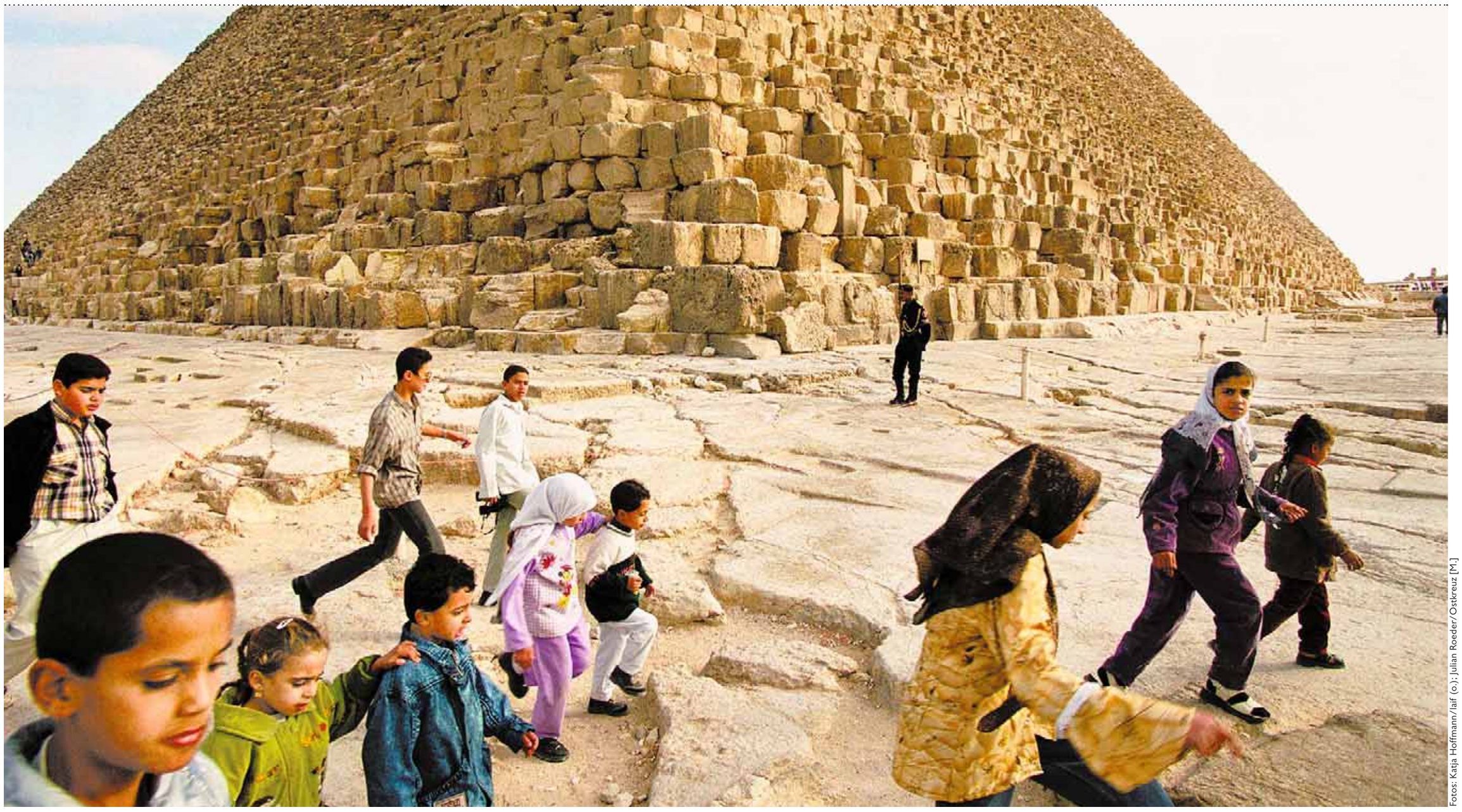
Abonnement Kanada
Anschrift: German Canadian News 25–29 Coldwater Road Toronto, Ontario, M3B 1Y8 Telefon: 001-416/391 41 92 Fax: 001-416/391 41 94 E-Mail: info@gcnews.ca

Abonnement USA
DIE ZEIT (USPS No. 0014259) is published weekly by Zeitverlag. Subscription price for the USA is $ 270.00 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St., Englewood NJ 7631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DIE ZEIT, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631 Telefon: 001-201/871 10 10 Fax: 001-201/871 08 70 E-Mail: subscribe@glpnews.com

Einzelverkaufspreis Deutschland: € 4,00

Ausland:
Dänemark DKR 43,00; Finnland € 6,70; Norwegen NOK 60,00; Schweden SEK 61,00; Belgien € 4,50; Frankreich € 5,20; Portugal € 5,20; Großbritannien GBP 4,95; Niederlande € 4,50; Luxemburg € 4,50; Österreich € 4,10; Schweiz CHF 7.30; Griechenland € 5,70; Italien € 5,20; Spanien € 5,20; Kanarische Inseln € 5,40; Tschechische Republik CZK 175,00; Slowakei € 6,20; Ungarn HUF 1605,00; Slowenien € 5,20

ISSN: 0044-2070



Gegenwärtig besuchen viele Ägypter, aber kaum ausländische Touristen die Pyramiden

Fotos: Katja Hoffmann/laif (o.); Julian Roeder/Ostkreuz [M.]

»Kant hat mein Leben verändert«

Was ist Aufklärung? Die Philosophin SUSAN NEIMAN reist nach Ägypten und trifft dort auf lauter Menschen, die in Ehren halten, was der Westen schon fast vergessen hat. Der jüngste Gewaltausbruch zwischen Christen und Muslimen ist für das Land nicht charakteristisch

Im April brach ich auf, um in Ägypten zu erkunden, was Aufklärung ist. Als Philosophin, die sich seit Langem mit der Aufklärung beschäftigt, wollte ich wissen: Wie sieht sie aus in Kairos staubigen Straßen? Oder, von heute aus gefragt: Sind die jüngsten Nachrichten aus Kairo über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen der charakteristische Ausdruck für ein Land im Umbruch? Ich glaube eher nicht.

»Kant hat mein Leben verändert«, sagt Amr Bargisi, Programmleiter der »Ägyptischen Union der liberalen Jugend«. Als ältester Sohn, dem es oblag, den wirtschaftlichen Status der Familie zu festigen, hatte er Ingenieurwissenschaften studiert, doch seine Kant-Lektüre überzeugte ihn davon, dass er sein Leben nicht auf instrumentelle Erwägungen gründen wollte. Er verlegte sich auf ein Studium der Politischen Philosophie an der Ain-Shams-Universität in Kairo, um anschließend mit einem Doktorandenstipendium an die Universität von Chicago zu gehen. Amr glaubt, dass es noch Jahrzehnte dauern wird, bis Ägypten die Art von gebildeter Öffentlichkeit hervorgebracht hat, die eine liberale Demokratie ermöglicht. »Nehmen wir einmal an, ich wäre Alexander Hamilton«, sagt Amr. »Ich würde immer noch meinen Thomas Jefferson brauchen, meinen James Madison, meinen Benjamin Franklin und sogar meinen Elbridge Gerry.« Kleinlaut räume ich ein, dass ich nicht weiß, wer Elbridge Gerry war. »Niemand weiß das«, erwidert Amr, der sich taktvoll jeden Anflugs von Selbstgefälligkeit enthält. »Er war es, der die Verfassung nicht unterzeichnete, weil sie keinen Grundrechtekatalog enthielt.«

Der Mann ist halb so alt wie ich und weiß wie viele seiner Mitstreiter nicht nur so viel mehr über uns, als wir über sie wissen; er weiß sogar mehr über uns, als wir selbst es tun.

Dalia Ziada leitet das Nordafrikabüro der Amerikanisch-Islamischen Konferenz. Die fromme Muslimin, die wie die meisten Frauen in Ägypten mit einem Hijab den Kopf bedeckt, musste am eigenen Leib eine Genitalverstümmelung erleben – doch diese Praxis auszumerzen ist nur eines ihrer Ziele. Dalias Leben erfuhr 2006 eine Wende, als sie einen Aufsatzwettbewerb gewann und zu einer Konferenz in Kairo eingeladen wurde, auf der sie von Martin Luther King hörte. »In Ägypten erfahren wir von Malcolm X, aber nie von King.« Sie war inspiriert und begann, die Methoden des gewaltlosen Kampfes zu erlernen und weiterzuvermitteln. Sie übersetzte einen Comic über den Montgomery-Busboykott ins Arabische, vertrieb ihn in Ägypten und im Jemen und schloss sich mit anderen Aktivisten zusammen. Heute sorgt sich Dalia vor allem darum, dass die politische Macht der Fundamentalisten wachsen wird, wenn sich der Bildungsstand in Ägypten nicht verbessert. »Das Referendum (zur Änderung der Verfassung, *Anm. d. Red.)* hat gezeigt, wie die Muslimbruderschaft Gefühle ausnutzt: Sagt Ja zu Allah.« Dalia sagt auch, dass die patriarchalischen Strukturen tief verankert sind. Ich frage sie, ob ägyptische Männer Angst vor Frauen haben. Sie schenkt mir ein ungläubiges Lächeln; dieser Gedanke ist neu für sie, und sie scheint ihn so köstlich wie unmöglich zu finden.

»Die Islamisten geben Anlass zur Sorge«, sagt Bassem Sabry, ein junger Filmproduzent. »Aber sie sind eher wie die Republikaner im US-Kongress, die den nationalen Diskurs nach rechts drängen.« Als ich ihn frage, wie der Westen Ägypten helfen kann, kommt die Antwort unverzüglich: »Geht mit gutem Beispiel voran.« Die Korruption in Ägypten, gibt er zu, sei ein seit Langem bestehendes Problem, aber was sei mit dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, dessen jüngste Entscheidung im Fall Citizens United über die Wahlkampfwerbung von Unternehmen den Verkauf politischer Ämter gesetzlich verankert habe?

Diese jungen Wortführer verdienen jede Unterstützung, nur sollte sie möglichst geräuscharm ausfallen. Die Ägypter blicken auf Jahrhunderte guter Gründe zurück, den Motiven von Fremden mit Gastgeschenken zu misstrauen; der Kolonialismus reicht bis in Kleopatras Tage zurück. Ahmed Saled, Gebietsleiter in Mohamed ElBaradeis Wahlkampfteam für die Präsidentschaftswahlen, erklärt, vor der Revolution hätten die Ägypter, wie so viele Völker, den Rassismus der Kolonialmächte verinnerlicht. »Bis zu dieser Revolution schämten wir uns alles Ägyptischen. Zwar grollten viele Menschen dem Imperialismus, doch waren wir zugleich überzeugt, dass im Westen alles besser funktionierte – von den Internetverbindungen bis zu demokratischen Institutionen. Zum ersten Mal im Leben sind wir stolz darauf, Ägypter zu sein.« Unlängst verkündete auf dem Tahrir-Platz ein Transparent: »Wir wollen weder von den USA noch von der EU regiert werden, obwohl wir ihre Völker von Herzen lieben.«

Auf dem Tahrir-Platz herrscht ausgelassene Stimmung. Kinder lassen sich die ägyptische Fahne aufs Gesicht malen, während ihre Eltern Lieder und Reden anhören. Nach einer mehrwöchigen Verschnaufpause wurden die Freitagsdemonstrationen wieder aufgenommen – um sicherzustellen, sagen die Organisatoren, dass die Revolution in den Händen des Volkes bleibt. Das öffentliche Mittagsgebet beginnt mit der Bitte: »Möge Gott unsere Herzen von Furcht befreien«. Die allgemeine Freude ist in der Mittagshitze zu greifen. »Ägypten war ein mutloses Land«, sagt Ekramy, der Touristen zu den Pyramiden und anderen antiken Sehenswürdigkeiten führt. Seit der Revolution hat er wenig Arbeit, doch bereut er nichts. »Die Revolution hat das Bild der Menschen von sich selbst verändert«, erzählt er mir. »Achten Sie auf ihre Augen. Die Leute schauen in die Sonne und ins Licht.« Ich kaufe ein paar Schlüsselanhänger. *»Yes we can«,* steht auf der einen Seite. Auf der anderen, auf Arabisch, das Datum der Revolution.

Freude ist nicht das einzige unübersehbare Gefühl auf dem Tahrir-Platz. Viele Menschen trauern noch. Mütter tragen Plakate mit Bildern ihrer Söhne, die genau hier ermordet wurden. »Am schlimmsten war der Gestank«, erzählt Bassem über das Massaker, das als Kamelschlacht bekannt geworden ist und den Wendepunkt der Revolution darstellte. »Man roch nichts mehr außer Blut.« Hunderte kamen ums Leben, doch wären es ohne die Muslimbruderschaft Tausende gewesen – der Hauptgrund, warum selbst Anhänger der säkularen Opposition sie nicht in Bausch und Bogen ablehnen. »Sie hatten sich organisiert, um den Tahrir-Platz zu verteidigen; sie waren die Einzigen, die genügend Nahrung, Wasser, Decken und Abwehrmaßnahmen mobilisieren konnten.«

Nicht weit vom Staub und Lärm des Tahrir-Platzes entfernt liegt Zemalek, eine Insel mitten im Nil, dessen Lauf vor zweihundert Jahren geändert wurde, um eine Kopie der Île Saint-Louis zu erschaffen. »Widersprüchliche Identitäten«, sagt Amr. »Wir wissen nie, ob wir Paris am Nil sind, die Stadt der tausend Minarette oder das pulsierende Herz des Panarabismus.« Die gepflegten Gärten und prächtigen Häuser auf Zemalek stehen in so scharfem Gegensatz zu den von Rissen gezeichneten, verfallenden Häusern im Rest von Kairo, dass ich überrascht war, als verschiedene Leute vorschlugen, sich in einem der dortigen Cafés zu treffen. Ein Restaurant bietet anständige Sushi unter belaubtem Pavillon, ein anderes einen großartigen Blick über den Nil. Stammten meine Kontaktpersonen, dem äußeren Anschein zum Trotz, aus den wohlhabendsten Familien? »Zemalek ist erschwinglich«, sagt Dalia, »und es war während der Revolution der sicherste Ort. Die Polizei jagte uns hier nicht; es gibt zu viele Wachmänner rund um die Häuser der Reichen.«

Der neue Stolz

Lange schämten sich viele Ägypter ihres Landes. Die Erfahrung der Revolution lässt das Volk zum ersten Mal Selbstbewusstsein spüren

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten waren ein Faktor in dem Unmut, der die Demonstranten antrieb, doch sind sich alle einig, dass der Lebensstandard seit 2005 merklich gestiegen ist. Tatsächlich ist die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten in Ägypten geringer als in den USA. Konsumgüter sind leichter zu bekommen als früher: Klimaanlagen sind kein Luxusartikel mehr, und Autos sind allgegenwärtig. Diese Verbesserungen sind im Wesentlichen der neoliberalen Wirtschaftspolitik von Mubaraks Sohn Gamal zu verdanken. Einer der Gründe, warum sich die Armee seinem Versuch widersetzte, die Präsidentschaft zu übernehmen, bestand darin, dass seine Maßnahmen die Kontrolle des Militärs über eine geschlossene Wirtschaft bedrohten. »Tunesien ist ganz anders«, sagt Amr mit Blick auf die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi, die den dortigen Aufstand auslöste. »In Kairo arbeiten Hochschulabsolventen vielleicht als Kellner, aber nicht als Gemüsehändler auf der Straße, und wenn ihr Eigentum konfisziert würde, dann wüssten sie jemanden, der es von der Polizei zurückerhält.« Revolutionen brechen mit Vorliebe aus, wenn sich Lebensbedingungen verbessern, die Erwartungen zunehmen und die Geduld nachlässt.

Ist es aber überhaupt eine Revolution, oder hat die Armee einfach einen Herrscher abgesetzt, um das Heft nur noch fester in der Hand zu halten? Nicht aus Furcht, sondern aus Patriotismus unterstützt man die Armee, besonders seitdem sie den Befehl verweigerte, das Feuer auf die Demonstranten am Tahrir-Platz zu eröffnen. »Die Befehle waren ziemlich unmissverständlich«, erzählt Dalia. »Es sollte ein zweites Tiananmen werden, aber die jüngeren Offiziere setzten ihre Vorgesetzten unter Druck, die eine Rebellion innerhalb der Armee befürchteten. Seitdem hat sich das Militär vorbildlich verhalten.« Es hat die Demokratie unterstützt und den Befehl erteilt, die Bürger gut zu behandeln. »Sie wollen die Regierung nicht übernehmen«, ergänzt Dalia. »Es fehlt ihnen an nichts.« Je nachdem, von wem die Schätzung stammt, kontrolliert das Militär zwischen 30 und 40 Prozent der Volkswirtschaft. Doch begegne ich niemandem, der der Armee Fesseln anlegen möchte: Sie ist, wie Amr formuliert, »die einzige funktionierende Institution in diesem gottverlassenen Land«.

Die Schattenseite, die Amr viel mehr beunruhigt, heißt Antisemitismus. Er hat Artikel gegen den Antisemitismus publiziert, in Ägypten ein mutiger Schritt. »Anfangs galt meine Sorge weniger der moralischen Dimension als dem Umstand, dass er die Ägypter davon ablenkt, sich mit ihren eigenen Problemen zu befassen.« Auf dem Bild Israels als des ewigen Feindes beruht die Macht der Armee. Ohne dieses Bild verlöre sie ihren Daseinszweck. Jeder hier hält einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina für eine tragende Säule des Fortschritts im Nahen Osten, aber die meisten sagen auch, dass der ägyptische Antisemitismus tiefere Wurzeln hat als die Ablehnung der israelischen Politik. »Sie wissen gar nichts über die Juden, also gibt es Verrücktheiten wie die Behauptung, der Mossad stünde hinter den jüngsten Haiangriffen im Roten Meer. Zugleich ist es eine Pervertierung der Vernunft: Eine einfache Erklärung für alles Böse in der Welt muss her, und die Juden erfüllen diesen Zweck. Wir beide wissen, dass dies das Gegenteil von Aufklärung ist.«

Was aber bedeutet Aufklärung in einem Land von immer noch solcher Religiosität, dass einer meiner Gesprächspartner sich bereitwillig zu jedem beliebigen Thema zitieren lassen wollte, nur nicht zu seinen zaghaften agnostizistischen Tendenzen? Auch die westliche Aufklärung war nie so religionsfeindlich wie allgemein angenommen. Voltaire zog gegen den Machtmissbrauch des Klerus zu Felde, verfasste aber auch herrliche Lobgesänge auf den Deismus. Für Kant überstieg die Erkenntnis Gottes die menschlichen Fähigkeiten, und dennoch entwickelte er die tiefe und hintergründige Vorstellung eines vernünftigen Glaubens. Nichtsdestotrotz bestanden die Aufklärer des 18. Jahrhunderts auf der Trennung von Kirche und Staat. Im heutigen Ägypten jedoch gibt sich selbst der liberale Präsidentschaftskandidat ElBaradei als Befürworter von Artikel 2 zu erkennen, jenem umstrittenen Verfassungszusatz, der die Scharia zur Grundlage des ägyptischen Rechts erhebt. »Auch Obama muss sich in der Kirche zeigen«, sagt Bassem. Dalia erinnert mich daran, dass Ägypten auf eine lange Tradition des religiösen Pluralismus zurückblickt, der nicht nur die Kopten, sondern auch eine große jüdische Gemeinschaft einschließt und ihrer Meinung nach mit einer muslimisch fundierten Kultur vereinbar sei – während die jüngsten Angriffe auf Kopten eine Anomalie darstellten. Zwar beeindruckt sie die Festschreibung des Religionsgesetzes in dem kürzlich abgehaltenen Verfassungsreferendum nicht, der Aufstieg der Muslimbruderschaft aber beunruhigt sie. Die jüngste Umfrage ergab, dass zwar 38 Prozent der Ägypter für eine Regierungsbeteiligung der Bruderschaft sind, 50 Prozent jedoch die säkulare WAFD-Partei bevorzugen.

»Sie haben die Pyramiden noch nicht besichtigt?«, fragt mich Mohammed. – »Ich bin in Ägypten, um die Revolution zu sehen.« – »Die Revolution ist großartig, aber die Pyramiden sind etwas anderes. Sie können nicht abreisen, ohne sie gesehen zu haben.« Gibt es eine antike Zivilisation, von der sich für die Neuerfindung von Traditionen zehren ließe? »Die ägyptische Zivilisation ist eine französische Erfindung«, meint ein Kairoer. »Vor dem 19. Jahrhundert floss selbst der Nil anders. Was für die Menschen zählte, war ein Stück Land und etwas Wasser. Als man die Statuen fand, nannte man sie ›die Leute, die in Stein verwandelt wurden‹. Unsere Anknüpfungspunkte ans alte Ägypten sind also äußerst dürftig. Und will ich wirklich meine Wurzeln in einer autokratischen Sklavenhaltergesellschaft entdecken?«

Ekramy sieht das anders. »Das sind meine Großväter.« Seine waren Beduinen, aber er hat auch die Pharaonen adoptiert. »Wer bist du, wenn du deine Großväter hasst? Das ist, als hätte man keine Adresse.« Ekramy, Mohammed und Mustafa haben mir angeboten, mir die Pyramiden und die Sphinx zu zeigen. Geld wollen sie keines für den Tagestrip; Ekramy möchte mich sogar zum Essen einladen. Ob wohl auch Ägypter die Pyramiden besichtigen? »Am schönsten ist es um fünf Uhr morgens«, sagt Mohammed, »wenn man den Sonnenaufgang sehen kann. Ich liebe es, in der Wüste zu schlafen, mit all den Sternen am Himmel.« Im versmogten Kairo ist kein einziger Stern zu sehen. Zurzeit besichtigen mehr Ägypter als ausländische Touristen die Pyramiden; außer einigen Busladungen an Briten von närrischer Unerschütterlichkeit sind es vor allem Liebespaare, die die Sphinx beäugen. Junge Männer spazieren Hand in Hand mit ihren in farbenfrohen Hijabs gewandeten Frauen umher; ich sehe sogar eine stattliche Frau mit einem Gesichtsschleier, die ihre Enkelin die Stufen der Pyramide hinabführt. So viel zur islamistischen Ablehnung der Götzenverehrung.

Das Leben der Frauen hier ist hart, und selbst die, die sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen bemühen, rechnen in Jahrzehnten. Aber sie arbeiten daran: Dalia hat Programme ins Leben gerufen, um arme Frauen über ihr Wahlrecht und gebildete Frauen über Wahlkampfmethoden aufzuklären. »Dass es ernst war mit der Revolution, wurde mir in dem Moment klar, als sich uns auf dem Tahrir-Platz arme Frauen anschlossen, die apathischste Gruppe in diesem Land.« Dennoch ergab eine Befragung, die sie am Tag des Referendums durchführte, ein enttäuschendes Ergebnis: Von 1300 Teilnehmern, »482 Frauen, 818 Männern«, würde nicht einer eine Frau im Präsidentenamt akzeptieren.

Vom Fremdenführer bis zum politischen Aktivisten sprach jeder Ägypter, den ich traf, mit einer in Zeiten politischer Umwälzungen seltenen Reife von der Geduld, die man nun haben müsse. »Als ich nach Kairo kam, rechnete ich mit einer postrevolutionären Malaise, fand aber stattdessen eine ermutigende Situation vor«, berichtet der Soziologe Todd Gitlin. »Hier wird Politik gemacht, und alle machen mit. Diese Woche fanden sich 1200 Menschen zu einer Bürgerversammlung über Wasserpolitik ein. Diese Leute werden nicht einfach wieder einschlafen.«

Aus dem Englischen von MICHAEL ADRIAN

Zuletzt erschien von der Amerikanerin Susan Neiman »Moralische Klarheit«. Sie ist Direktorin des Einstein-Forums in Potsdam

Zittern der Natur

Zu schön, um stark zu sein: Toshio Hosokawas neue Oper »Matsukaze«, getanzt von Sasha Waltz in Brüssel VON CLAUS SPAHN

Die Hauptrolle in dieser Oper spielen die Klänge der Natur. Wir hören das Schwirren des Windes in den Bäumen und das Kräuseln der Meereswellen am Ufer. Die Klangfarben des Orchesters geben uns ein Bild davon, wie die gemächlich untergehende Sonne die Schatten in der Landschaft länger und dunkler werden lässt und wie in der Nacht dann Sturmböen heraufziehen. Wir sind auf einer zauberischen Insel: Wie sich das Land sanft aus dem Meer erhebt, so steigen die Klänge aus der Stille auf, in großen Bögen sich aufwölbend. Die Musik ist fließende, wachsende, zitternde und aufbrausende Natur.

So kennt man die Kompositionen von Toshio Hosokawa, dessen neue Oper *Matsukaze* vergangene Woche in Brüssel uraufgeführt wurde. Der Japaner gehört nicht zu den Komponisten, die in ihrer Musik Befindlichkeiten wild gezackt und kompliziert geschichtet ausleben. Er geht sparsam mit den Tönen um. Rhythmus und polyfone Strukturen spielen in seinen Stücken kaum eine Rolle. Er interessiert sich vielmehr für die Eigendynamik der Klänge und weit gespannte melodische Verlaufsformen; was nicht erklingt, scheint in seinen Werken genauso bedeutsam zu sein wie das, was erklingt. Er sieht in seiner musikalischen Arbeit Parallelen zur japanischen Kunst der Kalligrafie. Auch dort sei der Malakt von der geistigen Konzentration bis zu den ausholenden und nachschwingenden Armbewegungen viel umfassender als das, was am Ende als Tuschestrich auf dem Papier sichtbar werde.

Die Figuren schweben zwischen Diesseits und Jenseits

Das hört sich fernöstlich entrückter an, als es ist. Hosokawa ist kein altjapanischer Traditionalist. Er hat in Freiburg beim Schweizer Kompositionsprofessor Klaus Huber studiert und in Stuttgart bei Helmut Lachenmann, der keine Komponierkonvention unhinterfragt lässt. Hosokawa, dessen Großvater ein Ikebana-Lehrer war und dessen Mutter das Zitherinstrument Koto spielte, hat sich in der Hinwendung zur westlichen Avantgarde einen neuen Zugang zur Kunst seiner Heimat verschafft. Das gilt auch für seine Oper *Matsukaze*. Sie basiert auf einem sechshundert Jahre alten Nō-Spiel des in Japan verehrten Dichters Zeami, das die Librettistin Hannah Dübgen mit viel Feingespür für die Stille zwischen den Versen ins Deutsche übertragen hat. Dem westlichen Betrachter mag das Projekt wie ein Bekenntnis zur japanischen Theatertradition vorkommen. Aus fernöstlichem Blickwinkel hingegen ist die Neuvertonung eines Nō-Spiels eine gewagte Tat, denn diese Theaterform wird streng traditionalistisch und in ihrer Choreografie bis ins kleinste Fingerspreizen unverändert über Jahrhunderte hinweg von Generation zu Generation weitergegeben. Hinzu kommt, dass Hosokawa sich mit Sasha Waltz und ihrem Berliner Tanzensemble zusammengetan hat, um den Stoff auch szenisch-choreografisch ganz aus der Gegenwartsperspektive zu entwickeln.

Ein grandioses Schicksalsspinnennetz spannt sich über die Bühne

Die Geschichte erzählt das Schicksal der Schwestern Matsukaze und Murasame, die über ihren Tod hinaus der Liebe zu einem Mann nachhängen und deshalb als unerlöste Geister durch die Welt spuken. Ihre Liebessehnsucht hindert sie daran, sich vom irdischen Dasein zu lösen und im buddhistischen Sinne eins mit der Natur zu werden. Erst die Musik, der Gesang und der Tanz bringen ihnen am Ende die Erlösung.

Ein großer Zauber liegt über der eineinhalbstündigen Brüsseler Uraufführung. Es ist ein poetischer Abend der zarten musikalischen Gesten und der kalligrafisch in den Raum gemalten Tänzerbewegungen. Die beiden Schwestern geben in der Handlung ein Bild für den künstlerischen Prozess, an dem sich Waltz und Hosokawa versucht haben: Matsukaze und Murasame sind Arbeiterinnen in einer Salzmühle, sie gewinnen Kristallines. Solches Streben nach Reduktion und Verdichtung zum Essenziellen ist auch in der Musik von Hosokawa und der Choreografie von Waltz stets zu spüren. Doch geht die Hingabe an das Filigrane und fein Ziselierte auch mit einer gewissen Theaterblässe einher. Hosokawa erklärte, das traditionelle Nō-Theater mache ihn schnell müde, aber ganz freisprechen von diesem Vorwurf kann man auch seine *Matsukaze*-Oper nicht. Sie ist ein bisschen zu schön, um stark zu sein.

Das gilt freilich nicht für den Coup, den sich die Bühnenbildnerin Chiharu Shiota für die Zwischenwelt der Schwestern ausgedacht hat. Wie sich die unendliche Sehnsucht der beiden in Hosokawas Musik vielfädig ausspinnt, so hat sie den leeren Raum mit einem Gewirr aus schwarzen Seilen durchzogen. Diese Wand steht für die Grenze zwischen der wirklichen Welt und dem Jenseits. In ihr bewegen sich Barbara Hannigan als Matsukaze und Charlotte Hellekant als Murasame stimmlich wie darstellerisch grandios frei schwebend wie Insektenopfer in einem Schicksalsspinnennetz.

Mitten in den Berliner Proben zu dieser Oper bebte in Japan die Erde. Hosokawa erzählte in einer Pressekonferenz vor der Premiere, dass er bei den Bildern aus Japan vor allem den aus Autos und Industrieprodukten bestehenden Zivilisationsschrott, den die Tsunamiwelle mit sich führte und als Trümmerfeld gleichsam vorwurfsvoll am Ufer zurückließ, in sein Gedächtnis eingebrannt habe. »Wir haben vergessen«, sagte Hosokawa, »was Natur ist.« Er und Waltz hätten lange darüber diskutiert, ob sie in ihrer Produktion auf die aktuellen Ereignisse Bezug nehmen sollen. Sie haben es nicht getan – zu Recht. Die Oper handelt auch so von nichts anderem als der Utopie, dass Mensch und Natur im Einklang leben.

Keiner foult schöner

Bei ihm zappelt nicht nur Tom Cruise in den Endlosschleifen: Der Medienkünstler Paul Pfeiffer in München VON HANNO RAUTERBERG

Gefallene Helden – die Videoinstallation »Caryatid (Red, Yellow, Blue)«, 2008

Fotos: Thomas Dashuber/Courtesy Sammlung Goetz, Bernd Uhlig (l.)

Vielleicht sollte man die Geschichte der modernen Kunst als große Schlankheitskur verstehen. Weg mit dem Farb- und Formenspeck! Runter mit den Bedeutungspfunden! Nicht wenige Künstler der letzten hundert Jahre waren geniale Diätmeister: Sie entschlackten die Motive, bis nur noch waschbrettstramme Abstraktionen übrig blieben. Keine üppigen Erzählungen mehr, Schluss mit dem kalorienreichen Pathos des 19. Jahrhunderts. Auch der New Yorker Medienkünstler Paul Pfeiffer, Jahrgang 1966, scheint sich für diese Kunst der Entsagung zu begeistern. Noch das heißeste Spektakel wird bei ihm kalt serviert. Viel Mühe und Zeit investiert er, damit auf seinen Videos und Fotografien am Ende möglichst wenig zu sehen ist. Dennoch oder gerade deshalb: Die Bilder haften.

Bilder von den muskelbepackten Fußballmännern zum Beispiel, die in ihren bunten Leibchen über den Rasen stürmen, nur um im nächsten Moment böse zu straucheln, sich stürzend zu verbiegen und irrwitzig zu verrenken, so als hätte eine höhere Macht sie am Wickel und würde sie durch die Luft schleudern und niederwerfen, bis sie halb zerdrückt auf dem Gras liegen bleiben, geschlagen, erledigt. Keiner foult so schön, das ist unübersehbar, wie Paul Pfeiffer.

Bei ihm ist das Foul kein Regelverstoß, nicht das übliche Gehakel und Geschubse. Es geht auch nicht um Bundesligapunkte oder Finaleinzug, Pfeiffer interessiert sich einzig für den Leib und seine brachialen Verformungen. Alles andere hat er aus den Aufnahmen getilgt: die Nummern der Spieler, die Bannerwerbung, sogar den Ball und die rempelnden Mitspieler. Zurück bleibt der krude Schmerz, Menschen, die sich winden und krümmen, immer wieder und wieder, in Endlosschleife. Keiner foult so hässlich, auch das unübersehbar, wie Paul Pfeiffer.

Er will, dass aus dem Kunstschauen ein Kunstschaudern wird. Bei ihm ist das vergängliche Spiel ewiges Drama: Pfeiffer entzeitlicht seine Szenen, enträumlicht sie, er entrückt das Vertraute in geradezu mythische Sphären. Und so erkennen manche in seinen Fußballern auch Inbilder der Geworfenheit.

Pfeiffer wäre eine solche Deutung schon wieder viel zu pathetisch. Er zählt zwar schon seit etlichen Jahren zu den wichtigsten Video- und Fotokünstlern, kommendes Jahr wird er, wie zu hören ist, auf der Documenta in Kassel ausstellen. Und schon jetzt richtet ihm die Sammlung Goetz in München eine umsichtig komponierte Retrospektive aus. Doch die eigene Bedeutung scheint ihm unheimlich. Er hält sich zurück, nicht nur in seiner Kunst, auch im richtigen Leben. Er will nicht festgelegt werden auf eine Rolle, will keine Medienfigur sein. Denn so paradox es klingt: Er ist ein Bildermensch, der Bildern misstraut.

Wohl auch deshalb scheint er seine Kunst mitunter als Befreiungskommando zu begreifen. Pfeiffer erlöst Marilyn Monroe ebenso wie Michael Jackson oder Muhammad Ali, er reißt sie aus jener Hölle, in der sie verdammt sind, immer nur Ikonen und Legenden zu sein. Mit gigantischem Aufwand schneidert er ihnen am Computer eine Art digitalen Tarnumhang, und unter diesem lässt er sie verschwinden. Wo zuvor die Monroe stand, auf den berühmten Bildern am Strand, da ist nun keine Monroe mehr, sondern nur blauer Himmel und gischtendes Meer. Und Alis bekannteste Kämpfe finden jetzt ohne ihn statt und ohne seine Gegner. Das Publikum glotzt dennoch gebannt auf den leeren Boxring, gelegentlich schwanken die Begrenzungsseile.

So wie Pfeiffers Fußballheroen jede Ursache abhandenkam, so fehlt auch hier das Eigentliche. Und in gewissem Sinne ist das auch für die Betrachter eine Erlösung, wenngleich eine anstrengende. Denn zu sehen ist ja nur, dass nichts zu sehen ist – was bleibt uns also übrig, als die Leerstellen mit eigenen Bildern zu füllen? Pfeiffer ist eben nicht nur ästhetischer Diätmeister, er ist auch ein Trainer der Vorstellungskräfte.

Das zumindest scheint als Hoffnung in vielen Werken mitzuschwingen: dass nicht nur die Motive, sondern auch die Betrachter herausfinden aus den vorgestanzten Mustern des Sehens und der Bewunderung. Pfeiffer begeistert sich für Sport, für Pop, für Hollywood-Filme, ganz wie einst Andy Warhol. Doch so groß seine Begeisterung für Massenphänome auch sein mag, nie will er sich davon beherrschen lassen. Im Gegenteil, seine Kunst erzählt von Ermächtigung. Er will Herrscher sein – und die Betrachter dazu machen.

Schon als Kind hatte Pfeiffer ein großes Faible für Puppenstuben. Immer wieder baute er sich solche Miniaturwelten, nur um sie später im Hinterhof mit Kerosin zu übergießen und anzuzünden. Klein Paul liebte die Rolle des Schöpfers, der seine Schöpfung auslöscht. Noch heute wohnt diese Erfahrung in seiner Kunst. Wir stehen vor einer großen Videoleinwand, sehen auf dieser das Pult, an dem der amerikanische Präsident seine Reden zur Lage der Nation hält, erwarten seinen Auftritt, seine Botschaft. Doch nichts geschieht, nichts ist zu erblicken, nur ein winziges Spähloch in der Leinwand. Wir treten näher heran an das Pult – und in diesem Moment ist sie dann doch da, die Botschaft. Denn wer durch das Loch sieht, erblickt die Politkulisse im Puppenstubenformat und begreift, das dort drinnen eine Kamera jene Kleinstwelt filmt, die wir eben noch für groß und real hielten. Die Illusion zerbirst; ebenso allerdings die Begeisterung des Betrachters.

Zu offenkundig ist die medienkritische Belehrung, zu vordergründig der Versuchsaufbau. Doch zeigt Pfeiffer glücklicherweise auch ein Talent für das Böse und Absurde, etwa wenn er auf winzigen Bildschirmen viele bekannte Hollywood-Größen zu Hollywood-Zwergen schrumpfen lässt. Selbst der Megastar Tom Cruise wird zum Miniwicht, gefangen in einer der Pfeifferschen Endlosschleifen – für immer muss er dort bäuchlings auf einem Sofa zappeln.

Manchmal zappeln aber auch wir, vor Ungeduld. Drei Monate dauert Pfeiffers Film über den Bau eines Wespennests und noch viel länger sein Sonnenaufgang, von dem man denkt, er sei ein Sonnenuntergang. Alles ist postkartenschön arrangiert, der Feuerball glimmt sehnsuchtsfarben, gelegentlich rauscht eine Möwe vorbei, und irgendwann scheint sich die Sonne tatsächlich dem Horizont zu nähern. Doch sie geht nicht unter, sie leuchtet, sie strahlt immer weiter, so lange, bis man sich sehnsüchtig wünscht, irgendjemand möge doch das Licht ausmachen. Wunderschön ist Pfeiffers Kunst und wunderschrecklich.

Bis zum 1. Oktober; der Katalog kostet 35 Euro

Dieser chinesische Tisch aus Zitan-Holz wurde bei Nagel in Stuttgart für 1,33 Millionen Euro versteigert

Der China-Boom

Mit Asiatika erzielt das Stuttgarter Auktionshaus Nagel Rekorde, und die Art Basel geht nach Hongkong. Die Zukunft des Marktes liegt im fernen Osten VON TOBIAS TIMM

Schreibt es sich besser an einem Tisch, der 1,33 Millionen Euro gekostet hat? Die Frage möchte man dem Milliardär aus Hongkong stellen, der am vergangenen Freitag im Stuttgarter Auktionshaus Nagel einen Tisch aus dem kaiserlichen China ersteigerte. Das Bietgefecht, aus dem der Mann aus Hongkong am Ende siegreich hervorging, machte das Objekt aus der Qianlong-Periode zum wahrscheinlich teuersten Tisch der Welt. Und bescherte dem Auktionshaus Nagel seinen ersten Millionen-Euro-Hammerpreis sowie den deutschen Rekordumsatz mit einer Spezialauktion. Mit Aufgeld hat Nagel in seiner zweitägigen Auktion asiatischer Kunst insgesamt 20 Millionen Euro umgesetzt – in etwa also so viel, wie das Haus noch 2002 mit all seinen Auktionen in einem ganzen Jahr umsetzte.

»Abstrus!«, sagt Michael Trautmann, der zuständige Asienexperte bei Nagel, glücklich schockiert nach der Auktion. Mit so hohen Zuschlägen hätte auch er nicht gerechnet, obwohl er weiß, dass der Markt für alte chinesische Kunst derzeit unglaublich boomt. Gut 300 Chinesen saßen während der Auktion im Stuttgarter Auktionshaus, 4500 Stück des vierbändigen Auktionskatalogs hatte man in den Wochen zuvor an Interessenten in China verschicken müssen.

Michael Trautmann hat dem Auktionshaus in Deutschland über die Jahre den besten Ruf bei den Asiaten erworben, anders als die Konkurrenten bevorzugte er für die Nagel-Auktionen schon früh solche Lose, die dem Geschmack der asiatischen, aber nicht unbedingt der europäischen Sammler zusagten. Und so konnte er sich auch für die jetzige Auktion wieder einige mit moderaten Schätzpreisen versehene Meisterstücke sichern. Der Millionen-Euro-Tisch etwa stammt aus dem kaiserlichen Palast, er wurde aus dem extrem langsam nachwachsenden Zitan-Holz geschnitzt, in den zwanziger Jahren gelangte er in den Besitz des deutschen Mediziners Edmund Dipper, der in Peking das Deutsche Hospital leitete und Leibarzt des letzten Kaisers Puyi war. Jetzt war der Tisch mit einer Taxe von 20 000 bis 30 000 Euro versehen, er steigerte seinen mittleren Schätzpreis also um das Vierzigfache. Auch andere Lose erzielten spektakuläre Preise, ein Paar Huanghuali-Armlehnstühle aus dem 17. Jahrhundert wurde für 600 000 Euro versteigert, ein Huanghuali-Bücherkasten für 240 000 Euro (jeweils ohne das Aufgeld des Auktionshauses von 33 Prozent). 2001 war die Bücherkiste bei Sotheby's in London noch für 7000 Pfund (inklusive Aufgeld) versteigert worden.

Wer zahlt so viel Geld für diese Möbel? Es sind zumeist chinesische Sammler, die in den vergangenen Jahren extrem reich geworden sind und sich nun das entsprechende Kulturgut leisten wollen: Die neuen Kaiser von China bevorzugen Kaiserliches. Und so lassen sich mit altem chinesischem Kunsthandwerk derzeit die unglaublichsten Gewinne machen, doch hat der Markt auch seine Tücken: Es kursieren viele Fälschungen, und die Zahlungsmoral der Höchstbietenden aus China ist zuweilen sehr gering. Spektakulär war im vergangenen Herbst der Fall jener Qianlong-Vase, die für 43 Millionen Pfund im kleinen englischen Auktionshaus Bainbridge's einem chinesischen Sammler zugeschlagen, dann aber von diesem nicht bezahlt worden war. Mit Fälschungen, sagt Trautmann, habe man in den vergangenen Jahren kaum noch Probleme gehabt, zu geschult sei inzwischen der eigene Blick und zu eng das Netzwerk der Experten, die auf mögliche Kopien hinweisen. Insolvente Bieter versucht man in Stuttgart – wie in anderen Auktionshäusern auch – mit bestimmten Regeln fernzuhalten: So dürfen Sammler nicht über gewisse Limits hinaus mitbieten, und wer über 500 000 Euro ausgeben will, muss vor der Auktion eine Depotzahlung an das Auktionshaus überweisen.

Dass die vermögenden Chinesen nicht nur an altem Kunsthandwerk interessiert sind, dafür spricht eine andere Meldung des vergangenen Wochenendes: Die Eigentümer der Art Basel, weltweit die wichtigste Messe für zeitgenössische Kunst, übernehmen 60 Prozent der Anteile der Hongkonger Kunstmesse Art HK. Die Art HK hat sich – zumindest aus westlicher Sicht – als die wichtigste Messe für zeitgenössische Kunst im asiatischen Raum etabliert, dieses Jahr stellen hier vom 25. bis 29. Mai große Galerien wie Gagosian, Hauser & Wirth und David Zwirner aus, aus Deutschland kommen unter anderem Sprüth Magers, Contemporary Fine Arts und Eigen + Art. Hongkong, begründet der Messedirektor Marc Spiegler den Zukauf, sei eine panasiatische Stadt, es gebe keine Zensur, und man könne sich dort ein wenig wie in der Schweiz fühlen – wegen der liberalen Steuergesetze und Freihäfen der Stadt. Die neuen Eigentümer verlegen die Hongkonger Messe ab nächstem Jahr von Ende Mai in den Februar, sodass sie der traditionell im Juni stattfindenden Ur-Art-Basel keine Konkurrenz auf einem anderen Kontinent mehr machen wird.

Es ist ein kluger Schachzug, denn das Geschäft in China könnte bald zum wichtigsten der Welt werden. Das Rechercheunternehmen Artprice gab kürzlich bekannt, dass nach seinen Berechnungen schon im vergangenen Jahr 33 Prozent des weltweiten Umsatzes mit Kunstversteigerungen in China gemacht wurden. Gut drei Prozent mehr als in den USA, dem einst wichtigsten Kunstmarkt der Welt.

Fotos: Nagel Auktionen; Museum Rade

Kulturschock für einen Euro fünfzig

Der ZEIT-Museumsführer: Das Museum Rade am Schloss Reinbek VON SVEN BEHRISCH

TÄGLICH GEÖFFNET, AUSSER MONTAGS

N° 101

Ein Häuptlingsstuhl aus Melanesien

Im Alter von 18 Jahren, das war 1931, schrieb Rolf Italiaander sein erstes Buch: *So lernte ich Segelfliegen.* Und die Fliegerei begleitete ihn bis an sein Lebensende. Mit *Manfred von Richthofen, der beste Jagdflieger des großen Krieges* gelang ihm sogar ein Bestseller. Als Autor von Fliegerromanen rettete er sich über die NS-Zeit, in der er als Homosexueller das Schlimmste zu befürchten hatte; das Flugzeug brachte ihn, der die Weltenbummelei inzwischen zu seinem Beruf gemacht hatte, schließlich an viele entlegene Orte der Erde, und oft brachte er Kunstwerke mit nach Hause. Seit 1987 beherbergt das Museum Rade am Schloss Reinbek die Sammlung Italiaanders – ein grandioses, höchst ungewöhnliches Ensemble, das sich so gar nicht in die backsteinern norddeutsche Leitkultur integrieren mag.

Es gab Widerstände gegen das Museum. Überfremdung sei in Reinbek nicht erwünscht, so der Vorwurf. Dagegen forderte der Sammler bei der Eröffnung, »die Schleswig-Holsteiner müssen sich neu besinnen«. Ob sie es taten, wir wissen es nicht. Fest steht jedoch: Es gibt kein zweites Museum in Deutschland, in dem man auf engstem Raum von der Stammeskunst Melanesiens über Wahlplakate aus Ghana bis zu den Zeichnungen der Inuit im Norden Kanadas eine Sammlung derart bunter Kunstwerke sowohl von Amateuren als auch von Nationalmalern besichtigen kann. Verblüffend ist die Zahl der Materialien und Stile. Überwältigend der Eindruck von der Vielfalt der Welt, den sie vermitteln. Erhaben schließlich die Einsicht, wie das Leben sich überall gleicht.

Da ist die hügelige Landschaftsidylle eines tibetischen Künstlers, in der eine Familie zwischen Bäumen an einem Fluss spazieren geht. Der Mann hat sich einen Pullover um die Hüfte geknotet, ein Pudel hechelt verbindlich. Trügen die Frauen nicht zackige Dreispitze als Kopfbekleidung, die Szene könnte *en plein air* statt im Himalaya auch bei Bruhnskoppel in der Holsteinischen Schweiz gemalt worden sein.

Ähnliches gilt für *Ein Markt am Stadtrand von Rio* einer brasilianischen Malerin. Bunte Marktstände, rote Dächer und neben einem weiß blühenden Baum die Kirche im Dorf. Selbst die Kultbilder und die religiösen Motive aus fernen Ländern wirken vertraut. Die Haltung des jüdischen Königs Salomo auf einem aus Äthiopien mitgebrachten Ölgemälde auf Ziegenfell, wie er sich da vor der Königin zu Saba zu einem Handkuss verneigt, könnte einer höfischen Szene des 18. Jahrhunderts entstammen. Das entgrenzte Lächeln aller Beteiligten entbehrt nicht einer gewissen Komik.

Man hat diese Kunst als »naive Kunst« bezeichnet, weil sie nicht die Geschichte der Kunst, sondern »nur« das Leben reflektiert, von dem sie erzählt. Ihr prominentester Vertreter ist Henri Rousseau, der ballspielende Männer ebenso wie Urwaldtiere malte und sein Geld als Zöllner verdiente. Italiaander hat ausschließlich Naive gesammelt, darunter auch bekannte europäische Namen wie Louis Vivin oder Hector Trotin. Doch sie zeigen das bekannte Europa. Sie kommen nicht heran an eine Lithografie des kanadischen Inuit Iye, der sich laut Bildbeschreibung als Jäger und Fischer ernährte. 15 in schwarze und weiße Felle vermummte Gestalten versammeln sich um einen roten Fußball, dem sie wie einem Fetisch zu huldigen scheinen, weil er Farbe in ihr Leben bringt.

Zusammengetragen hat Italiaander seine Sammlung mit bescheidenen Mitteln. Viele der Arbeiten bekam er geschenkt. Vom persischen Schah die Ansicht eines Wüstendorfs unter gleißender Sonne, Titel: *Die schöne iranische Sonne,* ein Wandbild vom Präsidenten des Senegal, einen ägyptischen Teppich von Helmut Schmidt. Mit der Gründlichkeit des Ethnologen und dem Gespür des Sammlers durchstreifte Italiaander die Kontinente. In Indianerreservaten in Neumexiko stieß er auf die Technik der Sandmalerei. Die Navaho-Indianer streuen mit buntem Sand Zeichnungen ihrer Götter auf den Boden. Ist die Zeichnung fertig, machen sie sie – glaubensbedingt – am Abend wieder kaputt. Italiaander präparierte eine Platte mit Leim und brachte einen Navaho dazu, seine Zeichnung statt auf den Sandboden auf die Platte zu streuen.

Es ist nicht das einzige Mal, dass Italiaander einigen Einfluss nahm, um an seine Werke zu gelangen. In Afrika, wo er auch als Kunstlehrer gearbeitet hatte, animierte er seine Schüler dazu, aus Baumwurzeln Skulpturen zu schnitzen. Die Figuren mit den überlängten Beinen wirken, als wäre ein starker Wüstenwind durch Giacomettis Gestalten gerauscht. Sie gehören zu den schönsten Stücken der afrikanischen Abteilung.

Über seine Reisen nach Ozeanien, Asien, Amerika, vor allem aber und immer wieder nach Afrika schrieb er viele Bücher, Reiseromane, Kinderbücher, Hörspiele, Dramen. Mit 19 Jahren radelte er quer durch Afrika, versuchte sich als Dramatiker und entdeckte als Verleger den noch unbekannten Wolfgang Borchert. Nach dem Krieg gründete er eine Gesellschaft deutscher Übersetzer und die Freie Akademie der Künste in Hamburg. Er war Konsul mehrerer afrikanischer Staaten und ließ überhaupt recht wenig aus in seinem Leben.

Wie Luis Trenker, der von der Erhabenheit der Alpen schwärmte, und wie Bernhard Grzimek, der Tierfilmer, brachte Italiaander dem staunenden Lese- und Fernsehpublikum der sechziger und siebziger Jahre die Wunder der Welt ins Wohnzimmer. Sein Museum hat etwas von diesem Staunen ins Heute herübergerettet. Einmal Kulturschock in Reinbek kostet einen Euro fünfzig.

Weniger Feuilleton

Das Fernsehprogramm zdf.kultur will der denkfaulen Jugend eine Freude machen VON NINA PAUER

Schlange gestanden hatten die Signalwörter. Ein »Medium von morgen« war dem jungen Zuschauer schon vor dem Start des neuen digitalen Fernsehkanals zdf.Kultur am vergangenen Wochenende versprochen worden, eine nie dagewesene Mischung aus »Popkultur« und «Lebensgefühl«, «Internet und Fernsehen«. Eine gewagte Prognose angesichts einer Zielgruppe, die auf derartige Ansprachen wie keine andere notorisch mit allergischem Argwohn reagiert.

Doch was letzten Samstag um 6.30 Uhr mit dem neuen Video *Make Some Noise* der Beastie Boys auf Sendung ging, dürfte die skeptische Generation der 20- bis 40-jährigen Mediennutzer tatsächlich goutieren. »Ist das Kultur?«, fragte im ersten Vorstellungsfilmchen eine strenge Stimme aus dem Off, zu sehen waren abwechselnd Fragmente des klassischen Kulturkanons aus Oper und Sinfonieorchester und rappende Straßenmusiker. Die Frage nach Hoch- oder Popkultur, sie stelle sich nicht mehr, so die Erklärung des Programms, das den Theaterkanal ablöst. Unter dem Schlachtruf »Weniger Feuilleton!« solle sich der junge Erwachsene nicht mehr voll schlechten Gewissens von Inhalten abwenden, die ihm als kulturell bedeutsam diktiert werden, aber genauso wenig von Mainstream-Plattheiten angeödet fühlen.

Herausgekommen ist dabei – so zeigt es wenigstens das erste Sendewochenende – ein schneller Rhythmus von Bildabfolgen, Konzertmitschnitten von Bands wie Mando Diao und Björk, Poetry-Slam-Live-Übertragungen und ein stets selbstironischer Grundton der Moderatoren, die aus dem Zentrum der medienüberladenen, nicht uninformierten oder uninteressierten, aber doch leicht ablenkbaren Jugend der Fernsehzuschauer rekrutiert wurden.

»Osama, Obama, oh Drama«, sprach Jo Schück in der ersten Ausgabe seines Popmagazins *Der Marker* ebenso trocken wie sinnfrei, während er einige Sekunden lang perfekt in das berühmte Foto montiert erschien, das den Stab des amerikanischen Präsidenten bei der Beobachtung von Osama bin Ladens Tötung zeigt – und sprang anschließend kommentarlos zum nächsten Thema über, einer Reportage über die erste Heavy Metal Band in Bagdad.

Eine ebenso seriöse wie skurrile Dokumentation zur *Erotik des Mondes,* die darauf folgte, ließ langhaarige Himmelskörper-Experten die »animalische« Wirkung der Gestirne erläutern, aber bevor es zu ulkig wurde, traten die Sendungen dazwischen, die das Mutterhaus in den neuen Kanal exportiert: Die *heute nachrichten, Das philosophische Quartett* und *aspekte* werden regelmäßig auch im Kultursender zu sehen sein.

Und auch die Nostalgie wird gleich von der ersten Woche an bedient: Die Ratesendung *Dalli, Dalli* erlebt unter der Woche am Mittag ihre Renaissance. Der Quotentest beim Jungmenschen, er scheint mit genau dieser Mischung aus Kult und Kultur zu bestehen zu sein. Zumindest vorerst. »Weitermachen«, so lautete am Sonntag die schlichte Ansage eines der tausend neuen Facebook-Freunde auf der Profilseite von zdf.kultur.

Sehenswert

The Four Lions von Christopher Morris
An einem Samstag von Alexander Mindadze
Das Hausmädchen von Img Sang-soo

Foto: Nadja Klier / X-Verleih

War schon alles gut so, wie es war: Joschka Fischer, umgeben von den Bildern seiner selbst

Im Joschkabunker

Ein wahrer Staatsmann muss auch im eigenen Film herrschen: »Joschka und Herr Fischer« VON GÖTZ ALY

Blaues Hemd, die Arme über dem Bauch verschränkt, so erläutert Herr Fischer sein Leben. Er erzählt aus der Kindheit, den wilden Jahren, der Zeit als hessischer Umweltminister, später als Außenminister bis 2005. Alsdann blieb ihm »eine Position in Europa« versagt, wie er indigniert bemerkt. Wohl deshalb schweigt er über sein postpolitisches Dasein als wenig beachteter Lobbyist. Nur einmal, als er davon schwärmt, wie gut er Gedanken, Reden und Texte beim zeitweisen Joggen hatte verfertigen können, spricht er von der Zukunft: »Vielleicht fange ich das Laufen wieder an.« Dazu wäre ihm zu raten, nicht zuletzt wegen des besseren Gedankenflusses.

Während Pepe Danquarts Film *Joschka und Herr Fischer* steht Fischer im Ambiente einer Art Tiefgarage, sozusagen im Joschkabunker. Darin flimmern auf Leinwänden wechselnde Fotos und Filmausschnitte, die, herangezoomt, selektive Einblicke in mehr als 60 Jahre Leben gewähren. So viel zur Ästhetik. Inhaltlich fehlt jede kritische Brechung. Fischers politische Gegner werden nur als Witzfiguren eingeblendet. Gelegentlich kommen Duzfreunde zu Wort. In der Art von Hofschranzen berichten sie ausschließlich Lobenswertes. Frauen sind zum Ehrendienst nicht zugelassen. Der Protagonist schnipselt sein Leben für das Goldrähmchen zurecht. Er allein führt die Regie, von Eitelkeit und Kontrollwahn getrieben. Ebendeshalb bleibt Fischer weit unter seinem Niveau. Das Ganze dauert 140 Minuten und ermüdet enorm.

Die Fotos von der propalästinensischen Konferenz in Algier 1969 fehlen. Fischer zählte damals zu den fünf Delegierten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Einer von ihnen berichtete nach der Rückkehr, man habe das »prinzipienlose Spektakel« unter Protest verlassen, weil dort versucht worden sei, »die palästinensische Revolution unter Kontrolle zu bringen«. 1973 gehörte Fischer zur Frankfurter »Putzgruppe«, die sich mit Angriffen auf einzelne Frankfurter Polizisten hervortat, einer wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Solche Untaten bagatellisiert der einstige Straßenkämpfer, ebenso die Verbindungen, die von den Frankfurter Spontis zum Terrorismus führten.

Es gibt keinen Grund, Fischer heute wegen solcher Fehltritte zu diskreditieren. Eine ganze westdeutsche Protestgeneration hat sie mit ihm begangen. Zu Recht erwähnt Fischer das »moralische Zwielicht«, in dem die Nachkriegsjugend aufwuchs. Offensichtlich musste dieses Land nach der Gewaltorgie des »Dritten Reiches« durch solche Auseinandersetzungen »ein Stück weit hindurch«, wie Fischer sagt. Er neigt mittlerweile zu Floskeln. Immerhin, anders als noch vor drei Jahren, konzediert er, dass die Fünfundvierziger, also die Halbwüchsigen, denen 1945 die Freiheit geschenkt wurde, wesentlich zum Aufbau und zum Gelingen der zweiten deutschen Republik beigetragen haben. Sie, nicht die Achtundsechziger, setzten durch, dass die NS-Verbrechen verfolgt wurden und in den sechziger Jahren an den Schulen Filme und Texte gezeigt wurden, die darüber aufklärten.

Fischer folgt den Meilensteinen seines Lebens. Das Umdenken, die Zwischenstadien und Übergänge lässt er im Nebel. Sein 1979 verfasster Aufsatz *Durchs wilde Kurdistan* trug dazu bei, die elitären Weltverbesserungsfantasien innerhalb der westdeutschen Linken zu überwinden. Unter Hinweis auf die Killerkommandos der RAF und die islamische Revolution hatte er damals geschrieben: »Zuviel wird noch gefragt, wo es langgeht und was machen, und da weiß ich keine Antwort mehr, will auch keine mehr wissen.« So wurde er Taxifahrer. Dank solcher Wandlungen stellte Richard Löwenthal ebenfalls 1979 erleichtert fest, die »ganz überwiegende Mehrheit« der Neuen Linken habe sich vom »neobakunistischen Gewaltkult« abgewandt.

Die Bielefelder Rede, mit der Fischer 1999 – von einem roten Farbbeutel getroffen und am Trommelfell verletzt – in knapp fünf Minuten den deutschen Kampfeinsatz gegen Serbien auf dem Parteitag der Grünen rechtfertigte, gehört zu seinen Glanzleistungen und zu den wenigen Höhepunkten des Films. Aber eingeleitet hatte Fischer diese Wende bereits 1995, als er gegen die Mehrheit seiner Partei den militärischen Schutz der bosnischen Muslime vor den serbischen Aggressoren verlangte. Auch darüber schweigt der Film. Später hielt der Nichtpazifist Deutschland aus dem Irakkrieg heraus. Vor allem aber trug er 25 Jahre lang in schier unendlichen Auseinandersetzungen dazu bei, die Grünen zu der Partei zu formen, die heute von so vielen gewählt werden kann.

Der Filmheld hat erhebliche Verdienste vorzuweisen, doch bleibt er merkwürdig unpersönlich, eindimensional und kalt. Seinen Vater, seine Mutter, seine Frauen und Kinder behandelt er als Unpersonen. Er verfährt nach dem Prinzip von Wilhelm II., der seinen Erinnerungen 1922 den Titel *Ereignisse und Gestalten* verpasste, mittendrin die größte Gestalt – der Kaiser als ewiger Rechthaber. Das humane und liberale Gegenstück zu Fischers Selbstporträt präsentierte in diesen Wochen bezeichnenderweise der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU). Er nannte seine Erinnerungen *Böse Jahre, gute Jahre.*

Maier lässt seine Töchter zu Wort kommen, und die älteste schreibt über ihre Konflikte mit dem Vater: »Dass wir, nachdem wir uns zum Thema Rüstungspolitik oder vorehelichem Geschlechtsverkehr angebrüllt hatten, zusammen Schumann-Lieder am Klavier sangen, konnten meine Freunde nicht verstehen.« In aller Ruhe schildert Maier die schwarze Seite der Achtundsechziger-Revolte und die Kämpfe, die er als Initiator der Widerstandsorganisation »Bund Freiheit der Wissenschaft« ausstand, und zieht doch »keine gänzlich negative Bilanz«: »1968 und die folgende Zeit haben die Establishments aller Richtungen gezwungen, Verfassungsstaat und Demokratie mit mehr Phantasie, mit intelligenteren Methoden zu verteidigen als nur mit dem Traditionsargument, ›wie wir's dann zuletzt‹ – nach 1945 – ›so herrlich weit gebracht‹. Und das war immerhin etwas.«

Zu diesen Veränderungen hat Joschka Fischer beigetragen – im Bösen und im Guten. In aller Bescheidenheit sagen kann er das nicht. Beworben wird der Film mit dem Satz, Fischer könne es kaum fassen, was während seiner Lebenszeit alles geschehen sei – einer »Epoche, die ihn ebenso prägte wie er sie«. Lächerlich!

Das Letzte

Arme, alte Räuber mag es geben, aber der Mythos erzählt uns etwas ganz anderes, er schwärmt von Robin Hood, dem edlen Rächer der Gerechten, oder von Klaus Störtebeker, dem verwegenen Freibeuter, dessen Schiff voller Gold und Silber war. Wie anders der schreckliche Osama bin Laden! Hätte man nicht denken sollen, er befehlige eine Bergfestung, in deren Gemächern orientalische Pracht zu finden sei, wo dienstbare Geister auf einen Wink des Herrschers mit der Wasserpfeife herbeieilten? Nichts davon zeigt uns das von den Amerikanern veröffentlichte Foto, wir sehen weder Ali Baba noch die vierzig Räuber und ihre sagenhaften Schätze, wir sehen einen alten Mann, umhüllt von einer Wolldecke, mit der Fernbedienung in der Hand. Ein Räuber mit Fernbedienung! Und was bedient er? Einen 14 Zoll kleinen Röhrenfernseher, der auf einem schäbigen Schreibtisch steht, und das Möbel sieht aus, als käme es direkt vom Baumarkt. Und diese Unordnung, diese Steckdosenleiste, dieses Kabelgewirr! Erbärmlich, erbärmlich. Wer auch immer seinen Kinderwunsch, Räuberhauptmann zu werden, endlich in die Tat umsetzen will, sollte es sich gut überlegen. Lieber Unternehmer! Da darf man ganz legal räubern, gewinnt Reichtum, Ansehen und vielleicht gar das Bundesverdienstkreuz.

Was übrigens die Räuberei, genauer die Seeräuberei betrifft, so hatte die vierte Folge der Räuberpistole *Fluch der Karibik* eben in Los Angeles Premiere. *Bild* veröffentlicht dazu ein Foto der formidablen Penélope Cruz und schreibt in vertraut subtiler Diktion: »Ihr Dekolleté – pralle Beute für Seeräuber.« Möglich immerhin, dass Osama bin Laden diesbezüglich besser versorgt war, denn es wird berichtet, er habe drei Ehefrauen besessen. Und trotzdem musste er den Fernseher mutterseelenallein bedienen. Was ist mit den Weibern im Orient los? Es kann natürlich sein, dass der furchtbare Osama in dieser Hinsicht eher furchtsam war. Wahrscheinlich hatte er eine Modelleisenbahn im Keller, wo er seine Märklin H0 im Maßstab 1 : 87 fahren ließ (just jenes Modell, das Horst Seehofer laut *Spiegel* auch besitzt); gut möglich, dass er seinen Feind Obama als Puppe auf den Tender setzte und gegen den Prellbock fahren ließ. So wie es umgekehrt nicht undenkbar erscheint, dass auch Obama eine Modelleisenbahn besitzt und seinen Feind Osama entgleisen ließ. Das wäre sozusagen ein Voodoo-Zauber nach Märklin-Art.

Natürlich sind das haltlose Spekulationen, aber wer Räuberhauptmann werden will, sollte mit wirklich allem rechnen. FINIS

WÖRTERBERICHT

Blickfick(en)

Ein Begriff aus eiligen Zeiten. Er bezeichnet, als Verb wie als Substantiv, den intensiven Augenkontakt zwischen zwei möglichen Geschlechtspartnern, die keine Zeit haben, miteinander auch nur ins Gespräch zu kommen; etwas, das umso häufiger vorkommt, je größer die Stadt ist, in der es sich ereignet – der bohrende Lustblick als die schnellste intime Erfahrung. Allerdings wird das Wort auch (gern unter jungen U-Bahn-Fahrern) benutzt, um von Gewalt zu reden. Man sieht diesen Blick auf dem Schulhof, in der Disco, in der Kneipe: Einer durchsengt einen Schwächeren mit dem Hass-Laser. Wenn der Bestarrte den Blick senkt, ist er vernichtet. Wenn er standhält und zurückstarrt, beginnt, nach uralten Regeln, der Kampf zweier Menschen, die keine Zeit hatten, miteinander in Streit zu geraten. PETER KÜMMEL

www.zeit.de/audio

alle Fotos: Markus Kirchgessner/laif für DIE ZEIT/www.markus-kirchgessner.de (Frankfurt, 7. Mai 2011)

Pierre Vogel (rechts) sprach letzten Samstag in Frankfurt am Main über Islam und Terror. Der radikale Prediger ist bei jungen Muslimen beliebt

Totengebete verboten

Wie Deutschlands bekannteste Islamist Pierre Vogel auf das Ende bin Ladens reagierte VON ANNABEL WAHBA

Früher stieg Pierre Vogel in den Ring, um sich mit seinen Gegnern zu schlagen. Jetzt steigt er auf die Bühne und spricht. Ein guter Muslim, sagt Pierre Vogel, das ist keiner, der sich einen Weihnachtsbaum aufstellt und mit dem man auch mal einen trinken kann. Ein guter Muslim, das ist ein Fundamentalist. Das Publikum in Frankfurt applaudiert. Pierre Vogel steht am vergangenen Samstagabend wie immer etwas breitbeinig auf der Bühne, er tänzelt auf den Zehenspitzen hin und her. Er ist zwar längst kein Profiboxer mehr, aber ein Profi im Austeilen ist er noch immer.

Der Boxer, der zum Muslim wurde. Ein deutscher Muhammad Ali! Pierre Vogel alias Abu Hamsa hätte die Menschen verbinden können, aber er hat sich entschieden, zu spalten.

Ursprünglich hatte Vogel, 32, der vor zehn Jahren zum Islam konvertierte und heute einer der populärsten deutschen Prediger ist, zu einem Totengebet für Osama bin Laden aufgerufen, dann zog er den Aufruf wieder zurück und wollte nur noch über Islam und Terrorismus reden. Das Ordnungsamt verbot seinen Auftritt in der Frankfurter Innenstadt, das Verwaltungsgericht genehmigte ihn doch, allerdings außerhalb der Stadt auf einem Freigelände am Rebstockpark. Der Name bin Laden dürfe in seiner Rede nicht fallen, heißt es in den Auflagen.

Eine Interviewanfrage der *ZEIT* hatte Pierre Vogels Pressemann kürzlich noch mit den Worten abgelehnt: »Wenn Sie ein ehrlicher und verantwortungsbewusster Mensch sind, verlassen Sie Ihre Werbeagentur und suchen sich einen ehrlichen Job, in dem man nicht mittels Lügen andere Menschen zerstört!!!«

Jetzt sitzt Pierre Vogel lächelnd vor einem Kentucky Fried Chicken am Rande Frankfurts, es ist Samstagmittag, wenige Stunden vor seinem Auftritt. In dem amerikanischen Schnellrestaurant trifft er sich mit seinen Weggefährten, bevor sie gemeinsam zum Rebstockpark aufbrechen, hier gibt er nun doch das Interview. Die Gäste blicken von ihren frittierten Hühnchen auf, wenn der Mann mit dem langen Bart von Osama bin Laden spricht. Pierre Vogel stört das nicht, entspannt lehnt er sich im Stuhl zurück.

Vogel kokettiert gern mit seiner Boxervergangenheit. Als sich ein Passant beschwert, weil ihm der Zeitungsfotograf im Weg steht, witzelt Vogel: »Sollen wir ihn hauen?« Vogel meint den Passanten. Dann wird er wieder ernst, das sei natürlich nur Spaß. Pierre Vogels Disziplin ist jetzt die Rhetorik, und er weiß seine Worte zu wählen. Er, dessen Wohnung von der Polizei durchsucht wurde, weil bei einem seiner Vorträge das indizierte Buch *Frauen im Schutz des Islam* auslag, in dem es heißt, Frauen »genießen es, geschlagen zu werden«, er gibt sich jetzt höflich interessiert und blickt die Reporterin direkt an, was ein strenggläubiger Muslim eigentlich nicht tut. Pierre Vogel kann sich seinem Gegenüber gut anpassen.

Vogel wurde viel kritisiert für seinen Aufruf zum Totengebet. Dass der Verfassungsschutz wieder einmal aufmerksam wurde, ist ihm egal. Und auch die negativen Medienberichte treffen ihn nicht. »Schlechte Werbung ist besser als gar keine Werbung«, sagt er. Für die Werbung in eigener Sache nimmt er gern in Kauf, die Islamphobie vieler Deutscher anzuheizen.

DIE ZEIT: Sie wurden für Ihren Aufruf zum Totengebet massiv kritisiert, sogar von ultrareligiösen wahhabitischen Salafisten.

Pierre Vogel: Ich weiß genau, wenn ich ein Totengebet mache, dann werden Leute kommen, die mit Osama bin Laden sympathisieren, und so kann ich mit ihnen über Terrorismus reden.

ZEIT: Bin Laden ist ein Massenmörder, wer für ihn betet, stellt sich in seine Nähe.

Vogel: Das Wichtigste ist, über Reizthemen zu reden. Das vermisse ich in diesem interreligiösen Dia-Lüg. Das ist doch gegenseitige Einschleimerei.

ZEIT: Die islamische Religionsgemeinschaft Hessen rief auf, Ihre Veranstaltung zu boykottieren.

Vogel: Diese Leute haben null Einfluss, null Mut. Nicht mal den Mumm, uns zu sagen, dass der, der den Islam nicht annimmt, in die Hölle geht.

ZEIT: Sie tun, als stünden Sie für den wahren Islam, dabei ist Ihre Sicht nicht die der meisten Muslime.

Vogel: Man kann Leute nur zusammenbringen, wenn man ehrlich ist. Aber das sind viele Verbände nicht. Wenn es um die Scharia geht, ob man sie besser findet als das Grundgesetz, da wird dann gesagt, man akzeptiere es. Man tut, als sei man der größte Demokrat. Das ist Schwachsinn. Jeder Muslim glaubt, dass die Scharia von Gott ist und absolute Gültigkeit hat.

Auch wenn sich Pierre Vogel nicht als Salafist bezeichnet, sind solche Aussagen doch salafistisch. Salafismus gilt als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie, weil er Gesetze als von Gott gemacht ansieht. Der politische Salafismus ist die am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland und hat enorme Sogwirkung auf die zweite und dritte Einwanderergeneration. Er distanziert sich zwar von Gewalt. Doch Internetforen und Seminare dienen als Kontaktbörse auch für Extremisten. Die meisten Dschihadisten mit Deutschlandbezug kamen aus dem salafistischen Milieu. Seit einiger Zeit strebt das Bundesinnenministerium ein Verbot des Vogel nahestehenden Vereins »Einladung zum Paradies« an.

ZEIT: Warum sagen Sie den jungen Leuten nicht klar und deutlich, dass Sie gegen Terrorismus sind, wie das die Muslimverbände tun?

Vogel: Das sind doch Sesselfurzer. Keiner hat sich gegen Terrorismus so klar positioniert wie ich. Was nutzt das, wenn da jemand mit Krawatte gegen Gewalt ist, welchen Jugendlichen beeinflusst das? Ich widerlege die Argumente der Gewaltbereiten.

Pierre Vogel, der seine Karriere als Profiboxer ohne Niederlage beendete, hält sich auch als Prediger für unverwundbar. Er spricht die Sprache der Jugend. Auch die jungen Angestellten von Kentucky Fried Chicken sehen ehrfürchtig zu ihm herüber. Später auf der Veranstaltung am Rebstockpark verhalten sich seine Anhänger so vorbildlich, wie er es ihnen auf seiner Homepage geraten hat. Bereitwillig lassen sie sich von den Polizisten durchsuchen. Junge Männer, junge Frauen mit und ohne Kopftuch, Familien mit Kindern. Auf der Wiese nebenan wird gegrillt. Vogels Anhänger tragen T-Shirts mit dem Aufdruck *Don't panic, I'm islamic* oder *I love Islam.* Sie sind Vertreter eines neuen selbstbewussten Pop-Islams.

Allerdings sind diesmal nur 400 Leute gekommen, bei Vogels letztem Auftritt in Frankfurt waren es dreimal so viele. Das mag daran liegen, dass er heute am Stadtrand predigt. Es mag auch daran liegen, dass die Tötung bin Ladens die strenggläubigen Muslime nicht in dem Maße aufbringt, wie er geglaubt hat. Außerdem braucht es keinen Pierre Vogel, um die USA zu kritisieren. Der Verein Einladung zum Paradies hat einen YouTube-Ausschnitt von Helmut Schmidts Besuch bei Beckmann auf die Homepage gestellt. Darin sagt der Altkanzler, er finde die Tötung bin Ladens in Pakistan »zweischneidig«, weil sie ein Verstoß gegen das Völkerrecht sei.

Ein Gegendemonstrant hält in Frankfurt das Kreuz Jesu Christi wie ein Banner hoch

Als Vogel endlich die Bühne betritt, fragt er als Erstes seine Anhänger, wann sie erfahren hätten, dass die Veranstaltung hier draußen ist. Er sucht das Zwiegespräch mit der Menge, er ist ein Showtalent. Den Namen bin Ladens nennt er tatsächlich nicht. Stattdessen schimpft er auf die Medien. Pierre Vogel ist der Star einer Szene, die dem Journalismus misstraut, weil er junge Muslime zu oft als Problemjugendliche stigmatisiert. Er braucht die Medien nicht, er hat seine Homepage. Jedes Interview, das er gibt, wird gefilmt, und wenn er sich falsch zitiert fühlt, was schnell passiert, weil Interviews immer gekürzt werden, dann veröffentlicht er die Originalfassung. Auf seiner Homepage steht das Video eines Interviews mit Spiegel TV, das war nach dem Anschlag am Frankfurter Flughafen, wo der 21-jährige Arid U. zwei US-Soldaten erschoss. Arid U. hatte Vogel auf Facebook als Freund hinzugefügt. Vogel wurde in dem TV-Beitrag mit dem Satz zitiert, es mache einen Unterschied, ob jemand Zivilisten töte oder Soldaten. Vogel ärgert sich, weil die Sätze, in denen er Anschläge verurteilte, herausgeschnitten wurden.

ZEIT: Sie verurteilen den Anschlag, gleichzeitig relativieren Sie den Mord an den Soldaten.

Vogel: Was ist denn ein abscheulicherer Mord: wenn jemand einem Kind die Kehle durchschneidet oder wenn jemand denkt, dieser Soldat ist ein Verbrecher, der bringt vielleicht morgen meine Leute um, und erschießt den?

ZEIT: Mord ist Mord.

Vogel: Also nach deutschem Strafrecht gibt es unterschiedliche Haftstrafen ...

ZEIT: Die Merkmale eines Mordes sind in beiden Fällen gegeben, auf Mord steht »lebenslänglich«.

Vogel: Trotzdem kriegt der eine vielleicht Sicherheitsverwahrung und der andere 15 Jahre.

ZEIT: Gute Morde, schlechte Morde. So argumentiert al-Qaida: Wir dürfen Amerikaner umbringen, weil sie Steuern zahlen, also den Staat repräsentieren.

Vogel: Aber ich war es, der die Argumente von al-Qaida widerlegt hat. Ich habe Morddrohungen bekommen von Terroranhängern! Ich rufe permanent dazu auf, dass man sich hier an die Gesetze halten muss. Aber ich muss auch gucken, wen ich anspreche, ich muss auch eine gewisse Rhetorik benutzen, um überhaupt Leute zu beeinflussen.

Vogel mag sich in der Öffentlichkeit von Gewalt distanzieren, ein Demokrat ist er nicht. Er behauptet, er wolle Jugendliche zum Gewaltverzicht bekehren. Doch seine Botschaften sind zwiespältig. Einen Tag nach der Veranstaltung in Frankfurt wird bekannt, dass der 19-jährige Abiturient Amid Ch., einer der drei Terrorverdächtigen, die kürzlich in Düsseldorf festgenommen wurden, Pierre Vogel verehre. Ob das den Prediger beunruhigt? Nein, antwortet sein Pressemann in seinem Namen.

ETHIK UND OSAMA

Was ist Heuchelei?

Über den Heiligen Krieg und die deutsche Sprachpolizei

Wenn der deutsche Rechthaber recht behalten will, regt er sich über die Schlechtigkeit seiner Mitmenschen auf. Selbst Friedrich Nietzsche, der sich einen Spaß daraus machte, Moralisten zu verhöhnen, hat das Problem scheinheiligen Moralisierens unterschätzt. »Das moralische Verurteilen ist die Lieblingsrache der geistig Beschränkten«, schrieb er in *Jenseits von Gut und Böse.* Nietzsche wollte sagen, dass die dümmsten Bauern die größten Moralapostel sind und dass Ehrpusseligkeit von Mangel an Verstand kommt. In Wahrheit kommt sie aber von Bosheit, wie sich soeben in der bigottesten Debatte des Jahrzehnts gezeigt hat.

Böse musste man schon sein, um der Bundeskanzlerin zu unterstellen, sie habe sich über den Tod Osama bin Ladens gefreut. Tatsächlich hatte sie die Worte »Ich freue mich« mit einer Leichenbittermiene gesprochen, die unmissverständlich klarmachte, dass hier nicht Freude im Sinne von Frohlocken gemeint war, sondern allenfalls Erleichterung. Trotzdem ereiferte sich die Republik, als habe Angela Merkel eigenhändig den Al-Qaida-Chef getötet. Dass er getötet wurde, regte die Deutschen weniger auf, dafür ergötzten sie sich eine geschlagene Woche an der rhetorischen Frage: Darf man sich über den Tod eines Menschen freuen? Ja, liebe Sprachpolizei, darf man auf dem Friedhof lachen?

Gegenfrage: Was ist ein gerechter Krieg, was ist ein heiliger Krieg und was ist Heuchelei? Was gerecht ist, begreift man am besten, indem man fragt, was selbstgerecht ist. Und was heute noch heilig sein könnte, erkennt man am klarsten, indem man fragt, was scheinheilig ist. Die Antwort steht, wie alles Wichtige, in der Bibel (»Heuchler geben sich ein trübseliges Aussehen, damit die Leute merken, dass sie fasten«) und im Wörterbuch Hochdeutscher Mundart (»Scheinheilig ist, den äußern Schein der Heiligkeit annehmend, ohne es wirklich zu sein«). Vielleicht können wir es so zusammenfassen: Heuchler erkennt man daran, dass sie sich über ein falsches Wort mehr aufregen als über eine fragwürdige Tat, dass sie über der Kritik am Krieg-gegen-den-Terror beinahe den Terror vergessen und dass ihr wohlfeiler Pazifismus sie hindert, endlich die moralischen Dilemmata zu sehen, in die der Terrorismus uns gestürzt hat.

Denn hier liegt ja schon das erste Dilemma: Das Leben eines Menschen ist uns so viel wert, dass wir sogar den Tod eines Massenmörders nicht feiern wollen. Die Menschenwürde ist so universell, dass wir auch die Würde eines Mannes wahren müssen, der sich selbst ins moralische Abseits gestellt hat. Osama bin Laden hatte gesagt, dass ihm für den Zweck des Heiligen Krieges jedes Mittel recht sei. Damit verneinte er die Kantsche Definition des Menschlichen, die man auch als moralphilosophischen Kern der Menschenrechte ansehen kann: Eine Zweck-Mittel-Relation ist auf den Menschen nicht anwendbar, er darf nicht zum Objekt degradiert werden, weil er ein Subjekt mit einer Würde ist.

Wenn wir also die Universalität der Menschenrechte verteidigen wollen, können wir Osama bin Laden nicht als Unmenschen behandeln. Aber wie verhindern wir, dass einer einen Heiligen Krieg führt? Und wer schützt die Würde seiner potenziellen Opfer? Dass diese alten Fragen offen bleiben, ist traurig genug – ein Dilemma ist eben unlösbar. Dass aber deutsche Moralapostel so tun, als sei alles ganz einfach, als müsse Angela Merkel nur die richtigen Worte sprechen, das ist Heuchelei.

Eine deutsche Justizministerin a. D. hat einem amerikanischen Botschafter a. D. vorgeworfen, durch bin Ladens Tod würden die islamistischen Anschläge nicht weniger. Sie merkte gar nicht, was für ein fatales Argument das war: Dieser Tod hat uns nichts genützt. Und wenn er uns genützt hätte? Wäre uns bin Ladens Würde dann wurst?

Moral predigen ist leicht, Moral begründen schwer. Vielleicht hatte Nietzsche doch recht, dass eine gewisse Art Moralismus die Rache der geistig Beschränkten ist. EVELYN FINGER

»Wir rächen Blut mit Blut. Wir feiern in Finsternis, nicht im Licht«

Warum ein junger Amerikaner in Deutschland sich für die Jubelvideos aus seiner Heimat schämt VON PATRICK BRUGH

Um die Nachricht von Osama bin Ladens Tod zu glauben, musste ich erst die Ansprache meines Präsidenten hören. Doch nach wenigen Sätzen hielt ich es nicht mehr aus. Denn in der sonst so ruhigen Stimme lag diese unheimliche Spannung, wie bei einem Jungen, der es nicht erwarten kann, mit seinem Geheimnis herauszuplatzen. Deprimiert setzte ich mich wieder an den Schreibtisch, an das nächste Kapitel meiner Doktorarbeit, das von der Instrumentalisierung der Idee des Friedens für den Krieg handelt. Aus alten Kriegsbüchern wissen wir, wie oft Friedenshoffnungen als Argument für Aufrüstung missbraucht wurden. Auf dem Höhepunkt der Konfessionskriege im 16. und 17. Jahrhundert boten sie eine moralische Rechtfertigung für die entstehende Rüstungsindustrie.

Ein Satz des deutschen Militärtheoretikers Wilhelm Dilich aus dem Jahr 1608 geht mir nicht aus dem Sinn: »Durch krieg kompt der frieden / und sollen die jenige / so in fried und ruhe leben wollen / in wahffen geübte leute sein.« Dilich nennt den kriegerischen Menschen Friedenskämpfer und rechtfertigt den Kreislauf der Gewalt. Solche alten Droh- und Vergeltungsszenarien erinnern an heutige Abschreckungspolitik: Wenn wir genug Waffen besitzen, greift uns niemand an.

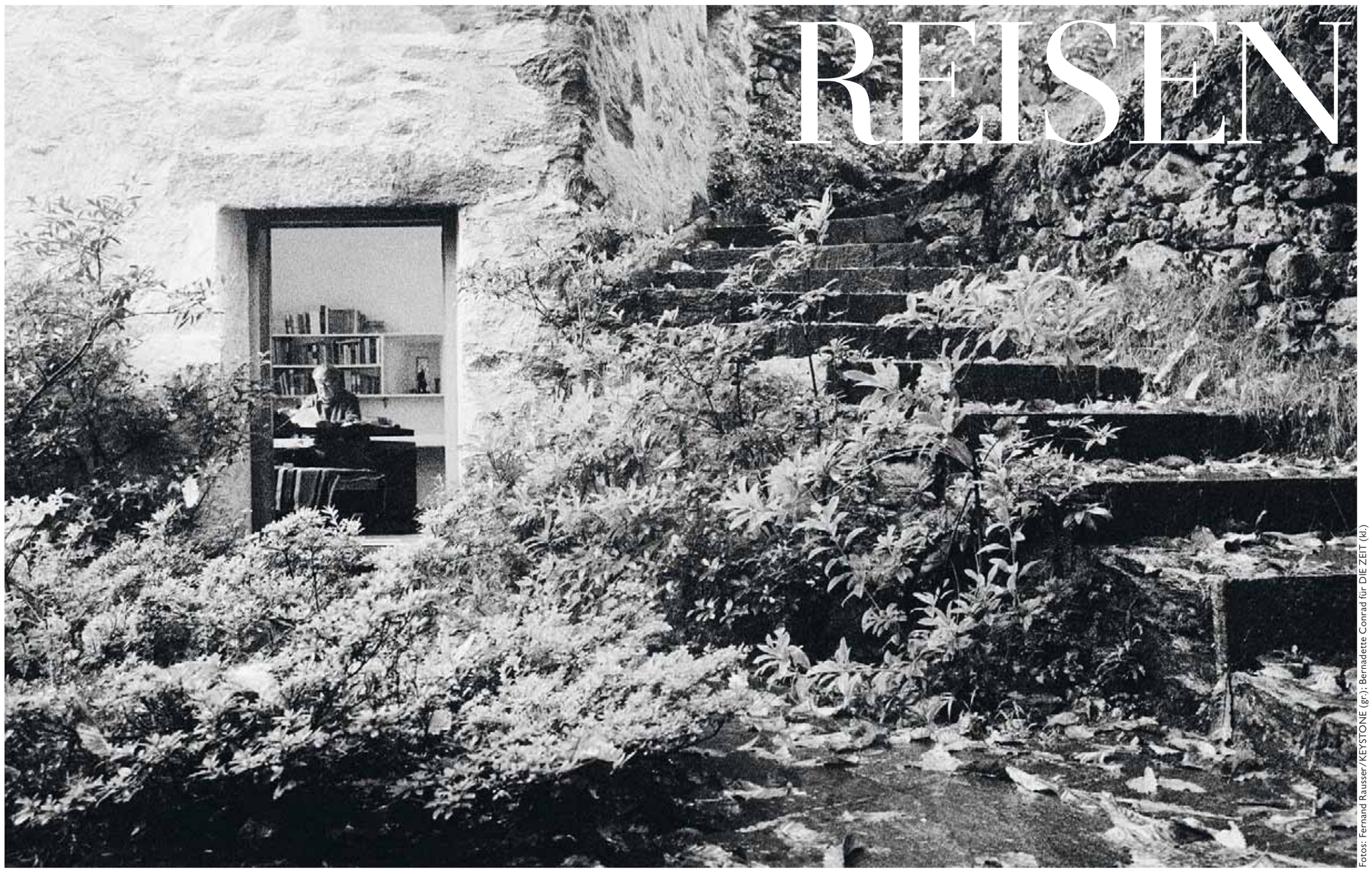
Jetzt haben wir also Videos grölender Amerikaner gesehen, die auf Bäume klettern und Fahnen schwenken, um den Tod eines Feindes zu feiern. Mir als Amerikaner in Deutschland war der rowdyhafte Hurrapatriotismus peinlich, zumal die Medien ihm eine ganze Weile folgten, ehe sie endlich die Frage stellten: Ist dieser Jubel moralisch? Pfarrer Jim Hunter, ein geistlicher Berater Obamas, antwortete mit einem Bibelwort aus der Genesis: »Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll auch durch Menschen vergossen werden.« Hunter scheint den dialektischen Charakter dieses Verses übersehen zu haben. Blut, das wir für Blut vergießen, ist weiteres Blut, für das sich jemand rächen wird. Mit dem jüngsten Akt des Blutvergießens ist also nichts erreicht.

Facebook und Twitter verbreiten aber auch ein anderes Zitat, das von Martin Luther King stammt: »Hass mit Hass zu vergelten wird nur den Hass vergrößern und eine bereits sternenlose Nacht in noch tiefere Finsternis tauchen. Finsternis kann Finsternis nicht vertreiben: Das vermag nur das Licht. Hass kann Hass nicht beenden: Das kann nur die Liebe.«

Wir Amerikaner haben die Hoffnung auf eine Welt ohne Terror benutzt, um überall auf der Welt Krieg zu führen. Wir bekämpfen Finsternis mit Finsternis, um Sterne zu erschaffen. Doch wenn wir Amerikaner so jubeln wie letzte Woche, dann vergessen wir, dass wir in Finsternis feiern und nicht im Licht.

Aus dem Englischen von MICHAEL ADRIAN

Patrick Brugh, (27), ist Germanistikdozent im Staat Missouri. Derzeit forscht er an der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel über frühe Kriegsromane



Eingewachsen: Max Frisch 1979 in seinem Haus in Berzona

Fotos: Fernand Rausser/KEYSTONE (gr.); Bernadette Conrad für DIE ZEIT (kl.)

Sein letztes Refugium

Vor 100 Jahren wurde er geboren – ein Zuhause fand Max Frisch erst spät, in einer wilden Gegend des Tessins VON BERNADETTE CONRAD

Man fasst sich ein Herz, öffnet das unverschlossene Gartentor an der Straße und läuft die Stufen bis zum Haus hinunter. Wuchernder Baumdschungel zu beiden Seiten, eine leuchtende Azalee, hinter einem Gebüsch die alte Bocciabahn, schließlich das Klingelschild: »Max Frisch. Karin Pilliod«. Klingeln, lauschen, es bleibt still. So unheimlich still, wie es im Onsernone-Tal oft ist: Grillen, Vögel, irgendwo rauscht ein Bach.

Max Frisch ist seit 20 Jahren tot. Und doch steht am Anfang einer Spurensuche im Valle Onsernone auf dem Klingelschild in Berzona etwas wie ein Lebenszeichen: Hier wohnt, immer noch, zusammen mit seiner letzten Lebensgefährtin, Max Frisch. »Es ist der Ort, den ich am besten kenne, wo ich mich am ehesten zu Hause fühle, der mir am meisten vertraut ist. Auch wenn er nicht so bequem ist«, hat Frisch gegen Ende seines Lebens geschrieben.

Das Valle Onsernone ist das vielleicht wildeste der Tessiner Täler. Gut eine Viertelstunde hinter Locarno zweigt die Straße ab, windet sich in engen Schlingen um überhängende Felsen, halsbrecherisch die Kurven, hinter denen einem alles entgegenkommen kann, Postbus, Motorradstaffel, Rennräder. Nur keine Reisebusse. Denen verweigert sich das Tal. 20 Kilometer geht es hinein in die Schlucht; tief unten rauscht der Isorno. Acht Dörfer und ein paar Weiler liegen hintereinander aufgereiht wie auf einer Schnur, ganz am Ende: Spruga auf über 1000 Metern. Nur Berzona tanzt aus der Reihe. »Das Dorf, wenige Kilometer von der Grenze entfernt, hat 82 Einwohner, die Italienisch sprechen: kein Ristorante, nicht einmal eine Bar, da es nicht an der Talstraße liegt, sondern abseits.« So schrieb Frisch 1966 in sein Tagebuch.

Zwei Jahre zuvor war er zum ersten Mal von der Talstraße ins höher gelegene Berzona abgebogen. Der Dichterkollege Alfred Andersch, der seit Längerem dort lebte, machte ihn auf das verfallene Anwesen aufmerksam. Frisch, 53, kam dies gelegen. Nach fünf italienischen Jahren wollte er wieder in der Schweiz wohnen – »aber nicht ganz!«. Und er wünschte sich ein Haus zusammen mit seiner jungen Liebe Marianne Oellers. Er schrieb: »Was mir gefällt: das schwere Dach aus Granit und wie das Ganze in den Hang gestellt ist, das Haus und ein steinerner Stall, der beinahe ein Turm ist ... das ist unbedacht und vollkommen. Ich bin begeistert ... es soll kein Gefängnis werden, nur ein Zuhause, wenn Du dann bereit bist: Unser Zuhause.«

Berzona wurde das Refugium, an dem Frisch »außerhalb von allem« sein konnte. Und noch immer sind Haus und Garten perfekt vor neugierigen Blicken geschützt. Keine Chance, den steinernen Tisch zu sehen, an dem die Frischs viele Gäste bewirteten und an dem auch der »Toggel« saß, eine zusammengebastelte lebensgroße Puppe. Auch die Granitsäule, »die unsere kleine Loggia hält«, bleibt verborgen. Wald umschließt das große Grundstück vollkommen. Ein Jahr dauerte der Umbau: mit Saunaofen, Weinkeller und einem Studio im Turm. Max und Marianne Frisch, seit 1968 verheiratet, reisten zwar weiter durch die Welt, mieteten Wohnungen in Amerika, Zürich, Berlin. Doch immer kamen sie zurück nach Berzona, Frisch am Steuer seines Jaguars. Er notierte: »Siebenmal im Jahr fahren wir diese Strecke, und es tritt jedes Mal ein: Daseinslust am Steuer. Das ist eine große Landschaft.«

Blick über Berzona

Die anderen Häuser des Dorfes stehen eng zusammengekauert, scheinen sich der Vorherrschaft des Waldes entrissen zu haben. Mit kleinen Gebäuden aus Granit und Gneis, die durch Treppen, Übergänge ineinander verschlungen sind, zieht sich der Ort den Hang hoch. Handtuchschmale Balkons, Gärtchen, kein Platz zu klein, als dass nicht doch noch eine Palme, Azalee oder ein Jasmin da blühen könnte. »Das Gelände ist steil«, heißt es im Tagebuch, »Terrassen mit den üblichen Trockenmauern, Kastanien, ein Feigenbaum, der Mühe hat, Dschungel mit Brombeeren, zwei große Nussbäume, Disteln usw.« Seit dem 17. Jahrhundert investierten die Frauen des Dorfes ihre ganze Arbeitskraft in das einzige Gewerbe, das in diesem armen Tal je blühte: die Strohflechterei. Auf den terrassierten Hängen wuchs Roggen, dessen Halme die Frauen verflochten; man habe sie, so geht die Legende, noch im Einschlafen flechten sehen.

Diese Zeit war vorbei, als Max Frisch und Marianne Oellers kamen. Schon da gab es etliche Zugezogene, Aussteiger, Künstler wie Andersch oder Golo Mann. Dass durch die *stranieri,* meist Deutsche und Deutschschweizer, das aussterbende Tal wiederbelebt, Häuser renoviert würden, sei nicht von Schaden, fand Frisch. Zu widerstehen gelte es allerdings jeder Versuchung von Arroganz. »Wenn ich einkaufen gehe, versuche ich mich immer auf Italienisch«, berichtete er. Zum Einkaufen in Berzona gab es einzig den kleinen Dorfladen der Einheimischen Marta Regazzoni. Marta läutete auch die Glocke im großen frei stehenden Kampanile, der imposant neben der Kirche am Ortseingang aufragt. Ihr Laden ist längst aufgegeben. Von 82 Einwohnern kann keine Rede mehr sein. »Vielleicht 35?«, vermutet eine junge Frau, die mit ihrer Familie hergezogen ist und nun mit fünf anderen Frauen zusammen das alte Handwerk des Strohflechtens in einem kleinen Atelier wieder betreibt.

An die Stelle des Krämerladens – als einzigem öffentlichen Ort Berzonas – ist eine kunsthandwerkliche Kooperative getreten. Will man Marta Regazzoni treffen, muss man zwei Dörfer weiter fahren, vorbei am Friedhof von Berzona, die Straße hinunter bis zur Talstraße und durch Mosogno. Im Wintergarten des Altersheims von Russo sitzt Marta, eine zierliche Frau, eng neben einer Freundin aus Berzona. Und für beide scheint das Sprechen so ungewohnt geworden, dass nur noch ein heiseres Flüstern herauskommt. Bei Marta ist aller Ausdruck in die riesigen braunen Augen gewandert. Die glänzen vor Freude über Besuch. Max Frisch? Ja, natürlich, er kam oft in den Laden, *»molto gentile«,* ein freundlicher Mann. Es ist still im Raum. Durch die verglaste Außenwand blicken sie auf den dichten Wald, in vertrautes Gelände. Ein schönes Tal. Marta Regazzoni strahlt, jetzt voller Stolz: *»Una valle selvaggia!«,* ein wildes Tal! Wild, wie es der jüngere Frisch erlebte, wenn er heimkam von irgendwo, mit dem Auto über den San Bernardino: »Vor allem in den Kurven: der Körper erfasst Landschaft durch Fahrt, Einstimmung wie beim Tanzen«, schrieb er ins Tagebuch. Zehn Jahre später dominierte bei ihm eine andere, eine beklemmende Wildheit: In der Erzählung *Der Mensch erscheint im Holozän* (1979) lässt Frisch den 74-jährigen Herrn Geiser ein Unwetter im Valle Onsernone erleben, ein sintflutartiges Gewitter, das existenzielle Angst auslöst. Wird mit dem Berg auch das Leben wegrutschen? Das Jahrhundertgewitter gab es wirklich. Im August 1978 wurden fast alle Brücken des Tals fortgerissen. Und ähnlich wie Geiser machte Frisch eine Krise durch: 1979 war das Jahr der Scheidung von Max und Marianne Frisch.

Fortsetzung auf S. 64

/ LESEZEICHEN /

Über Thailand

Kaum ein halber Tag Flugzeit trennt Frankfurt am Main von Bangkok am Chao Phraya. Wenn Reiseveranstalter mit prächtigen Tempeln trumpfen, palmengesäumte Strände und raffinierte Speisen preisen, sind die Koffer schnell gepackt: Thailand, das »Land der Freien«, zählt zu den beliebtesten Urlaubszielen der Deutschen. Wer es besser kennenlernen will, wird von Volker Grabowsky, der an der Universität Hamburg die Sprache und Kultur Thailands (Thaiistik) lehrt, fundiert informiert. Seine *Kleine Geschichte Thailands* zeichnet nach, wie sich das südostasiatische Königreich über die Jahrhunderte entwickelt und erfolgreich gegen Kolonialmächte zur Wehr gesetzt hat, wie es zum Namen Siam kam und welche Rolle das Land im Zweiten Weltkrieg und im Indochinakrieg gespielt hat, wie tief seine Bewohner im Theravada-Buddhismus verwurzelt sind und welche politischen Ansichten die »Gelbhemden« von den »Rothemden« trennen. H.K.

Volker Grabowsky: Kleine Geschichte Thailands. Verlag C. H. Beck, München 2010; 208 S., 12,95 €

Unter Kiwis

Neuseeland ist nicht nur weit weg. Die Neuseeländer haben auch einen oft recht eigenwilligen lässigen Lebensstil entwickelt. Talkshow-Redakteurin Anke Richter reibt sich jedenfalls immer wieder die Augen, als sie ihrem Mann, einem Urologen, von Hamburg ins »Land der großen weißen Wolke« folgt: Die Kollegen dort laden sie ein zur Motto-Party mit dem Thema »Sturm auf die Normandie«, auf der Südinsel nimmt sie an einem Naturfestival teil, auf dem einheimische Würmer verspeist werden, und den Leuten im entspannten Südpazifik bleibt ausreichend Zeit für Ortsnamen wie Taumatawhakatangihangakoauauotamateaturipukakapikimaungahoronukupokaiwhenuakitanatahu. Ihre heitere Verwunderung hat Richter nun in einem ausgesprochen unterhaltsamen Lesebuch zu Papier gebracht. In lockerem Erzählton und mit viel Humor berichtet sie, wie eine deutsche Familie unter Schafen und Kiwis, wie die Neuseeländer sich selbst nennen, Fuß fasst. Ein vergnügliches Buch, das ohne billige Klischees auskommt und an dem nicht nur Auswanderungswillige Freude haben dürften. MWE

Anke Richter: Was scheren mich die Schafe. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2011; 297 S., 14,95 €

Fortsetzung von S. 63

Man stellt sich vor, wie Herr Geiser allein in seiner Stube saß, das »Klöppeln auf Blech« hörte, nicht endenden Regen und den Donner, den Geiser sorgsam kategorisierte: als Knall- oder Koller-Donner, als Hall-Donner, Polter- oder Pauken-Donner. In Panik verließ Herr Geiser sein Haus, lief zum Passo della Garina, über den er sich ins benachbarte Maggiatal retten wollte.

Bei gutem Wetter ist sein Fluchtweg ein schöner Wanderweg, den auch Max Frisch oft gegangen ist. Er führt von Berzona hinüber zur Kirche in Loco, dem Hauptort des Tales, den Berg hoch, auf unebenen Granitplatten sachte aufwärts. Birken- und Buchenwald ringsum, Vögel, Mücken, Schmetterlinge, rechts steil die Schlucht, links steil der Berg. Serpentinen durch den Wald, dann eine Lichtung mit Gehöften, kleine Gebäude über terrassierte Wiesen verstreut. »He!!«, ruft jemand aus einem eingewachsenen Häuschen. Ein alter Mann erscheint, steht hinter Maschendraht, mit dem er sein Haus bis unters Dach eingewickelt hat. Ob man ihm nicht Gesellschaft leisten könne? Er habe nur den Hund. Seine Frau sei tot, ringsum wohnten Leute aus Zürich und Bern, die kämen nur an den Wochenenden, und sein direkter Nachbar mache ihm das Leben zur Hölle. Deshalb der Maschendraht. Wie ein Gefangener steht er hinter seiner selbst gebastelten Befestigungsanlage. Herr Geiser ist das nicht, aber es ist auch ein einsamer Bergler. Geht er nie ins Tal? Der Mann weist auf ein unglaubliches Gefährt, eine Badewanne mit Rädern: »Damit bringe ich alles heim, Zement, Essen – alles, was ich brauche.«

Der Passo della Garina ist eine weite, grasige Ebene, wenige Sommerhäuser liegen verstreut. Ein friedlicher Platz, wo der Weg aufhört und Herr Geiser kurz aufatmete. Doch dann verlief er sich, irrte herum, suchte vergeblich den Zugang zum Maggiatal, bis die Dunkelheit hereinbrach. Nein, am Abend möchte man hier nicht unterwegs sein – zu tief die Schluchten, zu unwegsam das Gelände. Was ist das Leben an seinem Ende? Ein Verlorengehen? Diese großen Fragen stellte der ältere Frisch in seinem Text *Der Mensch erscheint im Holozän.*

»Unsere Gespräche gingen oft über Tod und Sterben«, erinnert sich Beppe Savary an seine Jahre der Freundschaft mit dem Dichter. Unten in Russo kann man den Talarzt treffen, er war einer von denen, die das Altersheim und Ambulatorium begründet haben. »Die Leute sollen im Tal sterben können«, sagt Savary. Der 59-Jährige nennt sich selbst bescheiden einen »Fels-, Wald- und Wiesendoktor«. Seit 28 Jahren ist er als Allgemeinmediziner mit dem Schwerpunkt Notfall- und Rettungsmedizin fürs Valle Onsernone tätig. Unter den knapp 1000 Einwohnern des Tales gibt es wohl niemanden, der ihn nicht kennt. Savary strahlt die Entschlossenheit desjenigen aus, dem Leiden so vertraut ist wie die Leidenschaft für seine Sache; keine kleine Sache in einem Tal, wo Abstürze meist tödlich und Selbstmorde häufig sind. »Wenn ich jemanden im Notdienst kennenlerne, äußere ich oft die Hoffnung, wir sähen uns unter glücklicheren Umständen wieder.« Auch mit Max Frisch war das so. Ein Notfalleinsatz 1983, im Jahr darauf noch ein Hubschraubertransport des Dichters von Spanien heim nach Berzona. »Danach trafen wir uns oft, als es ihm gut ging, wir aßen zusammen, gingen auch in die Berge. Meine Töchter adoptierten Frisch als ihren Großvater, er konnte gut mit Kindern umgehen. Mein Deutschlehrer hatte gemeint, Frisch sei eher ein Reibeisen – das war er aber überhaupt nicht. Er war ein äußerst freundlicher Mensch.« Das Leben immer auch in Bezug auf den Tod zu betrachten, im eigenen Beruf ständig mit den großen Fragen der Existenz zu kämpfen: darin fanden sich Frisch und Savary in diesem wilden Tal. »Er war Architekt, er wollte auch über den Tod alles wissen, alle Bausteine kennen und auch sein Sterben noch selbst gestalten.« Das galt dann vor allem von 1990 an, als Frisch eine tödliche Krebsdiagnose erhielt.

Wälder überziehen die Berge im Valle Onsernone

Foto: Joerg Modrow/laif

Der Weg ans Ende des Tales führt durch das Valle Vergeletto. Dort, wo dieses kleine Seitental abzweigt, fällt die Schlucht so atemraubend in die Tiefe, dass ein Satz des Doktors noch mal in Erinnerung kommt: Es gebe wohl keinen Kilometer im Tal, wo er nicht schon jemanden zu bergen hatte. Comologno liegt auf einer Höhe von 1076 Metern, eng sind die Häuser aneinandergerückt, Ziegen laufen über die Straße, wenige Menschen. Selbst im hintersten Winkel des Valle Onsernone ist Frisch irgendwie anwesend. Hier wohnt nämlich der 92-jährige Bixio Candolfi, ehemals Programmdirektor Kultur des Televisione Svizzera Italiana in Lugano und in den siebziger und achtziger Jahren mit Frisch befreundet. Kurz vor der Ankunft bei ihm wird man vom Gewitter eingeholt. »Keine Sorge, noch kein Sommergewitter«, sagt ein Mann aus dem Dorf beruhigend. Aber das Knallen, Donnern und Krachen dauert doch eine halbe Stunde. Kurz der Eindruck, die Straße fließt weg.

Bixio Candolfis Frau Nice schaut aus dem Fenster, unter dem die Mauer steil zur Schlucht hin abfällt. Sie erinnert sich an das dramatische Unwetter von 1978: »Damals konnten wir eine Woche nicht aus dem Haus!« Max Frisch ist dem Ehepaar noch lebhaft im Gedächtnis. Bixio Candolfi sagt: »Mir schrieb er einmal die Widmung in ein Buch: ›Für Bixio, den Talnachbar‹. Und genau das war er selbst, ein richtiger Talnachbar, der immer wissen wollte, was läuft. Er war auch ein großzügiger Mensch, der Leuten aushalf, die es brauchten.« Nice Candolfi weiß noch, dass Frisch gegen Ende seines Lebens immer wieder sagte, er fühle sich in Berzona sicherer als in Zürich: *»in tutti i sensi«* – in jeder Hinsicht. Nach dem Tod des berühmten Talnachbars schrieb Bixio den Nachruf im *Voce Onsernonese.* Darin zitierte er Frisch: »Wenn in dem, was von mir bleibt, ein bisschen Liebe ist, ein bisschen Unruhe – dann wäre das schön.«

Von Spruga, dem letzten Ort des Tales, kann man wandern bis ans Ende der Schlucht, wo die grüne Grenze nach Italien verläuft. Und auf dem Rückweg legt man noch einen Halt in Loco ein. Dort hat gerade die Ausstellung *Max Frisch Berzona* eröffnet. Auf einem Video ist der Schriftsteller in seinem Garten zu sehen, wie er den Toggel, die lebensgroße Puppe, an den Gartentisch des Berzona-Hauses setzt, sie mit Hut und Schal ausstattet, mit Teller und Glas. Ein stummer Dauergast. 1990 zog sich Max Frisch zum Sterben in seine Zürcher Wohnung zurück. Er wollte die, die ihn pflegten, nicht auf die Taleinsamkeit verpflichten. Von Berzona nahm er so bewusst Abschied, wie er es sich gewünscht hatte. Den Toggel warf er den Hang hinunter. Kein Jahr später, im April 1991, trafen sich Max Frischs Freunde im Garten in Berzona und streuten seine Asche in den Wind.

Siehe auch **Feuilleton Seite 52**

Valle Onsernone

Anreise: Mit dem Zug nach Locarno (www.sbb.ch), von dort aus weiter mit dem Postbus oder Leihwagen www.europcar.ch

Unterkunft: In Loco, dem direkt neben Berzona gelegenen Hauptort des Valle, gibt es das nette kleine Ristorante Onsernone, DZ ca. 70 Euro, Tel. 0041-79/519 19 85. Komfortabel und originell am Ende des Tales, in Comologno: Palazzo Gamboni, Tel. 0041-91/780 60 09, www.palazzogamboni.ch, DZ ab circa 125 Euro

Ausstellung: »Max Frisch Berzona« zeigt Texte und Fotos im Museo Onsernonese in Loco bis zum 30. Oktober , Tel. 0041-91/797 10 00, www.onsernone.ch, Öffnungszeiten: Mi bis So, 14–17 Uhr (vor Juli auch freitags geschlossen)

Bücher: Berzona spielt in diversen Frisch-Texten eine Rolle: »Montauk«, »Tagebücher 1966–71«, »Der Mensch erscheint im Holozän« (alle im Suhrkamp Verlag erschienen). Herrn Geisers Wanderung wird beschrieben in Beat Hächler (Hrsg.): Das Klappern der Zoccoli. Literarische Wanderungen im Tessin, Rotpunkt Verlag, Zürich 2000; 525 S., 26 Euro

Tipp: Das Atelier Pagliarte in Berzona ist dienstags (9.30–12 Uhr) und freitags (14.30–17 Uhr) geöffnet und bietet handgefertigte Flechtwaren aus Stroh an, Tel. 0041-91/797 10 22, www.pagliarte.ch

Auskunft: Schweiz Tourismus, Tel. 00800/10 02 00 30 (kostenfrei), www.myswitzerland.com
Am Ort erhält man Auskunft beim Infopoint Auressio, Tel. 0041-91/797 10 00, www.onsernone.ch

Düsseldorf: Five points

Die Stadt des Eurovision Song Contest hat ein bisschen Applaus verdient

Die Düsseldorfer Rheinpromenade im Abendlicht

Fotos: Fulvio Zanettini/laif (gr.); ullstein; SVEN SIMON; www.misprint.info; Gerald Haenel/laif; PBY/FI online (kl. Ausschnitte im Uhrzeigersinn)

Die Kö

Unverwüstlich grandiose schnurgerade tausend Meter

Haben sich ja alle ein bisschen in Duty-frees verwandelt, die großen Boulevards Europas von den Champs-Élysées bis zum Newskij Prospekt. Überall die gleichen aseptisch sortierten Luxusholdingläden mit standardisiertem Verkaufspersonal samt global kompatiblem Fetischdisplay, und auch auf Deutschlands kleinen Boulevards sieht es nicht anders aus, ob Jungfernstieg, ob Kurfürstendamm.

Da macht die Königsallee keine Ausnahme. Lang vergangen die großen Namen, die berühmten Adressen. Die Tradition, die sich hinter Buchläden wie Lincke und Schrobsdorff verbarg. Schrobsdorffs Besitzer war, unvergessen, der glühende Thomas-Mann-Verehrer Hans-Otto Mayer, der, wie der Meister höchstselbst bei einem Besuch in Düsseldorf anerkennend festgestellt haben soll, mehr Werke von Mann besaß, als dieser je geschrieben hat. Das Lichtburg-Kino! Fuchs-Greven für den geschmackvoll gestalteten Salon! Nur das Porzellanhaus Franzen (von 1820) harrt noch aus und natürlich die Galerie Paffrath (seit 1867) mit ihren charmanten Oberlichtsälen und den lieben, neuerdings wieder hoch gehandelten Meistern der alten Düsseldorfer Schule. Vom Café Bittner, ach, blieb nur der Name, und der 1812 eröffnete Breidenbacher Hof gehört jetzt einer *Group* mit Sitz in Atlanta; die neue Inneneinrichtung hat ein Westfale gestaltet.

Und doch bleibt es die Kö. Unverwüstlich grandiose schnurgerade 1000 Meter, angelegt in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts, als überall in Europa die Stadtbefestigungen fielen, die Mauern und Wassergräben. Rechter Hand, von Süden her, die Geschäfte und Restaurants, linker Hand, für das flanierende Publikum von den herrlichen alten Bäume diskret verdeckt, die schier endlose, opake Front der Banken. Das schönste und eigenste aber ist der stille Kanal in der Mitte, die eleganten Brücken darüber und die zart pompöse Tritonen-Fontäne von 1902, die der Bildhauer Friedrich Coubillier entwarf.

Doch, das hat Welt. Wer von nebenan kommt, aus Köln oder Essen, aus der Hohen Straße, der Limbecker oder ähnlichen Budengassen des Grauens, der atmet hier auf. Der lässt sich auch gern was vom Pferdeapfelattentat auf den preußischen König erzählen, im Freiheitsjahr 48, oder von den Radschlägern und ähnlicher Folklore. Und von Heinrich Heine natürlich: »Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön, und wenn man in der Ferne an sie denkt und zufällig dort geboren ist, wird einem wunderlich zu Mute.«

Da riskiert man sogar einen Moment im Straßencafé und erfreut sich der Eitelkeiten unter der Sonne. Eine Millionenstadt ist Düsseldorf nicht, aber eine Stadt der Millionäre. Berliner und Münchner mögen zeigen, wer sie sind, nämlich Icke und Mir. Der Düsseldorfer aber zeigt, was er hat, und auch für diese Modenschauen und Schmuckparaden, für diese Glitzerdefilees und Brezelprotzessionen wurde einst die Kö gebaut.

BENEDIKT ERENZ

Japan

Seeigel und Currywurstkrapfen im Imbiss nebenan

Vor dem Fenster des Ecklokals Na Ni Wa steht eine lange Bank. Darauf sitzen meistens Leute. Aber niemand von ihnen isst; Essen gibt es nur drinnen. Sie bilden eine Schlange, geduldig wartend, in der Karte blätternd, bis die Bedienung sie hereinwinkt. Was gibt es denn da Feines? Gar nicht so Feines. Alle Arten von Nudelsuppen mit geräuchertem Schweinebauch. Eine ziemlich herzhafte Angelegenheit – gerade so, wie Japaner eins ihrer liebsten Schnellgerichte mögen. Sushi servieren sie hier überhaupt nicht. Wer welche möchte, hat es ja nicht weit zu einer der fast zwanzig Bars in der Nachbarschaft oder zum Ableger des Na Ni Wa gleich über die Straße.

Japanische Küche ist in Deutschland beliebt, aber nur wenig bekannt. In manchem vermeintlich japanischen Restaurant kochen Koreaner oder Vietnamesen für den westlichen Geschmack. Düsseldorf ist anders. Hier haben sich seit der Nachkriegszeit über vierhundert japanische Firmen niedergelassen, Geschäftspartner der wiederaufgebauten Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. Die japanische Community von Düsseldorf zählt zu den größten in Europa.

Das Dreieck Immermannstraße, Klosterstraße und Oststraße markiert die Grenzen von Klein-Tokyo. Man kommt fast automatisch durch, wenn man vom Hauptbahnhof in Richtung Altstadt spaziert. Hier präsentieren sich ein paar der stolzesten Stätten japanischer Tischkultur – filigran, puristisch und teuer. Zum Beispiel die ostwestliche Nouvelle Cuisine im Restaurant Nagaya: große Kunst in kleinen Portionen, die fast so gut schmeckt, wie sie aussieht. Oder der Einrichtungsladen Kyoto mit den prächtigen handgemachten Teeschalen, wo selbst eine profane Stäbchenbank verpackt wird wie ein Juwel.

Aber die spannendsten Entdeckungen macht man eine Preislage darunter, beim Alltagsbedarf. In schmucklosen Imbissen wie dem Kikaku, wo man sich an den Tresen setzt und zum Bier ein paar Häppchen bestellt. Aber was für welche! Eingelegte Qualle, Seeigel, Seeteufelleber ... hier lohnt es sich, mutig zu sein. Oder die Bäckerei Taka, die nicht nur Mochi führt, die berühmten klebrigen Reiskuchen, sondern auch abenteuerliche Manifestationen der deutsch-japanischen Freundschaft: Berliner Ballen mit Rote-Bohnen-Füllung! Wurstkrapfen mit Curry!

Seit Fukushima bangen die Ladeninhaber um ihr Geschäft. An allen Türen prangen Zettel, die vermerken, was wann woher eingeführt wurde. Auch wenn das heißt, sich die Blöße zu geben, dass man mal China als Herkunftsland seiner japanischen Pilze nennt. Die Düsseldorfer nehmen es rheinisch gelassen. Sie sitzen die Panik aus – auf der Bank vor dem Na Ni Wa.

MICHAEL ALLMAIER

Das Altbier

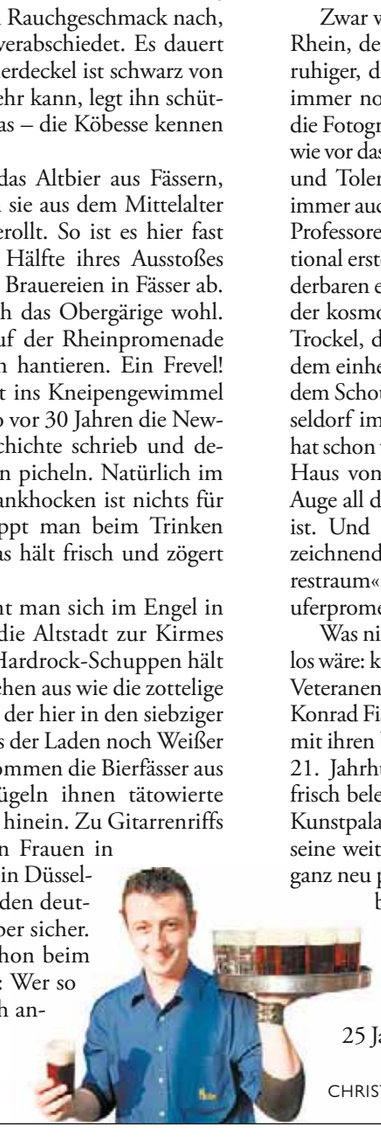
Bernsteinfarben glimmende Gläser, beschwingt auf die Tische gehämmert

Am Anfang war das Bier. Evolutionsbiologen wollen nämlich entdeckt haben, dass es den Menschen nicht nach Brot verlangte, als er die ersten Äcker anlegte, sondern nach dem Rausch aus vergorener Gerste. Düsseldorfer glauben das sofort. Warum sollte das Gebräu nicht der Ursprung der Zivilisation sein, wenn doch klar ist, dass ihr Altbier deren Gipfel markiert?

Kein Düsseldorfer Overstatement leuchtet mehr ein. Nicht, wenn man in der Hausbrauerei Uerige ist und sich fühlt, als habe einen die Altstadt verschluckt. Im Dämmerlicht winden sich Gänge wie Bergwerksstollen durch einen Trakt aus neun Schankräumen. Darin zechen hornbebrillte Werber mit Rentnern in Popelin-Blousons, Banker mit Hausfrauen und Japanern. Die Kellner heißen Köbesse und tragen Falstaff-Wampen unter pflaumenblauen Schürzen. Mit stoischem Schwung hämmern sie unaufgefordert auf die Tische, was den Mikrokosmos zusammenhält: das Altbier. Bernsteinfarben glimmt es im kurzen Glas. Man erschnuppert den Duft von Röst- und Karamellmalz, setzt an, spürt beim Trinken, wie der bittere Doldenhopfen zärtlich in den Gaumen beißt, und sinnt dem leichten Rauchgeschmack nach, mit dem sich das Alt verabschiedet. Es dauert nicht lange, und der Bierdeckel ist schwarz von Strichen. Wer nicht mehr kann, legt ihn schützend auf sein leeres Glas – die Köbesse kennen sonst kein Erbarmen.

Im Uerige strömt das Altbier aus Fässern, die so wirken, als seien sie aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert gerollt. So ist es hier fast überall: Mehr als die Hälfte ihres Ausstoßes füllen die Düsseldorfer Brauereien in Fässer ab. Nur in ihnen fühlt sich das Obergärige wohl. Dennoch sieht man auf der Rheinpromenade Touristen mit Flaschen hantieren. Ein Frevel! Da hilft nur die Flucht ins Kneipengewimmel der Ratinger Straße, wo vor 30 Jahren die New-Wave-Szene Musikgeschichte schrieb und deren Epigonen im Freien picheln. Natürlich im Stehen. Bräsiges Bierbankhocken ist nichts für Düsseldorfer. Hier wippt man beim Trinken auf den Fußballen. Das hält frisch und zögert den Absacker hinaus.

Den lautesten gönnt man sich im Engel in der Bolkerstraße, wo die Altstadt zur Kirmes verkommt. Doch der Hardrock-Schuppen hält dagegen. Seine Gäste sehen aus wie die zottelige Band von Alex Harvey, der hier in den siebziger Jahren Konzerte gab, als der Laden noch Weißer Bär hieß. Per Aufzug kommen die Bierfässer aus dem Keller, dann prügeln ihnen tätowierte Männer den Zapfhahn hinein. Zu Gitarrenriffs von Motörhead tanzen Frauen in Leder. Ist man wirklich in Düsseldorf, dem Geck unter den deutschen Großstädten? Aber sicher. Man ahnte es doch schon beim ersten herben Schluck: Wer so ein Bier hat, kann auch anders.



WOLF ALEXANDER HANISCH

Die Kunst

Gursky, Struth, vierzig Galerien und der lange Schatten von Beuys

Seinen Aufstieg zur Weltkunststadt verdankt Düsseldorf einem notorischen Angelwestenträger, der seinen niederrheinischen Querkopf mit einem Filzhut zu bedecken pflegte. Seit er nach dem Krieg an der Kunstakademie studiert hatte (übrigens Tür an Tür mit einem anderen Querkopf, Günter Grass), stellte Joseph Beuys die Düsseldorfer Duldsamkeit immer wieder auf die Probe. Er stritt mit Johannes Rau jahrelang vor Gericht um seine Professur, erklärte einem toten Hasen in der Galerie Schmela die Bilder, zeigte in der Wohnung von Jörg Immendorff eine Filzhülle für Konzertflügel, schmierte mit Bazon Brock Fettecken ins Fernsehstudio, kandidierte mit Otto Schily für die Grünen, gab bei Andy Warhol Wahlplakate in Auftrag, forderte den Abriss der städtischen, betonbrutalen Kunsthalle, dieser »Pralinenschachtel«, die Kunst nicht zeige, sondern verbarrikadiere. Ein Beuys-Stadtplan, vor Kurzem herausgegeben von der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, verzeichnet für Kunstpilger all jene Orte, an denen der heilige Jupp sein Leben als soziale Plastik führte. Die »Pralinenschachtel« ist auch noch drauf – die hat nicht mal Beuys beiseite räumen können.

Zwar wurde es nach des Schamanen Tod am Rhein, den er einst im Kanu überquerte, etwas ruhiger, doch eine Künstlerstadt ist Düsseldorf immer noch. Schwergewichte der Branche wie die Fotografen Struth und Gursky schätzen nach wie vor das besondere Klima aus Selbstbewusstsein und Toleranz, das sich so großzügig gibt, weil immer auch ein Schuss Ignoranz dazugehört. Die Professoren an der Kunstakademie sind international erste Sahne; unter der Direktion des wunderbaren englischen Bildhauers Tony Cragg zeigt der kosmopolitische Lehrkörper mit Rosemarie Trockel, der Turner-Preisträgerin Tomma Abts, dem einheimischen Gewächs Katharina Fritsch, dem Schotten Peter Doig und anderen, dass Düsseldorf immer noch vorne mit dabei ist. Aber es hat schon was Symbolisches, dass das eigenwillige Haus von Alfred Schmela, dem Galeristen im Auge all der früheren Stürme, nun ein Museum ist. Und der neueste Kunstort KIT liegt bezeichnenderweise unter der Erde, ein »Tunnelrestraum«, übrig geblieben beim Bau der Rheinuferpromenade.

Was nicht heißt, dass oberirdisch nichts mehr los wäre: knapp vier Dutzend Galeristen, darunter Veteranen der wilden Zeit wie Hans Meyer und Konrad Fischer. Dazu die Kunstsammlung NRW mit ihren beiden Häusern für Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts, von einer neuen Direktorin frisch belebt. Und – gerade jetzt – das Museum Kunstpalast, das nach zwei Jahren Renovierung seine weit gefächerten Schätze seit dem 7. Mai ganz neu präsentiert, von Rubens über Kirchner bis, na klar, Beuys. Der hat mit all seinen Kunstbatterien aus Fett, Filz und Mamas eingeweckten Birnen so viel positive und negative Energie produziert, dass er die Kunststadt Düsseldorf noch 25 Jahre nach seinem Tod leuchten lässt.

CHRISTOF SIEMES

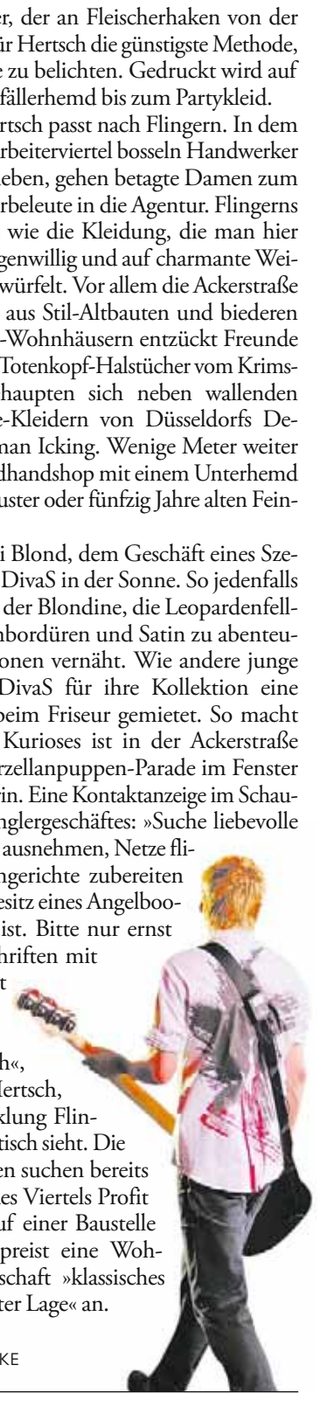
Die Mode

Melonenmuster-Unterhemden für den stilbewussten Rebellen

Neulich waren Betontod da. Gut möglich, dass die Punkrocker aus dem Ruhrgebiet künftig in Susannes Hemden auftreten. Als Laie denkt man ja, Punks müssten ihre Mode selbst entwerfen. Als ob die Vorliebe für laute Musik automatisch mit einem Gespür für die lässige Kombination von Laufmaschen und gesprühten Kampfansagen einherginge. Individualisten, die sichergehen wollen, vertrauen auf Susanne Hertsch. Seit sechs Jahren betreibt die Künstlerin im Stadtteil Flingern ihr Ladenatelier Misprint. Früher hat sie Häuser besetzt, jetzt entwirft sie die Outfits der Toten Hosen. Wer ihr Geschäft mit den wild bedruckten Shirts durchquert, gelangt in ein Hinterzimmer mit blutrot verschmierter Badewanne und einem alten Gesichtsbräuner, der an Fleischerhaken von der Decke hängt. Für Hertsch die günstigste Methode, ihre Siebdrucke zu belichten. Gedruckt wird auf alles, vom Holzfällerhemd bis zum Partykleid.

Susanne Hertsch passt nach Flingern. In dem traditionellen Arbeiterviertel bosseln Handwerker in kleinen Betrieben, gehen betagte Damen zum Friseur und Werbeleute in die Agentur. Flingerns Bewohner sind wie die Kleidung, die man hier kaufen kann: eigenwillig und auf charmante Weise zusammengewürfelt. Vor allem die Ackerstraße mit ihrem Mix aus Stil-Altbauten und biederen Sechziger-Jahre-Wohnhäusern entzückt Freunde schräger Looks. Totenkopf-Halstücher vom Krimskramsladen behaupten sich neben wallenden Haute-Couture-Kleidern von Düsseldorfs Designerstar Norman Icking. Wenige Meter weiter lockt ein Secondhandshop mit einem Unterhemd mit Melonenmuster oder fünfzig Jahre alten Feinstrumpfhosen.

Vor St. Pauli Blond, dem Geschäft eines Szenefriseurs, sitzt DivaS in der Sonne. So jedenfalls heißt das Label der Blondine, die Leopardenfellimitate, Spitzenbordüren und Satin zu abenteuerlichen Kreationen vernäht. Wie andere junge Designer hat DivaS für ihre Kollektion eine Kleiderstange beim Friseur gemietet. So macht man das hier. Kurioses ist in der Ackerstraße normal: die Porzellanpuppen-Parade im Fenster einer Anwohnerin. Eine Kontaktanzeige im Schaufenster eines Anglergeschäftes: »Suche liebevolle Frau, die Fische ausnehmen, Netze flicken und Fischgerichte zubereiten kann und im Besitz eines Angelbootes mit Motor ist. Bitte nur ernst gemeinte Zuschriften mit Foto von Boot und Motor.«



»Hier wohnt man halt noch«, sagt Susanne Hertsch, die die Entwicklung Flingerns auch skeptisch sieht. Die ersten Investoren suchen bereits aus dem Flair des Viertels Profit zu schlagen. Auf einer Baustelle um die Ecke preist eine Wohnungsbaugesellschaft »klassisches Wohnen in bester Lage« an.

SANDRA DANICKE

BLICKFANG

In der Warteschleife

Oft preisen Urlauber nach ihrer Heimkehr aus der Karibik die Freundlichkeit der Menschen, die, wie es den Besuchern scheint, mit so wenig Besitz so glücklich sein können. Doch das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Selten blicken wir, die nach Erholung und Unbeschwertheit suchen, hinter die **höfliche Fassade,** wo mehr Sorgen, Nöte und Ängste toben, als wir wahrhaben möchten. Der amerikanische Fotograf Alex Webb, Mitglied der Pariser Fotoagentur Magnum, ist ein Kenner der Region. Auf seinen Bildern aus Haiti, Puerto Rico (unser Foto), Kuba, Jamaika, Trinidad und Tobago, Curaçao und Nicaragua, von den Antillen und der Dominikanischen Republik sieht man die Menschen selten lachen. Sie wirken in sich versunken, nachdenklich, gelangweilt von einem Leben in der Warteschleife auf eine bessere Zukunft. Und Webb lässt sie sein, in goldgelbem Licht und strahlenden Farben. Selten hatte die Karibik in einem Bildband ein menschlicheres Gesicht. KCB

Nikolaus Gelpke (Hrsg.): Karibik. Fotografien von Alex Webb. Mit Texten von Karl Spurzem. Mareverlag, Hamburg, 2011, 124 Seiten mit Musik-CD; 58 Euro

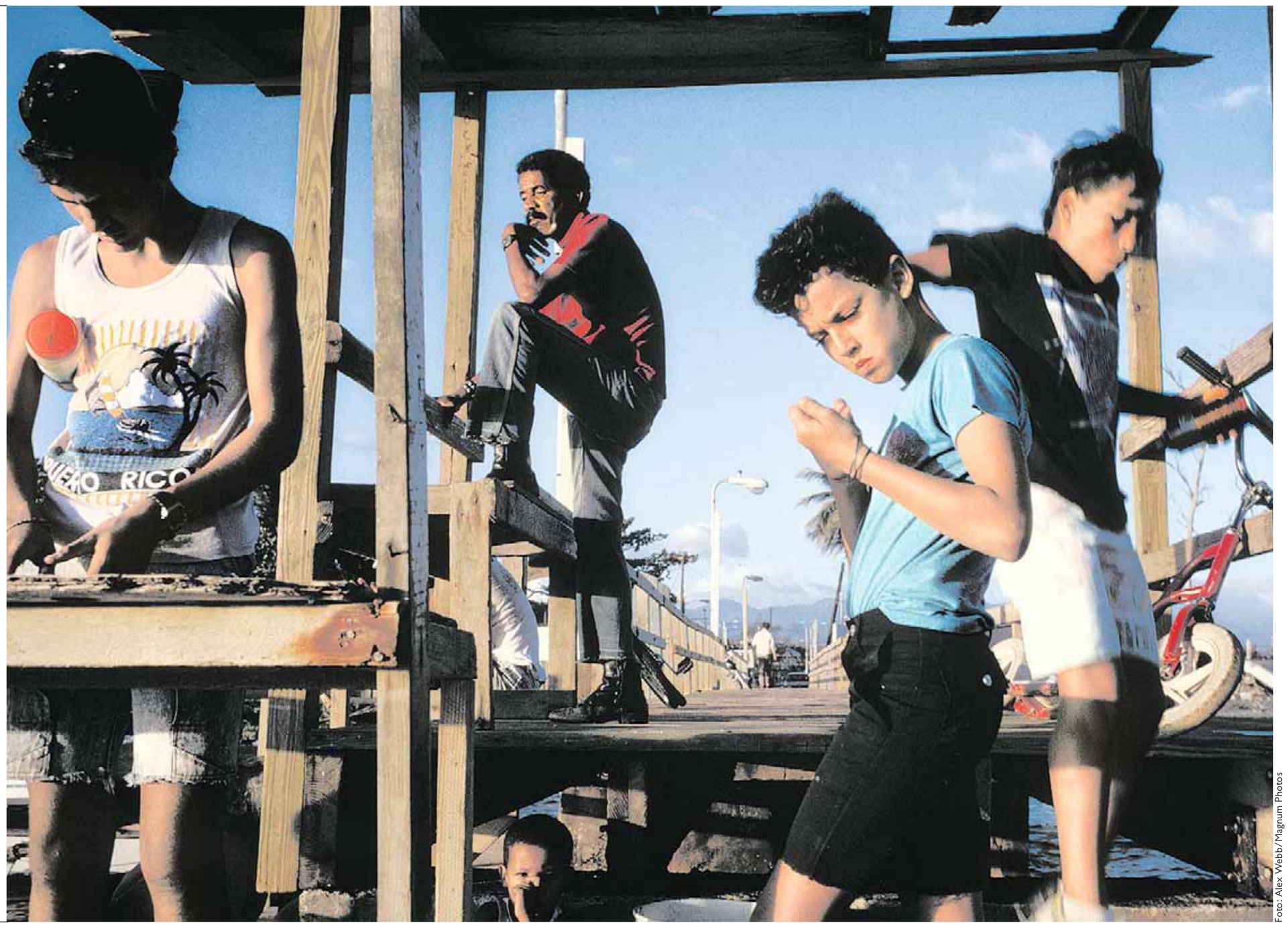


Foto: Alex Webb/Magnum Photos

Wir haben die Kröten

Auf der Seychellen-Insel North Island erholen sich die Stars – und finanzieren ein Arche-Noah-Projekt VON WINFRIED SCHUMACHER

Als Brutus das Licht der Welt erblickte, malte Cézanne noch romantisch, und Richard Wagner komponierte den *Ring des Nibelungen.* Amerika war eine Nation der Sklavenhalter, Singapur und São Paulo waren Provinznester. Telefon, Autos und Kinos kannte man damals noch nicht; noch nicht einmal die Schreibmaschine war erfunden.

Die Welt, in die Brutus geboren wurde, gibt es nicht mehr. Doch die Aldabra-Riesenschildkröte tut weiterhin das, was sie schon immer tat: schiebt ihren schweren Panzer über die Seychelleninsel North Island, grast gemächlich im Schatten von zerzausten Kokospalmen, sieht die Sonne über dem Indischen Ozean aufgehen und untergehen.

»Wo warst du, Brutus? Wir suchen schon den ganzen Tag nach dir«, sagt Linda Vanherck. Die belgische Biologin hat ihren ältesten Schützling schon seit ein paar Tagen nicht mehr gesehen. Irgendwo im Sumpfgebiet muss er sich herumgetrieben haben. Dort verloren sich jedenfalls die Schleifspuren seines schubkarrengroßen Panzers. Linda begrüßt das Ungetüm wie eine Mutter, die soeben ihr ausgebüxtes Kind wiedergefunden hat. Ihre Freude über das Wiedersehen zeigt sich in feinen Lachfältchen, die ihre blaugrauen Augen umspielen.

Auf etwa 150 bis 160 Jahre schätzt Linda das Alter der Riesenschildkröte. Und auch wenn es scheint, als sei hier noch alles wie früher, ist die Zeit auf North Island nicht stehen geblieben. Die nur zwei Quadratkilometer große Insel hat sich vom Dschungel in eine Kokosplantage und schließlich in ein beliebtes Reiseziel von Hollywoodstars und Superreichen verwandelt. Menschen kamen und gingen, einst in Fischerbooten. Heute reisen sie in Hubschraubern an, lassen ihre riesigen Koffer von Bediensteten über den Sand tragen und werden von Mädchen in weißen Kleidern wie Majestäten empfangen. Butler bringen ihnen Champagner, Sushi und Schalen mit ausgewählten Früchten. Man hat ihnen Hütten gebaut – in Wahrheit sind es Paläste aus Tropenholz mit Bädern aus weißem Marmor. Mit Betten so groß wie die Verschläge der Plantagenarbeiter, die einst die Kokosnüsse ernteten.

»Wir reden sogar mit Eiern«, sagt die Biologin Linda Vanherck

Brutus steht auf vier gewaltigen Füßen inmitten einer Lichtung, ein Fels von einem Tier. Doch an seiner rechten Seite ist deutlich eine Narbe zu sehen. Die mittlere Schildpattreihe ist zertrümmert. An einem Tag im Jahr 2007 hatte die Schildkröte eine schmerzliche Berührung mit dem Tourismus. Ein betrunkener Urlauber übersah ihren Schlafplatz auf dem Hauptweg von North Island und prallte mit seinem Elektromobil gegen ihren Panzer. Linda versorgte seine Wunden, bis der Riese wieder in gewohntem Stolz über die Insel spazieren konnte. Die zierliche Frau mit dem silbergrauen Seitenzopf geht vor Brutus in die Hocke und tätschelt ihn liebevoll. Er lässt sich genüsslich den faltigen Nacken kraulen.

Linda Vanherck hat ihr Leben dem Naturschutz verschrieben. Schon als Kind in Belgien träumte sie davon, wie die Gorilla-Forscherin Dian Fossey nach Afrika zu reisen. Nach einem Biologie-Studium in Löwen forschte sie an der Universität Kapstadt. Sie arbeitete als Guide in südafrikanischen und namibischen Nationalparks und betreute verschiedene Umweltprojekte der Vereinten Nationen im südlichen Afrika. Auf die Seychellen lockte sie 2005 die Chance, North Island zu renaturieren.

Seit ihrer Erschließung im frühen 19. Jahrhundert war die Insel eine Plantage. Arbeiter gewannen aus den Kokosnüssen Kopra, das getrocknete Fruchtfleisch, die Grundlage für Kokosöl. Nach dem Zusammenbruch der Kopraindustrie in den 1970er Jahren wurde North Island verlassen. Die zurückgebliebenen Ratten, Katzen und Schweine vermehrten sich unkontrolliert und verdrängten die einheimischen Tiere.

1997 kaufte eine Eignergruppe um den Detmolder Unternehmer Wolfgang Burre die verwilderte Insel und beschloss, sie zum Deluxe-Ökoresort umzuwandeln. So entstand das Arche-Noah-Projekt. Mit Setzlingen und Saat-

Fotos: Winfried Schumacher für DIE ZEIT (o. und u.); Frank Heuer/laif (m.)

Brutus (oben) ist geschätzte 150 bis 160 Jahre alt.
Unten: Die Biologin Linda Vanherck mit weiteren Schützlingen

gut von anderen Seychellen-Inseln begann die Wiederaufforstung des ursprünglichen Tropenwaldes. Nach und nach wurden die tierischen Eindringlinge ausgerottet. Die Insel ist heute rattenfrei. So können sich wiedereingeführte Arten wie der äußerst seltene Mahé-Brillenvogel ungestört vermehren. Mittlerweile leben 85 Riesenschildkröten auf der Insel, zudem etwa 20 seltene Sumpfschildkröten, die wegen eines Hotelneubaus auf Mahé, der Hauptinsel der Seychellen, heimatlos geworden waren.

Linda liebt es, Besuchern auch die kleinen Wunder ihres Refugiums zu zeigen. »Hey, ihr beiden«, begrüßt sie zwei Paradies-Fruchttauben, die in einer Baumkrone an wilden Feigen picken. Wegen ihres weiß-blauen Federkleids und des roten Kopfs wird der Vogel auf Kreolisch *Pizon Olande,* »Holländische Taube«, genannt. Sie gehören zu einigen endemischen, nur auf den Seychellen vorkommenden Arten.

Die Kosten für das Arche-Noah-Projekt soll das Luxusresort tragen. Direkt hinter den Gästevillen liegt ein Hain mit Hunderten Kokospalmen. Linda mag sie nicht, auch wenn den Touristen der Anblick gefällt. »Das ist reine Monokultur. Man hat diesen Teil erhalten, um zu zeigen, wie es hier zur Zeit der Kopraindustrie aussah.«

Vom ursprünglichen Tropenwald sind nur wenige Hektar erhalten. Linda geht voran. Nach wenigen Minuten wird die Vegetation dichter und wilder. Über uralten Takamaka- und Katappenbäumen flattern krähengroße Flughunde. Unter ausladenden Fächerpalmen rascheln giftgrüne Eidechsen durchs feuchte Laub. Linda und ihr Arche-Noah-Team haben Kokospalmen aus dem Wald entfernt und dafür endemische Arten angepflanzt.

Linda kultiviert für das Renaturierungsprojekt Hunderte von Pflanzen in der inseleigenen Baumschule. »Besonders stolz sind wir auf unsere Coco de Mer«, sagt sie. Die berühmte Seychellenpalme hat die größten Samen, die es im Pflanzenreich überhaupt gibt. Weil die gewaltigen Kokosnüsse an ein weibliches Becken erinnern, ranken sich viele Legenden um die Palmenart. Angeblich setzten Könige und Sultane einst hohe Summen für ein Exemplar der sagenhaften Nuss aus, die hin und wieder an fremde Küsten geschwemmt wurde. Ihren wahren Herkunftsort kannten sie nicht.

Angeblich sollen Kate und William hier ihre Flitterwochen verbringen

Nicht weit von der Baumschule hat Linda ihr Büro in einer einfachen Hütte eingerichtet. Hier stapeln sich Bildbände über Fauna und Flora und dicke Ordner bis unter die Decke. Die Biologin führt genau Buch über die Entwicklung auf ihrer Arche Noah. Aber sie bekennt: »Ich bin kein Büromensch.« In der Mitte des Raums stehen zwei große, mit Tüchern verhängte Styroporboxen. »Na, wie sieht es denn heute bei euch aus?«, fragt sie in eine Kiste mit der Aufschrift »Unbekannt VII« hinein. Zu sehen ist nichts als feiner Sand. »Manchmal reden wir hier sogar mit Eiern«, sagt Linda. Die Box enthält nämlich das Gelege einer Karettschildkröte. Linda hat das Nest umquartiert, als sie sah, dass es sonst vom Meer weggespült worden wäre. In einer anderen Kiste sind die ersten Schildkröten bereits geschlüpft. Noch liegen sie erschöpft auf dem Sand, aus dem sie sich gerade herausgegraben haben. Wenn sie anfangen zu zappeln, wird Linda sie ins Meer entlassen.

Es ist die Mischung aus ehrgeizigem Umweltprojekt und exklusiver Robinsonade, die North Island zum Ziel des Jetsets werden ließ. Ökotourismus ist in Mode unter Topverdienern. Die elf Gästevillen entlang des Hauptstrands sind in der Inselvegetation kaum auszumachen, obwohl sie über eine Grundfläche zwischen 450 und 750 Quadratmetern verfügen. Neben anderen Annehmlichkeiten bieten sie den Berühmten und Reichen dieser Welt vor allem den Luxus der Abgeschiedenheit.

Über die Gästeliste wird auf North Island strenges Stillschweigen bewahrt, doch im Internet kursieren Berichte, denen zufolge Brad Pitt und Angelina Jolie, Julia Roberts, Paul McCartney und Bono bereits hier gewesen sind. Salma Hayek verbrachte ihre Flitterwochen in einer der Villen. Die Beckhams sollen zu ihrem zehnten Hochzeitstag die ganze Insel gemietet haben. Laut Pressespekulationen plant sogar das Prinzenpaar Kate und William, seinen Honeymoon hier zu feiern. Der Hamburger Insel-Makler Farhad Vladi bestätigt, dass er North Island an die britische Krone vermietet hat. Den Termin behält er für sich.

Linda interessiert sich nicht besonders für die Stars, aber ein paar kuriose Geschichten kennt sie doch. Sie erzählt von Gästen, die ihr Mineralwasser aus Fidschi einfliegen ließen, von einer Dame, die mit vierzig Paar Schuhen auf der Barfuß-Insel landete, und von einem aufgebrachten Bräutigam, der in der ersten Nacht der Flitterwochen mit dem Hubschrauber ausgeflogen werden wollte. »Die meisten Gäste verhalten sich aber unauffällig«, sagt Linda. Sie weiß, dass ihr Arche-Noah-Projekt auf umweltbewusste Vermögende angewiesen ist.

Am nächsten Morgen ist es so weit. Linda taucht mit einem Plastikeimer am Strand vor den Gästevillen auf. Elf der frisch geschlüpften Karettschildkröten sind in der Nacht aktiv geworden und nun reif für die Freiheit. Linda kippt den Eimer vorsichtig auf den weißen Sand, die Schildkrötenbeginnen sogleich, den Wellen entgegenzuwackeln. Nur wenige Meter trennen sie vom Wasser.

Ihr Spurt über den Sandstreifen ist nicht ungefährlich; die Fressfeinde warten schon. Aber sobald eine Strandkrabbe angreifen will, stampft Linda kräftig auf und verscheucht sie. »Los, ihr Kleinen, ihr schafft das!«, spornt sie die Brut an. Die Schildkröten schieben sich auf ihren Flossen mühsam vorwärts. Bei den ersten Versuchen wirft die Brandung sie zurück auf den Sand, doch dann sind sie alle in den Wellen verschwunden. Nur ein offenbar geschwächtes Exemplar bleibt auf seinem Panzer liegen. Vergeblich versucht es, sich auf den Bauch zu drehen. Linda nimmt das kraftlose Tier in die Hand und trägt es ins Wasser. »Mach's gut, Kleiner!«, ruft sie ihm nach.

Einen Großteil ihres Lebens werden die Schildkröten im Ozean verbringen. Wenn sie Raubfischen, Seevögeln, Fischernetzen und Meeresverschmutzung entkommen, werden sie irgendwann zur Eiablage an diesen Strand zurückkehren. Forscher schätzen, dass es ungefähr 30 Jahre dauert, bis die erwachsene Schildkröte das Wasser wieder verlässt, um in den Sand, in dem sie einst geboren wurde, ein Nest zu graben. Die Beckhams, Brangelina, Kate und William wird man womöglich längst vergessen haben. Aber wer weiß, ob dann nicht eine Riesenschildkröte namens Brutus ihren schweren Panzer noch immer über North Island schiebt.

North Island

Anreise: Condor (www.condor.de) fliegt direkt von Frankfurt am Main auf die Seychellen

Unterkunft: North Island gehört zu den exklusivsten Reisezielen weltweit. Eine Übernachtung kostet all-inclusive ab 2100 Euro pro Person

Riesen- und Meeresschildkröten lassen sich auch auf anderen Inseln der Seychellen beobachten. Am Strand der Anse Kerlan auf Praslin legen Suppen- und Karettschildkröten ihre Eier ab. Constance Lémuria Resort (Anse Kerlan, Praslin, Tel. 00248-428 12 81, www.lemuriaresort.com). Junior-Suite ab 330 Euro; La Digue ist bekannt für ihre Riesenschildkrötenkolonie. Bernique Guest House (La Passe, La Digue, Tel. 00248-23 42 29, www.berniqueguesthouse.com). DZ ab 95 Euro

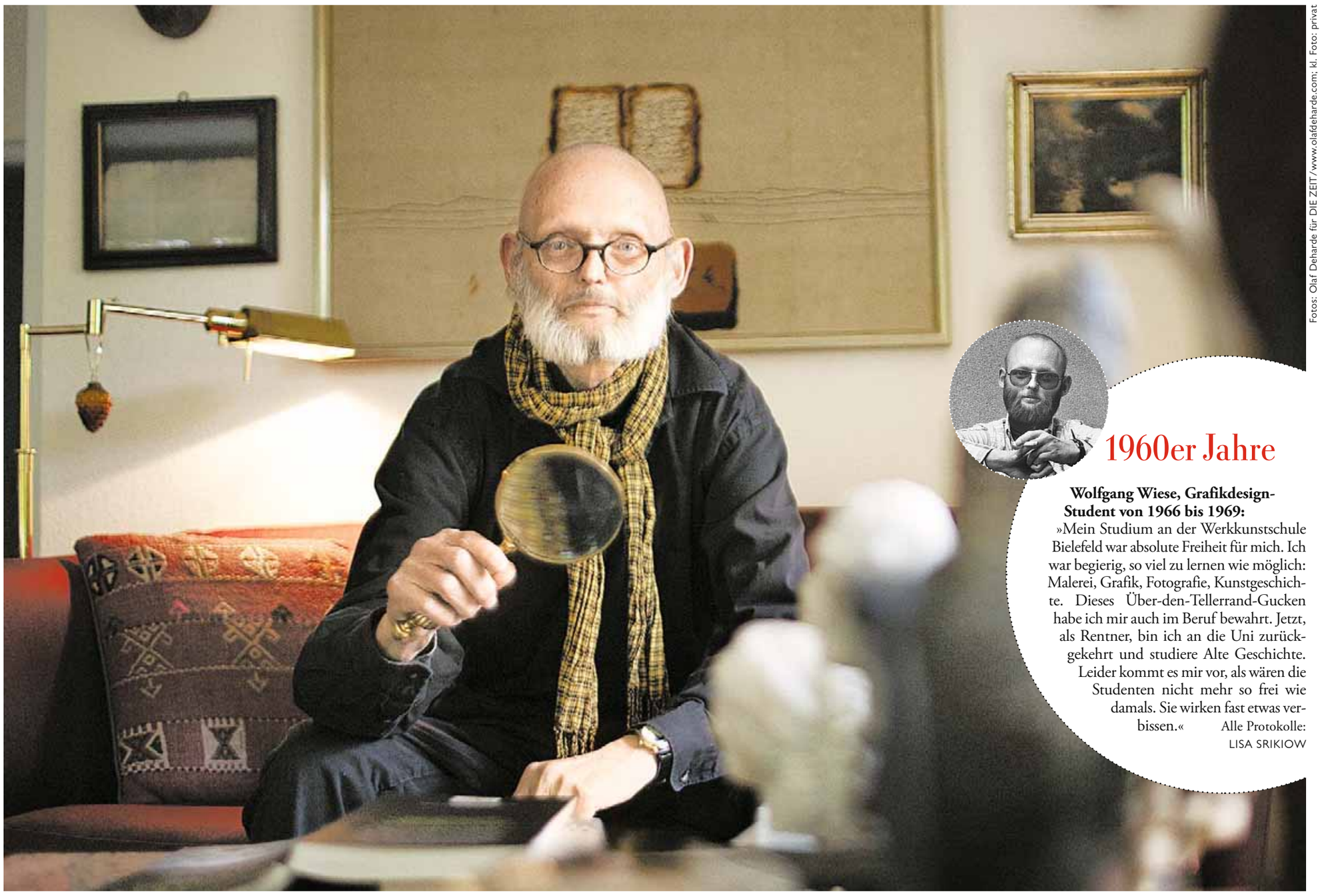
Veranstalter für umweltbewusste Seychellen-Reisen: Reiseservice Africa (Bauseweinallee 4a, 81247 München, Tel. 089/811 90 15, www.reiseservice-africa.de)

Auskunft: Seychelles Tourist Office Deutschland. Tel. 069/29 72 07 89, www.seychelles.travel

www.zeit.de/audio

Spezial:
Bachelor & Master

Wie lange Studenten wirklich lernen, wo die Studienreform besonders gut umgesetzt wurde **(ab Seite 74)** und warum es noch schwer ist, die Uni zu wechseln **(Seite 76)**



Fotos: Olaf Deharde für DIE ZEIT/www.olafdeharde.com; kl. Foto: privat

1960er Jahre

Wolfgang Wiese, Grafikdesign-Student von 1966 bis 1969:
»Mein Studium an der Werkkunstschule Bielefeld war absolute Freiheit für mich. Ich war begierig, so viel zu lernen wie möglich: Malerei, Grafik, Fotografie, Kunstgeschichte. Dieses Über-den-Tellerrand-Gucken habe ich mir auch im Beruf bewahrt. Jetzt, als Rentner, bin ich an die Uni zurückgekehrt und studiere Alte Geschichte. Leider kommt es mir vor, als wären die Studenten nicht mehr so frei wie damals. Sie wirken fast etwas verbissen.« Alle Protokolle: LISA SRIKIOW

Auf den folgenden Seiten erzählen Absolventen aus sechs Jahrzehnten von ihrem Studium

Ach, dieser Stress

Gerade einmal 23 Stunden wenden Studenten pro Woche für die Uni auf, zeigen neue Studien VON JAN-MARTIN WIARDA

Als Erik Beuck in sein erstes Semester startet, erreicht der Bildungsstreik gerade seinen Höhepunkt. Herbst 2009: Überall im Land besetzen Studenten Hörsäle, ziehen durch die Innenstädte und fordern das Ende aller Spardiktate. Eines der bestgehassten Wörter ist »Bologna«, die Hochschulreform wird zum Synonym für Effizienzdruck und sinnentleertes Turbolernen. »So ist es wohl«, denkt Erik Beuck, schließlich hat er es überall so gehört – und marschiert mit.

Knapp zwei Jahre später sitzt der 27-Jährige vor der Auswertung seines Lernkontos und schüttelt den Kopf. Exakt 18,97 Stunden ergibt das Protokoll seiner Studierzeit: 18,97 Stunden pro Woche, die er im Schnitt für Vorlesungen, Übungen, Hausarbeiten, Referats- und Klausurvorbereitung aufgewendet hat. Bin ich ein Halbtagsstudent?, fragt Beuck sich. Er kann es nicht glauben.

Rolf Schulmeister war anfangs ähnlich überrascht. Der Informatiker leitet das Zentrum für Hochschul- und Weiterbildung an der Uni Hamburg, und als er vor zwei Jahren die Streiks beobachtete, war er überzeugt: Recht haben sie, die Studenten, dieser Bachelor ist eine Zumutung. Und weil Schulmeister Wissenschaftler ist, wollte er es beweisen. So stellte er mit seinen Mitarbeitern ein einmaliges Forschungsprojekt namens »Zeitlast« auf die Beine: 403 Studenten an Hochschulen überall in Deutschland protokollierten über Monate hinweg jede einzelne ihrer wachen Stunden. Schulmeister sammelte 150 Tagesabläufe und insgesamt 1 466 184 Stunden. Als er erste Analysen durchrechnen ließ, war er zunächst sprachlos. Dann verwundert. Und schließlich kam er in Hochstimmung. »Genau deshalb bin ich Forscher geworden«, sagt er. »Weil ich nicht behaupte, schon alles zu wissen. Weil Fakten besser sind als Vermutungen.«

Und Fakt ist: Der durchschnittliche Aufwand fürs Studium belief sich bei den Studienteilnehmern auf 23 Stunden in der Woche.

Als Schulmeister vergangenen Herbst mit einem ersten Zwischenergebnis aus nur fünf Studiengängen an die Öffentlichkeit trat, war das Medienecho bereits gewaltig. Häme ergoss sich über die plötzlich als »faul« titulierten Studenten, die alle mit ihrer ewigen Jammerei hinters Licht geführt hätten. Häme bekam aber auch Schulmeister zu spüren, und zwar vonseiten einiger Forscherkollegen, die Methode und Aussagekraft seiner Untersuchung anzweifelten. Zu krass war die Abweichung von allen bislang bekannten Studien. Das renommierte Hochschul-Informations-System (HIS) etwa war in seiner Studie auf geschlagene 13 Stunden mehr pro Student gekommen.

Auch deshalb legte Schulmeister nach. Das Ergebnis: Obwohl er den Kreis der untersuchten Studiengänge von sechs auf mittlerweile 18 erweitert und auch vermeintliche Paukfächer wie BWL oder Ingenieurwissenschaften hinzugenommen hat, blieb der gemessene durchschnittliche Studienaufwand in etwa gleich – bei großen individuellen Abweichungen. »Natürlich gibt es die Studenten, die 40 Stunden in der Woche studieren«, sagt Schulmeister. »Aber sie sind die Ausnahme – im Gegensatz zu denen, die 15 Stunden und weniger fürs Studium aufwenden.« Noch überraschender: Zumindest in den untersuchten Studiengängen waren die angeblich besonders geforderten Ingenieurstudenten (24 Stunden) und BWLer (25 Stunden) keineswegs arbeitsamer als die dem Klischee nach so entspannten Lehramtsstudenten (27 Stunden) und Erziehungswissenschaftler (23 Stunden). Und eines hat Schulmeister besonders erschüttert: »Die investierte Zeit hat keinen Einfluss auf Noten und Studienerfolg.« Die fleißigeren Studenten sind im Schnitt keineswegs die besseren.

Aber wie kann das alles sein? Und wie kommen die enormen Unterschiede zu anderen Studien zustande? Ganz einfach, sagen Schulmeisters Forscherkollegen: Seine Daten seien nicht repräsentativ, teilgenommen hätten ein paar Hundert Studenten aus einer Handvoll Studiengänge, die auch noch aufgrund der persönlichen Initiative ihrer Studiengangsleiter bei der Untersuchung mitgemacht hätten, da sei die Verallgemeinerbarkeit schon arg begrenzt. Die HIS-Forscherin Elke Middendorff spricht von einem *»dirty panel«*. Ihr Kollege Tino Bargel von der Konstanzer AG Hochschulforschung, deren Studierendensurvey seit 30 Jahren zu den meistbeachteten repräsentativen Studien an Hochschulen überhaupt gehört, drückt sich zurückhaltender aus: »Die Ergebnisse von Zeitlast sind äußerst beeindruckend, die Methode der Datenerhebung ist innovativ, allerdings muss man angesichts der nicht zufälligen Auswahl der Studiengänge vorsichtig sein, weiterführende Schlüsse für alle Studenten in Deutschland zu ziehen.« – »Wer so was sagt, hat die Methode unserer Studie nicht verstanden«, sagt Schulmeister knapp und verweist auf die »enorme Datendichte« angesichts von anderthalb Millionen protokollierten Stunden und die Länge der Untersuchung über fünf Monate hinweg.

Das HIS hatte das studentische Zeitbudget für die 2007 erschienene, als repräsentativ geltende 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks erhoben. Der zufolge lag die durchschnittliche Belastung von Bachelorstudenten bei 36 Wochenstunden. Eine »äußerst besorgniserregende Entwicklung«, kommentierten Studentenverbände, Professoren und Politiker. Das war schon damals gewagt – schließlich war die vom HIS ermittelte Zeitbelastung bei den alten Studienabschlüssen ganz ähnlich. Ein entscheidender Unterschied zu Schulmeisters Studie ist jedoch die Methode: Die an der Sozialerhebung beteiligten Studenten mussten ihren Zeitaufwand fürs Studium lediglich schätzen, während Schulmeister seine Probanden sauber mitprotokollieren ließ.

Schätzen sollte Erik Beuck erst am Ende. Bevor die Forscher ihm die Ergebnisse seines Zeitkontos präsentierten, baten sie den Lehramtsstudenten, die Stundenzahl anzugeben, die seiner Meinung nach seinem wöchentlichen Studienpensum entsprach. Beuck wusste da bereits, dass er nicht zu den fleißigsten Studenten gehört. Die Praxis liegt ihm mehr,

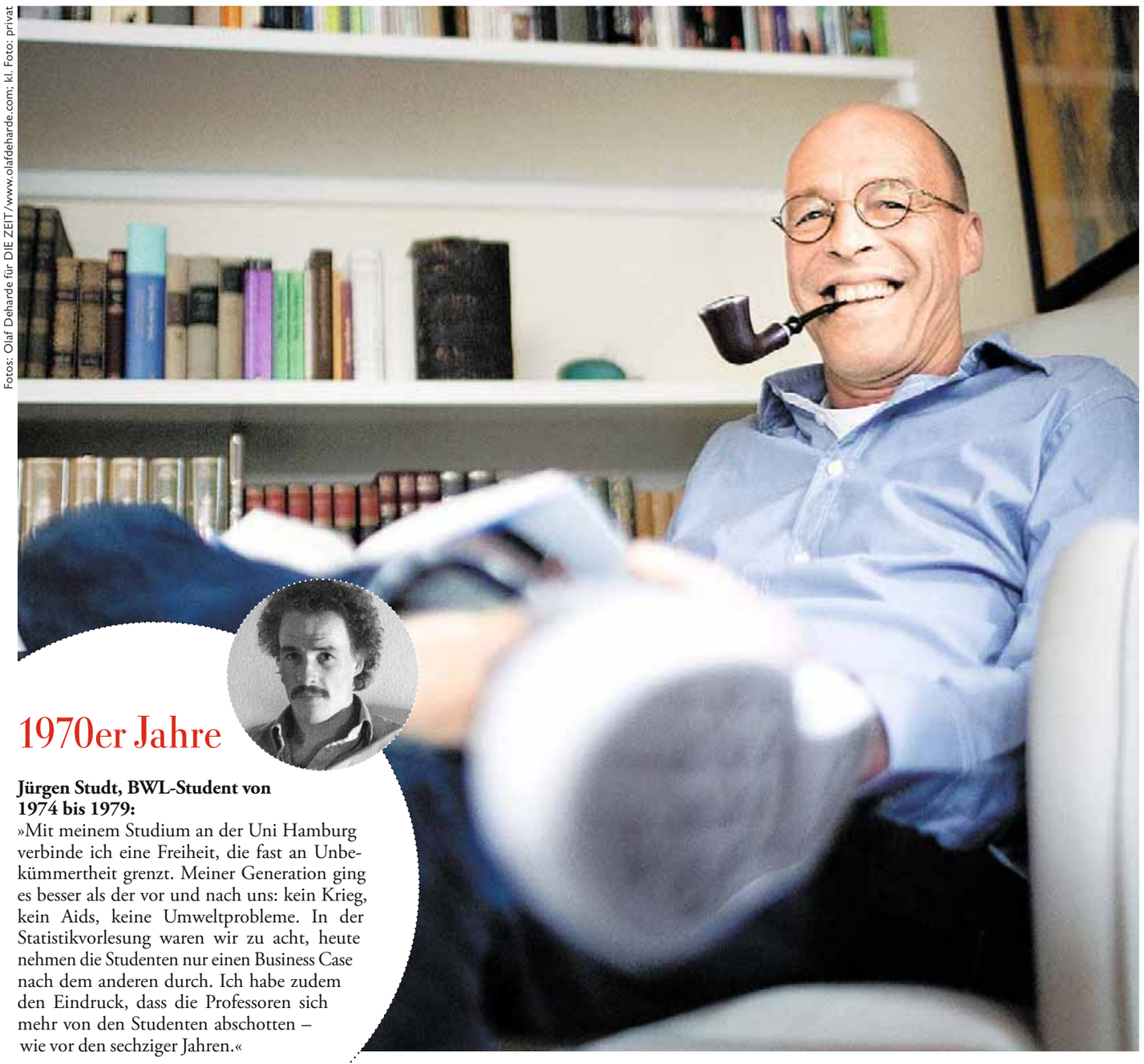
Fortsetzung auf S. 72

Widersprüchlich

»Die Ergebnisse freuen mich außerordentlich«, kommentierte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) die Studien des HIS, des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, die vor der zweiten Bologna-Konferenz am 6. Mai erschienen. DHV-Chef Kempen entgegnet: »Die Studien, die aus dem Hause Schavan kommen und nach Lesart der Bundesministerin den angeblich notorischen Kritikern der Bologna-Reform den Wind aus den Segeln nehmen, belegen in der Regel das Gegenteil.«

Was die Untersuchungen tatsächlich zeigen: Vieles in der Kritik an den neuen Abschlüssen war weit übertrieben, aber besser geworden ist durch die Reform noch zu wenig. So hat sich die Studienqualität in der Bewertung gegenüber den alten Abschlüssen kaum gesteigert. Und die Verunsicherung der Bachelorabsolventen durch die ständigen Warnrufe hat skurrile Folgen: Obwohl sie ihre Jobaussichten zum Teil sogar besser bewerten als die Inhaber alter Abschlüsse und die Bereitschaft von Firmen, sie einzustellen, groß ist, hängen die Hälfte der FH- und drei Viertel der Uni-Bachelors einen Master an.

Fotos: Olaf Deharde für DIE ZEIT/www.olafdeharde.com; kl. Foto: privat



1970er Jahre

Jürgen Studt, BWL-Student von 1974 bis 1979:
»Mit meinem Studium an der Uni Hamburg verbinde ich eine Freiheit, die fast an Unbekümmertheit grenzt. Meiner Generation ging es besser als der vor und nach uns: kein Krieg, kein Aids, keine Umweltprobleme. In der Statistikvorlesung waren wir zu acht, heute nehmen die Studenten nur einen Business Case nach dem anderen durch. Ich habe zudem den Eindruck, dass die Professoren sich mehr von den Studenten abschotten – wie vor den sechziger Jahren.«

Fortsetzung von S. 71

schon jetzt arbeitet er freiwillig jede Woche einen Tag in einer Schule. 30 Stunden, antwortete er also – und hielt sich für extrem realistisch. Angesichts der 18,97 Stunden, die seine persönliche Auswertung dann ergab, sucht er jetzt nach Erklärungen. »Das hat mit den Medien zu tun«, sagt er. »Jahrelang haben sie rauf und runter geschrieben, dass der Bachelor kaum zu schaffen ist. Das ist eine super Ausrede, wenn man mal keine Lust hat aufs Lernen. Das bin ja nicht ich, sagt man sich. Das liegt an dem blöden Bologna-Studium.«

Diese Entschuldigung zumindest könnte sich bald erledigt haben. Auch abgesehen von der Schulmeister-Untersuchung bekommt die Reform derzeit eher gute Presse. Gerade hat eine Reihe von Studien im Auftrag des Bundesbildungsministeriums ergeben, dass die internationale Mobilität der Studenten entgegen allen Vermutungen der Bologna-Kritiker zugenommen hat und dass Bachelorabsolventen erstaunlich gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben (siehe auch Kasten). Doch gilt die Entwarnung auch für die angebliche Überfrachtung des Studiums, die viele streikende Studenten so erbost hat?

»Meine subjektive Wahrnehmung als Hochschullehrer, was die Belastung der Studenten angeht, bleibt eine andere«, sagt Bernhard Kempen, Vorsitzender der bolognakritischen Professorengewerkschaft Hochschulverband (DHV). Beim Deutschen Studentenwerk äußert man sich betont differenziert. »Wir haben nie behauptet, dass die Lage der Studenten wegen des Bachelors per se schlecht ist«, sagt der stellvertretende Generalsekretär Stefan Grob. »Allerdings muss man festhalten: Gerade für das Drittel der Studenten, die neben dem Studium zwingend für ihren Unterhalt arbeiten müssen, wird es schon eng.« Selbst Rolf Schulmeister sagt: »Eins zeigen auch unsere Daten, nämlich dass der Studienaufwand sehr ungleich verteilt ist.« Ein paarmal im Semester, besonders im Vorfeld der Klausurenphase, sei bei vielen wirklich extremer Stress angesagt, dann komme alles zusammen, lernen, Hausarbeiten schreiben, sich für Prüfungen anmelden. Außerdem die Klausuren: Tatsächlich sind sechs Stück in anderthalb Wochen keine Seltenheit.

Hier offenbart sich, wie hehre Absichten zum Gegenteil des Erhofften führen können. Die semesterbegleitenden Klausuren sollten die gefürchteten Hammerprüfungen am Ende des Studiums ersetzen, die manchen noch nach einem Dutzend Semestern aus dem Magisterstudium gehauen haben. Der Preis: Jetzt zählt jede Klausur und löst Stress aus, zumal auch deutlich mehr Lernkontrollen geschrieben werden als früher. »Mit einer zeitlichen Überfrachtung des gesamten Bachelorstudiums hat das allerdings nichts zu tun«, sagt Schulmeister. Student Beuck bestätigt: »Die Spitzen in der Belastung prägen die Wahrnehmung, die anderen Wochen vergisst man irgendwie.«

Doch was folgt aus der enormen Diskrepanz zwischen »subjektivem Empfinden und objektivem Sachverhalt«, von der DHV-Chef Kempen spricht? Schulmeister sagt: »Anstatt die Studenten mit bis zu 14 Themenwechseln pro Woche zu konfrontieren, müssen wir das Studium in thematisch zusammenhängenden Blöcken organisieren, dann ist ein tiefer gehendes Lernen möglich, und die Prüfungen ballen sich nicht am Semesterende.«

Gemeinsam mit der TU Ilmenau haben die Hamburger Forscher ihr neues Modell bereits ausprobiert. Sie haben das Semester dort in vier Blöcke aufgeteilt mit jeweils anschließender Prüfung und dabei den durchschnittlichen Studienaufwand sogar gesteigert, ohne dass er sich schlimmer anfühlt: von 24 auf 31 Stunden. Ein Ergebnis, das offenbar jetzt auch andere zum Nachdenken bringt. Die Fachhochschule Kiel etwa will ihre Studienstruktur neu organisieren und als ersten Schritt die Semester halbieren. Den Studienleiter Rolf Schulmeister haben sie dazu als Berater eingeladen.

Buchtipp: Rolf Schulmeister/Christiane Metzger (Hrsg.): Die Workload im Bachelor. Waxmann 2011; 360 Seiten, 34,90 Euro

www.zeit.de/audio

Aus sechs mach acht

Längere Bachelorprogramme könnten die Stundenpläne entlasten. Sie schaffen aber andere Probleme VON MAREN WERNECKE

Fotos: Olaf Deharde für DIE ZEIT/www.olafdeharde.com; kl. Foto: privat

Beginnen wir mit der Ausnahme. Am Südrand der Bundesrepublik, auf dem Berg, samt Blick auf See und Alpen. Die Universität Konstanz bietet seit dem Wintersemester 2009/10 einen achtsemestrigen Bachelor in Psychologie an. »In unserem Fach sind vier Jahre das Minimum, um eine wissenschaftlich wirklich gute Grundausbildung vermitteln zu können«, sagt Brigitte Rockstroh, Professorin für klinische Psychologie und Studiendekanin.

Das anwendungsorientierte Psychologiestudium ist bekannt für seine Fächer- und Methodenvielfalt. Die Stundenpläne sind oft straff, der gefühlte Druck ist hoch. »Den meisten meiner Studenten fehlte bislang die Zeit, auch mal andere Vorlesungen zu besuchen oder etwas in Ruhe zu verdauen«, sagt Rockstroh. »Und die Regelstudienzeit zu überschreiten bedeutete Stress.«

Probleme wie diese waren es, die im Jahr 2009 zu Massendemonstrationen gegen die Bologna-Reform führten. Die Umstellung auf die Bachelor- und-Master-Struktur sollte Deutschland eigentlich fit für den europäischen Hochschulraum machen. Stattdessen seien gerade die sechssemestrigen Bachelors mit Stoff und Prüfungen vollgestopft, blieben Freiräume auf der Strecke – so die Kritik. Auch die tatsächliche Berufsbefähigung des ersten Hochschulabschlusses stellten viele infrage, zum Teil bis heute.

Die Forderung nach längeren Regelstudienzeiten machte die Runde, insbesondere an den Universitäten. Dort sehen etwa 95 Prozent der Bachelorangebote eine sechssemestrige Studiendauer vor. Würden Studiengänge, die man auf sieben oder acht Semester umstellte, die Situation nicht verbessern?

Zeitproblem

Hochschulen können die Studiendauer des Bachelors flexibel auf bis zu acht Semester festlegen. Aber: Dann bleibt für den Master weniger Zeit

Einige Hochschulen wagen es: Neben der Universität Konstanz hat zum Beispiel die Uni Bamberg die Regelstudienzeit ihres Studiengangs Internationale BWL von sechs auf acht Semester erhöht. Die private Zeppelin Universität in Friedrichshafen wirbt damit, ab Herbst 2011 als erste deutsche Hochschule alle ihre Bachelorstudiengänge regulär vier statt drei Jahre laufen zu lassen. Auch die Goethe-Universität in Frankfurt am Main plant im Fach Sinologie eine Umstellung auf acht Semester.

Allerdings beschränkt sich das Phänomen der Studienzeitverlängerung bislang nur auf wenige Hochschulen und Fachbereiche – ein bundesweiter Trend ist mitnichten erkennbar. Die meisten Hochschulen zeigen sich bei dem Thema zurückhaltend. »Wir haben aus allen Fakultäten ein klares Bekenntnis zum dreijährigen Bachelor«, heißt es zum Beispiel von der Universität Freiburg. Und die Universität des Saarlandes lässt wissen: »Alle unsere Bachelorstudiengänge sind auf sechs Semester ausgelegt, und es gibt derzeit keine Planungen, dies zu ändern.«

Dabei scheinen die Vorteile einer Verlängerung auf der Hand zu liegen: Es bliebe mehr Raum für Praxis- und Auslandssemester, das Studium ließe sich flexibler und individueller gestalten, und die Absolventen wären mit ihrem ersten Hochschulabschluss besser qualifiziert.

Doch bei genauerer Betrachtung sind diese Argumente nur teilweise zu halten. Eine längere Studiendauer beispielsweise führt nicht automatisch zu einer Entzerrung des Stundenplans, da in den zusätzlichen Semestern ebenfalls Leistungen erbracht werden müssen. Das weiß inzwischen auch die 20-jährige Psychologiestudentin Aenne Brielmann aus Konstanz, eine zierliche, energische Person mit T-Shirt, Jeans, Pferdeschwanz und Sommersprossen. Sie hat Dienst im Fachschaftsraum, keiner kommt, es bleibt Zeit, über ihren verlängerten Studiengang zu reden.

Verschieben könne man auch in den vier Jahren wenig, sagt sie. Orientierungsmodule? Deadline Ende zweites Semester. Basismodule? Sollten vor dem sechsmonatigen Berufspraktikum im fünften Semester abgeschlossen sein. »Cut, aus, Sense«, sagt Aenne Brielmann und haut mit der Handkante auf das grau melierte Sofa unter ihr. Bereits im vierten Semester beginnt die Einführung in die Anwendungsmodule, hier können die Studierenden einen Schwerpunkt wählen, Klinische Psychologie zum Beispiel oder Gesundheit und Arbeit. »Ich habe mir die Konstanzer Uni bewusst ausgesucht«, sagt Brielmann. »Aber der Stundenplan ist immer noch unglaublich voll.«

Worauf sie verzichten würde, weiß sie allerdings auch nicht. Sie steigt auf das Sofa und klaubt einen Übersichtsplan von der Wand. »Das Praxissemester finde ich sehr wichtig«, sagt sie. »Wie soll ich mich sinnvoll spezialisieren können, wenn ich noch nichts vom Berufsleben mitbekommen habe?« Auch die frühen Vertiefungsmöglichkeiten gefallen ihr. Und nach nur drei Jahren Psychologiestudium, sagt Brielmann, habe man keinen Abschluss in der Tasche, mit dem man in den Beruf einsteigen könnte.

Deutsche Fachhochschulen, die ohnehin einen starken Praxisbezug haben, haben dies längst berücksichtigt: Nach Recherchen der Hochschulrektorenkonferenz wiesen im vergangenen Wintersemester 44 Prozent der Bachelorstudiengänge eine Regelstudienzeit von sieben Semestern auf, insbesondere die Ingenieur-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. An Kunst- und Musikhochschulen dauern drei Viertel der Bachelors ohnehin acht Semester.

Rein rechtlich ist das seit Jahren möglich: Die Ländergemeinsamen Strukturvorgaben und das Hochschulrahmengesetz räumen jeder Hochschule die Freiheit ein, Regelstudienzeiten von sechs, sieben oder acht Semestern festzulegen. Allerdings darf die Gesamtregelstudienzeit bei konsekutiven, also aufeinanderfolgenden Studiengängen nur zehn Semester betragen: Zu einem achtsemestrigen Bachelor gehörte demnach ein zweisemestriger Master.

Die forschungsorientierten Universitäten lehnen den langen Bachelor daher fast flächendeckend ab, sie fürchten eine Schmalspurausbildung im Master. »In einem zweisemestrigen Master müsste man sich im Wesentlichen auf die Masterarbeit konzentrieren«, sagt Andreas Archut, der Sprecher der Universität Bonn. »Den Studenten bliebe in der Eingangsphase zu wenig Zeit, inhaltlich auf ein Niveau zu kommen und später ihre wissenschaftlichen Grundlagen zu vertiefen.«

Hinzu kommt, dass ein Parallelangebot unterschiedlich langer Bachelorstudiengänge die Mobilität der Studierenden einschränken würde: Hochschulwechsel zwischen Bachelor und Master würden erschwert, Abschlüsse ließen sich schlechter vergleichen. Vor allem muss jeder verlängerte Studiengang neu akkreditiert werden – das kostet. »Es gilt, die neuen, gerade eingeführten Modelle zu testen, wenn immer möglich zu verbessern und nicht sofort panikartig alles wieder umzustellen«, sagt Alois Loidl, der Ständige Vertreter des Präsidenten der Universität Augsburg.

Auch die Konstanzer Psychologieprofessorin Brigitte Rockstroh kennt diese Argumente und gibt zu: »Vier Jahre Bachelor plus zwei Jahre Master wären mir lieber.« Dennoch zeigt sie sich von dem Konzept ihres Fachbereichs überzeugt: »Wir sind erst am Anfang, noch betrachtet man uns als Exoten«, sagt sie. »Wenn es aber funktioniert, werden andere nachziehen.«

Möglichkeiten gibt es viele. So stellt zum Beispiel die Jade Hochschule Oldenburg/Wilhelmshaven/Elsfleth im nächsten Wintersemester alle ingenieurwissenschaftlichen Bachelorstudiengänge auf acht Semester um, wobei sich die Studierenden nach dem sechsten Semester entweder für den berufspraktischen oder den wissenschaftlich orientierten Zweig entscheiden können. Die wissenschaftliche Variante führt gezielt auf ein zweisemestriges Masterstudium hin, die andere Option soll die Bachelorabsolventen optimal vorbereitet in den Beruf entlassen. »Unsere Gleichung lautet: Acht plus vier ist gleich zehn Semester«, sagt Hochschulpräsident Elmar Schreiber.

Einige Universitäten wiederum sehen bei bestimmten Studiengängen ein zusätzliches Auslandsjahr vor, das im Rahmen des Bachelor-Plus-Programms des DAAD finanziell unterstützt wird – ohne dass es zu einer Studienzeitverlängerung kommt. Auch Übergangssemester von der Schule zur Universität oder ein zusätzliches, interdisziplinäres Studienjahr sollen an einzelnen Hochschulen angeboten werden. Grundsätzlich ist für Studierende ein längeres Studium ohnehin nicht ausgeschlossen, sofern es Finanzen und Zeit zulassen.

Die Psychologiestudentin Aenne Brielmann muss jedenfalls jetzt los. Sie will in den Sportkurs, den sie zwischen die Präsenzzeit im Fachschaftsraum und das Biopsychologie-Seminar gequetscht hat. Von der Wand des Fachschaftsraums starrt ein weißer Hase mit roten Augen vom Werbeplakat der Psycho-Oster-Party. *Follow the white rabbit* steht auf einem Pfeil. »Studieren«, sagt Brielmann und grinst, »macht immer noch Spaß.«

1980er Jahre

Juliane Papendorf, Politikstudentin von 1981 bis 1986:
»Während der Schule wechselten meine Berufswünsche mehrmals. Nur dass ich studieren würde, das war schon früh klar. Ich wollte wissen, warum die Welt so ist, wie sie ist. Heimelig war es an der Uni Hamburg nicht. Aber ich habe mich schnell zurechtgefunden, diese Unabhängigkeit hatte ich sogar gesucht. Und das Studentenwohnheim wurde zu meinem Zuhause, mit meinen Kommilitonen von dort bin ich noch immer befreundet.«

AUSSCHREIBUNG

Lob dem Studiengang

Der Stifterverband sucht die besten des Landes

Verdient Ihr Studiengang die Auszeichnung »cum laude«? Ist das Studium besonders gut strukturiert, sind die Lehrinhalte aktuell? Lässt es Ihnen den Freiraum, eigene Schwerpunkte zu setzen oder vielleicht ins Ausland zu gehen? Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sucht Studiengänge, denen – aus welchem Grund auch immer – besonderes Lob gebührt, und prämiert die drei besten mit einmal 3000, einmal 2000 und einmal 1000 Euro. Vorschläge können Studierende gemeinsam mit einer Fachschaft einreichen, das Preisgeld geht an die Fachschaft.

Natürlich ist jedem Studenten etwas anderes wichtig. Deswegen fragt der Stifterverband: »Welcher Studiengang verdient Lob und warum?« In der Begründung sollen ausschließlich Kriterien eine Rolle spielen, die sich direkt aus dem Aufbau des Studiengangs ergeben. Sie darf maximal 2000 Worte lang sein. Ein Formular für den Antrag steht unter www.stifterverband.de/cum-laude. Schicken Sie den Vorschlag mit dem Formular an daniela.maegdefessel@stifterverband.de. Einsendeschluss ist der 25. Juli. Eine Jury, die mehrheitlich mit Studierenden besetzt ist, wählt eine Shortlist von sechs bis acht Studiengängen aus. Die präsentieren sich dann Ende November in Berlin, wo die drei besten ausgezeichnet werden.

»Bologna ist prima«

Man muss die Studienreform nur richtig umsetzen. Wie das geht, zeigt die Universität Hildesheim VON NORA GANTENBRINK

Werner Greve hat sich eine bunte Fliege umgebunden und wird gleich etwas sagen, was viele Menschen nicht hören wollen, aber es muss sein. Wer sich auf den Weg nach oben macht, muss sich Debatten stellen. Greve hebt sein Sektglas und sagt: »Bologna ist schon jetzt ziemlich prima!«

Die Reaktionen der Zuhörer im Foyer des Römermuseums Hildesheim sind gespalten. Manche der Anwesenden nicken, andere raunen, einer klatscht. Sie sind gekommen, um zu diskutieren. Zwei Tage, eine Frage: Wie kann man die Bachelor-Master-Strukturen an den deutschen Universitäten verbessern? Nicht alle Teilnehmer des Forums sind von der Studienreform überzeugt, die auf der Bologna-Konferenz 1999 beschlossen wurde. Greve und die Universitätsleitung Hildesheim aber schon. Und wie. Bologna heiße der Zug der Zeit, sagt Werner Greve, der Leiter des Instituts für Psychologie. Hildesheim ist aufgesprungen.

»Missbildung«, »Wir sind das Hackfleisch in der Bolognese« oder »Dichter und Denker statt Bachelor und Banker« stand auf den Plakaten, die Tausende Studenten in Deutschland 2009 während der Bildungsproteste über ihren Köpfen schwenkten. Aber nicht nur die Studenten zeigten während der Streiks ihre Unzufriedenheit. Je lauter ihr Protest wurde, desto mehr Universitäten machten sich die Kritik der Studenten zunutze – oft für ihre eigenen Interessen. Denn viele Universitäten haben die Proteste nicht konstruktiv genutzt, sondern stattdessen den alten Studiengängen nachgetrauert.

Vergangenes Jahr gaben die neun größten technischen Hochschulen in Deutschland bekannt, dass sie den Master schlecht fänden. Sie wollten das Diplom zurück. »Schade ums Diplom«, sagt Greve hingegen nur, »vergessen wir's!« Die Umstellung von den alten Studiengängen auf die neuen sei eine echte Chance gewesen, sagt er. Aber viele universitäre »Sesselpupser« sähen das nicht ein.

Gleich mehrmals wurden die Studienordnungen überarbeitet

Natürlich macht es Arbeit, so eine Studienordnung immer wieder umzuschreiben. Vier Mal wurde allein an Greves Institut die Bachelor-Studienordnung überarbeitet, drei Mal die für den Master. An vielen anderen Universitäten gilt es als Niederlage, Studienordnungen innerhalb kurzer Zeit zu ändern. In Hildesheim sieht man es als Zeichen des Fortschritts.

Greves Abendrede ist nicht nur höfliches Gefasel, sondern bezeichnend für einen reformerischen Geist, der in der Uni Hildesheim weht und der von Personen wie dem Uni-Präsidenten Wolfgang-Uwe Friedrich, dem Bologna-Koordinator Toni Tholen und Werner Greve maßgeblich bestimmt wird. Und hierbei unterscheidet sich die kleine Universität momentan von mancher Massenhochschule.

Was ist nun an der Uni Hildesheim so anders als anderswo? Stellt man diese Frage dem Präsidenten Friedrich, dann sagt der erst einmal »Tja«. Friedrich ist ein großer, gebildeter Mann mit epochalen Gesten und vornehmer Art. Er sitzt in seinem Uni-Präsidium wie ein König. »Wir bevorzugen nicht den Top-down-, sondern den Bottom-up-Prozess«, sagt er dann und weist auf die »spezielle Kommunikationskultur« an seiner Uni hin.

Als die Hildesheimer Studenten während der Bildungsproteste den Hörsaal der Uni besetzten, ging der Bologna-Koordinator Toni Tholen einfach hinein. Er fragte die Studenten, was genau sie blöd fänden. Daraufhin richtete er einen sogenannten Bologna-Tag ein. Die Studenten konnten kommen und in Workshops besprechen, was ihnen nicht passte. Den Studenten gefiel das.

Mittlerweile heißt der Bologna-Tag in Hildesheim »Dies academicus« und ist zum festen Bestandteil des Studienjahrs geworden. Er soll den Austausch zwischen Lehrenden und Studenten weiter vorantreiben. Im Fokus steht die Frage: Wie kann man das Studium verbessern? In welchen Fachbereichen gibt es wo genau noch Probleme? Und: Wie sind sie zu beheben?

Das Ergebnis: Die Module sind in Hildesheim flexibler geworden, Credit Points wurden dem Aufwand angeglichen, die Prüfungsbelastung ist durch die Verringerung von Modulen reduziert worden. Der von Bachelorstudenten oft angeprangerte »Prüfungsmarathon« wurde durch weiter gefasste Prüfzeiträume entzerrt. In einigen Studiengängen wurden die Module geöffnet, um den Studenten individuelle Wahlmöglichkeiten zu geben. Für dieses Engagement hat die Hochschulrektorenkonferenz Hildesheim auf die Liste der »Good Practice«-Beispiele gesetzt.

Die Uni Hildesheim hat sich mit ihrer Reformbereitschaft vom Hannoverschen Stiefkind zum bundesweiten Musterschüler gemausert. Allem Studenten-Widerstand zum Trotz beweist die Provinz-Uni gerade, dass Bildungskrisen auch Chancen bergen. Und dass es nicht nur eine Sache der Größe und des Geldes ist, sondern vor allem auch eine Frage der Einstellung. Selbst der Asta-Referent der Uni spricht sich inzwischen öffentlich für die Bachelor- und Masterstudiengänge aus. Und die Studenten fühlen sich von der Universitätsleitung in ihren Anliegen ernst genommen.

»Sie haben da ja nur zwei Möglichkeiten«, sagt Friedrich, »entweder Sie stecken den Kopf in den Sand, oder Sie schauen, wie man es besser machen kann.«

»Was in Hildesheim geht, geht auch woanders«

Wolfgang-Uwe Friedrich, Werner Greve und Toni Tholen haben sich entschlossen, den Kopf oben zu halten. Sie sind die Antreiber auf den Campus. Greves Meinung nach ist Hildesheim auf dem aufsteigenden Ast. Manchmal mischt sich schon etwas Größenwahn in seine Worte. Das klingt dann so: »Auch Cambridge war mal ein rotes Backsteingebäude in der Nähe von London.«

Hildesheim ist die kleinste Großstadt des Landes Niedersachsen, mit gerade einnmal knapp über 100 000 Einwohnern. Es gibt Reste einer mittelalterlichen Stadtmauer und den ältesten Rosenstock der Welt. In Hildesheim studieren 5000 Studenten von bundesweit rund 2,2 Millionen.

Trotzdem findet Greve, dass die deutsche Hochschullandschaft auf Hildesheim blicken sollte. »Ich glaube, dass das, was in Hildesheim geht, woanders ganz bestimmt auch geht«, ruft er zum Abschluss seiner Abendrede ins Foyer und breitet die Arme aus: *»If we can make it here, we can make it everywhere!«*

Praxisnähe reicht nicht aus

Zur Ausbildung gehört auch Bildung, glaubt man an der Hochschule Coburg VON ANDREAS UNGER

Es ist verführerisch, zu viel in Michael Pötzls Aussicht aus seinem Büro hineinzudeuten: Auf einem Berg über Coburg liegt die Fachhochschule, deren Präsident er ist, er sitzt über den Baumwipfeln, kann den alten Stadtkern erahnen, und wenn er sich nach links beugt, sieht er auch die Veste Coburg. »Elfenbeinturm« ist die Assoziation, die einem dazu in den Sinn kommt, und sie ist falsch.

Denn Elfenbeintürme werden nicht so beherzt um- und neu gebaut wie derzeit der Coburger Campus. Pötzl ist gerade aus dem roten Baucontainer ausgezogen, der ihn beherbergt hatte, solange sein Zimmer noch nicht fertig war. Und das ist nicht das Einzige, was die Hochschule Coburg derzeit umgestaltet.

Sie haben sich einen neuen Claim gegeben: »Die Projekthochschule«. Dreierlei soll darin zum Ausdruck kommen: Anwendungsbezogenheit, wissenschaftlicher Anspruch und der Blick über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus. Ist das ein hübscher Marketingeinfall? Oder vielleicht ein Zeichen für den Sinneswandel einer Hochschulgattung, die doch eigentlich stolz darauf ist, sich durch nichts vom Erreichen ihres Hauptziels abhalten zu lassen, nämlich der Ausbildung praxistauglicher Arbeitnehmer?

Die Coburger haben erkannt, dass die Zeichen der Zeit rückwärts deuten, in Richtung eines umfassenderen Bildungsbegriffes, als er noch vor wenigen Jahren en vogue war. Er ist der humanistischen Tradition näher, als es denjenigen recht sein dürfte, in deren Augen das »allgemein« in »allgemeine Hochschulreife« in erster Linie für »nicht praxisrelevant« stand. Bildung bedeutet zunächst: Orientierung. Deshalb haben die Coburger für den doppelten Abi-Jahrhang ein freiwilliges, einsemestriges Studium generale eingerichtet, das dem eigentlichen Studium vorausgeht. 112 Studierenden nehmen es derzeit in Anspruch. So sollen erstens die Jahrgänge, die durch die Verkürzung der Schulzeit und die Wehrdienstaussetzung gleichzeitig an die Hochschulen stürmen, entzerrt werden. Und zweitens kommt man so dem Orientierungsbedürfnis nach, das junge Leute haben, die keinen Wehr- und Zivildienst und ein Schuljahr weniger Zeit hatten, um über ihre persönliche und berufliche Zukunft nachzudenken. Die Studenten schreiben sich ein und können aus etwa 50 verschiedenen Veranstaltungen wählen, darunter »Allgemeine Ethik«, »Einführung in die Ethnologie«, »Interkulturelle Kompetenz«, aber auch »Die Gitarre in Theorie und Praxis« und anglizistisch Verklausuliertes wie »Social Contacts and Telephoning«. Die Prüfungen werden ihnen später angerechnet, und sie zahlen keine Studiengebühren.

Pötzl erzählt, worin sich die aktuellen Studienanfänger von den früheren unterscheiden: Jünger seien sie und weniger homogen. Vor 20 Jahren waren die Studenten klassische Gymnasiasten und Fachoberschüler: schlau, aber noch grün hinter den Ohren. Heute besuchen die Hochschule Coburg junge Leute mit vielfältigerem Bildungshintergrund: Manche haben das Abitur oder Fachabitur, manche haben die Berufsoberschule absolviert, einige eine Berufsausbildung und drei Jahre Praxiserfahrung hinter sich. »Die nach Schema F zu belehren, das klappt nicht«, sagt Pötzl. Studierende, die aus dem Beruf kommen, seien meistens hoch motiviert und könnten sich gut selbst organisieren, aber ihnen fehlten theoretische Grundlagen, die wiederum den Abiturienten, die dafür von der Praxis wenig Ahnung hätten, trivial erschienen.

Das heißt für die Hochschulen: Sie können immer weniger voraussetzen. Das, was die Studierenden an den Gymnasien durch die Schulzeitverkürzung nicht gelernt haben, müssen sie an den Hochschulen nachholen, und das gilt nicht nur für Sachinhalte. »Persönliche Reifeprozesse können wir nicht beschleunigen, die brauchen ihre Zeit. Aber wir können ihnen einen Raum geben«, sagt Pötzl. Instrumentelle Bildung, also rein zweckgerichtetes Lernen, müsse auch von einem Lernen begleitet werden, das diese Zwecke hinterfragt.

Deshalb sollen sich alle Erstsemester in Coburg vom Wintersemester 2012/13 an mit philosophischen Grundlagen, mit Ethik-Konzepten von Aristoteles bis Habermas und mit dem Unterschied zwischen geistes- und naturwissenschaftlichen Methoden beschäftigen. Im zweiten Semester kommen Wissenschaftstheorie, Wissenschafts-, Technik- und Kulturgeschichte dazu. Ein Viertel bis ein Drittel der Semesterwochenstunden sollen so gestaltet werden. Und: Diese Seminare besuchen angehende Architekten, Bauingenieure, Betriebswirtschaftler, Gesundheitswissenschaftlicher, Produktdesigner, Sozialarbeiter und Versicherungswirtschafter gemeinsam. Damit soll das Denken in Zusammenhängen erlernt werden, das an den Fachhochschulen lange vernachlässigt wurde. Um dem Arbeitsmarkt gut ausgebildete, aber praxistaugliche Kräfte zur Verfügung zu stellen, hatte man im Zuge der Bildungsexpansion ab dem Ende der sechziger Jahre die Humboldtsche Einheit aus Lehre und Forschung aufgegeben – an Fachhochschulen lernten und lehrten vor allem Praktiker. Lange fühlten sich die deutschen Fachhochschulen gleichermaßen als Musterschüler und Stiefkinder der Bildungsinstitutionen: effizient, aber ungeliebt.

Der Vorläufer der Hochschule Coburg war rein praktisch ausgerichtet: Vor 199 Jahren wurde die Handwerkerschule gegründet – ein Anlass für die FH, im nächsten Jahr 200. Geburtstag zu feiern. In den fünfziger Jahren kamen Elektrotechnik und Maschinenbau dazu, und Anfang der Siebziger wurde aus dem Polytechnikum eine Hochschule samt Betriebswirtschaft, Technik, sozialer Arbeit, Gesundheit und Gestaltung. Knapp 4000 Menschen studieren hier, Tendenz steigend: Derzeit entstehen neue Hörsäle und Verwaltungsgebäude.

Je stärker Praxistauglichkeit angesichts der Schwerfälligkeit der Universitäten zum Gebot der Stunde wurde, desto erfolgreicher wurden die Fachhochschulen. Jetzt aber laufen sie Gefahr, zum Opfer dieses Erfolgs zu werden – denn die Universitäten haben von ihnen gelernt. Sie bemühen sich um ihre Studenten, entrümpeln ihre Curricula und ihren Verwaltungsapparat, engagieren jüngere Lehrende mit flexibleren Arbeitsverträgen, entwickeln neue Studienfächer und unterstützen ihre Studenten beim Berufseinstieg. Umgekehrt müssen nun die Fachhochschulen von den Universitäten lernen. Zu lange galt der Grundsatz: Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Unternehmen. Allmählich aber spricht sich herum, dass es nicht genügt, Fachkräfte gegen den Fachkräftemangel heranzubilden, und dass umfassendere Bildung kein Add-on ist, das *nice to have* ist. Sondern dass die Studierenden auch lernen müssen, ihr Tun in den gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Auch so werden Inhalte anwendungsbezogen.

Die Coburger Studenten machen das ganz konkret. 2010 etwa entwickelten Architekturstudenten ein »Wohlfühlhaus für Jung und Alt« aus Holz für Bamberg. Dabei ging es nicht nur um Gebäudetechnik, Materialkunde, Statik und Baukonstruktion. Mit Studierenden der Fakultäten »Soziale Arbeit und Gesundheit« und »Design« sprachen die angehenden Architekten auch über den Aktionsradius alter Menschen, ihre Lebensgewohnheiten, Bedürfnisse, Eigenheiten – darüber also, wie ein Haus gestaltet sein soll, in dem alte Menschen möglichst gern möglichst lange und möglichst selbstständig leben können. 2012 soll es gebaut werden.

Fotos: Olaf Deharde für DIE ZEIT / www.olafdeharde.com; kl. Foto: privat

1990er Jahre

Markus Birzer, Politik- und VWL-Student von 1988 bis 1993:
»Nach dem Vordiplom in Bamberg bin ich nach Hamburg gegangen und kam dort mitten im Streik des Asta an. An meiner alten Uni hatte es keine überfüllten Hörsäle gegeben – der Protest und die Stimmung an der neuen haben mich daher ziemlich beeindruckt. Trotz dieser Umstände hatte ich in Hamburg einen engen Kontakt zu meinem Professor, da ich studentischer Mitarbeiter war. Er hat mich bis ins Berufsleben begleitet und berät mich noch heute – ich berate ihn allerdings auch.«

TIPPS UND TERMINE

Bewerbungsschluss an der Law School
Wer am Zulassungsverfahren der Bucerius Law School für den kommenden Herbst teilnehmen möchte, muss bis zum 15. Mai den Online-Bewerbungsbogen ausfüllen. Der schriftliche Test findet am 4. Juni in Stuttgart, Frankfurt am Main und Berlin statt, am 11. Juni in München, Leipzig, Düsseldorf und Hamburg. Die besten Teilnehmer werden zum mündlichen Test am 8. oder 9. Juli in Hamburg eingeladen.
www.law-school.de

Erste Master in Schwerin
Zum Wintersemester starten am Baltic College/Campus Schwerin die viersemestrigen Masterstudiengänge »Management im Kulturtourismus« und »Marketing-Management im Tourismus«. Die Bewerbungsphase ist angelaufen. www.baltic-college.de

Neue Bachelors in Biberach
Die Hochschule Biberach erweitert ihr Studienangebot zum Herbst um die Bachelorstudiengänge »Energiewirtschaft« und »Industrielle Biotechnologie«.
www.hochschule-biberach.de

Master für digitale Pioniere
Die Zeppelin Universität (ZU) Friedrichshafen bietet ab Herbst einen berufsbegleitenden Masterstudiengang für digitale Geschäftsmodell-Innovationen an, den »Executive Master of Digital Pioneering«. Er richtet sich an IT-Fachkräfte mit einem Hintergrund beispielsweise in Informatik, Wirtschaftsinformatik, Physik oder Mathematik, die eine Managementkarriere einschlagen wollen, sowie an Mitarbeiter aus den Bereichen Unternehmensentwicklung, Strategie, Vertrieb und Einkauf.
www.zeppelin-university.de/emadipcomm

Bau-Bachelor in Berlin
Am 1. Oktober startet der neue siebensemestrige Bachelorstudiengang »Umweltingenieurwesen – Bau« an der Beuth Hochschule für Technik Berlin.
www.beuth-hochschule.de/423/detail/buw

Restlos abgeschreckt

Warum ist es so schwer, an eine andere deutsche Hochschule zu wechseln? VON MARIE-CHARLOTTE MAAS

Einmal hatte es schon geklappt. Als der Politikwissenschaftsstudent David Meurer im Wintersemester 2007 von Jena an die Universität Marburg wechseln wollte, verlief alles reibungslos, obwohl er sogar seinen alten Magisterstudiengang gegen ein Bachelorprogramm eintauschte. Alle Scheine wurden anerkannt. Ein Glücksfall, wie David Meurer, der seinen richtigen Namen nicht nennen will, lernen sollte. So einfach wie damals wurde es nie mehr.

Im Sommer 2010 will er einen erneuten Wechsel wagen. Zurück in seine Heimatstadt Berlin. Er informiert sich im Internet über die Studienordnung, telefoniert mit der Studienberatung. Bei einem Berlin-Besuch zerschlägt sich schließlich der Traum vom Wechsel: »Im Prüfungsbüro wurden meine Scheine angeschaut, und dann hieß es: Das könnte problematisch werden.« Kurse, die Meurer an seiner alten Uni besucht hatte, sollten an der neuen auf einmal nichts mehr gelten. Das Seminar Gender-Studies etwa, in Marburg ganz groß, brachte ihm in Berlin keinen Punkt.

»Die Praxis der Hochschulen, anhand der Inhalte der Seminare zu entscheiden, ob ein Wechsel möglich ist, finden wir nicht akzeptabel«, sagt Florian Pranghe, der Vorsitzende des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften, des Dachverbands der Studierendenvertretungen in Deutschland. »Sogar Scheine, die man im Ausland erworben hat, werden leichter anerkannt als die einer anderen deutschen Uni.«

Vor drei Jahren stellte die Studie »Innerdeutsche Mobilität im Studium« des Hochschul-Informations-Systems (HIS) den deutschen Hochschulen kein gutes Zeugnis in Sachen Wechsel aus: Es gebe Probleme bei der Anerkennung von Leistungsnachweisen, die Studenten verlören Zeit. »Die Ergebnisse der Studie waren sehr kritisch«, sagt Christoph Heine, der Autor der Studie. Dennoch blickten die Hochschulforscher optimistisch in die Zukunft: Die Probleme seien vermutlich auf die Umstellung zurückzuführen. Mit dem Abschluss des Bologna-Prozesses im Jahr 2010 hoffte man auf Besserung. Heute, sechs Semester später, wagt Christoph Heine eine vorsichtige positive Einschätzung. »Untersuchungen zeigen, dass sich die Studienqualität gebessert hat, also gehe ich davon aus, dass sich auch die Bedingungen eines Hochschulwechsels verbessert haben.« Auch eine aktuelle Absolventenbefragung des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung in Kassel scheint dies zu stützen: 68 Prozent der Bachelorabsolventen geben an, beim Übergang in den Masterstudiengang einer anderen Uni keine Probleme gehabt zu haben. Bei immerhin 6 Prozent hingegen wurden Leistungen nicht anerkannt, und bei 18 Prozent lagen Prüfungsunterlagen nicht rechtzeitig vor.

In langwierigen Prozeduren wurden alle Module geprüft

Auch wenn die Studie allgemein Hoffnung macht, den einzelnen Betroffenen tröstet sie kaum. Anders als bei David Meurer ist der Hochschulwechsel von Thorsten Ostholt keine freiwillige Angelegenheit. Ein Master für seine Bachelor-Fächerkombination aus Chemie und Sport, die er gern vertiefen will, wird an seiner Uni Göttingen nicht angeboten. So muss sich der 24-jährige Lehramtsstudent um eine andere Hochschule bemühen. Schnell stellt sich heraus: Nur eine Handvoll Hochschulen würden ihn gegebenenfalls annehmen. Während er auf eine Zusage wartet, plagen ihn Existenzängste: »Das Schlimme war, dass es niemanden gab, an den ich mich mit Fragen hätte wenden können.« In langwierigen Prozeduren wird geprüft, welche Module Ostholt belegt hatte. »Zu jedem Modul musste ich eine Inhaltsbeschreibung abgeben, denn ab einer gewissen Abweichung wird man nicht mehr zugelassen«, erzählt Ostholt. »Dieser Wechsel hat mich mehr Mühe gekostet als meine Bachelorarbeit.« Ständig verlangen die Prüfungsämter neue Unterlagen, bis Thorsten Ostholt zuletzt fürchtet, dass die Universitäten ihn nicht prüfen, sondern abschrecken wollen, um den Verwaltungsaufwand zu umgehen. Florian Pranghe vermutet hinter dem Vorgehen der Hochschulen ähnliche Gründe: »Die Unis sind überfüllt und wollen, wenn überhaupt, nur die besten Studenten haben.«

Auch Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, weiß von den Problemen der Studierenden. »Die neuen Bachelor- und Masterstudienprogramme sind sehr stark ausdifferenziert, was natürlich auch eine positive Entwicklung ist. Für die Studierenden kann dies aber bedeuten, dass sie gegebenenfalls Studienleistungen nachholen müssen.« Thorsten Ostholt hatte bereits vorgebeugt: »Ich bin davon ausgegangen, dass die Anerkennung der Scheine problematisch werden wird, und habe einfach mehr ECTS-Punkte gemacht, als ich musste.«

Das kann allerdings keine Lösung für das Problem sein. Aber was dann? Florian Pranghe glaubt, dass es den Verantwortlichen noch an Lösungsideen mangele. Margret Wintermantel gibt zu: »Wir sind noch nicht so weit, dass wir hinter alle Ziele des Bologna-Prozesses einen Haken setzen können. So gibt es auch beim Thema Mobilität und Anerkennung von Studienleistungen anderer Hochschulen noch einiges zu tun.« Die Bildungsministerin Annette Schavan hat das Thema bei der Bologna-Konferenz vergangene Woche zu einem der zentralen Punkte der Reform erklärt, an dem jetzt nachgebessert werden müsse.

Ist mit Bologna tatsächlich alles komplizierter statt einfacher geworden? Nicht ganz, sagt Ninia Binias: »Schlimm war es schon immer.« Sie hat das Wechseldrama bereits mitgemacht, als der Studienabschluss noch nicht Bachelor hieß. Nach dem Ende ihres Grundstudiums entschied sich die heute 27-Jährige, ihrem ersten Studienort den Rücken zu kehren und das Hauptstudium im 140 Kilometer entfernten Göttingen fortzusetzen. »Ich finde, es ist wichtig, nicht nur an einer Uni gewesen zu sein«, sagt sie, »ich wollte andere Studienschwerpunkte wahrnehmen.« In Marburg studierte sie Germanistik im Hauptfach und Kunstgeschichte und Spanisch in den Nebenfächern. In Göttingen wollte sie auf Spanisch verzichten und stattdessen zwei Hauptfächer studieren. Das allerdings ging nicht. Aus verwaltungstechnischen Gründen, hieß es. Ein engagierter Studienberater riet ihr daher, irgendein beliebiges Fach als zweites Nebenfach zu wählen und sich ein Semester später umzuschreiben. »Das war sehr umständlich«, sagt Ninia Binias. Hinzu kam, dass sie bei der Organisation des Wechsels weitgehend auf sich allein gestellt war und anders als ihre Kommilitonen an der neuen Hochschule keinen Kontakt zu den Professoren hatte aufbauen können: »Viele weigerten sich, jemanden zu prüfen, den sie nicht aus den Seminaren kannten.« Sie riet damals allen Bekannten von einem Wechsel ab.

Der angehende Lehrer Thorsten Ostholt sieht seine Odyssee mittlerweile mit Humor. »Wenn mir jemand erzählt, wie anstrengend das Referendariat ist, entgegne ich immer, dass mich nach dem Wechsel nichts mehr stressen kann«, sagt er lachend. »Inzwischen bin ich gegen alles gewappnet.«

Aus dem Büro an die Uni

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg bietet jetzt den berufsbegleitenden Master VON SABRINA EBITSCH

Reinhold Geilsdörfer sieht es nüchtern: »Die Studenten sind unser Kapital.« Der Präsident der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) hat dafür gesorgt, dass sich dieses Kapital bald vermehren wird. Im Herbst starten an der DHBW, die bisher nur Bachelorstudiengänge angeboten hat, die ersten Masterprogramme. Anders als an anderen Hochschulen stehen sie ausschließlich Berufstätigen offen.

Damit betritt man in Baden-Württemberg Neuland in der deutschen Hochschullandschaft: Die DHBW wird bundesweit die einzige Hochschule sein, deren Masterstudiengänge allesamt weiterbildend sind. »Die Ausschließlichkeit des berufsbegleitenden Modells ist einmalig«, sagt Geilsdörfer. Ein Dutzend Masterstudiengänge, die sich derzeit noch im Akkreditierungsverfahren befinden, sollen am 1. Oktober an den drei Fakultäten anlaufen. Weitere könnten in den kommenden Jahren folgen – je nach Nachfrage.

Für die meisten Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland ist die Weiterbildung vor allem ein mehr oder minder lukratives Nebengeschäft. Die große Mehrzahl der über 6000 weiterführenden Studienangebote ist konsekutiv und schließt damit direkt an einen vorausgehenden Bachelor an. Absolventen, die einen Abstecher ins Berufsleben und dann einen Master machen, sind die Ausnahme.

Die wollen die Stuttgarter nun zur Regel machen. Das Ungewöhnliche ist aus Sicht der Dualen Hochschule nur logische Konsequenz. Sie ging vor zwei Jahren aus dem Zusammenschluss von acht Berufsakademien hervor und setzt nun als Hochschule fort, was diese mehr als 30 Jahre lang praktizierten: die Zusammenführung von akademischer und beruflicher Ausbildung. Bereits im Bachelor verbringen die rund 26 000 Studenten die Hälfte ihrer dreijährigen Studienzeit in einem der 9000 Kooperationsunternehmen. »Sie fühlen sich eher als Mitarbeiter der Unternehmen denn als Studenten der Hochschule«, sagt Geilsdörfer.

Ähnlich soll es nun im Master weitergehen. Mit der Umwandlung der Berufsakademien in die Duale Hochschule war der Anspruch verbunden, weiterführende Studiengänge anzubieten und Forschung zu betreiben. »Wir wollen uns damit in der akademischen Landschaft endgültig als Hochschule mit Vollprogramm platzieren«, sagt Paul-Stefan Roß, Leiter des Masterstudiengangs der Fakultät Sozialwesen.

Das reißverschlussartige Ineinandergreifen von Theorie und Praxis soll im Master noch enger werden. Das Studium ist berufsbegleitend oder vielmehr berufsintegriert, wie man in Stuttgart betont: Die Studenten behalten ihre Stelle in einem der Partnerunternehmen, verbringen aber ihre freien Tage an der Hochschule und ihre Abende mit Lernen. »Auch während der Masterausbildung sollen die Studenten den Unternehmen erhalten bleiben«, sagt Geilsdörfer. Voraussetzung für die Teilnahme an den Programmen ist nicht nur Berufserfahrung, sondern auch ein fester Arbeitsvertrag.

»Der Master ist für diejenigen gedacht, die sich spezialisieren wollen«

Dahinter steht auch die Auffassung, dass bereits der Bachelor ein berufsqualifizierender Abschluss und der Master eher der Ritterschlag als karrieristische Notwendigkeit ist. »Das Grundprodukt ist der Bachelor. Der Master ist für diejenigen gedacht, die sich weiterentwickeln, sich spezialisieren oder Führungsaufgaben übernehmen wollen. Und die sind nicht der Regelfall, sondern eine Teilgruppe«, sagt Roß. Gerade einmal 8,5 Prozent aller DHBW-Absolventen hängen derzeit direkt einen Master an – im Gegensatz zu 77 Prozent der Universitätsstudenten.

In Sozialwesen sind es immerhin zehn Prozent. An dieser Fakultät sind die Vorbereitungen für den Master am weitesten fortgeschritten. Seit Mitte März liegt das Akkreditierungsgutachten vor. »Es werden kleinere Nachjustierungen gefordert, aber wir haben grünes Licht«, sagt Roß. 15 bis 30 Erstsemester werden im Master »Governance Sozialer Arbeit« für 1500 Euro pro Semester auf Führungsaufgaben im sozialen Bereich vorbereitet – nach dem Prinzip Governance, das nicht nur wirtschaftliche, sondern auch rechtliche, gesellschaftliche und sozialstaatliche Aspekte mit einschließt. »Alles sehr motivierte Leute, die in Leitungsaufgaben wollen«, sagt der Studiengangsleiter über seine künftigen Studenten, die nach dem Wochenendunterricht wieder an den Schreibtischen sozialer Einrichtungen sitzen werden.

Der Nähe zur Wirtschaft, die den Studenten weitgehende Jobsicherheit und den Unternehmen maßgeschneidertes Personal beschert, wird jedoch auch Skepsis entgegengebracht. Kritiker fürchten um die akademische Unabhängigkeit. Stephanie Odenwald vom Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft etwa möchte duale Ausbildungen wegen der Vorteile der Studenten am Arbeitsmarkt zwar nicht verteufeln, moniert aber, dass kritisches Studieren zu kurz komme: »Die Freiheit von Forschung und Lehre ist hier in Gefahr. Ich gehe davon aus, dass die Unternehmen einen sehr starken Einfluss ausüben.«

Tatsächlich wählen die Kooperationspartner der DHBW die Studenten mit aus und reden auch bei den Studieninhalten mit. Eine »ausgelagerte Berufsschule« wolle man jedoch nicht sein, betont Roß: »Den Vorwurf, die Unternehmen gäben die Themen vor, halten wir für nicht zutreffend. Niemand diktiert uns die Ausrichtung.« Er gesteht aber auch ein, dass Spannungen zwischen den Ansprüchen der Praxis und denen der Hochschule existierten.

Denn letztlich war es auch der Wunsch der Unternehmen nach höher qualifizierten Mitarbeitern und passgenauer Forschung, der die Einrichtung der Master mit angestoßen hat. Man verstehe dies auch als personale Entwicklungsmaßnahme für die Unternehmen, deren Nachfrage man derzeit nicht befriedigen könne, sagt Präsident Geilsdörfer. Bis zum Wintersemester 2014/15 will er die Studentenzahlen auf rund 34 000 wachsen sehen.

Befriedigt wird auch Nachfrage von anderer Seite – der der Studenten. Es bestehe nun einmal die Meinung: je höher der akademische Grad, desto besser die Karrierechancen, sagt Geilsdörfer. Künftig soll gut die Hälfte derjenigen Absolventen, die einen Master anhängen, dafür an die DHBW zurückkehren. Es sind solche ökonomischen Prinzipien von Angebot und Nachfrage, von Markt und Kapital, die an der DHBW neben der Zusammenarbeit mit Unternehmen auch die Ausbildung der Studenten begleiten. Eine Gratwanderung, die mit den Masterprogrammen nicht leichter wird. Roß sieht das gelassen: Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Bildung, Praxis und Theorie sei nun mal seit vielen Jahren »unser täglich Brot«, sagt er: » Das können wir, und das können wir auch im Master.«

Foto: Olaf Deharde für DIE ZEIT / www.olafdeharde.com

2000er Jahre

Mona Rössler, Klavierstudentin von 2002 bis 2007:
»Ich habe immer schon Klavier gespielt; für das Studium habe ich mich deshalb bereits zu Schulzeiten entschieden. Es war toll, dass ich mich endlich auf das konzentrieren konnte, was früher ein Hobby für mich war. Als Studentin an der Musikhochschule Lübeck habe ich zudem gelernt, für mich selbst verantwortlich zu sein, zu bestimmen, wie oft und wie lang ich übe. Ich bin froh, noch auf Diplom studiert zu haben – ich hatte viel mehr Freiheiten als die Musikstudenten heute.«

Foto: Olaf Deharde für DIE ZEIT / www.olafdeharde.com

2010er Jahre

Laura Rosenberg, Informatikstudentin seit dem Wintersemester 2010:
»Dass ich jetzt Informatik studiere, hat mich selbst überrascht. Ich habe durch ein Schnupperstudium gemerkt, dass mir das liegt. Viel Freizeit habe ich allerdings nicht mehr, das Studium an der Uni Hamburg ist anstrengend und unterscheidet sich kaum von der Schule. Das Klischee vom lockeren Studentenleben trifft auf mich sicher nicht zu. Aber es ist ein tolles Gefühl, eine schwierige Matheaufgabe zu lösen – auch wenn es bis zwei Uhr nachts dauert.«

»Nachteile abbauen«

Der Hochschulforscher Ulrich Teichler über die Vereinbarkeit von Studium und Nebenjobs

DIE ZEIT: Dem Deutschen Studentenwerk zufolge arbeitet heutzutage jeder vierte deutsche Student nebenher so viel, dass er nicht mehr als Vollzeitstudent gelten kann. Der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft hat deshalb mehr Teilzeitangebote gefordert. Was halten Sie davon?

Ulrich Teichler: Nebenjobs sind kein Argument für wesentlich mehr Teilzeitstudiengänge. Seit Langem arbeiten Studenten nebenher, studieren mehr oder weniger in Teilzeit. Aber nur jeder siebte arbeitet während des Semesters mehr als sechzehn Stunden pro Woche. Das führt meist dazu, dass sich das Studium um ein Jahr bis zwei Jahre verlängert. Kaum jemand hat dadurch aber schlechtere berufliche Chancen oder verdient weniger. Studenten, die nebenbei jobben, sammeln ja Arbeitserfahrung. Ich bin nicht sicher, ob wir noch mehr zum Teilzeitstudium ermutigen sollten. Das ist nicht die dringlichste Aufgabe, die sich den Hochschulen stellt.

ZEIT: Wenn jemand bis zu zwanzig Stunden in der Woche arbeitet – leidet darunter nicht sein Studium?

Teichler: Man muss sich entscheiden, was man will. Einerseits haben wir die Tradition des Studenten, der zumindest formal in Vollzeit studiert. Andererseits wird verlangt, dass man nebenher viele Erfahrungen in Jobs und Praktika sammelt. Hier muss jeder seine persönliche Balance finden.

ZEIT: Viele klagen, dass es in Bachelor- und Masterstudiengängen kaum noch möglich sei, nebenher zu arbeiten, ohne das Studium zu gefährden.

Teichler: Bei der Reform hat man das Thema Nebenjob erst einmal übersehen, aber hier kann man nachbessern. Mit der Bologna-Reform wurden Studiengänge in Module eingeteilt. Wer ein Modul besteht, bekommt Punkte; um ein Studium abzuschließen, muss man eine bestimmte Zahl an Punkten erreichen. Warum geht das nicht in einer beliebigen Zeit? Zusätzlich müsste das Bafög reformiert werden, das sich vor allem an der Standard-Studiendauer orientiert. Die Regelungen für Studiengebühren müssten ebenfalls flexibler werden: Wer weniger Punkte im Semester machen will, zahlt weniger.

ZEIT: Wer braucht dann überhaupt »echte« Teilzeitstudiengänge?

Teichler: Für die Minderheit der Teilzeitstudenten, die voll im Beruf stehen und zusätzlich studieren wollen, braucht man andere Angebote, die es ihnen ermöglichen, nur am Abend oder am Wochenende Kurse zu besuchen. Hier sind separate Teilzeitstudiengänge gefragt. Der Bedarf würde am besten gedeckt werden, wenn ganze Fachbereiche oder Hochschulen sich darauf spezialisierten. Denn für solche Angebote muss man anderes Personal rekrutieren: Professoren, Mitarbeiter und Lehrbeauftragte, die am Wochenende oder abends lehren wollen und können.

ZEIT: Sie schlagen also flexiblere Studien- und Prüfungsordnungen vor und für eine Minderheit spezielle Teilzeit-Hochschulen.

Teichler: Ja, zum Teil gibt es solche Angebote auch schon. Bevor wir die stärker ausbauen, müssen wir uns aber fragen: Ist es sinnvoll, dass Teilzeitstudierende unter sich sind? Sollten sie nicht auch in Kontakt mit »Vollzeitstudenten« kommen? Hier geht es nicht nur um organisatorische Fragen, man muss sich auch entscheiden, welche Milieus man schaffen will.

ZEIT: Sollte also lieber doch alles bleiben wie bisher?

Teichler: Nicht unbedingt. Es wird viel vom lebenslangen Lernen gesprochen, aber bisher wird wenig für einen anderen Rhythmus von Berufs- und Lernphasen getan. Es geht nicht nur darum, dass Ältere noch mehr lernen, sondern auch dass nicht alle vor dem Berufseinstieg so lange lernen. Wir sollten dazu ermutigen, dass nach Abitur oder Ausbildung einige Jahre Berufstätigkeit folgen und ein späterer Einstieg ins Studium leicht möglich ist – Vollzeit oder Teilzeit. Es sollte keine Probleme geben, wenn jemand erst einige Jahre nach dem Bachelor in den Master einsteigen will. Deshalb müssen wir alle organisatorischen und finanziellen Nachteile für diese Studenten abbauen. Separate Studiengänge für Teilzeitstudenten sollte es nur in Ausnahmefällen geben. Wir müssen Studiengänge so gestalten, dass sie für alle »studierbar« sind: für Jüngere, Ältere, für Vollzeit- und Teilzeitstudenten.

Interview: STEFAN KESSELHUT

In Teilzeit studieren

Anders als in Großbritannien und den USA haben die Hochschulen hierzulande bislang nur wenige Angebote konzipiert, die sich ausdrücklich an Studenten richten, die in Teilzeit studieren wollen. Dem »Hochschulkompass« der Hochschulrektorenkonferenz zufolge sind weniger als fünf Prozent der Studiengänge in der Bundesrepublik überhaupt dazu geeignet, gestaffelt absolviert zu werden. Selbst bei weiterbildenden Studiengängen ist der Anteil kaum größer.

Definiert man »in Teilzeit studieren« umgekehrt so, dass jemand es nicht mehr schafft, die vorgegebene Stundenzahl pro Semester zu leisten, studieren allerdings bereits heute viele Studenten faktisch in Teilzeit, ohne offiziell diesen Status zu haben: Das Deutsche Studentenwerk hat in seiner Sozialerhebung im Jahr 2009 ermittelt, dass gut ein Viertel der Studenten siebzehn Stunden pro Woche oder mehr in Nebenjobs arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Aber auch Kinder, eine chronische Krankheit oder familiäre Verpflichtungen können dazu führen, dass das Studium zumindest eine Zeitlang zur Nebensache wird.

Eine Herausforderung auch für die Politik: Das faktische Teilzeitstudieren zieht häufig Probleme mit dem Bafög oder Studienkrediten nach sich, die sich an der Regelstudienzeit orientieren.

Radio hören für die Uni

Das Fach Medienwissenschaft tritt thematisch extrabreit an

VON CHRISTIAN HEINRICH

Am Anfang analysierte Carina Johannsen sogar noch morgens unter der Dusche, was sie im laut aufgedrehten Radio hörte: Wie verändert sich die Betonung der Radiosprecherin? Warum wurden welche Nachrichten ausgewählt, und wie werden die präsentiert? Das war im ersten Semester. Wenn Johannsen heute zurückblickt, muss sie lächeln. Die 23-Jährige studiert inzwischen im sechsten Semester Medienwissenschaft an der Universität Siegen und arbeitet gerade an ihrer Bachelorarbeit, in wenigen Monaten wird sie das Studium abgeschlossen haben. »Das mit dem Analysieren ist zum Glück bald weniger geworden, ich kann wieder mit Freude Zeitung lesen und Radio hören, ohne an die Theorie zu denken«, sagt Johannsen. Medien sind eben überall und fast immer präsent. Für Medienwissenschaftler bestimmen sie zusätzlich den Forschungs- und Berufsalltag.

»Kommunikation gewinnt weiter an Bedeutung, und mit ihr wächst das Angebot der Kommunikations- und Medienberufe«, sagt Klaus-Dieter Altmeppen, der an der Universität Eichstätt als Medienwissenschaftler forscht und lehrt. Nicht nur die etablierten Arbeitsgebiete wie Marktforschung, Mediaplanung, Werbung und Journalismus bieten Chancen. Es entstehen auch neue Berufsfelder durch die zunehmend professionellen Auftritte der Medien und Unternehmen in Sozialen Netzwerken, die wachsende Zahl der Mobilservices, die neuen Plattformen für die Verbreitung von Nachrichten und Videos. Für Absolventen der Medien- und Kommunikationswissenschaften würden die beruflichen Chancen vielfältiger, sagt Altmeppen.

Carina Johannsen freut sich über die beruflichen Aussichten; ausschlaggebend für ihre Studienwahl waren sie jedoch nicht. »Ich hatte zwischen Psychologie und Medienwissenschaften hin und her überlegt«, erzählt sie. »Ich finde es interessant, wovon die Menschen wie beeinflusst werden.« Heute weiß sie, wie die Medien auf Menschen einwirken können. Warum Hunde auf Spielplätzen zeitweise als große Gefahr erscheinen, dann aber plötzlich in Vergessenheit geraten – weil sie von der Agenda der Zeitungen und Fernsehsendungen verschwunden sind. Inwiefern Ego-Shooter-Spiele aus labilen Menschen Amokläufer machen können.

Neben den Analysefächern lernte Carina Johannsen auch, handwerklich und praktisch mit Medien umzugehen: Was gibt es bei einem Aufnahmegerät zu beachten, wie bedient man eine Kamera, wie schneidet man Filme und Radiobeiträge ordentlich? Im dritten Semester hat Johannsen zusammen mit ihren Kommilitonen für einen Shampoo-Werbespot im Radio die Geschichte von Rapunzel umgeschrieben: »In unserer Variante lässt Rapunzel ihr Haar runter, der Prinz will hochklettern, aber die Haare reißen. Dann kommt der Slogan des Shampoos und der Hinweis, dass das damit nicht passiert wäre. Das war alles akustisch gar nicht so einfach zu vermitteln, aber am Ende hat es gut geklappt«, erzählt die Studentin. An eine fundierte Fernseh- oder Radioausbildung reicht das aber nicht heran. »Ich weiß theoretisch, wie ich einen Film machen kann, aber natürlich haben wir nur an der Oberfläche gekratzt«, sagt Johannsen.

Es gibt auch Universitäten, an denen die Studenten während des gesamten Studiums kein einziges Mal eine Kamera in der Hand halten. Mehr als 200 Studienangebote für Medien- und Kommunikationswissenschaften existieren inzwischen in Deutschland, und die Qualitätsunterschiede sind groß. In den vergangenen Jahren haben viele Unis das Fach Kommunikations- und Medienwissenschaft einfach nur eingeführt, um ihr Image zu verbessern. Fehlen aber die nötigen Kompetenzen und Kapazitäten, schadet es eher ihrem Ansehen, wie die Universität Passau anfangs feststellen musste. 2004 hatte man dort einen Bachelorstudiengang Medien und Kommunikation gegründet, den die Fächer Philologie, Pädagogik und Politikwissenschaften gemeinsam führten – einen Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft aber gab es nicht. Kein Wunder, dass die Angebote nach Aussagen vieler Studenten theoretisch und praxisfern blieben, was sich im Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) im Jahr 2008 niederschlug: Der Studiengang in Passau war in allen wichtigen Kategorien in der Schlussgruppe vertreten.

Ganz anders sieht es in Passau heute aus. Die Ergebnisse des aktuellen CHE-Ranking, die in den Tabellen nebenan und auch im neuen *ZEIT Studienführer* stehen, zeigen: Der Kommunikationsstudiengang der Universität Passau hat einen gewaltigen Satz nach vorne gemacht. In vielen der untersuchten Bereiche liegt er sogar in der Spitzengruppe, wie auch die grünen Punkte in den Tabellen zeigen. Noch im Jahr 2008 wurde das Fach in Passau nämlich massiv gefördert: Bald war eine Professur für Kommunikationswissenschaften ausgeschrieben und besetzt; weitere folgten. Derzeit wird ein neues »crossmediales Medienzentrum« errichtet. »Wir haben versucht, die Ausbildung praktischer zu strukturieren, ohne dass die Theorie darunter leidet. Mit entsprechenden berufsbezogenen Modulen haben die Studenten zum Ende des Studiums außerdem die Möglichkeit, sich zu spezialisieren«, sagt Ralf Hohlfeld, der dort seit 2008 die erste Professur für Kommunikationswissenschaft innehat und an der Errichtung des geplanten Zentrums mitarbeitet. Die Studenten scheinen zufrieden zu sein: Bei dem wichtigen Kriterium »Studiensituation insgesamt«, das auf Einschätzungen von Studenten beruht, liegt Passau jetzt in der Spitzengruppe.

Wer Kommunikations- und Medienwissenschaften studieren will, sollte allerdings nicht nur auf die Qualität der Lehre achten. »Man sollte auch im Blick haben, dass sich die Schwerpunkte der einzelnen Studiengänge stark unterscheiden können«, sagt Vinzenz Hediger, Film- und Medienwissenschaftler von der Universität Frankfurt. Grundsätzlich stehen bei der Medienwissenschaft Geschichte und Theorie der Medien von der Schrift bis zum Computer im Vordergrund, während die Kommunikationswissenschaft die politischen und gesellschaftlichen Wirkungen der Massenmedien ins Zentrum stellt. Dazu kommen weitere Schwerpunktsetzungen: Bei einem Studienangebot steht die akademische Theorie im Vordergrund, bei dem anderen Fach liegt der Fokus auf Fernsehen oder Radio.

So ist es auch an der Uni Siegen, wo Carina Johannsen studiert. Ganz eingrenzen lässt sich das Feld der Medien- und Kommunikationswissenschaften allerdings selten, zu weit ist die thematische Breite. So hat Johannsen etwa auch Scheine in Grundlagen aus den Wirtschaftswissenschaften und in Medienrecht gemacht. »Es ist toll, in wie viele Fächer wir Einblicke haben«, sagt sie. »Andererseits haben wir natürlich nur selten fundierte Kenntnisse.« In guten Tagen fühlt sich Johannsen, als könne sie alles, oder zumindest von allem ein bisschen etwas – in schlechten Tagen hat sie das Gefühl, sie könne nichts wirklich. Aber das geht meist schnell vorüber. »Die Umwälzungen in der arabischen Welt haben vor allem durch Facebook und Twitter derartige Formen angenommen. Ich sehe jeden Tag, dass ich in einem der spannendsten Felder arbeite, die ich mir vorstellen kann«, sagt Johannsen.

Später möchte sie im Bereich Werbung arbeiten. Aber vorher muss sie ihre Bachelorarbeit noch fertigstellen. Dabei geht es wieder einmal um Analyse: Johannsen geht der Frage nach, wie Tim Burton die Traumatisierung der Personen in drei seiner Filme darstellt. »Wenn ich eine Schreibblockade habe, kann ich guten Gewissens auch mal das Radio anmachen«, sagt sie und lacht. Radio hören gehört ja letztlich auch zu ihrem Studium.

UNIVERSITÄT

Kommunikationswiss./ Journalistik

	Forschungsgelder	Internationale Ausrichtung	Berufsbezug	Studierbarkeit	Studiensituation insgesamt
Uni Augsburg	●	●	●	●	○
FU Berlin	○	○	○	●	●
UdK Berlin	●	●	●	○	○
TU Dortmund	●	●	●	●	●
TU Dresden	●	●	○	●	●
Uni Düsseldorf	●	●	●	●	●
Uni Duisburg-Essen	○	○	○	●	●
Uni Erfurt	●	●	●	●	●
ZU Friedrichshafen (priv.)	●	●	●	●	●
Uni Greifswald	●	●	●	●	○
Uni Halle-Wittenberg	●	●	●	○	○
Uni Hamburg	○	○	○	●	●
HMTM Hannover	●	●	●	●	●
Uni Hohenheim	○	○	○	●	●
TU Ilmenau	●	●	●	●	●
Uni Jena	●	●	●	○	●
Uni Leipzig	●	●	●	●	●
Uni Mainz	○	○	○	●	●
Uni Mannheim	●	●	●	●	○
LMU München	●	●	●	●	●
Uni Münster	●	●	●	●	●
Uni Nijmegen (NL)	○	○	○	●	●
Uni Passau	●	●	●	●	○
Uni Twente (NL)	●	●	○	●	●
Uni Zürich (CH)	●	●	●	●	●

Stand 2011

UNIVERSITÄT

Medienwissenschaft

	Internationale Ausrichtung	Medien-Labore	Studierbarkeit	Studiensituation insgesamt
Uni Basel (CH)	●	●	●	●
Uni Bayreuth	○	○	●	●
Uni Bochum	●	●	●	●
HBK/TU Braunschweig	●	●	●	●
TU Chemnitz	●	●	●	○
Uni Düsseldorf	●	●	●	●
Uni Duisburg-Essen	●	●	●	●
Uni Erlangen-Nürnberg	●	○	●	○
Uni Konstanz	●	●	●	●
Uni Leipzig	●	●	●	●
Uni Marburg	●	●	●	●
Uni Paderborn	○	●	●	●
Uni/FH Potsdam	●	●	●	●
Uni Regensburg	○	○	●	●
Uni Weimar	●	●	●	●

Stand 2011

Hochschulen, an denen das Studium aufgebaut wird oder für die keine Daten vorliegen, werden nicht in das Ranking einbezogen. Sofern ein Fach an mehreren Fakultäten einer Hochschule angeboten wird, wird in dieser Übersicht nur eine Fakultät dargestellt. Informationen zu allen Hochschulen und Fakultäten finden Sie im Internet unter www.zeit.de/studium/medien

● **Spitzengruppe,**
● **Mittelgruppe,**
● **Schlussgruppe,**
○ **Nicht gerankt (keine Daten vorhanden, zu geringe Fallzahlen)**

Änderungen im Ranking

Gegenüber der Veröffentlichung der aktuellen Ranking-Ergebnisse im *ZEIT Studienführer* und in der letzten Ausgabe der *ZEIT* haben sich einige Änderungen ergeben: Im Fach BWL an Universitäten liegen beim Indikator Internationale Ausrichtung die Hochschulen ESCP Europe Berlin, TU Berlin und Handelshochschule Leipzig nun in der Spitzengruppe. In BWL an Fachhochschulen kam die PFH Göttingen bei den Indikatoren Studiensituation insgesamt und Studierbarkeit in die Spitzengruppe. Die HWR Berlin wurde bei den Indikatoren Studiensituation insgesamt, Studierbarkeit und Praxisbezug der Mittelgruppe zugeordnet. Die FHWien wurde in die Ranking-Tabelle aufgenommen und bei den Indikatoren Studiensituation insgesamt, Studierbarkeit und Internationale Ausrichtung der Spitzengruppe zugeordnet, beim Indikator Praxisbezug der Mittelgruppe.

Im Fach Politikwissenschaft wurde die Universität Rostock in den Vergleich einbezogen. Bei den Indikatoren Internationale Ausrichtung, Forschungsgelder und Forschungsreputation kam sie jeweils in die Mittelgruppe.

Im Fach Kommunikationswissenschaft/ Journalistik wurde die Universität Hamburg in die Liste aufgenommen. Sie landete in der Spitzengruppe bei der Internationalen Ausrichtung und in der Schlussgruppe beim Indikator Forschungsgelder.

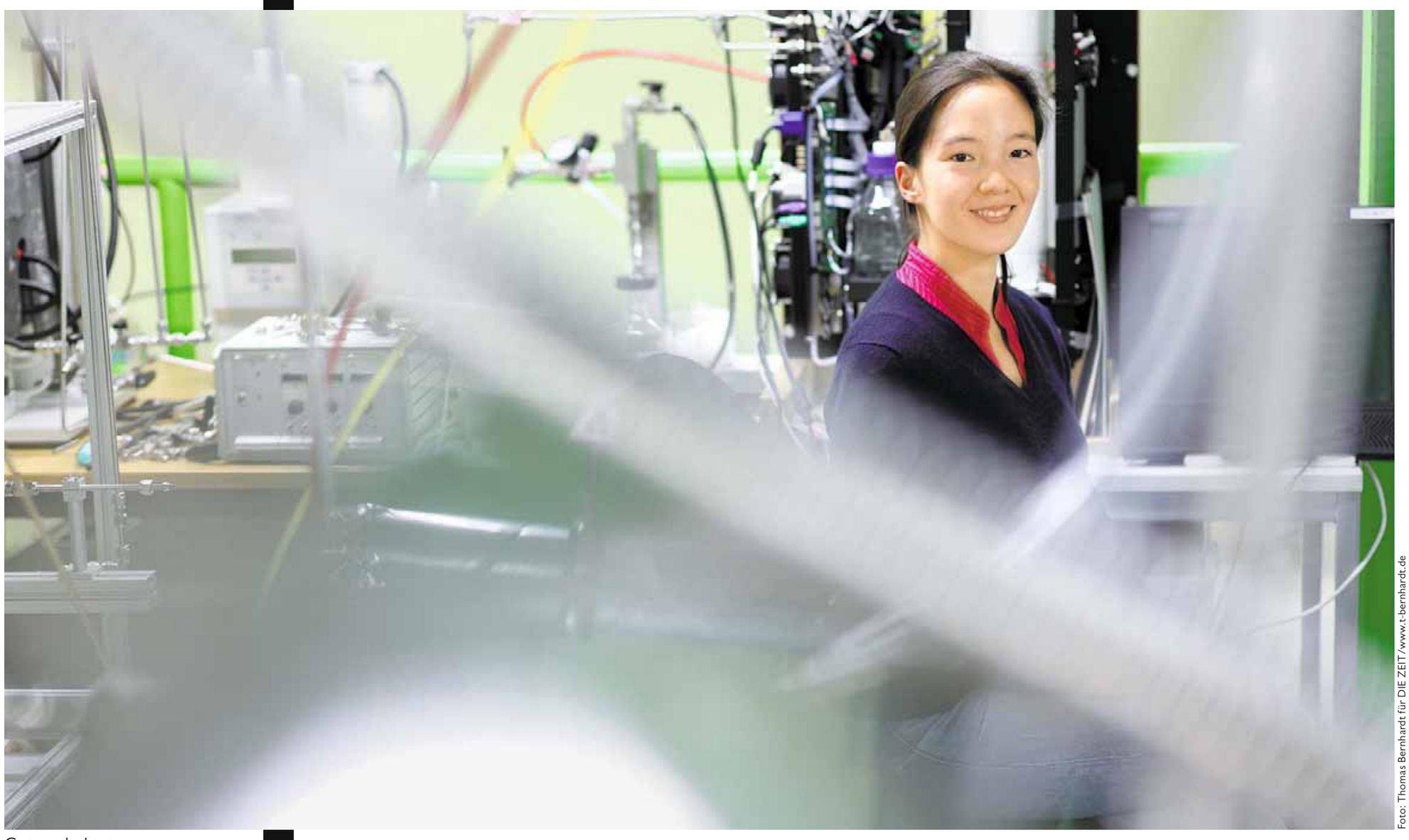


Foto: Thomas Bernhardt für DIE ZEIT/www.t-bernhardt.de

Gut verdrahtet: Isabelle Steinke im Kontrollraum

GEFUNDEN

Gesucht: Forscher

Die Physikerin Isabelle Steinke versucht, Wolken zu manipulieren. Ob solche Experimente den Klimawandel aufhalten können, bezweifelt sie aber VON MISCHA DRAUTZ

Isabelle Steinke will forschen und nicht Gott spielen. Wenn sie Experimente durchführt, wirkt es aber übernatürlich. Dichter Nebel steigt in dem riesigen Kühlschrank auf, in dem Steinke Flüssigkeiten und Stoffe vermischt. Die 26 Jahre alte Physikerin erzeugt am Karlsruher Institut für Meteorologie und Klimaforschung künstliche Wolken.

Die Chance, die manche dahinter vermuten: Wer Wolken beeinflussen kann, kann vielleicht auch die Welt vor einer Klimakatastrophe retten. Climate Engineering lautet das Schlagwort, das Steinke in ihrer Doktorarbeit beschäftigt. Kann man die Umwelt manipulieren, um dem Klimawandel entgegenzuwirken? Und sollte man es tun, wenn man es kann? Wer eine Weile im Karlsruher Institut verbringt, merkt schnell: Hier arbeiten Forscher, keine Technikgläubigen. Isabelle Steinke und ihre Kollegen basteln nicht einfach Naturphänomene nach, sie beschäftigen sich auch mit den Auswirkungen ihrer Ergebnisse.

Die Erde, da ist sich die Mehrheit der Wissenschaftler heute einig, wird sich auf Dauer zu stark erwärmen, mit ungewissen Folgen für ihre Bewohner. Um das zu verhindern, werden verschiedene Maßnahmen angedacht. Eine Möglichkeit wäre, weniger Sonne auf die Erde gelangen zu lassen, etwa indem man Wolken als Sonnenschirm benutzt. Die wissenschaftlichen Grundlagen dieses Ansatzes werden in Karlsruhe erforscht, weil das Institut Aida besitzt. Aida heißt der überdimensionale Kühlschrank, der künstliche Wolken erzeugt – die Abkürzung steht für Aerosol-Interaktion und Dynamik in der Atmosphäre.

»Wolken sind eine wichtige Komponente im Klimageschehen«, sagt Steinke. Sie testet, wie Wolken auf verschiedene Aerosole reagieren. Aerosole sind feinste Partikelchen, etwa ein Tausendstel Millimeter groß. Das können Wüstenstaub, Vulkanasche oder Salzwasserpartikel sein. Sicher ist: Mehr Aerosole machen die Wolke heller und dichter. Je weißer die Wolken, desto mehr Licht wird zurückreflektiert und gelangt gar nicht erst auf die Erde.

Um Aida herum stehen Behälter, die wie riesige Feuerlöscher aussehen. Grüne, schwarze, braune, gefüllt mit verschiedenen chemischen Stoffen. Die Kühlung dröhnt fast so laut wie ein startendes Flugzeug. Zweimal im Jahr darf Isabelle Steinke für etwa vier Wochen Aida für ihre Versuche in Anspruch nehmen. »In den Tagen, bevor das losgeht, schlafe ich unruhig«, sagt die Physikerin. Aber genau wegen Aida hat sie sich auf die Doktorandenstelle am Institut beworben; sie wollte experimentell arbeiten. Den Rest des Jahres verbringt sie mit dem Interpretieren der Flut von Messdaten, die sie gewonnen hat. »Da muss man schon hartnäckig sein, weil es einfach lange dauert, bis man als Forscher wirkliche Resultate erzielt«, sagt sie. Umso wichtiger sei es, Spaß am Forschungsgegenstand zu haben – und den hat sie. »Mich fasziniert, dass Wolken so alltäglich und doch so kompliziert sind.«

Um echte Wolken zu verdichten, müsste man die Aerosole mit Flugkörpern in die Atmosphäre transportieren, erklärt Isabelle Steinke. Ob die Partikel dann dort blieben, wisse allerdings noch keiner. »Das Problem ist, dass wir noch weit davon entfernt sind, überhaupt zu verstehen, wie eine Wolke funktioniert«, sagt Isabelle Steinke, »da ist es unabsehbar, was passiert, wenn wir anfangen, Wolken zu manipulieren.«

Noch kritischer äußert sich ihr Betreuer am Institut. Thomas Leisner ist Professor der Umweltphysik an der Universität Heidelberg und Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung, Abteilung Atmosphärische Aerosolforschung. Schon den Begriff Climate Engineering mag Leisner nicht. »Das klingt, als könnten wir wie Ingenieure etwas gezielt konstruieren.« Doch mit technisch veränderten Wolken würden die Probleme nicht enden, sondern anfangen: Der Eingriff ins Klima könnte Regenzeiten durcheinanderwürfeln und neue Wetterphänomene hervorrufen. »Was wäre, wenn auf einmal ein Wirbelsturm auf die USA zusteuert, dann aber nach Mexiko abbiegt?«

In der Diskussion über Climate Engineering geht es also nicht nur darum, was technisch möglich ist, sondern auch darum, welche politischen und rechtlichen Konsequenzen es hat. Was passiert, wenn eine »Koalition der Willigen« Climate Engineering betreibt? Wie steht es mit der Verantwortbarkeit? Bisher gibt es viele Fragen, wenige Antworten. Daher sind die Karlsruher Umweltphysiker auch integriert in das interdisziplinäre Projekt Global Governance of Climate Engineering an der Universität Heidelberg. »Wir müssen aus allen Bereichen die wichtigen Punkte zusammenstellen, damit am Ende die Gesellschaft eine Entscheidung treffen kann«, sagt Isabelle Steinke.

Sebastian Harnisch, Politikwissenschaftler und Sprecher des Projekts, denkt an eine solche Gesellschaftsentscheidung mit Sorge. Politische Maßnahmen, um den CO_2-Ausstoß zu verringern wie beispielsweise ein Tempolimit auf Autobahnen seien unpopulär. Da Demokratien selten zu nachhaltiger Politik fähig seien, wächst Harnisch zufolge aber die Gefahr, auf Climate-Engineering-Aktionen angewiesen zu sein. Während sich die führenden deutschen Wissenschaftler recht skeptisch äußern und die Politiker in Berlin bei dem Thema noch in Deckung bleiben, gibt es anderswo durchaus Anhänger. »Alle, die von Erdöl profitieren, haben kein Interesse, den CO_2-Ausstoß zu verringern«, sagt Harnisch.

Zudem setzen viele Akademiker in den USA auf Climate Engineering. Sie gehen davon aus, dass niemals ein Klimaabkommen zustande kommt, das den CO_2-Ausstoß nachhaltig verringert. Sie halten Climate Engineering vielleicht für keine gute, aber für die in der Realität bestmögliche Maßnahme; eine Haltung, die Thomas Leisner kritisiert: »Mit so einer Einstellung gibt man Klimaverhandlungen schon im Vorfeld auf. Es muss allen klargemacht werden, dass nur eine Reduktion des CO_2-Ausstoßes hilft.« Isabelle Steinke sieht das ähnlich: »Alles andere sind nur Möglichkeiten, die man sich offenhalten sollte. Und für die wir noch Grundlagenforschung betreiben müssen.«

Sie findet es spannend, interdisziplinär forschen zu können. Bis zum Vordiplom hat sie in Heidelberg neben ihrem Physikstudium auch Seminare in Volkswirtschaft besucht und beim Rollenspiel »Model United Nations« in New York mitgemacht. Bei der Simulation der UN-Abläufe vertrat sie die klimapolitischen Interessen Uruguays. Dadurch ist sie auch mit den Denkweisen der Vertreter anderer Fächer vertraut.

Später kann sich Steinke durchaus vorstellen, in der freien Wirtschaft zu arbeiten – zum Beispiel bei einer Unternehmensberatung. »Was wir in der Wissenschaft vor allem lernen, ist logisches Denken. Und Leute, die das können, werden überall gebraucht«, sagt sie. Am liebsten würde sie aber doch an der Uni weiterforschen: »Da ist die Freiheit einfach am größten.« Einen Masterplan für den schwierigen Karriereweg in der Wissenschaft hat sie sich aber nicht zurechtgelegt. »Das muss man Schritt für Schritt angehen. Bei mir wäre das Nächste eine Postdoc-Stelle. Ansonsten darf man sich nicht verrückt machen«, sagt Steinke.

Der Himmel über Karlsruhe ist an diesem Tag wolkenlos blau. »Na ja, zum Grillen finde ich das schon okay«, sagt die junge Forscherin und schaut schnell wieder auf ihren Computermonitor. Ihr Desktop-Hintergrund: Wolken. Technisch unveränderte allerdings.

So kommt man hin:
Der Weg ins Berufsleben als Forscher beginnt mit der Doktorarbeit – am Lehrstuhl, an einem Forschungsinstitut oder in einem Doktorandenprogramm an einer Graduiertenschule. Bei externen Promotionen fehlt der persönliche Kontakt zur Wissenschaft, der für den weiteren Weg entscheidend ist.

So kommt man weiter:
Die Stellen in der Wissenschaft sind spannend, aber dünn gesät: In Deutschland gibt es in etwa genau so viele Professorenstellen wie Promovierte pro Jahr. Nur gibt ein Professor seine Stelle nicht nach einem Jahr bereits wieder frei. Mehr Chancen für Forscher bieten Unternehmen. Dort kann man langfristig immer noch überlegen, ob man lieber eine Fach- oder eine Managementkarriere einschlagen möchte.

Das muss man mitbringen:
Einen langen Atem. Nicht nur, weil Ergebnisse oft auf sich warten lassen. Sondern auch, weil es an den Hochschulen dauert, bis man in eine lukrative Position gelangt. Auch Neugier und Eigenmotivation sind gefragt.

Das bekommt man:
Man kann den Fragen nachgehen, die einen interessieren. Zudem erhält man im Gegensatz zu den meisten Berufstätigen ein hohes Maß an Freiheit in der Arbeitsgestaltung. Auch der internationale Austausch auf Konferenzen in aller Welt gehört zum Forscheralltag. Auf einer Postdoc-Stelle an der Uni verdienen promovierte Wissenschaftler monatlich rund 3300 Euro brutto. In der freien Wirtschaft verdienen Forscher etwa ein Fünftel mehr.

Das wird spannend:
Hitzige Fachdiskussionen mit Kollegen können nervenaufreibend sein, treiben einen aber auch an, seine Position zu schärfen.

Das wird schwierig:
Wer ganz auf die Uni-Karriere setzt, muss nicht nur sehr gut sein, sondern braucht auch Glück. Denn wer den Sprung auf die Professur nicht schafft, hat wenig Chancen, langfristig an der Uni zu forschen, weil unterhalb der Professorenebene kaum passende Stellen vorhanden sind.

DAS ZITAT

Werner Finck sagt:

Eine Konferenz ist eine Sitzung, bei der viele hineingehen und wenig herauskommt

Der Coach erklärt:
Der natürliche Lebensraum des Vorgesetzten ist der Sitzungssaal. Dort schart er sich mehrmals täglich mit Artgenossen um einen Tisch. Dabei kommt es zu Rangkämpfen, wie man sie von Hirschen kennt; wer dem anderen ins Gehege kommt, muss mit heftigen Attacken rechnen. Solche Kämpfe werden von Gleichrangigen ausgefochten, um dem ranghöchsten Tier zu imponieren.

So – oder so ähnlich – könnte ein Eintrag im Tierlexikon über die Gattung Vorgesetzter und ihr Biotop beginnen. Aber sind Sitzungen nicht wichtig, damit Probleme gelöst werden können? Wie der Kabarettist Werner Finck sagt: Nein. Die einzige Fähigkeit, die erwiesenermaßen zunimmt, wenn man in großer Runde über Probleme redet, ist die Fähigkeit, in großer Runde über Probleme zu reden.

Eine Umfrage unter 800 Führungskräften im deutschsprachigen Raum ergab: Sieben von zehn Teilnehmern halten Meetings für schlecht vorbereitet. Sechs von zehn sagen, Meetings verzögerten Arbeitsabläufe. Und jeder Zweite sieht Verantwortlichkeiten nur unzureichend geklärt. Direkt nach der Umfrage, befürchte ich, sind die Chefs ins nächste Meeting gehüpft; ein Drittel gab an, jeden Tag drei bis vier Stunden zu konferieren. Macht, aufs Berufsleben hochgerechnet: schlappe 20 Jahre Meetings!

Woran kranken Meetings? Erstens: Es gibt zu viele davon! Wie wäre es, den Dialog auch außerhalb des Sitzungsraums zu pflegen? Alltägliches lässt sich im Alltag klären, es muss nicht in eine Sitzung ausgelagert werden. Wer öfter mal im Büro seiner Kollegen vorbeischaut und sich abstimmt, findet unkomplizierte Lösungen. Je weniger Meetings nötig sind, desto besser ist die Organisation!

Zweitens geht es bei Meetings oft nicht um die Sache, sondern nur um die Macht. Eine Abteilung marschiert gegen die andere auf, ein Teilnehmer profiliert sich auf Kosten des nächsten. Wer vor dem Meeting ein Sachproblem hatte, ist danach einen Schritt weiter – er hat zusätzlich ein Beziehungsproblem!

Und drittens: Wenn schon Meetings, dann bitte auch mit denjenigen am Tisch, die von der Sache am meisten verstehen. Wenn Manager über ein neues Einkaufssystem debattieren, ohne dass ein Einkäufer dabei ist, verkommt der Meetingraum zur Insel der Ahnungslosen. Das führt zu Fehlentscheidungen. Und das macht Mitarbeiter zu Trotzköpfen: Sie torpedieren diesen Beschluss im Alltag, bis er gescheitert ist. Womit ein neues Problem entstanden ist. Zeit fürs nächste Meeting! MARTIN WEHRLE

Unser Autor ist Coach. Sein neues Buch heißt »Ich arbeite in einem Irrenhaus« (Econ)

LESERBRIEFE

DIE ZEIT

Aus N°:
18
28. April 2011

AKTUELL ZUR ZEIT NR. 19

Entsetzlich

Titelthema:
Der Fluch des Bösen

Die einzig kluge politische Entscheidung nach der Exekution eines bereits schwerkranken Menschen besteht darin, diese Bilder nicht zu veröffentlichen.
Annette Hund, Berlin

Alttestamentarisch, in weit vorchristlicher Zeit, hätte man die Ermordung Osama bin Ladens vermutlich als gerecht empfunden. Dass aber der heutige amerikanische Präsident, examinierter Jurist, zudem mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, solch einen unwiderruflichen Akt der Selbstjustiz lobpreist: »Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan«, entsetzt mich.
Eva Matern-Scherner, Hösseringen

Die Terrororganisation al-Qaida oder die afghanischen Taliban feiern ihre Symbolfigur als Märtyrer. Vergeltung für den Tod von Osama bin Laden wird es irgendwo auf diesem Globus bestimmt geben. Solange die USA als letzte verbliebene Weltmacht auf diesem Globus den Welt-Sheriff spielen und nach Belieben Krieg gegen Staaten führen, bleibt der Wunsch nach einer friedlichen Welt ohne Terrorismus ein Traum.
Albert Alten, Wernigerode

Traurig, wie ach so bibelfeste Amerikaner auf den Straßen tanzen und feiern, als ginge es um einen Sportevent. Das wird dann von manchen konservativen Politikern und Medienvertretern bei uns verteidigt, die sonst ständig die Verrohung der Gesellschaft anmahnen.
Markus Meister, Berlin

»So jemalt«

Manfred Schwarz: »Der vollkommene Bourgeois« NR. 18

Die Bilder des im Alter von nur 51 Jahren gestorbenen Edouard Manet ausgerechnet gegen das Spätwerk Liebermanns auszuspielen, der mit 75 Jahren die Ermordung seines Vetters Walther Rathenau und mit 86 den Fackelzug zur »Machtergreifung« Adolf Hitlers miterleben musste, ist aberwitzig und geschichtsblind. Liebermann hat in jüngeren Jahren dem Durchbruch der Moderne auf die Sprünge geholfen. Über die Zeit seiner »inneren Emigration. In seinem Garten«, wie Manfred Schwarz schreibt, schrieb der 87-jährige Liebermann 1934 selbst: »Ich lebe nur noch aus Hass. Ich schaue nicht mehr aus dem Fenster ... – ich will die neue Welt um mich herum nicht sehen.«
Und noch ganz nebenbei sei in Abwandlung des berühmten Liebermann-Satzes über einen angeblich zu langen Arm auf einem Bild Cézannes zu seinen angeblich spießigen Blumenbildern angemerkt: Wenn sie so jemalt sind, können es jar nicht jenug sein.
Peter Christian Hall
Frankfurt am Main

Zum Titelthema »Verzettle dich nicht!«, ZEIT Nr. 18

Schuld und angemessene Strafe

Dagmar Rosenfeld: »Täter aus gutem Haus« ZEIT NR. 18

Die Unschuldsvermutung ist keine psychologische Einschränkung des Tatverdachts, durch welche Tatverdacht und Unschuldsvermutung sich aufheben würden. Vielmehr ist sie eine Lehre aus der Erkenntnis, dass mit jedem Tatverdacht eine Schuldvermutung verbunden ist. Diese unterstellte Schuld ist immer in Gefahr, sich nach Art einer selbst erfüllenden Prophezeiung selbst zu bestätigen.
Die Unschuldsvermutung gebietet demgegenüber eine Offenheit des Strafverfahrens, die bis zum Urteil Schuld und Nichtschuld in gleicher Weise einkalkuliert. Dies schützt nicht nur einen tatsächlich zu Unrecht verdächtigten Bürger. Denn unser Strafverfahren will auch die innere Seite eines Verbrechens ermitteln; es fragt, wie schuldig sich ein Mensch gemacht hat, um so eine angemessene Strafe zu begründen. Kein noch so grausames Video kann hier alleine Antwort geben, und auch deshalb ist die vermutete Schuld (der Verdacht also) zwar Voraussetzung, nie aber alleinige Rechtfertigung von Untersuchungshaft.
Wir werden die im Einzelfall nicht immer befriedigenden Folgen der Unschuldsvermutung weiter ertragen müssen. Dies ist kein zu hoher Preis für eine Rechtsordnung, bei dem die Freiheit des Einzelnen auch im Strafprozess Maß und Maßstab bleibt.
Jens-Christian Pastille, Berlin/Riga
Rechtsanwalt

Immer wieder prallen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und das von der Justiz hochgehaltene Rechtsstaatsprinzip aufeinander. Immer häufiger gibt es ernsthaften Dissens.
Hirnforscher und Psychologen lehren uns, dass in Hirn und Herz des Übeltäters ganz andere Abläufe stattfinden als gemeinhin angenommen. So fragt zum Beispiel der Richter: »Wissen Sie denn nicht, dass man einen Menschen nicht grundlos niederschlagen darf? Haben Sie etwa keine Vorstellung davon, dass heftige Tritte gegen den Kopf eines Menschen zu dessen Tod führen kann?« – »Doch!«, sagt der Angeklagte. Man will ja nicht blöd sein oder jedenfalls nicht als solcher behandelt werden. Tatsächlich hat – wie die Erfahrung lehrt – der Täter sich bei der Tat nichts gedacht, allenfalls »Scheiße!«, als Zusammenfassung seines bisherigen Lebens. Aus diesem Dissens entsteht zwangsläufig das Missverständnis, der Täter habe Tathergang und Folgen voll im Griff gehabt und könne Ähnliches künftig vermeiden. Über Rückfälle wundert man sich dann.
Wieso lernen dann Juristen nicht dazu? Psychologie und Hirnforschung gibt es seit einigen Jahrzehnten, gestraft wird seit Jahrtausenden. Der Wunsch, selbst richtig zu handeln, spannt die Falle der Selbstgerechtigkeit. Den Durchbruch einer neuen Sicht werden die meisten in ihrer Dienstzeit nicht mehr erleben. Das verstellt den Blick auf die Notwendigkeit neuer Reaktionen auf Unrecht.
Hans H. Paehler, per E-Mail
Richter am Amtsgericht i. R.

Ich bin froh, dass die Täter keine Ausländer waren, sondern einer der Täter nur der Sohn eines Rechtsanwaltes war. Denn als Ausländer wäre wohl die U-Haft unumgänglich gewesen und wären dem Steuerzahler die Kosten auferlegt worden. Das bleibt uns erspart. Und da können gesetzestreue Bürger es sicherlich nur gut finden, wenn man jemanden, der einfach nur »Streit gesucht hat«, wenigstens erst mal Haftverschonung gewährt.
Ralf Hirnrabe, Giebelstadt

Sie sind wie wir

Pro und Contra: »Soll der Westen den Krieg verschärfen?« NR. 18

Dass es in Libyen nur um die Macht des Westens geht, ist eine grobe Vereinfachung, die verkennt, dass diese Intervention gerade nicht in einer Linie mit dem Afghanistan- oder Irakkrieg steht, sondern eine neue Dimension hat. In Afghanistan und im Irak ging es darum, reale oder fiktive terroristische Bedrohungen in einem feindlichen Kulturraum zu bekämpfen. In Libyen jedoch engagiert sich der Westen, weil er sich schlagartig bewusst geworden ist, dass die Menschen im Maghreb nicht zu einer uns völlig unverständlichen Kultur gehören, sondern genauso sind wie wir – nur ärmer und schlechter regiert! Ein Rückzug aus Libyen, der die befreiten Gebiete dort schlagartig sich selbst überließe, würde dieses neue Gefühl der Ähnlichkeit untergraben und den Boden für einen »Kampf der Kulturen« bereiten.
Dr. Dirk Kerber, Darmstadt

Der Libyen-Krieg beweist wieder einmal die Doppelmoral der Nato-Mitgliedstaaten. Aus den Kriegen um Öl und gegen al Qaida, Saddam Hussein und die Taliban wurde rein gar nichts gelernt. Wie Saddam Hussein so wurde auch Muammar al-Gadhafi jahrelang vom Westen hofiert und mit modernsten Waffensystemen ausgestattet. Müssen wir uns da wundern, wenn jetzt die Rebellen in Libyen gegen Gadhafi allein nichts ausrichten können? Mit Luftangriffen kann die Nato Gadhafi auch nicht wirklich besiegen.
Wäre es nicht besser gewesen, Obama und seine Verbündeten hätten sich stattdessen für einen UN-Beschluss stark gemacht, der es unter Androhung von drastischen Strafen jedem Staat auf der Erde grundsätzlich verbietet, Kriegswaffen an Diktaturen, Diktatoren und in Krisengebiete zu liefern?
Roland Klose, Bad Fredeburg

Wie Grausamkeit entsteht

Interview mit Terry Eagleton: »Höllische Freude« ZEIT NR. 18

Eagletons Antwort auf die Frage nach den Ursachen, die einen Menschen zum Mörder machen könnten, erstaunt ein wenig. Man wisse hierüber viel zu wenig. Es gibt durchaus wissenschaftliche Ergebnisse, die Evidenz liefern können.
Insbesondere stehen hier Erfahrungen aus der Kindheit im Fokus. So ist mittlerweile überzeugend nachgewiesen, dass aggressives Verhalten zwischen Generationen sozial tradiert wird. Wer als Kind Gewalt erfährt, wird als Erwachsener häufiger selbst gewalttätig. Eine sichere, haltgebende und nachhaltig stressreduzierende Bindung im frühen Kindesalter fördert die Entwicklung des präfrontalen Kortex, der wesentlich für Impulskontrolle, Empathie und moralisches Empfinden verantwortlich zeichnet.
Diese Erkenntnisse fügen sich auch sehr gut in den Rahmen der psychohistorischen Forschung, die überzeugend nachweist, dass Grausamkeit, kulminierend in völkermordenden Diktaturen, sich bevorzugt in Gesellschaften entwickelt, die die emotionalen Bedürfnisse, insbesondere der jüngsten Kinder, gravierend vernachlässigen. Ermutigend ist hierbei, dass die Psychohistorie über den Verlauf der letzten Jahrhunderte, trotz zeitweiliger Rückschläge, eine insgesamt positive zivilisatorische Entwicklung nachweist.
Dr. Rainer Böhm, Bielefeld

Ihre Zuschriften erreichen uns am schnellsten unter der Mail-Adresse:
leserbriefe@zeit.de

Beilagenhinweis

Die heutige Ausgabe enthält in einer Teilauflage Prospekte der Verlagsgruppe NEWS GmbH, A-1020 Wien

Laxe Moral

K. Bund, G. Hamann und W. Uchatius: »Der Raubüberfall« ZEIT NR. 18

Wie treffend beschrieben, hat Steuerzahlen keine Lobby, und das Finanzamt repräsentiert das Böse – und ist auch noch ungerecht. Nicht erwähnt wird, dass die meisten Steuerklagen aus formellen Gründen gewonnen werden: Die Steuergesetze sind handwerklich so schlecht, dass das Gericht nicht in der Sache gegen das Finanzamt entscheidet, sondern weil die Handlungsgrundlage für das Finanzamt nicht belastbar ist.
Der Artikel legt den Finger in eine Wunde unserer Gesellschaft.
Axel Felsch, Hamburg

Es fehlt noch etwas: Arbeitgeber, vorwiegend Baufirmen in West und Ost, beschäftigen Leute nur auf 400-Euro-Basis, die restliche Zeit arbeiten sie schwarz gegen Cash. Das Arbeitsamt stockt das Einkommen noch auf. Wer zahlt das letztendlich? Der Steuerzahler! Zu wenige Razzien und zu niedrige Strafen für die Arbeitgeber!
Christel Fichtner
Sandersdorf

An der laxen Steuermoral in Deutschland wird sich nicht viel ändern, wenn zwei Grundübel bestehen bleiben:
Erstens die verworrenen Steuergesetze mit zig Ausnahmen, Sonderregelungen und so weiter. zweitens die Verschwendung von Steuergeldern, nachzulesen in Berichten des Steuerzahlerbundes und des Rechnungshofes.
Brigitte Hoff, per E-Mail

Verschönt

Prominent ignoriert: »Kurz behoste Männer« ZEIT NR. 18

Hölderlins Beitrag zur Weltliteratur in allen Ehren – wieso man sich im 21. Jahrhundert von einem Hypochonder, der höchstwahrscheinlich einen großen Teil seines Lebens in engen Kniebundhosen zugebracht hat, vorschreiben lassen soll, dass nur Frauen schön zu sein haben, bleibt unerklärt.
In konsequenter Folge werden wir hoffentlich demnächst Beiträge über die Unschicklichkeit von Hosen und Erwerbsarbeit für Frauen sowie die Vorzüge von Eiswasser und Kernseife gegenüber Deo und Bodylotion für Männer finden.
Florian Dietrich, Berlin

DIE ZEIT DER LESER

Liebe ZEIT-Leserinnen und -Leser, lange gab es auf dieser Seite jede Woche die Rubrik »Das regt mich auf«, und oft haben sich spannende Debatten aus Ihren Beiträgen entwickelt. Wenn die Weltreise von Sabine Kröner demnächst zu Ende geht, könnten wir »Das regt mich auf« fortsetzen. Sollen wir? Oder wollen Sie gar nicht wissen, was andere Leser aufregt? Oder gibt es Ärgerliches, von dem Sie uns gleich erzählen möchten? Schreiben Sie an leser@zeit.de! Wir sind gespannt. WL

Mein Wort-Schatz

Im Grunde ist mein Wort-Schatz ein Schimpfwort, aber da er so herrlich altmodisch ist, würde ich sogar sagen, er klingt ein bisschen vornehm. Wenn ich über etwas erstaunt bin und darüber, was mir jemand zumutet, auch ein wenig befremdet bis ärgerlich: Was steht mir zur Verfügung? »Ach du Sch ...!«, nein, das gebrauche ich nie. »Mein lieber Schwan!«? Nein, zu sehr Lohengrin. Viele sagen oder schreiben gar »Weia!« – im Grunde auch Wagner: »Wagala weia, woge, du Welle«. Also: nein! Oder: »Mann, ej!« oder »Menno!«? Nee! Da ich ein freundlicher und langmütiger Mensch bin oder zumindest so tue, will ich den Gesprächspartner nicht gleich selber ärgern. Und so passt mir ein Wort am besten, das das Gegenüber überrascht und die Zumutung gleich ein wenig entschärft, wie ich meine: **»Schockschwerenot!«**
Ich hörte das, wenn ich mich recht erinnere, erstmals in *Cyrano de Bergerac* (einer der jungen Soldaten wagt es, über die große Nase des Titelhelden zu sprechen, worauf dieser es ausruft).
Ich habe mit diesem Wort immer den erwünschten Erfolg: Der, der mich ärgert oder ärgern wollte, ist erst mal baff. Ich bekam sogar mal das Kompliment, ich sei der einzige Mensch im Bekanntenkreis, der dieses Wort verwende.
»Schockschwerenot« ist übrigens präzise. Das Wort bezeichnet doch genau das, was man angesichts einer überraschenden Zumutung empfindet: erst einen Schock, dann eine schwere Not bei der Suche nach der angemessenen Reaktion.

Jürgen Hartmann, Stuttgart

Schicken Sie Ihre Beiträge für »Die ZEIT der Leser« bitte an:

leser@zeit.de
oder an
Redaktion DIE ZEIT,
»Die ZEIT der Leser«,
20079 Hamburg

Die Redaktion behält sich die Auswahl, eine Kürzung und die übliche redaktionelle Bearbeitung der Beiträge vor. Mit der Einsendung eines Beitrags erklären Sie sich damit einverstanden, dass der Beitrag in der ZEIT, im Internet unter www.zeit.de/zeit-der-leser und auch in einem ZEIT-der-Leser-Buch (Sammlung von Leserbeiträgen) veröffentlicht werden kann

Zeitsprung

2009

2010

Seit Jahren verbringen wir unseren Sommerurlaub auf der Insel Rügen. Jedes Jahr kommen ein paar neue Ferienunterkünfte und Touristenattraktionen hinzu, aber es sind auch die kleinen Veränderungen, die uns auffallen und die das Immer-Wiederkommen interessant machen. So war im Sommer 2009 dieses Holzschild, das im Hafen von Sassnitz den Liegeplatz eines Schiffes markierte, kaum mehr zu lesen. Doch vergangenen Sommer glänzte es mit einem neuen Anstrich.

Carola Bührmann, Oldenburg

EIN GEDICHT!

Klassische Lyrik, neu verfasst

Buch und Bach

(nach J. W. v. Goethe, »Willkommen und Abschied«)

Es schlug mein Herz, geschwind zum Buche!

Ich las Gedichte in der Nacht;

Fand Silben, Reime, die ich suchte –

und deiner hab ich auch gedacht.

Du schliefst. Und Mondessternenstrahlen,

Die rasteten auf deiner Haut.

Sah deine Freude, deine Qualen,

Das Fremde und was mir vertraut.

Die Morgenröte ließ mich ruhen.

Du wecktest mich mit Radio-Bach.

Der Tag begann in unsren Schuhen.

»Was ist?« – Ich sagte leise: »Ach!«

Gabriele Herbst, Magdeburg

Eine kleine Weltreise ...

... aus traurigem Anlass« unternimmt Sabine Kröner, 55: Nach dem Tod ihres Mannes im vergangenen Jahr wollte sie durch neue Eindrücke Abstand gewinnen. Von Buenos Aires aus ist sie per Schiff um die Südspitze Amerikas und durch die Südsee gefahren, dann kam sie über Australien, Indonesien, Singapur und Myanmar auf die zu Indien gehörenden Andamanen-Inseln. Über Indien, die arabische Halbinsel und durch den Suezkanal wird die Reise weitergehen – bis nach Venedig.

Nach einem erlebnisreichen Tag auf den Andamanen habe ich meinen Geburtstag an Bord gefeiert, irgendwo im Golf von Bengalen. Am Vorabend war ich bis Mitternacht wach geblieben und hatte das Pooldeck für mich alleine. Schaute in den sternenklaren Himmel. Das Kreuz des Südens suchte ich und erspähte es auch endlich über dem Heck. Viele Erinnerungen stiegen in mir hoch. Mein Mann kannte sich in der Astronomie sehr gut aus und hat mir auf unseren Reisen immer den Sternenhimmel erklärt. Mars und Jupiter wollte ich noch finden, doch alleine musste ich resignieren.
Beim Frühstück erwarteten mich schon die ersten Gratulanten mit Gesang und Orchideen. Noch nie habe ich am Geburtstag so viele Hände geschüttelt und so viele Küsschen erhalten. »Zufriedenheit«, das war es, was mir die meisten wünschten. Sekt gab es den ganzen Tag, und beim Dartsturnier spielten wir um mein Alter. (Ich habe gewonnen.)
Zum Abendessen habe ich sieben Menschen, die mir besonders ans Herz gewachsen sind, an meinen speziell dekorierten Tisch geladen. Mit Ansprachen, Gedicht, Massagegutschein und Champagner aus Heidelberg werde ich beschenkt. Die wunderbare Katharina hat mir eine E-Mail geschickt, die ich zum allgemeinen Amüsement verlese. Wolfgang spielt meine Wunschmelodien, sogar Gianna Nannini. Unsere Stimmung wird immer ausgelassener. Nach einem weiteren Tanz um den Pool – diesmal ist es ein Cha-Cha-Cha – sinke ich glücklich in meine Federn. Eine Party mit so wenig Arbeit und so viel Personal hatte ich noch nie. Merci!

Sabine Kröner, zzt. 6° 13' Nord, 82° 22' Ost

SCHÖNE GRÜSSE

Lieber Herr Röttgen,

Foto: Hilgemann/Davids

als Bundesumweltminister wissen Sie bestimmt, dass in Italien die Ausgabe von Plastiktüten in Supermärkten und anderen Geschäften verboten wurde. Und es funktioniert tatsächlich, ich habe es selbst gesehen: 28 besetzte Kassen in einem einzigen Supermarkt, und jeder Kunde hatte eine Einkaufstasche dabei. Plastik gefährdet die menschliche Gesundheit (Bisphenol A und Weichmacher!) und verursacht gewaltige ökologische Probleme: So landen nach vorsichtigen Schätzungen jährlich mindestens 7000 Tonnen unverwüstliches Plastik im Meer. Im Nordatlantik sollen unvorstellbare 100 000 Tonnen Plastik in einem einzigen Riesenstrudel treiben. Zugegeben, lieber Herr Röttgen, die Energiepolitik ist knifflig. Aber das mit dem Plastiktütenverbot wäre doch ganz einfach, oder?

Christian Voll, Passau

Wiedergefunden: Ein Dokument der Armut

Für das Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen arbeite ich an einer Dokumentation über die Auswanderung nach Nord- und Südamerika im 19. und 20. Jahrhundert. Dabei fiel mir ein Foto aus Argentinien aus dem Jahr 1934 in die Hände, das mir richtig zu Herzen ging. Die Inflationsjahre in Deutschland um 1923 hatten viele, meist junge Menschen zur Auswanderung genötigt. In Amerika aber ging es vielen von ihnen schlechter als in der alten deutschen Heimat, wie sich in Briefen und Dokumenten erkennen lässt. So tragen die Kinder auf dem Bild Kleider und Schuhe, die ihnen Verwandte aus Deutschland geschickt haben. Für den kleinen Buben links aber waren wohl keine Schuhe dabei gewesen. So kaschierte man die Armut einfach mit einem Häufchen Laub.

Christa Lieb, Ludwigsburg

ALLTAGSKUNST

Die Kritzelei der Woche

Meiner zwölfjährigen Enkelin Jule hebe ich regelmäßig die *ZEIT*-Kinderseite auf und kaufe ihr die *KinderZEIT*-Hefte. Nachdem ich Jule auf die *Kritzelei der Woche* aufmerksam machte, schenkte sie mir zum Geburtstag diese Zeichnung, über die ich mich sehr gefreut habe. Als sie mir allerdings gestand, sie hauptsächlich während der Unterrichtsstunden gezeichnet zu haben, war ich kurz ratlos. Ich habe sie trotzdem gelobt.

Susanne Lange, Ulm

Was mein LEBEN reicher macht

Es ist unser 48. Hochzeitstag. Mein Mann mäht den Rasen. Am Abend sehe ich, dass er ein riesengroßes Rasenherz hat stehen lassen.

Gerlinde Benz, Baltmannsweiler

An einem leicht bewölkten Tag in ein kleines Segelflugzeug steigen und mit dem Windenseil auf 400 Meter Höhe gezogen werden. Dann unter den Wolken von Kiel bis zur Elbe segeln und sich an unserer wunderbaren Landschaft nicht sattsehen können. Über der Elbmündung kreisen – gemeinsam mit einem Seeadler.

Wolfgang Dasch,
Rumohr, Schleswig-Holstein

Ich komme aus dem Laden, besteige mein Fahrrad. Die Sonne hat den schwarzen Sattel für mich beheizt.

Hella Maas, Osnabrück

Das Foto unserer süßen Tochter Caroline. Sie steht im Garten und hat einen frisch gepflückten Apfel in der Hand. Das Foto wurde im August 2009 aufgenommen, da war Caroline 20 Monate alt. Am Samstag, dem 19. September 2009 haben wir uns zuletzt gesehen.

Walther Weih,
zzt. JVA Bielefeld-Brackwede

Mein Mann und ich haben vor einiger Zeit begonnen, jeder ein Instrument zu erlernen: er E-Gitarre, ich Saxofon. Mittlerweile können wir schon einen kleinen Blues zusammen spielen. Welch ein schönes Gefühl, selbst Musik zu machen! Ja, und auch, mit 40 Jahren noch einmal Schüler zu sein.

Martina Hömann,
Bisingen-Wessingen

Wieder den vertrauten Dialekt meiner Kinder- und Jugendjahre zu sprechen und zu hören, wenn ich – ich lebe seit über 40 Jahren in Norddeutschland – einen Besuch in meiner alten Heimat Württemberg mache.

Eberhard Leibbrand, Plön

Morgens vor dem ersten Weckerklingeln im Halbschlaf das gleichmäßige Atmen von drei Personen zu hören. Und so festzustellen, dass unsere beiden Buben (4 und 2) im Verlauf der Nacht zu uns ins Bett geschlüpft sind.

Raimund Nieß,
Heidenheim a. d. Brenz

Unser Auto ist krank, seit zwei Wochen, der Fehler unauffindbar. Also machen wir alles mit dem Fahrrad, auch den Einkauf. Mit dem uralten Anhänger aus Kleinkindertagen. Alles braucht viel mehr Zeit. Und plötzlich scheint es, als hätten wir viel davon: Zeit!

Wilfried Ludwigs, Niederzier

Das erste Mal nach einem langen Winter und Winterschlaf mit meiner Schildkröte durch den Garten zu laufen, mich gemeinsam mit ihr zu sonnen und das Gras unter den Füßen zu spüren.

Nina Lenz, Mühlacker

Mit meinen Freunden Marco, Christian, Holger und Michel viermal im Jahr mit unseren Mountainbikes durch den Pfälzer Wald zu schießen. Natur, Lachen und Freude pur!

Jochen Ruthardt,
Lauda-Königshofen

Freitagmorgens, pünktlich um zehn. Ich treffe mich mit meiner Mutter, 89, im Café. Zuerst tauschen wir die *ZEIT*. Mutter bekommt die erste Hälfte der aktuellen Ausgabe, ich bekomme die zweite Hälfte der Vorwoche zurück. (Im Laufe der Woche werden wir dann auch die andere Hälfte tauschen.) Wir trinken Cappuccino mit viel Sahne und reden über die Familie und den Rest der Welt. Ich möchte die Zeit anhalten.

Angelika Kratz, Geldern

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT UND KULTUR

PREIS ÖSTERREICH 4,10 €

12. Mai 2011 DIE ZEIT Nº 20

Die Angst vor Alzheimer

Gunter Sachs zog daraus die extremste Konsequenz und nahm sich das Leben. Was Hoffnung macht: Mediziner zeichnen längst ein positiveres Bild vom Umgang mit der Krankheit und den Patienten

WISSEN SEITE 37–40

Illustration: Smetek für DIE ZEIT

Fukushima, Libyen, die Tötung Osama bin Ladens: Die Deutschen wissen es immer besser. Gutmenschen nerven, findet Josef Joffe. Sie sind nötiger denn je, antwortet Katrin Göring-Eckardt

Politik Seite 2–4
Feuilleton Seite 49

Die Entzweiung

Einst ein verschworenes Duo, heute Erzfeinde: Hans-Peter Martin wird von seinem Protegé an den Pranger gestellt

Politik Seite 12

Schluss mit luftig

Die EU hat alles versucht, um Griechenland aus der Krise zu helfen. Jetzt hilft nur noch ein Schuldenschnitt VON UWE JEAN HEUSER

Der Fall Griechenland zerrt an Europa wie kein Problem zuvor. Doch das heißt nicht, dass sich der Kontinent ins Weiter-so flüchten darf. Er muss sich öffnen für etwas Unerhörtes: eine unerprobte Lösung mit ungewissen Folgen.

Aus Berliner Sicht sieht jede Antwort zunächst einmal gleich unattraktiv aus. Ob man Hellas aufs Neue rettet oder umschuldet, man macht sich unbeliebt.

»Retten« ist ein hübsches Wort, aber die Deutschen können es nicht mehr hören. Es kostet nur wieder Milliarden, und trotzdem beschimpft Europa uns, weil wir – und was könnte uns im Ausland unbeliebter machen – Disziplin im Gegenzug für unser gutes Geld verlangen.

»Umschulden«, die andere Möglichkeit, ist auch eine hässliche Sache, die im Englischen *haircut* heißt. Dabei würden die Griechen einen Teil ihrer Schulden einfach wegschneiden. Vergessen. Nicht mehr bezahlen. Auch das käme alle teuer zu stehen. Die Griechen, denen erst einmal niemand mehr Kredit gewährte, ebenso wie die Deutschen und andere, die ihnen Geld liehen und Teile davon nie mehr wiedersähen.

Europa will sich Ruhe kaufen. Aber die ist auch für Geld derzeit nicht zu haben

Retten oder nicht retten? Europa spielt eine neue Runde seines seit Ausbruch der Schuldenkrise währenden Spiels. Diejenigen, die – überwiegend mit anderer Leute Geld – großzügig neue Milliarden ausschütten wollen, positionieren sich als die guten Europäer. Die Skeptiker aus dem Norden stehen im Süden als Geizhälse da, obwohl doch alle gleichermaßen wissen, dass es ohne Europa nicht geht.

Wir erleben einen Austausch von Forderungen, Schuldzuweisungen und Dementis, in dem eigentlich niemand seiner Sache sicher sein dürfte. Sooft dieser Tage in Ministerien, Geheimrunden und Medien die Szenarien rauf- und runterbuchstabiert werden – keiner weiß annähernd, was kommt. Klar ist einzig, dass die Griechen mit dem ersten, 110 Milliarden Euro schweren Hilfspaket nicht auskommen und uns nicht nur Bürgschaften, sondern echtes Geld kosten werden. Viel Geld.

Eigentlich sollte Griechenland schon im Jahr 2012 wieder gesund sein, doch könnte die Genesung das ganze Jahrzehnt über dauern. Gleichwohl verlangen die EU, die Euro-Gruppe und die Zentralbank, dass Europa weiter für die Griechen bezahlt. Angeführt vom Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker, dem Vertreter des kleinen Luxemburgs, will das offizielle Europa Ruhe, was sie auch kostet. Bloß ist Ruhe nicht zu haben. Zwar beruhigen sich die Spekulanten in aller Welt, wenn Europa weiter zahlt. Aber was ist mit Bürgern und populistischen Politikern?

Schon jetzt sind viele erzürnt. Niemand schien europäischer gesinnt als der EU-Musterschüler Finnland – bis die europafeindlichen Rechtspopulisten im April fast 20 Prozent der Stimmen holten. In Deutschland spielen FDP-Politiker mit dem europäischen Feuer und torpedieren die deutsche Beteiligung am Rettungsfonds. Die Mehrheit haben sie nicht einmal in ihrer Partei hinter sich, wohl aber die Stimmung. Und wenn auch *Spiegel Online* gerade mit der Meldung überzog, die Griechen überlegten, aus dem Euro auszutreten: Selbst dort, im Land, in das so viel Geld fließt, wächst die Lust auf einen Befreiungsschlag, so desaströs seine Folgen wären.

Jeder verfolgt eigene Interessen im Spiel um die Zukunft des Euro. Der Rettungsfonds will weiter retten, die EU dabei mitregieren. Sogar die Europäische Zentralbank ist Partei, seit sie gegen den erklärten Willen des damaligen Bundesbankchefs Axel Weber die ersten Staatsanleihen kaufte. Käme es jetzt zum griechischen *haircut,* dann würde ihre Bilanz besonders stark leiden.

Nein, Ruhe wird in keinem Fall eintreten, auch nicht beim *haircut.* Deutschland wäre mit einem Schlag Milliarden los, einige seiner Banken brauchten neue Hilfen, und für Griechenland müsste Europa eine Art Marshallplan auflegen, damit der Südosten der Union nicht abstürzt. Und doch hätte der Schock etwas Heilsames.

Warum sind wir denn in einer fortdauernden Schuldenkrise? Weil Banken und Fonds zockten, als gäbe es kein Morgen – und der Staat, der nicht aufgepasst hatte, deshalb unser aller Geld retten musste. Wenigstens einmal sollten Finanzinstitute und Spekulanten mitbezahlen. Viele haben griechische Staatsanleihen gekauft. Griechenland umzuschulden würde deshalb das Signal an alle Hasardeure senden: Nehmt eure Verantwortung ernst, der Staat steht nicht immer für euch ein!

So ungewiss die genauen Folgen einer Umschuldung sind – allein das wäre ein ungemein wertvolles Signal. Was dagegen geschieht, wenn Europa immer weiterzahlt, zeichnet sich schon ab. Irland, seit einem halben Jahr unter dem Rettungsschirm, will weniger Vorgaben und niedrigere Zinsen. Wer wollte sie den Iren abschlagen, wenn die Griechen sie bekommen? Es gäbe kaum noch ein Halten. Europa kann eben nicht nur an zu wenig Solidarität zerbrechen, sondern auch an zu viel.

Sosehr sie die Gefahren einer Umschuldung beschwören, so beharrlich verschweigen die »guten Europäer« also, an welche Abgründe ihr eigener Weg führt. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wer der bessere Europäer ist, da haben alle führenden Politiker einschließlich Angela Merkel ihre Defizite. Die Frage ist vielmehr, was auf lange Sicht besser für Europa ist.

Die Antwort gibt die Wirklichkeit: Die Rettung Griechenlands hat trotz aller Milliarden nicht funktioniert. Europa sollte die Umschuldung wagen.

www.zeit.de/audio

Es grünt im Klub

Mit der Wahl Winfried Kretschmanns zum Ministerpräsidenten etabliert sich die dritte deutsche Volkspartei VON GIOVANNI DI LORENZO

Auch wenn man die Grünen nie gewählt hat, jetzt kann man ihnen nur Glück wünschen. Am Donnerstag wird die erste Landesregierung in Deutschland unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten vereidigt, und es steht dabei mehr auf dem Spiel als der Erfolg einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg, die für sich schon eine historische Zäsur in der Parteiengeschichte ist. Es geht auch um die Hoffnung auf politische Erneuerung in Deutschland und um die grundlegende Frage, ob und in welcher Form Volksparteien eine Zukunft haben.

Grün-Rot also – ein politischer Umsturz ausgerechnet in einem wohlhabenden Bundesland, das jahrzehntelang als Trutzburg von Parteien galt, die einst als bürgerlich bezeichnet wurden. Man hat das als fällige Reaktion auf eine 58 Jahre währende Herrschaft der CDU (mit zeitweiliger Hilfe der FDP) interpretiert. Als Ausdruck einer Stimmungswahl, die ohne die Reaktorkatastrophe in Fukushima undenkbar gewesen wäre.

Aber die Diagnose ist unvollständig, wenn sie nicht ein anderes Symptom berücksichtigt, das für die etablierten Parteien die stärkste Herausforderung seit der Wiedervereinigung darstellt: Noch nie waren die Präferenzen der Wähler so schwer voraussehbar, noch nie schienen sie so entschlossen zu sein, ihre Wut zu demonstrieren – sei es durch Wahlboykott, sei es durch die Stimmabgabe für eine Partei, die sie früher nie gewählt hätten. Das hat diesmal Grüne und SPD an die Regierung gebracht. Doch dieser Erfolg ist nicht mehr als eine Belobigung auf Bewährung.

Grün-Rot – ein politischer Umsturz ausgerechnet in Baden-Württemberg

Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist sich seiner Verantwortung offenbar bewusst. Schon in der Stunde des Wahltriumphs erinnerte er daran, nun gelte es, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, die zum ersten Mal Grün gewählt hätten. In Interviews sprach er davon, man wolle keine »feindliche Übernahme des Landes«, und er lobte den Amtsstil seines Vorvorgängers Erwin Teufel von der CDU. Auch wenn er vor der Wahl Wert auf die Feststellung legte, dass die Grünen eine volksnahe und keine Volkspartei sein wollten, weil dies ein überholter Begriff sei, so lassen diese Erklärungen doch den Schluss zu: Die Grünen unter Winfried Kretschmann sind auf dem besten Wege, das zu werden, was gemeinhin eine Volkspartei ist.

Nach der Definition von Parteienforschern zeichnen sich Volksparteien heute vor allem dadurch aus, dass sie ungefähr 30 Prozent der Wähler vertreten und durch ein relativ unideologisches Parteiprogramm wählbar für Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sind. Das klingt weit unattraktiver als das, was sie für die Bundesrepublik über viele Jahrzehnte tatsächlich gewesen sind: eine große Erfolgsgeschichte, jede Volkspartei für sich eine kleine Koalition, bestrebt, möglichst viele Menschen mitzunehmen, statt Standesinteressen oder Berufsgruppen zu vertreten.

Das alles haben die Grünen nahezu geschafft, und darin liegt eine Chance: In einer Zeit, in der die Zersplitterung der politischen Landschaft in lauter Klientelparteien befürchtet wird, könnte eine dritte Volkspartei entstehen – vorausgesetzt, die SPD, die zweite Volkspartei, bleibt auch eine.

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben kaum mehr als 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können, bei diesem Ergebnis ist ein Kriterium der Volkspartei schon nicht mehr erfüllt. Die Entscheidung Kretschmanns, der SPD dennoch die Mehrzahl und die wichtigsten Ministerien der Landesregierung zu überlassen, ist ihm als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden. Womöglich war es aber auch ein Akt der Klugheit gegenüber einem Partner, der sich tief gedemütigt fühlen muss. Das ist umso generöser, als Kretschmann und seine Mitstreiter in den Wochen der Koalitionsverhandlungen schwer an der SPD gelitten haben: Sie beklagten das Fehlen jeder politischen Fantasie, das Beharren auf Posten und alten Positionen.

Paradoxerweise stellte ein Erfolg von Grün-Rot in Baden-Württemberg für die SPD eher ein Risiko dar. Der Rest der Republik könnte sich an den Gedanken grüner Ministerpräsidenten gewöhnen, als Nächstes bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Aus dieser Gefahrenlage kommen die Sozialdemokraten nur heraus, wenn sie wieder Anker in die ganze Gesellschaft werfen, die sie aus Rücksicht auf ihre Parteibasis aus den Augen verloren haben, und bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten weniger auf die Stimmung der Parteifunktionäre als auf die Erfolgsaussichten bei den Wählern achten.

Auch in diesem Punkt haben die Grünen in Baden-Württemberg ein Beispiel gegeben: Vor einem Jahr, bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, stellte eine linke Fronde in der Partei dem Zugpferd Kretschmann noch misstrauisch ein Team zur Seite. Als Ministerpräsident hat er sich nun der Jahrhundertaufgabe zu stellen, in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas die Ökonomie des Landes mit der Ökologie zu versöhnen; nun muss er nach den aufreibenden Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 auch einen Konsens finden. Geschockt von einigen fanatischen Forderungen von Baum- und Bahnhofsschützern, plädiert er bereits für den »zivilisierten Streit«. Konsens? Zivilisierter Streit? Klingt verdammt nach regierungsfähiger Volkspartei: Willkommen im Klub!

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Bienen am Schaalsee. Wellen am sardischen Strand. Kleine Augenblicke, die verzaubern

Eine neue Videoserie unter
www.zeit.de/video-momente

PROMINENT IGNORIERT

Skandal auf Samoa

Dass der Inselstaat Samoa, bislang östlich der Datumsgrenze gelegen, beschlossen hat, um den Austausch mit dem westlich gelegenen Australien zu erleichtern, dessen Datum anzunehmen, also einen Tag zu überspringen, ist schlicht ein Skandal. Wenn jeder das Datum (»das Gegebene« notabene) nach Belieben festlegte, würden Schulden nicht getilgt, Geburten hinfällig, und dieses Glösslein wäre längst Makulatur. GRN.

kleine Abb. (v.o.n.u.): DZ-Grafik (nach einer Idee von Markus Roost); Mauritius

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnement Österreich,
Schweiz, restliches Ausland

DIE ZEIT Leserservice,
20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE:
20
66. JAHRGANG
AC 7451 C

4 190745 104005 20

DONNERSTALK

Gift im Parlament

Botox garantiert ewige Jugend. Es glättet nicht nur verräterische Falten, sondern vermindert auch die Denkleistung. Besonders das Sprachzentrum, das haben nun Forscher aus den USA herausgefunden, wird in Mitleidenschaft gezogen, weil die durch Lähmung reduzierte Mimik beim Gegenüber zu emotionalen Missverständnissen führen kann. Gesichtsmotorik ist für das Gehirn notwendig, um selbst einfache Sätze verstehen zu können. Sonst verarmt die emotionale Intelligenz. Doch des Skandals nicht genug. Dieses gefährliche Wurstgift wurde offensichtlich schon seit Langem an unwissenden Versuchspersonen ausprobiert. Den Verdacht hegte man ja schon lange, jetzt wurde er durch die Forschung bestätigt. Ausdruckslose Gesichter sind im Hohen Haus wäh-

Foto: Ingo Pertramer

Alfred Dorfer enthüllt das Rätsel der versteinerter Mienen im Hohen Haus

rend einer Plenarsitzung keine Seltenheit. Deshalb werden einfache Sätze, etwa »Bitte Ruhe im Saal!«, oft erst Stunden, nachdem sie ausgesprochen wurden, begriffen. Meist, wenn die Sitzung längst vorbei ist. Emotionelle Intelligenz ist bei diesen Zusammenkünften ebenfalls sehr selten anzutreffen. Die Reduktion des Sprachzentrums ist bei Budgetdebatten gang und gäbe. Offensichtlich gelangt bei diesen Experimenten an Mandataren eine noch sehr frühe Entwicklungsstufe des Nervengifts zur Anwendung. Zwar werden alle nervösen Reaktionen hervorgerufen, die Falten jedoch nicht gestrafft. Wo sind die Grünen, die sonst bei jedem Schweinestall protestieren, der ohne Minibar auskommen muss? Schluss mit diesen Menschenversuchen!

AUSSERDEM

Wer sonst?

Dem Werden und Wirken des berühmtesten Österreichers der Gegenwart widmet sich bereits zu Lebzeiten ein eigenes Museum; das widerfährt selbst Titanen nur nach ihrem Ableben. Arnold Schwarzenegger, Muskelheld, Kampfmaschinendarsteller, Kino-Ikone und zwei Amtsperioden lang Regierungschef von Kalifornien, befindet sich am Scheideweg. Zurück ans Actionfließband in der Filmfabrik, ins Ausgedinge von Venice Beach oder als Ambassanator für eine bessere Welt von Kontinent zu Kontinent tingeln? Allesamt keine erbaulichen Perspektiven. Osama haben dem Terminator die Navy Seals weggeschnappt, das Weiße Haus, das logische Ziel, wird dem Governator von der amerikanischen Verfassung verbarrikadiert. Jetzt hat sein ehemaliger Kabinettschef dem Magazin *Newsweek* die Königsidee anvertraut: President of Europe, wenn der blasse Belgier, *what's his name?,* demnächst in Pension geht. Genau, Arnie verkörpert ja gewissermaßen die europäische Schnittmenge. Bärenstark, aber zugleich weich wie ein schnurrendes Kätzchen, wenn es um Familie, Heimat und Apfelstrudel geht. Konservativ und zugleich ein grüner Visionär. Er kennt die brennende Migrationsproblematik aus eigener Lebenserfahrung: Auch er war einst mittellos an fremden Gestaden gelandet. Als Staatsbürger der USA steht er nun über dem kleinlichen nationalen Zank in der Union und weiß genau, wie solche *United States* zu funktionieren haben. Endlich hätten dann auch die wichtigsten Amis wie Henry Kissinger und seine Freunde eine Telefonnummer bei der Hand, die sie wählen könnten, wenn sie mit Europa sprechen wollen: *Hasta la vista, baby!* JR

Foto (Ausschnitt): Harald Schneider/hds/APA/picturedesk.com

Bessere Zeiten: Martin und Martin feiern den Wahlerfolg 2009

Die Zertrennlichen

Einst war Martin Ehrenhauser der größte Fan von Hans-Peter Martin. Jetzt stellt er seinen Mentor an den Pranger VON FLORIAN GASSER

Eigentlich wollte Martin Ehrenhauser immer schon einmal einen Spionagethriller schreiben. Einen, in dem sich Geheimagenten gegenseitig bespitzeln, einander austricksen, auf falsche Fährten locken und enttarnen. Für den Reißer fehlte dem Mandatar im Europäischen Parlament bislang die Zeit. Einen Grundkurs in der Kunst des Tarnen und Täuschens absolvierte er allerdings in den vergangenen fünf Jahren bei seinem Mentor Hans-Peter Martin. So erfolgreich, dass heute nicht mehr viel fehlt und er hat seinen Ausbildner mit dessen eigenen Waffen geschlagen. Den Meister hat der Schüler jedenfalls bereits jetzt übertrumpft.

Als der Zauberlehrling antrat, war er der »junge Hecht im Karpfenteich«. Gerne präsentierte er sich als die dynamische Nachwuchshoffnung an der Seite des Europarebellen, als das jugendliche Pendant des ergrauten Hans-Peter Martin. Heute wirkt Ehrenhauser verändert. Seine Stimme klingt hart, sein Blick ist kalt. Er hat sich einen Django-Bart wachsen lassen. Die Euphorie, mit welcher der 32-Jährige früher über seine politische Arbeit sprach, ist einem kalkulierten Tonfall gewichen. Er war einer der Letzten, die Hans-Peter Martin die Treue hielten und ihn bedingungslos verteidigten. Wer dem umstrittenen Europaparlamentarier am Zeug flicken wollte, bekam es mit dem Oberösterreicher zu tun.

Nun erhebt Ehrenhauser selbst schwere Vorwürfe gegen sein früheres Idol. Der Verbleib von rund einer Million Euro aus der Wahlkampfkostenrückerstattung für die Europawahl 2009 sei ungeklärt, möglicherweise habe Martin hohe Summen für den eigenen Gebrauch abgezweigt. Der selbst ernannte Saubermann ist schwer angeschlagen.

Mit größtmöglicher Empörung tritt Ehrenhauser derzeit vor Journalisten auf, erzählt von den ungeheuren Vorgängen, die er jahrelang nicht mitbekommen haben will. Martin habe die eigenen Ideale verraten, seine weiße Weste sei besudelt. Gut einstudierte, schmissige Phrasen, die gerne gedruckt werden. Und Ehrenhauser spricht bereits davon, dass es nun eine »neue Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft« brauche. Der Fall des Mentors könnte der Aufstieg des Zöglings sein – medial geschickt orchestriert.

Einst war er sein größter Fan und willfähriger Erfüllungsgehilfe. Martin und Martin nannten sich die beiden im Europawahlkampf 2009, als Martin Ehrenhauser vom Büroleiter zum Abgeordneten aufstieg und auf der Bürgerliste von Hans-Peter Martin kandidierte. Kennengelernt hatte sich das Duo drei Jahre zuvor. Ehrenhauser war gerade bei den Jungen Liberalen hinausgeflogen. Mit geheimen Unterlagen über den Baulöwen Hans-Peter Haselsteiner und den Lobbyisten Alexander Zach, der zugleich als Chef der Liberalen firmierte, wandte er sich an Hans-Peter Martin. Die Korruptionsaffäre, die er dadurch auslöste, war die Eintrittskarte des Politikstudenten bei dem EU-Rebellen. Ein Jahr später wurde er dessen parlamentarischer Mitarbeiter, kurz darauf avancierte er zum Büroleiter.

Unzertrennlich seien beide damals gewesen, erzählen ehemalige Mitstreiter. Sie teilten die Leidenschaft anzuecken und aufzudecken – nicht selten mit Mitteln an der Grenze des guten Geschmacks – und die Begeisterung für Fußball. Im Fat Boys, einer Sportkneipe in Brüssel neben dem Parlament, bekannt für ihre deftigen Burger, fieberten sie oft bei den Spielen ihres Lieblingsvereins Bayern München. »Die steckten rund um die Uhr zusammen. Man hatte das Gefühl, die wissen alles voneinander«, sagt eine ehemalige Mitarbeiterin. Hans-Peter Martin stellte seinem Schützling Journalisten vor, vermittelte Kontakte und brachte ihm die Tricks bei, mit denen sich jede Mücke zum Elefantenskandal machen lässt. Gemeinsam zogen sie in Psychokriege, für die sie mitunter ihr gesamtes Umfeld mobilisierten.

Etwa, als die Listendritte, Angelika Werthmann, nach den Europawahlen 2009 auf ihr Mandat verzichten sollte, damit Martin seinen Protegé ins Parlament hieven konnte. Mit Methoden aus der untersten Schublade sollte die Salzburgerin dazu gedrängt werden. Martins Frau schrieb eine Mail an Werthmann und fragte, ob sie als alleinerziehende Mutter ihre Funktion in Brüssel überhaupt ausüben könne und nicht Gefahr laufe, als »Rabenmutter« bezeichnet zu werden. Sogar Ehrenhausers Mutter warf der Mandatarin vor, sie würde die Karriere ihres Sohnes behindern. Doch Werthmann weigerte sich beharrlich, wurde später zur Persona non grata für die verschworene Clique. Schließlich verzichtete der Listenzweite auf sein Mandat – heute leitet er das Bürgerbüro von Martin Ehrenhauser in Wien.

Ehrenhauser wurde seinem Idol immer ähnlicher und vertraute ihm blind

Das Duo ging gegen jeden vor, der sich ihnen in den Weg stellte. In internen Sitzungen zielten sie gerne auch unter die Gürtellinie. »Fußballersprache« sei da gepflegt worden, sagt eine, die bei den Delegationssitzungen oft dabei war. »Das war schon sehr untergriffig und ging schnell ins Persönliche. Ehrenhauser wurde Martin immer ähnlicher.« Auch als Angelika Werthmann im vergangenen Sommer Hans-Peter Martin vorwarf, er habe Parteigelder hinterzogen, und aus der Delegation austrat, stellte sich Ehrenhauser schützend vor sein Vorbild. Dass sich seine Vorwürfe heute merkwürdig ähnlich anhören wie seinerzeit jene von Werthmann, begründet er damit, dass er keinen Einblick in die Finanzen der Partei besessen habe. Andere sagen, er habe dem egomanen Leitwolf einfach blind vertraut.

Doch nach der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes der Liste Martin am 29. September 2010, begann Ehrenhauser auf einmal Fragen zu stellen. Wie könne es sein, dass sich Ausgaben und Einnahmen der Liste auf den Cent gleichen? »Eine betriebswirtschaftliche Meisterleistung«, nennt er das heute. Warum er plötzlich aufmuckte, weiß keiner. Vielleicht wollte er endlich aus dem Schatten des Übervaters heraustreten, sich ein eigenes Profil zulegen und mehr sein als bloß die Stulpe an der »Hose«, wie Martin häufig wegen des extravagant weiten Schnitts seiner Beinkleider genannt wird. Die beiden Mandatare gingen auf Distanz, das Verhältnis wurde schnell frostig. Seitenlange Mails mit Anschuldigungen wurden gewechselt. Martin warf seinem Schützling vor, oft tagelang nicht zur Arbeit erschienen zu sein, sogar das habe er akzeptiert. »Freunde waren wir nie«, sagt Ehrenhauser heute, und der politische Stil Martins sei auch nicht unbedingt der seine.

Ehrenhauser orchestrierte derweil seinen Abgang. Unterlagen sollen ihm noch im Herbst zugespielt worden seien, die den Betrug belegen – Martin spricht davon, Ehrenhauser und seine Mitarbeiter seien seit August 2010 in sein Computersystem eingedrungen und hätten auch Gespräche mitgeschnitten. Ehrenhauser wandte sich an Mitstreiter der Liste Martin. Als noch niemand außerhalb Brüssels ahnte, dass sich Martin und Martin entzweit hatten, lotete Ehrenhauser bereits aus, auf wen er zählen könne, wenn die Bombe platzt. Auch Klaus Diekers, ein Schulfreund von Hans-Peter Martin, bekam einen Anruf. »Ich wollte, dass sich die beiden aussprechen, und bot an, das zu moderieren. Doch Ehrenhauser hat die Gesprächsangebote ausgeschlagen«, erzählt er.

Ehrenhauser zelebriert den Bruch mit allen Mitteln der Medienkunst

Nebenbei wurden ab Ende März Journalisten mehrerer Medien kontaktiert (darunter auch die *ZEIT).* Ehrenhauser lud zu vertraulichen Gesprächen, berichtete von seinen Anschuldigungen, blieb aber kryptisch genug, um vorzeitige Veröffentlichungen zu verhindern. Mit welchem Medium er bei der Aufdeckung zusammenarbeiten wolle, habe er noch nicht entschieden. Ein Interview sei Bedingung, ein Foto von sich würde ihm auch gut gefallen. Und eine Idee für den Inhalt des ersten Absatzes der Enthüllungsstory schwebte ihm ebenfalls vor. Während er medial die Entzweiung bereits vorbereitete, signalisierte er gegenüber Hans-Peter Martin noch Gesprächsbereitschaft, schlug einen Sitzungstermin in Wien vor – just für den Tag, an dem die Geschichte publik wurde.

Assistiert von einem Nachrichtenmagazin, ließ Ehrenhauser dann Mitte April die Bombe platzen: Er erstattete Anzeige gegen Hans-Peter Martin bei der Wiener Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf »schweren Betrug«, »Untreue« und »Förderungsmissbrauch«. Das Ende einer fast fünfjährigen politischen Zusammenarbeit war besiegelt, der Bruch endgültig. Im Wochentakt beliefert er nun Zeitungen mit immer neuen Details, gibt immer nur einen Teil der Unterlagen preis, um das Thema möglichst lange am Köcheln zu halten und der Gegenwehr seines Opfers keinen Raum zu geben. Immer neue Vorwürfe tauchen auf. Sich in diesem Dauerfeuer zu verteidigen ist unmöglich – der Zauberlehrling hat vom Hexenmeister viel gelernt.

Viele fragen sich inzwischen, warum Martin Ehrenhauser die Trennung nach allen Regeln der Kunst inszeniert. Er selbst sagt, er müsse sich möglichst weit von Martin distanzieren, um jeglichen Zweifeln vorzubeugen, er selbst habe etwas mit den dubiosen Vorgängen zu tun. Dazu würde wohl auch ein Interview genügen. Doch der neue Saubermann präsentiert sich nun als jemand, der noch Großes im Sinn hat und jetzt die Weichen für seine politische Zukunft stellen möchte. Dazu muss der Übervater rasch in der Versenkung verschwinden. Das erklärte ihm sogar unlängst noch Hans-Peter Martin. Im Oktober 2010 schrieb dieser in einer Mail an Ehrenhauser: »2014 hätten wir die besten Chancen, wenn wir gemeinsam kandidieren, mit meinen abgesicherten Medienauftritten und meinen persönlichen finanziellen Mitteln. […] Schwierig wird es sicher ohne meine explizite Unterstützung. Und ein Match gegen mich? Da hätte ich wohl auch die besseren Möglichkeiten.«

Im Sog der Bestechungsaffäre um den konservativen Parlamentskollegen Ernst Strasser sah Ehrenhauser wohl seine große Chance. Was nun kommen wird? Für Hans-Peter Martin könnte diese Affäre das politische Ende bedeuten. Ehrenhauser wird sich als Supersaubermann darstellen, der für die eigene Redlichkeit sogar seinen politischen Ziehvater opferte. 2014 wird er wohl versuchen, mit einer eigenen Liste anzutreten. Wer ihn dann allerdings wählen soll, steht in den Sternen.

IN DER ZEIT

POLITIK

2 **Interview** Kanzlerin Angela Merkel erklärt den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg

4 **Gutmenschen** Ist Deutschland ein Vorbild für die Welt?

5 **Libyen** Die ersten Kriegsopfer sind die Flüchtlinge

6 **Generation Rösler** Passen Familie und Politik zusammen?

7 **FDP** Ein Gespräch mit Philipp Rösler über seine Regierungspläne

8 **Pakistan** Die Islamisten freuen sich über arabische Revolutionen

9 **Syrien** Tagebuch

Ägypten Die neue Regierung kämpft gegen religiöse Gewalt

10 **Italienische Lektionen** Neapel

11 **Politische Lyrik** »Inkarnation«/ »Die Lebenden sind Legenden«

ÖSTERREICH

12 **Politik** Das Zerwürfnis zwischen Hans-Peter Martin und Martin Ehrenhauser VON FLORIAN GASSER

12 **Donnerstalk** ALFRED DORFER über die Auswirkungen von Botox auf die Politik

13 **Straßenkampf** Der neue Wasserwerfer 10 000 der Firma Rosenbauer aus Leonding VON STEFAN MÜLLER

14 **Artgenossen** Der wankende Mafiaparagraf und das Justiztheater in der Wiener Neustadt VON ALFRED J. NOLL

Freiheitliche HC Strache blieb dem Burschenschafteraufmarsch am Heldenplatz fern VON JOACHIM RIEDL

DOSSIER

15 **München** Ein Prediger will ein weltoffenes Islamzentrum gründen und gilt nun als Verfassungsfeind

20 WOCHENSCHAU
Eurovision Song Contest Die Geschichte eines Liedes aus Island

GESCHICHTE

21 **Ausstellung** Bayern feiert Ludwig II.

22 **CSU** Schon 1949 zeigte die Partei ihre Fähigkeit zum geschlossenen Sowohl-dafür-als-auch-dagegen

WIRTSCHAFT

23 **Euro** Rettung oder Schuldenschnitt – die Politik ist überfordert

24 **EZB-Chef** Angela Merkel stützt Mario Draghi

25 **Staatsschulden** Niall Ferguson über die Krise des Westens

26 **VW** Der Konzern will jetzt auch noch die meisten Laster bauen

Elektroauto Warum es falsch ist, nur die Autokonzerne zu fördern

27 **Kinderarmut** Die Not wird überschätzt, sagen Forscher

28 **Pharma** Die Industrie verdient zulasten von altersblinden Patienten Milliarden

29 **Lebensmittel** Ein Internetportal für Verbraucher ärgert die Industrie

30 **Kika-Skandal** GegenseitigeSchuldzuweisungen

Soziale Netzwerke Industriespionage wird erleichtert

31 **Telekom-Aktie** Das Urteil in dem Massenverfahren steht bevor

32 **Tunesien** Schwieriger Neubeginn

33 **Lettland** Positive Entwicklungen

34 **Ratenzahlung** Versicherer verschleiern die wahren Kosten

35 **Kohle** CO_2-Speicherung

ThyssenKrupp Der Konzern startet den fälligen Umbau

36 **Was bewegt …** Armin Falk, Ökonom und Verhaltensforscher?

WISSEN

37 **Alzheimer** Plädoyer für einen neuen Blick auf die Krankheit

39 Besuch in einem Heim für schwer demenzkranke Menschen

40 Wie pflegende Angehörige Urlaub machen können

41 **Infografik** Die Renaissance der Bilder in Medien und Wissenschaft

44 Der Medienforscher Michael Stoll über gute und schlechte Grafik

47 KINDERZEIT
Fremde Was es bedeutet, Flüchtling zu sein

48 **Kinder- und Jugendbuch** LUCHS – Anne-Laure Bondoux »Die Zeit der Wunder«

FEUILLETON

49 **Gesellschaft** Die Deutschen im Geisterreich der Moral

50 **Kulturgeschichte** Eine Ausstellung über das Schicksal

51 **Fernsehen** Gespräch mit RTL-Senderchefin Anke Schäferkordt

52 **Max Frisch** Er würde jetzt 100 – Wiederbegegnung mit dem Klassiker

53 Biografie, Essay-Sammlung und ein Bildband/Erfahrungen eines Journalisten mit Frischs Fragebogen

54 **Essay** Eberhard Straub »Zur Tyrannei der Werte«

Roman Nicolas Dickner »Tarmac«

55 Margaux Fragoso »Tiger, Tiger«

56 **Nachruf** auf Gunter Sachs

57 **Umbruch** Eine Ägypten-Reportage der Philosophin SUSAN NEIMAN

58 **Brüssel** Die Oper »Matsukaze«

Kunst Paul Pfeiffer in München

59 **Kunstmarkt/Museumsführer**

61 **Kino** »Joschka und Herr Fischer«

Kulturkanäle zdf.kultur

62 GLAUBEN & ZWEIFELN
Islamismus Der Prediger Pierre Vogel reagiert auf bin Ladens Tod

REISEN

63 **Schweiz** In Berzona fand der ewige Reisende Max Frisch ein Zuhause

65 **Eurovision** Ein Lob auf Düsseldorfs Kö, das Altbier und das japanische Viertel

67 **Seychellen** Wo William und Kate angeblich ihre Flitterwochen verbringen

CHANCEN

71 **Bachelor und Master: Ein Spezial auf 10 Seiten**

96 ZEIT DER LESER

56 Impressum

95 LESERBRIEFE

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

Fotos: Bodo Marks/picture-alliance/dpa (l.); schmiederer.com

Grüße aus Leonding

Sein Name ist WaWe 10. Er ist der dickste Brummer im Arsenal der deutschen Polizei – ein Qualitätsprodukt aus Österreich

VON STEFAN MÜLLER

Am 1. Mai schützte der nagelneue Wasserwerfer 10 000 die Rote Flora in Hamburg

Tag der Arbeit, Tag der Randale. Alljährlich wüten im Schanzenviertel von Hamburg wilde Straßenschlachten. In diesem Jahr riegeln am 1. Mai 2300 Polizisten in Nahkampfausrüstung die Krawallzone ab. Vor dem Kulturzentrum Rote Flora hat die Staatsmacht ihr mächtigstes Geschütz für urbane Konflikte aufgefahren: den nagelneuen Wasserwerfer 10 000 (kurz: WaWe 10), ein Ehrfurcht heischendes Qualitätsprodukt, made in Austria. Ein Reporter der *taz* beobachtet, dass immer wieder Schaulustige vor dem Ungetüm posieren und Erinnerungsfotos knipsen. Erst als Böller krachen und Leuchtraketen flitzen, legt das Monstrum los. Mit mächtigen Fontänen fegt es den Aufruhr von der Straße.

Leonding bei Linz. Wie ein schlafender Kettenhund lauert in einer riesigen Werkshalle ein graublaues Monster aus Alu-Blech zwischen einer kleinen Armada feuerroter Löschfahrzeuge. Sie sollen Brände löschen und Leben retten. Auf diese Produkte ist man stolz bei der Rosenbauer AG, einem der größten Feuerwehrausrüster der Welt. Nur um den WaWe 10 will man wenig Aufhebens machen. Das Gefährt ist die neue Wunderwaffe des deutschen Staates gegen Bürger, die Randale machen. Die »Cobra«, so die werksinterne Bezeichnung, die auch Reizmittel versprühen kann, sieht aus wie eine Mischung aus Schwerlaster und Terminator. Zehn Meter lang, 30 Tonnen schwer, 408 PS stark. Kostenpunkt: 900 000 Euro.

Insgesamt 78 Stück sollen bis 2019 nach Deutschland geliefert werden. Zwei davon wurden bereits in Hamburg und in Sachsen in Dienst gestellt – ungeachtet der Debatte um den Wasserwerfereinsatz von Stuttgart, bei dem der Rentner Dietrich Wagner sein Augenlicht verlor. Handelt es sich um eine Waffe? Nein, sagt die Polizei, genau wie die Verantwortlichen bei Rosenbauer; das »geschützte Tankfahrzeug« diene lediglich der Gewaltprävention. Der Kunststofftank des Wasserbehälters, der 10 000 Liter fasst, lasse sogar einen Einsatz als Trinkwassertransporter zu. Der Neue soll böse aussehen, kleinere Brände löschen und sich nur im Notfall – ein bisschen – in einen Wasser speienden Drachen verwandeln.

»Gewaltig, was wir in 14 Monaten auf die Beine gestellt haben«

In einem Büroraum in Leonding legt Wolfram Mücke, internationaler Vertriebsleiter bei Rosenbauer, Zeitungsberichte auf den Tisch. »Hier. Athen. Brandbomben gegen die Polizei.« Er zieht einen weiteren Artikel hervor. Darauf ein verkohltes britisches Feuerwehrauto. »Hier vorne wird ein Feuerwehrmann gerade scharf angebraten«, sagt er. Die Aufgabe von Wasserwerfern beschränke sich längst nicht mehr auf das »Studentenwaschmaschinentum«, Löschaufgaben würden wichtiger. Für den grau melierten Gentleman, dem die Law-and-Order-Rolle in einem John-Wayne-Western gut passen würde, ist die Sache klar: Die Anrüchigkeit des Produkts werde medial geschürt. »Unser Verständnis von so einem Fahrzeug ist es, Anarchisten auf Distanz zu halten, um Schlimmeres zu verhindern. Überhaupt produzieren wir diese Fahrzeuge nur fallweise. Das sind einfach Abfallprodukte aus dem Löschfahrzeugbau.«

Pumpen und Spritzen, die sonst auf Brandherde zielen, taugen genauso zur Abwehr rebellischer Bürger, weshalb es meist Feuerwehrausrüster sind, die solche Geräte bauen. Das Wort Abfallprodukt hört Projektleiter Helmut Ogris aber nicht so gerne. »Das ist das technisch komplexeste Gerät, das wir je gebaut haben«, sagt der Ingenieur: »Die ganze Mannschaft ist stolz darauf. Was wir hier in 14 Monaten auf die Beine gestellt haben, war gewaltig.« Viele Nächte hatte er wenig geschlafen. Achtmal war eine zwölfköpfige Polizeidelegation aus Deutschland zu Gast. In dem Leistungskatalog, den es zu erfüllen galt, sind 26 Jahre Erfahrung mit dem Vorgängermodell, dem in die Jahre gekommenen WaWe 9000 des deutschen Mitbewerbers Ziegler, eingeflossen.

Insgesamt ist das neue Gerät potenter, vor allem aber sicherer für die Beamten, die es steuern. Damit Steine nach unten abprallen, ist die Frontscheibe nach vorne geneigt; die schrägen Heck- und Dachelemente lassen Brandsätze abrollen. Gerät das Fahrzeug doch in Brand, treten die 15 Düsen des Eigenlöschsystems in Aktion. Das Seitenblech ist gegen Durchstiche mit Eisenstangen gerüstet; die Kabine hält dem Aufprall einer Betonplatte aus dem dritten Stock stand; Luftfilter und Klimaanlage sorgen für Frischluft, ergonomische Sitze und ein Kühlschrank für Komfort.

Bei der Außenwirkung sieht die Sache schon anders aus. Obgleich es den beiden Strahlrohrführern an ihren Joysticks und Bildschirmen am liebsten ist, wenn sie den Auslöser nicht drücken müssen. Bei bis zu 1200 Litern Durchflussmenge pro Minute und 65 Metern Reichweite – zwei Werfer sind vorne, einer hinten montiert – ist der 10 000-Liter-Tank nämlich schnell leer, und das Prinzip Abschreckung – inklusive Warnung über die Außenlautsprecher – hat seinen drohenden Wasserstachel verloren.

Im Herzen, dem sogenannten Würfel Fünf, sitzt der Kommandant, schräg hinter ihm haben die Rohrführer den Finger am Abzug, vorne rechts, neben dem Fahrer, nimmt ein Beobachter das Geschehen ins Visier. Im Ernstfall rollt der WaWe 10 ganz langsam zur Attacke und wird von Bodentruppen flankiert. Die Bilder aus den Werferkameras werden auf Festplatte gespeichert – um gesetzeskonformen Einsatz nachweisen zu können. Am wichtigsten sei es, die Emotion aus Konflikten zu nehmen, betont Rüdiger Spahr, Leiter der Abteilung Führungs- und Einsatzmittel der Hamburger Bereitschaftspolizei. Ende 2009 präsentierten die Hanseaten der Presse selbstbewusst den Prototypen. Heute will der Beschaffer, das deutsche Innenministerium, nichts mehr dazu sagen. Man gerate sonst schnell in Schieflage, meint ein Sprecher.

Unklar ist etwa, warum in Deutschland der »Mehrzweckeinsatzstock«, also die moderne Version des Polizeiknüppels, als Waffe gilt, ein Wasserwerfer hingegen laut Polizeidienstverordnung 122 lediglich ein »Hilfsmittel der körperlichen Gewalt« sein soll. Es komme immer darauf an, die Dinge richtig einzusetzen, sagt Rüdiger Spahr etwas kryptisch. Bleibt zu hoffen, dass die Eskalationsstufen eingehalten werden: Sie reichen vom Anfeuchten mit Wasserglocken – auch ein neues Feature der Hohlstrahlrohre, die ein Auffächern der Fontäne ermöglichen – bis zum Schießen mit dem Vollstrahl. »Werfen« heiße das, korrigiert Spahr. Die Kraft, die das Wasser in 25 Metern Entfernung auf einer kleinen Fläche entfalten darf, ist bei 12 Bar Betriebsdruck auf 30 Kilogramm beschränkt. Wer aus kurzer Entfernung in so einen Strahl läuft, riskiert Knochenbrüche und schwere Kopfverletzungen. Ihr Geschick an den Werfern, die an Entfernungsmesser gekoppelt sind, schulen die Beamten auf weitläufigen Testgeländen, wo sie bunte Plastiktonnen vollspritzen.

In Österreich gelten Wasserwerfer laut Waffengebrauchsgesetz 1969 zwar als »Dienstwaffe« – darüber sprechen will man aber auch hier nicht so richtig. In der Rossauer Kaserne, bei der Sondereinheit Wega der Wiener Polizei, stehen zwei Fahrzeuge von Rosenbauer. Auskunft bei der Pressestelle nur per E-Mail. Letzter aktiver Einsatz? 2003 – bei Protesten gegen den Korporationsball. Weiterführende Informationen? Fehlanzeige. »Sonst wäre ja ein Beamter blockiert«, schnauzt eine Sprecherin. Die beiden Fahrzeuge mit 4000 Litern Fassungsvermögen seien 2003 zugelassen worden. Davor habe es ein umfunktioniertes Feuerwehrauto mit Rosenbauer-Aufbau gegeben. Ende der Durchsage.

Vielleicht ist es der Polizei unangenehm, dass jenes kleine, schrottreife Relikt noch im April 2002, bei Krawallen um die Wehrmachtsausstellung, zum Einsatz gekommen war. Als der Wasserwerfer, Erstzulassung 1975, am 1. Juni 2010 im Dorotheum für 1600 Euro versteigert wurde, zeigte der Tacho 60 100 Kilometer. Komisch, dass auf den Videos von den Opernballdemos in den achtziger Jahren Beamte zu sehen sind, die mit Feuerwehrschläuchen improvisieren.

Der alte Wasserwerfer schaffte es nicht durch das Kasernentor

Im Innenministerium erinnert man sich an ein noch älteres Gerät; ein Ungetüm auf einem Steyr-Fahrgestell, im voll betankten Zustand mit einem Gewicht von rund 23 Tonnen. Angeblich zu schwer für so manche Wiener Straße mit gemauertem Kanal darunter. Um im leeren Zustand durch das Tor in die Rossauer Kaserne zu passen, musste jedes Mal Luft aus den Reifen gelassen werden. Einsatzhäufigkeit? Unbekannt.

Dass ein Staat sein Gewaltmonopol auch ohne Wasserwerfer ausüben kann, um sich solche Peinlichkeiten zu ersparen, beweist Schweden. Nach bösen Krawallen beim EU-Gipfel in Göteborg 2001 bekannte man sich lieber zu einem verstärkten Dialog mit Demonstranten. Teure Wasserwerfer diffenziert einzusetzen sei ohnehin schwer, sagt Kommissar Martin Lundin von der schwedischen Bundespolizei: »Der Effekt bei einem motivierten Gegner ist begrenzt. Auch die Symbolik ist nicht gut, legt man Wert auf Konfliktvorbeugung.«

Rosenbauer hat verschiedene Staaten in Europa mit Wasserwerfern versorgt, fallweise auch asiatische Länder – erinnert sich Vertriebsmann Mücke vage; die Sache sei vertraulich. Der Anteil am Unternehmensgewinn – 2010 waren es 40 Millionen Euro bei einem Umsatz von 596 Millionen – sei jedenfalls gering. »Was den Export betrifft, sind wir nicht im Waffenbereich«, versichert er: »Sonst wäre jedes Löschfahrzeug eine Waffe.« Ein Exportschlager könne der WaWe 10 schon deshalb nicht werden, weil die Hälfte seiner Bestandteile aus Deutschland stamme und die Wartung im Ausland zu aufwendig wäre.

Seltsame Kundenwünsche sind Mücke trotzdem zugetragen worden. »Das kann von weidedrahtartigen Stromschlägen beim Berühren der Außenfläche bis zur Heißwasseraufbereitung für den Dachwerfer gehen. Solche Blödheiten machen wir aber natürlich nicht.« Sagt es und lächelt. In einem neutralen Büroraum in Leonding.

DRINNEN

Vulkanische Aprikosen

Ein Neapolitaner in Wien: Paolo Cancro, 48, Lebensmittelhändler

Mit 16 Jahren trat ich erstmals als DJ auf. Von da an war mir Musik Passion und Beruf. Ich legte in Spanien, Schweden und Deutschland auf. 27 Jahre lang führte ich einen Musikvertrieb und verkaufte sehr viel von den alten, herkömmlichen Schallplatten. Irgendwann sah ich ein, dass die Menschen für Musikkonserven kein Geld mehr ausgeben. Also drehte ich das Licht ab und schloss meine Firma in Neapel.

Qualität war für mich immer das Allerwichtigste. Auch im Alltag. In diesem Fall spricht man von Lebensqualität. Man muss Zeit haben für sich selber, zum Genießen, zum Nachdenken. Es liegt nahe, dass man sich auch beim Essen auf Qualität konzentriert. Also machte ich mich eines Tages mit meiner Frau Donatella, die 25 Jahre lang im Versicherungsgewerbe tätig war, auf die Suche nach den besten Lebensmitteln Süditaliens. Wir fuhren von Markt zu Markt und besuchten jedes Wochenende Bauern. Wir durchstreiften Olivenplantagen. In Avellino aßen wir

Paulo Cancro stammt aus Süditalien. In Wien bringt er den Menschen süditalienische Esskultur nahe

Käse und fanden die dazugehörigen Rinder: braune Kühe, die vor 200 Jahren erstmals nach Kampanien gebracht wurden. Auf den vulkanischen Böden des Vesuvs entdeckten wir einzigartige Aprikosensorten, die schonend auf kleiner Flamme zu Marmelade verkocht werden. Dort sahen wir auch die Strauchtomatensorte Pomodorino del Piennolo, deren Früchte um einen Seilring geflochten zur Lagerung aufgehängt werden. In Sorrent suchten wir nach Zitrusfrüchten. Diese sogenannten Blondorangen und Zitronen wachsen auf Bäumen, die mit Strohmatten vor Wind und Kälte geschützt werden. Aus dieser Gegend kommen auch Brotzitronen, die, in feine Scheiben geschnitten und gezuckert, mit der Schale als Nachspeise gegessen werden. In der Umgebung von Neapel fanden wir einen Familienbetrieb, der Kaffee über Holzfeuern röstet.

Mit diesem Wissen gerüstet, übersiedelten wir vor einem Jahr nach Wien, wo wir Giorgia kennenlernten, eine Römerin. Mit ihr zusammen eröffneten wir im November ein Lebensmittelgeschäft in Margareten, das Donatella. 75 Quadratmeter, acht Sitzplätze, eine Kaffeemaschine, eine Kühlvitrine. Dort bringen wir den Wienern süditalienische Esskultur und Lebensphilosophie nahe.

Aufgezeichnet von ERNST SCHMIEDERER

A

ZEITGEIST

Hoffnung stirbt zuletzt

JOSEF JOFFE: Europa wird für Hellas bluten, um sich selber zu retten

Die Kassandras haben recht behalten: Geld- ohne Politikunion geht nicht. Vor zwölf Jahren hat Europa mit dem Euro den »Zug der Hoffnung« auf die Schiene gesetzt: 16 Lokomotiven mit 16 Führern. Die fromme Hoffnung? Jede Lok werde im gleichen Tempo – mit gleicher Steuer- und Ausgabenpolitik – fahren; sonst würden die Kupplungen brechen oder alle zusammen entgleisen.

Der Bruchpunkt ist jetzt. Um im Bild zu bleiben: Manche Lokführer, Athen vorweg, haben so lange so heftig geheizt, bis die Kohle ausging. Der Remeduren sind nur drei: 1. Athen nimmt Dampf weg, also spart und wird wieder wettbewerbsfähig. 2. Es wird zum europäischen Sozialfall, den die anderen mit ihrer Kohle alimentieren. 3. Hellas koppelt sich ab oder wird abgehängt.

Heute ist jede Lösung so hässlich wie die nächste. Griechenland, ein üppiger Sozialstaat mit verharzter Privilegienwirtschaft, kann nicht sparen. Trotz seiner Schwüre sind seine Schulden – private

Foto: Mathias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

wie öffentliche – im Vorjahr gestiegen, von 325 auf 340 Milliarden Euro. Und blähen sich weiter auf. Das Wachstum lag im vierten Quartal 2010 bei einem Minus von knapp sieben Prozent.

Weiter Kohle zuschießen? Griechische Bonds sind nach jeder Finanzspritze wieder abgestürzt; die Zinsen liegen bei 15 Prozent, die Rating-Agentur S&P hat die Papiere auf »B« gedrückt – weit unter »Müll«. Wer nun den Griechen Geld leiht, sollte es besser im Kasino verjuxen. Mit Glück kriegt er 70 oder nur 50 Cent auf den Euro zurück. Die Euphemismen für den Bankrott lauten »Umstrukturieren« oder »Umprofilieren«, sprich: Schuldenschnitt oder Stundung. Wie aber käme dann Hellas zu neuem Geld – bei einem Schuldenstand von 160 Prozent des Inlandsproduktes?

Also Abkoppeln (freiwillig) oder Abhängen (erzwungen), wie es der medienerprobte Ifo-Chef Sinn fordert? Erstens erlauben die Verträge den Rausschmiss nicht, und zweitens ist die Medizin mörderischer als die Sepsis. Noch bevor der Drachmen-Druck angelaufen wäre, bräche das Höllenfeuer aus: erst ein Run auf griechische Banken, dann Panikverkäufe von Griechenbonds im Ausland. Denn die Besitzer müssten kalkulieren, dass die Neo-Drachme etwa die Hälfte ihres Wertes gegenüber Hartwährungen verliert, die Griechen also doppelt so viel zurückzahlen müssten, was sie erst recht nicht könnten. Besonders pikant wäre die Lage in Deutschland, wo das meiste Gift bei Krisenbanken wie der HRE liegt. Schließlich: Wie würden die Pleitiers je wieder frisches Geld kriegen, um allein die steigenden Schulden zu bedienen?

Europa wird also weiter zahlen müssen – auch bei einem Schuldenschnitt. Denn auch dann gerieten die Euro-Zonen- und Griechenbanken mit jeweils 80 und 65 Milliarden an Schuldscheinen in die Bredouille, derweil EU, IWF und EZB 100 Milliarden wertberichtigen müssten. Finanzkrise II nicht ausgeschlossen. Fazit: Wer den Griechen hilft, hilft seinen Banken. Europa wird zuschießen und stunden müssen. Es lebe die Transfer-Union!

Wie lange? Bis der Euro-Zug nur einem einzigen Lokführer, also einer gemeinsamen Steuer- und Ausgabenpolitik gehorcht. Und wenn er bis dahin entgleist? Vertrauen wir auf den Bushido-Song: »Die Hoffnung stirbt zuletzt.«

Gespensterstunde

FPÖ-Chef Strache verweigerte den Totengedenkdienst. Im nationalen Lager steht er jetzt unter Beobachtung VON JOACHIM RIEDL

Es gehört zum guten Ton der, wertfrei formuliert, deutschnational gesinnten Kreise in Österreich, alljährlich am 8. Mai schwarzumflort in die Welt zu blicken. Es ist der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die 66 Jahre zurückliegt, und aus diesem Anlass erfasst die rückläufige Gruppierung der schlagenden Burschenschafter wagnerianisches Wehmutspathos. In Wien, vermutet sie, befinde sich an diesem Tag der Vorhof zu »Wallhalls prangender Burg« (so singt Brünnhilde in *Götterdämmerung)* am Äußeren Burgtor, dort wo im Ständestaatregime der 1. Republik ein Kriegerdenkmal für die Gefallenen der Habsburgermonarchie im vorangegangen Weltkrieg errichtet worden war.

Gleichviel, dorthin pilgern sie, bunt kostümiert und mit lohendem Fackellicht, um der Toten eines noch schlimmeren Blutbades zu gedenken, das einst der Nationalsozialismus verschuldet hatte, von dem sich heute das Trauerkorps natürlich in seinen Lippenbekenntnissen distanziert, schon allein, um seine Bewegungsfreiheit nicht zu gefährden. Meist kümmert das anachronistische Ritual nur wenige, es findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In manchen Jahren jedoch eskaliert der morbide Spuk zu einem Politikum, ruft Demonstrationen auf den Plan, erfordert ein Großaufgebot der Polizei und lähmt den Verkehr in der Innenstadt von Wien – vor allem immer dann, wenn sich einige prominente Figuren aus der Freiheitlichen Partei allzu vorlaut unter die akademischen Narbengesichter mischen.

In diesem Jahr war es wieder so weit. Am vergangenen Sonntag wurde der freiheitliche Parteiobmann Heinz-Christian Strache, der den Rest des Jahres lieber Discoprinz spielt, am Burgtor erwartet. In den vergangenen Jahren hatte er die deutschnationale Andachtsstunde gemieden. Diesmal wollte er, wie schon 2004, erneut eine »Totenrede« zum Besten geben. Es schien an der Zeit, vor dem harten Kern der Partei wieder einmal Gesinnung in Habtachtstellung zu zeigen.

Einige Hundertschaften der Polizei waren ausgerückt, um eine bunte und lautstarke Protestallianz auf Distanz zu halten. Wie ein Raubtierkäfig war die Totengedenkstätte eingegittert worden. Allein, der Stargast, wie das bei anderen Anlässen heißt, zog es vor zu kneifen. Lampenfieber vor der stimmgewaltigen Publikumskulisse? Das Kalkül, die Koalitionstauglichkeit nicht zu gefährden? Immerhin scharrt seine Partei derzeit an der Schwelle zur Regierungsbeteiligung, und das Gros der Wählerschaft gibt auf den völkischen Bombast keinen Pfifferling. Einerlei, auf italienischem Lega-Nord-Territorium fand Strache vorübergehend Exil.

Natürlich verprellte der Gedenkdienstverweigerer dadurch die nationalen Politkommissare, die sich wieder in den Kommandostrukturen der Freiheitlichen eingenistet haben. Deren Sprachrohr, der Europaabgeordnete Andreas Mölzer, grollte kryptisch auf seiner Heimatseite im weltweiten Netz über eine »politisch-moralisch-ideologische Bankrotterklärung«, die es zu vermeiden gelte, wenn Ehre weiterhin Treue heißen solle. Im nationalen Lager dürfte Strache nun unter Beobachtung stehen.

Vergeblich warteten die Totengedenker auf ihren Stargast Strache

Foto: Georg Hochmuth/APA/picturedesk.com

Zwar repräsentiert der deutschnationale Flügel nur eine Minderheit im Wählerreservoir. Doch der Unterstützung dieser Gruppe verdankte es Strache, dass er sich seinerzeit im innerparteilichen Machtkampf gegen Jörg Haider durchsetzen konnte, der fortan als »Verräter« galt. Jetzt soll das prekäre Vertrauensverhältnis wieder gestärkt werden, indem das künftige Parteiprogramm demnächst neuerlich ein Bekenntnis zur »deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft« beinhalten wird. Haider hatte seinen Recken einst den antiquierten Kampfbegriff aus dem teutonischen Credo kurzerhand gestrichen, weil er ihm nicht mehr opportun war.

In Abwesenheit Straches geriet die Gespensterstunde zur blamablen Farce. Die Heldenopabeschwörung wurde niedergejohlt und niedergetrillert. Dadurch ging im Lärm aus der antifaschistischen Fankurve der letzte Affront unter, den der Ersatzredner Wolfgang Jung, ein Mitglied des Wiener Gemeinderats, anbringen zu müssen glaubte: Man gedenke hier gleichermaßen aller Toten des Weltkrieges, las er vom Zettel ab – womit Opfer und Täter auf eine Stufe gestellt, Mörder und Ermordete in ein gemeinsames freiheitliches Massengrab geworfen wurden.

Erwartungsgemäß hatte die gesamte Regierung angesichts des Spuks ihren Kopf in den Sand gesteckt. Der Verweis darauf, dass der Jahrestag der endgültigen Befreiung vom NS-Regime doch eher ein fröhlicher Feier- denn ein Gedenktag in Nazi-Moll sei, hätte wohl sensible Nationalgefühle verletzen können. Schließlich wird man diese Leute höchstwahrscheinlich künftig noch für Koalitionsverhandlungen benötigt.

Das Spiel vom wankenden Paragrafen

Nachtrag zu einer Groteske: Kritik einer Aufführung am Justiztheater von Wiener Neustadt VON ALFRED J. NOLL

Das moderne Regietheater ist vielfältigen Anfeindungen ausgesetzt – oft zu Unrecht. Es kommt eben darauf an, wer die Sache leitet. Gehaltvollen Stoff vorausgesetzt, vermag eine kluge Führung des Ensembles Einsichten zu vermitteln, die man dem Stück in überkommener Darstellung nicht abzugewinnen können glaubte.

In der gerade zu Ende gegangen Aufführung des Landesgerichts Wiener Neustadt hatte man das Hornberger Schießen auf den Spielplan gesetzt. Die allenthalben bekannte Episode hätte vermutlich niemanden in den Saal gelockt, wäre nicht die Handlung in die Gegenwart versetzt und in skandalträchtiger Weise durch eine geschickte Abänderung der ursprünglich handelnden Personen neu belebt worden.

Erwartet wurde diesmal nicht der Herzog von Württemberg, der mit Salut empfangen werden sollte, sondern es wurde die Ankunft des Rechtsstaats in Aussicht gestellt. Nicht Kanonen ließ man donnern, sondern die Geschütze der Staatsanwaltschaft. Und am Ende der auf über 14 Monate ausgedehnten Aufführung waren es nicht die Postkutsche und auch keine Rindviecher, die auf die Stadt zukamen, sondern die Schlamperei der Polizei, forensische Unverhältnismäßigkeit und legistische Paranoia. So wie der Herzog niemals nach Hornberg kam, so erschien auch der Rechtsstaat niemals in Wiener Neustadt.

Der dramaturgische Kniff der Aufführung lag gewiss in der mutigen Verbindung einer auf den ersten Blick lachhaften Anklage gegen wild zusammengefangene Tierschützer mit der schier unendlich anmutenden Dauer der Aufführung. Wie sollte denn, so musste das Publikum schon bei der Lektüre der Ankündigung fragen, mit einer derart mittelmäßigen Anklage eine auf Unterhaltung und Erbauung zielende Aufführung gelingen? Diese Zweifel müssen auch den Autor befallen haben, als er das Stück erdachte – er gab der Regie daher Anweisungen, die sich zwar durch schöpferische Eigensinnigkeit auszeichneten, den Akteuren aber eine schier unendliche Freiheit bei der Realisierung einräumten. Der Witz der Komödie lag im Missverhältnis von strafrechtlicher Substanz und der Länge und Breite, in die man dieses Nullum vor dem Publikum ausbreitete.

Der Autor hatte seine Spielvorlage unter dem Titel *§ 278a StGB* in dürre Worte gekleidet:

»Wer eine auf längere Zeit angelegte unternehmensähnliche Verbindung einer größeren Zahl von Personen gründet oder sich an einer solchen Verbindung als Mitglied beteiligt, die, wenn auch nicht ausschließlich, auf die wiederkehrende und geplante Begehung schwerwiegender strafbarer Handlungen, die das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit oder das Vermögen bedrohen, oder schwerwiegender strafbarer Handlungen im Bereich der sexuellen Ausbeutung von Menschen, der Schlepperei oder des unerlaubten Verkehrs mit Kampfmitteln, Kernmaterial und radioaktiven Stoffen, gefährlichen Abfällen, Falschgeld oder Suchtmitteln ausgerichtet ist, die dadurch eine Bereicherung in großem Umfang oder erheblichen Einfluß auf Politik oder Wirtschaft anstrebt ...«

Was ließe sich daraus nicht alles machen – und was hat man daraus in Wiener Neustadt nicht alles gemacht! Jedes Wort des gewieften Werkes löst assoziative Verbindungen aus, die sich mühelos von Mafia bis bin Laden, vom Organhandel oder Waffenschmuggel bis zur Hühnerhaltung reichen.

Es gibt kritische Erörterungen des Stoffes sonder Zahl. Aber derartige Darstellungen leiden an Unanschaulichkeit und einer dem analytischen Zugang geschuldeten Unsinnlichkeit: Was Großartiges in diesem Stoff steckt, das lässt sich nur auf der Bühne zum Ausdruck bringen. Was wir heute über *§ 278a StGB* wissen, das wissen wir durch die Aufführung von Wiener Neustadt. Welch Potenzial in den wenigen Zeilen steckt, das lässt die Darbietung aber erst schemenhaft erahnen.

Lässt sich das Stück verbessern? Kaum. Wer hier glaubt, durch Präzisierung optimieren zu können, der nähme dem Stück das Wesentliche – just so, wie es ist, stellt sich das Stück als die Grundvoraussetzung für die Möglichkeit einer grenzenlos schöpferischen Interpretationsfreiheit dar. Will man sich das kostbare Gut kreativer Bühnenbearbeitung bewahren, dann wird man das Stück so nehmen müssen, wie es ist. Man würde darstellerischem Geschick Gewalt antun und ihm unerträgliche Grenzen setzen, wenn man sich zu zeitgeistig-geschmäcklerischen Änderungen hinreißen ließe.

Bleibt nachzutragen, mit welchem Effekt sich die Personen in Szene setzen konnten: Gewiss war es eine besondere Note der Inszenierung, dass sich das Haus entschlossen hatte, die junge Regisseurin auch im Stück selbst mit einer Hauptrolle zu bedienen. Sonja Arleth vermittelte während einiger Monate überaus nachvollziehbar das Bild einer überforderten Richterin, um dann mit einer besonderen Volte zu glänzen: Der Freispruch für alle Angeklagten kam ihr derart unvermittelt und die seit Monaten in der Luft liegende Schelte für die Ermittlungsbeamten derart leichtgängig über die Lippen, dass großes Lob gerechtfertigt scheint. Kaum je hat auf österreichischen Bühnen eine Protagonistin die Grenzen verbeamteter Wankelmütigkeit derart plastisch werden lassen. Selten noch haben sich Laiendarsteller derart gut in Szene gesetzt, und gar noch nie auf einer heimischen Bühne durfte man erleben, wie eine um die Rechtfertigung jedes einzelnen Subventionscents ringende Staatsanwaltschaft ausschließlich um des ersehnten Publikumserfolges willen an Unvertretbarem fest- und bis zur physischen Erschöpfung durchhielt. Eine fabelhafte Ensembleleistung vor einem klar konturierten Bühnenbild.

Es wird schwer werden, die Prägnanz und Aussagekraft dieser Aufführung zu wiederholen, zumal wir nicht hoffen dürfen, dass das ausschließlich durch Bundessubventionen in Höhe von knapp sechs Millionen Euro ermöglichte Spiel eine Wiederholung erfahren wird.

Der Autor ist Rechtsanwalt in Wien und Mitglied im Ausschuss der Wiener Rechtsanwaltskammer

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT UND KULTUR

PREIS SCHWEIZ 7.30 CHF

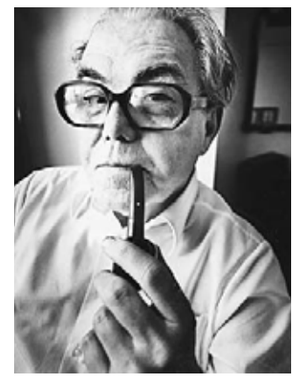
12. Mai 2011 DIE ZEIT N° 20

Die Angst vor Alzheimer

Gunter Sachs zog daraus die extremste Konsequenz und nahm sich das Leben. Was Hoffnung macht: Mediziner zeichnen längst ein positiveres Bild vom Umgang mit der Krankheit und den Patienten

WISSEN SEITE 37–40

Illustration: Smetek für DIE ZEIT



Auf ewig: Frisch

Aufführen! Warum er jetzt auf die Bühne muss

Raus aus der Klause! Der Schriftsteller als Redner

Politik Seite 12/13

Jüngster Hundertjähriger

Feuilleton Seite 52/53

Wandern im Holozän

Reisen Seite 63

Der alte Mann und das Drama der FDP

Ein Gespräch mit dem Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Und: Philipp Rösler versucht, sich die Zukunft vorzustellen

Magazin; Politik S. 7

Schluss mit luftig

Die EU hat alles versucht, um Griechenland aus der Krise zu helfen. Jetzt hilft nur noch ein Schuldenschnitt VON UWE JEAN HEUSER

Der Fall Griechenland zerrt an Europa wie kein Problem zuvor. Doch das heißt nicht, dass sich der Kontinent ins Weiter-so flüchten darf. Er muss sich öffnen für etwas Unerhörtes: eine unerprobte Lösung mit ungewissen Folgen.

Aus Berliner Sicht sieht jede Antwort zunächst einmal gleich unattraktiv aus. Ob man Hellas aufs Neue rettet oder umschuldet, man macht sich unbeliebt.

»Retten« ist ein hübsches Wort, aber die Deutschen können es nicht mehr hören. Es kostet nur wieder Milliarden, und trotzdem beschimpft Europa uns, weil wir – und was könnte uns im Ausland unbeliebter machen – Disziplin im Gegenzug für unser gutes Geld verlangen.

»Umschulden«, die andere Möglichkeit, ist auch eine hässliche Sache, die im Englischen *haircut* heißt. Dabei würden die Griechen einen Teil ihrer Schulden einfach wegschneiden. Vergessen. Nicht mehr bezahlen. Auch das käme alle teuer zu stehen. Die Griechen, denen erst einmal niemand mehr Kredit gewährte, ebenso wie die Deutschen und andere, die ihnen Geld liehen und Teile davon nie mehr wiedersähen.

Europa will sich Ruhe kaufen. Aber die ist auch für Geld derzeit nicht zu haben

Retten oder nicht retten? Europa spielt eine neue Runde seines seit Ausbruch der Schuldenkrise währenden Spiels. Diejenigen, die – überwiegend mit anderer Leute Geld – großzügig neue Milliarden ausschütten wollen, positionieren sich als die guten Europäer. Die Skeptiker aus dem Norden stehen im Süden als Geizhälse da, obwohl doch alle gleichermaßen wissen, dass es ohne Europa nicht geht.

Wir erleben einen Austausch von Forderungen, Schuldzuweisungen und Dementis, in dem eigentlich niemand seiner Sache sicher sein dürfte. Sooft dieser Tage in Ministerien, Geheimrunden und Medien die Szenarien rauf- und runterbuchstabiert werden – keiner weiß annähernd, was kommt. Klar ist einzig, dass die Griechen mit dem ersten, 110 Milliarden Euro schweren Hilfspaket nicht auskommen und uns nicht nur Bürgschaften, sondern echtes Geld kosten werden. Viel Geld.

Eigentlich sollte Griechenland schon im Jahr 2012 wieder gesund sein, doch könnte die Genesung das ganze Jahrzehnt über dauern. Gleichwohl verlangen die EU, die Euro-Gruppe und die Zentralbank, dass Europa weiter für die Griechen bezahlt. Angeführt vom Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker, dem Vertreter des kleinen Luxemburgs, will das offizielle Europa Ruhe, was sie auch kostet. Bloß ist Ruhe nicht zu haben. Zwar beruhigen sich die Spekulanten in aller Welt, wenn Europa weiter zahlt. Aber was ist mit Bürgern und populistischen Politikern?

Schon jetzt sind viele erzürnt. Niemand schien europäischer gesinnt als der EU-Musterschüler Finnland – bis die europafeindlichen Rechtspopulisten im April fast 20 Prozent der Stimmen holten. In Deutschland spielen FDP-Politiker mit dem europäischen Feuer und torpedieren die deutsche Beteiligung am Rettungsfonds. Die Mehrheit haben sie nicht einmal in ihrer Partei hinter sich, wohl aber die Stimmung. Und wenn auch *Spiegel Online* gerade mit der Meldung überzog, die Griechen überlegten, aus dem Euro auszutreten: Selbst dort, im Land, in das so viel Geld fließt, wächst die Lust auf einen Befreiungsschlag, so desaströs seine Folgen wären.

Jeder verfolgt eigene Interessen im Spiel um die Zukunft des Euro. Der Rettungsfonds will weiter retten, die EU dabei mitregieren. Sogar die Europäische Zentralbank ist Partei, seit sie gegen den erklärten Willen des damaligen Bundesbankchefs Axel Weber die ersten Staatsanleihen kaufte. Käme es jetzt zum griechischen *haircut,* dann würde ihre Bilanz besonders stark leiden.

Nein, Ruhe wird in keinem Fall eintreten, auch nicht beim *haircut.* Deutschland wäre mit einem Schlag Milliarden los, einige seiner Banken brauchten neue Hilfen, und für Griechenland müsste Europa eine Art Marshallplan auflegen, damit der Südosten der Union nicht abstürzt. Und doch hätte der Schock etwas Heilsames.

Warum sind wir denn in einer fortdauernden Schuldenkrise? Weil Banken und Fonds zockten, als gäbe es kein Morgen – und der Staat, der nicht aufgepasst hatte, deshalb unser aller Geld retten musste. Wenigstens einmal sollten Finanzinstitute und Spekulanten mitbezahlen. Viele haben griechische Staatsanleihen gekauft. Griechenland umzuschulden würde deshalb das Signal an alle Hasardeure senden: Nehmt eure Verantwortung ernst, der Staat steht nicht immer für euch ein!

So ungewiss die genauen Folgen einer Umschuldung sind – allein das wäre ein ungemein wertvolles Signal. Was dagegen geschieht, wenn Europa immer weiterzahlt, zeichnet sich schon ab. Irland, seit einem halben Jahr unter dem Rettungsschirm, will weniger Vorgaben und niedrigere Zinsen. Wer wollte sie den Iren abschlagen, wenn die Griechen sie bekommen? Es gäbe kaum noch ein Halten. Europa kann eben nicht nur an zu wenig Solidarität zerbrechen, sondern auch an zu viel.

Sosehr sie die Gefahren einer Umschuldung beschwören, so beharrlich verschweigen die »guten Europäer« also, an welche Abgründe ihr eigener Weg führt. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wer der bessere Europäer ist, da haben alle führenden Politiker einschließlich Angela Merkel ihre Defizite. Die Frage ist vielmehr, was auf lange Sicht besser für Europa ist.

Die Antwort gibt die Wirklichkeit: Die Rettung Griechenlands hat trotz aller Milliarden nicht funktioniert. Europa sollte die Umschuldung wagen.

www.zeit.de/audio

Es grünt im Klub

Mit der Wahl Winfried Kretschmanns zum Ministerpräsidenten etabliert sich die dritte deutsche Volkspartei VON GIOVANNI DI LORENZO

Auch wenn man die Grünen nie gewählt hat, jetzt kann man ihnen nur Glück wünschen. Am Donnerstag wird die erste Landesregierung in Deutschland unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten vereidigt, und es steht dabei mehr auf dem Spiel als der Erfolg einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg, die für sich schon eine historische Zäsur in der Parteiengeschichte ist. Es geht auch um die Hoffnung auf politische Erneuerung in Deutschland und um die grundlegende Frage, ob und in welcher Form Volksparteien eine Zukunft haben.

Grün-Rot also – ein politischer Umsturz ausgerechnet in einem wohlhabenden Bundesland, das jahrzehntelang als Trutzburg von Parteien galt, die einst als bürgerlich bezeichnet wurden. Man hat das als fällige Reaktion auf eine 58 Jahre währende Herrschaft der CDU (mit zeitweiliger Hilfe der FDP) interpretiert. Als Ausdruck einer Stimmungswahl, die ohne die Reaktorkatastrophe in Fukushima undenkbar gewesen wäre.

Aber die Diagnose ist unvollständig, wenn sie nicht ein anderes Symptom berücksichtigt, das für die etablierten Parteien die stärkste Herausforderung seit der Wiedervereinigung darstellt: Noch nie waren die Präferenzen der Wähler so schwer voraussehbar, noch nie schienen sie so entschlossen zu sein, ihre Wut zu demonstrieren – sei es durch Wahlboykott, sei es durch die Stimmabgabe für eine Partei, die sie früher nie gewählt hätten. Das hat diesmal Grüne und SPD an die Regierung gebracht. Doch dieser Erfolg ist nicht mehr als eine Belobigung auf Bewährung.

Grün-Rot – ein politischer Umsturz ausgerechnet in Baden-Württemberg

Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist sich seiner Verantwortung offenbar bewusst. Schon in der Stunde des Wahltriumphs erinnerte er daran, nun gelte es, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, die zum ersten Mal Grün gewählt hätten. In Interviews sprach er davon, man wolle keine »feindliche Übernahme des Landes«, und er lobte den Amtsstil seines Vorvorgängers Erwin Teufel von der CDU. Auch wenn er vor der Wahl Wert auf die Feststellung legte, dass die Grünen eine volksnahe und keine Volkspartei sein wollten, weil dies ein überholter Begriff sei, so lassen diese Erklärungen doch den Schluss zu: Die Grünen unter Winfried Kretschmann sind auf dem besten Wege, das zu werden, was gemeinhin eine Volkspartei ist.

Nach der Definition von Parteienforschern zeichnen sich Volksparteien heute vor allem dadurch aus, dass sie ungefähr 30 Prozent der Wähler vertreten und durch ein relativ unideologisches Parteiprogramm wählbar für Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sind. Das klingt weit unattraktiver als das, was sie für die Bundesrepublik über viele Jahrzehnte tatsächlich gewesen sind: eine große Erfolgsgeschichte, jede Volkspartei für sich eine kleine Koalition, bestrebt, möglichst viele Menschen mitzunehmen, statt Standesinteressen oder Berufsgruppen zu vertreten.

Das alles haben die Grünen nahezu geschafft, und darin liegt eine Chance: In einer Zeit, in der die Zersplitterung der politischen Landschaft in lauter Klientelparteien befürchtet wird, könnte eine dritte Volkspartei entstehen – vorausgesetzt, die SPD, die zweite Volkspartei, bleibt auch eine.

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben kaum mehr als 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können, bei diesem Ergebnis ist ein Kriterium der Volkspartei schon nicht mehr erfüllt. Die Entscheidung Kretschmanns, der SPD dennoch die Mehrzahl und die wichtigsten Ministerien der Landesregierung zu überlassen, ist ihm als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden. Womöglich war es aber auch ein Akt der Klugheit gegenüber einem Partner, der sich tief gedemütigt fühlen muss. Das ist umso generöser, als Kretschmann und seine Mitstreiter in den Wochen der Koalitionsverhandlungen schwer an der SPD gelitten haben: Sie beklagten das Fehlen jeder politischen Fantasie, das Beharren auf Posten und alten Positionen.

Paradoxerweise stellte ein Erfolg von Grün-Rot in Baden-Württemberg für die SPD eher ein Risiko dar. Der Rest der Republik könnte sich an den Gedanken grüner Ministerpräsidenten gewöhnen, als Nächstes bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Aus dieser Gefahrenlage kommen die Sozialdemokraten nur heraus, wenn sie wieder Anker in die ganze Gesellschaft werfen, die sie aus Rücksicht auf ihre Parteibasis aus den Augen verloren haben, und bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten weniger auf die Stimmung der Parteifunktionäre als auf die Erfolgsaussichten bei den Wählern achten.

Auch in diesem Punkt haben die Grünen in Baden-Württemberg ein Beispiel gegeben: Vor einem Jahr, bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, stellte eine linke Fronde in der Partei dem Zugpferd Kretschmann noch misstrauisch ein Team zur Seite. Als Ministerpräsident hat er sich nun der Jahrhundertaufgabe zu stellen, in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas die Ökonomie des Landes mit der Ökologie zu versöhnen; nun muss er nach den aufreibenden Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 auch einen Konsens finden. Geschockt von einigen fanatischen Forderungen von Baum- und Bahnhofsschützern, plädiert er bereits für den »zivilisierten Streit«. Konsens? Zivilisierter Streit? Klingt verdammt nach regierungsfähiger Volkspartei: Willkommen im Klub!

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Bienen am Schaalsee. Wellen am sardischen Strand. Kleine Augenblicke, die verzaubern

Eine neue Videoserie unter **www.zeit.de/video-momente**

PROMINENT IGNORIERT

Skandal auf Samoa

Dass der Inselstaat Samoa, bislang östlich der Datumsgrenze gelegen, beschlossen hat, um den Austausch mit dem westlich gelegenen Australien zu erleichtern, dessen Datum anzunehmen, also einen Tag zu überspringen, ist schlicht ein Skandal. Wenn jeder das Datum (»das Gegebene« notabene) nach Belieben festlegte, würden Schulden nicht getilgt, Geburten hinfällig, und dieses Glösslein wäre längst Makulatur. GRN.

kleine Fotos (v.o.n.u.): Pfeiffer/ullstein; Jonas Unger; Mauritius

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnement Österreich, Schweiz, restliches Ausland

DIE ZEIT Leserservice, 20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE: 20

66. JAHRGANG

CH C 7451 C

4 190745 104005 20

OFFENER BRIEF

»Verdammte Pflicht«

Frisch-Biograf Julian Schütt wirft der Schauspielhaus-Chefin Mutlosigkeit vor

Sehr geehrte Barbara Frey,

ich bewundere, wie Sie Klassikern die Schwere austreiben. Ihre jüngste Inszenierung von Tschechows *Platonow* ist die perfekte Antwort auf die aktuelle Krisen- und Selbstabschaffungsstimmung im Theaterbetrieb. Chapeau! Nur zu einem Klassiker fällt Ihnen leider bedenklich wenig ein, und das ist ausgerechnet der Klassiker, dem das Zürcher Schauspielhaus am meisten verdankt: Max Frisch.

Dessen hundertster Geburtstag wird derzeit überall gefeiert. Wie mancher Frisch-Fan war ich ganz besonders gespannt, welche Attraktion sich seine Heimbühne überlegen würde. Alle Buchveröffentlichungen, Festvorträge, Diskussionsrunden in Ehren, aber letztlich kann nur das Theater zeigen und prüfen, wie gegenwärtig Frischs Einfälle noch sind.

Insgeheim hoffte ich, das Schauspielhaus böte das, was Max Frisch sich zum Geburtstag gewünscht hätte: ein Wagnis, vielleicht sogar eine Provokation, jedenfalls keine routinierte Gedenkveranstaltung, sondern eine leidenschaftliche Auseinandersetzung mit seinem Theaterwerk, das einst in aller Welt gespielt wurde und heute, wie uns Experten gebetsmühlenhaft verkünden, überholt weil es parabelhaft-pädagogisch und moralinsauer sein soll.

Ich fürchte, sehr geehrte Barbara Frey, das ist auch Ihre Haltung. Anders ist es nicht zu erklären, dass Ihr Haus vergangenes Jahr dem Stückeschreiber Frisch eine Abfuhr erteilte, indem kein Stück, sondern ein Roman von ihm einstudiert wurde, nämlich *Stiller,* und auch nur auf einer geschützten Nebenbühne. Die Regisseurin Heike M. Goetze ging wie eine Dracula-Tochter vor, die es darauf abgesehen hatte, dem Text den Lebenssaft zu nehmen.

Ich dachte nach dem *Stiller*-Abend nur eines: Das kann es nicht gewesen sein. Doch das war es! Mehr kam zum Festjahr nicht vom Schauspielhaus Zürich. Und das macht mich wütend. Wenn ich mir vor Augen halte, wie zunächst Frisch vom Schauspielhaus profitierte, später aber vor allem das Schauspielhaus von Frisch, wie er mit Dürrenmatt die Pfauenbühne nach dem Krieg immer wieder aus ihrer Lethargie und Selbstzufriedenheit riss und dazu beitrug, dass wichtige Köpfe in Zürich blieben und dass dort international beachtete Uraufführungen stattfanden, dann denke ich: Dieses Haus wäre zu einem anderen Einsatz verpflichtet, als es ihn jetzt erbracht hat.

Entschuldigen Sie meine Deutlichkeit: Sie handeln Frischs Geburtstag wie eine Strafaufgabe ab. Keine Lust oder Fantasie, nirgends. Schlimmer noch: Max Frisch scheint Ihnen peinlich zu sein, ein Pfeife rauchendes Theaterfossil, das Ihre Party stört.

Ich verlange von Ihnen keinen inszenierten Kniefall vor dem toten Jubilar. Aber das Schauspielhaus hätte die verdammte Pflicht, alles Theatermögliche zu unternehmen, um dem Dramatiker Max Frisch, mit dem es so viel verband, ein Revival auf der Bühne zu gestatten. So ambitioniert, eigenständig, antizyklisch müsste Ihre Bühne sein. Und es müssten nicht unbedingt die Schulstoffstücke *Biedermann und die Brandstifter* oder *Andorra* zur Aufführung gelangen. Wieso nicht *Biografie: Ein Spiel*? Wieso nicht *Graf Öderland?* Selbst *Triptychon* oder die wegen der Atomproblematik wieder erschreckend aktuelle *Chinesische Mauer* wären einen Versuch wert.

Gegen sämtliche Stücke lässt sich vieles einwenden, sämtliche Inszenierungen wären hoch riskant. Doch diese Risikofreude erwarte ich von Ihnen. Vielleicht würden Sie kolossal scheitern. Dann hätten Sie es aber probiert und müssten sich nicht von einem in Ihren Augen wohl hoffnungslos bildungsbürgerlichen Reaktionär wie mir Mutlosigkeit vorwerfen lassen. Vielleicht würden Sie aber auch die Kritiker mit ihren vorgefassten Meinungen über den angeblich antiquierten Bühnen-Frisch Lügen strafen. Ja, Sie hätten nur gewinnen können. Stattdessen haben Sie sich für die voreilige Kapitulation entschieden.

Ich wünsche Ihnen und dem Schauspielhaus trotzdem alles Gute. *Ihr Julian Schütt*

Foto (Ausschnitt): Isolde Ohlbaum/www.ohlbaum.de

»Soll ein Schriftsteller usw.?«

Was geschieht mit einem Schriftsteller, wenn er zum Redner wird? Er kann zum Festredner werden, der seinem Publikum einen schön geflochtenen Wörterstrauß überreicht. Darum geht es Schriftstellern aber selten, wenn sie Reden halten, und einem wie Max Frisch schon gar nicht. Was also geschieht mit dem Schriftsteller, wenn er zu einem Redner wird, der etwas zu sagen hat? Der ein Anliegen verfolgt und Stellung bezieht? Worin unterscheidet er sich dann noch von einem Politiker? Und inwiefern ist seine Rede noch ein literarischer Text?

Das sind mit Blick auf Max Frisch keine rhetorischen Fragen.

Meist hat Frisch Reden gehalten, weil er geehrt wurde und sich mit einer Rede dafür bedanken musste. Selbst dann hat er sich aber nicht darauf beschränkt, sich bloß von seiner sonntäglichen Seite zu zeigen. Als er sich 1976 auf seine Dankesrede für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in Frankfurt vorbereitete, schrieb er in einem Brief an Uwe Johnson: »Die Rede, die in der Paulskirche zu halten ist, sollte eine nützliche sein; eine halbe Stunde, aber sie fordert, dass ich mir über den Stand meiner politischen Erwartungen klar werde, also vor mir selber antrete.«

Dass von ihm als Preisträger eine »nützliche« Rede erwartet würde, war Frisch mehr als bewusst, zu halten in einem hochehrwürdigen sonntäglichen Rahmen, der ihm »ziemlich widerwärtig« war, wie er im Nachhinein bekannte, vor lauter Leuten mit toten und maskenhaften Gesichtern, die »nicht in jedem Fall unbedingt diejenigen waren, die ich mir wünschte ...« Welche Zuhörerschaft er sich stattdessen gewünscht hätte, bleibt ebenso unklar, wie was das Wort »nützlich« im Brief an Johnson genau besagen soll. Jedenfalls hat Frisch es in eine gewisse Spannung gebracht zu dem, was er für die Pflicht des Schriftstellers bei solchen Anlässen hielt: Bevor er vor sein Publikum tritt, muss der Schriftsteller, wie es sein Geschäft ist, zuerst einmal vor sich selber antreten – will er mehr tun, als sich bloß als nützlich zu erweisen.

Frisch hat aber nicht nur Festreden, also Dankes-, Eröffnungs- und Geburtstagsreden gehalten, und außerdem Lobreden (auf Alfred Andersch oder Peter Bichsel) und Totenreden (auf Kurt Hirschfeld oder Peter Noll), sondern er ist auch immer wieder als Redner ins politische Tagesgeschäft eingestiegen. So trat er in den siebziger Jahren mehrfach als Redner auf den Parteitagen der schweizerischen und der deutschen Sozialdemokratie auf. Er tat dies, weil er sich nicht denken konnte, dass »Politik ohne die lästige Assistenz der Intellektuellen eine geschichtliche Chance hat«. Mit diesen Worten hat er sich 1977 in einer Rede vor den Delegierten des SPD-Parteitages in Hamburg geäußert, vor den versammelten SPD-Granden der damaligen Zeit, vor Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt, im November 1977, also inmitten der Nachgefechte des »Deutschen Herbstes«.

In dieser höchst aufgeladenen Stimmung, in der die Politik zu sehr weitgehenden Abwehrmaßnahmen gegen die Bedrohung der Demokratie auf Kosten der Demokratie bereit war (eine Problematik, die nichts an Bedeutung verloren hat), stellte sich Frisch hin, bekundete zunächst einmal seine Solidarität mit allen als »Vorbeter des Terrorismus« in Verdacht geratenen Schriftstellern und Intellektuellen (Heinrich Böll, Günter Grass, Jürgen Habermas und andere) und sprach dann an die Adresse der anwesenden Politprominenz, die damals an der Macht war: »Sozialdemokraten! Die Zukunft, so scheint es im Augenblick, gehört der Angst und nicht der Hoffnung auf Mehr-Demokratie. Diese unsere Hoffnung, die wir nicht aufgeben, gilt zur Zeit als Verharmlosung des Terrorismus, Angst als des Bürgers erste Pflicht. Was damit zu betreiben ist: Abbau der Demokratie (wie es heißt: zur Rettung der Demokratie) – das alles, ich weiß, braucht Ihnen kein Hergereister zu erzählen. Hingegen habe ich drei Fragen.«

Erstens, zweitens, drittens.

In dieser Eröffnung zeigt sich ein wesentliches Moment der Rhetorik von Max Frisch: die Technik, keine plakativen Forderungen oder moralischen Anklagen zu erheben, sondern öffentlich Fragen zu stellen. Es ist eine Technik des öffentlichen Fragens, das sich ebenso auf eine vorgängige Analyse stützt, wie es die Absicht verfolgt, mit der Rede gleich Vorschläge für die Antworten zu unterbreiten.

Frischs rhetorische Fragetechnik im Angesicht der Macht hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Schon kurz nach seiner Rede erhielt er ein ausführliches, auch als Pressemitteilung der SPD verschicktes Schreiben des damaligen Parteivorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, in dem dieser Frischs Fragen eine nach der anderen durchgeht: die Frage nach der ethischen Legitimation eines Rechtsstaats, zum Schutze seiner Ordnung notfalls Menschenleben zu opfern; die Frage nach dem politischen Entwurf eines Zusammenlebens der Menschen, das Menschwerdung fördert und Lebenswerte stiftet; und schließlich die Frage, was aus einer Partei wird, wenn sie nicht willens oder fähig ist, den Beitrag der Intellektuellen in ihre pragmatische Arbeit einzubinden.

In Willy Brandts Stellungnahme kommt auch zum Ausdruck, wie sehr man es seitens der Politik, zumindest der sozialdemokratischen Politik, als Auszeichnung empfand, wenn Frisch sich in die eigenen herrschaftspolitischen Belange einmischte.

Frisch war es ernst, um mit Peter Bichsel zu reden, und sein Wort hatte Gewicht, wie man ergänzen kann.

Die Figur, an der Frisch als Redner, und insbesondere als politischer Redner, sich gemessen hat, war Günter Grass. Grass, der junge Grass, war für Frisch der Inbegriff eines redenden Schriftstellers, der den Spagat schafft zwischen literarischer Ambition und politischer Mission.

Im zweiten Tagebuch, 1966–1971, unter den Einträgen von 1970, findet sich eine längere Passage mit dem Titel »Album«. Frisch blättert in einem Album mit Fotografien von Günter Grass und schildert in einer Serie von scharfen Beobachtungen und knappen Feststellungen, was er vor sich sieht – ob nun tatsächlich oder bloß in der Vorstellung, spielt keine Rolle.

Einer der Einträge lautet: »Soll ein Schriftsteller usw.? Seine Antwort: sein Beispiel. Kann einer als Wahlkämpfer eindeutig sein, als Schriftsteller offen bleiben? Das ist zuhause; er liest vor.« Noch der private Grass, zu Hause beim Vorlesen, evoziert die Frage nach dem öffentlichen Grass – und damit auch die allgemeine Frage nach dem öffentlichen Schriftsteller: nach dem Schriftsteller, der sich hinstellt und eine Sache verficht, die in ihrer politischen Eindeutigkeit möglicherweise nicht seiner literarischen Offenheit entspricht.

»Soll ein Schriftsteller usw.?« Soll er wirklich? Auf die Gefahr hin, seine Offenheit einzubüßen und sich vor einen Karren spannen zu lassen? Der Abbruch des Fragesatzes zeugt von der Selbstverständlichkeit dieser Erwartung an den Schriftsteller ebenso wie von der Unschlüssigkeit Frischs darüber, ob dies tatsächlich zu seinen Aufgaben gehört.

Grass gibt die Antwort mit seinem Beispiel. Wer wissen will, wie diese Antwort lautet, muss einen Text beiziehen, den Frisch 1965 in der *ZEIT* veröffentlicht hat. Sein Titel: *Grass als Redner.* Der zeitgeschichtliche Hintergrund ist die Bundestagswahl von 1965, als Willy Brandt, damals noch Regierender Bürgermeister zu Berlin, gegen den amtierenden Kanzler Ludwig Erhard antrat und trotz der Unterstützung von Grass die Wahl verlieren sollte. Zu Beginn seines Feuilletons zeigt sich Frisch nicht ohne Skepsis, was das politische Engagement von Grass betrifft: »Günter Grass als Wanderredner zur Bundestagswahl – auch in der Ferne hat man reichlich davon gelesen, dazu geplaudert: Alle Achtung! oder aber: Schon wieder eine Grass-Show?«

Frisch hat von den Wahlkampfauftritten des Schriftstellerkollegen aber nicht nur gelesen, sondern er hat sie – und das ist für ihn das Entscheidende – auch gehört. Freunde haben Grass auf Band von Lübeck nach Zürich gebracht, seine Rede samt Echo im Saal: »Das ist wichtig: Reden muss man hören, und zwar als Ereignis an einem Ort, nicht als Gesang über Wassern.«

Wenn der Schriftsteller zum Redner wird, muss er sein Metier also grundsätzlich wechseln: weg vom geschriebenen und hin zum gesprochenen Wort, weg vom Monolog und hin zum Dialog, aus der einsamen Schreibstube hinaus und auf die Bühne hinauf. Obwohl der Redner als Einziger spricht, muss er es verstehen, sein Publikum in ein Gespräch zu verwickeln: indem er ihm nicht einfach Meinungen auftischt wie ein Politiker oder ihm einen Vortrag hält wie ein Akademiker, sondern indem er das Publikum in die offene, öffentliche Zwiesprache mit sich selbst einzubeziehen versucht.

Die literarische Rede war für Frisch die öffentliche Anzettelung eines Gesprächs. Im Text *Grass als Redner* schreibt er: »Rede ist nicht Hymnus, sondern Szene: zwischen einem Mann, der vierzig Minuten lang das Wort hat, und einer Zuhörer-

100 Jahre Frisch

Am 15. Mai 2011 wäre der wohl wirkungsmächtigste Autor der Schweiz 100 Jahre alt geworden

Foto (Ausschnitt): J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung; © Adrian Moser (kl.)

Frisch bei der Dankesrede zum Friedenspreis 1976 in der Frankfurter Paulskirche – vor lauter Leuten, die »nicht in jedem Fall unbedingt diejenigen waren, die ich mir wünschte...« (links)

»Sozialdemokraten!«: Frisch mit Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag 1977 (rechts)

Max Frisch gilt als Ikone des Schriftstellers, der sich engagiert und einmischt. Wie aber sah er selbst diese Rolle? VON THOMAS STRÄSSLE

schaft, der er auf suggestive Weise Meinungen unterstellt, um sie zu widerlegen oder zu bestätigen, zu verspotten, zu ermutigen. Kontakt ist nicht Einverständnis, das kann sich daraus ergeben; Kontakt entsteht aus der suggestiven Fiktion, es handle sich um ein Gespräch und die Rede antworte spontan auf die Gedanken und Gefühle im Saal, dabei entstehen die Gedanken und Gefühle im Saal eben durch die Rede selbst.«

Es muss für den redenden Schriftsteller also darum gehen, die Offenheit seiner Rede auszuspielen: Die literarische Rede ist weder Predigt noch Statement, weder Anklage noch Plädoyer, sondern sie ist eine Einladung an die Waghalsigen unter der Zuhörerschaft, für eigene Gedanken und Gefühle haftbar zu werden. Frischs rhetorisches Ideal war keine Rhetorik der Manipulation, sondern eine Rhetorik der aufklärerischen Selbstbewusstwerdung.

Um den abgebrochenen Fragesatz aus dem zweiten Tagebuch wieder aufzunehmen: »Soll ein Schriftsteller usw.?« Ja, er soll – aber eigentlich nur, wenn er es so kann, wie Frisch es vorschwebte und Grass es vormachte.

Der Schriftsteller als Redner: Das meint den Schriftsteller, der seine Schreibklause verlässt und auf die Agora hinaustritt, um sich gesellschaftliches Gehör zu verschaffen – und der im Idealfall auch gehört wird. Insbesondere in der Schweiz ist Frisch zur Ikone dieses Schriftstellertypus erstarrt – mit der Folge, dass den Schreibenden hierzulande und heutzutage bei jeder Gelegenheit der Name Max Frisch als leuchtendes Vorbild vor die Nase gehalten wird, sobald es darum geht, sich »einzumischen«. Kaum je ist Frisch als historische Figur in der Gegenwart so präsent (von Gedenkjahren und Aufregungen um den Nachlass einmal abgesehen), wie wenn sich wieder das öffentliche Bedürfnis nach dichterischen Verlautbarungen zu drängenden gesellschaftspolitischen Fragen regt. In der breiteren, auch von den Medien stark beförderten Wahrnehmung beherrscht Max Frisch, Citoyen das Bild von Max Frisch, Écrivain.

Das ist nicht nur unangebracht gegenüber den heutigen Schriftstellergenerationen, die in einem völlig anderen diskursiven – politischen, medialen, mentalitären und so weiter – Umfeld zu agieren haben als Max Frisch, sondern es blendet auch aus, dass Frisch selbst diese Rolle weit weniger enthusiastisch annahm, als heute kolportiert wird.

Das zeigt sich in seinen Beobachtungen zu Grass so gut wie in seinen eigenen Reden. Die Rede zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse von 1958, *Öffentlichkeit als Partner,* seine erste ganz große Rede vor großem Publikum, beginnt er mit dem Bekenntnis: »Gehört man zu den Schriftstellern, die das leichte Glück haben, dass sie auch in Fällen von Gelingen keinerlei Berufung empfinden, sondern den Beruf des Schriftstellers ausüben, weil ihnen Schreiben noch eher gelingt als Leben und weil für diesen Versuch, das Leben schreibend zu bestehen, der Feierabend nicht ausreicht – gehört man zu dieser Art von Schriftstellern, wie der Redende, so ist man weniger beglückt als verdutzt, wenn man die Folgen sieht: – man soll, zum Beispiel, Reden halten, man soll sich zeigen. Das wird verlangt. Und noch mehr: plötzlich soll man etwas zu sagen haben, bloß weil man Schriftsteller ist. So rächt sich die Öffentlichkeit dafür, dass wir sie angesprochen haben!«

Weniger beglückt als verdutzt sieht sich Frisch einer Forderung gegenüber, die nicht seine eigene ist, sondern die der Öffentlichkeit – einer Öffentlichkeit, die vom Schriftsteller nicht bloß erwartet, dass er etwas zu sagen hat, sondern die von ihm vor allem erwartet, dass er es ihr tatsächlich auch sagt.

Warum schreibt ein Schriftsteller? Einige Schriftsteller wehren sich mit der Behauptung: »Um Geld zu verdienen.« Andere mit dem Anspruch: »Um die Welt zu verändern.« Frisch bekennt sich zu einer dritten Fraktion: »Um zu schreiben!«

Wer als Schriftsteller Geld verdienen oder die Welt verändern will, muss unbedingt an die Öffentlichkeit treten. Das ist klar. Was aber bewegt einen Schriftsteller der dritten Fraktion, der einfach schreibt, um zu schreiben, dazu, seinen Text zu veröffentlichen? Ist es die Eitelkeit, in der Öffentlichkeit zu stehen? Dazu Frisch, etwas kokett: »Wieso dies eine Ehre sein soll, bleibt rätselhaft; in der Öffentlichkeit zu sein gelingt auch jedem Rennfahrer und jedem Minister.«

Für sich selbst reklamiert Frisch einen ganz anderen Antrieb, nicht nur zu schreiben, sondern damit an die Öffentlichkeit zu gelangen. Es ist nicht bloß naive Machlust, die sich ja auch hinter geschlossenen Türen austoben könnte, es ist mehr: »Man hebt das Schweigen, das öffentliche, auf im Bedürfnis nach Kommunikation.«

Bedürfnis nach Kommunikation: Das ist eine andere Formulierung für das Gesprächsangebot, das der Schriftsteller macht, wenn er sich an die Öffentlichkeit wendet. Frisch tut dies weniger, um Wirkung nach außen zu erzielen als vielmehr nach innen, im Sinne einer Selbstvergewisserung im Spiegel des veröffentlichten Ich. Daraus aber kann umgekehrt eine gesellschaftliche Verantwortung des Schriftstellers erwachsen, die sich »anständigerweise ja erst von einer gewissen Wirkung an« stellt. Und das wiederum heißt: Verantwortung ist eine Folge des Erfolges.

Worin aber besteht die gesellschaftliche Verantwortung des Schriftstellers? Frisch hat es für sich selbst so definiert: Sie besteht darin, Widerspruch einzulegen im Namen des Lebendigen, zersetzend zu sein mit den eigenen Mitteln, nämlich mit den Mitteln der Sprache, zersetzend gegenüber Phrasen, gegenüber Ideologien, gegenüber allen Formeln einer in Angst und Misstrauen erstarrten Welt.

In seiner Rede *Öffentlichkeit als Partner* von 1958, zu einem Zeitpunkt also, da Frisch weltweit erfolgreich war und eine breite gesellschaftliche Wirkung entfaltete, gibt er sich mit dieser Verantwortung noch auf eine eigenartige Weise unvertraut: »Spreche ich von mir selbst, so müsste ich sagen, dass ich die gesellschaftliche Verantwortung des Schriftstellers nicht bloß angenommen, sondern mich, rückläufig sozusagen, sogar zum Irrtum verstiegen habe, dass ich überhaupt aus solcher Verantwortung heraus schreibe ...«

Gesellschaftliche Verantwortung als rückläufiger Irrtum: Das passt nicht gerade ins Bild von Max Frisch, Citoyen. Und dennoch nahm Frisch diese Verantwortung an, ohne sie aber letztlich zu seinem Schreibimpetus zu erklären. Denn dieser war ein ästhetischer und kein pamphletischer, und genau darin unterschied er sich als Künstler vom Politiker. Auch wenn Frisch zum Inbegriff des Schriftstellers geworden ist, der sich einmischt: Er hat nur zögerlich und widerstrebend in diese Rolle gefunden.

Der Autor ist Privatdozent für Neuere deutsche und vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Zürich und SNF-Förderprofessor an der Hochschule der Künste Bern. Er sitzt im Max Frisch-Stiftungsrat und in der Jury für den Schweizer Buchpreis 2011

SCHWEIZERSPIEGEL

Sommarugas Eiertanz

Ein schweizerisch-europäischer Abend in Köniz VON PEER TEUWSEN

Es sind nicht nur die Temperaturen im Baucontainer, die den Kabarettisten schwitzen lassen. »Was soll ich nur von der Schweiz und Europa erzählen? *Mamma mia!* Es ist alles so verdammt ruhig!«, sagt Massimo Rocchi in seiner behelfsmäßigen Garderobe. Es ist halb sechs Uhr an diesem Montag, 9. Mai 2011. Vor 61 Jahren gab der französische Außenminister Robert Schuman der neuen Europäischen Gemeinschaft einen Satz mit auf den Weg: »*L'Europe ne se fera pas d'un coup.*« Und in 30 Minuten eröffnet Michael Reiterer auf einer Baustelle in Köniz den »Europatag«. Der Statthalter der EU in der Schweiz will mit der ungewöhnlichen *Location* auf den unfertigen Charakter seines Arbeitgebers hinweisen. Das leuchtet jedem ein.

Gemischtes Wohnen: Botschafter Reiterer und Bundesrätin Sommaruga

Ein Altersheim wird hier gebaut, das man aber bitte nicht so nennen soll. Man biete für die »Generation 50+ gemischtes Wohnen« an. Ein Euphemismus – aber irgendwie passt er zum Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa. Wie alles an diesem Abend.

Fünf Minuten vor der Zeit trifft, umringt von dunklen Anzügen, die Hauptrednerin ein. Simonetta Sommaruga, amtsfrische Bundesrätin, ist in ein Kleid gehüllt, das sie »meinen Blaumann« nennt. Es hat etwas europäisch Anpackendes. Die Magistratin ist ein bisschen nervös. Denn sie tut hier etwas, das sie später im Gespräch als »eine weitere Einübung in meine neue Aufgabe« bezeichnen wird. Aber das tut sie bereits unheimlich gut.

Sommaruga muss, wie sie sagt, »ein Paradox« beschreiben. Sie vertritt ein Land, das sich kulturell und wirtschaftlich als Teil Europas versteht, diesem aber politisch nicht angehören will. Daraus leitet die offizielle Schweiz eine Haltung ab, die man im besten Fall als »heimlifeiss« im schlechtesten Fall als »feige« bezeichnen kann. Die Regierung duckt sich weg. Sie bestellt Expertenberichte. Sie sitzt aus. Statt den Weg zu gehen, den der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker mal so beschrieben hat: »Wer den Wählern immer nur nachläuft, der wird den Menschen nie ins Gesicht sehen. Deshalb muss man erklärend führen und nicht nur die angenommene Mehrheitsmeinung nachplappern.«

Der Bundesrat aber will nicht führen, weil er das Volk fürchtet. Das weiß auch Sommaruga. Deshalb versucht sie es auf der Baustelle auf ihre Weise – auch wenn es sich nicht um ihr ureigenes Dossier handelt. Sie sagt, man habe zu lange nur die Vorteile des bilateralen Weges gepriesen, ohne die Nachteile klar und deutlich zu benennen. Der bilaterale Weg führe zu Souveränitätsverlust und sei »ein Handling von Abhängigkeiten«. Diese »Ambivalenzen« müsse man klar ansprechen, sonst entstünden »Tabus«. Dass diese schon lange existieren, sagt sie nicht – Kraft ihres Amtes dem Optimismus verschrieben. Sie erntet dankbaren Applaus. Die Sozialdemokratin hat ihr Herz wieder einmal der Vernunft und der Position untergeordnet.

Und dann kommt Massimo Rocchi, Monsieur Vogelfrei. Er darf alles sagen, weil er es wie kein anderer sagen kann. Aber auch er rettet sich angesichts des heiklen Themas in die Sprachartistik, die er freilich beherrscht wie kein Zweiter in diesem Land. Man muss schon genau hinhören, um seine Spitzen zu bemerken. Es sind Sätze wie »Ein Schweizer ist nie dagegen, aber auch nie dafür«, die aufs Dilemma hindeuten. Aber er hatte es ja schon in der Garderobe geahnt. Wohl deshalb mimt er als Zugabe ein Kamel. Nur böswillige Menschen wollten darin eine Metapher für die Eidgenossenschaft sehen, die anderen waren einfach nur hingerissen.

Nun, endlich, gab es Auberginenröllchen, Crevetten und Brötchen mit Europa-Fähnchen drauf. Und einen Bauarbeiterhelm mit auf den Weg nach Hause. Das nennt man in der Schweiz einen gelungenen Abend.

ZEITGEIST

Hoffnung stirbt zuletzt

JOSEF JOFFE: Europa wird für Hellas bluten, um sich selber zu retten

Die Kassandras haben recht behalten: Geld- ohne Politikunion geht nicht. Vor zwölf Jahren hat Europa mit dem Euro den »Zug der Hoffnung« auf die Schiene gesetzt: 16 Lokomotiven mit 16 Führern. Die fromme Hoffnung? Jede Lok werde im gleichen Tempo – mit gleicher Steuer- und Ausgabenpolitik – fahren; sonst würden die Kupplungen brechen oder alle zusammen entgleisen.

Der Bruchpunkt ist jetzt. Um im Bild zu bleiben: Manche Lokführer, Athen vorweg, haben so lange so heftig geheizt, bis die Kohle ausging. Der Remeduren sind nur drei: 1. Athen nimmt Dampf weg, also spart und wird wieder wettbewerbsfähig. 2. Es wird zum europäischen Sozialfall, den die anderen mit ihrer Kohle alimentieren. 3. Hellas koppelt sich ab oder wird abgehängt.

Heute ist jede Lösung so hässlich wie die nächste. Griechenland, ein üppiger Sozialstaat mit verharzter Privilegienwirtschaft, kann nicht sparen. Trotz seiner Schwüre sind seine Schulden – private wie öffentliche – im Vorjahr gestiegen, von 325 auf 340 Milliarden Euro. Und blähen sich weiter auf. Das Wachstum lag im vierten Quartal 2010 bei einem Minus von knapp sieben Prozent.

Weiter Kohle zuschießen? Griechische Bonds sind nach jeder Finanzspritze wieder abgestürzt; die Zinsen liegen bei 15 Prozent, die Rating-Agentur S&P hat die Papiere auf »B« gedrückt – weit unter »Müll«. Wer nun den Griechen Geld leiht, sollte es besser im Kasino verjuxen. Mit Glück kriegt er 70 oder nur 50 Cent auf den Euro zurück. Die Euphemismen für den Bankrott lauten »Umstrukturieren« oder »Umprofilieren«, sprich: Schuldenschnitt oder Stundung. Wie aber käme dann Hellas zu neuem Geld – bei einem Schuldenstand von 160 Prozent des Inlandsproduktes?

Also Abkoppeln (freiwillig) oder Abhängen (erzwungen), wie es der medienerprobte Ifo-Chef Sinn fordert? Erstens erlauben die Verträge den Rausschmiss nicht, und zweitens ist die Medizin mörderischer als die Sepsis. Noch bevor der Drachmen-Druck angelaufen wäre, bräche das Höllenfeuer aus: erst ein Run auf griechische Banken, dann Panikverkäufe von Griechenbonds im Ausland. Denn die Besitzer müssten kalkulieren, dass die Neo-Drachme etwa die Hälfte ihres Wertes gegenüber Hartwährungen verliert, die Griechen also doppelt so viel zurückzahlen müssten, was sie erst recht nicht könnten. Besonders pikant wäre die Lage in Deutschland, wo das meiste Gift bei Krisenbanken wie der HRE liegt. Schließlich: Wie würden die Pleitiers je wieder frisches Geld kriegen, um allein die steigenden Schulden zu bedienen?

Foto: Mathias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Europa wird also weiter zahlen müssen – auch bei einem Schuldenschnitt. Denn auch dann gerieten die Euro-Zonen- und Griechenbanken mit jeweils 80 und 65 Milliarden an Schuldscheinen in die Bredouille, derweil EU, IWF und EZB 100 Milliarden wertberichtigen müssten. Finanzkrise II nicht ausgeschlossen. Fazit: Wer den Griechen hilft, hilft seinen Banken. Europa wird zuschießen und stunden müssen. Es lebe die Transfer-Union!

Wie lange? Bis der Euro-Zug nur einem einzigen Lokführer, also einer gemeinsamen Steuer- und Ausgabenpolitik gehorcht. Und wenn er bis dahin entgleist? Vertrauen wir auf den Bushido-Song: »Die Hoffnung stirbt zuletzt.«

Landvermesser H.

Wenn ein Journalist keine Meinung hat, ruft er Michael Hermann an. Wer ist der Mann, dessen Deutungsmacht über die Schweizer Politik immer größer wird? VON MATTHIAS DAUM

Nach Wahltagen, wie jüngst in Baden-Württemberg oder im Kanton Zürich, klingelt das Telefon heiß, hier im schmucklosen, fein säuberlich aufgeräumten Büro auf dem Irchel in Zürich. Am Apparat: Fernsehstationen, Radiosender, Zeitungen. Und Michael Hermann, 39-jähriger Sozialgeograf, Chef-Erklärer der Schweizer Politlandschaft, nimmt den Hörer immer ab: »Es ist anstrengender, keine Auskunft zu geben, als Auskunft zu geben.«

Die Schweizer Politikjournalisten leiden an »Expertitis«. Immer weniger leisten sich eine eigene Meinung, sie sind denkfaule Content-Abfüller geworden. Also fragen sie andere – am liebsten Michael Hermann. Er ist ihre Denkprothese. Der Schlaks mit Hipster-Brille ist gesuchter als die Grandseigneurs der Branche, er überflügelt den Berner Umfragenkönig Claude Longchamp ebenso wie den Innerschweizer Iwan Rickenbacher, den TV-Experten bei Bundesratswahlen.

Michael Hermanns Erfolgsformel lautet: Politik ist messbar.

Zusammen mit Heiri Leuthold, seinem vor zwei Jahren verstorbenen Geschäftspartner und Freund, brachte er Ordnung in die komplizierten politischen Realitäten. Statt Einschätzungen und Vermutungen präsentierten sie faktengestützte Wahrheiten, dargestellt in faszinierenden Grafiken und Karten. Damit traf der ehemalige Absolvent des mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums im bernischen Langenthal den Nerv des Internet-Zeitalters.

Begonnen hat alles im Oktober 1999. Die zwei jungen Geografen, Hermann war damals 28, präsentierten im *Magazin* und in *Le Temps* ihre »politische Landkarte des Nationalrats«. 517 namentliche Abstimmungen der großen Kammer hatten die beiden ausgewertet. Die Karte zeigte die exakte Position aller Nationalräte zwischen den drei Polen links, rechts-liberal und rechts-konservativ. Journalisten, Leser und Experten jubilierten: Plötzlich diese Übersicht! Die zerfledderten Bürgerlichen, die kompakte Linke, die polternde, aber im Parlament chancenlose SVP.

In den kommenden Jahren erlebte die Schweizer Politik einen Vermessungsboom. Mal eruierte man die Nähe der Politiker zum Gewerbeverband, dann drückte man das Bundesparlament ins Links-rechts-Schema. Hermann, der an der Uni Zürich als Lehrbeauftragter arbeitet, seine Forschungsstelle Sotomo aber als Firma führt, berät heute: Economiesuisse, Bankiervereinigung, Hotelleriesuisse, Interpharma, Bundesämter, Baudirektionen, Zürcher Kantonalbank, *L'Hebdo*, *Beobachter, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung, NZZ* und *NZZ am Sonntag.* Hermann sagt: »Wenn ich für alle arbeite, erhöht das meine Unabhängigkeit.«

Doch der Politik-Vermesser ist mehr als ein erfolgreicher Geschäftsmann. Seine Erfindung die Verortung im »Spinnennetz« bedeutet. Wahrhaben wollten dies in der Medien- und Politszene nur wenige. Bis im letzten Herbst die Politologin Regula Stämpfli in einer Radiosendung den Kollegen Hermann als »Wahlvermesser mit dem politischen Reflexionsgrad eines Planktons« beschimpfte. Der Gescholtene reagierte cool. Als ihn wenig später ein Journalist anrief, antwortete er: »Hallo, hier ist das Plankton.« Inhaltlich aber beschäftigt ihn die Kritik. Ja, er ist froh darum. »Mich stört selbst, wenn die Ratings zum Fetisch werden.« Er fühle sich manchmal als Zauberlehrling, der die gerufenen Geister nicht mehr loswerde. Etwa als Mitte Januar in der TV-Arena zum Berner Ständeratswahlkampf alle Kandidaten mit ihren Profilen »wedelten«. Oder wenn ihn eine Gruppe CVP-Parlamentarier fragt, wie sie stimmen müssten, um im Hermannschen Diagramm möglichst rechts eingeordnet zu werden. »Da frage ich: Wo bleibt eure Überzeugung?«

Hermanns eigene Meinung liest man seit zwei Jahren in einer monatlichen Kolumne im *Tages-Anzeiger* und im *Bund.* In seinen Texten irritiert Hermann sein linksliberales Milieu, er wohnt mit seiner Partnerin im Zürcher Kreis 5, mit einer entspannten Haltung zur SVP. Auch persönlich hat er keine Berührungsängste vor der wählerstärksten Partei des Landes. Im Januar 2010 war er Gast an der SVP-Kadertagung im Hotel Bad Horn am Bodensee. Spricht man ihn darauf an, sagt er: »Ich kann doch ein positives Bild einer Partei haben und trotzdem meinen eigenen Standpunkt beibehalten.« Es solle ihm nicht ergehen wie manchem Journalisten, der beim ersten Kontakt mit der Rechten gleich konvertiere. Selber war er 15 Jahre SP-Mitglied, der Dritte Weg von Blair und Schröder faszinierte ihn. Vor zwei Jahren trat er aus, auch berufsbedingt.

Wofür also steht er persönlich heute? Driftete er nach rechts? Europafreundlich sei er, aber gegen einen EU-Beitritt ohne Not. Für wirtschaftliche Liberalisierungen, aber gegen einen entfesselten Steuerwettbewerb. Für eine starke Zuwanderung, aber die Ängste der Bevölkerung seien ernst zu nehmen. Gegen eine Zersplitterung der Schweiz in Ghettos von Gleichgesinnten. Hermann ist die personifizierte Mitte. Welche Partei er wählt, das aber behält er für sich.

Sein Einfluss als Politexperte sei sowieso geringer als angenommen: »Die SVP wird nicht mehr oder weniger gewählt, nur weil man ihr ein Wachstum prognostiziert.« Er glaube nicht, dass die SVP der Schweiz schade. Im Gegenteil, sie integriere die extremen Kräfte. Noch 1999 fürchtete er sich vor der Partei, aber ihr Gesellschaftsprojekt, die neoliberale Revolution, sei gescheitert. Erfolge verzeichne sie auf symbolpolitischen Nebenschauplätzen, nicht im Maschinenraum der Politik, der Verwaltung. Und die Vergiftung des politischen Klimas, die Hetze gegen Minderheiten? »Unsere Gesellschaft erträgt solche Stimmen. Sie ist robust und hat nicht nur eine dünne zivilisatorische Oberfläche, unter der die Barbarei lauert.«

Anderthalb Stunden sitzen wir da bereits am Kaffeetisch in seinem Büro, dessen Tischtuch das Konterfei von Barack Obama ziert. Hermann, die langen Beine verschränkt, wirkt ernst, nachdenklich. Er ist kein Vielschwätzer, wie man aufgrund seiner Medienpräsenz vermutete. Die Sätze sind nuancierter, länger, verschachtelter als seine gedruckten Interviewantworten. Als Mensch ist er schwierig zu fassen. Seine Biografie ist geprägt von der Kindheit im konservativen Huttwil im Emmental, wo die Eltern eine Drogerie führten. Beide waren Mitglieder in der SVP, damals die Partei der Bauern, der Geerdeten. Die Missionare hockten im Täufer-Land in den Kirchen. Andersdenkende lernte Hermann mögen, doch falsche Gewissheiten stören ihn.

Aber welches Bild hat er von der künftigen Schweiz? Die Frage beschäftigt ihn nicht. »Es kommt ohnehin anders, als man denkt«, spricht der demütige Fatalist aus ihm. Er behält den kühlen Blick des Programmierers: Es gibt Probleme, und die muss man lösen. Punkt. Etwa jenes der blockierten Regierung. Im Juni erscheint sein Buch über die Konkordanz, verfasst im Auftrag von Avenir Suisse. Hermann will das Regierungssystem retten – zu den Details schweigt er. Doch von einer Konkurrenzdemokratie hält er nichts.

Sein Motto: Einbeziehen statt ausschließen, Eintracht schaffen statt Zwist säen, dem Zukünftigen in kleinen Schritten entgegengehen – vielleicht hören Politiker, Verbände und Journalisten deshalb auf Hermann, weil er so ist wie sie.

Ein Schweizer, der weiß: In der Mitte lebt es sich am besten.

Foto: Martin Ruetschi/Keystone

»Wo bleibt Eure Überzeugung?« Michael Hermann, 39, Politgeograf

DIE ZEIT

PREIS DEUTSCHLAND 4,00 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT UND KULTUR

12. Mai 2011 DIE ZEIT N° 20

Die Angst vor Alzheimer

Gunter Sachs zog daraus die extremste Konsequenz und nahm sich das Leben. Was Hoffnung macht: Mediziner zeichnen längst ein positiveres Bild vom Umgang mit der Krankheit und den Patienten

WISSEN SEITE 37–40

Illustration: Smetek für DIE ZEIT

Fukushima, Libyen, die Tötung Osama bin Ladens: Die Deutschen wissen es immer besser. Gutmenschen nerven, findet Josef Joffe. Sie sind nötiger denn je, antwortet Katrin Göring-Eckardt

Politik Seite 2–4
Feuilleton Seite 49

Schluss mit luftig

Die EU hat alles versucht, um Griechenland aus der Krise zu helfen. Jetzt hilft nur noch ein Schuldenschnitt VON UWE JEAN HEUSER

Der Fall Griechenland zerrt an Europa wie kein Problem zuvor. Doch das heißt nicht, dass sich der Kontinent ins Weiter-so flüchten darf. Er muss sich öffnen für etwas Unerhörtes: eine unerprobte Lösung mit ungewissen Folgen.

Aus Berliner Sicht sieht jede Antwort zunächst einmal gleich unattraktiv aus. Ob man Hellas aufs Neue rettet oder umschuldet, man macht sich unbeliebt.

»Retten« ist ein hübsches Wort, aber die Deutschen können es nicht mehr hören. Es kostet nur wieder Milliarden, und trotzdem beschimpft Europa uns, weil wir – und was könnte uns im Ausland unbeliebter machen – Disziplin im Gegenzug für unser gutes Geld verlangen.

»Umschulden«, die andere Möglichkeit, ist auch eine hässliche Sache, die im Englischen *haircut* heißt. Dabei würden die Griechen einen Teil ihrer Schulden einfach wegschneiden. Vergessen. Nicht mehr bezahlen. Auch das käme alle teuer zu stehen. Die Griechen, denen erst einmal niemand mehr Kredit gewährte, ebenso wie die Deutschen und andere, die ihnen Geld liehen und Teile davon nie mehr wiedersähen.

Europa will sich Ruhe kaufen. Aber die ist auch für Geld derzeit nicht zu haben

Retten oder nicht retten? Europa spielt eine neue Runde seines seit Ausbruch der Schuldenkrise währenden Spiels. Diejenigen, die – überwiegend mit anderer Leute Geld – großzügig neue Milliarden ausschütten wollen, positionieren sich als die guten Europäer. Die Skeptiker aus dem Norden stehen im Süden als Geizhälse da, obwohl doch alle gleichermaßen wissen, dass es ohne Europa nicht geht.

Wir erleben einen Austausch von Forderungen, Schuldzuweisungen und Dementis, in dem eigentlich niemand seiner Sache sicher sein dürfte. Sooft dieser Tage in Ministerien, Geheimrunden und Medien die Szenarien rauf- und runterbuchstabiert werden – keiner weiß annähernd, was kommt. Klar ist einzig, dass die Griechen mit dem ersten, 110 Milliarden Euro schweren Hilfspaket nicht auskommen und uns nicht nur Bürgschaften, sondern echtes Geld kosten werden. Viel Geld.

Eigentlich sollte Griechenland schon im Jahr 2012 wieder gesund sein, doch könnte die Genesung das ganze Jahrzehnt über dauern. Gleichwohl verlangen die EU, die Euro-Gruppe und die Zentralbank, dass Europa weiter für die Griechen bezahlt. Angeführt vom Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker, dem Vertreter des kleinen Luxemburgs, will das offizielle Europa Ruhe, was sie auch kostet. Bloß ist Ruhe nicht zu haben. Zwar beruhigen sich die Spekulanten in aller Welt, wenn Europa weiter zahlt. Aber was ist mit Bürgern und populistischen Politikern?

Schon jetzt sind viele erzürnt. Niemand schien europäischer gesinnt als der EU-Musterschüler Finnland – bis die europafeindlichen Rechtspopulisten im April fast 20 Prozent der Stimmen holten. In Deutschland spielen FDP-Politiker mit dem europäischen Feuer und torpedieren die deutsche Beteiligung am Rettungsfonds. Die Mehrheit haben sie nicht einmal in ihrer Partei hinter sich, wohl aber die Stimmung. Und wenn auch *Spiegel Online* gerade mit der Meldung überzog, die Griechen überlegten, aus dem Euro auszutreten: Selbst dort, im Land, in das so viel Geld fließt, wächst die Lust auf einen Befreiungsschlag, so desaströs seine Folgen wären.

Jeder verfolgt eigene Interessen im Spiel um die Zukunft des Euro. Der Rettungsfonds will weiter retten, die EU dabei mitregieren. Sogar die Europäische Zentralbank ist Partei, seit sie gegen den erklärten Willen des damaligen Bundesbankchefs Axel Weber die ersten Staatsanleihen kaufte. Käme es jetzt zum griechischen *haircut,* dann würde ihre Bilanz besonders stark leiden.

Nein, Ruhe wird in keinem Fall eintreten, auch nicht beim *haircut.* Deutschland wäre mit einem Schlag Milliarden los, einige seiner Banken brauchten neue Hilfen, und für Griechenland müsste Europa eine Art Marshallplan auflegen, damit der Südosten der Union nicht abstürzt. Und doch hätte der Schock etwas Heilsames.

Warum sind wir denn in einer fortdauernden Schuldenkrise? Weil Banken und Fonds zockten, als gäbe es kein Morgen – und der Staat, der nicht aufgepasst hatte, deshalb unser aller Geld retten musste. Wenigstens einmal sollten Finanzinstitute und Spekulanten mitbezahlen. Viele haben griechische Staatsanleihen gekauft. Griechenland umzuschulden würde deshalb das Signal an alle Hasardeure senden: Nehmt eure Verantwortung ernst, der Staat steht nicht immer für euch ein!

So ungewiss die genauen Folgen einer Umschuldung sind – allein das wäre ein ungemein wertvolles Signal. Was dagegen geschieht, wenn Europa immer weiterzahlt, zeichnet sich schon ab. Irland, seit einem halben Jahr unter dem Rettungsschirm, will weniger Vorgaben und niedrigere Zinsen. Wer wollte sie den Iren abschlagen, wenn die Griechen sie bekommen? Es gäbe kaum noch ein Halten. Europa kann eben nicht nur an zu wenig Solidarität zerbrechen, sondern auch an zu viel.

Sosehr sie die Gefahren einer Umschuldung beschwören, so beharrlich verschweigen die »guten Europäer« also, an welche Abgründe ihr eigener Weg führt. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wer der bessere Europäer ist, da haben alle führenden Politiker einschließlich Angela Merkel ihre Defizite. Die Frage ist vielmehr, was auf lange Sicht besser für Europa ist.

Die Antwort gibt die Wirklichkeit: Die Rettung Griechenlands hat trotz aller Milliarden nicht funktioniert. Europa sollte die Umschuldung wagen.

www.zeit.de/audio

Es grünt im Klub

Mit der Wahl Winfried Kretschmanns zum Ministerpräsidenten etabliert sich die dritte deutsche Volkspartei VON GIOVANNI DI LORENZO

Auch wenn man die Grünen nie gewählt hat, jetzt kann man ihnen nur Glück wünschen. Am Donnerstag wird die erste Landesregierung in Deutschland unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten vereidigt, und es steht dabei mehr auf dem Spiel als der Erfolg einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg, die für sich schon eine historische Zäsur in der Parteiengeschichte ist. Es geht auch um die Hoffnung auf politische Erneuerung in Deutschland und um die grundlegende Frage, ob und in welcher Form Volksparteien eine Zukunft haben.

Grün-Rot also – ein politischer Umsturz ausgerechnet in einem wohlhabenden Bundesland, das jahrzehntelang als Trutzburg von Parteien galt, die einst als bürgerlich bezeichnet wurden. Man hat das als fällige Reaktion auf eine 58 Jahre währende Herrschaft der CDU (mit zeitweiliger Hilfe der FDP) interpretiert. Als Ausdruck einer Stimmungswahl, die ohne die Reaktorkatastrophe in Fukushima undenkbar gewesen wäre.

Aber die Diagnose ist unvollständig, wenn sie nicht ein anderes Symptom berücksichtigt, das für die etablierten Parteien die stärkste Herausforderung seit der Wiedervereinigung darstellt: Noch nie waren die Präferenzen der Wähler so schwer voraussehbar, noch nie schienen sie so entschlossen zu sein, ihre Wut zu demonstrieren – sei es durch Wahlboykott, sei es durch die Stimmabgabe für eine Partei, die sie früher nie gewählt hätten. Das hat diesmal Grüne und SPD an die Regierung gebracht. Doch dieser Erfolg ist nicht mehr als eine Belobigung auf Bewährung.

Grün-Rot – ein politischer Umsturz ausgerechnet in Baden-Württemberg

Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist sich seiner Verantwortung offenbar bewusst. Schon in der Stunde des Wahltriumphs erinnerte er daran, nun gelte es, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, die zum ersten Mal Grün gewählt hätten. In Interviews sprach er davon, man wolle keine »feindliche Übernahme des Landes«, und er lobte den Amtsstil seines Vorvorgängers Erwin Teufel von der CDU. Auch wenn er vor der Wahl Wert auf die Feststellung legte, dass die Grünen eine volksnahe und keine Volkspartei sein wollten, weil dies ein überholter Begriff sei, so lassen diese Erklärungen doch den Schluss zu: Die Grünen unter Winfried Kretschmann sind auf dem besten Wege, das zu werden, was gemeinhin eine Volkspartei ist.

Nach der Definition von Parteienforschern zeichnen sich Volksparteien heute vor allem dadurch aus, dass sie ungefähr 30 Prozent der Wähler vertreten und durch ein relativ unideologisches Parteiprogramm wählbar für Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sind. Das klingt weit unattraktiver als das, was sie für die Bundesrepublik über viele Jahrzehnte tatsächlich gewesen sind: eine große Erfolgsgeschichte, jede Volkspartei für sich eine kleine Koalition, bestrebt, möglichst viele Menschen mitzunehmen, statt Standesinteressen oder Berufsgruppen zu vertreten.

Das alles haben die Grünen nahezu geschafft, und darin liegt eine Chance: In einer Zeit, in der die Zersplitterung der politischen Landschaft in lauter Klientelparteien befürchtet wird, könnte eine dritte Volkspartei entstehen – vorausgesetzt, die SPD, die zweite Volkspartei, bleibt auch eine.

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben kaum mehr als 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können, bei diesem Ergebnis ist ein Kriterium der Volkspartei schon nicht mehr erfüllt. Die Entscheidung Kretschmanns, der SPD dennoch die Mehrzahl und die wichtigsten Ministerien der Landesregierung zu überlassen, ist ihm als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden. Womöglich war es aber auch ein Akt der Klugheit gegenüber einem Partner, der sich tief gedemütigt fühlen muss. Das ist umso generöser, als Kretschmann und seine Mitstreiter in den Wochen der Koalitionsverhandlungen schwer an der SPD gelitten haben: Sie beklagten das Fehlen jeder politischen Fantasie, das Beharren auf Posten und alten Positionen.

Paradoxerweise stellte ein Erfolg von Grün-Rot in Baden-Württemberg für die SPD eher ein Risiko dar. Der Rest der Republik könnte sich an den Gedanken grüner Ministerpräsidenten gewöhnen, als Nächstes bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Aus dieser Gefahrenlage kommen die Sozialdemokraten nur heraus, wenn sie wieder Anker in die ganze Gesellschaft werfen, die sie aus Rücksicht auf ihre Parteibasis aus den Augen verloren haben, und bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten weniger auf die Stimmung der Parteifunktionäre als auf die Erfolgsaussichten bei den Wählern achten.

Auch in diesem Punkt haben die Grünen in Baden-Württemberg ein Beispiel gegeben: Vor einem Jahr, bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, stellte eine linke Fronde in der Partei dem Zugpferd Kretschmann noch misstrauisch ein Team zur Seite. Als Ministerpräsident hat er sich nun der Jahrhundertaufgabe zu stellen, in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas die Ökonomie des Landes mit der Ökologie zu versöhnen; nun muss er nach den aufreibenden Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 auch einen Konsens finden. Geschockt von einigen fanatischen Forderungen von Baum- und Bahnhofsschützern, plädiert er bereits für den »zivilisierten Streit«. Konsens? Zivilisierter Streit? Klingt verdammt nach regierungsfähiger Volkspartei: Willkommen im Klub!

www.zeit.de/audio

SACHSEN

Druck aus Dresden

Wie Frank Harings Jugendzeitung »Spiesser« einen Großverlag ärgert

Politik Seite 13

ZEIT ONLINE

Bienen am Schaalsee. Wellen am sardischen Strand. Kleine Augenblicke, die verzaubern

Eine neue Videoserie unter **www.zeit.de/video-momente**

PROMINENT IGNORIERT

Skandal auf Samoa

Dass der Inselstaat Samoa, bislang östlich der Datumsgrenze gelegen, beschlossen hat, um den Austausch mit dem westlich gelegenen Australien zu erleichtern, dessen Datum anzunehmen, also einen Tag zu überspringen, ist schlicht ein Skandal. Wenn jeder das Datum (»das Gegebene« notabene) nach Belieben festlegte, würden Schulden nicht getilgt, Geburten hinfällig, und dieses Glösslein wäre längst Makulatur. GRN.

kleine Abb. (v.o.n.u.): DZ-Grafik (nach einer Idee von Markus Roost); Jannis Chavakis für DZ; Mauritius

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/ Kanaren 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/ CHF 7.30/I 5,20/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/ L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:
20
66. JAHRGANG
C 7451 C

4 190745 104005 01420

ZEITGEIST

Wer den Griechen hilft

JOSEF JOFFE: Europa wird für Hellas bluten, um sich selber zu retten

Die Kassandras haben recht behalten: Geld- ohne Politikunion geht nicht. Vor zwölf Jahren hat Europa mit dem Euro den »Zug der Hoffnung« auf die Schiene gesetzt: 16 Lokomotiven mit 16 Führern. Die fromme Hoffnung? Jede Lok werde im gleichen Tempo – mit gleicher Steuer- und Ausgabenpolitik – fahren; sonst würden die Kupplungen brechen oder alle zusammen entgleisen.

Der Bruchpunkt ist jetzt. Um im Bild zu bleiben: Manche Lokführer, Athen vorweg, haben so lange so heftig geheizt, bis die Kohle ausging. Der Remeduren sind nur drei: 1. Athen nimmt Dampf weg, also spart und wird wieder wettbewerbsfähig. 2. Es wird zum europäischen Sozialfall, den die anderen mit ihrer Kohle alimentieren. 3. Hellas koppelt sich ab oder wird abgehängt.

Heute ist jede Lösung so hässlich wie die nächste. Griechenland, ein üppiger Sozialstaat mit verharzter Privilegienwirtschaft, kann nicht sparen. Trotz seiner Schwüre sind seine Schulden – private wie öffentliche – im Vorjahr gestiegen, von 325 auf 340 Milliarden Euro. Und blähen sich weiter auf. Das Wachstum lag im vierten Quartal 2010 bei einem Minus von knapp sieben Prozent.

Weiter Kohle zuschießen? Griechische Bonds sind nach jeder Finanzspritze wieder abgestürzt; die Zinsen liegen bei 15 Prozent, die Rating-Agentur S&P hat die Papiere auf »B« gedrückt – weit unter »Müll«. Wer nun den Griechen Geld leiht, sollte es besser im Kasino verjuxen. Mit Glück kriegt er 70 oder nur 50 Cent auf den Euro zurück. Die Euphemismen für den Bankrott lauten »Umstrukturieren« oder »Umprofilieren«, sprich: Schuldenschnitt oder Stundung. Wie aber käme dann Hellas zu neuem Geld – bei einem Schuldenstand von 160 Prozent des Inlandsproduktes?

Also Abkoppeln (freiwillig) oder Abhängen (erzwungen), wie es der medienerprobte Ifo-Chef Sinn fordert? Erstens erlauben die Verträge den Rausschmiss nicht, und zweitens ist die Medizin mörderischer als die Sepsis. Noch bevor der Drachmen-Druck angelaufen wäre, bräche das Höllenfeuer aus:

Foto: Mathias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

erst ein Run auf griechische Banken, dann Panikverkäufe von Griechenbonds im Ausland. Denn die Besitzer müssten kalkulieren, dass die Neo-Drachme etwa die Hälfte ihres Wertes gegenüber Hartwährungen verliert, die Griechen also doppelt so viel zurückzahlen müssten, was sie erst recht nicht könnten. Besonders pikant wäre die Lage in Deutschland, wo das meiste Gift bei Krisenbanken wie der HRE liegt. Schließlich: Wie würden die Pleitiers je wieder frisches Geld kriegen, um allein die steigenden Schulden zu bedienen?

Europa wird also weiter zahlen müssen – auch bei einem Schuldenschnitt. Denn auch dann gerieten die Euro-Zonen- und Griechenbanken mit jeweils 80 und 65 Milliarden an Schuldscheinen in die Bredouille, derweil EU, IWF und EZB 100 Milliarden wertberichtigen müssten. Finanzkrise II nicht ausgeschlossen. Fazit: Wer den Griechen hilft, hilft seinen Banken. Europa wird zuschießen und stunden müssen. Es lebe die Transfer-Union!

Wie lange? Bis der Euro-Zug nur einem einzigen Lokführer, also einer gemeinsamen Steuer- und Ausgabenpolitik gehorcht. Und wenn er bis dahin entgleist? Vertrauen wir auf den Bushido-Song: »Die Hoffnung stirbt zuletzt.«

Foto: Denis Sinyakov/Reuters

HEUTE: 9.5.2011

Erinnern

Als Deutscher ist man ja heutzutage eher wehrkraftzersetzend eingestellt. Ordenbehangene Heldenbrüste erinnern unsereinen an Schützenvereine und Epauletten an den Karneval. Hier aber ist das Original zu sehen, nicht die Kopie. So sehen Sieger aus.

Siegesfeier in Moskau: Was muss das für ein Gefühl sein, voller Stolz auf die Jahre 1941 ff. zurückzublicken, auf den Großen Vaterländischen Krieg, den sie mit Recht so genannt haben? »Keiner ist vergessen«, singt die Sängerin – wie sonst soll sich ein Volk an eine Katastrophe erinnern, deren Opfer noch immer nicht auf eine Million genau gezählt sind? »Nichts ist vergessen«, singt sie. Und man wünscht diesen alten Herren, dass diese Zeile falsch sein möge. Wer hätte schon gerne ihre Erinnerungen? Und wenn die Ordenssammlung hilft, damit fertig zu werden, wer hätte das Recht, darüber zu spotten? F. D.

Mord und Totschläger

Jugendgewalt: Zu viel Milde untergräbt das Vertrauen ins Recht

Wie Jugendliche zu grausamen Schlägern werden, das bleibt trotz aller Forschungen ein verstörendes Rätsel. Wie ihnen zu begegnen ist und ob die Jugendgewalt insgesamt brutaler wird – all das ist heftig umstritten. Nur über eines sind sich alle Fachleute einig: Die Justiz muss schnell arbeiten, wenn sie es mit jugendlichen Gewalttätern zu tun bekommt. Vergeht zwischen Straftat und Strafe zu viel Zeit, verpufft die Wirkung der Sanktion.

Das immerhin hat die Berliner Justiz im Fall des Torben P. richtig gemacht, der in der Nacht auf Ostersamstag am U-Bahnhof Friedrichstraße einen Passanten offenbar ohne jeden äußeren Anlass niedergeschlagen und dann immer wieder gegen den Kopf getreten hatte. Schon zwei Wochen später ist gegen den 18-Jährigen Anklage erhoben worden. Das ist ungewöhnlich schnell – und ein gutes Signal. Die Beweislage sei einfach, sagen die Staatsanwälte, der Täter habe gestanden, der Tathergang stehe fest, da eine Videokamera den Angriff aufgezeichnet hatte. Allerdings darf man wohl annehmen, dass auch das Entsetzen in der Öffentlichkeit über die Tat einiges zur Beschleunigung beigetragen hat.

Angeklagt wird Torben P. wegen versuchten Totschlags. Das ist ein Mittelweg. Lange wurden vergleichbare Fälle milder beurteilt, meist als Körperverletzung – mit entsprechend niedrigeren Strafen. Das haben Deutschlands höchste Strafrichter am Bundesgerichtshof gebilligt, sogar befördert. Denn sie wollten nicht einmal bei heftigen Tritten mit Springerstiefeln gegen den Schädel ohne weiteres einen Tötungsvorsatz annehmen.

Das sahen die Berliner Staatsanwälte nun anders. Grobe Nachsicht wird man ihnen also nicht unterstellen können. Für versuchten Totschlag sieht das Jugendstrafrecht zehn Jahre Haft als Höchststrafe vor. Ob Torben P. die bekommt, entscheidet das Gericht, Anklage ist nicht gleich Urteil. Aber die Anklage ist eine erste Weichenstellung. Für Täter und Opfer. Und für die Öffentlichkeit.

Deshalb ist es auch legitim, wenn in Berlin jetzt nachgefragt wird, warum die Tat auf dem Bahnsteig nicht als versuchter Mord angeklagt worden ist. Die mögliche Höchststrafe wäre dieselbe, das Signal aber ein anderes. Mord ist mehr als ein Totschlag, eine besonders verwerfliche Tat, sei es wegen besonderer Grausamkeit, sei es wegen »niedriger Beweggründe«. Grausam ist nach den gängigen Definitionen eine Tat, die dem Opfer besonderes Leid zufügt, die gängige Hemmschwellen infrage stellt oder besonders erschütternd wirkt. Wer das Video der Tat am Bahnhof Friedrichstraße gesehen hat, kommt schon ins Grübeln, ob hier von dem geradezu wie besinnungslos zutretenden Täter nicht alle gängigen Hemmschwellen überschritten werden.

Nein, es geht nicht darum, eine möglichst harte Strafe zu finden. Es geht darum, das Gesetz ernst zu nehmen – und die friedensstiftende Funktion des Rechts. Wenn einer wie Torben P. von Untersuchungshaft verschont wird, wenn Heranwachsende sehr häufig nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, obwohl für sie auch Erwachsenenstrafrecht in Betracht käme, wenn schon bei der Anklage regelmäßig heruntergezoomt wird, dann mag das in jedem Fall begründet sein. Das Routinierte der Nachsicht jedoch, der Eindruck, Spielräume würden nur in eine Richtung genutzt – solche Tendenzen untergraben das Zutrauen ins Recht. WFG

Ein Land bleibt cool

Der Staat hätte bei der Volkszählung mehr Fragen stellen sollen

Die Bürger bleiben cool. Am 9. Mai war Stichtag des »Zensus 2011«, der neuen Volkszählung. Der ersten seit 1987. Volkszählung, das klingt nach historischer Parallele, nach enormem Erregungspotenzial. Am Montag aber mahnten bloß müde einzelne Landesdatenschützer, fanden sich ein paar nölige Kommentare in den Zeitungen (und ebenso viele wohlwollende). Mehr öffentliche Reaktion war da nicht.

Mit Überrumpelung kann man das kaum erklären: Schon 2010 fanden die Haus- und Wohnungsbesitzer Fragebögen in der Post. Seit Monaten wird plakatiert und informiert. Und jetzt werden zufällig ausgewählten Bürgern 46 Fragen zu Person, Lebensumständen, Ausbildung und Beruf gestellt. Rund zehn Millionen müssen antworten – ein ganz schöner Teil der Bevölkerung. Aber empört sie sich? Verweigert sie sich in nennenswerter Zahl? Nein.

Wer hätte das gedacht! Eine bürokratische Großaktion (zumal eine, die Brüssel vorschreibt), doch die Deutschen bleiben cool. Bei jenem Thema, das in den achtziger Jahren zur Chiffre für den vermeintlichen Überwachungsstaat wurde. Die Reaktion lässt sich ganz gegensätzlich deuten – entweder als Zeichen von Abstumpfung oder von Akzeptanz.

Erklärung Nummer eins: Wir sind einfach desensibilisiert durch ständige halb öffentliche Selbstinszenierung à la Facebook (wo fast 18 Millionen Deutsche angemeldet sind). Außerdem liegen in mehr als der Hälfte der Haushalte Kundenkarten (knapp 50 Millionen allein von Payback), die Spione der Konsumwirtschaft. Und selbst in einer H&M-Filiale wird man beim Bezahlen gefilmt. Da schert es die Leute auch nicht mehr, wenn der Staat etwas mehr wissen will.

Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution und ihren technischen Möglichkeiten lässt sich aber auch das entgegengesetzte Argument führen: Die Bürger finden die Fragebögen okay. Dabei wissen sie sehr wohl um die Risiken der Datensammelei. Bloß sind die Chiffren dafür heute Apples Ortungsdatei, Googles Fotoautos oder Hacker-Raubzüge durch unsichere Onlineshops. Sammelwut und Schlamperei sind die Zutaten jedes Datenskandals. Doch die Schauplätze sind stets Privatunternehmen, vorzugsweise kalifornische Konzerne. Im Vergleich zu deren Machen-was-geht-Mentalität erscheint die Neugier der Volkszähler verhältnismäßig, ja zurückhaltend.

Vielleicht zu zurückhaltend. 700 Millionen Euro soll der Zensus kosten, das ist nur eine Schätzung, also wird es teurer. Vor dem nächsten Zensus 2021 wird es heißen: Können wir für das ganze Geld nicht etwas mehr erfahren? Und zu Recht. 43 der Fragen schreibt die EU vor. Nur drei fügte die Bundesrepublik hinzu (davon die freiwillige nach dem religiösen Bekenntnis). Dabei hatten Statistiker, Ökonomen und Sozialwissenschaftler gefordert, weitere Fragen zu drängenden gesellschaftlichen Problemen zu stellen: etwa zu Sprachen (Integration) und Kinderzahl (Demografie), zum Pendlerverhalten (Verkehrsplanung) und, ganz simpel, zur Heizung (Klimaschutz).

Der Staat – im Bestreben, die Befragten nur nicht zu verschrecken – verzichtete auf all das. Angesichts der Coolness der Bürger muss man sagen: Da wäre mehr drin gewesen. STX

IN DER ZEIT

POLITIK

2 **Interview** Kanzlerin Angela Merkel erklärt den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg

3 **Bücher machen Politik**

4 **Gutmenschen** Ist Deutschland ein Vorbild für die Welt? Ein Pro und Contra

5 **Libyen** Die ersten Kriegsopfer sind die Flüchtlinge

6 **Generation Rösler** Passen Familie und Politik zusammen?

7 **FDP** Ein Gespräch mit Philipp Rösler über seine Regierungspläne

8 **Pakistan** Die Islamisten freuen sich über arabische Revolutionen

9 **Syrien** Tagebuch

Ägypten Die neue Regierung kämpft gegen religiöse Gewalt

10 **Italienische Lektionen** Neapel

11 **Politische Lyrik** »Inkarnation«/ »Die Lebenden sind Legenden«

12 **Volkszählung** Gelassenheit

Justiz Der Berliner U-Bahn-Schläger wird angeklagt

SACHSEN

13 **Medien** »Spiesser«-Chef Frank Haring kämpft gegen einen Großverlag VON RALF GEISSLER

Ostkurve VON JANA HENSEL

Sachsen-Lexikon Krawall-Zuschlag

14 **Geschichte** Dresdens Bühnen in der NS-Zeit VON ADINA RIECKMANN

Am Start Irina Tarassenko, Landärztin VON M. MACHOWECZ

DOSSIER

15 **München** Ein Prediger will ein weltoffenes Islamzentrum gründen und gilt nun als Verfassungsfeind

20 WOCHENSCHAU
Eurovision Song Contest Die Geschichte eines Liedes aus Island

GESCHICHTE

21 **Ausstellung** Bayern feiert Ludwig II.

22 **CSU** Schon 1949 zeigte die Partei ihre Fähigkeit zum geschlossenen Sowohl-dafür-als-auch-dagegen

WIRTSCHAFT

23 **Euro** Rettung oder Schuldenschnitt – die Politik ist überfordert

24 **EZB-Chef** Angela Merkel stützt Mario Draghi

25 **Staatsschulden** Niall Ferguson über die Krise des Westens

26 **VW** Der Konzern will jetzt auch noch die meisten Laster bauen

Elektroauto Warum es falsch ist, nur die Autokonzerne zu fördern

27 **Kinderarmut** Die Not wird überschätzt, sagen Forscher

28 **Pharma** Die Industrie verdient zulasten von altersblinden Patienten Milliarden

29 **Lebensmittel** Ein Internetportal für Verbraucher ärgert die Industrie

30 **Kika-Skandal** Gegenseitige Schuldzuweisungen

Soziale Netzwerke Industriespionage wird erleichtert

31 **Telekom-Aktie** Das Urteil in dem Massenverfahren steht bevor

32 **Tunesien** Schwieriger Neubeginn

33 **Lettland** Positive Entwicklungen

34 **Ratenzahlung** Versicherer verschleiern die wahren Kosten

35 **Kohle** CO_2-Speicherung

ThyssenKrupp Der Konzern startet den fälligen Umbau

36 **Was bewegt …** Armin Falk, Ökonom und Verhaltensforscher?

WISSEN

37 **Alzheimer** Plädoyer für einen neuen Blick auf die Krankheit

39 Besuch in einem Heim für schwer demenzkranke Menschen

40 Wie pflegende Angehörige Urlaub machen können

41 **Infografik** Die Renaissance der Bilder in Medien und Wissenschaft

44 Der Medienforscher Michael Stoll über gute und schlechte Grafik

47 KINDERZEIT
Fremde Was es bedeutet, Flüchtling zu sein

48 **Kinder- und Jugendbuch** LUCHS – Anne-Laure Bondoux »Die Zeit der Wunder«

FEUILLETON

49 **Gesellschaft** Die Deutschen im Geisterreich der Moral

50 **Kulturgeschichte** Eine Ausstellung über das Schicksal

51 **Fernsehen** Gespräch mit RTL-Senderchefin Anke Schäferkordt

52 **Max Frisch** Er würde jetzt 100 – Wiederbegegnung mit dem Klassiker

53 Biografie, Essay-Sammlung und ein Bildband/Erfahrungen eines Journalisten mit Frischs Fragebogen

54 **Essay** Eberhard Straub »Zur Tyrannei der Werte«

Roman Nicolas Dickner »Tarmac«

55 Margaux Fragoso »Tiger, Tiger«

56 **Nachruf** auf Gunter Sachs

57 **Umbruch** Eine Ägypten-Reportage der Philosophin SUSAN NEIMAN

58 **Brüssel** Die Oper »Matsukaze«

Kunst Paul Pfeiffer in München

59 **Kunstmarkt/Museumsführer**

61 **Kino** »Joschka und Herr Fischer«

Kulturkanäle zdf.kultur

62 GLAUBEN & ZWEIFELN
Islamismus Der Prediger Pierre Vogel reagiert auf bin Ladens Tod

REISEN

63 **Schweiz** In Berzona fand der ewige Reisende Max Frisch ein Zuhause

65 **Eurovision** Ein Lob auf Düsseldorfs Kö, das Altbier und das japanische Viertel

67 **Seychellen** Wo William und Kate angeblich ihre Flitterwochen verbringen

CHANCEN

71 **Bachelor und Master: Ein Spezial auf 10 Seiten**

96 ZEIT DER LESER

56 Impressum

95 LESERBRIEFE

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

Foto: Jannis Chavakis für DIE ZEIT / www.chavakis.de; Dominik Butzmann (kl.)

Ein Bild von einem Mann: Frank Haring im Konferenzraum seines Dresdner Verlags

Elefant im Zeitungsladen

Frank Haring hat aus der sächsischen Schülerzeitung »Spiesser« ein bundesweites Jugendmagazin gemacht. Inzwischen sieht selbst die »Bravo« in ihm einen ernsten Konkurrenten VON RALF GEISSLER

Da ist die Geschichte mit dem Kaffee-Automaten. Eine Mitarbeiterin hatte Münzen eingeworfen und ihr Wechselgeld vergessen. Als sie zurückkehrte, war das Fach leer. Verschwunden, die paar Cent. Frank Haring fackelte nicht lange. Er ließ die Videoüberwachungsbänder der Büroetage sichten, um den Dieb zu entlarven. Eine Stunde Bildmaterial. Selbst wenn es nur um Kleingeld geht, kämpft er mit der Verbissenheit eines Jungen, dem man sein Spielzeug weggenommen hat. Mit dieser Haltung hat er sein Unternehmen groß gemacht.

Frank Haring, Geschäftsführer und Mitinhaber der Jugendzeitschrift *Spiesser* in Dresden, ist als 34-Jähriger so etwas wie Deutschlands jüngster Pressepate. Angeblich fast 800 000 Mal liegt sein *Spiesser* bundesweit an Schulen aus. Ein Magazin, in dem Jugendliche für Jugendliche schreiben, angeleitet von Journalisten. Das Heft ist mittlerweile so bekannt, dass der Heinrich Bauer Verlag darin eine Konkurrenz zu seiner Jugendpostille *Bravo* sieht. Der Verlag zweifelt die *Spiesser*-Auflage vor Gericht an. »Das wird lustig werden«, sagt Haring und blättert in der einstweiligen Verfügung, die Bauer vor drei Wochen gegen ihn erwirkt hat. 250 000 Euro Ordnungsgeld werden ihm angedroht, falls er weiterhin mit seinen Auflagenzahlen wirbt. »Wir werden das ganz sicher nicht auf uns sitzen lassen«, sagt er.

Rein äußerlich würde Haring – schwarzes Shirt, braune Cordhosen – als Juso-Kreisvorsitzender durchgehen. Auch der Anblick seines Dienst-Toyotas vermittelt nicht den Eindruck von einem, der dick im Geschäft ist. Doch Haring verlegt nicht nur eine Jugendzeitung. Er hält Anteile an *Dresden Fernsehen*, verdient beim Elternmagazin *Eltern, Kind + Kegel* mit und ist an einem Jugendreisebüro beteiligt. Er engagiert sich bei einem Logistik-Dienstleister, einer Unternehmensberatung und beim »Schulkurier«, der den *Spiesser* zwischen Nordsee und Alpen verteilt. Kürzlich hat eine seiner Firmen fünf Millionen Euro in einen Solarpark investiert. Es war die Zeit vor Fukushima. Haring hatte mal wieder den Riecher für das richtige Timing.

Der Gegenspieler ist ein Konzern mit zwei Milliarden Euro Umsatz

Die meisten seiner Firmen haben dort ihren Sitz, wo auch der *Spiesser* zu Hause ist: im Dresdner Medienkulturhaus Pentacon. Es ist Harings Festung. Und sie wird angegriffen. Aus dem Hinterhalt, wie er meint. Schon im März habe der Bauer-Verlag versucht, bayerische Schulleiter einzuschüchtern, indem er anfragte, auf welcher rechtlichen Grundlage der *Spiesser* bei ihnen ausgelegt werde. Bauer ist ein Konzern mit zwei Milliarden Euro Umsatz und 8000 Mitarbeitern. Angesichts dieser Zahlen klingt es zunächst wie ein Witz, wenn es aus dem Unternehmen heißt: »Wir wollen, dass zwischen *Bravo* und *Spiesser* wieder Waffengleichheit herrscht.« Frank Haring meint: »Die wollen uns fertigmachen.«

Er lümmelt auf seinem Bürosessel wie in einem Liegestuhl, die Lehne weit hinten. Ein Provokateur, oft unterschätzt, sächsisch schlau.

Frank Haring war 17, als er mit seinem Jugendfreund Konrad Schmidt den *Spiesser* gründete. 5000 Exemplare brachten sie von 1994 an persönlich an die Dresdner Schulen. Die Redaktion traf sich im Keller des Hülße-Gymnasiums, wo hinter vergitterten Fenstern zwei Dutzend Computer standen. Täglich um 19.30 Uhr schaltete der Hausmeister den Strom ab, und Flüche hallten durch den Flur – von jenen Mitarbeitern, die ihre Texte nicht gespeichert hatten. 1997 bezog die Redaktion eine ausgediente Küche im Dresdner Pentacon, erster Stock, geflieste Wände. Die alte Einrichtung warf Haring einfach aus dem Fenster. In dem selbst renovierten Raum machte er mit zwei Partnern das kleine Gratisblatt groß. Es erschien fortan in ganz Sachsen. Auch bei McDonald's wurde es ausgelegt. Zum Idealismus kam der Kapitalismus hinzu.

2006 hatte Haring die Idee, es bundesweit zu versuchen – was manche übermütig fanden. Mit Großverlagen sprach er über eine Beteiligung am *Spiesser.* Doch es kam keine Kooperation zustande. »Viele wollten den *Spiesser* irgendwo in ihre Strukturen einsortieren und hätten das Projekt damit sehr wahrscheinlich gegen die Wand gefahren«, frotzelt Haring. Im Herbst 2007 brachte die Spiesser GmbH ihr Blatt im Alleingang in ganz Deutschland heraus, Druckauflage: eine Million Exemplare. Überregionale Zeitungen, auch die *ZEIT,* zollten Respekt. Ein neues Printprodukt. Aus dem Osten. Für Jugendliche. Es klang märchenhaft.

Vor Ort in Dresden sahen es viele nüchterner. Unvergessen ist bei manchem Ex-Mitarbeiter, wie Haring morgens fünf Minuten vor Dienstbeginn an der Pforte stand und jeden ermahnte, der noch nicht am Schreibtisch saß. Man habe zum Vorklingeln zu erscheinen, dozierte er. Wenn er Fehler fand, zog er die Betroffenen noch Wochen später damit auf. Seinen neugeborenen Sohn stellte Haring Kollegen halb ironisch als »Junior-Chef« vor.

Haring, heißt es, sei genial – aber auf Dauer nicht auszuhalten

Immerhin bezahlte er leidlich und schulte junge Journalisten, die er eines aber nicht lehrte: die strikte Trennung von Redaktion und PR. Mehrfach vergaß der *Spiesser,* werbliche Inhalte im Blatt zu kennzeichnen. Noch im November verurteilte das Landgericht Berlin die Zeitung, weil eine Sonderveröffentlichung der Supermarktkette Kaufland nicht als Anzeige ausgewiesen war. Er bewundere Stefan Raab, sagt Haring, weil über dessen Sportsendungen »Dauerwerbesendung« stehe und die Quoten trotzdem stimmten.

Wer Haring begegnet, vergisst ihn so schnell nicht mehr. Er ist ein Getriebener, der nicht lockerlässt. Auch einer, der einschüchtern kann. Und er ist voller Ideen. Haring hat sich die »Spiesser-WG« ausgedacht: Abiturienten arbeiten ein Jahr für Haring, verdienen kleines Geld, wohnen aber kostenlos. Er erfand die Vertretungsstunde mit Prominenten. Das Prinzip: Musiker, Schauspieler oder Politiker geben in einer Schule Unterricht – und der *Spiesser* schreibt darüber. Haring initiierte auch den Jugendbildungsverein Sachsen. Redakteure gaben Workshops, Vereinsleute organisierten Anzeigen. Es war für Außenstehende ein ziemliches Durcheinander. Kommerziell? Ehrenamtlich? Schwer zu sagen.

Wie viel Geld sie mit dem Blatt verdienen, müssen Haring und seine zwei Partner nicht offenlegen. Fest steht, dass er selten mehr ausgegeben hat als nötig. Um Dienstreisen billig zu halten, teilt er sich mit Kollegen auch mal ein Doppelzimmer. Im Intranet, erzählt ein Mitarbeiter, informierte er im vorigen Jahr über die Vorzüge von Rabatten für Journalisten. Dadurch habe er selbst in seinem Urlaub 300 Euro gespart. Man darf annehmen: Das Geld floss in neue Projekte.

»Ich bin«, schreibt Haring in einer E-Mail, »sowohl von meinem Körpergewicht als auch vom Gedächtnis her der Kategorie Elefant zuzuordnen. Das heißt, ich vergesse selten.« Vor vier Jahren bemühte er sich um Aufträge der Bundesagentur für Arbeit. Doch den Zuschlag erhielt die *Bravo* – für eine Anzeigenserie unter dem Titel »Job-Attacke«, Auftragswert: etwa 700 000 Euro jährlich. Frank Haring war über seine Schlappe derartig sauer, dass er eine eigene Attacke startete. Er schrieb dem Deutschen Presserat, die *Bravo* habe die Inhalte womöglich nicht ausreichend als Anzeige gekennzeichnet. Das Gremium erteilte in erster Instanz eine Rüge. Auch der Bundesrechnungshof prüfte die Angelegenheit. Zuvor hatte Haring über einen Bundestagsabgeordneten der Grünen eine Kleine Anfrage initiiert. Schließlich wurde sogar Agentur-Chef Frank Weise zur Anhörung nach Berlin geladen.

Den Bauer-Verlag verärgerte das alles. Haring sagt: »Ich hatte bei denen noch einen gut.« Bereits 2008 hatte Bauer ihm gerichtlich untersagen lassen, den *Spiesser* als »größte Jugendzeitschrift Deutschlands« zu bewerben. Denn der *Spiesser* erscheine nur alle zwei Monate; die *Bravo* aber jede Woche. Zuletzt mit einer verkauften Auflage von etwa 400 000 Exemplaren.

Die jetzige Auseinandersetzung trifft Haring zur Unzeit. Er hat kürzlich seinen Verlagsleiter, die Anzeigenleiterin, die Verantwortliche für Sonderpublikationen und einen langjährigen Redakteur verloren. Die Fluktuation beim *Spiesser* war immer schon hoch. Mehrere, die gingen, sagen: Haring sei genial, aber auf Dauer nicht auszuhalten. Ein Mann, der seit seiner Pubertät immer nur Chef war, dem seine Firma alles bedeute. Haring deutet die häufigen Personalwechsel ins Positive um: Sie passten doch gut zu einem Blatt, das jung bleiben wolle.

In der öffentlichen Wahrnehmung ist der *Spiesser* noch heute das Produkt engagierter Schüler. Nach dem Prinzip lässt Haring im Pentacon auch das Magazin *Schekker* der Bundesregierung erstellen. Außerdem denkt er über ein Jugendmagazin nach, das am Kiosk verkauft werden soll. Das dürfte den Bauer-Verlag noch mehr erzürnen. Doch Haring braucht das Kämpfen zum Leben. Der Gegner ist groß, aber er sollte sich abwehren lassen. Irgendwie hat Haring ihn sich ja auch erarbeitet.

OSTKURVE

Oberarmfrei

Am Wochenende wurde uns ein neues Bücherregal geliefert. Zwei junge Herren, der eine in oberarmfreiem T-Shirt, der andere tätowiert an allen sichtbaren Körperstellen, waren mit einem alten Volvo vorgefahren, hatten das recht schwere Ding erst entladen, dann hinaufgeschleppt und schließlich vor den sechs Augen der Familie aufgebaut. Der Typ mit dem oberarmfreien T-Shirt erzählte dabei, dass er schlafwandle und morgens seinen Schlüssel mitunter im Schloss des Briefkastens finde. Was für ein interessantes Thema, dachte ich.

Jana Hensel, 1976 in Leipzig geboren, Autorin des Bestsellers »Zonenkinder«, schreibt hier im Wechsel mit ZEIT-Autor Christoph Dieckmann

Aber oberarmfrei ist ja eigentlich auch ein interessantes Wort, nicht wahr? Selbst wenn es das, was ich sagen will, hier nicht ganz trifft. Schließlich braucht man bekanntlich seine Oberarme, um so ein schweres Bücherregal aufzubauen. Oberarmunbedeckt wäre besser.

Einige Leser denken jetzt wahrscheinlich: »Ja, ja, Handwerker sind auch nicht mehr das, was sie mal waren.« Diesem Eindruck möchte ich entschieden entgegentreten. Die beiden jungen Herren bildeten nämlich eine rühmliche Ausnahme. In der Regel sind Handwerker in einem erschreckenden Ausmaß so geblieben WIE FRÜHER. Ich musste das in den vergangenen Wochen oft am eigenen Leib erfahren, indem ich mich mehr als einmal schier auf den Boden warf, um einen Termin zu ergattern.

Nun fiel mir das Buch *Du und Deine Wohnung. Heimwerkertips* in die Hände. 11. Auflage, Ost-Berlin 1977. All die Mischbatterien, Auslaufventile, Kohlebadöfen, Heißwasserspeicher, Geruchverschlüsse (Trapse) und Spülkästen: Ich könnte sie nun theoretisch allein reparieren, müsste keinen Handwerker mehr anflehen. Wie schade, dass es die Geräte nicht mehr gibt.

SACHSEN-LEXIKON

Krawall-Zuschlag, der. Aufpreis für Fußballspiele mit erhöhtem Randale-Risiko. »Wir wollen«, erklärt Innenminister Markus Ulbig (CDU), »dass bei Risikospielen ein bis drei Euro höhere Eintrittspreise erhoben werden.« Zu oft bleibe er »auf den Kosten sitzen«, wenn Polizisten Hooligans im Zaum hielten. Fans fordern, den Krawall-Zuschlag fairerweise auch auf die sachsenweit wichtigste Krawall-Fraktion um Holger Zastrow (FDP) auszuweiten. Im Fußball, heißt es, wären Leute, die so oft gelb provozieren, ja längst aus der Arena geflogen. MAC

S

AM START

Ende des Notstands

Wie Niederwiesa nach einem Jahr eine neue Landärztin gefunden hat

Wenn man in Niederwiesa bei Chemnitz den Arzt ruft, kommt neuerdings eine Frau aus Semipalatinsk: Irina Tarassenko, 39, geboren im 4500 Kilometer entfernten Ostkasachstan, sitzt in ihrem Behandlungszimmer. Sie trägt das Haar wie eine Löwenmähne, es ist eine einzige rotbraune Welle. »Hausärztin, dafür bin ich geboren, no«, sagt sie.

Irina Tarassenko hat zu Hause in Semipalatinsk Medizin studiert, das »no« hängt sie an alle Sätze, und in jedem ihrer deutschen Wörter liegt noch die Würze des Kasachischen, ihrer Muttersprache. Tarassenko ist einer der Menschen, nach denen Sachsen in ganz Europa fahndet. Sie wird geliebt in Niederwiesa, weil sie die alte Hausarztpraxis wiedereröffnet hat: Ein Jahr lang stand diese leer, ein Jahr lang hatten 5000 Erzgebirgler im Tal der Zschopau niemanden, der sie kuriert. Wolfdieter Kühn, den hier alle nur den Doktor nennen, ist in Rente seit dem 31. März 2010. Für Bürgermeister Dietmar Hohm, 66, einen Mann mit grauem Vollbart, begann an diesem Tag »die schlimmste Zeit«. Die Bürger marodierten wie seit 1509 nicht mehr, damals hatten sie Chemnitz den »Bierkrieg« erklärt. Nun wollten die Menschen, dass Hohm ihnen endlich einen neuen Arzt präsentiert. Er sanierte erst mal das Praxisgebäude, für 320 000 Euro. Dann blieb ihm nichts anderes übrig, als zu warten.

Im vergangenen November berichtete die *ZEIT* (Nr. 45/10) über Niederwiesas Arztnotstand und Sachsens Bemühungen, ausländische Mediziner anzulocken. Mindestens 150 Landärzte finden im Freistaat keinen Nachfolger, unzählige Vorschläge sind im Gespräch: von der Aufweichung der Zulassungsbeschränkungen an den medizinischen Fakultäten bis zu »rollenden Praxen«. Die Landesärztekammer gründete ihre Koordinierungsstelle »Ärzte für Sachsen«, die neuerdings sogar bei Facebook nach Medizinstudenten fahndet.

Tarassenko, seit einigen Jahren am Chemnitzer Krankenhaus, las von Niederwiesas Problem, fuhr in den Ort und befragte Bewohner: »Würden Sie, wenn jemand die Praxis übernähme, wiederkommen?«

Natürlich, sagten die Niederwiesaer.

»Das hat alles beeinflusst«, sagt Tarassenko: »dass man hier gebraucht wird. Natürlich ist Angst im Spiel, wenn man so einen Schritt geht. Aber hier kennen dich die Patienten, sie akzeptieren dich.« Sie hätte auch in der Großstadt bleiben können, in Chemnitz lebt sie mit Mann und Kindern, Praxen stehen dort ebenfalls leer, aber Tarassenko sagt: »In Chemnitz gibt es Ärzte genug.«

Die Ärztin Irina Tarassenko, 39, kam vor rund zehn Jahren aus Kasachstan nach Chemnitz

Im Oktober soll in Niederwiesa ein Seniorenheim eröffnen, 48 Zimmer, viele Patienten, »ein Pflegeheim der vierten Generation«, sagt der Bürgermeister. »Ein Jahr lang waren wir ziemlich in Schwulitäten.« Nun werde alles gut. Die Ärztin kuriert seinen Ort. MARTIN MACHOWECZ

Fotos: ullstein (u.r.); Martin Machowecz (l.); kl. Fotos (im Uhrzeiger): U. Richter (Dirigent Fritz Busch); A. Pieperhoff/Archiv der Staatsoper Dresden (Sängerin Margit Bokor); Archiv des Staatsschauspiels Dresden (Schauspielerin Jenny Schaffer, Schauspieler Martin Hellberg)

Braune Dramen

Machtergreifung an der Semperoper: Eine Ausstellung räumt mit der Legende auf, Dresden sei in der NS-Zeit eine unschuldige Kulturstadt gewesen VON ADINA RIECKMANN

Die Dresdner haben es nach Hitlers Machtübernahme besonders eilig. Schon fünf Wochen später, am 7. März 1933, brennen Fahnen und Bücher in einem Feuer vor der Volksbuchhandlung beim Schloss. Am selben Tag stürmt der Schauspieler und NS-Sympathisant Alexis Posse mit 60 Gleichgesinnten die *Rigoletto*-Probe in der Semperoper und erklärt den Dirigenten Fritz Busch für abgesetzt. Dessen Vergehen: »Verkehr mit Juden« und die Beschäftigung »jüdischer und ausländischer Sänger«. Am Abend beweist sich, dass dies alles kein Spuk war. Bis hoch in den 4. Rang sitzt Hitlers SA. Nicht aus Liebe zu Verdi haben ihre Mitglieder die Karten gekauft, sondern um die Reihen mit Braunhemden zu füllen.

Seit 1922 hat Fritz Busch in Dresden mit spektakulären Uraufführungen von sich reden gemacht. Unter seiner Leitung katapultiert sich die Semperoper an die Spitze der Musikmoderne. An diesem 7. März 1933 aber schreien ihn die Dresdner nieder. Busch blickt seine Musiker lange an, die aber schweigen. Ohne den Taktstock erhoben zu haben, verlässt der Westfale die Bühne. »Aus!!!«, vermerkt er in seinem Kalender über sein Ende, aus Protest verlässt Busch nicht nur Dresden, er geht aus Deutschland weg. Mit dem Dirigenten wird sein ganzes Leitungsteam beurlaubt, vom Generalintendanten bis zum Spielleiter der Oper. Es ist ein Signal. Ausnahmslos alle jüdischen Ensemblemitglieder in Dresden müssen gehen, viele verstummen für immer. Die Sängerin Therese Elb und der Musikdirektor Arthur Chitz werden nach Riga deportiert und dort ermordet; die Schauspielerin Jenny Schaffer stirbt in Auschwitz.

»Diese öffentliche Vertreibung«, sagt Hannes Heer, »war ein einmaliger Vorfall. Es waren ja keine SA-Leute von außerhalb, die mit einem Putsch die Staatstheater übernommen haben, wie immer behauptet wird. Die Machtergreifung hat von innen heraus stattgefunden. Die eigenen Leute haben die Kollegen verjagt, kühl und kalkuliert.« Der Hamburger Historiker arbeitet seit dem Jahr 2006 an dem Forschungs- und Ausstellungsprojekt *Verstummte Stimmen. Die Vertreibung der ‚Juden' aus der Oper 1933 bis 1945*. Er widmet sich einem kaum untersuchten Kapitel des deutschen Kulturlebens zwischen den beiden Weltkriegen: der systematischen »Säuberung« der deutschen Opern- und Schauspielhäuser von »jüdischen« und »politisch untragbaren« Ensemblemitgliedern.

Heer hat darüber bereits an den Staatsopern in Hamburg, Berlin, Stuttgart und Darmstadt geforscht; die Ergebnisse in Dresden aber empfindet er als besonders bedrückend. »Es war ja nicht Alexis Posse als Gaukunstwart allein, der den künstlerischen Exodus in Dresden ermöglicht hat. Es waren die ultrakonservativen Bildungsbürger, die in den 1920er Jahren Stücke wie das Kriegsheimkehrer-Drama *Hinkemann* von der Bühne gefetzt und mit der Judenhetze begonnen haben.« Der von Heer neu recherchierte Teil der Wanderausstellung zeigt deutlich, dass dieser 7. März 1933 Ergebnis einer rassistischen Kulturpolitik war, die als Kampf gegen den »Musikbolschewismus« und die »entartete Kunst« schon lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten propagiert und von großen Teilen des Bürgertums mitgetragen wurde.

Auch wenn Dresden als Vorreiter des Expressionismus gilt – die Stadt war ebenso ein Zentrum des Widerstandes gegen die verhasste Moderne. 1920 gründet sich hier die völkische Organisation Deutsche Kunstgesellschaft. Sie bekämpft mit einem kostenfrei verschickten Nachrichtendienst zeitkritisches Musiktheater oder unliebsame Künstler. Besonders die völkische, verdeckt antisemitische Besucherorganisation Bühnenvolksbund greift diese Vorstöße auf: Vehement zieht sie gegen die an den Musik- und Sprechtheatern betriebene »Entsittlichung, Entgöttlichung und Entnationalisierung« zu Felde. Vor allem das Bildungsbürgertum in Dresden erkennt sich in derartigen Schmähungen wieder. Der Schauspieler Alexis Posse wird nun aktiv. Er gründet Ende 1930 eine »Theaterfachgruppe der NSDAP« – gemeinsam mit Kollegen, Tänzern und Musikern.

Wenn man mit Heer über die neue Ausstellung spricht, wird sein Ton sehr bestimmt: »Diese Nazizelle an den Staatstheatern war deutschlandweit einzigartig. Die haben Klartext gesprochen: ›Wir sind keine braune Gewerkschaft, sondern eine Kampftruppe der Partei‹«, sagt Hannes Heer: »Die konnten sich bei der Durchführung ihrer regelmäßigen ›Kunstabende‹ auf ihre Kollegen verlassen. Das macht die Geschichte so schwierig, so schmerzhaft.« Für Jens Hommel, der gemeinsam mit Heer die Ausstellung konzipiert hat, passen die Recherche-Ergebnisse nicht so recht ins Selbstbild seiner Stadt: »Noch immer finde ich viel zu oft das schwarz-weiße Faschismusbild aus DDR-Zeiten in den Köpfen vor: Hier die braunen Horden als ›Helfershelfer des Monopolkapitals‹ – da die Bürger vom Stadtteil Weißer Hirsch, die aufgrund ihrer kulturellen Affinitäten immer immun blieben für totalitäre Ideologien«, sagt der gebürtige Dresdner. »Die Erzählungen über Barbarei in der Stadt beginnen oft erst mit 1945. Das stößt mir inzwischen bitter auf.«

Kurator Hannes Heer, der vor Jahren mit der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht* bekannt wurde, erinnert sich, seine Recherchen in Dresden seien kompliziert gewesen. Anfangs hätten die Archivare immer gleich erklärt: Es gibt nichts mehr, weder Akten der Verwaltung, noch Personalpapiere. Alles verbrannt. Doch gegen Ende der Arbeit entdeckte Heers Team, dass von den Ensemblemitgliedern, die 1945 wieder am Theater beschäftigt wurden, die alten Personalakten doch noch existierten: »Sie waren einfach – gesäubert und frisiert – in die neuen mit eingearbeitet worden. So konnten viele, ähnlich wie in Westdeutschland, ihre Nazivergangenheit abschütteln und erneut Karriere machen.«

Heer berichtet, und die Aufregung ist ihm noch anzumerken, von einem weiteren Fund: einem 1918 begonnenen handschriftlichen Verzeichnis mit 850 Namen von Arbeitern der Semperoper. Von 1941 an sind in dem Personaljournal auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter verzeichnet, ohne die der Theaterbetrieb wohl zum Erliegen gekommen wäre. Hunderte. Damit sei ein Thema aufgetaucht, sagt Heer, das er bei früheren Recherchen nie zu fassen bekommen habe. »Es gab Gerüchte, aber ich konnte bisher nie etwas beweisen. Und dann steht das hier Schwarz auf Weiß.«

So fügt die Arbeit der Historiker dem Geschichtsbild Dresdens einige neue Facetten hinzu. Die Stadt, sagt Staatsschauspiel-Intendant Wilfried Schulz, sei oft vergangenheitssehnsüchtig – unter Aussparung aller Schmerzpunkte. Ähnlich hat er das auch schon zum Gedenktag 13. Februar gesagt, an dem seit Jahren Tausende Neonazis in der Stadt aufmarschierten. Anstatt das alles nur zu beklagen, macht Schulz sich das Thema zu eigen. Theater, sagt er, müsse sich doch als Spiel- und Erinnerungsort produktiv mit seiner Geschichte beschäftigen; erst recht, wenn sie hoch unmoralisch sei.

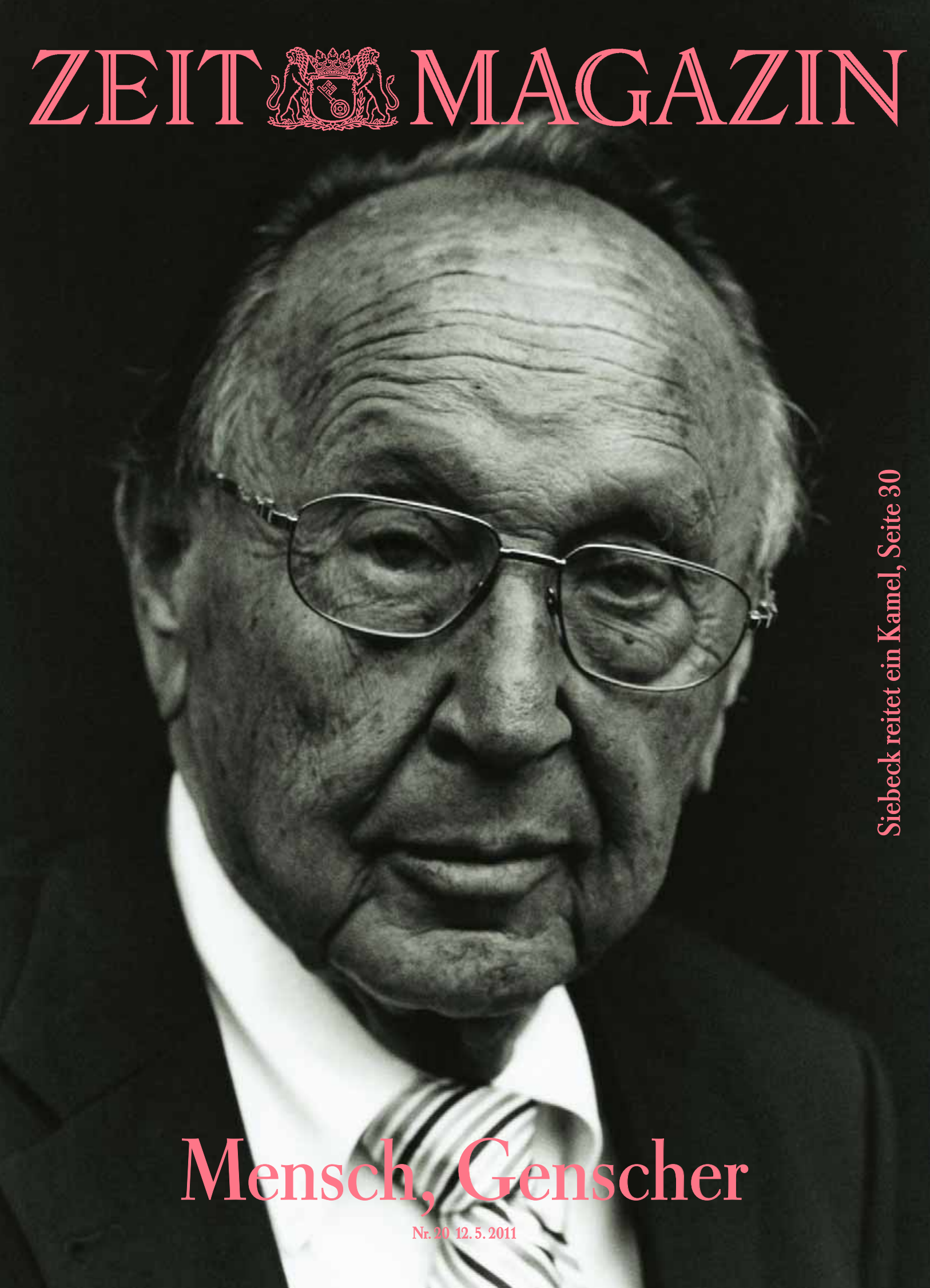
In diesem Jahr prangte am 13. Februar weithin sichtbar ein Banner an der Semperoper. Darauf stand: »Es ist noch wichtiger, sich anständig zu benehmen, als gute Musik zu machen«. Ein Zitat des Dirigenten Fritz Busch. Das hoch gehängte Statement stieß bei einigen in der Stadt auf Unverständnis. Und auch ein paar Mitglieder der Sächsischen Staatskapelle sahen es nicht besonders gern: Als Musiker, so lautete der Einwand, sei man schließlich unpolitisch.

Ulrike Hessler, die Intendantin der Semperoper, teilt diese Ansicht nicht. Das Banner war eine Idee des Personalrates gewesen. Eine Idee, die Hessler, ohne zu zögern, aufgriff. »Was mich besonders schockiert, ist die Aktualität dieses Themas«, sagt sie über die NS-Geschichte ihres Hauses: »50 Ensemblemitglieder mussten gehen, viele auch, weil sie politisch nicht genehm waren.« Wenn sie im Jahr 2011 nach Ungarn schaue und sehe, dass an der Budapester Staatsoper der Chefregisseur und der Generalmusikdirektor entlassen wurden, weil sie der Regierung aus ähnlichen Gründen nicht passen, »dann erinnert mich das sehr an den 7. März 1933«.

Die Ausstellung »Verstummte Stimmen« ist vom 16. Mai bis 13. Juli in den Foyers von Semperoper und Staatsschauspiel Dresden zu sehen; Eintritt frei. www.verstummtestimmen.de

Kultur-Führer: Hitler grüßte 1934 vor der Semperoper. Der Dirigent Fritz Busch (oben links) und andere Künstler waren schon verbannt worden

ZEIT MAGAZIN

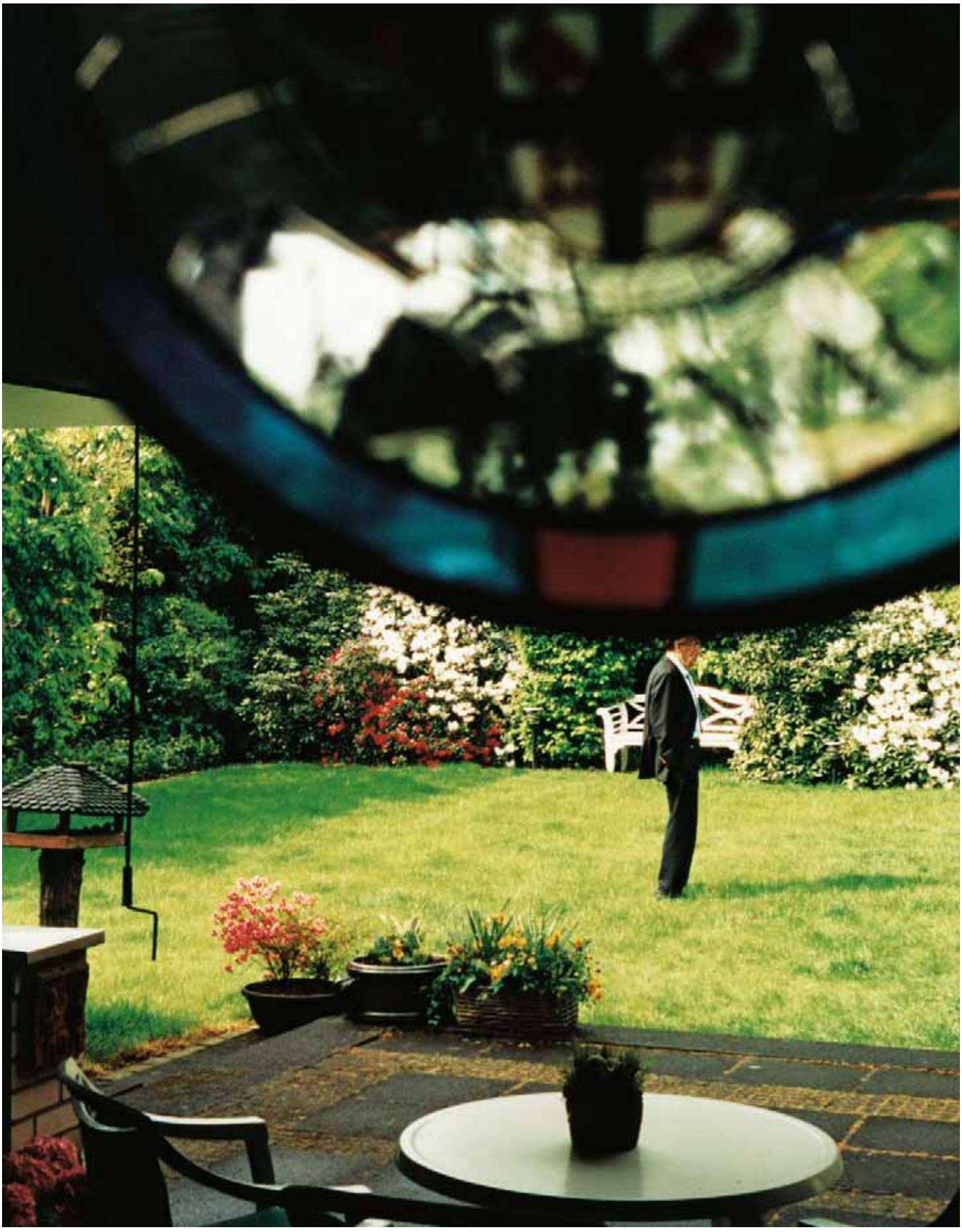


Siebeck reitet ein Kamel, Seite 30

Mensch, Genscher

Nr. 20 12. 5. 2011

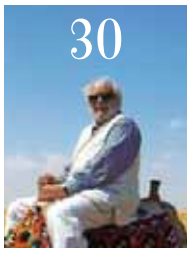
ZEIT MAGAZIN



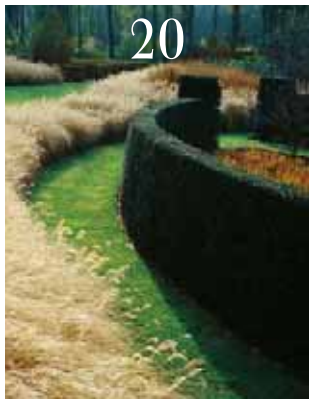
Was wird nur aus seiner FDP? Ihr Ehrenvorsitzender macht sich Gedanken. Und zieht seine Lebensbilanz

INHALT NR. 20

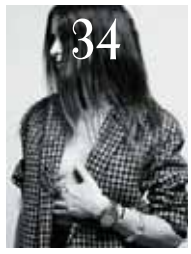
Alles, was in diesem Heft passiert



Wolfram Siebeck
in Ägypten



Zu Besuch bei
legendären Gärtnern



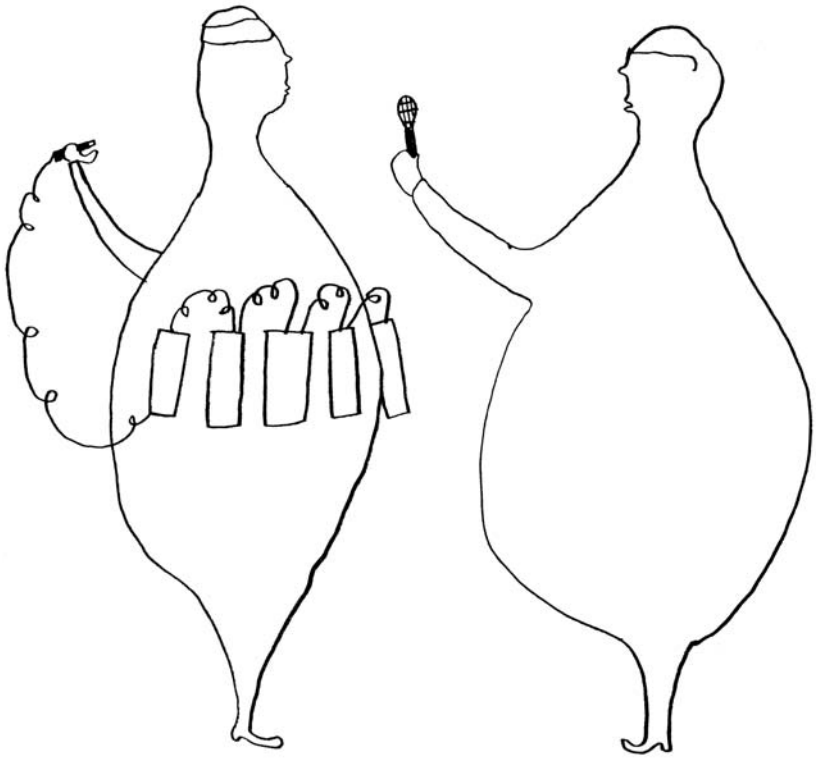
Uhren und Schmuck
finden zusammen

6 Harald Martenstein über einen Traumjob, den man auch gut nebenher erledigen kann
8 Eine Leuchte, die man auf dem Schirm haben sollte
10 Warum wird in Magdeburg so viel gemordet? Eine Deutschlandkarte
11 Wie viel sollte einem ein Kindermädchen wert sein?
12 Hans-Dietrich Genscher blickt auf sein manchmal sehr gefährliches Leben zurück
26 Die Sängerin Kate Bush über den Song ihrer Träume
28 Der Fotograf der Lüfte: Paolo Pellegrin überfliegt New Orleans
44 Hauptsache, es knallt: Neonfarben sind der Trend der Saison
45 Der Auffahrunfall – oder die Kunst, miteinander zu reden
46 Waldmeister der Herzen
49 Dürfen alte Männer Fantasien von jungen Frauen haben?
54 Wie der Schauspieler Robert Hunger-Bühler fast ertrunken wäre

Und so sieht unser Zeichner Ahoi Polloi die Welt

Titelfotos Jonas Unger Fotos Inhalt Barbara Siebeck; Marco Valdivia; Marcus Gaab

HARALD MARTENSTEIN



Über den Traumjob Terrorismusexperte: »Es handelt sich um den letzten echten Männerberuf«

Die Welt – ein Werden und Vergehen. Den Beruf des Seifensieders gibt es nicht mehr, so wenig wie den Harzer oder den Haderlump. Mir fallen im Fernsehen aber oft neue Berufe ins Auge, zum Beispiel Terrorexperte. Das ist für junge Leute heutzutage sicher nicht die schlechteste Perspektive. Alle Sender beschäftigen, spätestens seit dem Anschlag auf das World Trade Center, einen eigenen, offiziellen Terrorismusexperten. Der CNN-Experte gilt als führend, er heißt Peter Bergen. Michael Ortmann zieht seine Bahn als Terrorexperte bei RTL. Das ZDF geht mit Elmar Theveßen an den Start. Die ARD leistet sich, wahrscheinlich wegen der föderalen Struktur dieses Senders, sogar zwei Terrorexperten, nämlich Joachim Hagen und Holger Schmidt. Daneben gibt es den Typus des freiberuflichen, senderunabhängigen Terrorismusexperten, zu dem Berndt Georg Thamm zu zählen ist, der nicht unumstrittene Dr. Udo Ulfkotte und der ehemalige *ZEIT*-Kollege Michael Lüders.

Für die Ausbildung zum Terrorexperten gibt es noch keine Norm, auch kein Studienfach Terrorforschung. Einstweilen darf ein historisches Studium als ideale Voraussetzung gelten, diesen Weg sind unter anderem Theveßen und Hagen gegangen. Thamm ist gelernter Diplom-Sozialpädagoge und hat als Streetworker den Umgang mit unberechenbaren Individuen sozusagen hautnah gelernt. Hagen war Reporter bei der Kieler »Welle Nord«. Den originellsten Einstieg in diesen jungen Beruf hat der Terrorwart des Senders RTL gefunden. Bevor Michael Ortmann sich der Terrorforschung zuwandte, hat er sich als Regisseur künstlerisch mit misslingenden menschlichen Beziehungen befasst, im Jahre 2000 inszenierte er den Film *Die frechsten Seitensprünge der Welt*. Bergen dagegen hat 1997 ein Interview mit dem damals noch unbekannten Osama bin Laden geführt, das ideale Eintrittsbillett zum Terrorismusexpertentum.

Der Beruf des Terrorismusexperten ist von einer stark schwankenden Auftragslage gekennzeichnet. Deshalb haben die meisten Experten sich ein zweites oder sogar mehrere weitere Standbeine geschaffen. Thamm ist im Zweitberuf Drogenexperte. Theveßen arbeitet in terrorismusarmen Phasen als Experte für Wirtschaftskriminalität und stellvertretender Chefredakteur des ZDF. Lüders schreibt Romane (zuletzt: *Blöder Hund).* Der Terrorismusexperte muss, neben einer guten Allgemeinbildung, Fremdsprachenkenntnissen und sicherem Auftreten vor der Kamera, eine gewisse seelische Stabilität mitbringen. Immerhin verdient er sein Brot mit einer sehr unerfreulichen Zeiterscheinung. Diese Eigenschaft teilt er freilich mit den Juristen, den Medizinern und den Bestattern, deren Angehörige ohne Verbrechen, Krankheit und Tod ja ebenfalls arbeitslos wären. Auffällig ist, dass es unter den deutschen Terrorexperten keinen einzigen Bartträger, keine Person mit Migrationshintergrund und auch keine einzige Frau zu geben scheint. Rufe nach einer Frauenquote wurden bisher nicht vernommen, es handelt sich also um den letzten echten Männerberuf.

Der Boom ist auch in der Unterhaltungskunst nicht unbemerkt geblieben, so hat es die Figur »Terrorexperte Marcus Heuser« in der Fernsehserie *GSG 9* zu einem gewissen Ruhm gebracht, und im Internet tritt gelegentlich, als Parodie, der »Terror- und Kunstexperte Dr. Illmar Ernesto von den Wicken« auf. Darüber, wie sich ein Terrorismusexperte am Feierabend entspannt, hat bisher allein Joachim Hagen, ARD, Auskunft gegeben. Nachdem er den Menschen an den Bildschirmen den Terror erklärt hat, hört er zu Hause Opern.

Zu hören unter www.zeit.de / audio Illustration Fengel

HEITER BIS GLÜCKLICH

Wer diese LEUCHTE kauft, bekommt nur den oberen Teil aus Kork – den Schirm darf er sich selbst aus Papier basteln und anpinnen. »Pinha«, von Raw Edges für Materia

Die Ausstellung der amerikanischen Malerin Elizabeth Peyton in der New Yorker Metropolitan Opera heißt »WAGNER« und wurde vom »Ring« inspiriert. Der Besuch lohnt sich doppelt, denn es wird auch die »Walküre« gespielt

Wie sein Kollege Gérard Depardieu baut der französische Schauspieler Jean-Louis Trintignant Wein an – wir empfehlen den WEISSWEIN Blanc de Garance von seinem Gut Rouge Garance in der Provence

»Mama will für die Hose nur was zuschießen. Ich halt das nicht mehr länger aus«

TAGEBUCHEINTRAG vom 2. April 1990, mit dem das Buch »Wir waren jung und brauchten das Gel – Das Lexikon der Jugendsünden« von Lisa Seelig und Elena Senft beginnt

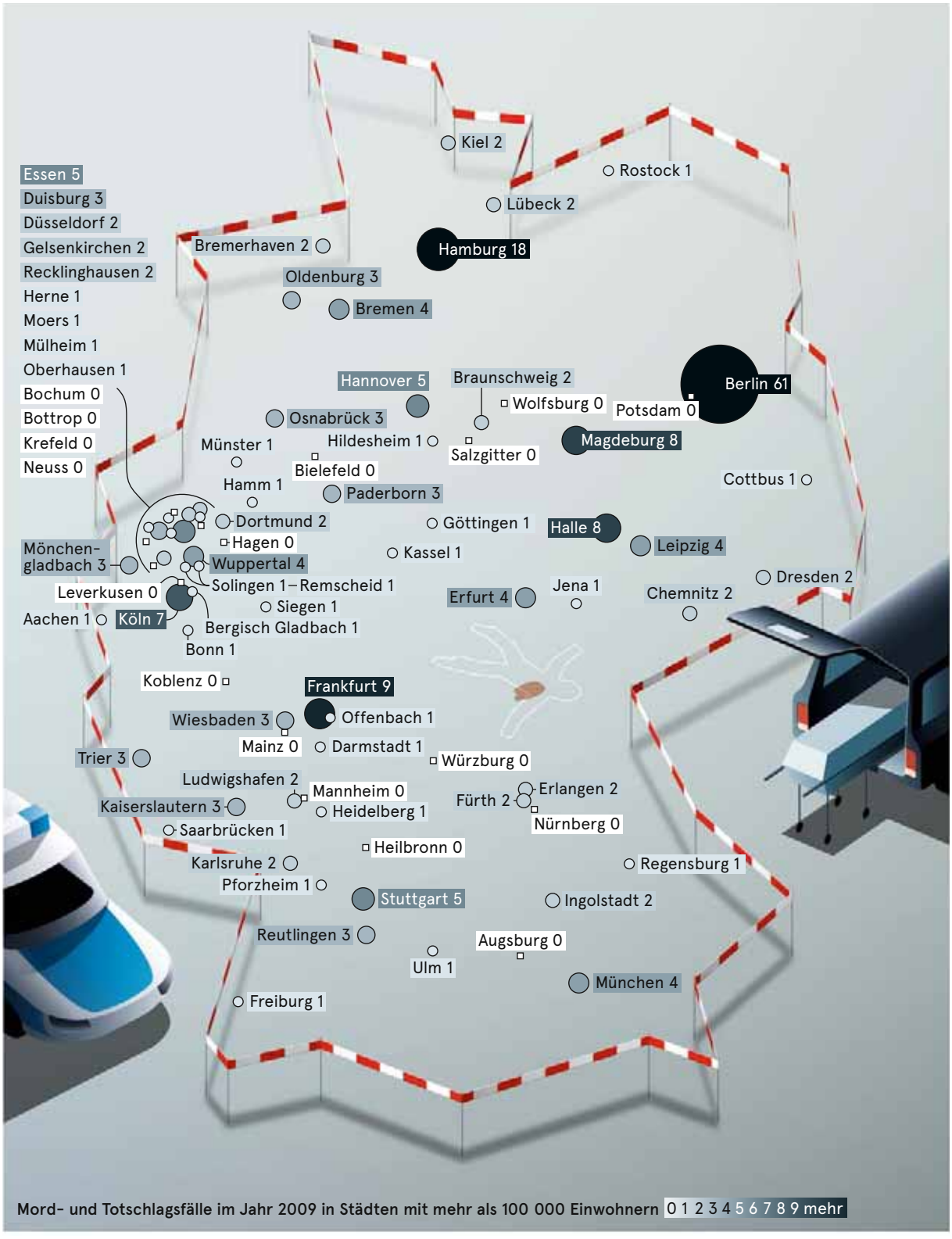
Im belgischen Heuvelland, ungefähr 130 Kilometer von Brüssel entfernt, gibt es »In De Wulf«, ein kleines, feines Restaurant mit HOTEL und ganz viel Land drumrum. Es muss ja nicht immer Südtirol sein

Dieses BUCH aus dem Wagenbach-Verlag heißt »Reizpartie« und bietet »Variationen über eindeutige Absichten«. Oder: Schmuddelkram mit Niveau

Ach, die Engländer machen mal wieder die besten MÄNNER-SCHUHE – und zwar bei der Firma Mr. Hare. Die Schuhe bekommt man bei einem französischen Online-Shop-Seite für Männer: Studiohomme.com

Ann-Kathrin Carstensen und Ana Nuria Schmidt vom MODELABEL »Rita in Palma« arbeiten mit türkischen Näherinnen zusammen: Aus traditioneller Häkeltechnik entstehen moderne Accessoires

Fotos Shay Alkalay; Carol Körting; Tom Powel; Name Namerich / Agentur; Carsten Kofalk; Carol Körting; studiohomme.com



Im *Tatort* geht der Trend ja zum Zweit- und Drittmord. Um 20.18 Uhr liegt der Erste tot da, gegen 21.30 Uhr wird nachgelegt. Es entsteht der Eindruck, dass auch in den gar nicht so großen Städten viel gemordet wird. Die Wirklichkeit ist zum Glück etwas friedlicher. Die *Tatort*-Städte Ludwigshafen, Kiel, Münster und Saarbrücken hatten 2009 zusammen gerade mal sechs Tote, München hatte auch nur vier. Münster war in den Jahren zuvor mehrmals mord- und totschlagfrei. Aber was bitte war da in Halle und Magdeburg los? Die beiden Städte hatten im Verhältnis zur Einwohnerzahl mit Abstand die meisten Fälle, weit vor Berlin. Gut, im Osten sind schon seit Jahren ein paar mehr Opfer zu beklagen als im Westen (es bringen sich also nicht nur die Reichen gegenseitig um, wie das Fernsehen lehrt). Vielleicht gibt es wie bei Selbstmorden auch bei Morden eine ansteckende Wirkung. Man liest in der Zeitung von einem Mörder und denkt sich: Eigentlich könnte ich ja auch… Läuft es so? Die *Tatorte* wirken zum Glück nicht so. Matthias Stolz

Illustration Jörg Block Quelle Polizeiliche Kriminalstatistik

Nicht im Bild: Die Nannys der Familie Jolie-Pitt

Über Kinderbetreuung

Angelina Jolie und Brad Pitt, heißt es, sollen im letzten Jahr allein zehn Millionen Dollar für ihre Kinder ausgegeben haben. Dolle Sache! Vielleicht ist es das, was den Klatsch über das Privatleben der Stars so anziehend macht – dass es ins Ungeheure steigert, was auch wir aus unserem Alltag kennen: Kinder sind teuer.

Selbst wenn man abzieht, was nur in Hollywood für den Nachwuchs aufgewendet werden muss, die Charter von Privatflugzeugen und die Rechnungen von Luxushotels, bleibt vermutlich immer noch eine erstaunliche Summe übrig, nämlich 900 000 Dollar Jahresgehalt für die Kindermädchen. Was sind das für Kindermädchen? Prinzessinnen? Harvard-Absolventen, die ebenso gut in der Vorstandsetage eines Konzerns arbeiten könnten? Indes dürfen wir nicht vergessen, dass Brangelina (wie man das Paar gern uncharmanterweise zusammenfasst) sechs Kinder haben und angeblich sechs Nannys brauchen. Ein Experiment, neulich unter den beschränkten Verhältnissen der deutschen Mittelschicht angestellt, ergab die Erkenntnis, dass für die Beaufsichtigung von zwölf Kindern im Garten zwei Kindermädchen jedenfalls zu wenig sind. Drei wären besser, vier wahrscheinlich angemessen, aber noch keineswegs übertrieben gewesen.

Mit anderen Worten: Die sechs Mädchen für sechs Kinder, die Brangelina bisher hatten, sind keine Verstiegenheit. Teilt man die 900 000 Dollar entsprechend, kommt man auf immer noch üppige 150 000 als Jahresgehalt. Aber was heißt schon üppig bei Dienstboten? Auch Löhne sind Knappheitspreise. Im egalitär verwahrlosten Westen, in dem Krethi und Plethi einen Vorstandsvorsitz erobern, sind Menschen, die sich noch mit Liebe und Leidenschaft als Köchin, Gärtner, Chauffeur oder, horribile dictu, als Kindermädchen verstehen, eine Mangelware. Da kommen selbst reiche Leute an finanzielle Grenzen.

Wir kannten eine Dame am Berliner Wannsee, die sich mit knapper Not noch einen Butler leistete; aber was dieser auf dem Silbertablett den Gästen reichte, war eine – Prinzenrolle. So gesehen, leben wahrscheinlich auch Brangelina nicht mehr in Saus und Braus. Sie leisten sich die Nannys, weil sie wahrscheinlich erkannt haben: Kinder sind der wahre, vielleicht letzte Luxus. Jens Jessen

»Es war schwierig, ein normales Leben zu führen«

Hans-Dietrich Genscher, der Übervater der FDP, über die Krise seiner Partei, Momente zwischen Leben und Tod und eine Leiche, die eines Tages auf seiner Terrasse lag

Eine Leinwand als Hintergrund reicht, und schon steht da der Staatsmann

Souvenir aus seiner Amtszeit: Den Säbel bekam Genscher bei einer seiner Reisen geschenkt

Von
HANNS-BRUNO KAMMERTÖNS
und
STEPHAN LEBERT

Fotos
JONAS UNGER

Herr Genscher, wer, wenn nicht Sie, könnte uns sagen, was derzeit mit der FDP passiert?
Die Partei ist schon durch viele Täler gegangen, sie hat viele Zerreißproben überstanden. Was wir jetzt erleben, ist eine schwere Vertrauenskrise, die schwerste seit Gründung der FDP. Vor wenigen Wochen bin ich in meiner Heimatstadt Halle gewesen. Dort bin ich vor 65 Jahren Mitglied der liberalen Partei geworden. Ich habe gelernt, dass die FDP-Mitgliedschaft anstrengend ist. Jeder Tag rechnet doppelt, gefühlt bin ich demnach schon 130 Jahre dabei.
Was ist jetzt zu tun?
Das Potenzial der Partei ist eine ausgezeichnete jüngere Generation. Diese wird zunehmend sichtbar. Dazu kommen erfahrene Liberale mit Blick und Verständnis für die Zukunftsfragen. Guido Westerwelle verdient Respekt dafür, dass er einen personellen Neuanfang ermöglicht, indem er nicht wieder für den Vorsitz kandidiert.
In diesen Tagen fragt man sich: Woran ist gute Außenpolitik zu erkennen?
Sie muss perspektivisch angelegt sein, sie muss wertorientiert, konsistent und berechenbar sein. Ich bin oft kritisiert worden, dass ich meine Außenpolitik, sooft es ging, in Interviews dargelegt habe. Das war für mich das Gespräch mit den Bürgern. Außenpolitik darf nicht als geheime Kabinettspolitik behandelt werden. In einer offenen Gesellschaft muss sie von der Öffentlichkeit mitgetragen werden. Nur so konnte Deutschland nach Hitler das Vertrauen der Welt wiedergewinnen.
Was dachten Sie, als Sie von der Abstimmung bei den Vereinten Nationen zum Hilfseinsatz in Libyen hörten, davon, dass sich Deutschland der Stimme enthielt?
Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat in New York erklärt, man solle diese Debatte beenden. Er hat recht. In Wahrheit geht es jetzt um ein Konzept des Westens, wie er die Freiheitsentwicklungen in der arabischen Welt wirksam unterstützen kann.

Besuch bei Hans-Dietrich Genscher. Zwei Vormittage verbringen wir mit ihm in seinem Haus am Waldrand oberhalb von Bonn-Bad Godesberg. Wir erfahren viel über die Mächtigen dieser Welt, von denen so manche hier vor dem Kamin gesessen haben. Zum Beispiel der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und Hosni Mubarak, damals ägyptischer Staatspräsident. Genscher wird uns die erstaunliche Sammlung seiner Bilder an der Wand erklären, und er wird von der größten Zäsur seines Lebens erzählen – seiner Tuberkuloseerkrankung, derentwegen er als Jugendlicher jahrelang in Kliniken und Heilanstalten lag. Aber es gibt auch Fragen, bei denen Hans-Dietrich Genscher verstummt. Wer mit ihm, der Inkarnation des deutschen Außenministers, über die Krise des Außenministers Guido Westerwelle spricht, hat es nicht leicht. Schweigen, dürre Diplomatenworte, lange Pausen – man kann ahnen, dass es ihm auch um Anstand geht: Man schlägt auf niemanden ein, der schon am Boden liegt.

Was erwarten Sie von Philipp Rösler?
Von ihm wird Führungsstärke und Entscheidungskraft erwartet. Das gilt in Sach- und Personalfragen. Er muss Vertrauen nach innen und nach außen wiederherstellen.
Welche Niederlage hat in letzter Zeit am meisten geschmerzt? Womöglich, dass die FDP in Sachsen-Anhalt, Ihrer alten Heimat, gar nicht mehr in den Landtag gekommen ist?
Natürlich hat mich das besonders geschmerzt. Allerdings lag es im allgemeinen Trend.
Was werden Sie den Delegierten auf dem Parteitag ins Stammbuch schreiben?
Das ist nicht meines Amtes. Ich werde mich nicht hinstellen und eine hoch motivierte junge Generation wie Kinder auf die Bühne

bitten mit den Worten: »Nun macht mal schön!« Nein, ich traue es den Jungen und den aktiven Erfahrenen zu. Sie können es.

Sie haben der FDP viel zu verdanken. Bei der Gelegenheit: Hätten Sie eigentlich auch Bundeskanzler gekonnt?

Darüber habe ich nie nachgedacht. Die FDP hatte es nicht in der Hand, selbst den Kanzler zu stellen. Aber zurückgeschreckt wäre ich nicht. Nach meinem Ausscheiden als Minister hätte ich Bundespräsident werden können. Aber ich fand damals, alles hat seine Zeit. Es war richtig aufzuhören.

Als Sie 1992 auf eigenen Wunsch aus der Bundesregierung ausschieden, fühlte sich so mancher irritiert wegen der Schnelligkeit, mit der Sie sich zurückzogen. Warum diese Eile?

Es gab keine Eile. Ich habe im Sommer 1991 mit meiner Frau zum ersten Mal darüber gesprochen. Ich wollte nicht, dass mich eines Tages jemand fragt: Wann hören Sie endlich auf? »Warum hören Sie schon auf?« klingt besser. Sie dürfen nicht vergessen: Als ich 1992 ausschied, bestand die Republik 43 Jahre. Davon war ich 23 Jahre in der Regierung. Da gibt es irgendwann eine Art Legitimationsproblem in einem System, das auf Wechsel und Ablösung beruht. Es war genug.

Helmut Schmidt hat über den Preis eines hohen Amtes gesprochen; gepanzerte Autos, Bodyguards, seine Tochter, die aus Sicherheitsgründen Deutschland verließ und zum Studium nach England ging.

Er hat recht. Unser Haus wurde Tag und Nacht bewacht. Über Jahre ging das so. Es war schwierig, ein normales Leben zu führen, aber wir haben es versucht. Einmal rief mich meine Frau an, ich bereitete gerade den Parteitag in Kiel vor. Sie berichtete mir von einer Tragödie bei uns zu Hause. Zwei BGS-Beamte hatten wohl ausprobieren wollen, wer von ihnen die Pistole schneller ziehen konnte. Dabei hatte sich ein Schuss gelöst, ein junger Polizist hatte den Kommandoführer tödlich getroffen. Meine Frau sagte weinend: »Bei uns liegt ein toter Mann auf der Terrasse!« Ein Albtraum!

Was bleibt? Sie bezeichnen Eduard Schewardnadse, den ehemaligen russischen Außenminister, als einen Ihrer engsten Freunde. Können Sie sich noch daran erinnern, wie es mit Ihnen beiden begann?

Ich erinnere mich an einen Besuch in Helsinki 1985. Es war der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, und der jugendlich wirkende russische Außenminister Schewardnadse kam dazu. Er bestellte mir Grüße von seinem Amtsvorgänger Gromyko, und dann sagte er einen bedeutsamen Satz: Er bat mich um Verständnis, dass er sich außerstande sehe, mir die außenpolitische Linie der neuen Regierung von Gorbatschow darzulegen, und überraschte mich mit dem Hinweis: »Wir sind gerade dabei, unsere Außenpolitik zu formulieren.«

Eine Botschaft von großer Bedeutung?

Das kann man wohl sagen, denn damit war klargestellt, es würde unter Michail Gorbatschow auch außenpolitisch nicht alles beim Alten bleiben.

Hans-Dietrich Genscher,

84, wurde in Halle an der Saale geboren und ging 1952 in den Westen. Er war unter Willy Brandt Innenminister, unter Helmut Schmidt und bis 1992 unter Helmut Kohl Außenminister. Von 1974 bis 1985 war er FDP-Chef, heute ist er ihr Ehrenvorsitzender. In seine Ministerzeit fallen die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972, die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 und die Wiedervereinigung 1990

Haben Sie sich vor dem ersten Zusammentreffen mit dem sowjetischen Regierungschef Ratschläge bei westlichen Amtskollegen geholt?

Ja. Das habe ich. Ich suchte deshalb François Mitterrand in Paris auf. Er sagte mir: »Sie werden einen sowjetischen Generalsekretär erleben, mit dem Sie so reden können wie mit mir. Er hat keinen Stapel vorgefasster Erklärungen vor sich auf dem Tisch liegen, die mit dem Politbüro abgestimmt sind. Nein, er will ein Gespräch. Er wird Sie unterbrechen, und er erwartet, dass Sie ihn unterbrechen.«

So ist es dann auch gewesen?

Ja, so war es. Ich erinnere mich daran, wie Gorbatschow fragte: »Wie ist es möglich, dass wir den Amerikanern in der Raumfahrt mindestens ebenbürtig sind, ebenso in der Rüstung, und wir trotzdem nicht in der Lage sind, unsere Bevölkerung mit Kühlschränken, Autos und Wohnungen zu versorgen. Was läuft falsch bei uns?« Damit stellte er die Systemfrage, und das mir gegenüber, einem Menschen, dem er zum ersten Mal begegnete. Ich fand das fast revolutionär.

Haben Sie damals schon geahnt, was mit diesem Mann alles möglich sein könnte?

Diese Begegnung mit Gorbatschow hat mich tief berührt. Damals habe ich zu meinem Mitarbeiter Gerold von Braunmühl gesagt, wenn der das alles macht, was er uns sagt, dann haben wir zum ersten Mal eine reale Chance, die deutsche Vereinigung zu erleben. Ja, ich war der Ansicht, dieser Mann wird die Welt verändern, er meint es ehrlich.

Kann man sagen, dass Sie Gorbatschow auf eine besondere Weise geliebt haben?

Geliebt ist ein sehr großes Wort – und hier nicht das richtige. Mir reicht schon das Gefühl, das hätte ich mir vorher nie vorstellen können, über einen ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu sagen, das ist mein Freund.

Welche Erinnerung haben Sie an den Rücktritt von Gorbatschow 1991?

Ich habe versucht, mit ihm am Heiligabend 1991 zu telefonieren. Es hieß, das Gespräch sei erst am Nachmittag des ersten Weihnachtsfeiertages möglich. Als es schließlich so weit war, meinte Gorbatschow, er habe soeben seine Fernseherklärung an die Völker der Sowjetunion beendet. Nach unserem Telefongespräch werde er den Kreml verlassen. Und dann wollte er mir wohl zeigen, dass er bei aller inneren Bewegung über den Abschied noch zu einem Scherz in der Lage ist. Er meinte, er hätte ja auch Heiligabend zurücktreten können, aber er wisse ja, was den Deutschen die Weihnachtsgans bedeute. Diesen Genuss habe er uns nicht verderben wollen.

Während Ihrer 18 Jahre als Außenminister haben Sie an vielen Staatsbegräbnissen teilgenommen. Wie echt ist die Trauer?

In besonderer Weise habe ich die Trauer um den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat in Erinnerung.

1985 in Helsinki: Hans-Dietrich Genscher und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse. Heute sind sie enge Freunde

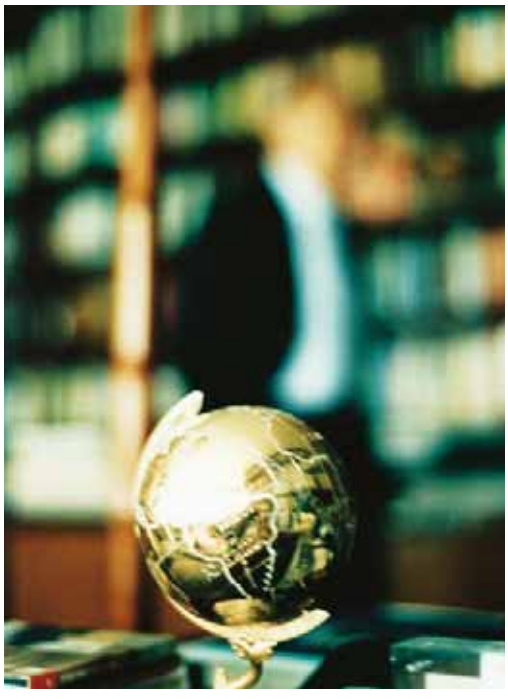
November 1990: Begegnung mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Bonn. Es war der erste Besuch eines Staatsoberhaupts im wiedervereinigten Deutschland

Parteitag 1977 in Kiel: Gespräch mit Jürgen W. Möllemann, dem politischen Ziehkind

Warum?
Er sah sich, davon bin ich überzeugt, in einer historischen Mission. Er war eine moralische Autorität. Er wollte Frieden mit Israel. Er wusste, einer muss den ersten Schritt tun. Er wusste auch, er setzt sein Leben aufs Spiel.
Sein Nachfolger wurde Hosni Mubarak, an dessen moralischer Integrität die ganze Welt heute großen Zweifel hegt.
Als er sein Amt antrat, war ich voller Hoffnung. Ich traf ihn unmittelbar nach dem Attentat auf Sadat in Kairo. Seine Hand war noch verbunden, Mubarak hatte versucht, den Präsidenten hinter eine Mauer zu ziehen. Dabei hatten die Attentäter seine Hand zerschossen. Wenn ich heute sehe, wie man über ihn denkt – nicht ohne Grund –, dann schmerzt das.
Sie haben mit vielen Despoten verhandelt, mit Leuten, die die Menschenrechte mit Füßen traten. Fiel Ihnen die Diplomatie in solchen Augenblicken schwer?
Manchmal ballte sich die Hand in der Hosentasche zur Faust. Dennoch, zu einem immer neuen Gespräch gibt es keine Alternative. Ich war aktiv beteiligt an der KSZE-Konferenz, der wohl größten Menschenrechtsinitiative der Geschichte. Auch die kam nur zustande mit den Unterschriften von Leonid Breschnew und Erich Honecker.
Ihr Amtskollege Andrej Gromyko war noch ein Vertreter des alten Russlands, ein meist finster dreinblickender Zeitgenosse. War sein Wesen auch ziemlich finster?
Oh nein. Gromyko war ein Familienmensch. Man konnte ihm keine größere Freude machen, als sich nach seinen Enkeln zu erkundigen. Dann fühlte er sich veranlasst, über ihren »Dienstgrad« Auskunft zu geben. Man muss dazu wissen, dass die Gromykos eine Datscha auf der Krim hatten. Dort hatten sie auch ein Boot. Irgendwann wurde der eine Enkel zum Bootsmann und der andere zum Vollmatrosen »befördert«. Davon berichtete er gern. Das hob auch seine eigene Stimmung.
Aber eingewickelt hat er Sie nie?
Nein. Gromyko war jemand, der die politischen Systeme mehr als andere durchschaute. Er hatte großen Respekt vor den Amerikanern. Washington war sein erster Botschafter-Posten. Er wusste, wie die Lage in seiner Heimat war, als die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg führte. Und er hat es miterlebt, als die Amerikaner diesen Krieg führten: in Südostasien und in Europa. In den USA spürte man kaum etwas. Im Lande brannten die Lichter, und es fehlte an kaum etwas. Gromyko hatte ein Gefühl für die unglaubliche Vitalität und Stärke der USA.
Welche Rolle spielte Wodka bei diesen Gesprächen?
Er spielte keine Rolle – im Gegenteil. Ich habe Gromyko in Moskau einmal zugeprostet. Sofort kam seine Frau auf mich zu und bat mich, dies zu unterlassen. Der Arzt habe ihrem Mann Wodka verboten. Aber er könne natürlich auch nicht zeigen, dass er es nicht dürfe.
Sie haben fast Ihr ganzes Leben der Politik verschrieben. Sie haben damals beim Attentat während der Olympischen Spiele 1972 in München mit den Terroristen verhandelt, über lange Jahre Deutschland in der Welt vertreten und schließlich auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag offene Grenzen zwischen Ost und West in Aussicht gestellt. Woher haben Sie all die Kraft genommen?
Ich bekam mit 19 Jahren eine schwere Lungentuberkulose. Das konnte damals das Ende bedeuten. Es war die große Zäsur meines Lebens. Im Laufe der vierziger und fünfziger Jahre lag ich über Jahre in Krankenhäusern und Heilanstalten, ich war wirklich schwach. Aber ich wollte es wissen.
Was hat Sie gerettet?
Es war einer meiner Ärzte. Er redete mir ins Gewissen, nichts, aber auch gar nichts mit der Krankheit zu entschuldigen. Dieser Arzt hat mir meine Lebensphilosophie gegeben. Seinem Rat folgend, habe ich mich bemüht, mein Jurastudium trotz allem schnell zu bewältigen. Ich stellte mein Leben voll und ganz auf die Krankheit ein. Kein Sport, keine Sonnenbestrahlung. Als ich Jahre danach durch eine Operation wieder gesund wurde, habe ich es als ein unfassbares Geschenk empfunden, morgens aufstehen zu können, um zu arbeiten.
Sie hatten zwischendurch das Krankenzimmer zu einer Studierstube umgebaut.
Das kann man sagen. Meine Freunde kamen zu mir in die Klinik und brachten mir aus den Vorlesungen Notizen mit.
Müßiggang war tabu?
Was Thomas Mann im *Zauberberg* über Lungenheilstätten schreibt, ist Realität. Man konnte dort lebensuntüchtig werden. Die Lungentuberkulose ist eine Krankheit, die nicht wehtut, der Patient sollte sich nicht bewegen, sollte Liegekuren im Freien machen, mit dem Schlafsack. Frühstück, Liegekur, Mittagessen, Liegekur, Abendessen, Nachtschlaf und am nächsten Tag wieder, und wieder. Ich spielte damals gern Skat. Ich hätte Skat spielen können bis in den Tod. Ich habe mich für die Alternative entschieden.
Am Ende der Leidenszeit sind Sie auf die Überholspur gegangen?
Eigentlich schon vorher, erstaunlicherweise, meine schwächste Zeit machte mich stark.
Wenn Sie auf Ihre Zeit als Außenminister zurückblicken, gibt es da etwas, das Sie bereuen? Hat sich ein Sachverhalt im Nachhinein anders dargestellt als von Ihnen zunächst angenommen?
Nein, eigentlich nicht. Sie mögen das anmaßend finden, aber es ist so.
Gilt dies auch für den Kosovokrieg? Sie haben damals früh Kroatien anerkannt und damit den Zerfall Jugoslawiens zumindest beschleunigt. Danach eskalierten in Jugoslawien die Gräueltaten über Wochen. Auch der UN-Generalsekretär hat damals die Deutschen heftig kritisiert.
Es war umgekehrt. Die Anerkennung von Slowenien und Kroatien brachte Slobodan Milošević dazu, den Krieg gegen diese beiden Staaten zu beenden. Ist das nichts? Für uns – Helmut Kohl und mich – war wichtig, auf keinen Fall Slowenien oder Kroatien im Alleingang anzuerkennen. Die Bundesregierung ist in dieser Frage, auch wenn das immer wieder behauptet wird, keineswegs vorgeprescht, sie hat die Anerkennung gemeinsam mit ihren Partnern aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der EG-Außenminister vorgenommen. Milošević war es, der das Jugoslawien Titos zerstört hat. Der Kosovokrieg war später.

Fotos Lehtikuva Oy / dpa; Tim Brakemeier / dpa; Sven Simon / dpa

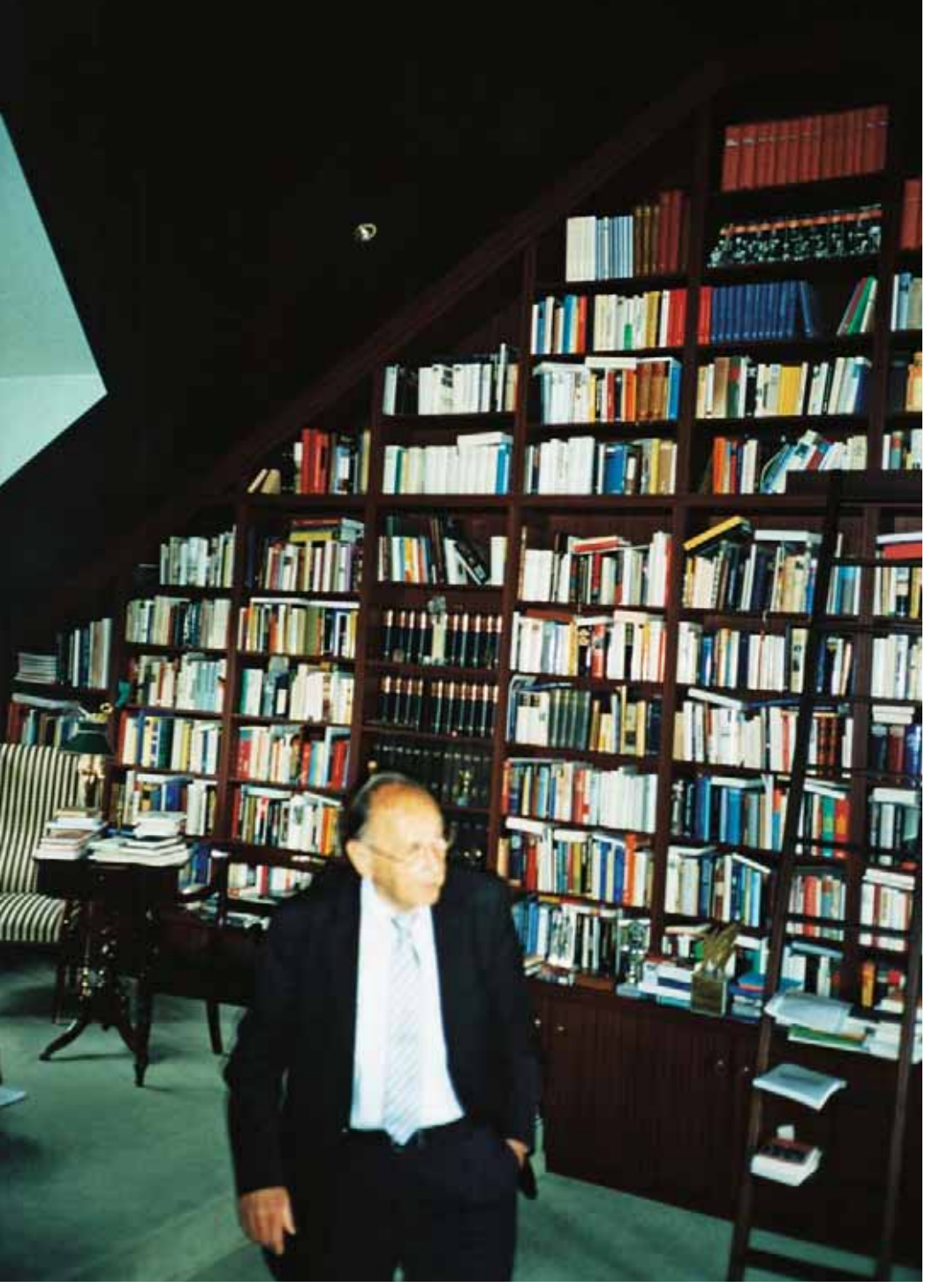
Das Jahr 1989 ist für immer mit der Freude über die Wiedervereinigung Deutschlands verbunden. Sie hatten zudem Anlass zur Freude, weil Sie in jenen Monaten einen Herzinfarkt überlebt hatten.
Ich habe damals gespürt, dass ich ziemlich müde wurde, also die Batterien ziemlich weit unten waren. Aber, so glaubte ich, sie waren auch wieder aufzuladen.
Wie knapp ist es gewesen?
Am Mittag des 20. Juli 1989 saß ich noch gegen halb eins beim Bundeshaus-Frisör in Bonn, als ich plötzlich einen starken Schmerz im Unterkiefer verspürte. »Vernichtungsschmerz« nennen das die Ärzte. Normalerweise denkt man ja, ein Herzinfarkt kündigt sich im Oberarm oder Brustraum an, aber ich wusste es besser. Meine Frau ist Schirmherrin der Deutschen Herzstiftung. Sie hatte mir zwei Wochen vorher einen Flyer zum Thema »Plötzlicher Herzinfarkt« gezeigt. Sie wollte wissen, wie ich ihn fand. Also wusste ich Bescheid. Wir sind sofort ins Auto gestiegen und zum Krankenhaus gefahren. Dort habe ich sofort eine Lösungsspritze bekommen. Ich habe Glück gehabt, dass ich damals in der Nähe einer Klinik und nicht irgendwo in Afrika unterwegs war.
Wenig später, so stand zu lesen, sind Sie zu einer Rede vor den UN nach New York geflogen, in Begleitung zweier Kardiologen. Hatten Sie keine Angst?
Nein, meine Gedanken waren bei den DDR-Flüchtlingen in Prag.



Es war ja auch ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt für einen Ausstieg, die Grenzen nach Osteuropa begannen sich zu öffnen.
Sie haben recht, ich hätte es nicht ertragen, plötzlich nicht mehr dabei zu sein. Wahrscheinlich hätte ich es auch nicht überlebt. Wir standen in ständigen Gesprächen mit den Ungarn. Ich fragte mich, wie wird die DDR-Führung angesichts der Flüchtlinge in unserer Prager Botschaft reagieren? Ließe man sie tatsächlich ausreisen? Unglaublich: In jenen Tagen zwischen dem 10. und dem 30. September 1989 fand eine Umkehr der gesamten DDR-Ausreisepolitik statt.
Und dann standen Sie auf diesem Balkon der deutschen Botschaft in Prag. Sie ahnten, was kommen würde.
Ja.
Erzählen Sie.
Ich war erregt. Mir wurde wieder und wieder kurz schwindelig. Gut, dass der Balkon unserer Botschaft in Prag von einer Steinmauer umgeben ist – ich konnte mich anlehnen und festhalten.
Hatten Sie sich eine ganz besondere Rede zurechtgelegt?
Auf dem Hinflug habe ich darüber nachgedacht, was ich sage. Ich habe Notizen gemacht und sie wieder verworfen. In solchen Augenblicken muss man vor die Menschen treten und aus dem Herzen sprechen. In unserem Botschaftsgebäude gibt es einen großen Torbogen, durch den früher die Gespanne hineinfuhren. In diesem Tor ist eine kleine Pforte. Da ging ich hindurch. Rechts und links standen Betten, jeweils drei übereinander. In dem Torbogen allein schliefen etwa 150 Menschen. Wie lange werden wir das aushalten? Es war der 30. September, der Oktober stand bevor. Was machen wir, wenn der Winter kommt? Als ich dann die breiten Steinstufen in der Botschaft hinaufstieg, dachte ich an die 4500 Menschen auf dem Botschaftsgelände; fast eine Kleinstadt. Mir fiel auf, dass viele gar nicht registrierten, dass da ein westdeutscher Minister plötzlich unter ihnen war.
»Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...« Mehr konnten Sie damals nicht sagen, der Rest ging im Jubel unter. Nun wusste jeder, wer Sie waren.
Ja.
Sie waren besorgt bis zum Schluss, dass etwas schiefgehen könnte?
Dass alles doch noch kippt, dass in Ost-Berlin irgendeiner sagt: Nein, wir machen da nicht mit.
Was ist Ihnen als ein Beispiel für gute Außenpolitik in Erinnerung?
Da fällt mir der Name Henry Kissinger ein. Mir hat imponiert, wie kraftvoll er Politik betrieben hat. Ich erinnere mich an eine Situation im Jahre 1974, als wir auf ein Gespräch mit Richard Nixon in St. Clemente warteten. Kissinger und ich saßen in einer Sesselgruppe mit Blick auf den Pazifik. In dieser Situation kommt die Nachricht, dass die Ampeln auf der Autobahn zwischen Berlin und Westdeutschland auf Rot geschaltet worden waren. Grund dafür war die Entscheidung, das Umweltbundesamt nach Berlin zu verlegen. Kissinger reagierte unmissverständlich. Auf der Stelle ließ er den damaligen sowjetischen Botschafter einbestellen, um ihm sagen zu lassen, dies sei keine Angelegenheit der Bundesrepublik und der DDR, sondern eine Angelegenheit der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Als ein Mitarbeiter Kissingers darauf hinwies, es sei eine Delegation der DDR in Washington, um über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen, beschied er: Sie könnten abreisen und wiederkommen, wenn die Ampeln auf Grün stünden. So ist es auch gekommen.
Herr Genscher, auf manchen Ihrer Reisen als Minister wurden Sie von Ihrer Mutter begleitet. Können Sie dieses Mutter-Sohn-Verhältnis beschreiben?
Das geschah nur einmal. Wir hatten ein sehr enges Verhältnis zueinander. Als mein Vater starb, war ich neun Jahre alt. Ich war das einzige Kind. Meine Mutter hatte als Bezugspunkt mich – und ich meine Mutter und meinen Großvater mütterlicherseits. Sie ist der Mensch, mit dem ich am längsten zusammengelebt habe. Als sie im Oktober 1988 starb, war sie 87.
Sie hat immer ein Auge auf Sie gehabt?
Kann man so sagen. Ich erinnere mich an eine Geburtstagsfeier, eine große Party mit vielen Gästen. Kellner gingen durch den Raum und boten Bier an. Ich meldete mich, um eins zu bekommen. Meine Mutter sah das und rief: »Mein Sohn dankt!«
Sie meinte, Sie hätten genug?
Ja.

Die Fenster seines Hauses sind aus schussfestem Glas, ein jedes mehrere Zentner schwer. Nicht im Traum wäre Hans-Dietrich Genscher darauf gekommen, dass es Einbrecher in sein Wohnzimmer schaffen könnten. Und dann, Mitte März, passiert es doch. Drei Männer, nimmt die Spurensicherung an, die womöglich gar nicht wussten, wo sie da den Kuhfuß ansetzten. Sie erbeuten eine Münzsammlung, auch zwei Füllfederhalter nehmen sie mit. Weil der Hausherr von einem Abendessen früher als erwartet zurückkehrt, ergreifen die Täter eilig die Flucht. Das ganze Haus durchwühlt, ein Lichtblick immerhin: Der historisch wichtige, unersetzliche Füller blieb an seinem Platz, jener, mit dem Hans-Dietrich Genscher 1990 den Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnete. All das erzählt er mit stoisch anmutender Gelassenheit. Allerdings, um vollends sicherzugehen, hat er inzwischen schwere schwarze Schlösser an den Fensterrahmen anbringen lassen. Jedes mit einem eigenen Schlüssel.

War Ihnen Geld wichtig im Leben?
Nein, denn dann hätte ich in meiner Rechtsanwaltskanzlei bleiben müssen. Natürlich macht man sich Gedanken, was man denen hinterlässt, die nachkommen. Aber wäre dies mein erster Gedanke gewesen, dann hätte ich nicht in die Politik gehen dürfen.
Ihr Vater war Rechtsanwalt?
Als Kind hatte ich keine Vorstellung davon, was das war. Es blieb so ein Bild meines Vaters zurück. Aber er war nicht Rechtsanwalt, sondern Syndikus. Anwalt, das wollte ich werden. In meiner Generation gab es nach dem Krieg eine unglaubliche Aufbruchstimmung. Deshalb auch mein frühes politisches Engagement



In der Bibliothek: Genscher in seinem Haus in der Nähe von Bonn-Bad Godesberg

Der Stich im Flur zeigt seine Geburtsstadt Halle

In der Gästetoilette hängt eine kleine Sammlung von Genscher-Karikaturen

Der Globus auf dem Schreibtisch (linke Seite) erinnert ihn an seine Reisen. Unterwegs galt immer: An Bord kein Alkohol und kein Kaffee

– auch gegen Unrecht. Etwas dafür zu tun, dass Nazidiktatur und Krieg nicht wieder geschehen, dafür zu sorgen, dass das Land wieder zusammenkommt, das waren meine Motive.

Sie sind frei von Neid?

Total. Neid wäre mir auch schnell ausgetrieben worden. Warum bekomme ich Tuberkulose? Warum kann ich keinen Sport treiben? Warum habe ich meinen Vater früh verloren? Tausend Dinge könnte man nennen. Alles Lebensversagens-Entschuldigungslügen. Verstehen Sie? Nein, kein Neidgefühl.

Während der Olympischen Spiele in München, damals waren Sie Innenminister, haben Sie sich im Austausch als Geisel angeboten. Verblasst die Erinnerung an diese Augenblicke jemals?

Nein. Ich sage Ihnen, was mir damals wieder und wieder durch den Kopf ging: Jedes Menschenleben ist gleich wertvoll. Aber dass Juden wieder in Deutschland umgebracht werden sollten, das war für mich undenkbar. Das habe ich damals dem Anführer der Palästinenser auch klar gesagt.

Sie haben vorgeschlagen: »Nehmen Sie doch mich.« Hatten Sie das mit jemandem abgesprochen?

Nein. Aber ich habe meine Frau angerufen, die sich in einem Münchner Hotel aufhielt. Ich wollte noch einmal mit ihr sprechen, bevor ich ihr das antue. Aber ich sprach nicht über meine Absicht. Ich habe auch mit meiner Mutter und mit meiner Tochter, die zu Hause waren, am Telefon gesprochen. Meine Tochter

war damals elf Jahre alt. Ich wollte die Stimmen meiner Familie noch einmal hören.

Die Palästinenser sind damals nicht auf Ihr Angebot eingegangen. Bei dem Befreiungsversuch gab es dann ein Blutbad. Alle israelischen Geiseln wurden getötet. Haben Sie sich je gefragt, warum das Drama in München einen solchen Verlauf genommen hat?

Das bleibt für mich unerklärlich: Warum so und nicht anders?

Waren Sie für einen Moment ungläubig?

Nein.

Überhaupt nicht?

Nein. Dafür geschieht zu viel.

Sehen Sie einen Teufel am Werk?

Nein.

Der Teufel ist keine Kategorie für Sie?

Nein.

Sie sind gläubig?

Ja, ich bin gläubig aufgewachsen. Ich habe nie mit meinem Schicksal gehadert, was ja auch heißt, nie mit Gott gehadert – ihm aber immer wieder gedankt, er war stets gnädig mit mir.

Sie haben an der Beerdigung von Jürgen Möllemann teilgenommen, der sich im Jahre 2003 mit einem Fallschirmsprung das Leben genommen hat.

Ja, denn wir sind einen langen Weg gemeinsam gegangen.

Sie waren sein größter Förderer?

Ja – wohl. Später haben wir uns voneinander entfernt. Er hat sich von mir entfernt. Das, was dann geschehen ist, kann man ausblenden, aber nicht, wenn einer für immer davongeht.

Damals machte die FDP als sogenannte Spaß-Partei von sich reden. Möllemann und andere vermittelten den Eindruck, dass die Liberalen mit etwas guter Laune leicht 18 Prozent der Stimmen erreichen könnten. So mancher hat damals ein Machtwort von Hans-Dietrich Genscher vermisst. Hätten Sie eines sprechen müssen?

Nein. Meine beiden Großväter waren Bauern. Ich kannte das Problem des Altbauern, der den Hof abgegeben hat und sich oben ans Fenster gesetzt hat, um zu beobachten, ob der junge Bauer beim Anspannen der Pferde alles richtig macht. Das wollte ich nicht.

Woran ist Möllemann gescheitert?

Das ist eine Frage, die ich oft neu stelle, weil ich nicht weiß, was ihn bewogen hat, einen Weg zu gehen, der kein gemeinsamer sein konnte. Da rätsle ich immer wieder.

Haben Sie mit anderen darüber gesprochen? Mit Guido Westerwelle zum Beispiel, der damals eng mit Möllemann zusammengearbeitet hat? Immerhin war er Möllemanns Kanzlerkandidat.

Nein.

Kann man Ihr Verhältnis als Vater-Sohn-Verhältnis bezeichnen?

Vielleicht. Ich war jemand, der Jürgen Möllemanns Talent erkannt hat, seine unglaubliche Aktivität, seine Vitalität und seine Kreativität und sein Engagement.

Warum hat er sich in seiner Not nicht bei Ihnen gemeldet?

Das frage ich mich auch. Ich kann es nicht beantworten. Vielleicht war es ihm unangenehm.

Wolfgang Kubicki, Möllemanns Freund und Anwalt, vermutet, der entscheidende Schlag sei gewesen, dass Hans-Dietrich Genscher den Parteiausschluss nicht verhindert habe.

Dass ich da eine klare Position hatte, das hat ihn gewiss getroffen. Das kann ich mir vorstellen.

Haben Sie mit Möllemanns Witwe danach gesprochen?

Nein, ich wollte ihr nicht zu nahetreten. Am Grab habe ich nur ein paar Worte mit ihr gewechselt.

In Ihren Memoiren schreiben Sie, einer der schlimmsten Momente Ihres Lebens sei die Ermordung von Gerold von Braunmühl durch die RAF gewesen.

Dieses Bild verfolgt mich bis heute. Dieser Mann liegt auf dem Boden, auf dem Gesicht, die Aktentaschen noch in der Hand, mit denen er vermutlich vor den Mördern zu fliehen versuchte. An jenem Tag hatte ich eine schwere Grippe und war schon am frühen Abend nach Hause gefahren, um mich ins Bett zu legen. Gegen halb zehn, glaube ich, klingelte das Telefon. Frau von Braunmühl sagte: Gerold ist tot. Das war ein Schlag. Ich stand auf und fuhr sofort hin.

Schlafen Sie gut?

Ich konnte immer gut schlafen. Selbst im Hubschrauber.

Die Vielfliegerei – ein Problem?

Ich habe unterwegs keinen Alkohol getrunken, auch keinen Kaffee. An Bord eines Flugzeuges hat alles die doppelte Wirkung.

Frage an den Vielflieger: Gang oder Fenster?

Fenster. Ein Blick hinaus, und ich schlafe ein.

Haben Sie nach Ihrem Rücktritt weiter Fernreisen unternommen?

Kaum.

Was dann?

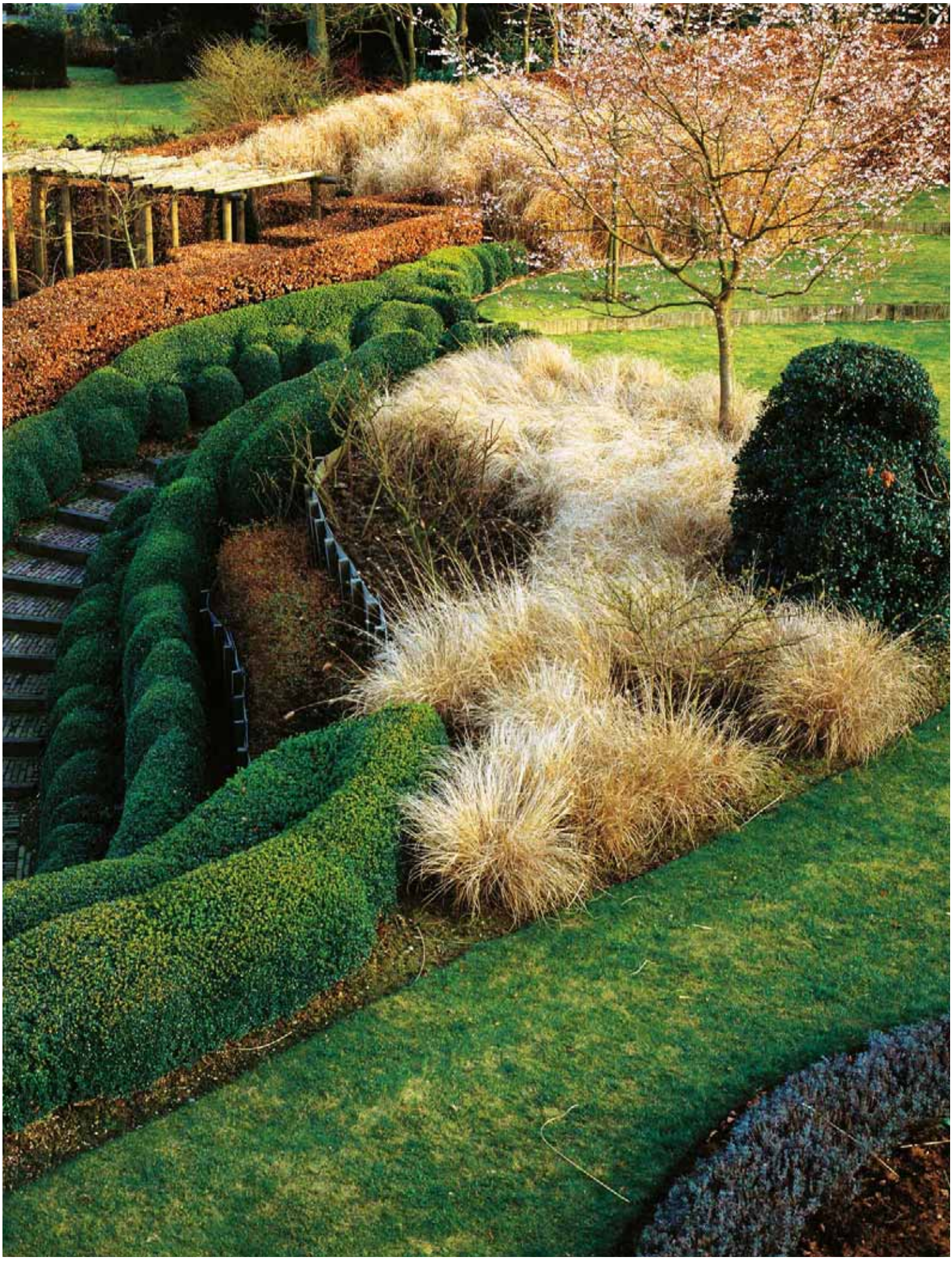
Timmendorf, der Strand, wir sind Deutschlandurlauber.

Hans-Dietrich Genscher ist es müde, weit zu reisen. Heute ist er am liebsten in Deutschland

Gutes Gras

Blumen werden überschätzt. Glaubt der Landschaftsarchitekt Peter Wirtz. Zu Besuch bei einer legendären Gärtnerfamilie

Wachstumsbranche: Diese Wirtz'schen Werke nahe Antwerpen gedeihen prächtig



Immergrüne Welle: Die Wirtz'schen Gärten entfalten ihre Schönheit zu jeder Jahreszeit

Von
ILKA PIEPGRAS

Fotos
MARCO VALDIVIA

Belgien ist ein schwermütiges Land. Es regnet viel, der Himmel ist meist grau und hängt so tief über dem flachen Boden, dass man fürchten muss, er falle einem gleich auf den Kopf.

Der Landschaftsgestalter Peter Wirtz hat das Ziel, die Schwermut seines Landes zu überwinden. »Unsere Mission ist Heiterkeit. Wir beherrschen da ein paar Tricks«, sagt er. Wirtz ist ein hoch aufgeschossener Mann mit blauen Augen und rötlich blondem Haar, das in übermütigen Wirbeln vom Kopf absteht. Anfang des Jahres fünfzig geworden, wirkt er mit seinen schlaksigen Bewegungen wie ein großer Junge. Gemeinsam mit seinem Bruder Martin führt er die Firma, die Vater Jacques vor vielen Jahren gegründet und zu großem Ruhm geführt hat.

Jacques Wirtz gilt als einer der stilbildenden Gartenarchitekten Europas, überall auf der Welt hat der heute 87-Jährige mit seinen zwei Söhnen private und öffentliche Gärten gestaltet. François Mitterrand beauftragte die Firma Wirtz, die Gärten rund um den Élysée-Palast und den Park für das Carrousel du Louvre neu anzulegen. Für den Modeschöpfer Valentino haben die Belgier den Park seines Schlosses unweit von Paris angelegt und in London den Jubilee Park des Wirtschaftszentrums Canary Wharf. Auch private Villengärten werden von Wirtz geplant – und selbst Kleingärtnern gibt Peter Wirtz bereitwillig Ratschläge, doch dazu später.

Architekten und Landschaftsplaner preisen vor allem das besondere Gespür der Familie für Proportionen und die Harmonie des Raumes – doch wie genau funktioniert ein Garten, der Heiterkeit erzeugen soll? Worin liegt sein Geheimnis?

Besucht man die Wirtzens auf ihrem Familiengelände in Schoten, einer Kleinstadt unweit von Antwerpen, stößt man als Erstes auf Wasser. Zwei nebeneinander angelegte rechteckige Teiche trennen die Bürogebäude von einer kleinen Baumschule. Auf dem Wasser schwimmen Seerosen, die Luft riecht nach Pferdemist, in den Bäumen zwitschern Vögel. Hinter einer dichten Buchenhecke lugen Eiben und Buchsbäume in unterschiedlichen Formen hervor: Quader, Kegel, Spiralen, Kugeln. Es wirkt, als habe jemand mit den Bäumen Figurenwerfen gespielt und sie in ihren eigenwilligen Positionen erstarren lassen. Ein Baum ähnelt einem Stopfei, ein anderer einem Eis am Stil, ein dritter scheint gleich abzuheben, so spitz wie eine Rakete ragt er in die Luft. Ein bisschen fühlt man sich inmitten dieser lustigen Gestalten wie in der Requisitenkammer eines Theaters. Auf dem Spielplan steht eine Komödie.

Man kennt die beschnittenen Bäume aus europäischen Adelsgärten der Barock- und Renaissancezeit, an deren Tradition Wirtz anknüpft. »In Belgien haben sich in der Vergangenheit alle möglichen Strömungen und Einflüsse gekreuzt, kein Stil hat jemals dominiert. Wir haben aus

Familienbetrieb: Die Brüder Martin (links) und Peter Wirtz und der Vater Jacques

diesem Mix unseren eigenen Stil destilliert«, sagt Peter Wirtz. »In Deutschland werde ich oft danach gefragt, welcher Schule wir uns zuordnen lassen. Man hat dort Schwierigkeiten mit unseren Entwürfen. Mal gelten wir als zu versponnen, mal als zu autoritär, weil wir mit starken Sichtachsen arbeiten. In den Wettbewerbsjurys herrscht oft ein schablonenhaftes Denken.« Tatsächlich konnte sich bislang bei prominenten öffentlichen Ausschreibungen – etwa bei der Gestaltung des Lustgartens auf der Berliner Museumsinsel oder des Hildesheimer Domhofes – kein Wirtzscher Entwurf durchsetzen.

Dass sie sich einer Typisierung verweigern, charakterisiert die Wirtzschen Gärten vielleicht am treffendsten. Die Familie gibt nichts auf Trends, das Schnelllebige interessiert sie nicht. »Aber historische Muster abstrahieren und zeitgenössisch interpretieren – das können wir sehr gut«, sagt Peter Wirtz. Illusion, Magie, Traumwelt – diese Begriffe tauchen immer wieder auf, wenn die Anlagen der belgischen Landschaftsarchitekten in der Fachliteratur beschrieben werden.

Einen Eindruck vom poetischen Widerhall dieser Gärten vermittelt der Privatgarten von Jacques Wirtz, der sich einen kurzen Fußweg von der Firmenzentrale entfernt befindet. Leise surrend öffnet sich ein Holzgatter, als Peter Wirtz den Zahlencode eingibt, der das Grundstück seines Vaters absichert. Kaum hat man eine Art Wassergraben überquert, steht man zwischen zwei gewaltigen grünen Wänden aus dichten Buchenhecken. Die Familie Wirtz pflanzt Hecken nicht nur als Außenbegrenzung, sondern als Strukturelemente auch im Innern von Gärten. So teilt eine Vielzahl von Buchenhecken ihren eigenen Garten wie in eine Abfolge von Zimmern, immer wieder betritt man neue Räume, in denen sich unterschiedliche Pflanzen präsentieren. Und so wie hier sind starke, von immergrünen Pflanzen vorgegebene Strukturen das Hauptmerkmal aller Wirtzschen Gärten.

Obwohl die nächste Schnellstraße nicht weit entfernt ist, fühlt man sich in diesem Privatgarten so abgeschieden, als befände man sich mitten im Wald. Man spaziert an wellenförmig beschnittenen Buchsbäumen vorbei, wie Haustiere lagern diese merkwürdigen Gebilde am Wegesrand. An anderen Stellen laden Inseln aus Gräsern dazu ein, hineinzufassen, so als kraule man einen Hund.

Blumen spielen eine untergeordnete Rolle in den Wirtzschen Gärten. Weil es keinen traurigeren Anblick als ungepflegte Stauden gebe, sagt Peter Wirtz, werden Blüten nur dort eingesetzt, wo man sich wirklich intensiv um sie kümmert. Im Garten der Familie finden sich gelbe Magnolien (»unsere neueste Entdeckung«) und blauer Rittersporn (»die Lieblingsblume meines Vaters«), blaue und cremefarbene Glyzinien und Rosen. Grundsätzlich jedoch arbeiten die Belgier mit einer sehr eingeschränkten Farb- und Pflanzenpalette. »Im Sommer durch Blumen große Effekte zu erzielen ist nicht schwer«, sagt Peter Wirtz. »Unsere Gärten sind auch im Winter lesbar.« Auch verwenden sie Pflanzen nicht wie viele andere Gartengestalter, um auf bauliche Elemente wie Wege oder Brüstungen hinzuweisen. Bei der Familie Wirtz ist es umgekehrt. Die Pflanze steht im Vordergrund, gepflasterte Flächen hingegen spielen kaum eine Rolle.

Für kleine Vorstadtgärten gelten laut Peter Wirtz dieselben Prinzipien wie für monumentale Parkanlagen. Gartenbesitzern rät er, lieber in einen Teich, als in eine Terrasse zu investieren, »denn Wasser wirkt wie ein Spiegel und entfaltet große räumliche Wirkung«. Er warnt vor modischen Pflanzen wie »dieser unglaublich lächerlichen Acer Negundo Flamingo« (einem Ahorn mit rosabunten Blättern) oder der rotblättrigen Prunus, »die alles Licht wegsaugt«. Auch die immer noch beliebten Überbleibsel aus den fünfziger Jahren wie etwa Cotoneaster (Zwergmispeln) und Juniperus (Wacholder) hält Wirtz für »total geschmacklos«. Nebenbei empfiehlt er Erdbeeren von Mieze Schindler – eine deutsche Züchtung, die nach Walderdbeeren schmeckt.

Schließlich führt der Spaziergang auch am Haus des Vaters vorbei, und Peter Wirtz schaut prüfend, ob man den Senior womöglich beim Mittagsschlaf auf der Terrasse stört. Doch niemand ist zu sehen. Jacques Wirtz hat sich kürzlich aus dem Betrieb zurückgezogen und verlässt nur noch selten sein Haus. Durchs Fenster erkennt man einen Flügel im Innern des Hauses. Musik spielt eine herausragende Rolle in der Familie. Peter Wirtz schloss ein Musikstudium ab, bevor er Landschaftsarchitektur an der Cornell-Universität in den USA studierte. Er erinnert sich gern an seine Kinderzeit, wenn er abends mit seinen drei Geschwistern im Wohnzimmer spielte, während sein Vater musizierte. Überhaupt nennt er, nach seinen Inspirationsquellen befragt, die Bilderwelten seiner Kindheit als Ausgangspunkt seiner Kreativität.

»Meine Eltern haben regelmäßig mit uns Gartenreisen nach England, Frankreich und Spanien gemacht. Wenn man schon als Jugendlicher die Magie von Renaissancegärten entdeckt, prägt das fürs Leben. Kinder sind sehr empfänglich für die Poesie von Gärten.« Auch zwei Preußen, den Architekten Karl Friedrich Schinkel und den Gartenkünstler Peter Joseph Lenné, nennt Peter Wirtz als Vorbilder sowie Literatur von Eichendorff, Mörike und Heine. Im heutigen Deutschland vermisst er deren Sensibilität. »Ich frage mich, wo die Weichheit von Mendelssohn und Schumann geblieben ist. Ich finde die Empfindsamkeit in der deutsche Seele nur mühsam wieder. Wo ist die Poesie? Heute steht das Funktionelle im Vordergrund.«

Peter Wirtz bückt sich und hebt ein Magnolienblatt vom Boden auf. Fasziniert betrachtet er die filigranen Adern des fast durchsichtigen Blattes und steckt es dann behutsam in die Tasche, um es später seiner siebenjährigen Tochter zu zeigen. Wirtz ist ein schwärmerischer, begeisterungsfähiger Mensch, gleichzeitig wirkt er sehr bodenständig. Vielleicht liegt hier das Geheimnis der Wirtzschen Gärten: Hinter einer äußerlichen, formalen Strenge eröffnen sich sehr emotionale Orte. Man fühlt sie eher, als dass man sie sieht.

ZEITMAGAZIN
NR. 20

**Mehr zu modernen Gärten –
die Themenwoche auf ZEIT Online**

Ich habe einen Traum

Kate Bush
»Es ist entscheidend, die Kontrolle über seine Arbeit zu haben«

Ich war sechzehn, als ich Mitte der siebziger Jahre von einer großen Plattenfirma unter Vertrag genommen wurde. Der Traum meines Lebens war das nicht. Damals hätte ich mir genauso gut ein Studium der Psychologie vorstellen können. Ich hatte dann das Glück, dass ich mit meiner Musik schnell erfolgreich war, denn dadurch wurde ich ermuntert, immer weiterzumachen. Sein Leben der Kunst widmen zu können – das ist märchenhaft.

Aber die Musikindustrie ist ein brutales Gewerbe. Ich musste immer hart für meine Freiheit kämpfen. Das fing schon an mit meiner ersten Single, *Wuthering Heights*, die mich bekannt machte. Die Plattenfirma wollte sie ursprünglich nicht, sie hatten ein anderes Lied ausgesucht, und ich musste lange mit ihnen streiten, um sie von meiner Meinung zu überzeugen. Weil ich aber das Glück des schnellen Erfolges hatte, hörte man mir seither aufmerksamer zu.

Mit den Jahren habe ich mir immer mehr Unabhängigkeit erkämpft und bin mittlerweile in der luxuriösen Situation, dass ich meine Musik machen und veröffentlichen kann, wie ich Lust habe. Vor meinem letzten Album, *Aerial*, hatte ich zwölf Jahre lang keine neue Platte rausgebracht. Das ist im Musikgeschäft eine Ewigkeit. Einmal pro Jahr rief mich damals ein höflicher Mann von der Plattenfirma an und fragte dezent nach dem Stand der Dinge. Aber ich ließ mich nicht drängen.

Es ist faszinierend zu beobachten, was sich manche Leute zusammenreimen, wenn jemand so gegen die Regeln verstößt wie ich. Es geisterten wilde Gerüchte über mich herum, es gab die absurdesten Vorstellungen davon, wie ich wohl meine Zeit verbringe. Tatsächlich hatte ich einen Sohn bekommen und beschlossen, ihm in den ersten Jahren seines Lebens so viel Zeit wie nur möglich zu widmen. Dass ich die Freiheit hatte, so etwas zu entscheiden: das ist ein Traum.

Überhaupt ist es entscheidend, als Künstler die Kontrolle über seine Arbeit zu haben – also letztlich über sein eigenes Leben. Dann muss man nur die eigenen Grenzen akzeptieren. Und manchmal natürlich die Grenzen anderer Menschen.

Das musste ich selbst erst lernen. Vor einigen Jahren schrieb ich einen Song namens *The Sensual World*, in dem ich wunderschöne Worte aus *Ulysses* von James Joyce mit einer Melodie versah. Aber als ich Joyce' Erben um Erlaubnis bat, den Text benutzen zu dürfen, lehnten sie ab. Damals war ich tief enttäuscht, respektierte aber die Entscheidung und verfasste einen eigenen, neuen Text. Aber wirklich glücklich war ich mit dem Lied nie. Später schrieb ich den Erben noch mal – und da gaben sie grünes Licht. Warum? Ich weiß es nicht. Nun habe ich das Lied in *Flower Of The Mountain* umgedichtet und mit Joyce' Text neu eingespielt, nun war es der Song, den ich mir jahrelang erträumt hatte. Aber eigentlich sollte ich solche Geschichten nicht ausplaudern. Denn Kunst sollte einfach so wirken und angenommen werden, wie sie dargeboten wird. Wenn man weiß, wie ein Zaubertrick funktioniert, verschwindet die Magie. Und um die geht es doch.

Catherine »Kate« Bush,

52, ist eine der erfolgreichsten Musikerinnen der letzten drei Jahrzehnte. Ihre oft surrealen Songs kombinieren Elemente aus Folk, Pop, Klassik und Art-Rock. Sie gilt als öffentlichkeitsscheu: Auf Tournee war sie nur einmal, 1979, Interviews gibt sie selten. Kate Bushs neues Album, »Director's Cut«, erscheint in diesen Tagen

Aufgezeichnet von Christoph Dallach Foto John Carder-Bush Zu hören unter www.zeit.de / audio

PAOLO PELLEGRINS EXPEDITIONEN

Der Hurrikan Katrina traf den Südosten Louisianas am 23. August 2005. Wenige Tage später fuhr ich nach New Orleans, dort hatte es die schlimmste Zerstörung gegeben und die meisten Toten, weil das Deichsystem katastrophal versagt hatte. Aufgrund der Nachrichten aus der Stadt hatte ich mich geistig eingestellt auf kriegsähnliche Szenen von Gesetzlosigkeit und Chaos. Was ich stattdessen vorfand, war ein äußerst seltsamer Anblick: eine der großen Städte Nordamerikas ohne ihre Einwohner, menschenleer. Schließlich mietete ich einen

Die Gewalt der Natur in New Orleans

Hubschrauber und machte Fotos von oben, darunter auch dieses Bild. Man kann die unglaubliche Gewalt der Natur, die sich hier zeigt, beinahe spüren: schwere, große Container, vom Hurrikan umhergeschleudert, als wären sie Legosteine.

ZEITMAGAZIN
NR. 20

Paolo Pellegrin, 47, in Rom geboren, ist ein vielfach ausgezeichneter Magnum-Fotograf. Er erzählt jede Woche von dem Bild, das er sich von Mensch und Natur macht. Die Fotos sind in Deutschland zum ersten Mal zu sehen

1.
Wie so oft, wenn es sich ungestört wähnte, bewunderte das Kamel die Schönheit der Pyramiden von Giseh …

2.
… als plötzlich ein Gourmetkritiker aus Deutschland vor ihm stand

Kulinarische Wüste

Wolfram Siebeck reist durch Ägypten und kostet aus der Küche der Revolution

Fotos
BARBARA SIEBECK

Wenn ich morgens wach werde, und es ist stockdunkel, dann weiß ich: Ich liege im Hotel. Zu den Aufgaben der Zimmermädchen gehört es, die Fenstervorhänge abends dicht zu schließen. Als ich sie schlaftrunken wieder öffne, sehe ich Pyramiden.

Kein Wunder, denn das Hotel Mena House Oberoi, befindet sich in Kairo. Es ist angeblich das einzige Hotel auf der ganzen Welt, von dem aus der Gast im Nachthemd die Pyramiden von Giseh betrachten kann: ehrfürchtig und erschüttert wie Napoleon am Grab Friedrichs des Großen. Churchill und seinesgleichen haben sich diesem Wind der Geschichte ausgesetzt, davon zeugen die nach ihnen benannten Suiten des Hotels. Es muss ein Wüstenwind gewesen sein; denn die Wüste beginnt in 500 Meter Entfernung bei den Pyramiden.

Ich bin hier, weil mich die Kochtöpfe der Pharaonen mehr interessieren als die von ihnen hinterlassenen Bauwerke. Niemand weiß genau, was die Steinträger gegessen haben. Die intelligent angelegten Bewässerungskanäle lassen darauf schließen, dass es vor allem Zwiebeln und anderes Gemüse waren. Die fetten Lämmer waren, wie in allen Diktaturen, den Herrschenden vorbehalten.

Als Allzweckwaffe gegen den Hunger diente damals wie heute der oder das Ful, eine Bohnenpampe der Arme-Leute-Küche. Manchmal wird sie zaghaft verfeinert mit Kräutern, harten Eiern und Zitrone, ohne dadurch Gourmetstatus zu erreichen. In den Straßen Kairos sah ich Männer in großen Kupferkesseln rühren, wodurch sie zu verhindern hoffen, dass der Inhalt klumpt oder stockt oder ranzig wird. Das ist die Bratwurst-Version des Ful. In der Erinnerung geblieben ist mir auch ein Dessert, Om Aly, ein gestocktes und überbackenes Müsli mit viel Nüssen.

Insgesamt wirkt die ägyptische Küche auf Esser, die mit der italienischen oder französischen Küche sozialisiert wurden, nicht sehr elegant. Wie an der ganzen nordafrikanischen Mittelmeerküste besteht sie überwiegend aus Reis, Hirse, Linsen, Kichererbsen und Makkaroni. Alles wird in großen Töpfen durcheinandergekocht. Das gilt auch für die Kräuter und Gewürze, sodass auf den Tellern ein Chaos herrscht, das sich mit dem ampellosen Straßenverkehr in Kairo vergleichen lässt. (Wo tief verschleierte Frauen mit ihren Babys auf dem Arm den Kotflügeln der Autos so kaltblütig entgegengehen wie Toreros in der Arena den Stieren.) Wer den avantgardistischen Minimalismus unserer Kunstköche verabscheut, wird hier glücklich werden.

In der besseren Gastronomie wiederholt sich das Prinzip des Durcheinanders, wobei die Fleischportionen größer werden und, manchmal, sorgfältiger gebraten sind. Aus dekorativen Gründen werden die einzelnen

3.
Wieso ich?, dachte das Kamel und galoppierte los

Zutaten gern in extra Schüsselchen und Tellerchen serviert, deren Inhalt aber alsbald wieder vermischt wird. Wie überall in Nordafrika und im Orient sind die Vorspeisen am interessantesten, die Cremes, die Pasten und das Mus. Auch Salate können angenehm überraschen, weil man schmeckt, dass hier die Bestandteile nicht außerhalb des Hauses industriell vorbereitet wurden.

Oft ist das süße Backwerk hervorragend, es besteht aus Blätterteig und Honig. Verstörend ist allerdings die Entdeckung, dass der Minztee, das ägyptische Nationalgetränk, mehr und mehr aus Beuteln aufgegossen wird. Die Hauptgerichte, fast ausschließlich gegrilltes Lamm und Lammklöße, sehen aus wie der Ötzi und enthüllen das Geheimnis der Pyramiden: Es müssen Tiefkühltruhen gewesen sein.

Diese fast 5000 Jahre alten Steinhaufen locken heutzutage nicht nur historisch interessiertes Publikum an, sondern auch Billigtouristen. Ich habe selten so viele Menschen gesehen, die nichts unversucht lassen, durch ihren ordinären Freizeitlook sowohl die Würde des Palasthotels zu ruinieren als auch den Ruf der Nation, der sie angehören. Muss der moderne Mensch mit nackten Beinen und Badelatschen zum Abendessen gehen?

Das Mena House Oberoi hätte elegantere Gäste verdient, wie sie vor dem Massentourismus in diesem prachtvollen Haus logierten. Das Dekor scheint eine Gemeinschaftsarbeit von Krupps Hausarchitekten (Villa Hügel), Ludwig II. und einem osmanischen Spitzenklöppler zu sein.

Es gab sogar einen ägyptischen Chardonnay, benannt nach dem Gelehrten Omar Khay-yam, der ein großer Zecher war und von dem ich sogar eine Zeile auf Deutsch zitieren kann, was aber bei den Kellnern keinen Eindruck machte. Der Mangel an polyglottem Personal stellt in Kairo jeden Besucher vor Probleme.

Für den Freitag plante ich einen Ausflug zu den Pyramiden, die ich vom Hotel aus sehen kann. Dafür wählte ich die bequemste, wenn auch teuerste Möglichkeit. Ich engagierte den Fahrer Omar mit seinem Škoda für den ganzen Tag. Er fuhr uns zur Rückseite des Weltwunders. Dort beginnt unmittelbar die Wüste, und die ist schön. Weil weit und breit keine Panzer zu sehen sind und sich kaum jemand an Rommel erinnert. Hier ist der Begriff majestätisch angebracht. Die erhabenen Königsgräber, die goldenen Farben des Sandes und die Unendlichkeit der Wüste bringen auch einen Hedonisten auf andere Gedanken als den an sein nächstes Abendessen.

Ein sanftes Plateau war bevölkert mit riesigen Kamelen und ihren Dompteuren. Die Tiere standen oder lagen in der Sonne, ihr Rücken war mit orientalischen Teppichen dekoriert, während ihre Treiber genau so aussahen, wie ich mir seit meinen Karl-May-Studien den echten Orientalen vorstellte. Ein

Ägyptische Vorspeisen schmecken noch besser, wenn man eine Limo dazu trinkt

buntes Tuch um den Kopf geschlungen und ein bodenlanges Hemd aus grauer Baumwolle am Leib, das wahrscheinlich den Krummdolch verbirgt. Da kam der Geist des Lawrence of Arabia über mich. Ich setzte mich auf eines dieser liegenden Biester, worauf es in seinem Inneren gurgelte und grollte wie die Wasserleitung in einem alten Grandhotel. Ich wusste, das Kamel wollte nicht von mir geritten und ich nicht von ihm durch die Wüste geschaukelt werden.

Aber es war zu spät. Meine Füße wurden in zwei Steigbügel eingepasst, und dann schoss das Hinterteil des Wüstenschiffs in die Luft und ich nach vorne. Um ein Haar wäre ich über seinen Kopf hinausgeflogen. Doch am Teppichrand war ein kurzer Knauf angebracht, an den ich mich mit aller Kraft klammerte, denn nun ging es auch vorne in die Höhe wie beim Rodeo in Wyoming. Siebeck, bleib auf dem Teppich!, sagte ich mir noch, da setzte sich das riesige Tier in Bewegung. Wie ein altes Auto, das hinten einen Platten hat. Ich versuchte mich zu erinnern, wie das mit dem Passgang war. Doch die Panik, die mich ergriff, ließ mich keinen klaren Gedanken fassen. Ich wollte nur noch diesen wahnwitzigen Galopp beenden und wieder sicheren Boden unter den Füßen haben. Endlich half man mir wieder zurück nach Giseh, Ägypten. Omar erzählte etwas von einem Hundertjährigen, der noch Kamelrennen mitmache, ich aber war vorerst gerettet und saß in Omars Beulenblech mit allen Anzeichen einer Posttraumatischen Belastungsstörung (Zittern, Schwitzen, Atemnot).

In diesem Zustand betrachtete ich die unbeschreibliche Verwahrlosung dieser Stadt, welche eine einzige Bauruine ist. Unfertige Häuser für mehr als eine Million Menschen illustrieren entweder die Korruption der Behörden, eine geplatzte Immobilienblase oder die Wirkung des Aufstands gegen Mubarak. Das Volk demonstrierte wieder mit zunehmender Wut. An einem Freitag sei es nicht ratsam, in die Innenstadt zu fahren, signalisierte Omar. Freitags werde nämlich zusätzlich gebetet. Deshalb fuhr er uns den Kanal in Giseh entlang, bis wir genug vom Anblick des Mülls hatten, der die Ufer des dreckigen Rinnsals bedeckte, und lud uns an einem Ausflugslokal ab. Man kann das Restaurant Sakkara einen behelfsmäßigen Biergarten nennen, nur dass dort kein Bier getrunken wird und es auch kein Restaurant ist. Sondern ein aus Sperrmüll errichteter Unterstand für die Freunde des schwarz vergrillten Fleisches und frisch gebackener Brotfladen. Letztere gehören zur orientalischen Folklore und sind genauso überschätzt wie unsere Pellkartoffeln. Außer uns waren nur wenige Gäste da, die sich plötzlich, zusammen mit den Kellnern, vor dem Fernsehapparat versammelten. Die Politik hatte uns eingeholt. Eine Reportage vom Tahrir-Platz servierte zum Dessert geballte Fäuste von Menschen, die kurz vorher noch gebetet hatten.

Am nächsten Tag fuhren wir im Endlosstau zum Tahrir-Platz. Ich umging vorsichtig vergessene Stacheldrahtrollen und registrierte skeptisch die heruntergelassenen Rollläden der Geschäfte und Cafés. Diese staubbedeckten, gewellten Bleche sind zu Symbolen der Unruhe in den nordafrikanischen Ländern geworden und verheißen nichts Gutes.

Wir retteten uns in den Garten des Marriott-Hotels, eines der riesigen, dreiviertelleeren Hochhaushotels in der Innenstadt, wo behäbige Herren in glänzenden schwarzen Anzügen das Ende des Volksaufstands abwarteten und Obstsäfte tranken. Wir aßen ein kleines Mittagsmenü und lernten: Wird ein Fisch als Tellergericht serviert, dann ist er unter einer dicken, mehr oder weniger scharfen Sauce zur Unkenntlichkeit verurteilt, während die Lammklöße trocken oder sehr trocken sein können, aber sich sonst nicht voneinander unterscheiden. Es sei denn, der Küchenchef zeigt die kreative Pranke. Dann sind sie besonders scharf.

Um den Tourismus in der Stadt steht es nicht gut. 25 Prozent Mindereinnahmen und mehr befürchtet die Gastronomie für 2011. Dabei sollte Kairo auch als Luftkurort nicht unterschätzt werden. Der seidige Wüstenwind ist einmalig und trägt zur Popularität dieses Ferienziels bei denen bei, die nach ihrem ersten Kamelritt nicht sofort wieder abreisen.

Passt doch!

Wie tragen Frauen Schmuck und Uhren? So, wie es ihnen gerade einfällt. Männeruhren und Diamantschmuck, große Ziffernblätter und zarter Schmuck, Weißgold, Gelbgold, Titan: Alles darf gemischt werden. Joana Preiss macht es vor. Sie ist Pariserin, Italienerin, Theater- und Filmschauspielerin, Balletttänzerin, Model, ausgebildete Sängerin. Sie kennt sich also mit ungewohnten Kombinationen aus

Fotos
MARCUS GAAB

Uhrenauswahl
GISBERT L. BRUNNER

Produktion
ELISABETH RAETHER

Schüchtern vs. extravagant: Die brillantenbesetzte »Oyster Perpetual Lady-Datejust« von Rolex (12 670 Euro), ein Klunkerohrring von Erickson Beamon, ein Armreif mit springenden Pferden von Jordan Askill und ein Ring von Arielle de Pinto werden kombiniert mit zartem Schmuck, einem dünnen Reif und einem geflochtenen Armband der Münchner Designerin Saskia Diez und einem Ring von Plietsh. Pullover von Pringle

Realismus vs. Surrealismus: Die Herrenuhr von Glashütte Original, Modell »Seventies Panoramadatum« (8950 Euro), ist verlässlich, die imaginäre Uhr von Ina Seifart nicht so. Silberring von Lynn Ban, Ring am Zeigefinger von Sarah Herriot, Baumwollarmband von Saskia Diez, Kette von Jordan Askill, Amulettkette von Christian Lacroix (gesehen bei www.couturelab.com), Seidenpyjama von La Perla Studio

Schlank vs. dick: Die extraflache »Elite Ultrathin« von Zenith mit grauem Ziffernblatt (3100 Euro) ist von zurückgenommener Eleganz, das Schnallenarmband von Maison Martin Margiela extrabreit. Goldener Armreif von Ina Seifart

Ernst vs. Spaß: Die minimalistische »Linea« von Baume & Mercier (1880 Euro) passt zu den verspielten Armreifen von Prada und einer schwer romantischen schwarzen Kameenkette von Bottega Veneta. Vierfingerring von Imogen Belfield, einfacher gelbgoldener Ring von Wempe, Ring am Zeigefinger von Philippe Tournaire

Viel vs. viel: Zur »Steel Snow Leopard« von Hublot (19 300 Euro) werden eine Armspange von Delfina Delettrez, ein Armreif von Louis Vuitton und viele Ringe getragen. Goldener Pferdering und Ring mit Kristallstein von Jordan Askill, Schildkrötenring von Boucheron, Ring aus weißem Marmor von Delfina Delettrez, Schleifenring von Azature, Rubinring von Karl Fritsch, Wirbelsäulenring von Disaya Sorakraikitikul. Kleid von Louis Vuitton

Techno vs. Ethno: Die knallharte »J12 Chromatic« aus Titankeramik von Chanel (4680 Euro) wird zur romantischen, byzantinisch anmutenden Armspange getragen (Chanel). Goldener Entrelacésring von Cartier, Froschring von Bibi van der Velden, goldener Ring am Mittelfinger von Imogen Belfield, roter Ring von Delfina Delettrez. Kleid von Chanel

Mann vs. Frau: Uhr und Pyjama für den Herrn (»Altiplano« von Piaget, 16 800 Euro, Pyjama von Laurence Tavernier). Alles andere ist weiblich: Schleifenring von Azature, Rubinring von Karl Fritsch, Kameenarmband von Bottega Veneta, Armreif »Love« von Cartier, Armbänder von Carolina Bucci

Bauhaus vs. Girlie: Die »Tetra Norma« von Nomos Glashütte (1520 Euro) hält sich zurück, die silbernen Armreifen von Niessing auch. Gute Laune hat der Armreif von Delfina Delettrez, der einen mit wachen Augen ansieht. Goldener Ring von Karl Fritsch, Seidenunterhemd von Stella McCartney

Pur vs. Pomp: Die »Arceau Temps Suspendu« von Hermès (13 000 Euro) ist ohne Schnörkel, der Ring von Boucheron mit: Eine rosafarbene Schildkröte sitzt darauf. Armreif von Bulgari, Zweifingerring von Maison Martin Margiela, Kette von Tasaki, Hose von Chloé

Model Joana Preiss / VIVA-Paris Styling Agata Maria Belcen Haare Tan Vuong / Basics Make up / Maniküre Manuela Kopp / Agentur Nina Klein Post Production Franziska Strohm / Agentur-e

Ballsaal vs. Stadion: Die sportliche TAG Heuer »Monza Calibre 36« (4995 Euro) wird zum Prinzessinnenschmuck von Fabergé getragen, einem Armband und einer Brosche. Palladiumring von Karl Fritsch, Gliederring von Tasaki by Thakoon, goldener Ring von Alexandra Jefford, Silberring von Sarah Herriot, Ring aus weißem Marmor von Delfina Delettrez, Kette von Jordan Askill, Mantel von Céline

Vernunft vs Liebe: Die sachliche »Nautilus Ref. 5711/1A« von Patek Philippe (18 140 Euro) wird zum Armring »Love« von Cartier getragen, den romantischerweise nur ein kleiner Schraubenzieher öffnen kann. Kette von Jordan Askill, Brosche von Fabergé, Ring von Philippe Tournaire, Armreif von Imogen Belfield, Hose mit hoher Taille von Louis Vuitton

Wer in diesem Sommer übersehen wird, hat einen Trend übersehen. Bluse von Jil Sander, 590 Euro

Foto Peter Langer

Auffallender Trend

Tillmann Prüfer über Neonfarben

Es wird der Sommer der großen Zusammenstöße. Alles, was man über die gefällige Kombinierbarkeit von Farben gelernt hat, soll man nun vergessen, alles, was nicht passt, wird zusammengebracht – verboten ist eigentlich nur die Zurückhaltung. Das *»color blocking«* funktioniert eben nicht mit Details, sondern nur im großflächigen Farbauftrag. Man kombiniert Sonnengelb mit Lila und Apfelgrün, Pink mit Türkis oder Stahlblau.

Schon in den vergangenen Jahren waren einzelne starke Farben immer wieder in den Vordergrund getreten, mal war es Magenta, mal ein toxisches Orange, mal Limettengrün. Nun kommen alle diese Farben zusammen zurück. Raf Simons kombiniert für Jil Sander ein pinkfarbenes T-Shirt mit zitronengelber Hose, Marc Jacobs empfiehlt eine fuchsiafarbene Jacke zu einem roten Top und pinkfarbener Hose. Die Farben sollen nicht nur leuchten, sie sollen donnern. Und weil die schrillsten Farben die Neontöne sind, haben sie nun ihren ganz großen Auftritt.

Dabei hatte es so ausgesehen, als hätten sie sich in den vergangenen Jahren endgültig diskreditiert: Neongrün waren die Schnürsenkel der Nike-Sneakers in den achtziger Jahren, neongelb die Smilies der Acid-House-Kultur, neonpink die Tanktops auf der Loveparade der neunziger Jahre. Nun sind sie zurück. Genauso knallig und doch anders.

Neonfarben werden jetzt raffiniert kombiniert. Etwa mit breiten Blockstreifen oder mit Grau- und Hauttönen oder schlichtem Schwarz. Sie leuchten nicht mehr für sich allein, sondern im Kontrast. Wie man solche Kombinationen hinbekommt? Wichtig ist: entweder ganz oder gar nicht. Bei diesen Farben gibt es keine Kompromisse. Es verliert nicht, wer farblich zu viel wagt, sondern wer zu vage bleibt. Man sollte die Knallfarben nicht allein stehen lassen und keinesfalls mit etwas tragen, das ihnen nichts entgegenzusetzen hat, etwa feinen Mustern oder schmalen Streifen. Der Vorteil dieses Looks ist, dass man nichts falsch machen kann, wenn man nur forsch genug Farbe bekennt. Der Nachteil ist, dass der Träger oder die Trägerin selbst nur gegen das eigene Outfit verlieren kann. Ein Pink-Kanariengelb-Kontrast überstrahlt einfach jedes Gesicht. Allerdings kann auch dies wieder ein Vorteil sein.

Sokrates' Stoßstange

Margit Stoffels fährt
den Mercedes-Benz ML 350

Sokrates hat es schon gesagt: »Der größte Konstruktionsfehler bei allen Autos ist die Stoßstange.« Es handelt sich um jenen Sokrates, den der italienische Schriftsteller Luciano De Crescenzo in seinem Buch *oi dialogoi – Von der Kunst miteinander zu reden* durch unsere Gegenwart wandeln lässt. Sokrates und seine Schüler erörtern im hohen Ton der antiken Philosophie die Erscheinungen der Gegenwart. Die Stoßstange, befindet der Philosoph, sei »keine defensive Einrichtung, sondern eine Angriffswaffe«, mit der die Autos sich gegenseitig beschädigten. Die Folge: »Alle, die hinterm Steuer sitzen, sehen in den anderen Fahrern Feinde.« Daher fordert er einheitliche Stoßstangen, auf gleicher Höhe, aus 20 Zentimeter dickem Gummi. Im Übrigen ziehe er es vor, zu Fuß zu gehen.

Am Steuer des Mercedes ML denke ich: Wie recht hattest du, Sokrates! Es ist ein Frühlingsabend im Belgischen Viertel in Köln. Seit einer halben Stunde fahre ich mit dem Zweitonner um den Block. Der Diesel säuselt, die Ledersitze sind bequem. Alles, wie man es kennt. Aber langsam werde ich hungrig. Die Freunde im Restaurant haben mir schon ein Getränk bestellt. Endlich! Ein Parkplatz! Rückwärtsgang rein. Bums! Hinter mir steigt ein Mann aus einem älteren japanischen Kleinwagen. Den hatte ich in der Rückfahrkamera nicht gesehen, denn die braucht einen Moment, bis sie sich eingeschaltet hat. Ohne Rückfahrkamera sind Autos dieser Größe in Großstädten praktisch manövrierunfähig. Na ja, ist ja nix zu sehen, sagt der Mann. Wir tauschen »für alle Fälle« Telefonnummern. Eine Woche später ruft der Mann an, der Rahmen seines Wagens sei verzogen, sagt er. Die Versicherung zahlt, und er tut vermutlich, was schätzungsweise drei Viertel aller Besitzer älterer Kleinwagen in so einem Fall tun: Kassieren und nicht reparieren lassen.

Hier möchte ich Sokrates widersprechen, also jenem von Luciano De Crescenzo, der behauptet, Autos trügen nicht zu sozialem Verhalten und zur Steigerung der Lebensqualität bei. Es ist ja so: Stoßstangen-Unfälle sichern Arbeitsplätze (sie steigern die Beschäftigungsrate in der Autoindustrie, im Kfz-Handwerk, in der Gutachterbranche und im Versicherungswesen), und sie sorgen für Umverteilung. Dem Geschädigten bringen sie erhebliche Daseinsfreude. Es genügt ein Kratzer, um davon in Urlaub zu fahren. Was hätte Sokrates über Autos gesagt, die man ohne Kamera nicht einparken kann?

Margit Stoffels ist
Mitarbeiterin beim ZEITmagazin

Technische Daten
Motorbauart: 6-Zylinder-Dieselmotor
Leistung: 155 kW (211 PS)
Beschleunigung (0–100 km/h): 8,7 s
Höchstgeschwindigkeit: 210 km/h
CO_2-Emission: 231 g/km
Durchschnittsverbrauch: 8,7 Liter
Basispreis: 58 667 Euro

Foto Daimler AG / Gestaltung Thorsten Klapsch

Jetzt WALDMEISTER pflücken gehen

Kann mehr als in Berliner Weißer ertrinken: Waldmeister, zart heuartig im Geschmack

Von
ELISABETH RAETHER

Entgegen allgemeiner Annahme ist Waldmeister nicht wie die Piemont-Kirsche eine geniale Erfindung des Süßwarenmarketings. Es gibt ihn wirklich. Man kann ihn jetzt, bevor er blüht, im Wald an schattigen Plätzen pflücken. Die Pflanze riecht nicht wie Götterspeise und färbt nicht alles knallgrün. Sie ist geruchslos. Erst wenn sie welkt, entwickelt sie ihr Aroma (eine schöne Metapher). Die Blätter schmecken nach Cumarin, »heuartig« sagt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, deren poetische Begabung unterschätzt wird.
Ralf Hiener ist Koch und pflanzt mit seinem Kompagnon, einem Gärtner, in einem 2,5 Hektar großen Garten in Mecklenburg-Vorpommern Wildkräuter an, »Essbare Landschaften«. Er beliefert Köche in ganz Deutschland mit Zimtbasilikum und Bronzefenchel. Waldmeister pflückt er nebenan im Wald, um damit eine Crème brûlée und einen Aperitif zu aromatisieren.

Crème brûlée mit Waldmeister

1 Bund Waldmeister (20 g)
100 ml Apfelsaft
6 Eigelb
300 ml Sahne
100 ml Milch
40 g Puderzucker
4 EL braunen Zucker

Waldmeisterbündel an einem schattigen Ort welken lassen, anschließend eine Weile ins Gefrierfach legen, um das Cumarinaroma zu verstärken. Apfelsaft auf etwa 40 Grad erwärmen, den Waldmeister einlegen und 2 bis 3 Stunden ziehen lassen. Waldmeister entfernen und den Auszug auf ein Drittel der ursprünglichen Flüssigkeitsmenge einkochen. Eigelb, Sahne, Milch, Puderzucker sowie Apfelsaft verquirlen und durch ein feines Sieb abseihen. In vier feuerfeste Förmchen füllen und auf einem mit heißem Wasser gefüllten Backblech im auf 100 bis 120 Grad vorgeheizten Ofen etwa eine Stunde, eventuell eineinhalb Stunden, stocken lassen. Den Backofen nicht zu heiß einstellen, lieber die Crème länger im Ofen lassen! Abkühlen lassen, mit braunem Zucker bestreuen und unter dem Grill oder mit einem kleinen Bunsenbrenner karamellisieren.
Statt Maibowle, der teuflischen Kreation eines Benediktinermönchs im 9. Jahrhundert, gibt es bei Hiener einen Waldmeister-Spritzer.

Waldmeister-Spritzer

1 Bund Waldmeister
200 ml guten Weißwein
1 Flasche Crémant

Dazu den Waldmeister wie für die Crème brûlée welken lassen und frosten. Dann in einem Glas mit dem Weißwein über Nacht im Kühlschrank ziehen lassen. Kurz vor dem Servieren die Waldmeisterstängel entfernen, den Auszug auf acht Sektgläser verteilen und mit Crémant auffüllen. Wer will, kann noch Erdbeerstückchen in die Gläser geben und ein paar Blättchen Waldmeister.

Fotos Marcus Gaab

Die großen Fragen der Liebe
Nr.
140
Darf er von neuen Eroberungen träumen?

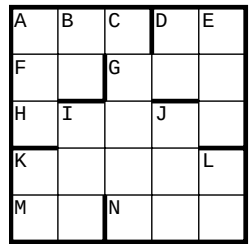
Siegfried und Hanna gelten in ihrem Freundeskreis als Musterbeispiel der »jungen Alten«, denn obwohl Siegfried 71 und Hanna 65 ist, treten sie immer noch auf wie ein Liebespaar und sagen, sie seien froh, eine Fernbeziehung zu leben, denn Zusammenwohnen sei schlecht für die Liebe. Doch seit einiger Zeit ist ein Schatten auf die Verbindung gefallen. Zuerst wirkte Siegfried auf Hanna sehr bedrückt; er hatte großen Ärger mit seiner Altersvorsorge. Dann schien es ihm wieder besser zu gehen – und plötzlich quält er Hanna mit Fantasien, noch einmal eine vollbusige Frau zu erobern. Als sie ihm sagt, dass sie nicht weiß, ob sie ihn dann noch lieben kann, wird er wütend: Sie wolle ihn doch nur an die Kette legen, wie alle Frauen!

Wolfgang Schmidbauer antwortet: Zuweilen erleben Männer den Verlust ihrer phallischen Potenz, Frauen zu erobern, mindestens so hart wie Frauen der Verlust ihrer generativen Potenz, Kinder zu bekommen. Dabei hätten Männer länger Zeit, sich auf diesen Lauf der Dinge vorzubereiten. Siegfried will seine Verlustängste »wegbeweisen«. Er sollte in sich gehen und versuchen, Hanna nicht als Feindin, sondern als Freundin an seinen Befürchtungen über das Schwinden seines Eroberungselans teilhaben zu lassen. Hanna umgekehrt sollte erkennen, dass Siegfried sie eigentlich nicht kränken, sondern in seinen Fantasien eine drohende Depression bekämpfen möchte. Durch seine Verleugnungen schadet er sich selbst ebenso wie ihr.

Wolfgang Schmidbauer
ist einer der bekanntesten deutschen Paartherapeuten. Sein neues Buch »Das kalte Herz. Von der Macht des Geldes und dem Verlust der Gefühle« ist im Murmann Verlag erschienen

Spiele

Logelei



In der Nähe des Römerlagers bei Xanten wurde kürzlich eine Tontafel ausgegraben. Nach einigen Untersuchungen gelangte man zu dem Schluss, dass es sich wohl um ein Kreuzzahlrätsel mit römischen Zahlen handeln muss.
Waagerecht: A Palindrom **D** Vielfaches von E-senkrecht **F** Vielfaches von J-senkrecht **G** Palindrom **H** D-waagerecht plus G-waagerecht **K** C-senkrecht minus H-waagerecht **M** Primzahl **N** Quadratzahl – **Senkrecht: A** Vielfaches von J-senkrecht **B** Quadrat einer dreistelligen Zahl **C** Vielfaches des Rückwerts von L-senkrecht **D** Vielfaches von M-waagerecht **E** F-waagerecht ist ein Vielfaches **I** Primzahl **J** Quadratzahl **K** Primzahl **L** Primzahl
Hinweis: Es sind nur gültige römische Zahlen mit subtraktiver Schreibweise und den Zahlzeichen M, D, C, L, X, V und I erlaubt. Nicht erlaubt sind also beispielsweise XD (für 490) oder IIII (für 4)

Lösung aus Nr. 19

1. Tom ist 11, Karl 27 und der Vater 43. **2.** 54605 x 2472 = 134983560 **3.** 78386 + 964178 = 1042564

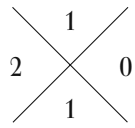
Sudoku

	4	6	7		8	9	2	
5	1		6		2		7	3
	2			6			9	
			1		9			
	8			2			4	
4	3		9		5		6	7
	7	2	4		6	1	5	

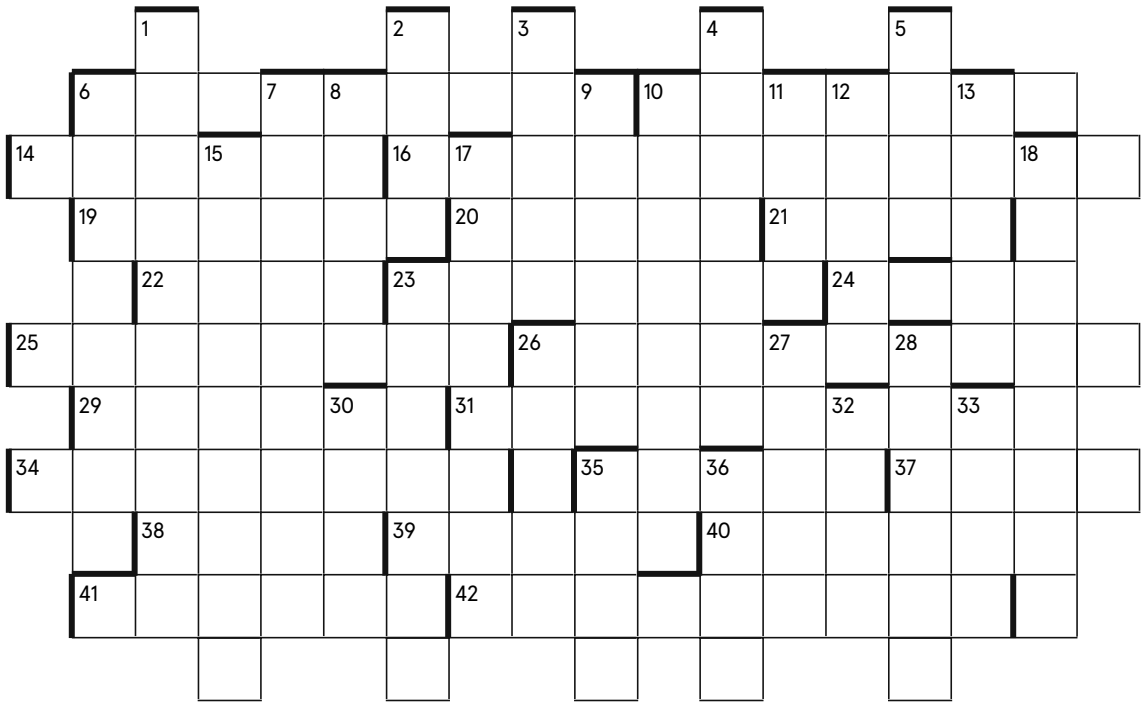
Lösung aus Nr. 19

4	9	2	5	1	8	7	3	6
3	7	5	2	4	6	1	8	9
1	8	6	9	7	3	2	4	5
6	3	1	4	8	5	9	7	2
2	4	7	3	6	9	5	1	8
8	5	9	7	2	1	4	6	3
9	1	3	8	5	7	6	2	4
7	2	8	6	9	4	3	5	1
5	6	4	1	3	2	8	9	7

Füllen Sie die leeren Felder des Quadrates so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem mit stärkeren Linien gekennzeichneten 3 x 3-Kasten alle Zahlen von 1 bis 9 stehen.



Um die Ecke gedacht Nr. 2067



WAAGERECHT: 6 Aufs Navi zu hören ist ein …, sich das … zu ersparen 10 Der ist hoch, doch was Freskenmaler … hinterlassen, ist zumeist sehenswert **14** Mittlerweile häufiger gezogen als 34 waagerecht **16** Das Anlegen wärmender Kleidung? Das Veranlassen einer Einnahmebuchung zugunsten der Bank! **19** Sattelfeste Leute mit Hang ins Grüne mögen sich sagen: Auf die … – fertig – los! **20** Ihr Kuchen wird in der Pfanne gar **21** Wichtiges Wesen in der Gerbereizulieferindustrie **22** Der Ring macht …, und Ringe sind's, die eine Kette machen (Fr. Schiller) **23** Sprichwörtliches Motto: Was ich nicht … kann, seh ich gelassen an **24** Fließt ziemlich strikt westwärts und in Wetteiferers Träume ein **25** Klingt fast wie unters Pechschwarz zu mengen: macht sich beinahe weiß auf dem Teller **26** Rastplatz auf dem Weg von Hang zu Glas **29** Fällt, noch recht gerstensaftig, ab für Bauers Vieh **31** Angedacht, wo der Drang ins Freie auf den Wunsch nach Geselligkeit trifft **34** Mantel wie Mütze sind's schon, wenn sie in den Secondhandshop … werden **35** Des Kalifen oberster Untertan **37** Mitbringsel von Mamertus, Pankratius, Servatius **38** Auf die Länge gleichen sich Sauerkirsche und Fleischklops **39** Von da aus wird ganz Frankreich besenftigt **40** Ein Dutzend Lenze sind für ihn schon history **41** Im Falle des 25 waagerecht: eben über der Scholle **42** Urlaubstipp zwischen Ibiza und Ischia

SENKRECHT: 1 Mit intakten … kommt man weiter, und richtig nett wird das Reisen erst durch die **2** In größtem Kanton tonangebend **3** Leichter ist, die Stimme zu … als die Stimmung **4** Alpenseestadt, leicht verlängert: gern vom 21 waagerecht verzehrt **5** Passt vor Stein und Bein, Rad oder Seide **6** Ausnahmen sind nicht immer Bestätigungen der alten Regel, sie können auch die … einer neuen Regel sein (M. v. Ebner-Eschenbach) **7** Spaß auf benetzter Wiese – oder Spitzname just geschlüpften Kükens? **8** Sandig nur dem alten Namen nach, meist eher grasig in der Mitte **9** Der Zweck von Prahlhansens Gedröhn: die Zahl der … zu erhöhn? **10** Wer in der wirklichen Welt … kann und in der idealen leben, der hat das Höchste erreicht (L. Börne) **11** Ein »Ewiger«, wie man vor Klimawandels Zeiten meinte **12** Sprichwörtlich: Der … trägt seinen Reichtum bei sich **13** Passt zum Ulk – nicht nur wenn Fräulein Hildegard (nichts) von ihres Verehrers Liebe erfährt **15** Eventuell entfällt Kritikasters Kommentar, stellt sich was als … dar **17** Wer kein Alltagstrottel sein möchte, baut das eine oder andere in sein Dasein ein **18** Steht stets im Verdacht, Korn zu hamstern, Früchte zu mausen **23** Manche erregen Kartellwächters Neugier **26** Der Onkel, dessen geistiger Vater auch Drei Schwestern den Bühnenweg ebnete **27** Dabei gehen wir mit der Scheibe zu Boden **28** Ein 10 senkrecht in der Hoffnung, 12 senkrecht zu werden **30** Den wurmt's, wenn er allzu lange nichts zu zapfen hat **32** Wie Redner nicht bei jeder Gelegenheit, Richter nicht in jedem Falle spricht **33** Des Dänenprinzen Grübelthema, oder nicht? **35** Ein sanftes … zieht mehr als zehn Pferde (Sprichwort) **36** Kultiviertuosität

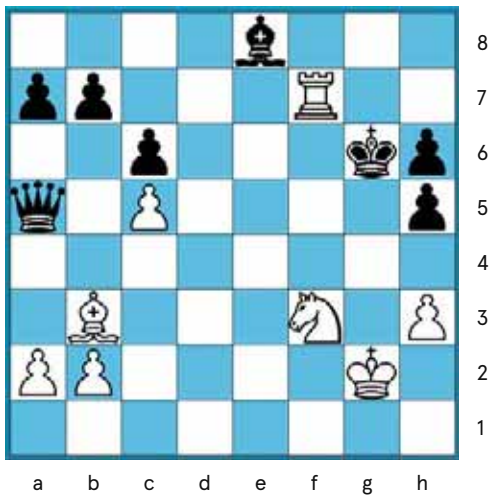
Lösung von Nr. 2066

WAAGERECHT: 6 BUSBAHNHOF **11** KATION aus Ka-u-tion **14** HAFTUNG **16** EHRENRUNDEN **19** SIEGER **20** »abhängen« = sich entspannen und jmdn. ABHAENGEN **21** STECKDOSE **23** BREIT **26** Brillen-STEG **27** »HAARE spalten« **29** UEBERHOLT, veraltet und renoviert **31** eilen und EILEEN **32** ANGREIFEN **35** GIRL = Mädchen (engl.) **36** KUH (»Hans im Glück«) **37** EAR = Ohr (engl.) **38** SELIG **39** KNETE und »knete!« **40** BETEN **41** »reif für die INSEL« **42** KEN in My-ken-e **43** ERZIEHER **44** UNGENAU

SENKRECHT: 1 AUFSTEIGER **2** See-GANG **3** VORBEUGEN **4** AARE, Rheinzufluss und Adler **5** DINGI **6** BAUSTEINE **7** Stieg Litze und STIEGLITZE **8** BUECHEREI **9** NERO **10** FEHDE **11** KNABBERN **12** TUNER **13** ODE **15** GEDANKE **17** HASENHERZ **18** ENTLEGEN **22** KAELBER **24** REISSEN **25** TONIKUM **28** RAUTE in T-raute **30** HELLA von Helena, in Hella-s **33** RAIN **34** FEEN aus Fe-ri-en

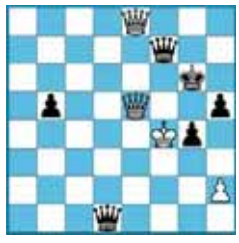
Spiele

Schach



Neben einer unsäglichen Boulevardpresse kann sich England auch an Qualitätszeitungen mit täglicher (!) Schachspalte erfreuen. Natürlich werde ich nicht dem Klageseufzer – schließlich bin ich Deutscher und habe das Jammern von der Pike auf gelernt – widerstehen: »Und du, mein Deutschland, was ist mit dir?!«
Nun ja, vielleicht ist jenseits des Kanals ebenfalls nicht alles eitel Wonne, denn auch dort verzichten etliche Großmeister, wie Michael Adams im *Daily Telegraph* berichtet, mehr nolens als volens auf das unsichere Brot des Schachprofis und suchen sich stattdessen einen Beruf, mit dem eine Familie »anständig« zu ernähren ist. Da kommt mir in den Sinn, wie Viktor Kortschnoi, der große Mann des Schachs, der schachlebendig wie eh und je gerade seinen 80. Geburtstag feierte, bedauerte, dass zwei seiner besten Schüler, der Franzose Joel Lautier und der Niederländer Jeroen Piket, das Profischach aufgaben: »Habe ich sie nicht genügend begeistert?«
Doch zurück nach England. Dort schlagen zur Freude von Adams einige auch den umgekehrten Weg ein, verlassen die schillernde, öde Bankenszene und nehmen wieder das Vagabundenleben eines Schachprofis auf. Der 26-jährige Luke McShane auf Siebenmeilenstiefeln schnurstracks zur Weltspitze, der etliche Jahre ältere Tony Kosten, überbordend an Ideen und Kombinationen, wohl vor allem zur eigenen Befriedigung. Wie zwang er als Weißer zum Abschluss einer langen Kombination den schwarzen König des Ungarn Ivan Farago ins weiße Lager und setzte ihn in vier Zügen matt?

Lösung aus Nr. 19



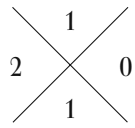
Im Vierdamenendspiel hatte die schwarze Dame f7 dem weißen König Schach geboten. Musste Weiß sich jetzt in den Damentausch fügen oder konnte er sogar mattsetzen? Nach dem Gegenschach **1.Df5+!** wurde Schwarz matt, weil die schwarze Dame f7 die schachbietende weiße Dame f5 wegen Fesselung durch die andere weiße Dame e8 nicht schlagen durfte. Das Ende war: **1...Kh6 2.Dh8+ Dh7 3.Dh8xh7** matt

Lebensgeschichte

Sein 80. Geburtstag ging in die Geschichtsbücher ein. Unzählige Menschen, alte wie junge, schrieben ihm Briefe und Postkarten. Ein landesweiter Schreibwaren-Shop hatte die Aktion initiiert und in allen Filialen extra Briefkästen aufgestellt. Und auch aus einem anderen Grund sollte der Ehrentag ihm unvergesslich bleiben: Er heiratete zum dritten Mal. Zugegeben, ein nicht ganz taufrischer Bräutigam stand da an der Seite der 28 Jahre Jüngeren, doch sein Lächeln machte den Altersunterschied locker wett. So fit und strahlend wirkte er, dass alle sicher waren: Dieser späten Liebe würden noch viele gemeinsame Jahre vergönnt sein.
In der Tat haben er und seine Frau längst seinen nächsten runden Geburtstag feiern können, und wieder war es ein Mega-Event. Wie schon häufig zog es ihn ins Dorf seiner Kindheit. Die ländlichen Wurzeln hat er nie vergessen: »Hier leben viele Menschen in Armut, und wer arm ist, lebt meistens nicht lang. Gerade deswegen fühle ich mich so geehrt, dass so viele Menschen den Geburtstag eines alten Pensionärs mitfeiern wollen ...« Tausenden Kindern spendierte er ein Stück Kuchen, fünfhundert Gäste versammelten sich zum Lunch. Und wieder einmal staunte die Welt über ihn und darüber, was so alles in ein einziges Leben passt.
Viehhirte war er gewesen, begabter Schüler und Jura-Student, Boxer und schließlich Anwalt, in einer Kanzlei mit dem besten Freund als Partner. Und dazu Kämpfer in eigener Sache, die dann zur Sache aller wurde. Gleich mehrere Filme haben das erzählt, und seine Autobiografie war kurz nach Erscheinen vergriffen. Sogar den Helden einer Comicreihe gibt er ab, für junge Leute, die sonst nie lesen. Denn die Jungen liegen ihm seit jeher am Herzen, eines seiner Lebensziele: Alle sollen die gleiche Chance auf Bildung haben.
Sein nahezu biblisches Alter ist übrigens auch deshalb bemerkenswert, weil die statistische Lebenserwartung seiner Landsleute bei 43 Jahren liegt. Wo so früh gestorben wird, herrschen Armut, Gewalt und tödliche Krankheiten, auch einer seiner Söhne starb an einer Infektion. Seitdem wird der verwaiste Vater nicht müde, auf das ungelöste Problem und die Folgen hinzuweisen. Zwei von ihm gegründete Stiftungen unterstützen seit Jahren betroffene Kinder.
»Glaubte ich an den Eingriff des Göttlichen ins Irdische, dann wäre er dessen Personifizierung«, lobte ihn ein Literaturnobelpreisträger. Vereinzelt halten kritische Stimmen dagegen, dass er einigen Despoten gegenüber zu versöhnlich gewesen sei. Doch das kratzte nie an seinem Image. Heute meldet er sich freilich kaum noch zu Wort. Rund 10 000 Tage seines Lebens opferte er sein Familienleben fürs große Ziel, verbrachte die seltenen freien Stunden einsam über Büchern oder in einem Gärtchen. Wer mag ihm da verübeln, dass er jetzt nur noch seine Lieben um sich schart und die Welt außen vor bleibt – wer ist's?

Lösung aus Nr. 19

»Backin« hieß das Treibmittel für den Teig der deutschen Hausfrau und den Erfolg des Dr. August Oetker (1862 bis 1918). Im niedersächsischen Obernkirchen als ältester Sohn eines Bäckermeisters geboren, absolvierte er eine Lehre als Apotheker. Nach einem Pharmaziestudium wurde er 1888 in Botanik promoviert. Anfang 1891 übernahm er die Aschoff'sche Apotheke in Bielefeld. Sein Backpulver, wohl nach einer Rezeptur des in Baltimore im Pharmageschäft erfolgreichen Großonkels Louis Dohme, kam bereits 1891 auf den Markt. Dank genialer Werbung und erfolgreichen Marketings durch Rezeptbücher und Backkurse wurden die kleinen gelben Tüten zu Ikonen der modernen Haushaltsführung. Sein Sohn Rudolf fiel 1916 bei Verdun



Scrabble

Beim alljährlich ausgespielten Hamburger »Fairmasters«-Scrabbleturnier brauchen 58 Teilnehmer im Grunde gar nicht anzutreten. Zumindest nicht, wenn Sie am Ende die Nase vorn haben wollen. Den Platz an der Sonne machen die beiden »Grandes Dames« des deutschsprachigen Scrabbelns in schöner Regelmäßigkeit unter sich aus.
In diesem Jahr hieß die Siegerin erneut Blanca Gröbli-Canonica. Die zweitplatzierte Ulrike Brodkorb war im Finale chancenlos – nicht, weil ihre Gegnerin so überragend aufspielte, sondern weil ihr beim Ziehen der Buchstaben fürwahr das Pech an den Fingern klebte. Die entthronte Claudia Aumüller musste sich mit dem sechsten Rang begnügen, Dritte wurde die amtierende deutsche Meisterin, Ulla Trappe aus Augsburg.
Das heutige Rätsel schickte uns Monika Weber aus Saarlouis mit Glückwunsch-Grüßen zum 65. Geburtstag der ZEIT. Wir danken – und geben die Frage weiter:
Wie sind mehr als 200 Punkte zu erzielen?

Dreifacher Wortwert

Doppelter Wortwert

Dreifacher Buchstabenwert

Doppelter Buchstabenwert

Lösung aus Nr. 19

Insgesamt 71 Punkte brachte ABGETAN auf 11A-11G

Es gelten nur Wörter, die im Duden, »Die deutsche Rechtschreibung«, 25. Auflage, verzeichnet sind, sowie deren Beugungsformen. Die Scrabble-Regeln finden Sie im Internet unter www.scrabble.de

Impressum

Chefredakteur Christoph Amend
Stellvertr. Redaktionsleiterin Tanja Stelzer
Art Director Katja Kollmann
Creative Director Mirko Borsche
Berater Matthias Kalle, Andreas Wellnitz (Bild)
Textchefin Christine Meffert
Redaktion Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Daniel Erk (Online), Heike Faller, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Style Director), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz
Fotoredaktion Michael Biedowicz (verantwortlich)
Gestaltung Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy
Mitarbeit Anna Berge (Gestaltung), Markus Ebner (Paris), Elisabeth Raether, Annabel Wahba
Autoren Marian Blasberg, Carolin Emcke, Herlinde Koelbl, Louis Lewitan, Harald Martenstein, Paolo Pellegrin, Wolfram Siebeck, Jana Simon, Juergen Teller, Moritz von Uslar, Günter Wallraff, Roger Willemsen
Produktionsassistenz Margit Stoffels
Korrektorat Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Dokumentation Mirjam Zimmer (verantwortlich)
Herstellung Wolfgang Wagener (verantwortlich), Oliver Nagel, Frank Siemienski
Druck Prinovis Ahrensburg GmbH
Repro Twentyfour Seven Creative Media Services GmbH
Anzeigen DIE ZEIT, Matthias Weidling (Gesamtanzeigenleitung), Nathalie Senden
Empfehlungsanzeigen iq media marketing, Axel Kuhlmann, Michael Zehentmeier
Anzeigenpreise ZEITmagazin, Preisliste Nr. 5 vom 1. 1. 2011
Anschrift Verlag Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg; Tel.: 040/32 80-0, Fax: 040/32 71 11; E-Mail: DieZeit@zeit.de
Anschrift Redaktion ZEITmagazin, Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin; Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; www.zeitmagazin.de, www.facebook.com/ZEITmagazin, E-Mail: zeitmagazin@zeit.de

Im nächsten Heft

In unserer neuen Reihe »Die trinkende Frau« schreibt Elisabeth Raether über den Alkoholgenuss aus weiblicher Sicht. Das Wort »Stößchen« wird dabei niemals vorkommen

Für die Schriftstellerin Nadine Gordimer, 87, ist das Alter wie eine zweite Pubertät. Wie sie Halt findet, erzählt sie in »Das war meine Rettung«

Auf www.zeitmagazin.de
»Urban Gardening« – wie Städter sich die Natur zurückholen:
www.zeit.de/urban-gardening

Das war meine Rettung

»Er hat das Kommando übernommen«

Der Schauspieler Robert Hunger-Bühler über einen Polier, der ihn vorm Ertrinken bewahrte

Robert Hunger-Bühler,

58, ist ein Schweizer Regisseur und Schauspieler. Im Kino ist er derzeit in dem Film »Unter dir die Stadt« zu sehen. Außerdem wird er beim Berliner Theatertreffen mit dem Stück »Tod eines Handlungsreisenden« zu Gast sein. Vorstellungen vom 18. bis 20. Mai

Ijoma Mangold

gehört neben der Fotografin Herlinde Koelbl und dem Psychologen Louis Lewitan zu den Interviewern unserer Gesprächsreihe. Mangold ist Redakteur im ZEIT-Feuilleton

Herr Hunger-Bühler, gibt es Momente, in denen sich das Leben ändert und eine neue Richtung einschlägt?

Ja, die gibt es oft, und sie sind vielleicht gar nicht spektakulär, weshalb sie die Außenwelt nicht immer wahrnimmt. Ein berühmtes Beispiel ist von Bob Dylan, bei einem Konzert 1987 in Locarno. Da hatte er eine sogenannte Stimm-Epiphanie. Er spürte, wie seine Stimme versagte, wohl nur eine Zehntelsekunde lang, möglicherweise sogar nur in seinem Hirn. Nicht einmal die anderen Musiker haben es gemerkt. Aber für ihn war das ein Erweckungserlebnis. Danach hatte er plötzlich seine neue Stimme gefunden. Es war eine Art Häutung. Solche Schübe habe ich auch immer wieder erlebt. Das hat mit meiner Arbeit auf der Bühne zu tun, die ich oft viel riskanter finde als das wirkliche Leben, weil ich da viel mehr an Grenzen stoße.

Finden Sie das Bühnenleben attraktiver?

Attraktiver würde ich nicht sagen. Aber es ist da so viel Lebenssubstanz. Die Leerläufe fallen weg, alles wird gebündelt zu einer höheren Wahrnehmung. Ich habe dann das Gefühl, ich sehe besser, ich höre besser. Die Sinne sind geschärft wie bei einer Bergtour. Es sind ja auch oft Lebensbereiche, die man selber gar nicht erkunden würde.

Was war denn im echten Leben eine Grenzerfahrung?

Eines meiner einschneidendsten Erlebnisse hatte ich mit fünf Jahren. Da hatte ich einen schrecklichen Traum. Ich bin durchs All geflogen, als mir in Großbuchstaben wie aus einem Setzkasten das Wort »IMMER« entgegenschwebte. Ich bin daran schier verzweifelt. Ich konnte nicht begreifen, dass es kein Ende gibt. Da bin ich ins elterliche Bett geflüchtet, in diese Ritze zwischen Vater und Mutter, und die haben mich beruhigt: »Morgen ist auch ein Tag.« Sie haben mich ins Zeitliche zurückgeholt. Aber ich hatte Todesangst. Dieser Traum machte mich hilflos.

Normalerweise hat ja Todesangst mit Endlichkeit zu tun.

Ja, das stimmt. Diese Endlichkeitserfahrung habe ich auch gemacht. Ich wohne jetzt seit sieben Jahren hier am Zürichsee und rudere sehr viel in einem sogenannten Skiff, einem acht Meter langen Einer. Vor drei Jahren habe ich mich erstmals getraut, auch den Winter über zu rudern. Das ist riskant wegen der Kälte des Wassers. Es war im Januar, ich war auf dem See, und plötzlich merkte ich, dass das Boot vorne hochgeht. Es lag nicht richtig schön im Wasser. Erst habe ich gedacht, es sind vielleicht die leichten Wellen, denn das Boot reagiert wahnsinnig schnell auf alles. Doch dann ist das Boot immer höher gegangen, ich drehte mich um, da war es schon unter Wasser, und Blasen stiegen auf. Es hatte ein Leck, und ich war 300 Meter vom Ufer entfernt. Das Boot stieg immer höher, bis es schon fast senkrecht im Wasser stand. Ich habe es umarmen müssen und war mit den Füßen im Wasser. Es wurde innerhalb von zwei Minuten höchst dramatisch – und ich hatte immer gelernt: Du darfst das Boot nicht aufgeben. Da sah ich am Ufer zwei Bauarbeiter. Ich habe um Hilfe gerufen, aber die haben mir freudig gewinkt, die dachten, ich mache irgendeine Vorführung. Dann trat der Polier oder der Bauführer hinzu. Der hatte die Situation sofort durchschaut und das Kommando übernommen. Er rief mir zu: »Bitte das Boot loslassen. Bitte schauen Sie mich an und schwimmen Sie langsam auf mich zu.«

Der Bauführer hat Ihr Leben in die Hand genommen und für Sie Entscheidungen gefällt.

Ja, dieser Bauführer war mein Retter, eindeutig. Als ich es dann ans Ufer geschafft hatte, brachte er mich in seinen Bauarbeiterwagen, wo er mir Tee gab und ich Arbeiterklamotten überzog. Nach einer kleinen Erholungspause habe ich mich auf den Weg gemacht zur Busstation, und da merkte ich, dass ich nur Socken anhatte. Als der Busfahrer mich sah, sagte er zu den anderen Passagieren: »Dieser Mann fährt gratis.« In der Nähe der Busstation ist nämlich das Sanatorium Kilchberg, und der Fahrer hielt mich für einen Irren, den er natürlich kostenlos mitfahren ließ.

Was für eine Erfahrung haben Sie aus diesem Erlebnis mitgenommen?

Für mich als Schauspieler sind da zwei Sachen passiert: Dass man im tragischen Moment belacht wird wie von den zwei Bauarbeitern, das erinnert an die Filme von Buster Keaton. In der Verzweiflung umarme ich das Boot, und meine Zuschauer applaudieren fast, weil sie meine Todesgefahr für ein Kunststück halten. Und der Busfahrer erklärt mich zu einem Irren. Es geht einfach so schnell, dass einen die anderen falsch oder völlig anders wahrnehmen. Es braucht eben nicht viel, um als *homo sacer*, als frei schwebendes Wesen außerhalb der sozialen Ordnung, behandelt zu werden.

Foto Tom Trambow